C 21734 D



Bilanz der Betriebsrätewahlen '81 S.17/19

Arbeiterkampf

Jg.11 Nr.204 22.6.81 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 3
Förderpreis DM 5,–



Hamburg: Der Marsch der 80 000

Nahezu zweihundert Organisationen und Initiativen aus dem kirchlichen und außerkirchlichen Bereich hatten anläßlich des evangelischen Kirchentages in Hamburg dazu aufgerufen, in einer großen Manifestation gegen die bedrohlich anwachsende Kriegsgefahr und für wirkungsvolle Schritte zur allgemeinen Abrüstung zu demonstrieren.
Dem Aufruf folgten rund 80.000 (vor allem junge) Menschen, die mit einem mehrstündigen Marsch und einer anschließenden Kundgebung ihren Wunsch nach Frieden zeigten. Begonnen hatte der sieben Kilometer lange Zug an Hamburgs Bahnhof Dammtor, wo das berühmt-berüchtigte Kriegerdenkmal der Hansestadt (mit der Inschrift: ,,DEUTSCHLAND MUSS LEBEN, AUCH WENN WIR STERBEN MÜSSEN") steht (siehe das Bild auf der 2. Seite dieser Zeitung) — und führte zu einer mehrstündigen Kundgebung vor das Gewerkschaftshaus.

»Einer der dramatischsten Momente in der tausendjährigen Geschichte Polens« (S. Kania)

Die Drohungen gegen die polnische Souveränität haben mit dem Brief des ZK der KPdSU an das ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) einen Punkt erreicht, der die polnische Führung endgültig vor die Alternative stellt, entweder selbst ihren Kurs der "Erneuerung" aufzugeben oder aber von den Warschauer Pakt-Staaten dazu gezwungen zu werden. Die KP der Tschechoslovakei spielt dabei nach wie vor die Rolle des Scharfmachers. Die slovakische Parteizeitung 'Pravda' donnerte: "Die g a n z e Vereinigte Polnische Arbeiterpartei hat unter dem Druck fremder ideologischer Einflüsse ihre politische und programmatische Orientierung im Kampf um den Sozialismus verloren" (FAZ, 15.6.81), und das Zentralorgan der KP der CSSR warf der PVAP vor, sie werde sich wohl mit ihrem bevorstehenden Parteitag im Juli in eine "sozialdemokratische Partei" verwandeln. Noch sind allerdings Differenzen im Warschauer Pakt sichtbar: Während die DDR und die CSSR die Kampagne gegen Polen forcieren, halten sich Ungarn und Bulgarien bisher eher zurück. Abgesetzt von der Kampagne gegen die polnische Entwicklung hat sich Rumänien, das sich schon fast traditionell um eine von der SU relativ unabhängige Außenpolitik bemüht, was auch in seiner Zusammenarbeit mit der VR China und Jugoslawien zum Ausdruck kommt. In Rumänien wurde der sowjetische Brief an die PVAP-Führung nicht veröffentlicht, und Ceausescu betonte, daß der Brief nicht zwischen den WP-Staaten abgesprochen worden sei. Die Lösung der polnischen Krise sei eine Sache, *"die nur die Polen selbst etwas angeht"* (zitiert nach FAZ, 11.6.).

Hochgespielt wird in der Kampagne insbesondere die Schändung einiger sowjetischer Ehrendenkmäler in Polen, als Beleg für die "Welle des Antisowjetismus". Es ist nicht sonderlich erstaunlich, daß es bei den momentanen Drohungen der der SU gegen Polen zu vereinzelten Aktionen gegen sowjetische Ehrendenkmäler und andere Einrichtungen in Polen kommt. Angesichts der Geschichte russischer Überfälle auf Polen erstaunt eher die Besonnenheit der polnischen Bewegung, die bisher mit großer Disziplin weitestgehend Aktionen vermied, die Vorwände für eine Intervention liefern könnten. Die Solidarnosc hat sich von den Aktionen gegen sowjetische Ehrendenkmäler distanziert. Die lokale Gewerkschaftsorganisation in Lubin hat bei der Reinigung eines Denkmals demonstrativ mitgewirkt (FAZ und SZ, 15.6.).

KPdSU fordert ,,Entscheidungsschlacht" noch vor dem Parteitag

Der Brief des ZK der KPdSU (s. Kasten) enthält inhaltlich nichts anderes als die Thesen des ,,Katowicer Forums". Unmißverständlich drückt die KPdSU-Führung aus, daß ihr besonders der anstehende Parteitag der PVAP auf dem Magen liegt: **,,In der letzten Zeit ist selbst die Lage innerhalb der PVAP Gegenstand besonderer Besorgnis geworden. Bis zum Parteitag bleibt nicht viel mehr als ein Monat. (...) Es darf nicht ausgeschlossen werden, daß auf dem Parteitag selbst der Versuch unternommen wird, den marxistisch-leninistischen Kräften der Partei eine entscheidende Niederlage zu bereiten, um die Partei zu liquidie-**

Forts. Seite 44

Die A-Waffen-Stützpunkte in der BRD — und wo ich sie finde

Die ,,Tageszeitung" hat am 18.6. eine Karte mit 107 Orten der BRD veröffentlicht, wo sich Atomwaffenlager, nukleare Raketenstellungen oder Trägerwaffen für Atomwaffen befinden. Die Unterlagen dazu lieferten laut ,,taz" das schwedische Friedensinstitut SIPRI und Recherchen der ,,taz". Dazu wurde die Liste des militärischen Grundeigentums der US-Armee in der BRD durchgesehen (die Liste stammt vom September 1979). Aus den 705 Grundstücken wurden die A-Waffeneinrichtungen über die besonderen Funkvorrichtungen (Verbindungen mit Hauptquartieren) herausgefiltert. Diese Einrichtungen sind äußerlich an bestimmten Merkmalen zu erkennen, so daß die Angaben vor Ort leicht nachprüfbar sind. Eine Anweisung dazu ist ebenfalls in der ,,taz" enthalten. Eine weitere Beschreibung (einschließlich der Darstellung, wie man A-Waffen-Transporte erkennt), liefert Ulrich Albrecht in der neuen Broschüre der Grünen (,,Entrüstet Euch"). Das Verfahren dazu stammt von einer Gruppe von den Quäkern und einer der Gruppe der ,,Katholischen Aktion". Auf dem Hannoveraner Treffen ,,Ökologie und Frieden" am 17.6. wurde zudem ein Aufruf ,,Atomraketen — wo denn? wie denn? was denn?" verteilt, in dem dazu aufgerufen wird, Kenntnisse an die verschiedensten Zeitungen (in der BRD und auch im Ausland) zu schicken. Solche Informationen sollten ,,so alltäglich, normal und vor allem so kollektiv" werden, ,,daß sich die Herren in den BKAs und MADs völlig hilflos die Hacken ablaufen und in ihre Aktenberge beißen". Die Gruppe selbst will ein Info mit Materialien dazu herausbringen.
In dieser Nummer des Arbeiterkampf geben wir die Karte mit den Namen wieder bzw. die Anleitung, wie solche Stützpunkte auszumachen sind.
Dies begreifen wir neben der Information für unsere Leser auch als einen Schritt der gemeinsamen Solidarität, denn solche Veröffentlichungsarbeit kann nur dann geleistet werden, wenn sie breit von den verschiedensten Medien getragen wird.

Forts. Seite 3

Kirchentag zwischen Krieg und Frieden

,,Selig sind, die da nachrüsten, denn das Himmelreich ist ihrer!" ... Nein, dergleichen hat der Jesus Christus der Bibel nun wirklich nicht gesagt. Die Bibel beschreibt Jesus im Gegenteil als Mann des Friedens und der Friedfertigkeit, der lieber auch noch ,,die andere Wange hinhalten" wollte, statt selbst Gewalt zu üben. Uns als Revolutionären ist dieser totale Pazifismus auf Teufel komm raus wohl eher suspekt — aber so und nicht anders zeichnet die ,,Frohe Botschaft" der christlichen Religionsgemeinschaften ihren Begründer.
Dieser Aufruf zum geduldigen Hinnehmen und zur Gewaltlosigkeit wurde in d e m Moment zum Problem, wo das Christentum zur Staatsreligion wurde. Dieses Problem ist bis heute geblieben. Die Spitzenpolitiker unseres Landes, die selbstverständlich allesamt fromme Christen sind, haben auf dieses Problem eine einfache, wenn auch theologisch nicht gerade überzeugende Lösung: Die Bergpredigt und überhaupt der biblische Jesus sind gut als moralischer Glibber fürs Privatleben und für salbungsvoll-grüblerisches Geschwätz, aber sie taugen überhaupt nicht für die praktische Politik.
Diese Version des traditionellen Staatschristentums stand auf dem Hamburger Kirchentag mehr denn je und offensichtlicher denn je in der Defensive. Diese Erfahrung in einer Vielzahl großer und kleiner Kirchentags-Veranstaltungen fand ihren eindrucksvollen, Mut gebenden Höhepunkt in der Friedensdemonstration der 80.000 am 20. Juni. Die ständig wiederholten Abgrenzungen der Kirchenfürsten, daß diese Demonstration nicht Teil des offiziellen Programms sei, waren wirklich überflüssig: Der Gegensatz Zehntausender von Christen zur offiziellen Staatskirche der Waffensegner und Wehrmachtspfaffen konnte gar nicht offensichtlicher gezeigt werden als mit dieser Demonstration.
Daß der Kampf für den Frieden ein christliches ,,Gebot" ist, wagte auf dem Kirchentag schon gar keiner von den Oberpfaffen mehr öffentlich zu bestreiten. Sie waren nur noch darum bemüht, dem Staatschristentum der Kriegsvorbereiter wenigstens ein kleines, toleriertes Eckchen zu sichern. Die Forderung nach friedlicher Koexistenz zwischen Pazifisten und Kriegsvorbereitern im Schoß der christlichen Gemeinschaft brachte Bischof Wölber akrobatisch auf den Punkt: Er ,,betonte, daß die g e m e i n s a m e Berufung der Befürworter und Gegner des Doppelbeschlusses auf die Bibel 'z u r e c h t' geschähe" (zit. nach ,,Welt", 15.6.). Die Bibel als vielseitiger Selbstbedienungsladen für jeden Zweck, für jede politische Anschauung und Praxis... ,,Man könne keinen Krieg um den Frieden anfangen", sagte gleichfalls Bischof Wölber, und meinte damit die friedliche Koexistenz mit Apel und Schmidt. Es ist schon seltsam: Eindeutig scheint das Friedensangebot des biblischen Jesus sich nur darauf zu beziehen, daß man weder Eier auf Apel noch Steine auf Polizisten werfen darf. Was hingegen die Bereitstellung von Atomraketen zu millionenfachem Massenmord angeht, gilt seitens der Kirchenfürsten das laissez faire: Man darf dafür sein oder man darf dagegen sein.
Daß diese jeder Logik spottenden Sophistereien bei einem wachsenden Teil des Kirchenvolks, vor allem unter den Jugendlichen, nur noch Widerwillen und Protest hervorrufen, ist kein Wunder. Verwunderlich ist schon eher, daß es diesmal den Kirchenfürsten noch relativ gut gelungen ist, ihre Ideologie des

Forts. Seite 2



Kirchentag zwischen Krieg und Frieden

Die Bilder oben (die wir zusammengeschnitten haben) zeigen ansatzweise die Größe der Massenkundgebung, zu der sich die Antimilitaristen in Hamburg am 20.6. vor dem Gewerkschaftshaus versammelt haben.

Forts. von Seite 1

,,Dialogs" und der friedlichen Koexistenz zwischen Pazifismus und Kriegspolitik — als zwei gleichberechtigte Varianten christlichen Tuns — durchzusetzen. Was haben denn Politiker auf einem Kirchentag zu suchen, die mit atomarem Massenmord kalkulieren?! ...
Hier liegt eine Falle nicht nur für die christlichen Pazifisten, sondern für die Friedensbewegung insgesamt: Wenn sie sich auf den ,,Dialog" mit den Kriegspolitikern einläßt, wenn sie gar Spitzenpolitiker der etablierten Parteien als ihre Sprecher akzeptiert, wenn sie sich auf ,,Mo-

Spitzenpolitiker der etablierten Parteien als ihre Sprecher akzeptiert, wenn sie sich auf ,,Mo-delle" einer ,,alternativen Verteidigung" (also auf prinzipielle Bejahung der Kriegsvorbereitungen) einläßt, dann wird die heute in den hoffnungsvollsten Anfängen stehende Friedensbewegung eine historisch gesehen wirkungslose Episode bleiben. Und sie wird, das ist das Entscheidende, nicht die lebensnotwendige Kraft und Entschlossenheit gewinnen, um die drohende atomare Apokalypse zu verhindern.



Bild rechts:
Mit Farbbeuteln, Hämmern und Meißeln rückten Demonstranten dem faschistoiden Hamburger Kriegerdenkmal zuleibe, um dieses Ungetüm wenigstens etwas zu ,,verschönern". Hier gab es dann auch den einzigen Polizeieinsatz an diesem Tage: MEK'ler und Bereitschaftspolizisten gingen gewaltsam gegen die Jugendlichen vor. Chemical Mace wurde eingesetzt und sogar eine Pistole gezogen. Ein Demonstrant konnte leider verhaftet werden.

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 20 oder 43 53 46; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 75; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.000

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Noch keine Spur zum Karry-Mord

Am 29.5. traf beim "Pflasterstrand" ein "Bekennerbrief" zum Attentat auf den ehemaligen hessischen Wirtschaftsminister Karry ein - unterzeichnet mit dem Symbol der "Revolutionären Zellen" (RZ). Nachdem über 700 Hinweise an die Polizei angeblich keine "konkrete Spur" ergeben haben - und das heißt in der offiziellen Sprachregelung: jedenfalls keine Spur ins „linksextremistische, terroristische Lager" -, schien dieser Brief zunächst alle Rätsel der BKA-Fahnder aufzulösen: Seltsam nur: Alle wesentlichen Informationen, die er über die Tat enthält, waren schon vorher ausgerechnet in der „BILD"-Zeitung nachzulesen. So überraschte „BILD" seine Leser bereits am 15.5. mit der Frage: *„Sollte Karry gar nicht sterben?"* In dem Artikel wird behauptet, Karry, Börner und Wallmann hätten schon vor einiger Zeit Drohbriefe erhalten, in denen gestanden haben soll: *"Sie werden die Einweihung der Startbahn West am Frankfurter Flughafen nur im Rollstuhl erleben!"* Die "BILD"-Zeitung war es auch, die am 18.5. beinahe schon zwanghaft eine historische Persönlichkeit wiederbelebte - *"Karry-Mord: Spur führt zu 'Carlos'"* - und die schließlich in großer Aufmachung einen angeblichen *"Chef der Revolutionären Zellen"* namens *"Steve"* als Hauptverdächtigen präsentierte (Ausg. v. 23.5.). Das letzte Stichwort gab die "FAZ", die über das Ergebnis der Obduktion zu berichten wußte, der Minister sei *"letztlich einem grauenvollen Zufallstreffer"* erlegen.

Diese intelligenten Analysen werden durch den „Bekennerbrief" hundertprozentig bestätigt. Dort heißt es: *"Der Tod von Karry war nicht beabsichtigt, sondern ein Unfall. Geplant war, durch mehrere Schüsse in seine Beine dafür zu sorgen, daß er länger das Bett hüten muß ... Daß eins der vier Projektile ... tödlich wurde, war der große - nicht einkalkulierte - Zufall an der Geschichte".*

So nahtlos diese Version in die Visionen der Rechtsaußen-Presse paßt, so mühsam und widersprüchlich ist die Begründung, wie es zu diesem "Zufall" kommen konnte. Die "Bekenner" geben an, nicht bedacht zu haben, daß ein *"aus dem Schlaf Gerissener panisch reagiert"*, und daß bei einem *"verdeckt"* liegenden *"die Zielsicherheit eingeschränkt"* ist. Ein offener Widerspruch ist auch ihre Behauptung, sie hätten *"Karry alleine erwischen und damit die Gefährdung anderer Personen ... ausschließen"* wollen. Tatsächlich lag er ja neben seiner Frau im Bett, die dabei sicherlich nicht "ungefährdet" war.

Nachdem erst kürzlich ein Brandsatz in einem Frankfurter Kaufhaus "zu früh" zündete, scheint bei diesen "Revolutionären Zellen" wohl alles 'schiefzugehen'?

Gesetzt den Fall, das Attentat wäre wirklich von den RZ begangen worden (was eine total neue Politik dieser Gruppierung bedeuten würde), und es wäre tatsächlich a n d e r s geplant gewesen - welchen Grund hätten die Urheber dann wohl gehabt,sich auch noch offen dazu zu bekennen? Sind sie sich über die politischen Konsequenzen eines tötlichen Attentats nicht im Klaren?!...

Toll wird das Schreiben in seinen 'politisch-strategischen' Passagen, in denen außerparlamentarische Bewegungen Lehren über die "richtige Linie" erteilt werden.
- Da wird der Eindruck erweckt, als hätten die Attentäter *"auf der Startbahn West und dem B8-Damm"* mit den Besetzern über ihre Aktion diskutiert - ja, als würden sie sich gemeinsam mit diesen auf *„kollektiven, militanten Widerstand"* gegen Räumungsversuche vorbereiten.
- Da werden ausgerechnet die erfolgreichsten Großdemonstrationen der Anti-AKW-Bewegung angegriffen und ihren Teilnehmern *"Untätigkeit, Unentschlossenheit und Phantasielosigkeit"* vorgeworfen.

- Da kann nicht oft genug der eigene *"Antikapitalismus"* betont werden, und
- da wird schließlich geradezu anbeterisch die *"Sabotage"* als *"effektivste Kampf- und Aktionsform"* gepriesen.

Der Bekennerbrief gibt sich "informiert" über Differenzen in der Ökologiebewegung, doch die Verfasser haben einfach zu dick aufgetragen. So übertrieben dämlich argumentiert dort keine Strömung ... und wenn, so wäre kaum anzunehmen, daß sie's in dieser Offenheit täte. Die kaum noch zu überbietende Provokation, mit der (ausgerechnet jetzt, wo tatsächlich aktuell eine Räumung droht!) das Hüttendorf gegen die Startbahn West von den "Bekennern" ins Spiel gebracht wird, wirkt verräterisch. Wer dort ein- und ausgeht,um mit den Besetzern über das Karry-Attentat zu "diskutieren",sind - nach Angaben des Innenministeriums selber - Zivilbullen! Apropos: Es wurde interessanterweise nicht bekannt, w e r eigentlich die gezielte Falschmeldung, im Hüttendorf sei eine "Freudenfeier" veranstaltet worden, in Umlauf gesetzt hat ... (wo sie erschien, in der "FAZ", ist immerhin ein kleiner Hinweis).

Obwohl der den RZ zugeschriebene "Bekennerbrief" in den Medien großartig gegen Links ausgeschlachtet wurde, verheimlicht die BKA-Sonderkommission nicht ihre "Skepsis" gegenüber dieser Spur: Gegen eine Urheberschaft der RZ spreche das sehr späte Eintreffen des "Bekennerbriefes" und die Tatsache, daß in dem Brief nur pressebekannte Tatsachen erwähnt wurden.

Ein weiterer interessanter Gesichtspunkt: "Die Wiener Staatspolizei erklärt, konkrete Hinweise zu haben, daß sowohl Nittel als auch der hessische Wirtschaftsminister Karry von den g l e i c h e n Tätern ermordet wurden" („Welt", 15.6.). Konkret: Die Wiener Polizei behauptet, daß der Stadtrat Heinz Nittel von einer palestinensischen Terrorgruppe ("Al Asifa" von Abu Nidal) ermordet worden sei. Nittel, Vorsitzender der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft, sei ermordet worden, weil er Kontakte zwischen der PLO und Israel anzubahnen versucht habe. Welches Motiv Palästinenser gehabt haben sollten, Karry zu ermorden (außer dessen wenig bekannter jüdischer Abstammung, was für Palästinenser bisher in k e i n e m Fall ein Attentatsgrund war), geht aus den Spekulationen der österreichischen Polizei leider nicht hervor. Vielleicht ist da der Verdacht des BKA sinnvoller, daß Karry's Mörder im *"geschäftlichen Umfeld Karrys"* zu suchen sein könnten? („Frankfurter Rundschau 19.6.). Interessant ist jedenfalls die Mitteilung des BKA,daß bei den Schüssen auf Karry eine Munition aus den USA verwendet wurde *(" 'Hochgeschwindigkeitsmunition' mit besonders starker Durchschlagskraft")*, die „bislang in der kriminellen Szene der Bundesrepublik noch nie verwendet" worden sei (ebenda).



Bremen: Die ersten 6. Mai-Prozesse sind vorbei!

Nach über einem Jahr begannen am 21.5. die öffentlichen gerichtlichen Verhandlungen gegen Kriegsgegner/innen im Zusammenhang mit den „Bremer Krawallen" anläßlich der Rekrutenvereidigung vom 6. Mai 1980. Begleitet von einem Höchstmaß an Propaganda waren damals 332 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Inzwischen mußten 250 Verfahren wegen Nicht-Ermittlung der Täter, 40 mangels Beweisen und nochmal zehn wegen Geringfügigkeit eingestellt werden, wogegen sich die Zahl von vierzehn erhobenen Anklagen geradezu kläglich ausnimmt, nimmt man die Pressepropaganda zum Maßstab.

Bereits vor dem 21.5. fand ein nichtöffentliches Verfahren gegen einen 17jährigen Jugendlichen statt, dem neben anderen Delikten schwerer Landfriedensbruch während des 6. Mai vorgeworfen wurde. Er habe Steine gegen Polizisten und Wasserwerfer geworfen, wobei er fotografiert worden war. Der Jugendliche gestand diese Taten und begründete sie damit, daß er selbst vorher Steine abbekommen habe und vom Wasserwerfer naßgespritzt worden sei. Im Zusammenhang mit den anderen Vorwürfen, die das Gericht ebenfalls als erwiesen ansah, wurde dem beantragten Strafmaß der Staatsanwaltschaft von zehn Monaten Knast auf drei Jahre Bewährung stattgegeben. Auf Anraten seines Rechtsanwalts nahm der Jugendliche das Urteil an.

Freispruch

Gerd wurde vorgeworfen, an der provisorischen Barrikade an der Rampe West rausgerissene Steine weitergereicht zu haben, mit denen dann geworfen worden sein soll. Tatsächlich war Gerd kurz an der Rampe gewesen, hatte sich jedoch nicht aktiv am Geschehen beteiligt und hatte die Demo vom „Osterdeich" aus gemeinsam mit Frau und Baby beobachtet. Erhabliche Zeit später wurde Gerd von zwei Uniformierten beim Pinkeln festgenommen, weil der eine Bullizist ihn erkannt haben wollte.

Vor Prozeßbeginn mußten die allermeisten Besucher/innen die Kontrolle ihrer Taschen und das Abtasten ihres Körpers durch Schutzpolizei über sich ergehen lassen. Einem Verteidigerantrag auf Aufhebung dieser „Sicherheitsmaßnahmen" und Auskunft über die Gründe von deren Veranlassung wurde kurzerhand abgelehnt. Trotzdem wurde der Prozeß unterbrochen, um eine schriftliche Sicherheitsverfügung einzuholen. Bei Wiederbeginn wurde mehreren Zuschauern der Zutritt verwehrt, und vier, die Mäntel holten oder freie Plätze besetzen wollten, wurden aus dem Saal geknüppelt.

Nach dem Verlesen der Anklage wurde eine Wahlgegenüberstellung vorbereitet, damit der Polizeizeuge, der Gerd nur sehr ungenau beschrieben hatte, die Möglichkeit bekam, Gerd aus einer Reihe von sieben Leuten zu identifizieren. Der Polizeizeuge erklärte dann mehrmals, sich nicht mehr an den Angeklagten, der ihm bereits von einem Justizbeamten gezeigt worden sei, erinnern zu können, aber es müsse so gewesen sein, wie er damals ausgesagt habe. Widersprüchliche Aussagen aus der Vergangenheit konnte er nicht erklären. So sollte er denn noch den Angeklagten zeigen. Pech! Der Justizbeamte hatte ihm den Protokollanten der Verteidigung gezeigt.

Fortsetzung Seite 5

Forts. von Seite 1

Geheim und trotzdem leicht zu erkennen

Atomwaffen gleich nebenan

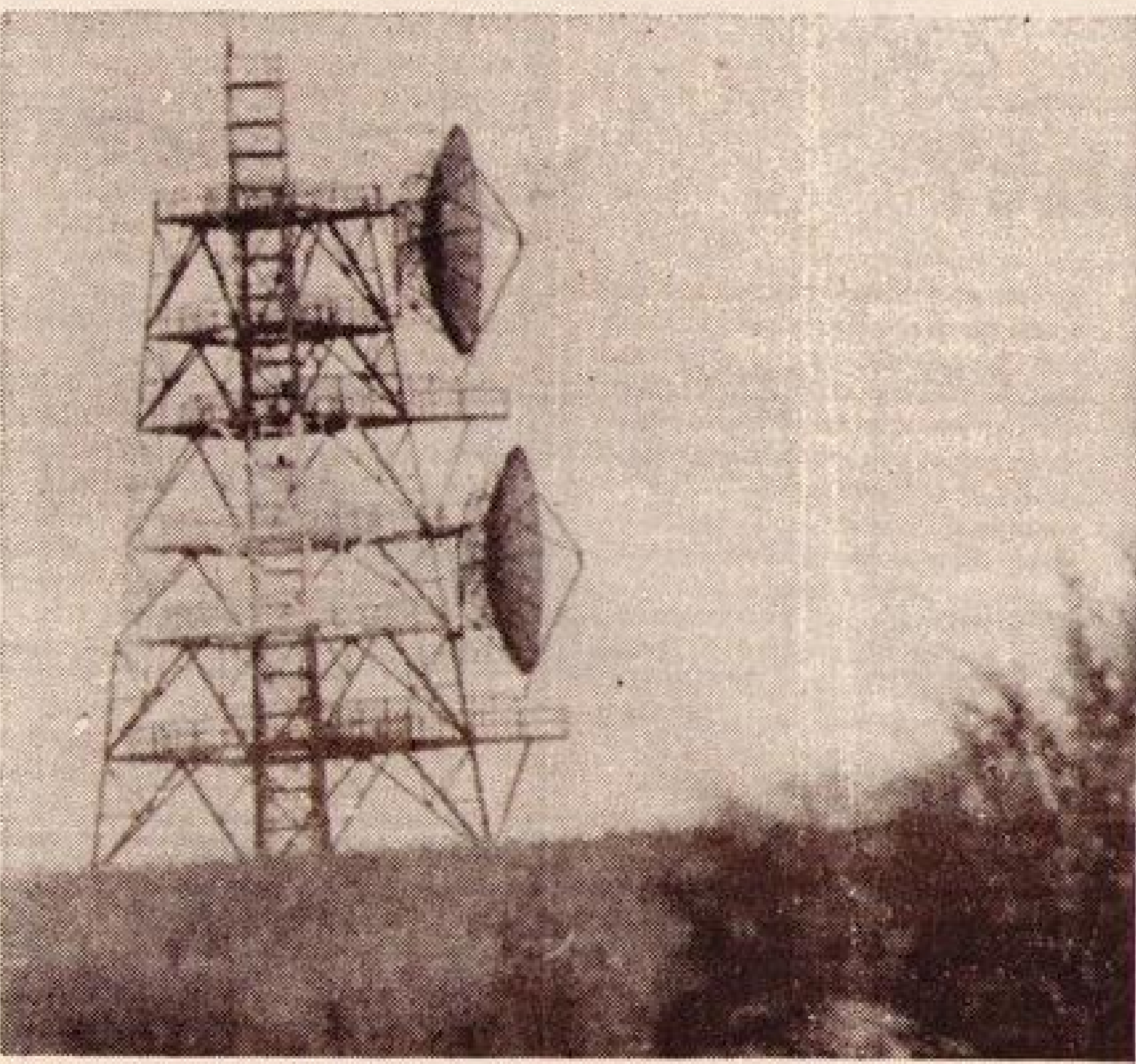
aus „taz": 18.6.1981

Bisher von der Öffentlichkeit weitgehend unbehelligt befinden sich die meisten der in der BRD gelagerten Atomwaffen in den landschaftlich schönsten Wäldern der Republik. Doch die von erfahrenen Militärs geschickt genutzte natürliche Tarnung wird aufgehoben durch die aufwendigen und auffälligen sicherheitsvorkehrungen gegen Bürgerinitiativen und „Terroristen". Wer einmal eines der Lager, die nie einen Tag der offenen Tür veranstalten, gesehen hat, wird nicht umhin kommen, weiterhin fast einwandfrei ein atomares Sondermunitionslager von einem gewöhnlichen Standortmunitionslager unterscheiden zu können.

Ausgerechnet der Hang der Militärs zur Perfektion macht sie für den aufmerksamen Beobachter zwangsläufig durchschaubar. Keine militärische Ausbildung oder Spionagemethoden, sondern simple Kenntnisse der Straßenverkehrsordnung sind Voraussetzung, um bei einem Wochenendausflug eine versteckte NATO-Einrichtung zu entdecken. Zweigt von einer relativ schmalen Nebenstraße eine etwas breitere Straße ohne Hinweisschild ab, muß einen das noch nicht stutzig machen. Befindet sich an der Straßeneinmündung eine kleine Verkehrsinsel nebst blauem Verkehrszeichen mit „Vorbeifahrt rechts"-Pfeil, die in dieser verkehrsarmen Gegend nicht so recht angebracht zu sein scheint, kann man ruhig mal abbiegen. Vielleicht fällt ein Blick auf den Fahrbahnrand: so einen schönen Kantstein gibt es doch sonst auf Nebenwegen nicht. Wenig später die rot-weiße Schranke mit dem Schild „Feuerwehreinfahrt — Freihalten!". Seit wann haben deutsche Wälder Feuerwehreinfahrten? Nachdenklich stimmen auch die unvermittelt an dieser hübschen und breiten Waldstrße, die so recht zu einem Wochenendspaziergang einlädt, am Straßenrand stehenden Verkehrsschider. „Absolutes Halteverbot", als wenn es eine vielbefahrene Großstadtstrße wäre. Ein Zusammentreffen dieser Anzeichen deutet nicht auf eine Fehlplanung des örtlichen Verkehrsamtes hin, sondern auf die sichere Nähe einer militärischen Anlage hin, vielleicht eine Radarstation oder ein Munitionsdepot oder eine Raketenbasis. Doch was wie ein Schildbürgerstreich klingt, hat einen plausiblen Grund: Im Ernstfall soll den schweren Militärlastwagen nicht durch parkende Ausflüglerautos der Abtransport erschwert werden.

Genau beachten sollte man die weißen Hinweisschilder (neuerdings auch mancherorts gelb gehalten) mit der Überschrift „Militärischer Sicherheitsbereich". In der Regel sind sie vom „Standortältesten" oder vom „Kasernenkommandant" unterzeichnet. Manche Schilder, meist in der Nähe von für nationale Sicherheit wichtigen Anlagen, sprich u.U. Atomwaffeneinrichtungen, sind aber vom Bundesminister für Verteidigung unterschrieben.

Im Gegensatz zu normalen Munitionsbunkern, wo sie direkt am einfachen Maschendrahtzaun befestigt sind, stehen solche Hinweisschilder bei Atomeinrichtungen bereits im Umkreis von 50 m. Ab dort ist das Fotografieren, Lagern und Zelten verboten. Man darf aber noch weiter bis zum Zaun gehen (Schild genau beachten!). Andernorts wird bereits ab 200 m Entfernung mit dem Schußwaffengebrauch gedroht. Ähnlich wie an der Zonengrenze beginnt das NATO-Territorium weit vor dem ersten Zaun. Aber auch diese unterscheiden sich wenig von den geschmähten Grenzanlagen im Osten: ein doppelter Maschendrahtzaun, am oberen Teil sowie am Sockel mit mehreren Lagen NATO-S-Draht verstärkt, umgibt metallisch blank glitzernd einige mit Gras überwachsene Erdbunker. Lediglich die älteren Holzwachttürme lassen einen Unterschied zu der „Staatsgrenze West" der DDR erkennen. Jeweils an einer Ecke der quadratischen Grundfläche eines A-Lagers postiert sehen sie sowohl von Konstruktion, Material wie auch der Silhouette des Wachpostens mit geschultertem Gewehr den Forts der US-Cavallery im feindlichen Indianerland ähnlich. Der Unterschied ist lediglich: Panzerglas und kleine Kontrollämpchen, die der Posten nur wahrnehmen kann, wenn er auftragsgemäß nicht sitzt, sondern die Umgebung beobachtet. Vom Wachhäuschen wird per Funk abgefragt, welche Lampe gerade glimmt.



In das Sicherheitskonzept paßt auch nicht die übliche militärische Vorstellung vom Schutz der Dunkelheit. Nachts muten die A-Lager an wie Science fiction-Basen: hohe Scheinwerfermasten werfen ein grelles Halogenlicht auf Wachtürme, Zäune und Bunkeranlagen. Wie ein Christbaum leuchten die Lager kilometerweit. Die schweren Stahltüren der Bunker sind dagegen nur mit einem Vorhängeschloß gesichert. Auch die Bunker — einfache Betonhallen, in denen die wenigen Holzkisten mit den Sprengköpfen gelagert werden — haben nichts Apokalyptisches. Allerdings herrscht Ordnung in den Bunkern. Jede Waffenart hat ihren eigenen Bunker. So gibt es in Flensburg-Meyn jeweils einen für „Lance"-Atomsprengköpfe, Atomartilleriegranaten sowie einen Bunker für Atomwaffen, die — bisher unbekannt — für die Bundesmarine vorgesehen sind, vermutlich Torpedos. In diesen Bunkern müssen an den Atomwaffen auch Wartungsarbeiten vorgenommen werden. Bei den „Nike"-Raketen wird auch dies zum Teil von deutschen Soldaten durchgeführt.

Nicht nur in den abgelegeneren Landstrichen tummelt sich Atomares. In ungefähr einem Drittel der 350 Gemeinden und Städte, in denen sich Bundeswehrkasernen befinden, sind Einheiten stationiert, die mit Atomwaffen auf unterschiedlichste Weise zu tun haben. An ca. 15 m hohen Stahltürmen mit Richtfunkantennen oder sogenannten „Troposcattern" sind sie leicht zu identifizieren, zumal wenn direkt unter den für Bundeswehranlagen untypischen Fernmeldeanlagen sich einige amerikanische Straßenkreuzer nebst Unterkunftsbaracken befinden. Anscheinend kommt die US-Army ohne ihr Sternenbanner nicht aus, obwohl es keinen einfacheren Anhaltspunkt für die Anwesenheit von US-Soldaten gibt. Sind innerhalb einer Bundeswehrkaserne für den A-Einsatz geeignete Waffen stationiert (155 mm Artillerie-Panzerhaubitzen, 203 mm Rohrartillerie auf Selbstfahrlafetten, Pioniere, Nike-Hercules FLA-Raketen, F 104 G Starfighter, Lance- oder Pershingraketen) und weht gleichzeitig die amerikanische Fahne ruhig an der Wache, dann bedarf es keines großen Scharfsinns, um sich zu denken, was die US-Soldaten außerhalb ihrer Besatzungszone für Aufgaben haben. Mit großer Raffinesse hat ein ausländisches Friedensinstitut die Orte auf der Welt identifiziert, an denen Atomwaffen stationiert sind. Die Wissenschaftler werteten z.B. eine von der US Army herausgegebene Liste von 705 der US Army in der BRD gehörenden Grundstücken aus. Das Kataster (inventary of US Army real property outside the United States) dient eigentlich Finanzbeamten zur Überprüfung der Stationierungskosten. Mit Hilfe weiterer frei verfügbarer Informationen der US Army gelang es, die Standorte, die nichts mit A-Waffen zu tun haben, herauszufiltern. Vom Weltpostverein, einer Unterorganisation der UNO, wurde ein Verzeichnis aller Fernmeldestationen in die Untersuchung miteinbezogen. Elektronischen Fachzeitschriften kann man die besonderen Funkfrequenzen und Kommunikationssysteme entnehmen, die den Atomeinheten direkte Verbindungen zu den Hauptquartieren ermöglichen. Durch ein Computerprogramm konnten die Standorte solcher Einheiten anhand ihrer Rufzeichen und Frequenzen nicht nur in der Bundesrepublik eindeutig bestimmt werden.

Mancher Offizier oder Soldat erzählt auch in der nächstgelegenen Diskothek mit leicht gesenkter Stimme unbekümmert vom Umgang mit Atomwaffen. Fallen Kürzel wie NSI (nuclear security inspection — nukleare Sicherheitsüberprüfung), AAT (annual alert test — jährlicher Alarmtest), ATT (annual training test — jährlicher Trainingstest in der Handhabung der Waffen), TPI (technische Überprüfung), JSI (joint security inspection — gemeinsame Sicherheitsabnahme), SAT (Sabotageabwehrtrupp), BAT (backup alert troup — erweiterter SAT), AF (alert force — Alarmzug), ARF (alert reserve force — Alarmverstärkungszug), kann man sicher sein, daß nicht nur aufgeschnitten wird.

Deutsche Generalkarte Atomwaffen

die tageszeitung

Alles spricht

für einen

Fertigbunker

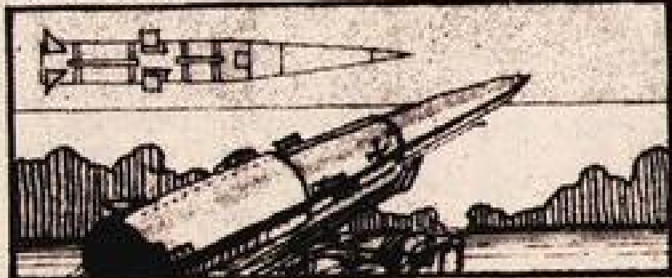
Flensburg (ARTLAK)
Meier (SAS)
Kiel
Albersdorf (TW)
Kellinghusen (SAS)
Satzwoog (FLARAK)
Bremerhaven (TW)
Hamburg
Bremervörde (TW)
Wiesmoor (FLARAK)
Rodenkirchen (FLARAK)
Luneburg (TW)
Gerlstedt Cruise Missile
Lahn Sogel (TW)
Hendstedt (FLARAK)
Berme (TW)
Barnstorf (FLARAK)
Nienburg /Langendamm (TW)
Liebenau (SAS)
Celle / Fuhrberg (TW)
Wagenfeld (FLARAK)
Bramsche (FLARAK)
Hannover
Bad Munder (TW)
Minden (ADM)
Schoppingen (TW)
Borgholzhausen (FLARAK NL)
Handorf (SAS)
Westkirchen (FLARAK)
Dulmen (FLARAK)
Werl (TW)
Hemminkeln
Wesel (SAS)
Laarbruch (RAF)
Datteln (FLARAK)
Sennelager (TW)
Vorden (TW)
Paderborn (SAS)
Bergede (FLARAK)
Holzwickede (FLARAK)
Grefrath /Krefeld
Menden (FLARAK)
Uerdingen (FLARAK)
Homer (SAS GB)
Bruggen (RAF) CRUISE MISSILE
Hohenkirchen (TW)
Arsbeck (FKG QRA)
Wildenrath (RAF)
Odingen (FLARAK)
Elspe (FLARAK)
Kassel
Marienheide (FLARAK)
Geilenkirchen (ARTL RAK (FKG)
Duren Drove (TW)
Köln
Waldbrol (FLARAK)
Treysa (SAS)
Norvenich (SAS F 104 G)
Aachen
Burbach (FLARAK)
Herborn
Bonn
Sifters (FLARAK)
Gießen (TW)
Montabaur (SAS)
(ARTL RAK)
Butzbach (TW)
Gelnhausen (TW)
Buchel (SAS) (F 104 G)
Eschborn (TW)
Kilianstädten (SAS) FLARAK
Bad Kissingen (TW)
Hahn (TW)
Hanau (TW)
Spangdahlem (US-AF) - CRUISE MISSILE
Frankfurt
Bitburg (FLARAK)
(US-AF) - CRUISE MISSILE
Wackernheim (TW)
Aschaffenburg (TW)
Würzburg
Niederolm (FLARAK)
Kitzingen (TW)
Morbach (TW)
Darmstadt (TW)
Bamberg (TW)
Hann- CRUISE MISSILE -
Kriegsfeld (TW)
Bad Kreuznach (FLARAK)
Miltenberg (FLARAK)
Idar Oberstein (TW)
Rockenhausen (FLARAK)
Babenhausen (TW)
Baumholder (TW)
Quirnheim (FLARAK)
Miesau (SAS)
Kaiserslautern (TW)
Herzogenaurach (TW)
Ramstein
-SAS US-AF) CRUISE MISSILE
Nürnberg
Oberauerbach (FLARAK)
Zweibrucken (FLARAK)
Pirmasens (TW)
Philippsburg (SAS)
Siegelsbach (TW)
Landau (FLARAK)
Neckarsulm (FKG-US) PERSHING II
Heilbronn (TW)
Fischbach/Pirmasens (SAS-
Kleingartach (FLARAK) (TW)
Hemau (TW)
Sachsenheim (FLARAK)
Kornwestheim (TW)
Stuttgart
Schwabisch Gmund (SAS-FKG) PERSHING II
Wurmberg (FLARAK)
Seelbach (TW)
Gunzburg (TW)
Ingolstadt (ADM)
Gressengstingen (ARTL RAK)
(TW /SAS)
Augsburg (TW)
Neu-Ulm (USFKG)
PERSHING II
Lechfeld /Schwabmunchen (F 104 G)
München
Landsberg (FKG)
Memmingen (SAS F 104 G)
Leeda (SAS)
Pfullendorf (SAS)
Bodelsberg (FKG QRA)
Linderhofe (TW)

Legende
FLARAK - Flugabwehrrakete
SAS - Special Amunition Site (Sondermunitionslager)
ARTLRAK - Artillerierakete
FKG - Flugkörpergeschwader (Pershing I a)
USAF - US AIR FORCE
RAF - Royal Air Force
C.M. - Cruise Missile (Marschflugkörper)
P 2 - Pershing 2
F 104 G - Starfighter
ADM - Atomic Demolition Munition (Atomminen)
TW - Trägerwaffen

ATOMWAFFENLAGER (SAS)

In meist abgelegenen Gebieten liegen die sogenannten Special Ammunition Sites (SAS). In den Munitionsbunkern dieser SAS (Bundeswehrbezeichnung Sondermunitionslager [SML]) lagern, gesichert durch Wachposten, Doppelzäune und angeblich bombensichere Stahltore Atomsprengköpfe für die nächstgelegenen Trägereinheiten. Bis zu hundert Gefechtsköpfe, jeder u.U. mit der mehrfachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe, können sich in den Betonbunkern befinden. Außerhalb der amerikanischen Zone sind sie meist für Bundeswehrträgerwaffen vorgesehen. An dem Flughafen-Tower-ähnlichen Betonüberwachungsturm sind die Atomlager eindeutig zu identifizieren. Ebenfalls im Gegensatz zu normalen Mundepots verbieten weiße Schilder im weiten Umkreis noch vor der Umzäunung das Betreten des Geländes. Direkt hinter den ersten Warnschildern befinden sich versteckte Kampfstände. Vorsicht, hier besteht Schießbefehl!

PERSHING IA



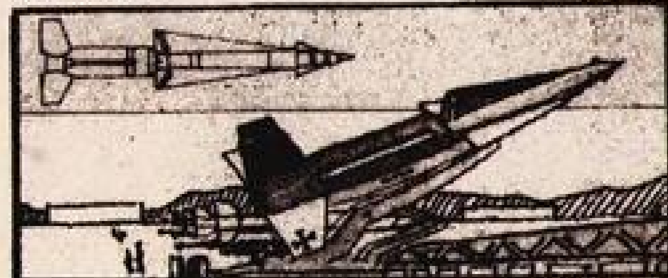
Zur Zeit sind 180 dieser Raketenlafetten mitten in der Bundesrepublik stationiert. Sie sollen Atomgeschosse mit einer Sprengkraft von 60 bis 400 Kilotonnen ins Ziel stürzen. 400 Kilotonnen entsprechen ungefähr 25 Atombomben der Hiroshima-Größe. Insgesamt kann binnen Minuten eine nukleare Zerstörungswalze von bis zu 72.000 Kilotonnen Sprengkraft aus den Wäldern der Eifel, der schwäbischen Alb und des Schwarzwaldes gestartet werden. In den Sofortbereitschaftsstellungen (QRA) der Luftwaffe sind jeweils neun Raketen ständig einsatzbereit. Von diesen sind drei auch im Friedensfall mit amerikanischen Atomsprengköpfen bestückt. Mit einer Reichweite von ca. 795 km haben die 72 Pershings der Bundeswehr und die 108 der US Army die Aufgabe, vorgeplante Ziele in der DDR, Polen und der CSSR zu vernichten.

LANCE (ARTL RAK)



Die weit hinten stationierten 26 Lance-Systeme des Heeres finden ihre Zielgebiete am Ostrand der Bundesrepublik. Das Flensburger Bataillon soll - so ein Offizier der Einheit - atomares Sperrfeuer zwischen den Nord-Ostsee-Kanal und die Autobahn Hamburg-Kiel legen. Das in der Nähe der Studentenstadt Tübingen stationierte Bataillon wird die Linie München-Augsburg nuklear halten. Für diese Boden-Boden-Artillerie-Rakete gibt es nur Atomsprengköpfe. Die Sprengkraft beträgt bis zu 40 Kilotonnen, dem Doppelten der Nagasaki-Bombe. Für diese Waffe ist die Entwicklung des Neutronensprengkopfes weitgehend abgeschlossen. Einen Übungsplatz für diese Waffen unterhält die Bundeswehr auf Kreta, südlich von Chania. Weiter kann das Bundeswehr Heer alle 155mm-Haubitzen sowie 203mm-Kanonen gegebenenfalls mit Atomsprengköpfen bestücken.

Nike Hercules (FLARAK)



24 Stunden am Tag sind diese Flugabwehrraketen feuerbereit. Jeweils drei Raketen - eine davon nuklear - stehen in einer Stellung zusammen. Insgesamt unterhält die Bundesluftwaffe sechs Flugabwehrregimenter mit insgesamt 72 Feuerstellungen. „Da angenommen werden muß, daß die ortsfesten Stellungen dem Gegner koordinatengemäß bekannt sind und Ziele erster Ordnung darstellen, sind für alle FlaRak-Batterien Nike Feldstellungen erkundet", heißt es in der Luftwaffenvorschrift. Das Luftabwehrschutzregiment, das manchem Kommunalpolitiker noch den Hauch von Schutz vor feindlichen Bombern liefert, wird sich, wenn es brenzlig wird, aus dem Staube machen. Die Frage ist, ob das die Raketen der Gegenseite mitbekommen haben.

CRUISE MISSILE · PERSHING 2 ab 1983



Die Cruise Missile ist ein unbemannter Marschflugkörper, der in Bodennähe das feindliche Radar unterfliegt. Die Reichweite beträgt 2500 km, womit der gesamteuropäische Raum der SU erreicht werden kann. Dadurch ist die Vorwarnzeit für die Sowjets fast gleich Null. Die C.M. können von mobilen Abschußrampen abgeschossen werden, ihre Produktionskosten sind mit einer Million Dollar pro Stück außerordentlich niedrig.
Die Pershing 2 ist eine Punktzielwaffe, ihre Treffgenauigkeit ist praktisch absolut. Ihre Reichweite beträgt 1800 km und kann somit von der BRD aus Moskau erreichen. Und dies in nur vier bis sechs Minuten.
Beide Waffen sind reine Angriffswaffen und verleihen den USA von europäischem Territorium aus die Fähigkeit zu einem „begrenzten führbaren" Atomkrieg. In der BRD sollen 108 Pershing 2 und 96 Cruise missiles stationiert werden.

Fortsetzung von Seite 3

Beweisfotos der Verteidigung belegten deutlich, daß an der Rampe West allein zum Barrikadenbau Steine rausgerissen worden waren. Zudem hatte die Verteidigung einen Stein mitgebracht, der sich augenscheinlich wegen Größe und Gewicht (ca. 10 kg) nicht zum Werfen eignete. Der Weltrekord im Steinstoßen (allerdings mit einem 15-kg-Stein) liegt auch nur bei 12,70 m.

Die Beweislage ließ selbst den Staatsanwalt am zweiten Prozeßtag auf Freispruch plädieren. Der Verteidiger führte aus, daß Vorwurf und Beweislage zu keinem Zeitpunkt des Verfahrens anders ausgesehen hätten, also längst hätte eingestellt werden müssen. Es sei jedoch politisches Kalkül gewesen, mit der Eröffnung des Verfahrens erstmal den Angeklagten und alle anderen Demonstranten einzuschüchtern. Das Gericht schloß sich zwar nicht diesen Ausführungen an, erkannte aber auf Freispruch.

Polizeizeuge im Kreuzverhör

Uwe wird vorgeworfen, am 6. Mai Steine und Eisenstangen gegen Bullizisten geworfen zu haben, was den Tatbestand der Körperverletzung und des schweren Landfriedensbruchs erfülle. Auch bei diesem Verfahren mußten sich alle Zuschauer/innen erst einer umfassenden Kontrolle vor dem Saal unterziehen. Der erste Verhandlungstag wurde bereits nach kurzer Zeit unterbrochen, da die Verteidigung nicht die Möglichkeit erhalten hatte, in der Akte erwähntes Foto- und Filmmaterial in Augenschein zu nehmen. Damit sahen die Verteidiger, zu recht, ihre Möglichkeiten beschnitten.

Die zwischenzeitliche Filmvorführung war am zweiten Verhandlungstag Grund für neue Auseinandersetzungen, da auch die Schöffen den Film mitangesehen hatten, obgleich ihnen zu diesem Zeitpunkt die Anklage nicht bekannt war.

Die Verteidiger befürchteten eine „emotionale Beeinflussung" und stellten einen Befangenheitsantrag, der nach einer Pause abgelehnt wurde, weil die Schöffen sich für unbefangen erklärten. Außerdem seien sie durch die Medien ausführlich über die Ereignisse am 6. Mai informiert worden.



Nach dem Verlesen der Anklageschrift führte Uwe aus, daß er sich an der 6. Mai-Demonstration beteiligt habe, weil er „*Rekrutengelöbnisse ablehne*". Irgendwelche Wurfgegenstände habe er zu keinem Zeitpunkt in Händen gehabt, nicht einmal ein Tuch oder Helm getragen. Nach seiner Festnahme sei er mehrfach brutal durchsucht und gefesselt worden. Bullizisten hatten ihm auf die Hände getreten und ihn mit dem Kopf gegen Autowände gestoßen.

Während der erste Polizeizeuge, selbst angeblich von einem Stein getroffen, sich an nichts mehr erinnern konnte, konnte der zweite wenigstens leidlich dem Staatsanwalt dienlich sein. Einzelheiten wisse er zwar nicht mehr und den Angeklagten könne er nicht wiedererkennen, aber am 6.Mai 80 habe er den Täter genau beobachtet und einen Kollegen ebenfalls darauf aufmerksam gemacht. Auf Nachfrage gab der Zeuge zu, zur Gedächtnisauffrischung das damalige Polizeiprotokoll vor dem Prozeß nochmal gelesen zu haben, was der Staatsanwalt auch noch als einwandfreies Verhalten würdigte. Widersprüche zwischen diesem Polizeibericht und seinem Festnahmekurzbericht tat der Bullizist als kleine Panne während der Hektik ab. Nach mehrstündigem Kreuzverhör wurde der Zeuge entlassen. Neue Fotos der Verteidigung zeigten, daß sich am genannten Tatort mehrere Personen mit „hoher Stirnglatze" (ein Merkmal Uwes) befanden. Mit der Befassung entsprechender Beweisanträge wird der Prozeß fortgesetzt werden.

KB/Gruppe Bremen

Israels »Präventivschlag« gegen Atomzentrum

1958 wurde in der Wüste Dimona ein französischer Reaktor unter größter Geheimhaltung gebaut. Ein israelischer Pilot, der das Gebiet versehentlich überflog, wurde von seinen eigenen Leuten abgeschossen. In den sechziger Jahren wurde unter maßgeblicher Beeinflussung und Finanzierung westdeutscher Konzerne (Thyssen, VW) in Israel das Chaim-Weizmann-Institut aufgebaut. Vereinbart ist der Austausch der Forschungsergebnisse, im Institut selbst arbeiten rund 70 westdeutsche Atomforscher. 1968 brachte Israel über seinen Geheimdienst MOSSAD eine ganze Schiffsladung (200 t) leicht angereichertes Uran in seinen Besitz. Massiv unterstützt wurde der Coup durch die Kiesinger-Regierung, entscheidende Teile des Geschäfts (so der Uran-Ankauf) wurden durch eine westdeutsche Firma getätigt, deren Geschäftsführer über gute Beziehungen zum Bonner Verteidigungsministerium verfügte. Auch aus den USA beschaffte sich Israel z.T. sogar hochangereichertes Uran, wie aus Quellen des CIA seinerzeit verlautete. 1973 erwog die israelische Führungsspitze, auf dem Höhepunkt des Jom-Kippur-Krieges ihre Atombomben über Ägypten abzuwerfen. Die Atombomben waren bereits in die startklaren Phantomjäger umgeladen. Erst der für Israel positive Kriegsverlauf ließ dieses Mittel unnötig erscheinen. 1976 sicherte sich Israel in Verhandlungen mit den USA die Lieferung von zwei weiteren Reaktoren, ihr Bau ist für Mitte der 80er Jahre geplant. Eine amerikanische Delegation, die in Israel die ausschließlich "friedliche" Verwendung vertraglich absichern wollte, wurde ganz einfach ausgeladen. In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu Veröffentlichungen, in denen vom Atomwaffen-Besitz Israels die Rede ist. Im September 1979 wurde vor der Küste Südafrikas ein typischer Atomblitz über US-Satelliten gesichtet. Die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS behauptete,
liten gesichtet. Die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS behauptete,
dort sei eine israelische Atombombe gezündet worden. Sie veröffentlichte später den Text eines Buch-Manuskripts, das lange Zeit von der israelischen Militärzensur blockiert wurde. Dort wird die lange Geschichte der nuklearen Zusammenarbeit Israel-Südafrika aufgerollt. Es beleuchtet auch genauer die Zündung der Atombombe vor der Küste Südafrikas. So war kurz vorher Oberst Horev, der Chef des Technischen Instituts in Haifa, früher führender Nuklearforscher im israelischen Verteidigungsministerium, zu "Beratungen" mit seinen südafrikanischen Kollegen zusammengetroffen.

Israel ist bis heute nicht bereit, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen.

Der Überfall

'Operation Babylon' war ein von langer Hand vorbereiteter Handstreich. Schon ehe die USA kürzlich die geeigneten, hochspezialisierten Jägertypen lieferten, hatten die Israelis in der Negevwüste ein Modell des Reaktors Tamuz 1 aufgebaut und Probebombardierungen bis zur völligen Detailkenntnis des Angriffsgebietes und der Wirkung ihrer Bomben geflogen. Begin selber, General Irvi, der Luftwaffenchef und General Saguy (der Geheimdienstchef) hatten die Piloten ausgewählt. Die acht F-16-Jäger waren mit Zusatztanks für den Langstreckenflug und zwei 2.000-Pfund TNT-Bomben ausgerüstet worden. Als Geleitschutz wurden ihnen sechs F-15-Jäger beigestellt. Die Lücken der arabischen Flugkontrollsysteme wurden durch unzählige Probeluftraumverletzungen ausspioniert und das von den USA gelieferte "Frühwarnsystem" AWACS guckte sowohl in Ägypten wie auch am Golf zufällig gerade in die andere Richtung, so daß niemand, vor allem natürlich die Amerikaner, etwas vom Anflug von v i e r z e h n Militärmaschinen auf Bagdad merkte . Dabei war bereits im Januar 1980 in der Tagespresse zu lesen, daß die AWACS-Großflugzeuge zur Koordinierung aller Aktionen der USA in diesem Raum gedacht seien. Beim Studium ihrer Satelliten-Fotos konnten Pentagonexperten allerdings ihre Bewunderung über die Art der Ausführung der Aktion nicht verhehlen ("Newsweek", 25/81). Videofilme, die die Israelis während des Überfalls aufgenommen hatten, zeigten deutlich, wie der zerberstende Reaktorkern im Kühlwasser versank. Die Luftabwehr der Iraker kam überhaupt nicht zum Zuge. Zurück blieben nach dem zweiminütigen Bombardement mit 16 Tonnen TNT und acht Sidewinder-Raketen ein brennender Trümmerhaufen und ein toter französischer Techniker. Die nach Beginn der Aktion von Begin zusammengerufenen Kabinettsmitglieder dachten teils zunächst, sie hätten sich verhört, und israelische Rundfunkjournalisten waren erst nach Rückfrage bei Begin selber bereit, die Nachricht hinauszuschicken. 'Operation Babylon' war ein Piratenunternehmen, das am nächsten Tag auch in der übrigen Welt auf fassungslosen Unglauben und Empörung stieß; galt doch bisher die Bombardierung von Atomanlagen als etwas, was man äußerstenfalls Terroristen zutraute. Begin blieb es vorbehalten, den Beweis zu erbringen für eine alte These der Anti-Atom-Bewegung: Auch friedliche Atomanlagen können zu Atomwaffen werden.

Der Vizepräsident der Arabischen Liga, Omran, sagte bei der Eröffnung der Ausstellung "Die Arabische Welt" in Frankfurt in Gegenwart des Staatsministers Klaus von Dohnanyi vom Auswärtigen Amt: "*Der Staatsführer Menachem Begin unterscheidet sich nicht vom Terrorbandenführer Menachem Begin, der er einst gewesen ist*". Dem ist nichts, aber auch gar nichts hinzuzufügen.

Wie kam es zu dem Überfall?

Der Staat Israel hat die Fähigkeit, seine Politik mit Legenden und historischen Vergleichen zu legitimieren, zur Perfektion entwickelt. Das beginnt mit der umfangreichen Sammlung von Legenden und Historien, veröffentlicht in jedem Standardwerk mehrerer Religionsgemeinschaften, aus dem viele unserer Leser als Kind auch naschen durften, und die immer wieder herhalten müssen zur Rechtfertigung der Existenz d i e s e s Staates Israel. An erster Stelle liegt
fertigung der Existenz d i e s e s Staates Israel. An erster Stelle liegt
als Dauerbrenner die Geschichte vom kleveren Hirtenknaben David und dem schrecklich gerüsteten Riesen Goliath. Zur Rechtfertigung des Überfalls auf den Irakischen Atomreaktor mußte zudem die Geschichte von den ca. 1.000 Juden herhalten, die sich angesichts der aussichtslosen Übermacht der sie belagernden römischen Besatzer im ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung gegenseitig in der Festung M a s s a d a töteten, um nicht in die Hände der Feinde zu fallen. Hinzu kommt der faschistische Völkermord an den Juden, der jederzeit Überfälle auf Israels Nachbarschaft rechtfertigen soll. So zitiert die "Welt" (16.6.) einen Überlebenden des 'Holocaust' im Sinne dieser Argumentation des zionistischen Staates: "*Israel sieht jeden Atomraektor in seiner Region als neue Gaskammer an*". Außer natürlich seinen eigenen. Schon Routine ist auch die Rechtfertigung der verbrecherischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten mit dem drei Jahrtausende zurückliegenden Davidreich. Dieses gilt als Grundlage für den aggressiven Anspruch nach einem "Großisrael" zwischen Euphrat und Nil. So seltsam es klingen mag, diese Gedankenwelt liegt zumindest als Ideologie den politischen Entscheidungen und der Selbstdarstellung des israelischen Staates zugrunde und trifft bestenfalls auf Unglauben, meistens aber auf Verständnis, ganz selten auf energischen Protest. Die Doktrin von diesem Großreich liegt allen Entscheidungen des zionistischen Staates zugrunde, und er weicht vom direkten Weg dahin nur ab, wenn er aus taktischen Gründen dazu gezwungen ist, d.h. ein Teilziel (wie in der Frage der besetzten Gebiete) nicht sofort ganz durchsetzen kann. Die ständigen Überfälle auf andere Staatsgebiete wie die Luftangriffe auf Libanon, Jordanien, Irak und Syrien und neuerdings der Anspruch auf die alleinige Lufthoheit über den Luftraum des Libanon sind die Praxis dieser Doktrin. In der Frage der Stationierung von syrischen Luftabwehr-Raketen im Libanon deutet sich der nächste dreiste Überfall an.

Realer politischer Hintergrund für den Überfall auf den irakischen Reaktor ist, daß Israel bisher als einziger die A-Bombe hat und auch will, daß das so bleibt. Dabei spielt nicht nur die Möglichkeit, mit solch einer Bombe seine Nachbarn zu bedrohen und zu erpressen, eine Rolle. Jeder Besitzer dieser hochentwickelten Technik hat gleichzeitig eine hochwertige technische Infrastruktur entwickelt, die zu einer gefählichen Konkurrenz auf allen Gebieten führen kann. Der Schlag gegen das Herzstück dieser Technologie im Irak wirft diesen um Jahre zurück. Das gilt besonders deshalb, weil abzusehen ist, daß Irak von der neugewählten Mitterand-Regierung in Frankreich keinen gleichwertigen Ersatz geliefert bekommen wird. Frankreich wird die Gelegenheit nutzen, Irak eine Anlage für das gering angereicherte, von Frankreich entwickelte "Karamel" anzubieten. Im übrigen ist festzustellen, daß sowohl die französischen Stellen als auch sogar die US-Administration die israelischen Argumente bezüglich der Gefahr einer irakischen Atombomben-Produktion mittels des Reaktors b e s t r i t t e n haben.

Was ist dran an der Gefahr?

Es gibt keinen Beweis für eine konkrete Gefährdung des Staates Israel durch irgendwen. Das sieht Israel auch selber so und sagt es ganz offen. „*Der amerikanische Botschafter in Tel Aviv, Samuel Lewis, sagte in diesem Zusammenhang vor kurzem, daß Israels Schlagkraft den Nato-Streitkräften in Europa gleiche. Arens bemerkte dazu: 'Bei der Beurteilung von Israels militärischer Stärke müssen wir auch die Kampferfahrung, Leistungsfähigkeit und Motivation der einzelnen Soldaten in Betracht ziehen. Wenn also die Nato einen bedeutungsvollen Faktor beim Zurückwerfen oder Abschrecken einer sowjetischen Durchdringung darstellt, gilt das auch für Israel*''' („Welt", 16.6.81). „*Israel wäre heute fähig, nicht nur einem Ansturm aller arabischer Staaten gleichzeitig standzuhalten, sondern auch einem sowjetischen Vorstoß in den Nahen Osten wirksam Widerstand zu bieten*" („Welt", Zitat von Moshe Arens, Vorsitzender des Knesseth-Ausschusses für Äußeres und Verteidigung).
Knesseth-Ausschusses für Äußeres und Verteidigung).

Israel stellt selber die größte Gefahr in der Region dar. „*Israel ist ein Piratenstaat, aber es ist ebenso ein Marionettenregime*", „*Es ist hauptsächlich importierte Stärke, gekennzeichnet mit ‚Made in USA', von den F-16 und F-15 Flugzeugen, die Sonntag den Irak angriffen, bis zu den Aufklärungsflugzeugen, die die Souveränität aller Länder in der Region verletzen, bis zu den Bomben, Raketen und Granaten, die auf den Südlibanon abgeworfen werden*" („Palästina Bulletin", 12.6.81). Israels eigener Aufstieg zur Atommacht (AK 176: Atommacht Israel) spielt interessanterweise in der ganzen Diskussion um den israelischen Überfall überhaupt keine Rolle. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, wieweit die gesamte Weltpresse bereit ist, die zionistische Version zu akzeptieren. Das gilt auch für die fadenscheinigen Lügen und Vorwände, die sich Begin zur Rechtfertigung seines Piratenstückes ausdachte. Die wilde Geschichte vom Geheimlabor unter dem Reaktor, die Deklarierung als „humanitäre Aktion", („Time" 22.6.) wie bei der Iran-Intervention der Amerikaner, oder als „Rettungsaktion" („Hamburger Abendblatt", 9.6.). Zusammenfassend kann man sagen, daß selbst unter der Voraussetzung, daß Irak in absehbarer Zeit eine Bombe gebaut hätte, für Israel militärisch keine größere Gefahr gedroht hätte als sie jedem Land durch die Existenz von Atomwaffen droht (zu Irak/Atombombe siehe AK 187). Ein Interventionsrecht irgendeiner Art kann sich daraus nicht ableiten lassen. (Sonst könnte Israel demnächst auch Pakistan, Libyen, Saudiarabien oder sonstwen überfallen, von dem es sich „bedroht" meint). Israel hat nicht, wie Begin behauptet, die letzte Möglichkeit einer Notwehr genutzt, sondern vielmehr die Gunst der Stunde, die darin besteht, daß die arabischen Nachbarn in Abnutzungskriegen geschwächt sind und daß die Reagan-Administration sicher noch weniger als die Carter-Regierung an einer wirklich friedlichen Entwicklung in dieser Region interessiert ist. Die P l a n u n g der Aktion fällt mit einer Carter-Rede vor dem „United Jewish Appeal" zusammen, in der er forderte: Es sei an der „Zeit, den Terrorismus gegen Israel und sein Volk zu stoppen" („Pal. Bulletin", 9/80). Zu Beginn des Krieges zwischen Iran und Irak hatte es bereits einen Bombardierungsversuch auf den Reaktor Tamuz 1 gegeben, den man heute als eine Art Generalprobe für den jetzt erfolgten Schlag ansehen kann. Die Gefahr weiterer derartiger Aktionen ist größer denn je, betont doch Israel täglich, daß es gegen jeden potentiellen Gegner ähnlich vorgehen würde.

Das Piratenunternehmen scheint ein weiteres Mal für Israel ein Erfolg zu werden. Wegen des sofort angekündigten Vetos der USA sind nicht einmal Sanktionen beim Sicherheitsrat der UNO beantragt worden. Die USA konnten sogar gemeinsam mit dem irakischen Vertreter (und Israel?! ...) die UNO-Resolution zur maßvoll-wirkungslosen „Verurteilung" Israels ausarbeiten und damit ihren Einfluß in der Region weiter ausbauen. Reaktionäre Regimes im arabischen Raum, allen voran Saudi-Arabien, können ihre Erleichterung, auf einfache Weise
allen voran Saudi-Arabien, können ihre Erleichterung, auf einfache Weise
einen aufstrebenden Konkurrenten zurückgeworfen zu sehen, kaum verbergen. Andere wie Syrien, aber auch Libyen, müssen mit ähnlichen Schlägen rechnen; denn der Schlag gegen Iraks Atomfabrik war vor allem eine demonstrative Drohgebärde gegen jeden, der sich Israels Großmacht-Ehrgeiz in den Weg stellen könnte. Welche Auswirkungen der Atomschlag auf die innenpolitische Situation Israels haben wird, ist noch unklar, auch wenn die Weltpresse den Jubel über das Unternehmen hervorstreicht. Den gab es nach Entebbe auch zu berichten, und doch wurde die damalige Regierung nicht wiedergewählt. Allerdings sind sich Regierung und Opposition nur in der Frage des Zeitpunkts uneinig.

Ein gefährlicher Irrtum wäre es, anzunehmen, daß es sich bei solchen Abenteuern, wie dem Schlag auf die Atomfabrik, um so etwas wie die Unberechenbarkeit von Ländern der „Dritten Welt" handeln würde. Dieses chauvinistische Vorurteil läßt sich im konkreten Fall leicht widerlegen, denn das monatelang geübte und mit modernster Technik ausgeführte Kommandounternehmen trägt überdeutlich die Handschrift der USA.

Nahost-Kommission

Atommacht Israel

Israel hat am Abend des Pfingstsonntags wieder einmal bewiesen, wie weit es zu gehen bereit ist, um seinen Vorherrschaftsanspruch im Nahen Osten durchzusetzen. Es hat gleichzeitig eines der letzten Tabus in der modernen Kriegsführung durchbrochen: die Bombardierung von Atomanlagen. 14 speziel ausgerüstete und monatelang für diesen Zweck trainierte Jagdbomber haben den Reaktor Tamuz 1, wenige Kilometer von der irakischen Hauptstadt Bagdad entfernt, zerbombt. Die Lufthoheit dreier arabischer Länder wurde dabei verletzt und die Bevölkerung der Großstadt Bagdad in bisher noch nicht abzusehendem Umfang gefährdet.

Israel konnte diesen Überfall nur mit der vollen Rückendeckung und materiellen Unterstützung der USA durchführen, die ihm rechtzeitig die geeigneten Maschinen lieferten und es in jeder Form zu diesem Vorgehen ermutigten. Die Lage wurde von beiden Regierungen im derzeitigen Moment als besonders günstig eingeschätzt, weil die arabischen Nachbarn, insbesondere Irak, bereits durch die laufenden Konflikte hinlänglich geschwächt sind, so daß mit einer wirkungsvollen Gegenwehr nicht zu rechnen war.

Begin, mit dem der aggressivste und verwegenste Flügel des Zionismus an der Regierung ist, nutzte die Gunst der Stunde für sich, um nationalistische Stimmungen kurz vor den Wahlen zu seinem Vorteil anzuheizen. Unter dem ständig bereiten Vorwand der nationalen Gefährdung, der Beschwörung eines drohenden neuen Holocaust und der Berufung auf die historische Tradition von Massada (im jüdischen Freiheitskampf gegen das Römische Imperium) versucht Begin, das Kommandounternehmen zu rechtfertigen. Allein die im Juli bevorstehende Inbetriebnahme des Forschungsreaktors Tamuz und ein angebliches Geheimlabor unter dem Reaktor sollen den Überfall als legitimen Verteidigungsakt ausweisen.

DER STURM AUF DAS JENKELHAUS



300 Beamte, ein Dutzend Hunde, eine Wasserkanone, eine MEK Sondereinheit und viele, viele Waffen gegen 25 Schüler, die um Ihre Schule kämpfen.



Die umliegenden Straßen wurden



mit einer Hundestaffel



von potentiellen Sympathisanten gesäubert!



Diese Aufforderung



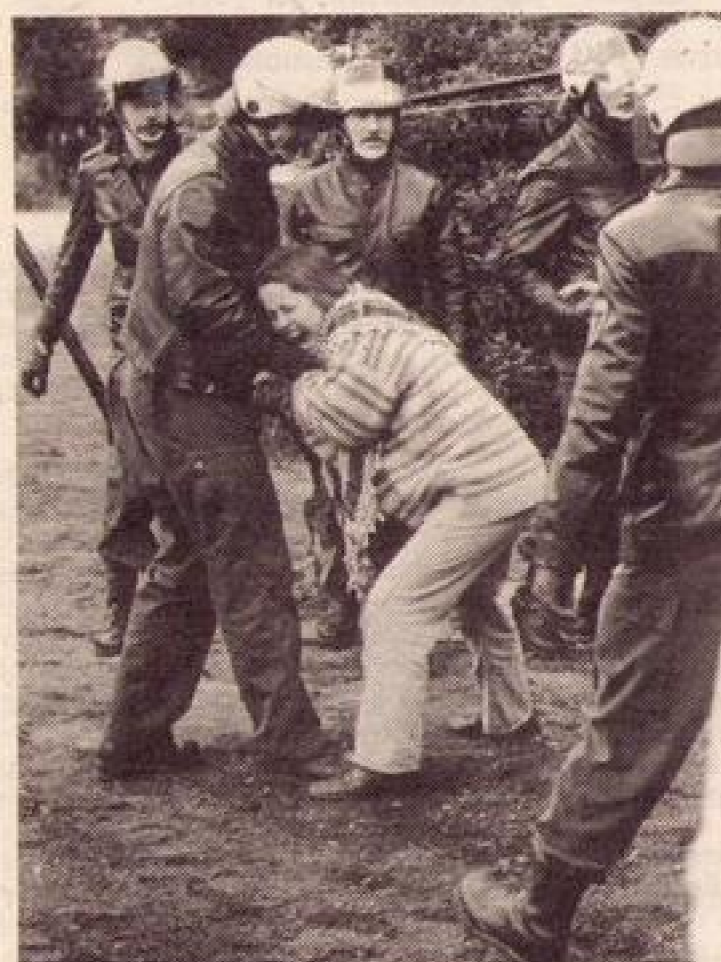
...war leider vergeblich



Mensch Junge, du könntest mein Sohn sein, mach doch kein Mist!



Kommentar überflüssig



5 „Ausgelernte" gegen 1 Schülerin.



Vergebliche Friedensbemühungen auf den verschiedenen Ebenen



Nach getaner „Arbeit" wird noch ein bischen geplündert (Das Garderobenschild und einMedizinball werden für die MEK-Unterkunft geklaut!)

Bild und Text: Pan-Foto, Hamburg

Menschenjäger

Hamburg: Am 12.6. wurde von etwa 50 Studierenden der Fachschule für Sozialpädagogik (FSP), anderen Schülern, sowie von Vertretern aus Mieterinitiativen das Jenkelhaus erneut besetzt. Das Jenkelhaus ist Teil eines Gebäudekomplexes in Hamburg-Altona, welches ehemals ein Krankenhaus war und heute teilweise von der FSP genutzt wird.

Der geplante Abriß des Jenkelhauses steht im Zusammenhang mit Plänen der Behörde die im Gebiet Altona-Altstadt 70 - 120 Häuser systematisch verrotten läßt, um sie dann abzureißen und an deren Stelle teure Neubauklötze hinzusetzen. Die daraus folgenden höheren Mieten können nur zu einer Vertreibung der heutigen Mieter, Studenten, kinderreichen Familien, Ausländern und anderen sozial Schwächeren führen. Vertrieben werden sollen diese Menschen, um Platz zu schaffen für besser Verdienende. Der Unterelberaum soll zu einem zweiten Ruhrgebiet hochindustrialisiert werden. Umschlags- und Verwaltungsgebiet ist der Hamburger Hafen. Und für eben jene Verwalter ist das Gebiet Altona-Altstadt und Altona-Ottensen als Wohngebiet vorgesehen. Der Abriß des Jenkelhauses steht außerdem im Zusammenhang mit der Verbreiterung der Holstenstraße zu einer gigantischen Verkehrsachse in den industrialisierten Unterelberaum.

Ursprünglich war geplant, das Jenkelhaus schon über Ostern dieses Jahres abreißen zu lassen. Dies wurde aber erfolgreich durch die erste Besetzung am 14.4. verhindert (siehe AK 200; in den Artikel sind leider versehentlich Bilder von der Räumung der Freiburger Schule reingeraten!). Unsere Besetzung verlief damals noch ohne Räumung durch die Polizei.

8 Jahre lang sind die Studierenden der FSP von den Behörden verschaukelt worden. 8 Jahre wurde ihnen erzählt, daß nötige Um- und Ausbauten vorgenommen werden; passieren tat nichts. Nun soll die Schule auf einmal im Rahmen des Hamburger Schulentwicklungsplans, in 6 Jahren verlegt werden. Hinzu kommt die ungeheure Wohnungsnot an unserer Schule: 69 Wohnungssuchende in 13 Klassen!

Am 14.4. schritten wir also erst-
Wohnungssuchende in 13 Klassen!

Am 14.4. schritten wir also erstmals zur Selbsthilfe und forderten den Erhalt des Jenkelhauses für Schul-, Wohn- und Kommunikationszwecke. Breite Unterstützung erhielten wir dabei von Lehrern und den anderen Studierenden der FSP, so daß sich die Schul- und Baubehörde wohl gezwungen sahen, mit uns zu verhandeln. Das Ergebnis war, daß wir ein unabhängiges Gutachten erstellen lassen sollten und der Abriß aufgeschoben wurde.

Erneut haben wir das Jenkelhaus am 12.6. besetzt, nachdem wir das Gutachten abgegeben hatten. Zum einen wollten wir damit erreichen, daß das Gutachten finanziert wird, zum anderen, daß der Abriß jetzt nicht durch die Hintertür für die Sommerferien vorbereitet wird. Für den Abriß sprach so einiges:

- ein Gegengutachten der Behörde,
- eine Mauer, die zwischen dem größeren Teil des Gebäudes, der abgerissen werden soll und dem Teil der stehen bleiben soll, gezogen wurde,
- Äußerungen aus dem Bauausschuß, wonach unser Gutachten gar nicht beachtet werden soll,
- ein neuer Bauzaun ums Haus rum.

Knüppeln, nicht verhandeln ...

... hieß das Motto der Behörde bei unserer zweiten Besetzung. Maschek, als Vertreter der Baubehörde, ließ sofort Strafantrag stellen und war zu keinerlei Gespräch bereit. So erschienen dann auch nach 2 Stunden die ersten Bullen und fingen gleich an rumzuprovozieren. Sie versuchten eine FSPlerin festzunehmen, schubsten und schlugen ein Kind vom Gelände, wobei sie dreist behaupteten, das Kind wäre kein Kind. Es konnte jetzt niemand mehr ins Haus und niemand mehr raus.

Nach etwa zwei weiteren Stunden begannen dann etwa 200 Bullen und 40 MEKler das Haus zu räumen.

50 Bullen stürmen das Gebäude und prügeln wild auf die Besetzer, die sich auf den Balkon zurückgezogen haben, ein. Die Leute schreien: „Hört doch auf!“ ... Ein Helm geht zu Bruch. Die Besetzer müssen dann durch zwei Bullenreihen Spießrutenlaufen, bekommen Knüppel auf den Kopf, auf den Rücken. Etwa der Hälfte gelingt es, zu fliehen, indem sie aus dem zweiten Stock springen. 23 Leute werden festgenommen und müssen die halbe Nacht auf der Wache verbringen. Ein Bulle bringt zu den Festgenommenen, als sie noch im Gefangenentransporter in einer Tiefgarage hocken, den Spruch: „Und nun Gas rein!“

Alle Verhafteten müssen mit einer Anklage wegen Hausfriedensbruch rechnen. Darüberhinaus gibt es Vorwürfe wegen „unerlaubten Waffenbesitzes“, Steine schmeißen, schwerer Landfriedensbruch und Beleidigung. Vier Besetzer wurden zudem erkennungsdienstlich behandelt.

Vor und während der ganzen Räumung war ein „Herr“ – in weinrot gekleidet – immer mit von der Partie. Wie sich nachher herausstellte, war dies der Polizeidirektor von Hamburg Mitte Kruschka, alias Swami Hermann, Mitglied der weinroten Baghwan-Sekte (TAZ, 15.6.). Dieses friedliebende Sektenmitglied war dann wohl auch nicht nur für die Räumung des Hauses selber verantwortlich, sondern auch für die brutale Verfolgung der Leute, die vor dem Haus gestanden hatten.

Diejenigen, die bei der Räumung auf dem Platz standen, wurden von den MEKlern runtergeprügelt, einige in ein Feuer geschubst. Nachdem die MEK-Bullen es in bewährter Zusammenarbeit mit den Hundeführern geschafft hatten, den Platz leerzukriegen, versammelten sich die meisten Leute vor dem Ausgang der FSP, um den Abtransport der Gefangenen zu verhindern. Die waren allerdings schon weg. Dafür kam aber ein Wasserwerfer der neuen „Brokdorf-Generation“ und jagte die Leute die Straße runter. Danach kam es immer wieder zu Ausfällen von Seiten der Bullen. Sie sprangen aus ihren Mannschaftswagen oder stürmten vom FSP-Gelände, prügelten auf Leute ein und versuchten, welche festzunehmen. Eine Gruppe von Linken wurde mit der Pistole durch die Straßen gejagt (aus der Presseerklärung der FSPler). Eine Augenzeugin berichtet von der Festnahme eines Demonstranten: *„Ich stand an der Ecke*

von der Festnahme eines Demonstranten: „Ich stand an der Ecke

Holstenstraße/Thadenstraße. Mir gegenüber standen ca. 15 Leute, z.T. Jugendliche. Auf der Kreuzung fuhren zwei Streifenwagen rum. Ein Stein flog und zerschmetterte die Hinterscheibe von einem der Wagen, der dann wegfuhr. Kurz danach kam ein neuer Wagen. Plötzlich hielten beide vor der Ampel. Ein Bulle stieg schnell aus, nahm seine Pistole in die Hand und lief mit hochgehaltener und gerichteter Pistole hinter jemandem her. Derjenige lief aber weg. Dort, wo der Bulle jetzt stand, standen noch ein paar Jugendliche. Der Bulle griff sich einen Typ, drückte ihm die Knarre an die Schläfe. Mit der anderen Hand drehte ihm der Bulle die Hand auf den Rücken und drängte ihn zum Wagen. Bevor er in den Wagen gestoßen wurde, wurde er an den Wagen gestellt und abgetastet.“

Augenzeugen berichteten außerdem, daß der Polizist, der den Unterstützer mit der Waffe abgeführt hatte, noch sagte: **„Du Schwein, am liebsten hätte ich abgedrückt!“**

Insgesamt kam es vor dem Haus zu mindestens 6 Festnahmen.

Die Brutalität der Räumung hat uns gezeigt, daß Baubehörde und SPD-Senat bereit sind, den Widerstand gegen einen Eckpfeiler der Stadtplanung in Altona mit allen Mitteln totzukriegen. Zum anderen ist den Herrn Bürokraten unser Eigentum schändender Widerstand nicht recht. SPD-Sprecher Vogt versuchte uns das deutlich zu machen. Wir hätten uns „an parlamentarische Regeln zu halten“. Weil wir bei uns an der Schule jedoch ausschließlich nach basisdemokratischen Regeln arbeiten, war es wohl nötig, uns dies mit dem Knüppel einzupauken.

Unser Widerstand geht aber trotzdem weiter. Wir planen bis zum 25.6. an dem über unser Gutachten im Bezirksparlament diskutiert wird, ein Camp auf dem Schulgelände und werden sicherlich am 25. auf der Parlamentssitzung erscheinen.

Zurücknahme aller Anklagen gegen die Jenkelhaus-Besetzer!
Erhalt des Jenkelhauses!

Ka. FSP u. Ni. SSB/Schüler

Pinneberg:
Hausbesetzung gegen Bürgerbesetzung

Die besten Satiren schreibt eben doch noch immer die Wirklichkeit: Der Pinneberger Magistrat (CDU) lädt die Bürger der Stadt zum 18.6. zu einer „Anhörung“ über die äußerst umstrittene „Westtangente“ ins Rathaus ein und beginnt am gleichen Tag mit dem Abriß des ersten Hauses, das der Trasse durch die Innenstadt im Wege steht! Vor dem Hintergrund, daß die Straße frühestens in zwei Jahren gebaut werden soll und daß im nördlich von Hamburg gelegenen Pinneberg über 500 Wohnungssuchende registriert sind, ist der ausgerechnet für den Tag der „Bürgeranhörung“ vorgesehene Abriß nur zu erklären als von der CDU **provozierte Machtprobe mit den unangenehmen Tangenten-Gegnern der „AG menschengerechte Stadtplanung“ und den betroffenen Bürgern.**

Aus Protest gegen diesen hemmungslosen Bürgerbetrug wurde das Haus am Tage des geplanten Abrisses besetzt.

Um 11.00 Uhr sollten die Abrißarbeiter kommen; um 17.30 Uhr war eine Demonstration angesagt, um zu dem Haus und dann zur „Bürgeranhörung“ um 19.30 Uhr ins Rathaus zu spazieren. 4000 Flugblätter waren verteilt. Wollte es der Magistrat angesichts dieser Mobilisierung riskieren, sich einen Sturm der Entrüstung ins Haus zu holen, an einem Tag alles auf eine Karte setzen?

Er wollte. Die Zeit hätte zweifellos für die Besetzer gearbeitet.

Um 11.oo Uhr wurde das Haus von SEK- und Einsatzpolizisten unter den Augen einer großen Menge Passanten blitzartig gestürmt und geräumt, 17 Besetzer/innen vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Mit dem Abriß des Hauses wurde unverzüglich begonnen. Ein Schlag in den Magen, von dem sich sehr viele Bürger, nicht nur die Besetzer und die AG, getroffen fühlten.

Die Bürgeranhörung am Abend wurde dann aber dennoch mit 300 Leuten ein herrliches Fest. Das peinliche Bemühen des Bürgermeisters, den „Dialog“ aufrechtzuerhalten, wurde schon nach dem einleitenden „Meine Damen und Herren ...“ mit witzigen Zwischenrufen, schwirrenden Luftballons, Transparenten („Macht aus dem Magistrat Gurkensalat“) und mit unter die Haut gehenden Reden einiger Betroffener als Betruf bloßgestellt. Dem blaß und blasser werdenden Bürgermeister Kath blieb wahlweise die Spucke weg oder ihm entglitten unfreiwillige Eingeständnisse in die eigene Arroganz: „Sie haben das Recht, Vorschläge zu machen, und wir haben das Recht ... sie zu ignorieren, richtig!“



Auf dem Weg zum Rathaus

Ein Sprecher der AG Menschengerechte Stadtplanung, die seit über zwei Jahren gegen die Tangentenplanung arbeitet, legte während der Anhörung nochmal zusammenfassend dar, daß bei der Stadt von Anfang an keine Dialogbereitschaft vorhanden war. Ein Beispiel aus der langen Rede des AG-Sprechers: Der Magistrat untersagte einem Stadtplanungsbüro aus Hamburg, ein vor Jahren erstelltes Gutachten über Pinneberg, auf das sich u.a. die Tangentenplanung stützt, zu veröffentlichen. Dies war nämlich von der AG gefordert worden, nachdem das Büro sein eigenes Gutachten für veraltet erklärte. In der Öffentlichkeit rechtfertigt der Magistrat trotzdem noch heute seine Stadtvernichtungspolitik mit eben diesem Gutachten.

Gegen Ende der Anhörung servierten die Hausbesetzer dem Bürgermeister dann noch einen echten Gurkensalat. Aber der mochte nicht und schmiß die Schüssel wütend vom Tisch. Schließlich hatte er im wahrsten Sinne des Wortes eine Tomate auf dem Ohr ...

Kurzes Fazit: Ohne die Arbeit der AG menschengerechte Stadtplanung, die mit ihrer umfangreichen Sachkenntnis Bürgermeister und Co. schlichtweg ausstechen und bloßstellen kann, wäre diese einzigartige Protestaktion in Pinneberg nicht möglich gewesen. Die Besetzung hat hingegen entscheidend dazu beigetragen, daß sich sehr viele Bürger wieder mit den Argumenten gegen die Tangentenplanung auseinandersetzen, und hat deutlich gemacht, daß die Stadt nicht dummerhaft, sondern bewußt brutal und bürgerverachtend vorgeht.

Seit dem 18.6. erscheint es wieder möglich, das 6 Mio-Mark-Projekt, Schnellstraßen in der Pinneberger Innenstadt zu bauen und dafür zahlreiche Wohnungen zu vernichten, doch noch zu verhindern. Am 24.6. geht es in die nächste Runde: In der Ratsversammlung wird über den Kauf eines weiteren Wohn- und Geschäftshauses für die Trasse der Westtangente debattiert.

KB-Gruppe Pinneberg

Düsseldorf:
Autonomes Stadtteilzentrum geräumt

Nach fast genau vier Monaten Besetzung wurde das Autonome Stadtteilzentrum Volmerswerther Str. 41 am 10.6. geräumt.

Am frühen Morgen wurde die Volmerswerther Straße für den Verkehr gesperrt. Dann drangen SEK-Bullizisten durch die von ihnen zerschlagenen Fenster in das Haus ein. Die zu diesem Zeitpunkt anwesenden 25 Besetzer/innen wurden aufs Polizeipräsidium gebracht und gegen Mittag wieder freigelassen. Die Volmerswerther Straße blieb bis zum Nachmittag für den Verkehr gesperrt. In der Zwischenzeit wurde um das Haus ein hoher Zaun errichtet, auch nach Aufhebung der Straßensperre wurde tagelang die Bewachung des Hauses durch SEKler aufrechterhalten. Ebenfalls über mehrere Tage lang fuhren Bullizisten aus Düsseldorf, Essen, Wuppertal und anderen Städten Streife in der Innenstadt, teilweise sogar in vollbesetzten Mannschaftswagen; SEK wurde auch als Fußstreife eingesetzt.

Ein kurzer Rückblick

Am 13. Februar waren rund 500 Häuserkämpfer/innen von einer Häuserkampffete losgezogen und hatten das Haus Volmerswerther Str. 41 besetzt, um die seit zwei Jahren bestehende Forderung nach einem Stadtteilzentrum endlich durchzusetzen.

Das Haus gehört laut Grundbuch der Bilker Spekulantenfamilie Niehaus. Zwei Tage nach der Besetzung tauchte ein Rainer Nemitz auf. Er erklärte, er habe vor einigen Wochen das Haus von Niehaus gekauft. Er und seine Freunde seien auch Alternative, wollten dort als Wohngemeinschaft einziehen, Kinderarbeit im Stadtteil machen etc. Zunächst gemachte Zusagen, wie Einsicht in die Kaufverträge, hielt er jedoch nicht ein. Im Laufe der Zeit ließ er immer mehr die Maske fallen. So beantragte er einige Wochen später eine Teilungserklärung, um Eigentumswohnungen zu errichten, sein Kumpan Niehaus stellte sogar einen Antrag auf Abrißgenehmigung (RP, 16.5.).

Die Stadt erklärte zunächst zu der Forderung der Besetzer/innen, daß die Stadt das Haus kaufen und als Stadtteilzentrum übergeben solle, sie verhandele nicht mit Besetzern. Diese Haltung gab sie auf, als Besetzer/innen ein lautstarkes Go-In bei der Ratssitzung am 19.2. machten. Allerdings kam bei den Gesprächen nicht mehr raus, als daß die Stadt äußerst zweifelhafte „Alternativ“angebote für ein Stadtteilzentrum machte, z.B. ein bewohntes Haus der „Aktion Wohnungsnot“. Daraufhin wurde von seiten der Besetzer/innen erklärt, daß sie zu derartigen „Verhandlungen“ nicht länger bereit seien.

Am 27.3. wurde unter dem Vorwand „Raubüberfall“ das Autonome Stadtteilzentrum zum ersten Mal brutal geräumt. Z.T. mit gezogener Pistole wurden die 63 Besetzer/innen aus dem Haus geholt, zwei Wiederbesetzungsversuche wurden mit gezogener Pistole bzw. einem Knüppeleinsatz verhindert. Am Abend gab es in der Innenstadt klirrenden Protest, bei dem für mindestens 150.000 DM Scheiben zu Bruch gingen.

Mehr als 1.000 Menschen beteiligten sich am darauffolgenden Tag an einer Demo gegen die Räumung. Trotz massiver Bullizei„begleitung“ gelang es, diese auf der Volmerswerther Straße abzuhängen und das Autonome Stadtteilzentrum wieder zu besetzen.

Da die Polizeiführung nicht gewillt war, auf eine Strafanzeige des Herrn Nemitz wegen Haus- und Landfriedensbruch hin wieder aktiv zu werden, erwirkte dieser beim Zivilgericht einen Räumungsbefehl. Darüber hinaus hatte sich die Staatsanwaltschaft einen Durchsuchungsbefehl besorgt, da ihr angeblich Hinweise auf Rauschgiftmißbrauch vorlagen. Die ganze Ausbeute der Staatsanwaltschaft bestand in drei angeblichen Haschischpfeifen.

Die Reaktion der Häuserkampfbewegung

In den Tagen nach der Räumung (10.6.) lief im Gegensatz zu den Aktionen nach der ersten Räumung Ende März relativ wenig. Es gab am Tag der Räumung und in der Nacht danach einige Brandanschläge. Blindwütig und dumm zu nennen ist die Aktion einiger Militanter am Nachmittag der Räumung. Sie warfen Steine und einen Molly in einer Ladenpassage an der Kö (Düsseldorfs Prachtstraße). Eine von ihnen wurde von Passanten festgehalten und dem SEK übergeben. Sie sitzt seitdem u.a. wegen versuchter menschengefährdender Brandstiftung in Untersuchungshaft.

Die Beteiligung an der Protestdemonstration gegen die Räumung am darauffolgenden Tag war eher schwach. Anfangs rund 500, nach einigen Auseinandersetzungen mit der Bullizei erheblich weniger, beteiligten sich. Nachdem es aufgrund vereinzelter Farbbeutelwürfe bereits mehrere Gerangel mit der Polizei gegeben hatte, schlug diese auf dem Schadowplatz brutal zu. Sie prügelte in die Mitte des Demonstrationszuges rein und spaltete diesen. Auf bereits am Boden Liegende wurde eingetreten, die Chemische Keule eingesetzt. 11 Demonstranten wurden festgenommen, 9 später wieder freigelassen, gegen einen lag bereits ein Haftbefehl vor, der andere wurde wegen schweren Landfriedensbruchs in Haft behalten, da er keinen festen Wohnsitz und keine Arbeitsstelle hat.

Detlef/Düsseldorf

Wohnungskampf in Göttingen:

»Hört auf zu heulen, es hat doch gerade erst angefangen!«

Seit Ende Mai (30./31.5.) gibt es in Göttingen kein besetztes Haus mehr. Die „Innere Medizin" des ehemaligen Klinikums wurde von den rund 80 Bewohnern geräumt. In einem Park neben der Stadthalle wurde von ihnen eine Zeltstadt aufgebaut um zu demonstrieren, daß sie zusammenbleiben wollen und eben keine andere Bleibe haben. Nach drei Tagen wurden sie von der Stadt ultimativ aufgefordert, die Zelte abzubauen. In Verhandlungen am Nachmittag bot Oberstadtdirektor Vieten für alle Obdachlosen Unterkünfte an.

Herrschte bei einer Besetzerversammlung noch das Mißtrauen vor, in wieweit die namentliche Meldung als Obdachlose nicht weitere Ermittlungsverfahren mit sich bringt, so wurden bei dem anschließenden Besuch im Rathaus diese Bedenken von den Stadtoberen selbst hinfällig gemacht; denn „obdachlos" kann nur sein, wer in Göttingen gemeldet ist, keinen Wohnsitz bei den Eltern in einer anderen Stadt hat usw. usf. Diese Schmierenkomödie wurde von den etwa 150 Häuserkämpfern adäquat mit einigen „Schmierereien" honoriert. Dabei soll es auch zu einer kleineren Gegen-Razzia in Büros der Kriminalpolizei gekommen sein.

Angesichts der erneuten Räumungsdrohung und auch wolkenbruchartiger Regenfälle wurde die Zeltstadt schließlich abgebaut. Eine schon länger geplante Demonstration gegen den Bullenterror und die Abrißpolitik am nächsten Tag (4.6.) war bei den gegenwärtigen Verhältnissen mit ca. 1.300 Teilnehmern gut besucht und als diszipliniert und geschlossen durchgeführte Aktion ein ermutigender Ansatz für die nächsten Kapitel im Göttinger Häuserkampf.

„Die Vertreibung"

Die „Innere Medizin" wurde von der Universität im Frühjahr 1980 als Ersatzwohnraum für die Besetzer der ehemaligen Augenklinik angeboten. Offiziell sollten nur Studenten einziehen, von denen einige befristete Mietverträge bekamen. Die Zahl der „illegalen" Bewohner wuchs nach der Besetzung eines bis dahin leerstehenden Gebäudetraktes im Februar d.J. auf ca. 60 an. Der Termin für die Räumung (31.5.) war durch das Auslaufen der Mietverträge von knapp 20 „legalen" Bewohnern gesetzt.

Nach den Ereignissen der letzten Wochen war klar, daß jeder Versuch einer Verteidigung des Hauses – ob friedlich oder militant – zu massiven Konfrontationen geführt hätte, die in der Strategie der Polizei (und der Stadt) durchaus eingeplant und als ‚Todesstoß' für die Häuserkampf-Bewegung entsprechend vorbereitet wurden.

In einem „Die Vertreibung" über- ‚Todesstoß' für die Häuserkampf-Bewegung entsprechend vorbereitet wurden.

In einem „Die Vertreibung" überschriebenen Flugblatt erklären die Besetzer daher, daß sie „kapitulieren". Eine vielleicht zu subjektive aber verständliche Einschätzung; nach Lage der Dinge kann der geschlossene Auszug nur als politisch richtiger taktischer Rückzug gewertet werden.

Es heißt, die Besetzer hätten das Haus „freiwillig" verlassen. Ein schlechter Witz: denn die Gegenseite hatte deutlich gemacht, daß die Alternative dazu nur ein ebenso „freiwilliger" Gang ins Krankenhaus oder in den Knast sein kann:

- Seit der Razzia in der „Inneren" am 6.5. (s.AK 202) waren die Bewohner einem permanenten Polizeiterror ausgesetzt; unverhüllte Observationen, nächtliches Abgreifen von Besetzern durch Zivilbullen, Personalienfeststellung, Leibesvisitationen und u.U. ED-Behandlung standen fast auf der Tagesordnung.
- Die Göttinger Polizei wurde kräftig aufgerüstet (oder war's „Nachrüstung"?). Bei fast jeder Aktion wimmelte es von Zivilen und mindestens eine Hundertschaft stand einsatzbereit an der nächsten Ecke. Seit Anfang d.J. gibt es spezielle Greiftrupps für Verhaftungen, eine Hundestaffel und einen neuen Wasserwerfer. Schließlich wurde am 18.5. die Erprobung der berüchtigten „Pepper-Fog"-Waffe auf einem Polizeigelände beobachtet und fotografiert, mit der in wenigen Sekunden ganze Häuserblocks mit Giftgas eingenebelt werden können.
- Die juristische Nachbereitung der bisherigen Aktionen läuft auf vollen Touren. Über 70 Ermittlungsverfahren und Anklagen werden bearbeitet. Ein Häuserkämpfer wurde bereits in einer Berufungsverhandlung aufgrund dubioser Indizien wegen Brandstiftung zu 18 Monaten Knast ohne Bewährung (!) verurteilt.
- **Nach einem total friedlich verlaufenen Aktionstag (26.5.) wurde die Abschlußdemonstration von einem Greiftrupp überfallen, zahlreiche Teilnehmer verletzt und zwei Leute festgenommen. Am Abend wurde eine vor dem Polizeirevier demonstrierende Gruppe erneut von Greifern und der Hundestaffel angegriffen und ein weiterer Demonstrant verhaftet. Etwa zur gleichen Zeit wurde in der Innenstadt ein Student abgegriffen, mit der ‚Begründung' er sei bei der vorangegangenen Demo gesehen worden. Aufgrund vollkommen absurder Beschuldigungen – schwerer Landfriedensbruch, versuchter Totschlag – erfolgte am nächsten Tag ein Haftprüfungstermin, der für zwei Demonstranten Untersuchungshaft und Verlegung nach Hannover zur Folge hatte.**

Da sich die Anschuldigungen auf frühere Aktionen beziehen, haben die Bullen mit ihren Einsätzen zielstrebig eine Unsicherheit geschaffen, die jede, auch noch so friedliche Demo als persönliches Risiko erscheinen lassen soll.

die Bullen mit ihren Einsätzen zielstrebig eine Unsicherheit geschaffen, die jede, auch noch so friedliche Demo als persönliches Risiko er-

Im engen Zusammenhang mit dem härter gewordenen Kurs von Bullen und Justiz steht die mittlerweile absolut kompromißlose Haltung der Stadtverwaltung gegenüber den Forderungen der Häuserkämpfer.

Warme Worte, geheucheltes Verständnis für die Probleme der Wohnungssuchenden, allerlei Versprechungen und dergleichen mehr – wie noch vor eineinhalb Jahren üblich – selbst das gibt es heute so gut wie nicht mehr. Stattdessen bricht der „Dialog mit der Jugend" in Form von Bullenknüppeln und Strafgesetzbuch über die Bewegung herein. Erwartungsgemäß sind sich auch die Schreiberlinge der örtlichen Presse ihrer staatsbürgerlichen Verantwortung bewußt und servieren der Öffentlichkeit die größten Schweinereien als leichte Kost zum Frühstück, damit auch in liberaleren Kreisen niemandem ein Brocken im Halse stecken bleibt.

Instandbesetzung ade?

Angesichts dieser Entwicklung liegt es auf der Hand, daß die Bewegung nach einer Phase des Aufschwungs, der Verbreiterung und Radikalisierung, heute mit größeren und mehr Problemen zu kämpfen hat, die weder durch das Jammern über eigene Fehler, und daraus abgeleitet, eine Periode vertieften Nachdenkens, noch durch das kurzatmige Schielen auf die nächste spektakuläre Aktion überwunden werden können.

Sind Instandbesetzungen unter den o.g. Bedingungen überhaupt noch sinnvoll? Werden nicht mit jedem Besetzungsversuch Niederlagen mitorganisiert?

Instandbesetzungen waren (und sind!) das zentrale Kampfmittel der Häuserkampf-Bewegung. Die in Besetzungsaktionen verwirklichte Einheit von entschlossener Demonstration und ebenso entschlossener Selbsthilfe gegen Spekulanten und Wohnraumzerstörer hat wesentlich zu einer Massenbewegung beigetragen, deren Breite und Radikalität mit der Anti-AKW-Bewegung zu vergleichen ist. Neben dem flankierenden Dialoggeschwätz haben sich die bürgerlichen Parteien nicht zufällig auf die Zerschlagung dieses Kampfmittels konzentriert.

Ob in christdemokratisch oder sozialliberal regierten Ländern gilt die Maxime: „Kein Haus bleibt länger als 24 Stunden besetzt!"

In Teilen der Göttinger Häuserkampf-Bewegung (DKP, Mieterinitiative Kreuzbergring, Gruppe Z) wurde aus der Situation offenbar die Konsequenz gezogen, leerstehende Häuser, wenn überhaupt dann nur noch – in realistischer Erwartung einer baldigen Räumung – „demonstrativ" zu besetzen.

..Demonstrativ-Besetzungen" sind realistischer Erwartung einer baldigen Räumung – „demonstrativ" zu besetzen.

„Demonstrativ-Besetzungen" sind nicht nur von der Form her problematisch, sondern auch von ihrer inhaltlichen Stoßrichtung.

Die Häuserkampf-Bewegung hat mit der von uns gesetzten Parole „Lieber instandbesetzen als kaputtbesitzen!" ihre Massenwirksamkeit erreicht. Hinter dieser Parole steht das Konzept, nicht an den Staat zu appellieren, sondern die von der Wohnungsnot Betroffenen aufzufordern, ihre Interessen gegen das kapitalistische Eigentum selbst in die Hand zu nehmen. Instandbesetzungen sind praktische Beispiele der Selbsthilfe. Aus der demonstrierten Alternative: Wir erhalten billigen Wohnraum, das Spekulantengesindel vernichtet ihn! hat die Bewegung ihre politische und moralische Anziehungskraft gewonnen. Ihre Kontinuität und Entschlossenheit ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß nicht einige wenige, stellvertretend, auf ein Problem demonstrativ aufmerksam gemacht haben, sondern weil tausende von Wohnungskämpfern für *i h r e* Interessen gekämpft, Besetzungen organisiert, Instandsetzungsarbeiten und Öffentlichkeitsarbeiten durchgeführt haben, sich mit den Bullen rumgeschlagen haben, also wichtige Erfahrungen sammeln konnten.

Solange Häuser noch leerstehen...

...bleiben Instandbesetzungen aktuell. Das Schicksal der Häuserkampf-Bewegung als kämpfende und fordernde Bewegung ist u.E. eng verknüpft mit der Frage, ob die in Göttingen noch leerstehenden Häuser nur noch auf Listen, gleichsam als papierene Anklage gegen unbekannt geführt werden, oder wieder zu Objekten öffentlichen Ärgernisses gemacht werden können.

Die Reorganisierung des Kampfmittels Instandbesetzung ist an folgende Bedingungen gebunden:

1. Es muß Einigkeit darüber hergestellt werden, daß alle (und nicht nur „die Szene"), die gegen die Wohnungsnot etwas unternehmen und für ein autonomes Kulturzentrum kämpfen wollen, angesprochen und in Aktionen einbezogen werden müssen. Sektiererische Aktionen, wie unernsthafte, spontane Pseudobesetzungen oder von der Bewegung abgelöste anarchistische Mutproben wirken zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher demoralisierend.
2. Besetzungen müssen sorgfältig politisch vorbereitet werden. Bei der Besetzung der Jüdenstraße Ende letzten Jahres ist es gelungen, die Stadtverwaltung durch konkrete Enthüllungen in arge Legitimationsschwierigkeiten zu bringen. Es wurde nicht nur exemplarisch der Spekulantensumpf aufgezeigt, sondern Vieten (und die bürgerlichen Parteien) wurden gezwungen, öffentlich Lügen zu verbreiten und heuchlerische Versprechungen abzugeben. Die politisch Verantwortlichen sind durch die breite Informationsarbeit, durch Anfragen, Offene Briefe, Erinnerungen an ihre Versprechungen in ein Netz von Widersprüchen verwickelt worden, über das sie ein ums andere Mal stolperten. Die Räumung der Jüdenstraße war schließlich – für (fast) jeden sichtbar – die letzte Möglichkeit für die Stadt, aus diesem Netz herauszukommen. Ihre Legitimationsschwierigkeiten sind dadurch allerdings nicht geringer geworden, sondern haben sich verschärft. Die grossen Demonstrationen nach der Räumung, die anschließende Besetzung des Mitteltraktes der „Inneren Medizin" sowie deren erfolgreiche Verteidigung am Tag darauf waren nur möglich, weil die Häuserkampf-Bewegung eine *p o l i t i s c h e L e g i t i m a t i o n s k r i s e* der städtischen Exekutive organisiert hat.

den gezwungen, öffentlich Lügen zu verbreiten und heuchlerische Versprechungen abzugeben. Die politisch Verantwortlichen sind durch die brei-

Militante Kampfformen, und dazu gehören Instandbesetzungen, sind nur in einer solchen Legitimationskrise der Herrschenden sinnvoll.

Die Häuserkampf-Bewegung steht für absehbare Zeit vor dem Problem, Enthüllungen über leerstehende Häuser nicht mehr verbreitern zu können, *w ä h r e n d* sie besetzt werden. Die Zeit dafür dürfte kaum vorhanden sein. Instandbesetzungen können also nicht mehr konspirativ geplant und durchgeführt werden; es muß gezielt und öffentlich auf sie hingearbeitet werden. Vor einer Besetzung müssen alle „legalen" Mittel ausgeschöpft werden, um eine Freigabe des leerstehenden Wohnraums zu erreichen. Dies werden lediglich agitatorische, auf die Entlarvung ihrer Untauglichkeit abzielende Mittel sein. Sie sind aber nichtsdestotrotz zur Vorbereitung von Instandbesetzungen notwendig.

Wenn die Stadt erklärt hat, sie würde das Mittel der Zweckentfremdungsklage verstärkt einsetzen – warum sollten wir ihr dann den Gefallen tun, sie nicht mehr öffentlich daran zu erinnern und nicht mehr aufzufordern, dieses Kampfmittel gegen die Wohnungsnot einzusetzen?

Die Häuserkampf-Bewegung in Göttingen wird hinsichtlich der bislang z.T. sehr raschen Folge von Aktionen in Zukunft wohl etwas kürzer treten müssen. Die Solidarität mit den unmittelbar von der Kriminalisierung bedrohten Genoss/inn/en wird notwendigerweise stärkeres Gewicht erhalten. Aber es gibt keinen Grund, stehen zu bleiben und aufzuhören.

Angesichts der Demontage des sog. sozialen Netzes scheint die Einschätzung nicht unberechtigt, daß die bisherigen Häuserkämpfe die Vorboten einer weit breiteren und vielleicht ebenso radikalen sozialen Protestbewegung waren, so daß ein in der Hochphase des Häuserkampfes verbreiteter Spruch auch längerfristig seine Berechtigung haben wird:

wegung waren, so daß ein in der Hochphase des Häuserkampfes verbreiteter Spruch auch längerfristig seine Berechtigung haben wird:

„Hört auf zu heulen, es hat doch gerade erst angefangen!"

KB/Gruppe Göttingen

Instandbesetzung und Räumung in Dortmund

Am 29.5. wurde in Dortmund das 5. Haus instandbesetzt. Im Anschluß an eine Podiumsdiskussion der Instandbesetzer, zu der die eingeladenen Politiker und Polizisten nicht erschienen waren, besetzten 50 Leute ein seit zwei Jahren leerstehendes Haus.

Einen Tag später machte die Stadt dann klar, warum sie seit mehreren Wochen Gesprächen über Mietverträge und die Freigabe leerstehender Häuser ausgewichen war. Klammheimlich hatte sie zwei besetzte und fünf leerstehende Häuser an eine Baugesellschaft verkauft. Diese ließ nun verlauten, daß die Häuser renoviert werden sollen und die Besetzer zu verschwinden hätten. Die ins Gespräch gebrachten Mieten von 4,50 DM/qm sind natürlich eine bodenlose Verarschung der Leute, da es sich um Grundmieten handelt, die schnell auf die unerschwingliche Höhe von 8 bis 9 DM steigen werden, wie man es von anderen Häusern der Baugesellschaft (DOGEWO) bereits kennt.

Ein am gleichen Tag stattfindender Besuch der Besetzer im Stadthaus führte zur Festnahme von elf Leuten und zur Verzierung des Stadthauses mit Farbbeuteln. Während der anschließenden Demo durch die Innenstadt zum Bullenpräsidium wurden mehrmals Kreuzungen blockiert bis die Festgenommenen freigelassen wurden.

61 Leute festgenommen

Am Morgen des 3.6. begann die Räumung der seit mehreren Wochen besetzten Häuser Dorstfelder Hellweg 15 und Helmutstr. 35. 200 Unterstützer versuchten durch Straßenblockade die Räumung zu verhindern, jedoch gelang es den Bullen, die Blockade mit Schlagstöcken auseinanderzutreiben und insgesamt 32 Leute festzunehmen. Nach der Räumung wurde sofort mit der angekündigten „Renovierung" begonnen, indem Türen und andere Einrichtungsgegenstände zerschlagen wurden.

Nachmittags begann eine Demo mit ca. 700 Leuten gegen die Abriß- und „Renovierungspolitik" der Stadt und die Kriminalisierung der Instandbesetzer. Die beabsichtigte Besetzung des Stadttheaters wurde durch ein massives Bullenaufgebot verhindert. Im weiteren Verlauf der Demo, bei der einige Scheiben vom Theater und von Kaufhäusern zu Bruch gingen, kam es zu weiteren Bullenübergriffen, bei denen etliche Leute verletzt wurden. Insgesamt wurden im Verlauf der Demo 29 Leute festgenommen, denen Hausfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Sachbeschädigung und Gefangenenbefreiung vorgeworfen wird.

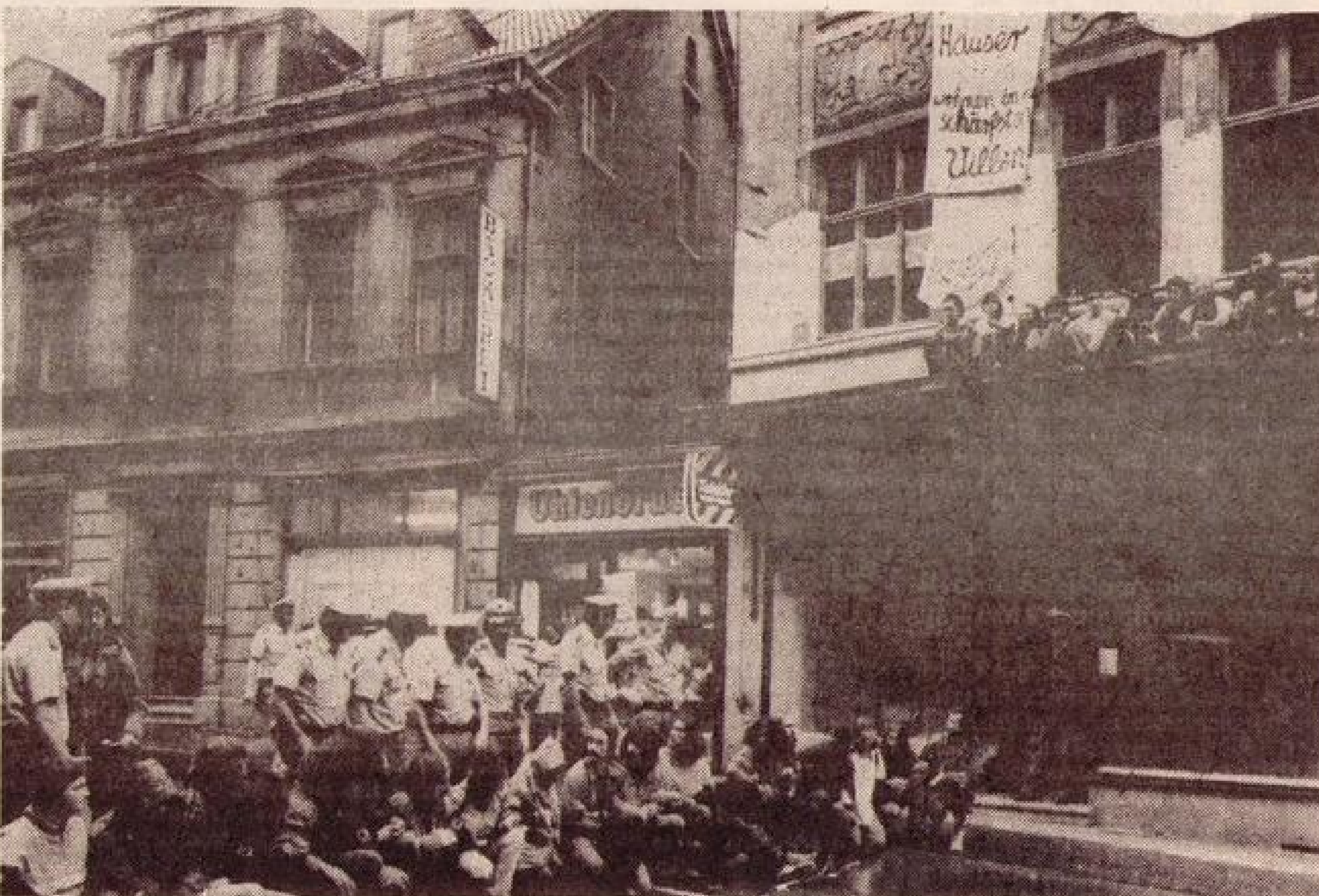
Politiker und Verwaltung haben nun gezeigt, wozu ihre „Gesprächsbereitschaft" und ihre Verhandlungen dienen sollten – einen möglichst günstigen Zeitpunkt für die Räumung herbeizuführen und den Widerstand gegen ihre verfehlte Wohnungspolitik mit Polizeiknüppeln und Strafverfahren zu brechen. In der Nacht nach der Demo wurde dann noch das Haus Seydlitzstr. 14 besetzt.

Sofortige Zurücknahme der Strafanträge!

Zurückgabe der geräumten Häuser!

Vermietung des leerstehenden Wohnraumes zur eigenständigen Renovierung!

Ein Genosse aus Dortmund



Gerichtliches Nachspiel einer Räumung

Im Januar berichteten die TAZ und der AK über die Räumung der Klingenbergfabrik in **Detmold**. Für die, die es interessiert, wie es weiterging, hier eine Zusammenfassung:

Am 12.1.1981 wurde mit einem Polizeiaufgebot von 540 Mann die Klingenbergfabrik in Detmold gewaltsam geräumt. Durch diese Räumung sind die Hoffnungen vieler Detmolder auf ein autonomes Kultur- und Kommunikationszentrum jäh zerstört worden. Zuvor hatten sie 6 Wochen lang gezeigt, daß es möglich ist, selbst in der tiefsten Provinz ein selbstbestimmtes, vielseitiges Kulturprogramm für alle Altersgruppen zu gestalten, wenn nur die nötigen Räumlichkeiten dafür vorhanden sind. Obwohl Wasser, Strom und Heizung fehlten, konnten Musikveranstaltungen, Dichterlesungen, ein Gottesdienst und politische Veranstaltungen stattfinden. Die örtliche Presse hatte die Räumung schon vorher psychologisch gründlich vorbereitet. Die „Berichterstattung“ steigerte sich nach der Räumung. Die Besetzer wurden diffamiert als Drogenabhängige, Kriminelle, Kommunisten und in den „Dunstkreis des Terrorismus“ gerückt. 800 Detmolder demonstrierten eine Woche später in der Innenstadt gegen Räumung und Abriß der Klingenbergfabrik. Noch wochenlang sind Besetzer von uniformierten und zivilen Polizisten observiert worden.

Nach der Räumung erhielten 86 Leute Strafbefehle oder Strafverfahren wegen Hausfriedensbruchs. Die Strafbefehle beliefen sich insgesamt auf 36.000 Mark. Dagegen haben alle Einspruch eingelegt. Die Konsequenz: Prozesse. Über die Hälfte der Prozesse sind bereits gelaufen. Jugendliche und Heranwachsende wurden mit Ermahnungen bzw. Verwarnungen abgeurteilt. Die Richter bestätigten bei den Erwachsenen in der Regel die Strafbefehle. Es gab nur zwei Einstellungen. Die Richer gaben sich alle Mühe, die Besetzung als typisch jugendtümlich und nicht ernstzunehmend darzustellen. Ein Staatsanwalt sprach sogar von *„Lustbesetzung aus Langeweile, um auch in der Provinz einmal Wirbel zu machen“*. Jugendliche und Heranwachsende wurden als Verführte und Mitläufer bezeichnet. *„Die bisher gelaufenen Prozesse beweisen auch, daß die Ursachen, die zur Klingenbergbesetzung führten, für die Gerichte überhaupt keine Rolle spielen. Jeder Versuch der Besetzer, sich zu erklären, wurde unterdrückt, beiseite geschoben oder lächerlich gemacht: So verbot der Richter den Angeklagten, von ihren Notizzetteln abzulesen, andere würgte er mit der Bemerkung 'das haben wir schon x-mal gehört' ab. Wieder andere wurden aufgrund ihrer Ausbildung oder ihres Alters diskriminiert. Z.B. setzte das Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Höhe der Strafe für zwei Arbeiter herab, da sie angeblich aufgrund ihrer mangelnden Ausbildung nicht voll für ihre Tat verantwortlich seien“* (Zitat aus Info: 8)

Viele Angeklagte zogen daraus die Konsequenz, an den Gerichtsspektakeln nicht mehr teilzunehmen und die vorprogrammierten Urteile nicht persönlich entgegen zu nehmen. *„Die uns zugedachte Statistenrolle paßt uns nicht“* (Info:8).

Der Regierungspräsident Walter Stich, der auf für viele undurchschaubare Weise in den Besitz des Klingenberggebäudes gekommen war und Räumung und Abriß verfügt hatte, entdeckte plötzlich seine Dialogbereitschaft mit der „Jugend“. Zweimal lud er Vertreter der Klingenberger zu „Gesprächen“ ein. Es stellte sich sehr schnell heraus, daß diese „Gespräche“ nur dazu dienten, sein ohnehin in weiten Kreisen der Detmolder Bevölkerung angeknaxtes Image aufzupolieren. (Wegen seiner Sanierungspolitik bezüglich denkmalschutzwürdiger Gebäude des alten Stadtkerns hatte sich der Regierungspräsident bei vielen Detmoldern unbeliebt gemacht.)

Für die Klingenberger gab es nur ein Gesprächsthema mit dem Regierungspräsidenten, nämlich die Rücknahme der Strafanträge. Dafür bestand bei Herrn Stich jedoch keine Bereitschaft. Es drängte sich vielmehr der Verdacht auf, daß einzelne Besetzer als Rädelsführer kriminalisiert und bestraft werden sollten, denn bei so vielen „Verführten“ muß es schließlich auch „Verführer“ geben. Das einzige Angebot des Regierungspräsidenten glich dem der Staatsanwaltschaft: Wer abschwört und sich von der Besetzung distanziert, kann straffrei ausgehen. Daraufhin beschlossen die Klingenberger, die Gespräche nicht länger weiterzuführen.

Schon kurz nach der Räumung gab die Stadt Detmold bekannt, daß sie bereit sei, ein Gebäude für ein Kultur- und Kommunikationszentrum zur Verfügung zu stellen. Nach den Sommerferien soll eine ehemalige Schule bezogen werden können. Wenn man bedenkt, daß fast zehn Jahre lang in Detmold für ein autonomes Kultur- und Kommunikationszentrum erfolglos gekämpft wurde, so kann man sagen, in diesem Punkt war die Besetzung ein Erfolg. Die sogenannten Volksvertreter ignorieren erst dann existentielle Bedürfnisse nicht länger, wenn mit geeigneten Mitteln Druck auf sie ausgeübt wird.

KW

1. Internationales Hausbesetzerfestival



Benefizkonzert für die verhafteten Hausbesetzer und Sympathisanten

Wer:
Auflauf – Schrott und Spott – frankfurt city blues band – Tri Atma – Tommi – Schmeißfliegen – Rotglut – Schlappmaul – Straßenjungs – Embryo – Instant Ego Band – Checkpoint Charlie – u.a.

Wo:
Nürnberg, Pegnitzwiese gegenüber vom Knast

Wann:
26. Juni ab 18.00 Uhr
27. Juni von 9.00 bis 22.00 Uhr
28. Juni von 9.00 bis 22.00 Uhr

Was:
Arbeitsgruppen (Themen: § 129, Knastarbeit, ...)
Essen und Trinken
Filme, offene Bühne
natürlich Musik...
und vieles mehr

Wieviel:
20 DM für alle 3 Tage

Wir machen Krach bis in die Nacht und im Knast wird mitgemacht
– es sitzen immer noch 15 Leute von uns ein
– 3 von ihnen wird z.Z. der Prozeß wegen § 129a gemacht!

Veranstalter: VV der Hausbesetzer Nürnberg

Rock gegen § 129 (a) – Nürnberg 81

Nach den Nürnberger Massenverhaftungen vom 5. März 1981 demonstrierten weit über 10.000 Bürger gegen den zunehmenden Polizeistaat.

Doch die Verhaftungswelle geht weiter!!

Bereits einen Monat später wurden bei der Räumung eines besetzten Hauses in der Roritzer Straße wiederum auf einen Schlag 26 Personen festgenommen, wovon sich 8 Personen lediglich vor dem Gebäude aufhielten. Gegen drei wird derzeit wegen
- Beihilfe zum Widerstand gegen „Staatsterror“
- Beihilfe zum schweren Landfriedensbruch, sowie
- Unterstützung einer kriminellen Vereinigung ermittelt.

Von den Besetzern sind 5 Personen inzwischen auf freiem Fuß (minderjährig bzw. haftunfähig). 11 Menschen befinden sich noch immer im Knast, denen
- schwerer Landfriedensbruch
- Bildung einer kriminellen Vereinigung und
- versuchter Totschlag

vorgeworfen wird.

§ 129 – § 129 – § 129

Bestraft wird nach § 129, *„wer eine Vereinigung gründet, deren Zweck oder Tätigkeit darauf ausgerichtet ist, Straftaten zu begehen oder sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, für sie wirbt oder sie unterstützt.“*

Besonders harte Strafen drohen Rädelsführern oder Hinterfrauen (6 Monate bis 5 Jahre). Mit der vermehrten Anwendung dieses Paragraphen werden Hausbesetzer und Sympathisanten in immer schärferem Maße kriminalisiert. In Freiburg gibt es bereits drei Ermittlungsverfahren wegen § 129. In Berlin sind es inzwischen schon über 200 Verfahren.

Nürnberg, Freiburg, Hannover, Berlin
Schnell haben sie uns im Kittchen drin

Drum kommt alle am 26./27./28.6.81 zum Solidaritätsfest nach Nürnberg!

Wie ihr in unserem Programm sehen könnt, wollen wir nicht nur drei Tage lang Musik konsumieren, sondern uns auch in Arbeitsgruppen mit verschiedenen Problematiken auseinandersetzen und Erfahrungen austauschen. Als Themen würden wir vorschlagen:
- *Knastarbeit*
- *Amnestie*
- *Bewegung kaputt?*
- *§ 129 (a) u.a.*

Übernachtung: Bringt Zelte mit!

Wenn genug Kinder kommen, wollen wir eine Kindergruppe organisieren. Übrigens: Kinder zahlen keinen Eintritt.

Vorverkauf: Zahlt bitte das Geld schon im voraus ein, um uns die Arbeit zu erleichtern und damit wir schon einiges vorfinanzieren können. Einfach 20 DM auf das Postscheckkonto 202054-850 PSchA Nürnberg.

Schade, daß Beton nicht brennt

Ein neuer Film zum Häuserkampf

„Schade, daß Beton nicht brennt“ heißt der neueste, aktuellste und wohl auch beste Film über Instandbesetzungen. Die Gruppe Novemberfilm dokumentierte die letzten 3 Monate Häuserkampf in Kreuzberg-- filmisch und politisch so eindrucksvoll, daß sich am Schluß des Filmes kaum jemand seinem Appell entziehen kann: Parteinahme für die Instandbesetzer.

In sehr ausdrucksvollen Bildern wird die erdrückende Macht des Staates mit seiner Polizei der Entschlossenheit von Teilen der Kreuzberger Bevölkerung gegenübergestellt, gegen die herschende Abrißpolitik an- zugehen. Die Vorstellung, daß der Kampf gegen die Wohnraumpolitik des Senats allein ein Kampf von „Jugendlichen“ ist, wird durch den Film überzeugend widerlegt. Verhaftungen nach § 129 und § 129a und damit die Kriminalisierung der Instandbesetzer werden sauber dargestellt als die Kehrseite der „sanften politischen Lösung des Hausbesetzerproblems“ nach Berliner Muster.

„Schade, daß Beton nicht brennt“ ist ein parteinehmender Film, der Angst, Wut und Verzweiflung im Bauch spüren läßt, aber auch die Kraft diesen Kampf weiterzuführen. Der Film ist so gut gemacht, daß er seine politische Aussage ohne weitere Kommentierung allein durch die Montage der Bilder erhält - dadurch wird erreicht, daß 80 Minuten lang niemals Langeweile aufkommt, und dadurch wird er auch einsetzbar vor einem Publikum, das weit über die Szene der militanten Häuserkämpfer hinausreicht. Kopien des Filmes verleiht Basis Film Berlin Tel 030/8533035

R. , Braunschweig



Zum Zwischenlager-Baubeginn:

Großdemonstration in Gorleben geplant!

Voluminöse Gänseeier, Hühnereier und Farbbeutel flogen, als Gorlebens korrupte Gemeinderäte am 15.6. den Bebauungsplan für das weltweit erste Castor-Zwischenlager beschlossen. Zwischen den Abstimmungen waren sie eifrig bemüht, mit dezent bereitgestellten Tüchern Akten und Anzüge abzuwischen. Als Schutz vor Handgreiflichkeiten ließen sie bereits eine Stunde vor Sitzungsbeginn die drei ersten Stuhlreihen mit auswärtigen DWK-Angestellten belegen. Als die Beschlußvorlage verlesen wurde, ging diese über weite Strecken in den Protestschreien und Sprechchören der ca. 250 Atomgegner unter. Die Gorleben-Polizei, mit einigen Dutzend Zivilen und etlichen Uniformierten präsent, beschränkte ihren Einsatz klugerweise darauf, den Gemeinderäten zwischen den Abstimmungen ein neues Hunderter-Pack Papiertaschentücher zu reichen. Nachdem sie vor der Schlußabstimmung noch einmal voll in Deckung gehen mußten, flüchteten direkt danach die Gemeinderäte in die hinterrücks gelegene Küche des Versammlungslokals. Im Laufe des Abends sollen sie auf ihren „Sieg" noch ordentlich einen gehoben haben.

Unter ähnlichen Voraussetzungen (und ebenfalls ohne Gegenstimme) wurde am 27.5. durch die Samtgemeinde Gartow die Änderung des Flächennutzungsplans durchgezogen. Mit den 1800 schriftlichen Einzeleinwendungen brauchten sich die DWK-Marionetten nicht abzuplagen: deren Bearbeitung und die Erstellung einer Beschlußvorlage regelte für sie die halbstaatliche NILEG (Niedersächsische Landesentwicklungsgesellschaft mbH). Der Atommafia geht es darum, noch vor der Kommunalwahl im September 1981 alles unter Dach und Fach zu haben. Aus diesem Grund wurde es den Gemeinderäten nicht einmal gestattet, ein Sicherheits-,,Gutachten" der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB — Genehmigungsbehörde für das Zwischenlager) abzuwarten, so daß kurioserweise ein Bebauungsplan für eine Anlage aufgestellt wurde, ohne daß ein einziger konkreter Beleg über deren Realisierbarkeit vorläge.

Sicher war zum Zeitpunkt der Abstimmung nur, daß nach dem Zwischen- und Atommüllendlager die Landesregierung als nächstes ein AKW im Landkreis sehen möchte (Langendorf) und überdies Abschied genom-

Landesregierung als nächstes ein AKW im Landkreis sehen möchte (Langendorf) und überdies Abschied genom-

men hat von ihrem Nein zur Gorleben-WAA: Unmittelbar vor der Gartower Entscheidung erklärte Albrecht, daß er die Entscheidung über die Gorleben-WAA ausschließlich vom Votum der Gartower Gemeinderäte abhängig machen werde. Dafür gibt es dann weiterhin die regelmäßigen Doppelkopf-Zusammenkünfte der DWK mit Gorlebens tattrigem Bürgermeister, die finanzielle Einbindung einzelner Gemeinderäte (so sind bis auf 2 Ausnahmen alle Gorlebener Gemeinderäte bis über die Ohren durch Grundstücks- und Häuserverkauf, Zimmervermietung etc. pp. mit der DWK finanziell liiert) bis hin zu ,,Strukturbeihilfen". Laut Vertrag vom Vorjahr zahlt die DWK 5 Millionen Mark, sobald der Bauzaun um das Zwischenlagergelände gezogen ist. 1 Million werden es in jedem Folgejahr sein. Zudem werden jährlich 50 Millionen als ,,Ausgleichsfond" von Bund und Land zur Verfügung gestellt.

Offiziell als Ausgleich für ,,Demonstrationsschäden" und ähnliches bestimmt, steckt dieses Geld inzwischen schon im Gartower Feuerwehrhaus oder im Baugerüst des Lüchower ,,Palazzo Prozzo" alias Kreistagsgebäude.

Um auch die letzten Skrupel bei den DWK-Marionetten zu beseitigen, wurden kurz nacheinander per Hubschrauber Schmidt und Kohl in den Landkreis eingeflogen. Diese bekundeten ,,bei Kaffee und Torte" den Kommunalpolitikern ihren Respekt, ,,*da sie trotz großer Belastungen gesamtstaatlich verantwortungsvoll handeln*" (Kohl). Schmidt versuchte damit zu trösten, daß der Widerstand gegen AKWs bald vorbei sei: ,,... *dann würden diese Schreihälse der Geschichte angehören*". Auch an Schmeicheleien ließ er es nicht fehlen: ,,*Sie* (die Kommunalpolitiker) *machen einen knorrigen Eindruck und lassen sich nicht aus dem Anzug pusten*". Beide versprachen als Bonbon, sich für eine Bio-Äthanolanlage im Landkreis einzusetzen.

Gorlebener Widerstand am Wendepunkt?

Der örtliche Widerstand gegen die Zwischenlagerpläne hatte sich über Monate hinweg auf den Versuch beschränkt, die Kommunalpolitiker ,,gütlich" zu beeinflussen, mit dem Ziel, definitive Beschlüsse bis nach Abschluß der Kommunalwahlen zu verzögern. So wurde in einem von 400 Unterzeichnern unterstütztem ,,Bürgerantrag" von der Samtgemeinde Gartow Zusatzgarantien (z.B. daß keine WAA gebaut wird) sowie eine Bürgerversammlung und Anhörung gefordert, verbunden mit der Bitte, in dieser Aktion ,,*eine Unterstützung des Rates zu erblicken, seien doch viele der angeführten Punkte auch vom Rat als notwendig erachtet worden*". (,,EJZ", 5.5.81). Einen Monat lang wurde auf Initiative der Gorleben-Frauen täglich, zuletzt sogar 24-stündig eine ,,Mahnwache" vor dem Gartower Rathaus durchgeführt, durch die auf die Einspruchsfrist gegen die Flächennutzungsplanänderung hingewiesen wer-

durchgeführt, durch die auf die Einspruchsfrist gegen die Flächennutzungsplanänderung hingewiesen wer-

den sollte. Die ,,Einspruchs-Kampagne" wurde hauptsächlich damit begründet, daß die Gartower Ratsherren bei 2000 Einsprüchen für deren Bearbeitung über Wochen hinweg beschäftigt würden, so daß eine Verzögerung zu erwarten sei. Der knallharte und zudem einheitliche Kurs der DWK-Marionetten hat diese Illusionen schlagartig zunichte gemacht und einen erheblichen Stimmungsumschwung zumindest bei dem aktiven Teil der BI Lüchow-Dannenberg bewirkt: ,,*Damit ist bei den Lüchow-Dannenbergern auch der letzte Funke Hoffnung erloschen, die Errichtung der ersten Atomanlage im Landkreis durch Druck auf die örtlichen Gremien und Behörden doch aufhalten zu können ... Der Widerstand im Landkreis* (ist) *gezwungenermaßen an einem Wendepunkt angelangt ... Es wird den Lüchow-Dannenbergern nichts anderes übrig bleiben, als wieder zu großen bundesweiten Aktionen auf der Straße aufzurufen*" (Gabi Jäger, Mitglied im erweiterten BI-Vorstand in ,,Gorleben Aktuell" Nr. 16)

Ähnlich wurde von allen BIlern argumentiert, die sich auf dem Vorbereitungstreffen für eine Großaktion im Landkreis am Pfingstsonntag äußerten: ,,*Was uns aufgefallen ist, daß die Hektik der Ratsherrn darauf hinausläuft, daß schnell Ruhe einkehrt. Wir müssen zeigen, daß es hier keinen Frieden gibt, dazu müssen viele Leute von außerhalb kommen*". Und auf die Frage, ob denn eine Großaktion im Landkreis auf Zustimmung stößt: ,,Die Frage ist, gibt es wichtige Gruppen, die sich dagegen stellen oder wird das toleriert. Irgendwie es jetzt aber allen klar, daß was laufen muß. Mit den Formen des Widerstands, die hier möglich sind, sind wir erstmal am Ende. Deshalb ist jetzt eine Stärkung durch eine Großaktion unheimlich wichtig".

Alternativenergie nach Lüchow-Dannenberg!?

Die Beschlüsse von Gartow und Gorleben werden auch den Spielraum für Bürgerdialogmanöver einengen. Es handelt sich hier zum einen um den Versuch der Bundesregierung, mit Pro-Kontra-Gesprächen über die Ergebnisse der Tiefbohrungen die weitere Salzstockerkundung zu legitimieren (s. AK 201). Zum anderen reißen sich alle etablierten Parteien darum, ausgerechnet Lüchow-Dannenberg mit der Errichtung einer Bio-Äthanol-Anlage zu beglücken, was unter ,,Förderung von Alternativenergie" firmiert und derzeit noch von zahlreichen AKW-Gegnern und Alternativlern im Landkreis begrüßt wird. Bio-Äthanol ist Bio-Alkohol, der vorwiegend aus der Zuckerrübe oder anderen minderwertigen landwirtschaftlichen Produkten gewonnen werden kann, um z.B. als Benzinersatz Verwendung zu finden. Eine Anlage dieser Art könnte den Landwirten im Landkreis die wenig rentable Mühe ersparen, ihre Zuckerrüben nach Uelzen zur Zuckerfabrik zu bringen. Das Interesse der Bundesregierung an dieser Anlage braucht dabei keineswegs nur unter dem Gesichtspunkt der Be-

Interesse der Bundesregierung an dieser Anlage braucht dabei keineswegs nur unter dem Gesichtspunkt der Be-

schwichtigung gesehen zu werden, sondern man kann perspektivisch die — für radioaktive Verseuchung besonders anfällige — Milchwirtschaft Lüchow-Dannenbergs ersetzen durch Ackerfrüchte, die ohnehin von der Nahrungskette ferngehalten werden. So ist nach einem Bundeskriterienkatalog von 1977 die Atommüllendlagerung in Gebieten mit starker Milchwirtschaft unerwünscht.

Die ,,Unabhängige Wählergemeinschaft" Lüchow-Dannenbergs fordert in ihrem Programm dennoch die Bio-Äthanolanlage; einer ihrer Sprecher, J.Janning ist als Propagandist des Bürgerdialogs bekannt. Die Beschlüsse von Gartow und Gorleben waren jedoch auch für die UWG ,,*ein unfaßbarer Affront gegen die Selbständigkeit und Mündigkeit der Bürger, die ihre Mitarbeit ernstgenommen hatten*" (,,EJZ", 13.6.81).

Gedelitz, 7. Juni

Mit etwa 250 Teilnehmern wurde über den Vorschlag der Atommüllkonferenz beraten, etwa 4 bis 6 Wochen nach Zwischenlager-Baubeginn eine Großaktion durchzuführen (s. AK 203). Überraschend schnell stimmten trotz der z.T. ,,frustierenden Erfahrungen" der Brokdorf-Demo alle Anwesenden dem Vorschlag der Großaktion zu.

Hier Auszüge aus dem Protokoll des Treffens: ,,*Nur durch eine Großaktion kann eine bundesweite Öffentlichkeit für das Atommülltransport- und Zwischenlagerproblem geschaffen werden ... Mit der ersten Großdemonstration seit 1977 im Landkreis soll gezeigt werden, daß die gewünschte Friedhofsruhe im Landkreis nicht eintritt und daß wir erkannt haben, daß die bundesdeutschen AKWs nur weiterbetrieben und neu genehmigt werden können, wenn jetzt mit dem Zwischenlagerbau begonnen wird. Nach längerer Diskussion haben wir uns auf folgendes geeinigt: Beginn der Sternfahrt Donnerstags mit dem Ziel, daß ständig Konvois im Landkreis eintreffen. Schwerpunkt der bundesweiten Sternfahrt ist eine massive Öffentlichkeitsarbeit mit Begleitdemonstrationen und Aktionen in möglichst vielen Durchfahrtsorten. Für früher eintreffende Konvois gibt es ein gemeinsames Zeltlager. Sollte die Polizei die Konvois aufhalten, wird es zu Blockaden und zur Verstopfung des Landkreises kommen. An der Großdemonstration am Sonntag können sich alle Atomkraftgegner beteiligen, die aus zeitlichen Gründen nicht an der Sternfahrt teilnehmen können. Über den Charakter der Großdemonstration wurde noch nicht diskutiert*".

Letzteres ist nicht ganz richtig. Als Knackpunkt der Diskussion zeichnete sich die Frage ab, ob die BI für die ganze Aktion einen festen, von allen Teilnehmern einzuhaltenden Rahmen zur Voraussetzung machen wird. Andernfalls — so vor allem Vertreter der BI Lüchow-Dannenberg — sei eine öffentliche Unterstützung durch die Landkreisgruppen nicht möglich. Ein Vertreter der Graswurzel-Gewaltfreien aus Kassel vertrat sogar die These, daß bei der Brokdorf-Demonstration vom 28.2. der Staat die Regie deshalb habe führen können, weil kein fester Rahmen vorgegeben gewesen sei. ,,*Sonst schlägt der Staat zu, wo wir es nicht wollen*". Diese Äußerungen stießen auf massive Kritik, diesmal nicht nur von Auswärtigen. Auch Einheimische sprachen sich eindeutig gegen die Einengung des Widerstands aus. Vorgeschlagen wurde auch eine Übernahme des Brokdorf-Kompromisses. Dort ist nur allgemein festgelegt worden, daß Aktionsformen insoweit beliebig sind, als sie nicht auf Kosten anderer beteiligter AKW-Gegner durchgeführt werden. Es wurde weiterhin vorgeschlagen, gegen potentielle Bullensperren an den Heimatorten ähnlich wie bei Brokdorf am 28.2. mit massivem Widerstand vor Ort zu drohen.

Alle Wege führen nach Gorleben!

Gorleben ist erneut im Zentrum des ,Entsorgungs'programms. Anschliessend soll ein weiteres Zwischenlager in Ahaus gebaut werden, falls die Rechnung der Betreiber aufgeht und das Zwischenlager Gorleben 1982 betriebsbereit ist. Gelänge es andererseits, den Zeitplan der DWK zu verzögern, könnte dies die Atommafia ernsthaft beeinträchtigen. Derzeit kommt der Atommüll in die Kompaktlager der AKWs oder nach La Hague, wo er für eine noch zu errichtende WAA gelagert wird. Die Verträge mit La Hague laufen 1984 aus. Der Müll muß sogar ggf. in die BRD zurückgeholt werden. Die Kompaktlager sind in aller Kürze restlos voll. 1982 ist es in Stade soweit, 1984 sind Biblis A und B dran und im Jahre 1985 trifft es Esenshamm und Neckarwestheim. Falls bis dahin kein Zwischenlager existiert, müßte es zur Abschaltung von AKWs kommen. Dies ist der Hintergrund für die beispiellose Eile und Skrupellosigkeit, mit der die Betreiber in Gorleben vorgehen.

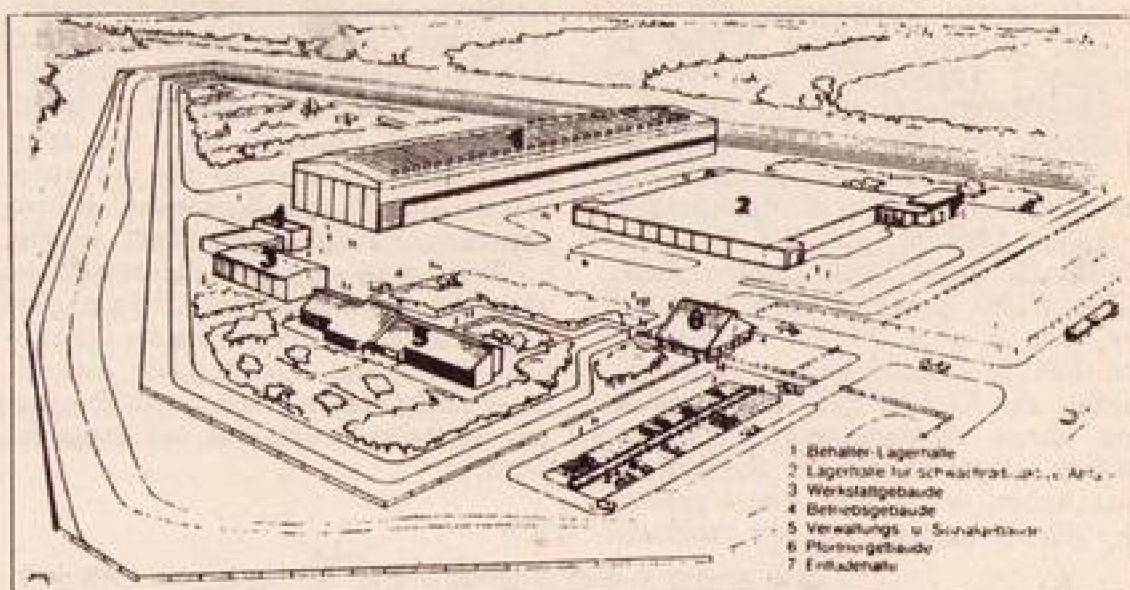
Für die Anti-AKW-Bewegung sollte dies allemal ein Grund sein, Aktionen, die das Entsorgungskonzept attakieren, zu unterstützen und zu zeigen, daß auch im Landkreis Lüchow-Dannenberg, der „Modellregion des Atomstaats", das Recht auf Großdemonstration durchgesetzt werden kann.

Ein Genosse aus Lüneburg

Landkreisgruppen nicht möglich. Ein Vertreter der Graswurzel-Gewaltfreien aus Kassel vertrat sogar die These, daß

werden kann.

Ein Genosse aus Lüneburg



Am 2.8. Großaktion vor 1003

Am 21.6. trafen sich in Trebel rund 50 Mitglieder verschiedener BIs, aus der gesamten BRD und aus dem betroffenen Landkreis Lüchow-Dannenberg, um Aktionen anläßlich des Baubeginns des Zwischenlagers zu beraten. Bei 1003 werden Rodungsarbeiten, bzw. der Beginn von Festungsarbeiten in nächster Zeit erwartet...

Das Treffen einigte sich auf folgendes Vorgehen:
Am 30.7. (einem Donnerstag) soll die Anreise auf den verschiedenen Routen beginnen, auf den später die Atomtransporte in den Landkreis stattfinden sollen. Im Landkreis soll dann ein Sprecherrat gebildet werden, der weitere Aktionen plant: Ziel ist die Blockade von 1003 bzw. Aktionen gegen verschiedene Einrichtungen der Atomlobby im Landkreis. Am 2.8. soll direkt bei 1003 eine bundesweite Großaktion durchgeführt werden...

Sollte es im Landkreis zu Sperrungen der Polizei kommen, sind als Antwort Blockaden der AKW-Gegner geplant. Sollte es zu Polizeisperren bereits im Anmarsch kommen, so wird (ähnlich wie bei der Brokdorf-Aktion) empfohlen, schon jetzt Gegenaktionen in den Städten anzukündigen bzw. zu planen. Ziel ist es, daß möglichst viele AKW-Gegner in den Landkreis kommen.

Man einigte sich auf die Formulierung, daß niemand die Aktionsform vorgeschrieben wird, sofern sie nicht sich selbst und andere gefährden. In den nächsten Tagen wird ein Entwurf für einen Aufruf zu dieser Aktion verschickt werden. Das nächste Vorbereitungstreffen ist am 17.7. geplant, es soll in Hannover oder in Trebel (im Landkreis) stattfinden.

Demonstration gegen Atommüllagerung

Am 27.6. findet in Salzgitter eine Demonstration gegen das geplante Atommüllager im stillgelegten Erzschacht Konrad und gegen die Atommülldeponie Asse 2 bei Wolfenbüttel statt. Mit Hilfe dieser beiden Anlagen will sich die Atomindustrie zumindest mittelfristig ihrer Endlagerungssorgen für leicht- und mittelaktiven Müll entledigen. Gleichzeitig wäre mit der Klärung der Entsorgungsfrage für die genannte Müllkategorie politisch und juristisch eine weitere Handhabe für den Ausbau des Atomprogramms geschaffen. Ein Schritt, die Problematik Asse/Konrad bekannter zu machen und den regionalen Protest zu fördern, ist die gemeinsame Vorbereitung und Durchführung der Demonstration. Getragen wird sie von sieben BIs aus dem Raum Braunschweig, den Grünen, AKL, BWK, KBW und KB.

Die Demonstration beginnt 9.30 Uhr in Salzgitter-Bleckenstedt.

Zwischenlager-Skandalchronik

Juni 78: Die DWK lehnt eine Trockenlagerung von Brennelementen mit der Begründung ab, diese Methode sei „noch nicht als machbar demonstriert".

März 79: Nach der völligen Demontage des Naßlagerkonzepts zieht die DWK auf dem Gorleben-Hearing mit einem Taschenspielertrick die Castor-Trockenlagerung als „neue" Lösung aus dem Ärmel. Dieses Konzept sei „im Detail durchgearbeitet".

Juni 79: Knapp 8 Wochen nach dem Gorleben-Hearing wird die Trockenlagerung bereits als Kernstück des neuen Entsorgungskonzepts der Bundesregierung für die kommenden 50 Jahre präsentiert.

August 79: Erst zwei Monate später liegt seitens der DWK ein Sicherheitsbericht für das Trokkenlager in Ahaus vor.

Mai 80: Das Bundesforschungsministerium veranlaßt im Rahmen des ,,Bürgerdialogs" eine Veranstaltungsreihe in Lüchow-Dannenberg, um das „im Detail durchgearbeitete Trockenlagerkonzept" vorzustellen. Auf der ersten Veranstaltung zeigt sich der ,,Trockenlagerexperte" aus Jülich bereits nach einer Stunde den Fragen der Laien nicht mehr gewachsen; er bezeichnet sich selbst als „inkompetent", das Seminar wird abgebrochen.

November 80: Beim 2. Seminar ist der von der DWK geschickte Projektleiter des Zwischenlagers bereits nach einer halben Stunde am Ende und gibt zu, daß er „nur auf einen allgemeinen Vortrag vorbereitet gewesen" sei. Das Seminar wird wiederum abgebrochen.

Januar 81: Ein drittes vereinbartes Seminar wurde von der DWK vorsichtshalber gleich wegen „Arbeitsüberlastung" abgesagt.

Ende Januar 81: Nachdem durch Gesetzesmanipulation jede rechtliche Einspruchsmöglichkeit versagt wurde, veranstaltet die PTB eine Anhörungsfarce in Lüchow, die durch einen geschlossenen Auszug der einheimischen Teilnehmer platzt.

Februar 81: Ein hohes Tier der PTB bekennt in einer schwachen Minute, daß vor Genehmigung des Zwischenlagers „Langzeitversuche" mit den Castorbehältern durchgeführt werden müßten. Die Folge: er wird unverzüglich vor die Kommunalpolitiker Lüchow Dannenbergs zitiert, die ihn dazu zwingen, diese Ungeheuerlichkeit zurückzunehmen. Anschließend gibts noch eine Beschwerde wegen mangelnden „Fingerspitzengefühls" der PTB in Bonn.

April 81: Schmidt und Kohl besuchen Lüchow-Dannenbergs Kommunalpolitiker, sie loben ihr „Stehvermögen".

Mai 81: Die Gemeinderäte von Gartow und Gorleben erklären, einem Zwischenlager nur dann zuzustimmen, wenn vorher ein Sicherheitsbericht der PTB vorliegt.

Mai/Juni 81: Die PTB sieht sich außerstande, einen Sicherheitsbericht vorzulegen. Die DWK erklärt unterstützt von Albrecht, eine WAA in Gorleben bauen zu wollen, sobald die Kommunalpolitiker dies wünschen. Gegen heftige, z.T. tätliche Proteste und 1800 Einzeleinwendungen werden in Gartow und Gorleben der Flächennutzungsplan geändert und der Zwischenlager-Bebauungsplan aufgestellt.

Juni 81: 250 Atomgegner beschließen in Gedelitz, eine Großaktion gegen den Zwischenlager-Baubeginn durchzuführen.

Am 27.6. nach Krümmel!

Der „vergessene" Reaktor in Krümmel — damit soll am 27.Juni '81 Schluß gemacht werden.

Stoppt das AKW Krümmel! Unter diesem Motto rufen ca. 25 Bürgerinitiativen Norddeutschlands und weitere 15 Organisationen zu einer Demonstration am Bauplatz des AKW's in Krümmel auf.

Das Zustandekommen dieser Demonstration ist auf die Initiative einiger Bürgerinitiativen vor Ort, insbesondere der BI Bergedorf, zurückzuführen. Das breite politische Spektrum von den Jusos Schleswig-Holstein über die Grünen, die DKP bis hin zum KB und der Gruppe Z war sich zusammen mit den Bürgerinitiativen einig darin, daß *„wir uns nicht in dieses Konzept der reibungslosen Inbetriebnahme einbinden lassen"*(Zitat aus dem Aufruf).

Alle Beteiligten kritisierten den Hamburger Senat und die SPD-Schleswig-Holstein wegen ihrer Atompolitik. Auf der einen Seite versucht sich die SPD in den Landesverbänden Schleswig-Holstein und Hamburg als AKW-Gegner gegen Brokdorf zu profilieren, während andererseits die schnelle Inbetriebnahme Krümmels gefordert wird.

Die Konzentration des Anti-Atomkampfes auf Brokdorf ist auch ein Grund für die relative Ruhe am AKW Krümmel.

Die Bedrohung durch den größten Siedewasser-Reaktor der Welt (1367 MegaW) übersteigt selbst das Risiko des Schrottreaktors Brunsbüttel um ein Vielfaches. Krümmel liegt lediglich sieben Kilometer von der Hamburger Stadtgrenze entfernt, und ein 30-Kilometerring würde die gesamte Innenstadt mit erfassen. Bei einem Freiwerden der gesamten Radioaktivität wären Katastrophenschutzpläne und -maßnahmen so wenig hilfreich wie ein Gebet.

Der „Spiegel" veröffentlichte gerade in seiner letzten Ausgabe (Nr.25, 15.6.81) ein Schaubild, das die Strahlenverseuchungsgefahr verdeutlicht. Zusammen mit den AKW's in Stade und Brunsbüttel besteht durch das AKW Krümmel Gefahr für alle Menschen in Norddeutschland.

Die Dimensionen, die eine Freisetzung radioaktiven Materials hätte, beschreibt der „Spiegel" in der o.g. Ausgabe: *„Insbesondere das Kernkraftwerk Krümmel läge — wenn man sich Generalstabsplanungen vorzustellen wagt — gerade richtig, um die DDR zu bedrohen. Das Freisetzen seines radioaktiven Materials würde bei Westwind östlich der Elbe ein Gebiet verseuchen, in dem 750 000 Menschen leben".* Dieses Schreckensbild ist alles andere als hergesucht. Denn immerhin ist es in Manövern erprobt worden, Atomwaffen zwischen Hamburg und der DDR-Grenze zum „Schutze" Hamburgs abzuwerfen.

Mit jedem AKW, das in Betrieb genommen wird, steigt der Müllberg abgebrannter Brennelemente. Die „Entsorgungsfrage" ist ohne Gefahr für Menschenleben nicht denkbar und ungelöst. Krümmel soll 1983 ans Netz. Mit welcher Skrupellosigkeit die Atom-Mafia das Lagerproblem zu lösen gedenkt, zeigt der geplante Transport des Reaktordruckbehälters aus dem Atomschiff „Otto Hahn" nach Krümmel.

Druckbehälter der „Otto Hahn" in Krümmel „endgelagert"

Aus dem Hamburger Freihafen vom Gelände der HDW soll dieser Druckbehälter zusammen mit anderen Anlagen nach Krümmel auf das Gelände der GKSS geschafft werden. Voraussichtlicher Termin für diesen Transport ist der 24.Juni '81.

Mit dem Binnenschiff soll es bis in den Geesthachter Hafen gehen, der extra verstärkte Kaimauern erhielt; dann mit einem Schwertransporter weiter bis in eine neugebaute Halle auf dem Gelände der GKSS in Krümmel. Unter dieser Halle ist ein großes ausbetoniertes Loch — offenbar die Endlagerstätte für den schwach und hochaktiv verseuchten Druckbehälter. So einfach macht man sich das.

Das Vorbereitungstreffen zur Demonstration am 27.6.81 hat beschlossen, mit Aktionen gegen diesen Transport zu protestieren und eine Telefonkette zur Alarmierung geschaffen.

Krümmel — ein Schwerpunkt für Atomdreck !

Seit 1958 arbeiten in Krümmel auf dem Gelände der GKSS zwei Versuchsreaktoren zur Werkstofferprobung. Dazu wurde die Sammelstelle für schwachradioaktiven Müll aus Schleswig-Holstein eingerichtet. Mit dem „endgelagerten" Druckbehälter aus der „Otto Hahn" und dem AKW Krümmel wäre eine ungeheure Konzentration atomarer Risiken geschaffen.

Dabei wollen sich die Politiker und Atombetreiber die „Gewöhnung" der Geesthachter an gefährliche Industrie zunutze machen.

Schon in den zwanziger Jahren entstand in Krümmel eine Sprengstoff- und Munitionsfabrik der Firma Dynamit-Nobel. Die seinerzeit dort lagernden Sprengstoffmassen hätten ausgereicht, um ganz Geesthacht und Umgebung in die Luft zu sprengen. Viele Geesthachter arbeiteten damals in diesem Werk. Obwohl es viele „kleine" Unfälle gab, blieb der große Knall glücklicherweise aus. Atomkraft ist dagegen sicher, sauber und vor allen Dingen viel leiser — wenn's geknallt hat.

Die Demonstranten haben sich als Ziel gesteckt, dieses Spielchen der Atommafia lautstark zu durchkreuzen.

Auf zur Demonstration am 27. 6. '81 13.30 Uhr an der Post in Geesthacht! Zu erreichen über die B 5 Bergedorf, dann Richtung Berlin. Autotreff um 12 Uhr: Bergedorfer Bahnhof. Radlertreff: 12 Uhr Bergedorfer Kirche am Schloßpark. Busse: HVV 131 und 231 vom Bahnhof Bergedorf.

Energiesparen, der alternative historische Kompromiß?

Selten hat es in einer Frage eine derartige Übereinstimmung zwischen Ökologie-/AKW-Bewegung und Bundesregierung wie am Thema Energiesparen gegeben. Was dabei bisher völlig auf der Strecke geblieben ist, ist eine Diskussion um die Motive der Bundesregierung bei dieser Kampagne. Häufig wird die Position vertreten, daß es sich hierbei nicht um Bemühungen handele, tatsächlich Energie zu sparen, sondern die Energiesparkampagne nur ideologiesche Funktion in Richtung „Gürtel-engerschnallen-Politik" habe. Über die sich in allen imperialistischen Ländern abzeichnende Umstrukturierung der Energieversorgung haben wir schon im AK 192 („5000 Milliarden zur Umrüstung der imperialistischen Energieversorgung") berichtet. Im forgenden wollen wir die ersten „Erfolge" dieser Politik sowie die Bestrebungen der Bundesregierung betrachten, Bündnispartner in traditionellen Organisationen der Anti-AKW- und Ökologiebewegung zu finden.

Energiesparen = Ölsparen

Energiesparen = Ölsparen

Seit dem sogenannten Ölschock von 1973 wurde von Seiten der Bundesregierung das Energiesparen propagiert: Unter dem Stichwort ‚Neues Energiebewußtsein' schrieb das Wirtschaftsministerium: *„Energie ist teuer geworden und nicht mehr unbeschränkt verfügbar. Eine neue Einstellung der Verbraucher zur Energieverwendung ist notwendig. Ein langsameres Wachsen des Energieverbrauches durch sparsame Energieverwendung vermindert unmittelbar die Empfindlichkeit unserer Volkswirtschaft gegenüber Versorgungsstörungen"* (1. Fortschreibung des Energieprogramms, S. 47).

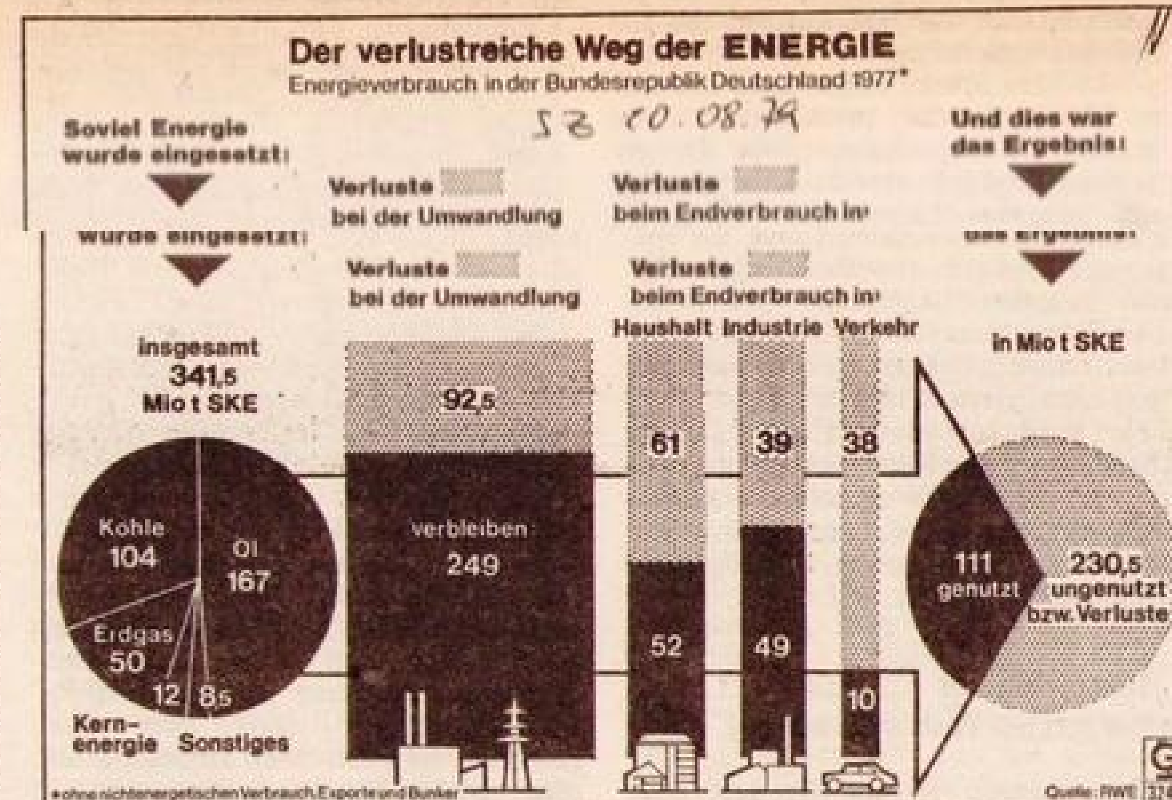
Doch blieben bis auf die letzten Jahre alle angekündigten Anstrengungen, die hohe Importabhängigkeit in punkto Öl-Einfuhren zu verringern, ohne sichtbare Erfolge. Ein entscheidender Grund für das geforderte Ölsparen besteht aufgrund der negativen Leistungsbilanz. Durch ihre Abhängigkeit von den amerikanisch-britischen Ölkonzernen ist die BRD kaum in der Lage, durch Direktimporte aus den Opec Staaten zumindest den Ölpreis um den Extraprofit dieser Konzerne zu mindern. Die so in den letzten zehn Jahren entstandnen Ölrechnungen haben 1980 zum ersten Mal zu einer negativen Leistungsbilanz geführt. Da Öl in Dollar bezahlt wird, sind zusätzlich die Devisenreserven arg zusammengeschrumpft und können durch Exorterlöse nicht mehr aufgestockt werden. Bezahlte die BRD 1970 noch 8,7 Mrd. für die Ölimporte, waren es 1980 65 Mrd. DM („SZ", 17.1.81).

So sind die „außenpolitische Erpreßbarkeit", die in Wahrheit die Abhängigkeit von den sieben großen Ölgesellschaften ist, und die negative Leistungsbilanz die beiden entscheidenden Gründe für die BRD, die Ölabhängigkeit zu mildern.

Da bei der Ölsubstitution im wesentlichen auf Atomenergie und Kohle gesetzt wird, dies jedoch Grenzen hat (bei der Atomenergie aus politischen Gründen, bei der Kohle aus finanziellen), kann die Verdrängung des Öls aus dem Energie- und Stromproduktionsbereich nur durch Sparmaßnahmen auf der Konsumebene erreicht werden. Daß von diesen Substitutions- und Sparmaßnahmen die Chemieindustrie, die das Öl als Rohstoff verbraucht, in keinerlei Weise betroffen werden wird, stellten Politiker wie Chemieindustrieverbände mehrfach klar (Siemens 4/80).

So forderte das Vorstandsmitglied der Hoechst AG Weissermehl in bezug auf das Rohöl, die unselige Doppelnutzung als Energie- und Rohstoff zu beenden und in Zukunft das Öl nur noch der Chemie als Rohstoff und dem Verkehr als Sprit zur Verfügung zu stellen. Alle anderen Bereiche, in denen heute Öl verheizt würde, müßten durch Atomenergie ersetzt werden („FR", 1.4.80).

Entsprechend legte die Bundesregierung als Schwerpunktbereiche für zukünftige Sparmaßnahmen ‚Gebäude und Heizung' fest, unterstützt durch Untersuchungen, nach denen hier die größten Energieverluste zu verzeichnen seien.



Leider wird gerade auch von zahlreichen Umweltschutzgruppen auf die Haushalte als „Energieverschwender" hingewiesen. Diese „ökologische" Sicht führt aber zwangsläufig zu einer Mißachtung der Interessen des überwiegenden Teil der Bevölkerung.

Bekanntlich ist die Mehrheit Mieter, ein geringerer Teil besitzt Einzelfamilienhäuser, und sehr wenige sind Wohnungskapitalisten. Diese Besitzverhältnisse unter „Haushalte" zusammenzufassen, ist entweder naiv oder mißachtet die Lasten, die von Arbeitern und Angestellten zu tragen sind.

Da die Heizungsrechnungen bekanntlich von den Mietern gezahlt werden und Wohnungsbaugesellschaften für sich möglichst billig bauen, blieb die Wärmedämmung bisher immer auf der Strecke. Wenn heute die Wohnungsbesitzer Investitionsprogramme zur Wärmedämmung zugeschanzt bekommen, greifen sie dies natürlich gerne auf, denn danach ist eine Mieterhöhung erlaubt. So bezahlen wir gleich zweimal die Wertverbesserungen der Wohnungen. Die Neue Heimat äußerte sich dazu, daß ihr dieses noch zu teuer sei. Erst bei staatlichen Zuschüssen wäre so etwas zu verwirklichen. Bezeichnenderweise wird der Ruf nach Energiesparen „in den Haushalten" auch kaum von der Mieterbewegung erhoben, sondern nur von Teilen der Ökologiebewegung. Und dies tatsächlich mit der Begründung, daß man eben bei sich selbst anfangen müsse und daß in den privaten Haushalten die meiste Energie „verschwendet" würde.

In einer solchen Situation ist es nicht verwunderlich, daß es die Bundesregierung mit ihren Bemühungen um Unterstützung nicht allzu schwer hat und mit Energiesparmaßnahmen in ihrem Sinne schon ein gutes Stück vorangekommen ist. So sind zum ersten Mal in den letzten beiden Jahren Rückgänge im Ölverbrauch festzustellen. Er verringerte sich von 1979 – 1980 bei leichtem Heizöl um 16,8%, bei schwerem Heizöl um 12,6%, bei den übrigen Ölprodukten um 12,3%, bei Diesel um 3%, nur Benzin hatte noch eine Steigerung von 2,1%. Dies gibt insgesamt für die BRD eine Einsparquote von 10,7%, womit sie im europäischen Durchschnitt liegt (Spitzenreiter ist Großbritannien mit einer Quote von 15,9%, Schlußlich ist Frankreich mit 6,3%).

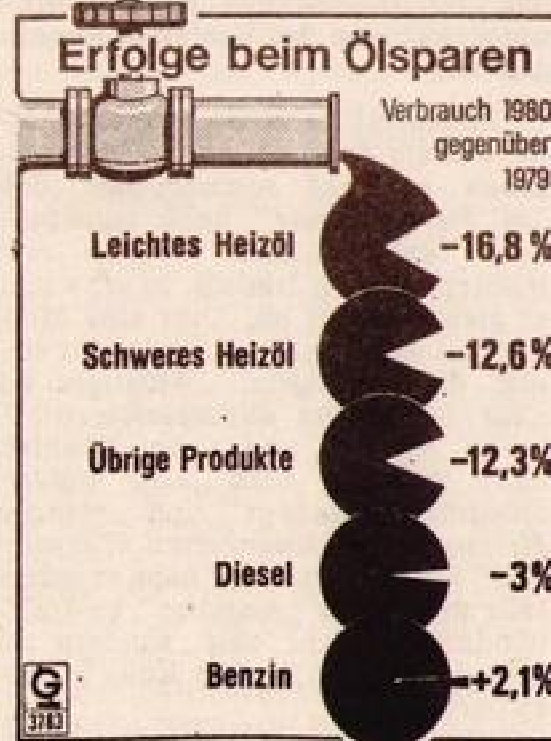
Damit verringerte sich der Anteil des Erdöls am Primärenergieverbrauch von 55 % 1973 auf 47 % 1980.

Für das erste Quartal 1981 wird ein Rückgang der Öleinfuhren von 19,9 % vermeldet („Welt", 22.4.81).

Überdurchschnittlich sank der Anteil des leichten Heizöls, aber auch das von der Industrie benötigte schwere Heizöl sank im Verbrauch um 23 % („FR", 6.5.81).

Selbst der Chef der westdeutschen Esso rechnet bis zum Jahr 2000 mit einem Rückgang des Erdölanteils in der BRD auf 37 % an der Gesamtmenge („Siemens", 4/80), was angesichts der jetzigen Maßnahmen schon im Jahr 1985 erreicht sein dürfte.

An diesen Zahlen läßt sich deutlich ablesen, daß es der Bundesregierung ernst ist mit dem Energiesparen, dieses für sie aber vor allem Ölsparen bedeutet, sogar mit dem klar formulierten Hintergedanken, entstehende Lücken mit Atomenergie auszufüllen.



„Der Bau von Kraftwerken, selbst von Kernkraftwerken, dürfte in der überwiegenden Bevölkerung aber zumindest dann nicht mehr auf Ablehnung stoßen, wenn sie als Instrumente einer durchgreifenden Ölsubstitution erkannt werden" („Siemens", 4/80).

So formulierte der Vorstandsvorsitzende der KWU seine Version des Energiesparens, die kaum die unsere sein kann.

BBU und Ökoinstitut Freiburg, Partner der Bundesregierung?

Da sich gerade in den Bereichen des Energiekonsums hinsichtlich des Privatverkehrs und der Wohnungspolitik die Ziele der Bundesregierung und die Vorschläge dieser Organisationen weitgehend decken, versucht das Bundesforschungsministerium diese als Bündnispartner ihrer Energiespar-

weitgehend decken, versucht das Bundesforschungsministerium diese als Bündnispartner ihrer Energiespar-

politik zu gewinnen.

Daß sich der BBU auf alle Fälle in Fragen einer neuen Energiepolitik konstruktiv verhalten wolle, machte Vorstandsmitglied Jo Leinen in seinem Papier zur Brokdorf Demo deutlich. Unter dem Punkt „Wer ist unser Gegner: Staat oder Atomindustrie" schrieb er als Schlußsatz die Aufforderung: *„Notwendig ist auch eine offensive energiepolitische Diskussion durch die Bürgerinitiativen, um Maßnahmen zur rationellen Energienutzung sowie alternative Energiequellen durchzusetzen."*

Anfang April trafen sich der BBU und andere Umweltschutzverbände zu einem Gespräch bei Forschungsminister Bülow. Zwar bestand Dissens in der Frage des Ausbaus des Atomprogramms, doch *„in breiten Bereichen des Energiesparens der Alternativenergie und des Einsatzes von Fernwärme bestand Konsens"* (Pressesprecher Uhl, „taz", 2.4.81). Selbiger Pressesprecher erklärte zusätzlich, daß man sogar eine Einigung für ein gemeinsames Vorgehen erzielt habe, in der Bevölkerung für Energiesparmaßnahmen zu werben (ebenda). Dies hatte der BBU auch schon in der bisherigen Energiediskussion getan, was ihm eine 100 000 DM Förderung für 1980 von Seiten des Bundesforschungsministeriums einbrachte.

Auf der gleichen Ebene liegt die Erklärung des BBU für eine Unterstützung der Pläne der nord-rheinwestfälischen Landesregierung, *„mit dem Ausbau der Fernwärme durch Nutzung der Abwärme auf breiter Ebene eine rationelle Energieverwendung zu verwirklichen"* („Neue", 8.4.81).

„In einer Erklärung heißt es, die Landesregierung könne mit ‚aktiver Mitarbeit' des BBU rechnen, wenn hier auf eine Fernwärmeversorgung der Kommunen mit bislang ungenutzter Abwärme, aber auch mit Hilfe regionaler kleiner Kohle-Blockheizkraftwerke hingearbeitet werden sollte" (ebd.).

Kein Wort davon, daß gerade in Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit der Fernwärme immer noch der Hochtemperaturreaktor ins Spiel gebracht wird. Auch kein Wort darüber, ob denn nun die Blockheizkraftwerke so ausgerüstet sind, daß die anliegende Bevölkerung nicht darunter zu leiden hat. Denn wie aus dem Hamburger Fernwärmeprogramm von Klose hervorgeht, hätte die Bevölkerung in den betroffenen Stadtteilen einiges an Luftverschmutzung in Kauf zu nehmen, weswegen sich zumindest in Hamburg schon einiger Widerstand regt und nicht vorbehaltlose Bejubelung die Reaktion war.

Das Ökoinstitut Freiburg, das mit seinem Buch „Energiewende" (s.a. AK 201) bekannt wurde, aber auch durch die kompromißlerische Mitarbeit in der Enquetekommission von sich Reden machte, wird als zweiter Bündnispartner des Bundesforschungsministeriums heiß umworben. Hierfür ‚qualifiziert' hatten sich die Ökoinstitut-Mitglieder Altner und Ehrenstein durch Zustimmungen zur Inbetriebnahme des Schnellen Brüters unter bestimmten Bedingungen, als auch durch die Zustimmung zur *„Austestung der technologischen Entwicklung sowohl der Endlagermöglichkeit unaufbereiteter Brennelemente als auch der Wiederaufbereitung".*

Solch Positionen honorierte die Bundesregierung mit einem For-

Solch Positionen honorierte die Bundesregierung mit einem For-

schungsauftrag über 1,6 Mio DM zur kritischen Begutachtung der „Deutschen Reaktorsicherheitsstudie".

Daß angesichts dieser Situation auf der letzten Mitgliederversammlung ein Mitarbeiter des Bundesforschungsministeriums gleich zum Vorstand kandidierte, mag kaum noch verwundern.

Auch wenn dieser in allen drei Wahlgängen durchfiel, ist es schon ein Knüller für sich, daß in einer „Umweltschutzorganisation" solche Leute überhaupt kandidieren können.

Insgesamt ist bei den oben geschilderten Beispielen, welche als symptomatisch angesehen werden können, eine äußerst gefährliche Entwicklung zu einer neuen staatstragenden alternativen Energiepolitik zu beobachten. In ihrer „ökologischen" Politik auf der Basis einer staatstragenden Gesinnung werden beide Organisationen zu den willkommenen Beratern und Bündnispartnern für eine Energiepolitik der Bundesregierung, die genaugenommen für die Bevölkerung enorme finanzielle Opfer bedeutet, die Atomenergie nicht verhindert und die Rahmenbedingungen, in denen sich diese Politik abspielt, nicht nur nicht kritisiert, sondern sogar in Teilen, z.B. der Notwendigkeit der hohen Energiepreise, als Zwang zum Sparen, mitträgt.

Es ist nicht nur als Naivität, sondern als gefährliche Verdummung zu bezeichnen, wenn eine Organisation wie der BBU in einer Zeit enormer Aufrüstung und Kriegsvorbereitung – gegen die er bekanntlich selbst aktiv Stellung nimmt – die Zusammenhänge zwischen der Umstellung der Energieversorgung in bekanntlich allen imperialistischen Ländern und der weltpolitischen Verschärfung der Widersprüche ignoriert. Wer zudem die einzelnen Sparmaßnahmen nicht im Detail auf ihre wirklichen Vorteile für die Bevölkerung abklopft, sondern sich allein an den sinkenden Verlustraten von Energie berauscht und dies zum alleinigen Kriterium erhebt, läuft Gefahr für eine Politik instrumentalisiert zu werden, die keinesfalls in unserem Interesse liegt.

AKW-Nein-Kommission

Bürgerschaftswahlen in Hamburg:

Gibt es eine alternative Liste?

Derzeit tut sich Erfreuliches in Hamburgs alternativer Wahlbewegung. Etwa 150 Mitglieder verschiedener Strömungen der Grünen, aller Strömungen der alten Bunten Liste, aus zahlreichen Basisinitiativen und aus den politischen Organisationen KB, „Z", DKP, SOST und der GIM trafen sich zu einer Beratung über das weitere Vorgehen in Hamburg nach der Westberlin-Wahl und dem Klose-Rücktritt. Einstimmig wurde eine Resolution verfaßt, in der zur Teilnahme an bestehenden bzw. zur Bildung von weiteren Arbeitsgruppen aufgerufen wird,

„Zur Vorbereitung einer alternativen Wahlbeteiligung für die Bürgerschaftswahlen 1982,

– Zur Klärung der bestehenden inhaltlichen Differenzen,

– Zur Erarbeitung einer gemeinsamen Programmatik

– und möglichst zur Bildung einer gemeinsamen Liste ...

Auf der Grundlage der Diskussionsergebnisse und Vorlagen der Arbeitsgruppen rufen die Beteiligten für den Herbst zu einem kommunalpolitischen Kongreß auf".

In der vorangegangenen Diskussion war deutlich geworden, daß bei fast allen Strömungen der Wunsch besteht, eine solche Liste vorzubereiten, und daß inhaltliche Differenzen und Bedenken nicht in Vorab-Abgrenzungen, Vorurteilen etc., sondern in der konkreten Auseinandersetzung geklärt werden sollten. Insbesondere Teile der Grünen und der „Gruppe Z" gerieten dabei in die Kritik, weil sie nichts dazu tun, die weit verbreiteten Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der Hamburger Grünen und Befürchtungen, diese würden zu den Wahlen einen „Durchmarsch" (Alleingang) vorhaben, auszuräumen. Vor diesem Hintergrund ist die verabschiedete Erklärung ein wichtiger Fortschritt gegenüber der Landesmitgliederversammlung der Grünen im März, auf der eindeutig die Befürworgung einer grünen Kandidatur und die Ablehnung eines Wahlbündnisses dominierte (was besonders auch von der „Gruppe Z" gefördert wurde). Zumindest ist die Diskussion jetzt wieder erheblich offener, und es besteht die Chance, das Spektrum der alternativen Wahlbewegung Hamburgs in einer Liste zu erfassen. Die konkrete Arbeit muß nun zeigen, ob das gelingt.

Wie verhalten sich die Grünen?

Bei den Grünen Hamburgs gibt es derzeit verschiedene Strömungen zu den Wahlen. Wenig artikuliert, aber auch vorhanden, ist diejenige, die ein offenes Bündnis der verschiedenen Strömungen der Hamburger Wahlbewegung anstrebt und dafür die Grünen nur als eine, sicher wichtige, Kraft unter vielen sieht. Stärker ist immer noch die Tendenz, die die Grünen zum „führenden Kern" der Wahlbewegung erklärt. Als Beweis, daß „Grün" das Erfolgsgeheimnis sei, wird auf die Parlamentswahlen in Hessen und speziell in Frankfurt verwiesen. Zu dieser Strömung muß man die vorrangig ökologisch agierenden Kräfte rechnen; dazu zählen auch die, die gern ein Bündnis mit Sozialisten und Kommunisten vermeiden wollen. In dieser Strömung rangiert parteiborniert und ein sehr eng verstandener ‚Ökologismus' vor der Verbindung eines erfolgreichen Wahlbündnisses mit realen Fortschritten beim Zusammengehen der verschiedenen fortschrittlichen Kräfte vor allem auch in gemeinsamen Aktionen.

Die dritte Strömung repräsentiert die „Gruppe Z". Sie sieht die starke Position bei den Hamburger Grünen als günstig für machtpolitische Manöver. Noch im März ging sie ein taktisches Zweckbündnis mit der zweiten, der ‚grünen' Strömung ein, um alle Bemühungen um ein Bündnis der verschiedenen Teile der Hamburger Wahlbewegung zu sabotieren. Willi K. Goltermann hatte im „Arbeiterkampf" 194 ausdrücklich einen Führungsanspruch der Grünen für die Hamburger Wahlbewegung angemeldet. Auf der anderen Seite hat die „Z" zur Kenntnis nehmen müssen, daß relevante andere Kräfte ihre Ansprüche für die Bürgerschaftswahlen angemeldet haben (siehe auch AK 203). Zugleich hat sich gezeigt, daß das Zweckbündnis mit den ‚Ökologen' bei der Entwicklung einer flexiblen Politik in und mit den Grünen nicht mehr funktioniert. Sowohl die anfangs von der „Z" vehement betriebene Umarmungspolitik gegenüber der DKP (die teilweise im Namen der Grünen erfolgte), wie auch die starre, zum Teil bornierte Haltung einiger Grüner gegenüber Entwicklungen in der Hamburger SPD im Zusammenhang mit dem Klose-Rücktritt (weder Aktivitäten, noch eine Erklärung der Hamburger Grünen hierzu kamen zustande verdeutlichten, daß ausschließlich in und mit den Grünen keine aussichtsreiche Politik in Hamburg zu machen ist. Im Gegenteil, die „Z" handelte sich wegen dem DKP-Flirt neuen Ärger vor allem in der Bundespartei ein.

Für Bündnisbemühungen ohne Ausgrenzungsbeschlüsse

Wie sehr die „Z" in ihrer Bündnispolitik schwankend ist, beweist sie in ihrem neuesten Vorgehen gegenüber der DKP. Sowohl auf der Versammlung am 12.6. als auch in einer Erklärung des Hamburger Grünen-Vorstands vom 16.6. (eingebracht von der „Z") dominiert die Abgrenzung gegenüber der DKP. So werden „unverzichtbare Prinzipien" für ein Wahlbündnis aufgestellt (weltweite Ablehnung von AKWs, Selbstbestimmungsrecht der Völker, untaktisches Verhältnis zu demokratischen Rechten, die Menschen selber und nicht eine Partei in ihrem vorgeblichen Interesse sollen ihre Geschicke in die Hand nehmen).

Nun haben wir selber mehrfach auf solche Punkte als Problematik eines Bündnisses mit der DKP bzw. DKPlern hingewiesen. Auf der anderen Seite erschweren solche Vorab-Ausgrenzungen allerdings den Versuch der Einflußnahme auf die DKP-Anhängerschaft (wie diese Langer und Goltermann eher glorifizierend in der „Z" Nr. 12 beschrieben), wenn nicht auch kritischen DKPlern die Möglichkeit der Beteiligung an der Diskussion gegeben wird.

Auch zur anderen Seite hin betreibt die „Gruppe Z" ihre Negativ-Politik der Ausgrenzung. Schon fast penetrant (allerdings auch erfolglos) versuchte ihr Sprecher auf der Versammlung am 12.6. sich als Schöpfer neuer Kriterien für das Entstehen der alternativen Wahlbewegung: dieses seien die umfassenden programmatischen Alternativen und eine „seriöse" Parlamentsarbeit. Wer dem nicht folge, habe in einem Bündnis keinen Platz. Die Bereitschaft zu „*ernsthafter Parlamentsarbeit*" ist mittlerweile auch als Kriterium in die Erklärung des Hamburger Grünen-Vorstands aufgenommen.

Stellt man sich gegen diese Prioritätensetzung, bekommt man aus „Z"-Umkreisen sehr schnell den Verdacht, man sei Gegner wissenschaftlicher Programmarbeit und ernsthafter Alternativen sowie „vernünftiger" Arbeit in den Parlamenten. Da bastelt die „Z" allerdings an Pappkameraden. **Die wirkliche Streitfrage muß lauten, wo eine alternative Liste in ihrer politischen Wirksamkeit ihre Schwerpunkte setzt und woraus sie ihre wesentlichen Antriebe erfährt. Letzteres ist allemal die außerparlamentarische Bewegung gewesen, ohne die auch eine grüne Partei nicht entstanden wäre und hätte erfolgreich sein können. Spätestens bei der Frage der Konkretisierung des „Berliner Modells" der AL für Hamburg wird auch die „Z" sich dieser Frage stellen müssen; denn das „Berliner Modell" meint nicht nur Einzelmitgliedschaft und Konsensprinzip, wie dies teilweise die Diskussion hierum in Hamburg nahelegen könnte, – „Berliner Modell" meint vor allem auch solidarische Zusammenarbeit verschiedener politischer Strömungen mit einem gemeinsamen Programm, bei Vorrang der außerparlamentarischen Arbeit. Nicht die Ernsthaftigkeit der Programmerarbeitung und die volle Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die die Arbeit im Parlament bietet, wird daher der Streitpunkt sein können, sondern der Versuch der Reduzierung bzw. der Prioritätensetzung der Liste auf ein umfassendes Programm und die Arbeit im Parlament.**

So kann denn auch kaum die Frage für ein Bündnis lauten, die Bereitschaft anzuerkennen, „*mit der gesamten Vielfalt der Hamburger Grünen zusammenzugehen*", wie es ihr Landesvorstand formuliert hat (eine Bereitschaft, die unseres Wissens bislang von Niemandem bestritten wurde), sondern wieweit die Grünen ihrerseits ihre Taktiererei zugunsten der Herstellung eines größtmöglichen Bündnisses aufgeben und positive Zusammenarbeit anstelle von Negativ-Abgrenzung setzen.

„Initiativkreis für eine alternative Wahlbewegung"

Unter diesem Namen firmiert jetzt der im letzten AK als „Block der Unorganisierten" vorgestellte Teil der Wahlbewegung. Er sammelt zur Zeit Unterschriften unter eine Erklärung, in der die Absicht zur Bildung einer Alternativen Liste erklärt wird. Darin heißt es u.a.: „*Wir wollen eine alternative Liste, die so funktioniert, wie wir in unseren Gruppen und Initiativen arbeiten: Ohne Abstimmungsmaschinerie und Funktionäre, mit Konsensprinzip (kein Unterbuttern von Minderheiten) und offener Diskussion.*

Wir wollen den Aufbau einer auf Einzelmitgliedschaft beruhenden Liste vorbereiten, weil das Initiativkonzept der ‚Bunten Liste' gescheitert ist."

Mitglieder des „Initiativkreises" haben sich an der Versammlung am 12.6. beteiligt und sich als Einzelpersonen positiv zur gemeinsamen Vereinbarung erklärt. Im „Initiativkreis" selber spielt diese Entwicklung aber derzeit keine Rolle. Dort dominiert die Vorbereitung eines eigenen Kongresses zur Listenbildung (an den Treffen beteiligen sich zur Zeit nach eigenen Angaben 50 - 70 Leute). Auf jeden Fall wird auch der Kreis sich eine Position zu den anderen Teilen der Hamburger Wahlbewegung erarbeiten müssen, wenn seine Gründungsabsicht, den unseligen gespaltenen Zustand zu verändern, noch Gültigkeit haben soll. Derzeit scheint hier eine bedauerliche Ignoranz gegenüber dem begonnenen Einigungsprozeß vorzuherrschen.

Teilweise Kurioses von DKP, GIM, KBW und „KPD"

Diese Gruppierungen, bisher außerhalb der alternativen Wahlbewegung stehend, haben sich mittlerweile alle öffentlich geäußert. Gemeinsam ist ihnen allen, daß sie tunlichst jedes selbstkritische Wort gegenüber ihrem bisherigen Verhalten vermeiden und so tun, als sei mit ihrem „Entdecken" der Wahlbewegung eine völlig neue Situation entstanden.

„*Vorschlag für einen Dialog der demokratischen Kräfte Hamburgs über Möglichkeiten eines linken, demokratischen Bündnisses zu den Bürgerschaftswahlen*" überschreibt die DKP eine Erklärung ihres Bezirksvorstands vom 14.6. Mit gut dreijähriger Verspätung hat die DKP aus der Kriegsgefahr, der AKW-Bedrohung, dem notwendigen Umweltschutz, der Wohnungsnot etc. heraus den Vorschlag entwickelt, „*darüber zu diskutieren, inwieweit die Möglichkeiten eines linken, demokratischen Wahlbündnisses herangereift sind*". Neben vielen vernünftigen – allerdings ganz und gar nicht neuen – Gesichtspunkten („*Außerparlamentarische Bewegungen sind und bleiben das Wichtigste für demokratischen Fortschritt in unserer Stadt*", „*Ein Wahlbündnis sollte sich bemühen, die vielen unzufriedenen Bürger Hamburgs anzusprechen*") enthält das Papier eine Reihe kritischer Stellen: so wird vorgeschlagen, über Meinungsverschiedenheiten „*kritisch und solidarisch*" zu diskutieren „*mit dem Ziel, gemeinsame Positionen zu erarbeiten, und* **solche Fragen auszusparen, in denen Standpunkte unvereinbar sind**" (Hervorhebung von uns). Daß da Mißtrauen gegenüber der DKP angebracht ist, verdeutlicht sie, wenn sie beispielsweise den AKW-Widerstand auf Brokdorf und Krümmel bzw. „das Bonner Atomprogramm" einengt. Auch die Formulierung, daß die DKP für sich das Recht beansprucht, nicht „*auf die Bekämpfung von Antikommunismus und Antisowjetismus, die sich, wie alle Erfahrungen zeigen, gegen sämtliche demokratischen Kräfte richten, verzichten*" zu wollen, zeugt eher davon, daß die DKP keine Diskussion um ihr umstrittenes Sozialismus- und Internationalismus-Verhältnis wünscht. Kurios ist auch die Avantgarde-Aussage in dem Papier: „*Die Stärkung der Arbeiterbewegung liegt im Interesse aller demokratischen Kräfte. Und umgekehrt: alles was die Arbeiterbewegung und die DKP als Teil dieser Arbeiterbewegung schwächt, behindert auch die demokratische Entwicklung, schwächt fortschrittliche Bewegungen.*"

Kaum Neues ist von der GIM zu vermelden. Zum wiederholten Male macht sie ihren speziellen Versuch, eine „Sozialistische Alternative" (diesmal für Hamburg) zu propagieren. Bereits ihre Schwerpunktsetzung verdeutlicht, daß die GIM offensichtlich wieder außen vorbleiben will: So soll diese Liste **„mit ihrem Abstimmungsverhalten dafür sorgen, daß die SPD wieder allein an die Regierung kommt"**, während gleichzeitig die bisherigen Ansätze der alternativen Wahlbewegung wie die Grünen oder die AL Westberlin pauschal abgelehnt werden.

Der KBW scheint in einer eventuellen AL mitarbeiten zu wollen, war er doch schon „*immer der Auffassung, daß bürgerliche Parlamente vor allem Propagandaforum der Bourgeoisie sind und daß die Volksmassen ihre Interessen nur gegen den bürgerlichen Staat durchsetzen können*". Neu beim KBW gegenüber seinen früheren 0,1%-Kandidaturen ist jetzt, daß „*uns klar geworden ist, daß dieses ‚Nutzen'* (der Parlamente, Anm.) *besser durch eine Alternative Liste geschieht, als durch die Kandidatur einer K-Gruppe als einzelne ...*" Inhaltlicher Schwerpunkt des KBW scheint weiterhin die Entlarvung der Sowjetunion zu sein, denn „*es gibt in der Hamburger Linken noch viele Entschuldigungen für die sowjetischen Aggressionsakte ... Wir müssen uns bemühen, etwas zur Klärung des Charakters des US-Imperialismus wie des sowjetischen Imperialismus beizutragen*" (KVZ, 12.6.).

Last not least hat sich auch die „KPD" (vormals „KPD/ML") zu Wort gemeldet. Unbeschadet aller schon laufenden Diskussionen lädt sie zu einem Treffen am 3. Juli in ihrer Stammkneipe ein, auf dem „*die Möglichkeiten für ein breites Wahlbündnis diskutiert werden können*"...

Bleibt noch ein Termin anzumerken: **Die Bunte Liste (Initiativtreffen) lädt am Mittwoch, den 24.Juni um 19 Uhr in der Hochschule für Bildende Künste (Lerchenfeld/ U-Bahn- Mundsburg) zu einer BuLi-Versammlung zu den Bürgerschaftswahlen ein.**

Betr. Wahlbündnisse

Die DKP antwortet den Grünen

Die DKP hat auf ihrem Parteitag Ende Mai offiziell und unmißverständlich ihr Interesse bekundet, in die so erfolgreichen grünen und alternativen Wahlbündnisse einzusteigen (vgl. AK 203). Auf dieses recht stürmische Liebeswerben hat der Bundesvorstand der Grünen Partei auffallend schnell, aber eher verschreckt als inhaltlich überzeugend reagiert (Presseerklärung vom 1. Juni - abgedr. in AK 203). Diese Erklärung ist zudem ein schlechter Versuch, einem Diskussionsprozess in der Grünen Partei (Basisdemokratie!!) durch ein Statement der Parteispitze vorzugreifen und sich in die lokale und regionale Autonomie der Gliederungen der Grünen Partei einzumischen. Ein gründlicher Diskussionsprozeß unter Abwägung aller Umstände könnte schließlich sehr wohl zu der dann auch stichhaltig begründeten Auffassung führen, daß die DKP mit ihrer derzeitigen Politik kein geeigneter Partner für Wahlbündnisse ist. Das wäre aber allemal sinnvoller und demokratischer als der Versuch, von oben einen „Abgrenzungsbeschluß" zu diktieren, der in erster Linie von hektischer Angst zeugt, man könnte jetzt in den Medien mit der DKP zusammengebracht werden. Es ist im übrigen einfach unglaubwürdig und sachlich falsch, wenn der Bundesvorstand in seiner Presseerklärung kategorisch behauptet, die DKP sei **„kein Bündnispartner für die Grünen"**. Gegenbeispiele gibt es inzwischen ja mehr als genug.

Die DKP hat auf das Statement der Grünen auffallend schnell geantwortet, indem sie am 6. Juni in ihrer „UZ" den Wortlaut der grünen Erklärung und eine Replik von Jupp Angenfort, Mitglied des DKP-Präsidiums (höchstes Parteigremium), veröffentlichte. Die Replik der DKP ist frech und demonstrativ selbstsicher: Der DKP gehe es nicht darum, sich unter Vertuschung inhaltlicher Meinungsverschiedenheiten an die Grünen „anzuhängen". Im Gegenteil. Die DKP werde „*überall mit offenem Gesicht und ohne die geringste Neigung zur opportunistischen Anpassung an andere Meinungen*" auftreten. Jawohl, die DKP sei „*tief überzeugt*" von der Friedensliebe der sowjetischen Aussenpolitik. Jawohl, die DKP sei „*grundsätzlich für die friedliche Nutzung der Kernenergie*". Andere in der grünen Presseerklärung berührte Punkte, speziell Polen, ließ Angenfort in seiner Antwort allerdings lieber aus. (Die Antwort dazu hätte ja auch nur heißen können: „Jawohl, wir sind gegen das Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes und für das Recht der Sowjetunion auf Militärintervention").

„*Solche Meinungsverschiedenheiten*", schreibt Angenfort weiter, hätten aber bisher nicht verhindert, daß Grüne und DKP „*gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften*" gegen das Bonner Atomprogramm und gegen die NATO-„Nachrüstungsbeschlüsse" auftreten. „*Soll das gestört oder gefestigt und weiterentwickelt werden?*" (Angenfort spekuliert an dieser Stelle mit der Tatsache, daß mit Petra Kelly ein Mitglied des grünen Bundesvorstands zu den Erstunterzeichnern des Krefelder Appells gehört.)

Angenfort zählt dann verschiedene weitere Beispiele von Zusammenarbeit auf und schlußfolgert, daß „*in diesem Sinne*" doch eigentlich auch Wahlbündnisse möglich sein müßten. Das sei freilich, so schwächt er gleich wieder ab, **„nur eine Möglichkeit unter anderen, und nicht einmal die wichtigste"**. Wichtiger sei „*das Wirken im außerparlamentarischen Raum*", und dabei könnten dann vielleicht auch „*viele Mißverständnisse abgebaut*" und „*manche Meinungsverschiedenheiten überwunden*" werden. Die DKP habe es jedenfalls mit ihrem „Angebot" zu Wahlbündnissen nicht eilig, sondern sei **„bereit, darüber in aller Ruhe zu diskutieren"**.

Friedensfest der Grünen in Breisach und die DKP

Am 27./28.6. wird in Breisach im Dreiecksland, in der Nähe von Wyhl, Fessenheim und Freiburg ein Friedensfest der Grünen stattfinden.

In einem Rundbrief des Grünen Bundesvorstandes (vom 9.6.) werden ausdrücklich alle Grünen noch mal über die „*besondere Bedeutung*" aufgeklärt, die dieses Fest für die Grünen haben soll. Die Friedensbewegung habe sich „*schneller als erwartet und eindrucksvoll entwickelt*", hier hätten deshalb „*die Grünen als die Partei des Lebensschutzes ... naturgemäß eine zentrale Aufgabe*". Aber auch alle anderen Parteien hätten die Bedeutung der Friedensbewegung erkannt. Neben der geplanten Offensive der SPD, den eifrig mitmischenden Jusos und Judos bemühen sich „*vor allem die DKP ..., teils direkt, teils über andere Organisationen, wie die wiederbelebte DFU oder das ‚Komitee für Abrüstung und Zusammenarbeit' (KOFAZ), die Fäden dieser Bewegung in der Hand zu halten.*

Gerade dadurch aber wäre ein durchgreifender Erfolg der Friedensbewegung unmöglich geworden, weil eine von der DKP und Sowjetunion gesteuerte oder stark beeinflußte Bewegung in dieser Bundesrepublik keine Chance hat.

Da sich die Friedensbewegung in den vergangenen Jahren in starkem Maße auf die Organisationsstrukturen der DKP gestützt hat, wird es für die Entwicklung einer von ihr unabhängigen Bewegung von großer Bedeutung sein, andere bundesweite Organisationen zur Stützung zu finden". Hier liege die „besondere Aufgabe und Bedeutung" für den BBU, die Grünen und die Ökologie- und Bürgerinitiativbewegung, worüber man sich „*in einem Vorstandsgespräch zwischen BBU und Grünen am 2. Mai in Stuttgart auch durchaus im Klaren*" gewesen sei.

Man werde aber erfahren, daß die SPD Terrain wiedergewinnen bzw. die DKP sich ihren Einfluß nicht nehmen lassen wolle, es also „*hinter den Kulissen ein heftiges Tauziehen um Zielsetzung und Einfluß*" geben werde. So sei die Teilnehmerzahl in Breisach über „*das Gewicht der Grünen ... in den nächsten Monaten entscheidend*", eine andere Art der Gestaltung und ihre inhaltlichen Thesen (die „*weit über die DKP*" hinausgingen) solle dazu beitragen. Es solle dadurch deutlich werden, „*daß die Grünen die große unabhängige Partei des Friedens und der natürliche und potente Partner der unabhängigen Friedensbewegung*" sei. Zu entsprechenden Anstrengungen werden die Grünen Mitglieder in dem Schreiben aufgerufen.

Kommunal- und Kreistagswahlen in Niedersachsen:

Es tut sich was...!

Am 27. September finden in Niedersachsen Kommunal- und Kreistagswahlen statt. Das Fehlen der 5 % - Hürde wird nicht nur der arg ramponierten FDP, sondern v.a. den grünen und alternativen Listen zugute kommen.

Im Mittelpunkt dieser Wahlen werden mit der Wohnungsnot und Hausbesetzungen, mit der Verkehrsmisere, Umweltskandalen und der Vergabe kommunaler Mittel für Jugendzentren, Kindergärten, Frauenhäuser usw. Themen stehen, an denen sich seit Jahren Unmut und Protest in fast jeder Stadt entwickelt haben. Auch die 'große Politik' wird bei diesen Wahlen oppositionelle Listen beflügeln. Insbesondere der Kampf für den Frieden, die weitverbreitete Ablehnung der NATO-Aufrüstungsbeschlüsse wird die Abwendung von den etablierten Parteien beschleunigen - auch dort, wo friedenspolitische Forderungen in den Wahlprogrammen (noch) fehlen oder im Wahlkampf eher am Rande behandelt werden.

Nach den Wahlerfolgen grüner und alternativer Listen in Hessen und Westberlin dürfte nun auch in Niedersachsen vielerorts eine fortschrittliche 'vierte' Kraft in die Kommunalparlamente einziehen. Die Herstellung von Mehrheitsverhältnissen und das 'Regieren' wird den etablierten Parteien schwerer fallen. Für die SPD dürfte mit dem Aufstieg einer oppositionellen Kraft in einigen Städten (z.B. Göttingen) eine prekäre Situation entstehen. Sofern CDU (und FDP) nicht über Mehrheiten verfügen, um einen SPD (Ober-) Bürgermeister abzulösen, wird für die SPD auch die Frage einer "taktischen Öffnung" gegenüber grün-alternativen Listen auf die Tagesordnung gesetzt werden (s. die OB- Wahl in Kassel). Bereits jetzt deutet sich ein ausgesprochen "bürgerfreundlicher" und "linker" Wahlkampf der SPD in den größeren Städten an, um die lästige Konkurrenz möglichst klein zu halten. In dieser Entwicklung kann eine Chance liegen, sofern die grün-alternativen Listen sich in ihrer Politik erkennbar und eindeutig als fortschrittliche Kraft profilieren, damit zu erwartende Verluste der SPD nicht zu einer Stärkung der Reaktion führen. Und nur die Stärkung grün-alternativer Listen bietet die Gewähr, mögliche CDU/FDP- Mehrheiten zu verhindern (ohne selbst mit der SPD Koalitionen zu bilden!).

Die Wahlbewegung in Niedersachsen bietet ein buntes Bild. Neben den traditionellen Freien Wählergemeinschaften eher rechter und bürgerlicher Herkunft, die bereits vielerorts in den Parlamenten vertreten sind, treten erstmals 'auf breiter Front' grüne und grün-alternative Listen bzw. Wahlbündnisse an. Die Palette reicht hier von den deutlich mit der Linken verbundenen Listen in Hannover und Göttingen bis hin zu reinen Parteikandidaturen der Grünen (in Fischerhude, Ottersberg und Achim z.B.). Insbesondere in den Mittel- und Kleinstädten des Flächenstaates Niedersachsen beginnt der Gedanke einer alternativen Wahlpolitik - unter Einbeziehung örtlicher Basis- und Bürgerinitiativen - feste Wurzeln zu schlagen.

Schien es zu Anfang des Jahres noch so, daß die Partei 'Die Grünen' auf mehr oder weniger 'offene' Alleinkandidaturen orientierte, so hat sich das Bild in den letzten Monaten stark gewandelt: Die Bildung von grün- alternativen Wahlbündnissen ist Trumpf! Der Monopolanspruch der Grünen Partei auf Vertretung der alternativen Wahlbewegung ist außerhalb und in ihren Reihen auf Kritik gestoßen; diese hat zu einer - z.T. sehr vorsichtigen und umstrittenen - Öffnung der Partei gegenüber örtlichen Basisinitiativen und der Linken geführt. Als Motiv für den Verzicht auf eine Parteikandidatur wird genannt, daß die Grünen "in den verschiedenen Bürger- und Basisbewegungen auf Vorbehalte stoßen", denen man durch die Bildung von Wahlbündnissen "entgegenkommen" wolle (Erw. Kreisvorstand der GRÜNEN Hannover-Stadt vom 28.1.81.). Zudem ist die Bereitschaft der Mitglieder in der Grünen Partei, 2 1/2 oder gar 5 Jahre Kleinarbeit in den Parlamenten zu leisten, nicht übermäßig ausgeprägt, so daß oftmals um geeignete Kandidaten aus eher linken Basisinitiativen geworben werden mußte.

Allerdings bleiben in der Regel die Wahlbündnisse (Bildung eigenständiger Listen auf Basis von Einzelmitgliedschaften) unter Einschluß der Grünen auf die Kommunalwahlen beschränkt; zu den parallel stattfindenden Kreistagswahlen treten die Grünen fast überall unter ihrem Parteinamen an; Wahlbündnisse der Grünen bleiben eher auf die Städte begrenzt, die traditionell ein größeres linkes Spektrum haben, das sich bei der Bundestagswahl gegenüber den Grünen durchaus reserviert verhalten hat. Ob solche Wahlbündnisse in Gestalt grün-alternativer Listen zustande gekommen sind, hing in erster Linie von den politischen Auseinandersetzungen ab, die von der Linken und Mitgliedern von Basisinitiativen um die Kommunalwahlen in und mit der Grünen Partei geführt worden sind.

Schließlich ein Wort zur DKP. Die DKP hat in Nordhorn, Oldenburg und Göttingen jeweils ein Ratsmandat zu verlieren. In diesen Städten zeigt die DKP keine Bereitschaft zur Diskussion um Wahlbündnisse mit anderen Kräften, während sie an Orten, an denen sie nichts zu verlieren hat, sich gesprächsbereit zeigt und z.T. an öffentlichen Beratungen über die Listenbildung teilgenommen hat.

An und für sich sollte man annehmen, daß jemand, der Bündnisse mit der alternativen Wahlbewegung eingehen will, dies nicht nur unter dem Gesichtspunkt eigener Vorteile macht, sondern auch die wenigen Pfunde einbringt, mit denen er wuchern kann. Das Prinzip, daß Bündnisse zum gegenseitigen Nutzen sein sollten, scheint die DKP für den Ost-Außenhandel reservieren zu wollen. Hinzu kommt, daß innerhalb der DKP die vom 6. Parteitag beschlossene 'flexiblere Taktik' noch nicht von allen Ortsfunktionären begriffen zu sein scheint, die sich noch in selbstherrlicher Abstinenz üben. Für die DKP verheißen die Wahlen jedenfalls nichts Gutes.

Im folgenden geben wir einen ersten, noch unvollständigen Überblick über die Listen und Wahlbündnisse in Niedersachsen.

GRÜN—ALTERNATIVE LISTEN

Beginnen wir mit der 'Provinz' : In **Verden** hat sich eine ALTERNATIVE LISTE für Demokratie und Umweltschutz gegründet, nachdem die Grünen anfangs eine "Grüne Unterstützer Liste" gründen wollten, womit sie auf keine Gegenliebe gestoßen sind. Gefordert und gegründet wurde eine "offene Liste", in der alle Interessierten unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit (Ausnahme: Faschisten) mitarbeiten können. Ca. 30 Leute arbeiten regelmäßig in verschiedenen Arbeitsgruppen und am Programm. DKP (mit einem Mitglied) und KBW sind ebenfalls vertreten und werden mitkandidieren (keine Partei-, sondern Personenkandidatur der DKP). Mit einem Aufruf gegen eine öffentliche Rekrutenvereidigung trat die AL erstmals vor eine größere Öffentlichkeit, die auch durch die Lokalpresse relativ sachlich über die AL informiert wird.

Eine ALTERNATIVE LISTE kandidiert ebenfalls in **Buxtehude**; an den Versammlungen der AL nehmen 50 bis 80 Leute teil. Das Spektrum reicht von linken Unorganisierten, den Grünen, dem KBW, ehem. KPD/MLern bis hin zur 'Volksfront'. Satzung, Programm und Kandidatenliste sind unter Dach und Fach (s. auch AK 201).

In **Stade** wird mit ziemlicher Sicherheit die ALTERNATIVE LISTE zur Wahl antreten. An einem ersten Treffen nahmen ca. 100 Personen teil. Bemerkenswert ist die starke Vertretung von DKP/SDAJ und ihrem traditionellen Bündnisspektrum, die sich engagiert an der Diskussion um die AL beteiligen. Offensichtlich mit Blick auf die DKP wurde in einer Absichtserklärung zur Gründung der AL festgestellt: " Die AL ist eine Gruppe von Privatpersonen, kein Bündnis verschiedener Organisationen bzw. Parteien." Die Beteiligung der DKP ist stark umstritten; insbesondere der rechte Flügel der AL fordert, daß "Kandidat(inn)en der AL keiner politischen Partei angehören" dürfen, womit in erster Linie auf die DKP gezielt wird. In der Tat wäre eine Beteiligung an der AL ohne Kandidaten und evtl. ein Ratsmandat für die DKP uninteressant. Die prinzipiellen Gegner einer Beteiligung der DKP verweisen dabei klug auf Gesichtspunkte, die einige Berechtigung haben: die DKP wolle nach ihren Wahlniederlagen die AL nur als Steigbügelhalter benutzen; niemand könne eine Gewähr dafür bieten, daß DKPler im Stadtrat die Politik der AL und nicht die ihrer Partei vertreten würden. Schließlich dürfte die Friedenspolitik (Stichwort SS 20) ein Streitpunkt werden. Die DKP hat sich bislang energisch gegen eine Personenkandidatur ausgesprochen; sie will "als Partei dabei sein". Sollte es zu keiner Einigung kommen, wird die DKP eine eigene, möglicherweise erweiterte Liste aufstellen.

Die Bildung der Alternativen Listen in Stade und Buxtehude wurde durch einen Beschluß der Grünen erleichtert. Da es den Grünen in Stade nicht gelungen sei, eine "Partei"-Arbeit zu entwickeln, habe eine AL bessere Chancen, das bestehende Basispotential zusammenzufassen. Den Mitgliedern wird eine Mitarbeit/Kandidatur in der AL freigestellt. Zu den Kreistagswahlen in Stade treten die Grünen mit einer Parteiliste an.

Winsen/Luhe: Einstimmig hat der Kreisverband der Grünen beschlossen, im Stadtgebiet auf der GRÜN-ALTERNATIVEN LISTE zu kandidieren, da sich mittlerweile auch Mitglieder von BIs in die Diskussion eingeschaltet haben. Alle Wahlvorbereitungen laufen öffentlich; wer das Programm unterstützt, kann generell kandidieren. Im Vordergrund des Programms stehen die Bereiche Stadtplanung, Soziales, Jugendarbeit, Ausländer, Frauen und Behinderte. Im Kreisgebiet werden die Grünen als Grüne kandidieren.

In **Hildesheim** wird eine GRÜN-ALTERNATIVE BÜRGERLISTE (GABL) kandidieren. Die Grünen haben sich zeitweise ins Abseits gestellt, da die Gegensätze zu den Alternativen deutlich hervorgetreten waren. Beispielsweise traten die Grünen für die Gründung einer Walldorfschule bzw. für Privatschulen ein, während die GABL eine zweite, dringend benötigte Gesamtschule fordert, was von den mitarbeitenden Grünen inzwischen toleriert wird. Die Grünen arbeiten nun wieder mit, nachdem sich die Mehrheitsverhältnisse im KV positiv verändert haben; sie beabsichtigen, zwei Kandidaten auf aussichtsreichen Plätzen zu nominieren. In Arbeitsgruppen wurde das Programm erarbeitet, das sich mit Kommunalpolitik im weitesten Sinne befaßt. *"Parlamentarische Arbeit ist für die GABL nur sinnvoll in enger Kooperation mit außerparlamentarischen Aktivitäten und Initiativen. Kommunalpolitik muß öffentlich sein. ... Radikaldemokraten ins Rathaus!"* ("HiZ", 4/81). In der GABL arbeiten ca. 30 Leute, die überwiegend auch in BIs aktiv sind; das angesehene Alternativblatt "HiZ" zeigt viel Sympathie für die GABL.

In **Hannover** wurde am 8.2.81 die GRÜNE - ALTERNATIVE BÜRGERLISTE (GABL) auf einer "Konferenz für alternative Kommunalpolitik" gegründet, zu der die Grünen und die "Stadtpost" aufgerufen hatten. Die Grünen haben sich aktiv für die Bildung der GABL eingesetzt, um die Basis für eine kommunale Wahlliste zu verbreitern und Vorbehalte gegenüber ihrer Partei in den Basisbewegungen abzubauen. Von den ca.70 Mitgliedern der GABL gehört etwa die Hälfte der Grünen Partei an. *"Die GABL ist eine Wählergemeinschaft. ... Ihre Mitglieder kommen aus verschiedenen Bürgerinitiativen, aus Stadtteilgruppen, Betriebsgruppen, Frauengruppen sowie politischen Gruppierungen. Die Hannoverschen Grünen sind tragender Bestandteil der GABL."* (Selbstdarstellung)

In Arbeitsgruppen und Vollversammlungen wurde in – z.T. mühsamen und kontroversen – Diskussionen ein Programm erarbeitet, das umfassend zu fast allen Fragen alternativer (Kommunal-)Politik Stellung nimmt. Über die Politik der GABL und die Auseinandersetzungen bei der Kandidatenaufstellung (bei einer vorläufigen Abstimmung erreichte die Linke in der GABL aussichtsreiche Listenplätze) werden wir im nächsten AK berichten.

In **Göttingen** wird die ALTERNATIVE GRÜNE INITIATIVENLISTE (AGIL) in den Stadtrat einziehen, in dem bislang neben der DKP auch eine rechte, grün getarnte Freie Wählergemeinschaft vertreten ist. In der AGIL, die auf Basis der Einzelmitgliedschaft arbeitet, sind über 70 Mitglieder aus Basisinitiativen, der Stadtzeitung, der Bunte-Liste-Initiative sowie den Grünen, KB, Z, KBW, BWK organisiert. Die DKP hatte bereits zu Anfang des Jahres ihre Alleinkandidatur erklärt, die sie materialaufwendig betreibt. Die Grünen erklärten per Mehrheitsbeschluß ihre Bereitschaft zur Mitarbeit, haben sich aber vorbehalten, erst nach Verabschiedung des Programms zu entscheiden, ob dieses dem Grünen Programm widerspricht oder nicht, und ob sie die AGIL weiterhin unterstützen. Dementsprechend arbeiten z.Z. aktiv v.a. die linken Grünen in der AGIL. Seitens der AGIL wird erwartet, daß die Grünen (nachträglich) ihren Segen geben werden, nachdem die Erarbeitung der Satzung und des Programms in 12 Arbeitsgruppen der Mitgliederversammlung vorangekommen ist. In der Satzung sind das Prinzip der Öffentlichkeit aller Gremien und das Imperative Mandat festgelegt; künftige Mandatsträger müssen alle Gelder an die AGIL abführen, Kampfabstimmungen sollen nach Möglichkeit vermieden werden, Arbeitsgruppen können autonom publizieren. Eine Mehrheit lehnte die Autonomie der Frauen in allen sie betreffenden Fragen ab, stattdessen soll in Streitfällen zwischen MV und Frauen-VV keine Stellungnahme der AGIL erfolgen. Im Mittelpunkt des Programms und des Wahlkampfes werden die Probleme stehen (Wohnungsnot, Häuserkampf ...), an denen sich außerparlamentarische Kämpfe entwickelt haben. Zu den Kreistagswahlen werden die Grünen mit einer 'offenen Liste' antreten, für die sie noch (unabhängige) Kandidaten suchen.

In **Celle** und **Goslar** (GAL) werden voraussichtlich ebenfalls (grün-)alternative Listen kandidieren. Auch in kleineren Orten (**Syke, Wagenfeld, Weye** – Kreis Diepholz bei Bremen, **Eyten**) bilden BI-Mitglieder, Grüne und z.T. Ex-SPD'ler (alternative) Wählergemeinschaften, die von der Breite (über die Grüne Partei hinaus) der Wahlbewegung zeugen.

Nachdem in **Emden** ein erster erfolgversprechender Versuch zur Bildung eines alternativen Wahlbündnisses (Veranstaltung im Januar mit ca.60 Teilnehmern aus dem linken Spektrum) wieder versandet war, wurde Anfang Juni ein neuer Anlauf auf Initiative der Autonomen Frauengruppe genommen. Die Mehrheit einer Veranstaltung mit ca.40 Leuten ist optimistisch, doch noch die Kandidatur einer Alternativen Liste mit einem Schwerpunktprogramm leisten zu können. Das geplante AKW und das Dollarthafenprojekt sollten eigentlich Grund genug sein, das Feld nicht den bürgerlichen Parteien und der DKP zu überlassen.

In **Delmenhorst** wurde Mitte Mai ein neuer Versuch gestartet, doch noch ein Wahlbündnis bzw. eine AL zu schaffen. Bereits im Januar hatten die Grünen beschlossen, kein Bündnis mit den Basisinitiativen einzugehen. Neu ist jetzt, daß auch die DKP mitdiskutiert: sie schlägt ein gleichberechtigtes Bündnis von Grünen, DKP und Initiativen vor, die in Delmenhorst die außerparlamentarischen Aktionen dominieren. Auf Initiative ehemaliger SBler wurde ein Aufruf zur Einheit aller Oppositionellen von 45 Unterzeichnern veröffentlicht. Eine von Grünen, ex-SBlern, DKPlern und Mitgliedern der Initiativen getragene Veranstaltung ("Opposition ins Rathaus?!") soll hier mehr Klarheit schaffen. Die Grünen scheinen in erster Linie unabhängige Kandidaten für eine eigene Liste gewinnen zu wollen, da sie nach wie vor ihre Parteikandidatur für den parlamentarischen Arm der Bewegung halten.

("Offene") Grüne Kandidaturen

In **Lüneburg** kandidieren die Grünen unter Einbeziehung unabhängiger Kandidaten und *"unterstützt von Bürgerinitiativen"* (Selbstdarstellung) für den Stadtrat und den Kreistag. Ob die Grünen tatsächlich von Bürger- und Basisinitiativen im Wahlkampf unterstützt werden, ist noch offen. Sicher ist nur, daß es ohne die offensive Politik linker Basisinitiativen nicht zu einer öffentlichen Diskussion über die Wahl gekommen wäre. Es ist nicht zu erwarten, daß diese Initiativen sich mit einer reinen Zutreiberrolle für die Grünen zufrieden geben. So führten heftige Auseinandersetzungen beinahe zum Bruch der auf Programmebene begonnenen Zusammenarbeit; schließlich ließ sich die Mehrheit der Grünen auf das 'Konsensprinzip' in der Zusammenarbeit mit beteiligten Bürgerinitiativlern ein. Zuvor wollten sie trotz der Mitarbeit von BIs Beschlüsse nur im Mitgliederkreis fassen. Ähnliche Auseinandersetzungen könnte es bei der Kandidatenaufstellung geben (s.AK 198 u.199).

Braunschweig: Nachdem ein Versuch von Grünen, Bunte Liste und Stadtzeitung zur Diskussion um eine gemeinsame alternative Liste nach vier Treffen mangels Beteiligung (von 40 auf 6 Teilnehmer) als gescheitert anzusehen war, kandidieren die Grünen nun alleine. Die Grünen haben sich für eine Zusammenarbeit relativ offen gezeigt. Mitgliederrundbriefe wurden breiter bekannt gemacht, offene Arbeitsgruppen wurden eingerichtet. Leider haben die Linken und Bunten diese bestehenden Möglichkeiten zur Zusammenarbeit nicht genutzt. Inzwischen ist das Wahlprogramm mit Beteiligung weniger linker Nichtgrüner verabschiedet. Von den 9 nominierten Kandidat(inn)en, darunter drei Frauen, gehören 8 der Grünen Partei an. Nur ein aus der Gewerkschafts- und Elternarbeit bekannter Linker (ehm. KBW-nahestehend) konnte gewonnen werden. Trotz dieser personellen Schwäche rechnen sich die Grünen gute Chancen aus.

In **Wolfsburg, Wolffenbüttel** und **Salzgitter** werden ebenfalls die Grünen kandidieren, die in Wolffenbüttel auf Avancen der DKP nicht eingegangen sind.

Soltau: Hier kandidieren die Grünen. Aufgrund einer kaum entwickelten Basisbewegung gab es um eine Alleinkandidatur keine weiteren Auseinandersetzungen. Das Programm wurde in öffentlichen Sitzungen zur Diskussion gestellt. Im Mittelpunkt steht der Bereich Wohnen und Verkehr. Außerdem fordern sie ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Die Suche nach Kandidaten scheint hier das Hauptproblem zu sein.

Hameln-Bad Pyrmont: *"Zur Kreistagswahl wird man (Die Grünen) antreten. Ein Zusammengehen mit der im Kreistag bisher vertretenen WGA wird wegen unterschiedlicher Positionen für unmöglich gehalten."* ("Grüne Informationen", 6/81). Näheres ist leider nicht bekannt.

Weitere Kandidaturen (Listen)

In **Wilhelmshaven** kandidieren die Grünen nicht. Sie unterstützen "Die Bürgerschaft", eine *"bürgernahe, überparteiliche Wählergemeinschaft"* (seit 8 Jahren mit 4 Leuten im Stadtrat), durch *"zahlreiche Doppelmitgliedschaften verbunden"* mit den Grünen. Verzicht auch auf eine Kandidatur, weil nach ihrer Einschätzung die Grünen *"gegen das bei unserer Bevölkerung festsitzende Denkklischee grün = rot ankämpfend wenig Chancen"* hätten (zit. nach "Grüne Information", 6/81).

In **Uelzen** wird erstmals die Gruhlsche "Grüne Föderation" unter dem Namen "Wählergemeinschaft Umweltschutz" in Konkurrenz zu den Grünen antreten. Nach einem Boykott der Bundestagswahl schloß sich der damalige reaktionäre Kreisvorstand um Gisela Schöttler dem Gruhl-Austritt im Januar 81 an und forderte mitgliederintern zu Massenaustritten auf. Nach seiner Amtsenthebung durch den grünen Landesvorstand (die nicht anerkannt wurde) traten Schöttler & Co. schließlich aus, um in der Folgezeit der verbliebenen Häfte des KB das Leben schwer zu machen; *"wesensfremde Elemente"* seien bei den Grünen eingedrungen, sie seien *"kommunistisch unterwandert"*, obwohl der Restverband bisher in Niedersachsen kaum aufgefallen ist. Den Wahlkampf nutze auch Baldur Springmann zu einem Auftritt, um u.a. für den §218 zu werben. Die Grünen arbeiten mit örtlichen Frauen-, Abrüstungs- und Anti-AKW-Initiativen zusammen und sehen dort ihren Schwerpunkt. Sie werden auf Kreisebene und in Bienenbüttel auf Gemeindeebene antreten. Für eine Kandidatur auf Stadtebene fehlen noch Kandidaten.

Last not least wird nahezu flächendeckend die UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT **Lüchow-Dannenberg** für die Gemeinde- und Samtgemeinderäte sowie den Kreistag kandidieren. Personell gibt es zwischen der UWG und dem aktiven Widerstand im Landkreis kaum Überschneidungen. Die außerhalb der BI agierenden "Aktivisten" haben mit der UWG ohnehin nichts mehr am Hut. Zentrale Forderungen der UWG sind u.a. mehr Wirtschaftsförderung für den Landkreis und die Errichtung einer Bio-Äthanolanlage. Beides wird auch von den etablierten Parteien gefordert, um den Widerstand zu beschwichtigen. Weiterhin werden Atomanlagen im Landkreis abgelehnt und Sozialberatungsstellen gefordert. Mit Jörg Janning sitzt ein Bürgerdialog-Vertreter im UWG-Vorstand.

Nach Berichten niedersächsischer Genoss(inn)en, KB – Gruppe Göttingen

»Nachrüstungs«-Debatte in den Gewerkschaften:

»Krieg und Frieden« im DGB

Die erstarkende Friedensbewegung greift auch auf die Gewerkschaften über. Immer mehr Gewerkschafter bekennen sich zum „Krefelder Appell" und anderen Friedensinitiativen. Vor allem unter den jungen Gewerkschaftern findet die Ablehnung der NATO-Aufrüstung große Resonanz. Ganze Gewerkschaftsgremien haben sich mittlerweile dem „Krefelder Appell" angeschlossen. Zudem hat die Befürwortung von U-Booten für Chile durch den Kieler HDW-Betriebsrat die Diskussion um Alternativen zur Rüstungsproduktion verstärkt. Bei Blohm & Voss in Hamburg, bei Mannesmann in Duisburg und MaK in Kiel haben Gewerkschafter „Arbeitskreise Abrüstung" gebildet, die sich mit der Umrüstung von Rüstungs- auf zivile Produktion beschäftigen.

Gegenüber dieser Entwicklung wird derzeit von sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern eine Politik zur Eindämmung der Friedensbewegung eingeleitet. Inhaltlich wird auch von dieser Seite ein Bekenntnis zum Frieden geleistet, gleichzeitig aber versucht, die Gewerkschaften auf die Linie Helmut Schmidts zu verpflichten. So wird insbesondere Front gegen alle Forderungen gemacht, die die Kriegstreiber-Politik der USA in den Vordergrund stellen. DGB-Chef Vetter hatte dazu auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß im März formuliert: „Jeder, der nur eine Reduzierung der Rüstungspotentiale auf einer Seite fordert, ist unehrlich und unrealistisch. Wer Pershing sagt, der muß auch SS 20 sagen. Wir fordern die beiderseitige ausgewogene und kontrollierte Abrüstung".

Die Reaktion in den Gewerkschaften gegenüber der aufkommenden Friedensbewegung wird von der Spitze des DGB, von den Gewerkschaften NGG (Nahrung), GTB (Textil) und der IG Bergbau sowie der ÖTV-Spitze angeführt. Die DGB-Spitze hat eine insbesondere gegen den „Krefelder Appell" gerichtete Richtlinie erlassen, die Gewerkschaftsfunktionären die Unterschrift hierunter unter Nennung ihrer Funktion untersagt. Die Gewerkschaft Textil hat ihren Mitgliedern dies direkt verboten, der ÖTV-Vorstand hat den „Krefelder Appell" als unvereinbar mit „den Beschlüssen der ÖTV und des DGB zur Friedens- und Entspannungspolitik" bezeichnet. Die IG Bergbau hat Konsequenzen im DGB aus der Beteiligung Hamburger GEW-Vorstandsmitglieder am „Hamburger Friedensforum" verlangt.

Leicht dürfte die Durchsetzung dieser reaktionären Linie im DGB nicht werden, können doch die Friedensfreunde im DGB sich auf eine Reihe fortschrittlicher Gewerkschaftsbeschlüsse beziehen.

Vetter entdeckt Reagens Friedensbereitschaft

Kürzlich warnte Bundeskanzler Schmidt den DGB nachdrücklich davor, „*sich im Zusammenhang mit dem auf westliche Nachrüstung und auf Abrüstungsverhandlungen mit Moskau zielenden Nato-Nachrüstungsbeschluß einer kommunistischen Propaganda zu öffnen, wie sie in dem ‚Krefelder Appell' und anderen sogenannten Friedensoffensiven zum Ausdruck komme*" (FAZ, 18.5.81). Auf Unterstützung der DGB-Spitze kann er rechnen. Das geht so weit, daß DGB-Chef Vetter Schmidt auf seiner Amerikareise begleitete und anschließend bilanzierte:

„Ich habe an allen Bewegungen des Kanzlers in den USA teilgenommen und aus den Gesprächen mit der neuen Regierung der USA und mit den amerikanischen Gerwerkschaftern den Eindruck gewonnen, daß die USA nach Wiederherstellung des mi-



litärischen Gleichgewichts verhandeln wollen" („Neue", 6.6.).

Bei derartigen Positionen ist der Konflikt mit großen Teilen der Mitgliedschaft, die den ‚Nachrüstungs'beschluß als Beitrag zur Verschärfung der Kriegsgefahr ablehnen, vorprogrammiert. Die DGB-Führung versucht, dem auf zweierlei Weise zu begegnen. Zum einen durch repressive Maßnahmen, wobei sie ihre Autorität als Führung des gewerkschaftlichen Dachverbandes einsetzt, zum anderen durch ‚Friedensinitiativen', die mit ihren politischen Vorstellungen übereinstimmen.

Beschlossen wurde beides auf der DGB-Bundesvorstandssitzung am 5.5.: Zum einen wurde eine Richtlinie verabschiedet, die es den Mitgliedern untersagt, unter Nennung ihrer Gewerkschaftsfunktion Aufrufe zu unterschreiben, die nicht von der DGB-Führung sanktioniert sind, zum anderen wurde beschlossen, General a.D. Baudissin, den Direktor des Friedensforschungsinstituts der Hamburger Uni, zur Juni-Sitzung des DGB-Bundesausschusses einzuladen und ihn dort der Presse vorzuführen. Dies ist inzwischen geschehen, wobei Baudissin erwartungsgemäß verkündete, daß Bonn nicht aus dem ‚Nachrüstungs'beschluß aussteigen dürfe. Dabei sollte man wissen, daß Baudissin es ebenfalls übernommen hatte, zusammen mit Koschnik und anderen SPD'lern, ein Grundsatzpapier für den NATO-Doppelbeschluß zu erarbeiten.

Auf dieser Linie dürften auch die „klaren Positionen" liegen, die Heinz Oskar Vetter für die DGB-Veranstaltung zum Antikriegstag am 1. September in Düsseldorf ankündigte. Zentrale Materialien für die Kundgebungen zum Antikriegstag sind in Arbeit. Pannen wie 1979, als man sich gezwungen sah, eine nicht genehme Broschüre verbieten zu lassen, sollen so wohl ausgeschlossen werden.

Einzelgewerkschaften und ‚Nachrüstungs'–Beschluß

Bemerkenswert ist die Begründung für die DGB-Richtlinie, in der es u.a. heißt: „*Es widerspricht aber demokratischem Selbstverständnis, wenn die durch Mehrheitsbeschlüsse festgelegten gewerkschaftlichen Positionen von einzelnen durch Willenskundgebungen auf fremden Unterschriftenlisten mit Betonung auf ihre Gewerkschaftszugehörigkeit unterlaufen werden*".

Mal abgesehen von dem Maulkorb, der hier jedem einzelnen Gewerkschafter umgehängt wird, ist in der Anwendung dieser Richtlinie auf den Krefelder Appell, das Hamburger Forum oder ähnliche gegen die Nachrüstung zielende Initiativen festzustellen, daß der DGB selbst sich nicht daran hält, Mehrheitsbeschlüsse zu respektieren. Die Gewerkschaftstage der DruPa, der Eisenbahnergewerkschaft, der HBV, der IG Metall und der ÖTV haben sich gegen den ‚Nachrüstungs'beschluß ausgesprochen. Allein diese Gewerkschaften repräsentieren 59,3 % der DGB-Mitgliedschaft. Hinzuzurechnen wären noch Gewerkschaften wie die GEW oder die Gewerkschaft Holz und Kunststoff, deren Gewerkschaftstage zwar keinen derartigen Beschluß gefaßt haben, wo aber nach Lage der Dinge die Ablehnung der ‚Nachrüstung' durchaus mehrheitsfähig ist.

Die Beschlußlage in den DGB–Gewerkschaften

Ein kurzer Überblick über die Beschlußlage und Diskussion in diesen Gewerkschaften soll untermauern, welche Breite die Ablehnung des ‚Nachrüstungs'beschlusses in den DGB-Gewerkschaften bereits erreicht hat:

IG Metall: Gegen den Willen des Vorstands wurde auf dem letzten Gewerkschaftstag im September 1980 eine Verurteilung des NATO-Beschlusses zur Bestückung Westeuropas mit Mit- Verurteilung des NATO-Beschlusses zur Bestückung Westeuropas mit Mittelstrecken-Raketen beschlossen. Weiter heißt es in dem Beschluß: „*Der Gewerkschaftstag verurteilt deshalb die neuesten rüstungstechnologischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, die die Führung eines begrenzten Atomkrieges ermöglichen. Die Sowjetunion wird aufgefordert, die Produktion und die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen, damit die Nato ihren Nachrüstungsbeschluß annullieren kann.*"

Eine scharfe Kritik des ‚Nachrüstungs'beschlusses lieferte die Zeitung ‚metall'. „*Der Begriff ‚Nachrüstung' ist historisch falsch, weil die USA bereits 1955 Mittelstreckenraketen in Europa hatten, die Sowjets erst 1959/60 nachzogen. Frankreich und Großbritannien rüsten mit Hochdruck atomar auf, die Nachrüstung ist also bereits in vollem Gange*" („metall", 8/81).

Außerdem widersprach die ‚metall' der offiziellen Behauptung, daß es sich bei dem ‚Nachrüstungs'beschluß um eurostrategische Waffen handele. Immerhin bedrohen diese Waffen das Gebiet der SU unmittelbar. Als sich die USA 1962 gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf Kuba wandten, bezeichneten sie diese Waffen auch als strategische Waffen.

IG Druck und Papier: Der Gewerkschaftstag im Oktober 1980 forderte die Bundesregierung auf, im Rahmen der NATO darauf hinzuwirken, den ‚Nachrüstungs'beschluß aufzuheben und Maßnahmen für Abrüstungsverhandlungen zu ergreifen. In der Begründung heißt es: „*Es steht außer Zweifel, daß der Brüsseler NATO-Beschluß das strategische Gleichgewicht in Europa verändert.*" Und der Vorsitzende der IG Druck, Leonhard Mahlein, erklärte: „*Auch wenn die Bundesregierung, wie es im Augenblick den Anschein hat, den Krefelder Appell als unbequem empfindet, wird sie sich mit ihm beschäftigen müssen*" („DVZ", 30.4.).

Hamburger DruPa fordert DGB zu Friedensaktivitäten auf

In einer Resolution hat die Delegiertenversammlung der Hamburger IG Druck und Papier am 18.5. Stellung genommen zur neuen Richtlinie des DGB-Bundesvorstandes, nach der Gewerkschafts-Funktionäre bei Unterschriftensammlungen (z.B. Krefelder Appell) nicht mehr auf ihre gewerkschaftliche Funktion hinweisen dürfen. In der Resolution wird der Hauptvorstand der DruPa aufgefordert, sich für die Rücknahme der Richtlinie einzusetzen. In der Begründung der mit 80 gegen 3 Stimmen (eine Enthaltung) angenommenen Entschließung heißt es:



Der DGB wäre wesentliche glaubwürdiger, wenn er in der Verfolgung seines satzungsgemäßen Auftrages auf eigene Initiativen in dieser Richtung verweisen könnte und in diesem Zusammenhang von den Gewerkschaftsmitgliedern verlangt, diese Initiativen mit ihrer Unterschrift zu unterstützen.

Niemand kann dem DGB auch absprechen, daß er mit seinen
Niemand kann dem DGB auch absprechen, daß er mit seinen
annähernd acht Millionen Mitgliedern in der Lage ist, eigenständig zu gesellschaftlichen Problemen Stellung zu nehmen. Er müßte es nur auch tun. Unterläßt er es aber, kann er sich nicht darüber beklagen, daß nun andere Kräfte dies tun und Gewerkschaftsmitglieder, in Ermangelung gewerkschaftlicher Aktivitäten, nunmehr diese Aktionen unterstützen.

Angesichts der fehlenden machtvollen gewerkschaftlichen Aktivitäten, muß die Begründung der Richtlinie zwangsläufig unehrlich wirken. Offensichtlich geht es dem DGB-Bundesvorstand nicht darum, den Bund auf eine einheitliche Handlungsweise festzulegen, sondern vielmehr darum, die Inaktivität der gewerkschaftlichen Gremien auch für jedes Mitglied festzuschreiben.

In der Tat sind der DGB und seine Einzelgewerkschaften auf Grund ihrer Satzung und Grundsatzprogramme verpflichtet sich nachdrücklich für die Verwirklichung einer Reihe von gesellschaftspolitischen Forderungen einzusetzen. So hat der DGB laut Satzung einzutreten "für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung," den "Ausbau und die Sicherung des sozialen und demokratischen Rechtsstaates und seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung."

Im Einklang mit diesen Forderungen hat es in letzter Zeit verschiedene Unterschriftenaktionen gegeben, die zwar nicht von den Gewerkschaften ausgingen, trotzdem aber nachdrücklichen Rückhalt bei den Gewerkschaftsmitgliedern fanden. Zu erwähnen sind hier insbesondere die Anti-Strauß-Kampagne, die Aktionen für ein Verbot der Aussperrung und in jüngster Zeit der "Krefelder" und der "Bielefelder Appell." Es ist bezeichnend für die Haltung des DGB-Bundesvorstandes, daß es gerade diese Aktivitäten sind, die den Anlaß für die neue Richtlinie gaben.

»Krieg und Frieden« im DGB

Gewerkschaft der Eisenbahner: Im Beschluß des letzten Gewerkschaftstages heißt es: ,,*Eine wesentliche Voraussetzung für den sozialen Fortschritt ist ein gesicherter Frieden. Dieser kann auf die Dauer nur durch Abrüstung erzielt werden. Die jüngsten nato-Beschlüsse und die derzeitige Politik der Stärke stehen im krassen Widerspruch dazu*''.

HBV: Der Gewerkschaftstag verurteilte ebenfalls die Entscheidung der NATO, atomare Mittelstreckenraketeten in Westeuropa zu stationieren und stellte fest: ,,*Die Stationierung macht den Weltfrieden unsicherer und bedeutet einen Einstieg in eine neue Runde des Wettrüstens*''. Ausdrücklich wird in dem Beschluß auch gefordert, daß sich HBV und DGB verstärkt in Abrüstungsinitiativen engagieren.

ÖTV: Als Material zu einem Antrag, der sich für eine 10 %ige Kürzung der Rüstungsausgaben in Ost und West einsetzt, wurde auf dem letzten Gewerkschaftstag eine Entschließung angenommen, in der es heißt: ,,*Der Gewerkschaftstag der ÖTV verlangt von der Bundesregierung mit Entschiedenheit den Verzicht auf den Bau und die Stationierung von Mittelstreckenraketen in unserem Land. Noch nie hat die Anhäufung von Waffen den Frieden sicherer gemacht, noch immer gilt das Wort: Raketen sind Magneten. Mit dem geplanten NATO-Beschluß über den Bau und die Stationierung neuer amerikanischer nuklearer Mittelstrekkenraketen in Westeuropa droht eine neue, ungeheure Welle des internationalen Wettrüstens, die in ihren militär-, umwelt-, sozial- und allgemeinpolitischen Auswirkungen überhaupt nicht mehr überschaubar ist, über die Menschheit hereinzubrechen*''. Der Beschluß wurde hier so ausführlich zitiert, weil der Hauptvorstand der ÖTV am 15.5. eine Unvereinbarkeit zwischen den Beschlüssen der ÖTV und dem Krefelder Appell festgestellt hat.

GEW: Die Landesverbände Bayern und Westberlin haben den Krefelder Appell unterschrieben, der Hamburger Landesvorstand hatte zu dem ,Hamburger Forum: Der Atomtod bedroht uns alle', das sich gegen den NATO-Beschluß richtete, aufgerufen. Die Vertreterversammlung der Westberliner GEW hat außerdem den Aufruf der Russell-Peace-Foundation unterzeichnet.

Angesichts dieser Beschlußlage ist es ziemlich verwegen, wenn die DGB-

der Russell-Peace-Foundation unterzeichnet.

Angesichts dieser Beschlußlage ist es ziemlich verwegen, wenn die DGB-Führung mit der Teilnahme Vetters an der Amerikareise von Kanzler Schmidt die Unterstützung der politischen Linie der Bundesregierung dokumentiert, aber andererseits alle Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre auffordert, ,,*bei der Unterschrift unter die zahlreichen in der Bundesrepublik kursierenden Appelle zur Sicherheitspolitik darauf zu achten, daß sie mit den Beschlüssen des DGB übereinstimmen*''(,,FR'', 4.6.).

Abgesehen davon, daß ein Gewerkschaftsmitglied das Recht haben muß, von der Beschlußlage der Gewerkschaft abweichende Meinungen auch öffentlich zu vertreten, ist es völlig uneinsichtig, warum jetzt die Gewerkschafter darauf achten sollen, daß von ihnen unterzeichnete Erklärungen mit den Beschlüssen *des DGB* übereinstimmen. Immerhin ist die DGB-Richtlinie, gegen die sich im DGB-Bundesvorstand IG Metall, IG Druck und Papier, Gewerkschaft Holz und Kunststoff, HBV und GEW ausgesprochen hatten, für alle Einzelgewerkschaften verbindlich. Es ist aber völlig uneinsichtig und eine Entmündigung der Einzelgewerkschaften, daß sich ein Gewerkschafter nicht mehr auf die Beschlüsse seiner Gewerkschaft berufen kann, wenn er etwa den Krefelder Appell u.ä. unterschreibt.

Hinzu kommt, daß selbst im DGB-Bund die Beschlußlage nicht so eindeutig ist, wie es die DGB-Führer gern hätten. Auf dem letzten ordentlichen Bundeskongreß im Jahre 1978 wurde der ,,*sofortige Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West einschließlich der Neutronenbombe*'' gefordert. Diese Formulierung beinhaltet zumindest implizit auch den einseitigen Verzicht auf n e u e Rüstungsprojekte. Das in diesem Jahr verabschiedete DGB-Grundsatzprogramm ist da schwammiger gehalten: ,,*Die Gewerkschaften fordern das Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung, der Weitergabe und der Anwendung atomarer Waffen und anderer Massenvernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien. Ziel der Gewerkschaften bleibt die allgemeine und kontrollierte Abrüstung*''.

Dieses müde Sätzchen ist die *einzige* Legitimation, die die DGB-Führer für ihre Unterstützung des Kurses der Bundesregierung haben. Im Beschluß des ÖTV-Hauptvorstandes vom 15.5. liest sich das so: ,,*Wer lediglich die Reduzierung des Rüstungspotentials für eines der großen militärischen Bündnissysteme fordert, ist mit diesen gewerkschaftlichen Festlegungen nach einer beiderseitigen ausgewogenen und kontrollierten Abrüstung nicht in Übereinstimmung*''. In diesem Sinne hatte die ÖTV-Führung sich gegen den Beschluß ihres Jugendausschusses gewandt, der sich gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa ausgesprochen hatte. Die ÖTV-Führer stellen fest, daß der Beschluß ihres Jugendausschusses ,,*in wesentlichen Positionsbestimmungen nicht den Festlegungen der Gewerkschaft ÖTV zur Friedens- und Entspannungspolitik entspricht, weil er das Prinzip einer beiderseitigen ausgewogenen und kontrollierten Abrüstung in Ost und West nicht hinreichend beachtet*'' (,,ötv-magazin'', 6/81). Nun fordern die Gegner der ,Nachrüstung' ja keineswegs eine unausgewogene Abrüstung, sondern sie wenden sich dagegen, daß der Nato-Beschluß ,,*das strategische Gleichgewicht in Europa verändert*''(Entschließung der DruPa).

Wer bestimmt im DGB?

Verfolgt man die im Mai verabschiedete und im Juni mit der Androhung von ,,Disziplinarmaßnahmen'' verschärfte DGB-Richtlinie zurück zu ihren Ursprüngen, so landet man bei der Gewerkschaft Textil und ihrem Vorsitzenden Keller. Der Hauptvorstand dieser Gewerkschaft wandte sich im April öffentlich gegen eine Erklärung des DGB-Bundesjugendausschusses zur Vorbereitung des Anti-Kriegstages 1981. Der Jugendausschuß hatte in dieser im übrigen recht flauen Erklärung festgestellt: ,,*Für einige amerikanische Politiker gibt es offensichtlich wichtigere Dinge als den Frieden. Für sie steht die weitere Aufrüstung der europäischen NATO-Partner mit atomaren Waffen fest. Damit wird das Verhandlungsangebot im Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 unglaubwürdig*''. Die Gewerkschaft Textil sah hierin ,,*in unsachgemäßer Weise den Eindruck erweckt, daß sich die USA mit ihrer Politik friedensfeindlich verhalten*'' (,,Neue'', 22.4.). Oder kürzer aus dem Mund von Keller: ,,*Das ist kopflastig antiamerikanisch, das machen wir nicht mit*'' (,,Welt'', 19.5.). Gleichzeitig schrieb Keller Funktionäre und Mitglieder der Textilgewerkschaft an, um ihnen die Un-

das machen wir nicht mit'' (,,Welt'', 19.5.). Gleichzeitig schrieb Keller Funktionäre und Mitglieder der Textilgewerkschaft an, um ihnen die Un-

terschrift mit Funktionsbezeichnung bei Unterschriftensammlungen zu v e r b i e t e n. Gegen wen sich das richtete, war von Anfang an klar: ,,*Insbesondere bei diesem Krefelder Kreis versucht die DKP offensichtlich mit vordergründiger Argumentation die Friedensliebe der Arbeitnehmer für die sowjetische Machtpolitik zu mißbrauchen und die Bundesrepublik im westlichen Verteidigungsbündnis zu isolieren*''(,,Welt'', 19.5.). Nicht diese Argumentation, wohl aber der von Keller praktizierte Maulkorb setzte sich dann auf der DGB-Bundesvorstandssitzung im Mai durch.

Die ÖTV setzte vierzehn Tage später nach, als sie einen Beschluß ihres Jugendausschusses gegen die ,Nachrüstung' zurückwies und feststellte: **,,Der Krefelder Appell ... entspricht nicht den Beschlüssen der Gewerkschaft ÖTV und des DGB zur Friedens- und Entspannungspolitik. Die Gewerkschaft ÖTV wird sich weiterhin nicht an Aktionen des ,Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit', des Krefelder Appells oder ähnlichen Initiativen beteiligen. Auch kein Mitglied der Gewerkschaft ÖTV ist legitimiert, sich im Namen der ÖTV an irgendwelchen Aktionen oder Aktivitäten des sogenannten Krefelder Appells oder des ,Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit' oder ähnlichen Initiativen zu beteiligen''.**

Daß es der Gewerkschaftsführung hierbei weniger um den angeblich kommunistisch gesteuerten Krefelder Appell, sondern um die Verhinderung der Kritik am NATO-,Nachrüstungs'-beschluß und damit auch an der Politik der Bundesregierung geht, wurde deutlich, als das ötv,magazin' auch einen Beitrag von Graf von Baudissin abdruckte, in dem er den Brüsseler Doppelbeschluß als ,,*vielversprechendes Modell zukünftiger Rüstungssteuerung*'' feiert. Auf dieser Linie soll wohl auch der Antikriegstag im September organisiert werden. Für den DGB wird dies kein leichter Gang. Schließlich gellen Heinz Oskar Vetter noch die Pfiffe der 16.000 Jugendlichen vom Antikriegstag 1979 in der Dortmunder Westfalenhalle in den Ohren.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Wende in der Gaßmann-Solidarität

Hamburger IGM-Funktionäre lehnen auch HDW-Ausschlüsse ab

Derartiges war dem ,,Tarifexperten'' des IGM-Vorstandes, Janssen, sicher noch nicht vorgekommen: extra aus Frankfurt angereist, um auf der Hamburger IG Metall-Funktionärsversammlung eine Lanze für die angeschlagene ,,Neue Beweglichkeit'' in der Tarifpolitik zu brechen (von bösen Zungen auch ,,das große Zittern'' genannt), mußte er geschlagene zwei Stunden warten, bevor er als verhinderter Star der Veranstaltung seine Rede beginnen konnte.

Zwei Themen waren es, die den versammelten Vertrauensleuten an diesem Abend des 18. Juni weit mehr unter den Nägeln brannte, und der Hamburger IGM-Bevollmächtigte Johannes Müllner war klug genug, diesem Bedürfnis mit einem geänderten Tagesordnungsvorschlag Rechnung zu tragen. So kam es, daß die Metaller jeweils eine Stunde lang sehr engagiert diskutierten über die Solidarität mit dem seit Ende März verhafteten Bildungssekretär Hermann Gaßmann, der vom BKA der Spionage bezichtigt wird, und über die Ausschlußverfahren gegen die 42 Kollegen von der Liste der ,,Aktiven Metaller'', die bei den jüngsten Betriebsratswahlen bei HDW die bis dato herrschende rechte Betriebsratsclique in die Minderheit gedrängt hatten. (Zu beiden Themen hat der AK ausführlich berichtet.)

hatten. (Zu beiden Themen hat der AK ausführlich berichtet.)



Hermann ist wieder in Hamburg!

Die bisherige Solidarität der ,,offiziellen'' IG Metall bestand kurz gesagt darin, daß sie die Anwaltskosten und Hermanns Gehalt zahlte und ansonsten schwieg. Um dieses Schweigen, das – so konnte man in den letzten Wochen immer wieder hören – ein wichtiger Bestandteil der Verteidigungsstrategie war, hatte es bislang ein heftiges Tauziehen zwischen der Ortsverwaltung und einer Reihe von engen Mitarbeitern und Freunden von Hermann gegeben. Eine neue Situation trat ein, als Hermann am 10. Juni von Bonn ins Hamburger Untersuchungsgefängnis verlegt wurde und er kurz darauf seinen bisherigen Anwälten das Vertrauen entzog. Die Anwälte gaben über diesen Vorgang eine nicht mit der IG Metall abgestimmte dpa-Erklärung heraus, die insbesondere von Springers ,,Hamburger Abendblatt'' zu hetzerischen Spekulationen gegen Hermann ausgeschlachtet wurde. Eine sehr schwierige Situation für die bisher schweigende Ortsverwaltung. Ein übriges hatten die Kollegen und Freunde von Hermann getan. In einem Flugblatt hatten sie die Haftsituation dargestellt und Hermanns Verhaftung in Zusammenhang mit dessen Aktivitäten im Rahmen der Friedensbe-

Fortsetzung nächste Seite

Resolution der großen Funktionärsversammlung vom 18.6.1981 an die Ortsverwaltung der IG-Metall Hamburg:

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In Eurer Stellungnahme vom 7.4.1981 und in der Metall vom 23.4.1981 habt Ihr Eure Haltung deutlich gemacht, durch Verzicht auf öffentlich wirksame Aktionen eine schnelle und umfassende Aufklärung der Vorwürfe gegen Hermann zu ermöglichen. Das läßt auf Vertrauen in die Arbeit der Ermittlungsbehörden schließen. Dieses Vertrauen ist unbegründet. Erfahrungen mit ähnlich gelagerten Fällen zeigen, daß Ermittlungen sich über Jahre hinzogen, ohne daß es zu einer Verhandlung kam, bei der die Vorwürfe bewiesen wurden.

Eure Feststellung, das Ziel sei eine gründliche Klärung, "... damit unser Kollege Hermann Gaßmann so schnell wie möglich frei kommt und seine Unschuld sich erweisen kann", geht in die falsche Richtung. Nach rechtsstaatlichen Grundsätzen ist ein Angeklagter unschuldig bis zum Beweis seiner Schuld. Die Erfahrungen mit solchen Fällen zeigen, daß,obwohl die Ermittlungen wegen der schwachen Beweislage sich über Jahre hinziehen können, eine Haftentlassung nach wenigen Wochen möglich ist. Daraus ergibt sich eine andere Zielrichtung:

– Hermann's Freilassung ist vorrangig –

Es darf auf keinen Fall der Eindruck entstehen, daß seine weitere Inhaftierung Voraussetzung für eine schnelle und gründliche Klärung ist.

Wir fordern Euch deshalb auf:

Euch öffentlich für die sofortige Freilassung Hermann's einzusetzen und dem mit folgenden Schritten Nachdruck zu verleihen:

- Einwirken auf die Anwälte, ihre Verteidigungsstrategie auf die sofortige Freilassung Hermann's zu konzentrieren und sofort einen Haftprüfungstermin zu fordern, bei dem die Stellung einer Kaution durch die IG-Metall angeboten wird.
- Laufendes Informieren der Mitglieder über die von der Ortsverwaltung in ihrer Erklärung zugesagten Maßnahmen.

dern, bei dem die Stellung einer Kaution durch die IG-Metall angeboten wird.
- Laufendes Informieren der Mitglieder über die von der Ortsverwaltung in ihrer Erklärung zugesagten Maßnahmen.

- Dafür zu sorgen, daß in den Publikationen der IG-Metall über die vergleichbaren Fälle und das Vorgehen der staatlichen Instanzen berichtet wird.
- Die Stellungnahme von Johannes Müllner an die Hamburger Morgenpost den Mitgliedern bekanntgeben.
- Eine öffentliche Veranstaltung mit den DGB-Gewerkschaften in Hamburg zum Thema Hermann Gaßmann.
- Berichterstattung in der Bundesausgabe über die politischen Hintergründe.

ANTRAG DES VERTRAUENSKÖRPERS IN DER FIRMA ORTMANN & HERBST

Die große Funktionärsversammlung der IG-Metall Hamburg am 18.6.81 möge folgende Resolution beschließen:

"An den Untersuchungsausschuß zu Händen des Kollegen Nack
An die Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle Hamburg
An die Bezirksleitung des Bezirks Hamburg
An den Vorstand der IG Metall

Gegen 42 Kolleginnen und Kollegen der HDW Hamburg ist ein Untersuchungsverfahren zur Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten eingeleitet worden. Ihnen drohen damit Maßnahmen, die bis zum Verbot der Ausübung gewerkschaftlicher Funktionen und zum Ausschluß aus unserer Organisation reichen können.

Die formale Begründung dafür ist ihre Kandidatur auf einer eigenen Liste als "Aktive Metaller" zu den letzten Betriebsratswahlen, die einen Verstoß gegen die Richtlinien des Vorstands darstellen würden.

Politischer Hintergrund ist ein seit mehreren Jahren existierender Konflikt unter den IG Metallern dieses Betriebes wegen unterschiedlicher Vorstellungen von gewerkschaftlicher Politik und betrieblicher Interessenvertretung.

Unabhängig vom jeweiligen Standpunkt ist es Tatsache,

- daß es sich bei diesem Sammeluntersuchungsverfahren um das größte in der jüngeren Geschichte der IG Metall handelt und es damit als Politikum schon weit über Hamburg bekannt geworden ist.
- daß es sich bei diesen Kolleginnen und Kollegen nicht um eine unbedeutende Randerscheinung handelt, sondern um Funktionäre, die seit langen Jahren und engagiert die Gewerkschaftsarbeit bei HDW stark mitgetragen haben.
- daß bei den Betriebsratswahlen die Mehrheit der Belegschaft und insbesondere der IG-Metall-Mitglieder diesen Kolleginnen und Kollegen ihr Vertrauen ausgesprochen haben und damit eine Kritik der bisherigen Politik ausgedrückt haben,
- daß diese Kolleginnen und Kollegen trotz Untersuchungsverfahren den übrigen IG-Metallern im Betriebsrat die volle Zusammenarbeit angeboten haben.

Wir sind deshalb der Meinung,

daß durch ein Funktionsverbot oder durch den Ausschluß der Kollegen/innen

- die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung um die unterschiedlichen Vorstellungen abgewürgt wird, indem man eine Seite mundtot macht, daß der Graben noch größer wird und die gemeinsame Grundlage für gewerkschaftliches Handeln schlechter wird.
- die gewerkschaftliche Arbeit und Interessenvertretung bei HDW schwer Schaden erleiden und ein konstruktiver Neuanfang unmöglich gemacht wird.
- das Ansehen der IG Metall als demokratische Interessenorganisation, in der Mitgliederwille und Mitgliederkritik ernst genommen und vor allem mit Argumenten reagiert wird, nach außen und innen schwer Schaden nehmen wird.

DESHALB FORDERN WIR EUCH AUF, KEIN FUNKTIONSVERBOT ODER GEWERKSCHAFTSAUSSCHLUSS GEGEN DIE BETROFFENEN KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN AUSZUSPRECHEN! "

Vom Vetrauenskörper Ortmann & Herbst am 20.5.81 beschlossen.

Energiepolitische Tagung:

Neue Offensive im DGB für AKWs?

„Die Gewerkschaften wollen es nicht länger dulden, daß die Gegner der Atomkraftwerke ‚ihre Auffassung der Mehrheit mit Gewalt gegen Personen und Sachen aufzwingen.' Solche ‚Machenschaften' müsse der demokratische Staat mit aller Entschiedenheit offensiv bekämpfen" („Frankfurter Rundschau", 6.6.).

Diese Äußerungen des stellvertretenden ÖTV-Vorsitzenden Karl-Heinz Hoffmann (CDU) fanden den Beifall auf einer vom DGB-Vorstand initiierten Veranstaltung für AKWs, die am 5. Juni in Essen stattfand. Zu den Beifallspendern auf dieser von der ÖTV-Führung organisierten Fachtagung „Volkswirtschaftliche Bedeutung der leistungsbezogenen Energiewirtschaft und Mitbestimmung" gehörten 500 Aufsichtsräte, Betriebsräte und Vertrauensleute, die eigens hierzu aus der ganzen BRD herangekarrt wurden. Vorstandsvorsitzende, Betriebsratsvorsitzende sowie Gewerkschaftsführer erhielten hier Gelegenheit, sich unterschiedslos gegenseitig zu beteuern, daß eine weitere Verzögerung beim AKW-Bau volkswirtschaftlich nicht länger zu vertreten sei. Hierfür dürfe nicht länger ein Hinderungsgrund sein, daß ca. ein Drittel der Bevölkerung — so die Schätzung des DGB — der Atomkraft „kritisch bis ablehnend" gegenüberstehen. Deshalb müsse endlich *„sichergestellt werden, daß die zur Mitwirkung gedachten Beteiligungsverfahren nicht durch politische Minderheiten mißbraucht werden"* (zitiert nach „Neue", 13.6.). Hoffmann lobte dabei Bundeskanzler Schmidt, daß er *„zum Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf Flagge zeigte"*. Ganz und gar unzufrieden zeigte er sich mit Klose: es könne *„nicht hingenommen werden"*, daß der Hamburger Senat nach dessen Rücktritt seinen Kurs fortsetze. Die Entscheidung, aus Brokdorf auszusteigen, müsse korrigiert werden. Die „unklare" Haltung Innenminister Baums wurde ebenso kritisiert wie der Vorschlag der Kernenergie-Enquete-Kommission, die Entscheidung über die Nutzung der Atomkraft auf die 90er Jahre zu vertagen. Schließlich habe man *„noch etwas Zeit"*, da die Endlagerung *„noch nicht die entscheidende Bedeutung"* habe (s.o.).

Ausdrücklich herausgenommen aus Hoffmanns Kritik wurde der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD), dessen offenes Eintreten für AKWs bekanntlich mit erheblichen Stimmenverlusten seiner Partei an die Grünen bei den letzten Landtagswahlen quittiert wurde.

Rückendeckung von offizieller DGB-Seite für seine Ausführungen bekam Hermann von Alois Pfeiffer (CDU und Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB). Auch er wandte sich warnend dagegen, daß eine *„Minderheit"* in dieser Demokratie *„eine gute Energiepolitik gefährden"* könne („Hamburger Abendblatt", 6.6.). Nun ist das Eintreten gewerkschaftsoffizieller Kreise für AKWs gewiß nichts Neues mehr (erinnert sei u.a. die Propagandashow der DGB-Führung in der Dortmunder Westfalenhalle, und jüngst das Votum des IGM-Bevollmächtigten Hamburgs für Brokdorf).

Umstritten ist in den oberen DGB-Etagen lediglich, mit welchem Tempo dies geschehen soll und in welchem Maße hierbei Rücksicht auf die breiten Gegenströmungen in der Bevölkerung (und auch innerhalb der DGB-Mitgliedschaft) genommen werden muß. Der DGB ist in dieser Frage relativ flexibel. Während in den entscheidenden Bereichen (Energieversorgungsunternehmen) eine klare Pro-Haltung eingenommen wird, gibt es hier und dort in Einzelgewerkschaften auch „mahnende" Töne, ohne daß von dieser Seite jemals ein ernstzunehmender Widerstand gegen das Atomprogramm ausging.

Es deutet sich jetzt an, daß die hemmungslosen Befürworter innerhalb des DGB — mit offiziellen Geleitschein der DGB-Spitze — einen Zahn zulegen wollen.

Dafür spricht auch die letzte Ausgabe der IG Chemie Funktionärszeitung „Umschau", in der in einem zweiseitigen Artikel der Rückstand der westdeutschen AKW-Produktion im Vergleich zu anderen Ländern bedauert und die Atomenergie als die Möglichkeit gepriesen wird, „Abhängigkeiten" vom Öl abzubauen. Kronzeuge dieser Ausgabe ist der EG-Kommissar für Energie, Etienne Davignon, dessen Rede vor der Industrie- und Handelskammer (!) zu Düsseldorf ihren Abdruck findet.

Ausdehnung der Mitbestimmung

„Wer in der Energiepolitik und gerade beim Einsatz der Kernenergie konsequent sein will, muß alle Betroffenen, also gerade auch die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften während des Planungsgeschehens beteiligen und mitbestimmen lassen" (Hoffmann, nach „Neue", s.o.). In diesem Sinne — und das war das eigentliche Thema der energiepolitischen Tagung — tritt die ÖTV-Führung auf überbetrieblicher Ebene für die Errichtung von Energiebeiräten ein. Dies soll nicht nur branchenbezogen, regional sondern auch überregional erfolgen. Ein Teilziel dabei sei die Ausdehnung des Mitbestimmungsgesetzes dieser Branche auch auf Unternehmen unter 2.000 Beschäftigten.

Bei den Energieversorgungsunternehmen, die unter das 1976er Mitbestimmungsgesetz fallen, will die ÖTV-Führung darauf dringen, daß der Aufsichtsratsvorsitzende auf seine Doppelstimme verzichtet und daß nur von Arbeitnehmerseite vorgeschlagene Arbeitsdirektoren gewählt werden. Offensichtlich gibt es auch von Seiten der Kapitalisten dieser Branche Sympathie für eine weitergehende Einbindung von Arbeitnehmervertretern in Entscheidungsprozesse, *„wenn ein weitgehender Konsens über die energiewirtschaftlichen Fragen besteht"* (so Jürgen Stech, Vorstandsvorsitzender der Technischen Werke der Stadt Stuttgart auf derselben Tagung). Da dieser „weitgehende Konsens" — nicht zuletzt durch die OTV-Spitze garantiert — in dieser Branche zumindest derzeit besteht, würden die Kapitalisten bei kleineren Experimenten bei der „Ausdehnung" der Mitbestimmung kaum ein Risiko eingehen. Dieses hätte den unschätzbaren Vorteil, daß die Energiekapitalisten noch ungehemmter „im Namen der Arbeiterschaft" den Ausbau der Atomenergie propagieren könnten.

Es wird in nächster Zeit zu beobachten sein, inwieweit die DGB-Führung ihren Flankenschutz für die Autarkiebestrebungen des BRD-Imperialismus in der Energieversorgung, also für einen p r a k t i s c h e n Teil der Kriegsvorbereitung, verschärfen wird.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Fortsetzung von vorheriger Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

wegung gesetzt; für den 23. Juni ist ein weiteres Treffen des Unterzeichnerkreises einer Zeitungsanzeige in Vorbereitung. Diese Kollegen hatten auch dem Saal, in dem die Funktionärsversammlung stattfand, eine besondere Note gegeben, indem sie zwei große Fotos von Hermann aufgehängt hatten, die deutlich sichtbar an die nun zwölfwöchige Einzelhaft erinnerten. Eine Resolution an die Ortsverwaltung, die auf dem Treffen der Anzeigenunterzeichner im Mai verabschiedet worden war, lag nunmehr allen Funktionären vor (siehe Faksimile). Nach der eindringlich geführten Diskussion wurde die Resolution dann auch bei lediglich zwei Enthaltungen einstimmig angenommen, was bei vielen Kollegen große Freude und Erleichterung auslöste. Damit scheint der entscheidende Schritt zu einem öffentlichen Eintreten der IG Metall für den Kollegen Hermann Gaßmann getan zu sein.

Neue Hoffnung für Verbleib der „Aktiven Metaller"?

In dieser Situation hatten die IGM-Rechten, die den Gewerkschaftsausschluß der unbotmäßigen HDW-Funktionäre fordern, einen schweren Stand. Merklich nervös, sammelten sie durch ungeschickte und unsachliche Beiträge weitere Minuspunkte. Der Vertrauenskörper der Firma Ortmann & Herbst hatte eine Resolution zur Abstimmung gestellt, die gegen ein etwaiges Funktionsverbot oder einen Ausschluß gerichtet war (siehe Faksimile). Einer der O & H-Kollegen wies auf den Widerspruch hin, daß die HDW-Rechten hier sprechen konnten, während die „Aktiven Metaller" wegen des Ruhens ihrer Mitgliedsrechte keine Gelegenheit zur Stellungnahme hätten. Als es schließlich zur Abstimmung kam, konnte auch die vom Bevollmächtigten Müllner vorgetragene Ablehnungsempfehlung das Blatt nicht mehr wenden: die Resolution wurde mit deutlicher Mehrheit verabschiedet.

Ein schöner Erfolg der IGM-„Basisarbeiter"

Die Freude und Genugtuung der Mehrheit der Kollegen konnte auch Vorstands-Janssen nicht mehr trüben. Als er im Schlußwort seine Tarif-Weisheiten darin auf den Punkt brachte, daß man die Unternehmer am besten durch Streikverzicht schlägt, regten sich nur wenige müde Hände zum Beifall. Janssen war der große Verlierer des Abends. Angereist und angekündigt als Hauptkämpfer, mußte er sich mit einem Platz im Rahmenprogramm begnügen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

IG-Chemie-Vorstand zieht die Daumenschrauben an: Neue Richtlinien in der Bildungsarbeit

Die Säuberungswelle in der IG Chemie nach dem spektakulären Gewerkschaftstag im letzten Jahr findet ihre Fortsetzung in neuen Richtlinien zur Schulungs- und Bildungsarbeit, die vom Hauptvorstandsmitglied und rechten „Kanalarbeiter" der SPD-Bundestagsfraktion, Hermann Rappe, am 25. Mai 1981 vorgelegt wurden. Diese Richtlinien sollen noch im Sommer vom Beirat der IG Chemie verabschiedet werden und Gültigkeit bekommen. Die Stoßrichtung der neuen Ausrichtung hat der Hauptvorstand der IG Chemie auf einer Beiratssitzung am 19. Januar 1981 angegeben: der Schlag gegen die sogenannte „Weserachse", die Zusammenarbeit der IG Chemie-Verwaltungsstellen Bremen, Nienburg und Hannoversch-Münden. Diese haben eine enge Kooperation in der Bildungs- und Schulungsarbeit entwickelt. Sie waren seit Beginn der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen 1979 das Rückgrat der innergewerkschaftlichen Opposition und immer schon Zielscheibe der Repression des Vorstands: im Frühjahr 1979 wurde der Hannoversch-Mündener Verwaltungsstellenleiter Patschkowski entlassen, mußte aber nach heftigen Protesten wieder eingestellt werden. Im Rahmen dieser Auseinandersetzung scheiterte der Versuch einer Personal-Säuberung in Nienburg. Im September 1980 — auf dem ersten Teil des Gewerkschaftstags — wurden die Linken um Plumeyer und Patschkowski trotz über ein Drittel Stimmen aus den hauptamtlichen Führungspositionen entfernt. Im Januar 1981 drohte Hermann Rappe mit der Auflösung der Verwaltungsstelle Nienburg, falls deren Leiter Schepoks nicht zurücktritt. Im April hat Schepoks aufgegeben. Im März starb Ferdinand Patschkowski. Der Versuch des Hauptvorstands, bereits am 24. April auf der Sitzung der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden einen ihm genehmen neuen Leiter einzusetzen, scheiterte am nahezu einmütigen Widerstand der Hann.-Mündener IG Chemieler.

Mit den jetzt vorgelegten neuen Richtlinien soll administrativ das durchgesetzt werden, was dem Hauptvorstand bislang über verschiedene Maßnahmen nicht gelang: die aufmüpfigen und auf ihre eigene, unabhängige Arbeit bedachten Verwaltungsstellen sollen damit an der Fortführung ihrer fortschrittlichen Arbeit gehindert werden.

„Lückenlose Information des Hauptvorstandes"

Die „Weserachse" hatte in eigener Regie Themen, Durchführung und die Auswahl von Referenten und Teamern ihrer Bildungsarbeit geplant. Der Hauptvorstand erhielt hiervon regelmäßig Berichte. Sie verhielt sich dabei im Rahmen der Satzung, die die *„Einberufung und Durchführung der ... Schulungsveranstaltungen für Mitglieder, Vertrauensleute, Betriebsräte und weitere Funktionäre"* als eine der Aufgaben der Verwaltungsstellen definiert (§ 37.2).

In der von Hermann Rappe vorgelegten *„Beschlußvorlage zur gewerkschaftlichen Schulungs- und Bildungsarbeit"* vom 25.5.81 werden jetzt der Hauptvorstand und die Bezirksvorstände hierfür für verantwortlich erklärt, während die einzelnen Verwaltungsstellen praktisch entmachtet werden sollen.

Eingangs heißt es: *„Die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Schulungs- und Bildungsarbeit muß vor dem Hintergrund von schwierigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in den nächsten Jahren erheblich gesteigert werden. Dabei ist es notwendig, daß ein Höchstmaß an Geschlossenheit und Koordinierung erreicht wird"* (diese und weitere Hervorhebungen von uns, Anm. d. Verf.). Festgestellt wird dann, *„daß einzelne Verwaltungsstellen sich über Jahre hinweg mit immer geringer werdenen Teilnehmerzahlen an den bezirklichen Schulungs- und Bildungsmaßnahmen beteiligen"* (Anm.: auf diese hat der Hauptvorstand einen erhblich größeren Einfluß). *„Ein Teil unserer Verwaltungsstellen hat sich aus der Arbeit mit den Schwerpunktthemen völlig herausgelöst. Damit wurde das vom Hauptvorstand beschlossene Bildungskonzept unterlaufen. Darüber hinaus kooperieren einzelne Verwaltungsstellen am Bezirk vorbei, indem gemeinsame Veranstaltungen organisiert werden, Schulungs- und Bildungsmaßnahmen mit gleichen Konzepten und mit identischen Referenten durchgeführt werden"*.

Letztere sind Rappe ein besonderer Dorn im Auge, denn ihr *„ihr Einsatz hängt neben der entsprechenden Qualifikation auch vom politischen Vertrauen der Organisation ab"*. Er schlägt als Konsequenz folgende fünf Schwerpunkte vor:

1. *„daß bei allen Schulungs- und Bildungsmaßnahmen der Verwaltungsstelle die vom Hauptvorstand beschlossenen Rahmenplanungen für die inhaltliche Abwicklung dieser Maßnahmen auf Verwaltungsstellenebene anzuwenden sind"* und sich dabei insbesondere an die von ihm beschlossenen „Schwerpunktthemen" zu halten ist.
2. Muß zukünftig die Bezirksverwaltung um Zustimmung gefragt werden, wenn die Schulung in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen durchgeführt wird. Der Bezirk muß sich vor einer Entscheidung mit der zuständigen Abteilung im Hauptvorstand abstimmen, in diesem Fall mit Hermann Rappe.
3. Richtet sich eindeutig gegen die Form der Kooperation der „Weserachse": *„Die Verantwortung eines Vorstands einer Verwaltungsstelle bezieht sich ausschließlich auf die eigene Schulungs- und Bildungsarbeit. Jede Kooperation, die mehrere Verwaltungsstellen tangiert, fällt in die Zuständigkeit des Bezirks und bedarf von daher dessen Zustimmung"*.
4. Die Verwaltungsstellen dürfen zukünftig nur dann noch Teamer und Referenten auswählen, wenn es sich um eine Bildungsmaßnahme handelt, die nur in ihren eigenen, eingeengten Aufgabenbereich fällt. Über alle anderen entscheiden Bezirk oder Hauptvorstand. Damit nichts schiefläuft, heißt es ausdrücklich: *„Zur Gewährleistung einer entsprechenden Kontinuität auch im personellen Einsatz von Mitarbeitern in der gewerkschaftlichen Schulungs- und Bildungsarbeit ist eine lückenlose Information der Bezirke und des Hauptvorstands notwendig"*.
5. Betont noch einmal ausdrücklich, daß die Verwaltungsstellen nahezu keine Eigenaktivitäten in der Bildungsarbeit entwickeln dürfen, da es sich hierbei *„überwiegend um eine Koordinierung zwischen den Bezirken und dem Hauptvorstand handelt"*. Entsprechend werden Maßnahmen zur stärkeren Zentralisierung dieser Arbeit vor allem durch die Bezirke empfohlen.

Verwaltungsstelle Hann. Münden protestiert

Einstimmig hat der Hann. Mündener Verwaltungsstellen-Vorstand gegen Rappes Beschlußvorlage protestiert. Er wirft ihm Satzungsverstöße vor und stellt fest: *„Verwundert sind wir darüber, daß der Hauptvorstand seine Absichten nich dem letzten Gewerkschaftstag vorgelegt hat, sondern wenige Wochen danach die Diskussion begonnen hat."* Die Forderung nach Rückziehung der Beschlußvorlage wird mit der Aussage begründet, daß diese *„in einem Kernbereich gewerkschaftlicher Arbeit die innergewerkschaftliche Demokratie auf den Kopf stellen"* würde. *„Nicht mehr die Verwaltungsstellen-Vorstände sollen die Bildungsarbeit festlegen, sondern Bezirks- und Hauptvorstand. Wir halten dies für den absolut falschen Weg"* (Beschluß vom 12.6.81).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Auch die DKP, bislang von den

Betriebsrätewahlen

Erfolge für die Opposition — doch der DGB nach wie vor unangefochten

Über zwei Monate lang sind in den Betrieben der Bundesrepublik die neuen Betriebsräte für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt worden. Die Wahlen sind abgeschlossen und haben insgesamt gesehen keine Überraschung gebracht: Die Gewerkschaften des DGB haben nach allen vorliegenden Meldungen ihre Position halten oder, wie im Handelsbereich, sogar ausbauen können. Also nichts Neues im Staate? Diejenigen, die , wie große Teile der Kapitalistenklasse und wie die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften als eine soziale Hauptstütze für die Aufrechterhaltung der herrschenden Systems und des Funktionierens der repräsentativen, bürgerlichen Demokratie betrachten, können also genauso zufrieden sein wie diejenigen auf der Linken (DKP und andere), die in der heutigen Form der Einheitsgewerkschaft und ihres tatsächlich vorhandenen Monopols bereits das Nonplusultra, das Unübertreffliche sehen!? — Nun, daß 95,7 % der Betriebsräte im Bereich Bergbau und Energie der dortigen DGB-Gewerkschaft angehören, sollte erneut Anlaß geben, hierüber nachzudenken, gehört doch diese Gewerkschaft dem rechtssozialdemokratischen/reaktionären Rand des DGB an.

Der Blick in die Berichterstattung der DGB-Presse zu den Betriebsrätewahlen ist wenig hilfreich, sich ein differenziertes Bild der Veränderungen in den Belegschaftsvertretungen zu verschaffen. Die DGB-Presse weiß nur Erfolge zu vermelden, Differenzen und Auseinandersetzungen werden verschwiegen oder unter dem Stichwort „Splittergruppen" eingeebnet.

Wir sind bei einer Bewertung daher auf die Berichterstattung der linken Presse und eigene Erfahrungen angewiesen. Wichtiger als die DGB-Globalaussagen (IGM: 4.920 von 5.338 Betriebsräten in 424 Großbetrieben gehören der IGM an), die alle Feinheiten verwischen, sind die Tendenzen, die sich in solchen Zahlen nicht widerspiegeln; sind die Entwicklung der linken oppositionellen Ansätze und die gelaufenen Auseinandersetzungen, die zu den Ergebnissen geführt haben.

Um Vergleiche ziehen zu können, haben wir eine Auswertung der 1978er Wahlen in AK 130 herangezogen. Damals hatten wir die Ergebnisse von oppositionellen Listen in 40 Betrieben zusammengetragen. Von diesen 40 Betrieben tauchen in unserer diesjährigen Statistik 17 nicht wieder auf. Das hat unterschiedliche Gründe. Zum einen gibt es Listen, deren Kandidaten aus persönlichen oder politischen Gründen nicht wieder kandidieren. Zum anderen erkämpften sich oppositionelle Betriebsräte Plätze auf den offiziellen Gewerkschaftslisten. Schließlich spielen hier Kündigungen der Kapitalisten eine Rolle.

Unsere Übersicht 1981 umfaßt 41 Betriebe, in denen es zu oppositionellen Listen oder zu fortschrittlichen Blockbildungen bei Persönlichkeitswahlen gekommen ist. Von diesen 41 Betrieben hat es nach unseren Informationen in elf Betrieben dieses Jahr zum ersten Mal eine oppositionelle Liste gegeben. Wenn man/frau diese elf „Neugründungen" genauer untersucht, ergibt sich folgendes Bild: drei linkssozialdemokratische Listen in der Chemieindustrie, vier von der „RGO" bzw. „RGO"-Bündnislisten und vier Listen, in denen verschiedene linke Strömungen vertreten sind.

1978 kam es in 15 Betrieben erstmals zu Erfolgen der „RGO", die kurz darauf von der „KPD/ML" (heute „KPD") offiziell gegründet wurde. Die spektakulären Erfolge der „RGO" wiederholten sich bei dieser Wahl.

Die Ergebnisse lassen unseres Erachtens folgende Schlüsse zu:

— Die oppositionellen Listen, die zum Teil seit 1972 kandidieren, haben ihre Positionen halten können.

— Das Auftreten oppositioneller Listen bzw. von Opposition zu bisher vorherrschenden „Fürstentümern" rechter Betriebsräte hat positive Auseinandersetzungen bewirkt, die zum einen zu einer fortschrittlichen Ablösung der bisherigen Pfründe-Verwalter geführt hat, zumeist darüber, daß vermehrt 1981 in diesen Betrieben die Persönlichkeitswahl durchgesetzt werden konnte. Bei diesem Verfahren hatten vielfach alteingesessene Betriebsräte keine Chance. — Zum anderen hat das Auftreten linker Opposition positiv die Differenzierungsprozesse innerhalb der sozialdemokratischen Blöcke gefördert, was in diesem Jahr stärker als 1978 oppositionelle Listen hervorbrachte, die von fortschrittlicheren Sozialdemokraten gebildet wurden. Allerdings sollte Legendenbildungen vorgebeugt werden: Hierin bereits einen Bruch mit der sozialdemokratischen Hegemonie im DGB zu interpretieren, verbietet die nach wie vor geringe Anzahl solcher Fälle, zumal solche Fälle nicht neu sind, sondern bereits 1978 zu verzeichnen waren (Bayer Leverkusen, Ford Köln, Opel Rüsselsheim).

— Die Wiederholung bzw. Bestätigung von Erfolgen der „RGO", die als offenste und „radikalste Alternative" angetreten ist, zeigen, daß gewerkschaftsoppositionelle Konzepte nicht gestorben sind. Noch im Februar hatte beispielsweise die GIM zur „RGO" geschrieben: „Die sektiererische Position dieser Kollegen, eine Arbeit an den Gewerkschaften vorbei zu entwickeln, wird erneut in die Sackgasse führen" („was tun", 26.2.81).

Neben der Fehleinschätzung der GIM bleibt als Tatsache bestehen, daß das „RGO"-Konzept ein erstzunehmendes zur Veränderung der Zustände in den Betrieben ist. Allein der Hinweis darauf, daß es sich nicht auf Massenebene durchsetzt, widerlegt es nicht, da dies bislang auch keiner anderen Form der Arbeit in den Gewerkschaften gelungen ist. Die starre ablehnende Haltung gegenüber der Politik der „RGO" verkennt, daß diese Strömung ihre Erfolge nicht als „Eintagsfliege" errungen hat, sondern auf der Basis ganz konkreter, an betriebsnahen Problemen orientierter Politik. Umgekehrt läßt sich nachweisen, daß die Kollegen bei „RGO"-nahen Listen nicht „revolutionär" gewählt haben, sondern konsequente Gewerkschaftspolitik und die besseren Interessensvertreter. Auch die „RGO"-Politik und ihre Wandlungen bedürfen differenzierterer Stellungnahmen und ernsthafter Einbeziehung in die Diskussion um linke Gewerkschaftspolitik.

— Schließlich haben auch diese Wahlen wieder gezeigt, daß innerhalb von Teilen des DGB-Apparats zwar heute flexibler auf die linke Opposition reagiert wird, daß aber nach wie vor die Ablehnung und Ausgrenzung linker Politik dominiert, wie die vielen neuen Gewerkschaftsausschlußverfahren zeigen. Demgegenüber werden rechte Strömungen nicht etwa im Sinne einer Einheitsfrontpolitik von „Christen, Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten", sondern nach Absprache auf Partei-Spitzenebene mit CDU/CDA in den DGB eingebunden. Die hierbei vorherrschende Praxis entspricht dem „Einheitsgewerkschafts"-Verständnis des neuen DGB-Grundsatzprogramms, das die christliche und sozialdemokratische Strömung parallel zu ihrer staatstragenden Rolle zu den die Gewerkschaft tragenden Säulen erklärt.

Hat die IGM aus der letzten Betriebsratswahl „gelernt"?

Seit der letzten Betriebsratswahl gibt es zahlreiche Beispiele dafür, daß die IG Metall (in deren Bereich besonders viele oppositionelle Listen auftraten) sich teilweise recht flexibel auf oppositionelle Strömungen eingestellt hat.

Mit diesem Taktikwechsel begann die IGM-Führung schon nach der letzten BR-Wahl, als sie in Westberlin das positive Abschneiden von oppositionellen Listen in zwölf Betrieben durch den „linken" Professor Bodo Zeuner untersuchen ließ. Zeuner versuchte die IGM-Führung davon zu überzeugen, daß in der veränderten wirtschaftlichen Situation real vorhandene *„innergewerkschaftliche Schwachstellen"* oppositionelle Listen begünstigen und die Probleme nicht einfach mit der Bekämpfung und Unterdrückung der „K-Gruppen" zu lösen seien (siehe dazu AK 196).

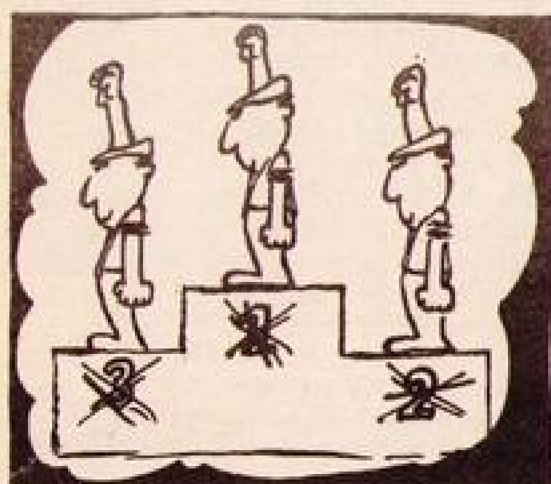
In der Februarausgabe 1981 des IGM-Funktionärsorgans „Gewerkschafter" kommen Betriebsräte aus Westberliner Betrieben zu Wort, in denen oppositionelle Listen erfolgreich abschnitten. Diese Betriebsräte schildern nun, wie sie über eine Intensivierung der gewerkschaftlichen Betreuungsarbeit versucht haben, ihre Ausgangsposition gegenüber den oppositionellen Listen zu verbessern.

In einem Papier, welches der IGM-Vorstand als „Arbeitshilfe" für die Vertrauenskörper anläßlich der BR-Wahl herausgegeben hat, heißt es, daß es bei der letzten BR-Wahl *„in einigen nicht unwesentlichen Betrieben zu ernsten Schwierigkeiten gekommen ist, die zu einer Schwächung der gewerkschaftlichen Interessensvertretung geführt haben"*. Selbstkritisch werden dann als Gründe dafür benannt:

„— Uneinigkeit über das Nominierungsverfahren,
— Unterrepräsentation von Angestellten, Frauen, Ausländern,
— unterschiedliche politische Auffassung,
— übersteigerte Selbsteinschätzung".

Beispiel Opel Bochum

Auch bei Opel Bochum trat die IG Metall mit so einer „Selbstkritik" auf. Bei der Wahl 1978 bekam die IGM nur noch 46 % der Stimmen, da rechte (CDU - Christlich demokratische Arbeitnehmer) und linke (GOG-Gruppe oppositioneller Gewerkschafter) Listen der IGM erheblich Stimmen abnahmen. Angesichts dieses Abwärtstrends (seit 1968) heißt es in der „Arbeitsgrundlage BR-Wahl '81: *„Aus Fehlern der Vergangenheit lernen, bedeutet:*
— die Einbeziehung aller politischen Gruppen in die IG Metall ...
— die Glaubwürdigkeit durch eine offene Diskussion aller Fragen und nicht mit taktischen Manövern wiederherstellen".



Daß diese Worte offenbar jedoch nicht sehr ernst gemeint sind, zeigen die Methoden, wie bei Opel Bochum die IGM-Liste zusammengezimmert wurde. Zuerst wurde der Vorschlag der GOG zur Persönlichkeitswahl als „taktische Finesse" abgetan. Dann wurden vom Vorbereitungsausschuß für die IGM-Liste *„den als relevant angesehen Gruppen vorab feste Listenplätze zugeordnet. Die CDAler bekamen die Plätze 3, 7, 12, 17, 21, die DKP Platz 9, die Frauen Platz 11 und 21, die Ausländer 10 und 20, der Rest ging an die SPD"* („taz", 5.5. 1981).

„Auf der Vertrauensleute-Vollkonferenz am 8. März wurde von über 40 % der Vertrauensleute — vorwiegend aus Werk 2 — das Placierungssystem abgelehnt. Nur soziale und nationale Minderheiten der Belegschaft — Frauen und Ausländer — sollten auf eine Liste gesetzt werden ..." („Revier", 5/81). Auf der nächsten Vertrauensleute-Vollkonferenz wurden die *„Vertrauensleute aus Werk 1 ... zielstrebig eingesetzt, um die gewünschte Zusammensetzung der Liste zu erreichen. Unerwünscht waren offenkundig Kandidaten aus Werk 2. ... Als linke Sozialdemokraten waren sie der vereinigten Rechten ein Dorn im Auge"* (ebenda). Das führte schließlich dazu, daß die Kollegen von Werk 2 eine eigene Liste aufstellten, die bei den Arbeitern immerhin 7 % der Stimmen bekam. Zusätzlich kandidierten noch die GOG (19 %), eine Liste islamischer Türken (4 %) und der CMV (1 Sitz).

An diesem Beispiel wird deutlich: Mit der Integrationspolitik hat es noch nicht so ganz geklappt. Daß die IGM bei Opel Bochum sich trotzdem auf 61 % verbessern konnte, liegt wohl im wesentlichen an der erfolgreichen „Integration" der CDAler, die dieses Jahr auf eine eigene Liste verzichteten.

Erfolgreicher Kampf um Persönlichkeitswahl

Im Vergleich zur Wahl 1978 ist es in zahlreichen Betrieben gelungen, Persönlichkeitswahlen durchzusetzen. Dies geht im wesentlichen auf die Initiative von fortschrittlichen und linken Gewerkschaftern zurück. Zum anderen war dies eine Folge der anfangs beschriebenen neuen Taktik der IGM, die versuchte, die drohende Gefahr oppositioneller Listen durch Hinhalten oder Teilangebote zu reduzieren. Generell ging die IGM-Führung allerdings davon aus, daß die Listenwahl für ihre Interessen am nützlichsten ist (Heinz Hawreliuk im „Gewerkschafter" 1/81: Das *„Angebot der Personenwahl gehört lediglich zur Taktik der Wahlauseinandersetzung gegen die IG Metall bei der Betriebsratswahl"*).

Bei HDW-Hamburg kam es allerdings zu der Situation, daß die Ortsverwaltung die starke Fraktion „Aktive Metaller" nicht versuchte zu integrieren, sondern sie knallhart bekämpfte (Ausschlußverfahren gegen 37 Vertrauensleute) und sich damit prompt einen haushohen Sieg der „Aktiven Metaller" einhandelte.

Persönlichkeitswahlen als Folge der von Linken betriebenen Auseinandersetzung gab es im Organisationsbereich der IG Metall u. a. bei: Klöckner Bremen, Reynolds Hamburg, Daimler Bremen, Daimler Mannheim (Arbeiter), Karmann Osnabrück (Arbeiter), Vulkan Bremen, VDO Frankfurt (Arbeiter), SEL Stuttgart, Braun AG Frankfurt (Arbeiter), KHD Köln, AEG Esslingen, Schöller Frankfurt, Graetz Bochum, Krupp Bochum, Flor Otis Westberlin, Solex Westberlin, Bosch Westberlin, Mannesmann Duisburg.

Bei der IG Chemie: Texaco Hamburg, HAW Hamburg, Dunlop Hanau, Feldmiller Hagen, Ciba Geigy Grenzach.

Bei der Druck und Papier: Broschek Hamburg, Springer Ahrensburg (Arbeiter), Gruner & Jahr Elmshorn (Arbeiter).

Rechte Sozialdemokraten, CDA und CMV kungeln und hetzen

Die Reaktionäre wie der Christliche Metallarbeiterverband des CGB (Christlicher Gewerkschaftsbund) oder die CDU-Leute im DGB (CDA), haben schon zu Beginn der BR-Wahl deutlich ihre Taktik benannt. Während Norbert Blüm von den Sozialausschüssen für seine CDU-Kollegen gute Plazierungen auf den Listen der Gewerkschaften forderte, hetzte der ultrareaktionäre CMV gegen die Persönlichkeitswahlen als einen Trick der Kommunisten: *„Damit wollen sie* (der DGB) *aber lediglich die Einreichung mehrerer Vorschlagslisten verhindern, um über die 'Persönlichkeitswahl' glasklare Monopol-Listen in die Hand zu bekommen ... Gewollt oder ungewollt wird damit der kommunistischen Infiltration der zukünftigen Betriebsräte Vorschub geleistet, denn gerade die Kommunisten bedienen sich des Instruments der ‚Persönlichkeitswahl' bei den Betriebsratswahlen gern"* (nach „Deutsche Gewerkschaftszeitung", Sondernummer BR-Wahl). Als Rezept gegen diese „kommunistischen Infiltrationsversuche" empfiehlt der CMV folgerichtig: *„In allen Betrieben, vor allem in größeren Unternehmen, in denen solche Tendenzen erkennbar werden, kann der Irreführung der Wahlberechtigten nur durch die Einreichung konkurrierender Vorschlagslisten entgegengewirkt werden"*. Der Artikel in der DGZ steht unter der fetten Schlagzeile: *„Deswegen würde sich ganz besonders Genosse Lenin über die ‚Persönlichkeitswahlen' freuen".*

Entsprechend diesen Äußerungen bestand die Taktik des CMV auch bei dieser Wahl darin, die demokratischen Persönlichkeitswahlen zu verhindern, um damit möglichst viele von ihren eigenen rechten Kandidaten in die BRs zu bekommen. Sicherlich dürfte sich auch so mancher rechte Sozialdemokrat insgeheim über den CMV gefreut haben, der durch seine Kandidatur die Persönlichkeitswahl verhindert und damit die Sessel der alteingesessenen Sozialdemokraten gesichert hat.

Geheimabsprachen bei KWU Westberlin

Es gibt jedoch inzwischen sogar Beispiele für eine offene Zusammenarbeit von CMV und rechten IG Metallern. So geschehen bei KWU in Westberlin. Dort hatte sich die eindeutige Mehrheit des Vertrauensleutekörpers für Persönlichkeitswahlen ausgesprochen, was offensichtlich etlichen

Betriebsrätewahlen

IGM-Betriebsräten überhaupt nicht paßte (Angst vor Abwahl). Nach Aussagen eines Kollegen (eidesstattliche Erklärung) hat es zwischen IGM-Betriebsräten und den Rechten im Betrieb Geheimabsprachen gegeben, um die Linken auszutricksen. Zwei Minuten vor Ablauf der Frist wurde noch eine CMV-Liste und eine weitere Liste eines rechten IGM-Betriebsrates eingereicht. Allerdings hatten die Linken in weiser Voraussicht vorgebaut, so daß sie im letzten Augenblick ihre Absicherungsliste einbringen konnten.

Ein weiteres Beispiel ist das Verhalten des CMV auf der HDW. Dort verzichtete er im Arbeiterbereich auf eine Kandidatur, offensichtlich, um die rechte Clique um den IGM-Betriebsrat Peters zu stützen.

Nicht viel anders verhalten sich die Reaktionäre in den DGB-Gewerkschaften. Schon 1978 hatten die CDAler bei Opel Rüsselsheim und Opel Bochum eigene Listen aufgestellt, weil ihnen die IGM-Liste „zu links" war oder weil sie sich zu schlecht plaziert meinten. Damals konnten sie bei Opel Rüsselsheim (gemeinsame Wahl) 9,5 % und bei Opel Bochum (im Arbeiterbereich) 16,6 % der Stimmen für sich gewinnen. Während man die CDAler bei Opel zu den diesjährigen Wahlen seitens der IGM zufriedenstellen konnte (einige Unzufriedene gingen zur DAG oder zum CMV), hat es in anderen Betrieben dieses Jahr ähnliche Entwicklungen gegeben wie 1978 bei Opel.

So verteilten acht reaktionäre IGMler bei der Frankfurter Firma Teves ein antikommunistisches Hetzblatt, welches sich gegen die elf mit ihnen auf der IGM-Liste kandidierenden Kollegen richtete. Nach der BR-Wahl wählten sie zusammen mit den DAG-Leuten im BR einen DAG-Kandidaten als Vorsitzenden, um einen der DKP nahestehenden Kollegen abzublocken („Neue", 16.5.). Die Frankfurter IGM-Ortsverwaltung weigerte sich übrigens, gegen die acht Reaktionäre vorzugehen.

Reaktionäre bei Beiersdorf führen Hermann Rappe ins Feld

Im Chemiebetrieb Beiersdorf (Hamburg) kandidierte zum ersten Mal eine neue rechte Liste unter dem Namen „Chemie Beiersdorf". Diese Liste setzte sich aus einem bunten Spektrum von CDU-„Unabhängigen", Abteilungsleitern und rechten IG Chemie'lern unter der Führung des ehemaligen BR-Vorsitzenden Max Ganschow zusammen. Sie erreichten auf Anhieb sieben Sitze und konnten den Anteil der Rechten im BR damit vergrößern. Diese Liste führte einen stramm antikommunistischen Wahlkampf, der so ganz nach dem Geschmack vom IG Chemie-Vorsitzenden Hauenschild gewesen sein muß. Als Hauptgefahr wurden die Linken und die DKPler in der Gewerkschaft dargestellt. In ihren Flugblättern zitieren sie dazu wohlwollend den stellvertretenden IG Chemie-Vorsitzenden Herman Rappe: „ ... *die Kommunisten haben weder in den deutschen Gewerkschaften noch anderswo das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten respektiert. In Deutschland rollten Panzer nach 1945 nur einmal gegen streikende Arbeiter, und das war am 17. Juni 1953 in der DDR*". Das sind ungefähr die gleichen Töne, wie wir sie auch aus der „Deutschen Gewerkschafts-Zeitung" des CMV kennen.

Auch bei der Hamburger Firma Lumoprint setzten die rechten IG Metaller alles daran, um die Wahl aktiver Kolleg(inn)en zu verhindern. Schon früher hatten sie sich dadurch ausgezeichnet, daß sie den Aufbau und die Arbeit eines IGM-Vertrauensleutekörpers boykottiert hatten. Zur Betriebsratswahl machten sie Stimmung gegen die von aktiven Vertrauensleuten geforderte Persönlichkeitswahl. Ohne den Vertrauensleutekörper zu informieren, fingen sie an, für eine eigene Liste Unterschriften zu sammeln. Als auf einer VK-Sitzung im Beisein eines IGM-Sekretärs dann die Probe aufs Exempel gemacht wurde, wer denn nun zumindest für eine IGM-Liste sei, stimmten sieben der noch anwesenden dreizehn Vertrauensleute gegen diesen Kompromißvorschlag. Die rechten IG Metaller bildeten dann zusammen mit DAGlern und Unorganisierten zwei rechte Listen. Die aktiven Vertrauensleute stellten gezwungenermaßen auch eine Liste auf, die sie „Frischer Wind" nannten. Die IG Metall sah sich nun genötigt, gegen die IGM-Rechten ein Ausschlußverfahren einzuleiten und die Liste „Frischer Wind" mit einem Flugblatt in ihrem Wahlkampf indirekt zu unterstützen.

Trotz starker antikommunistischer Hetze der Rechten im Betrieb gelang es der Liste „Frischer Wind", zwei Kolleginnen in den Betriebsrat zu bekommen.

Bezeichnend für die Gewerkschaftsführer ist, daß es weder bei Opel, Teves noch Beiersdorf bisher zu e r n s t h a f t e n Maßnahmen gegen diese ausgemachten Gewerkschaftsfeinde gekommen ist, etwa vergleichbar mit den Maßnahmen, die gegen die Linken getroffen werden. Zwar sind bei Opel nach der '78er Wahl Feststellungsverfahren gegen die CDAler eingeleitet worden, allerdings wurde nie etwas über Ausschlüsse etc. bekannt. Vor diesem Hintergrund sollten auch die Ankündigungen in Hamburg, Rechte auszuschließen, mit der nötigen Skepsis betrachtet werden.

Frauenlisten besonders erfolgreich!

Dort, wo sich Frauen zu Listen zusammenschlossen bzw. sich bei Persönlichkeitswahlen behaupten mußten, schnitten sie nach den uns vorliegenden Informationen hervorragend ab. Am Besten ist wohl das Ergebnis der Frauen bei der DRK-Schwesternschaft in Essen. Dort bildete sich eine „Freie Liste" mit acht Kandidatinnen, nachdem die ÖTV-Führung gegen die Betriebsratsvorsitzende Margret Preuß ein Ausschlußverfahren wegen „Volksfront"-Mitgliedschaft eingeleitet hatte. Die „Freie Liste" errang in Konkurenz zur ÖTV-Liste 64% der Stimmen.

Bei **Siemens Witten** konnte die „Belegschaftsliste", auf der sechs Akkordarbeiterinnen und ein Arbeiter kandidierten, in Konkurrenz zu vier anderen Listen 50% der Stimmen erreichen. Spitzenkandidatin war eine RGO-Betriebsrätin.

In der **Zigarettenfabrik Andre, Werk Königslutter** (bei Helmstedt), hatten vier türkische Arbeiterinnen eine Liste „Frauen in den Betriebsrat" gebildet. Zwei von ihnen wurden (mit ca. 30% der Stimmen) gewählt. Noch vor der Wahl hatte Fatma Ay ihre Kündigung erhalten, die vom BR-Vorsitzenden unterstützt wurde. Gleichzeitig ließ er Fatma von der Liste der NGG streichen, worauf diese zusammen mit drei anderen Frauen ihre Frauenliste gründete.

Bei **Beiersdorf in Hamburg** wurden erneut drei Frauen der Liste „Alternative Gewerkschafter" in den Betriebsrat gewählt.

Nachdem bei der Containerfirma **Contrans in Hamburg** einige Kollegen aus dem Betriebsrat ausgeschieden waren, nahmen Frauen das Heft in die Hand. In vorgezogener Neuwahl wurden mit überwältigender Mehrheit drei Kolleginnen an die Spitze des Betriebsrates gewählt.

Ebenso erfolgreich waren die **Frauen bei der Bosbach GmbH in Remscheid-Lüttringhausen.** Dort wurden Anfang April fünf IG Metall-Frauen und kein Mann in den Betriebsrat gewählt („Metall" 6.5.).

Mit welchen Methoden aktive Gewerkschafterinnen von den Kapitalisten, aber auch von ihren männlichen Kollegen behandelt werden, dafür stehen nachfolgende Beispiele. So wurden bei **Daimler in Mannheim** bei den Persönlichkeitswahlen drei Frauen in den BR gewählt. Eine weitere ist Ersatzbetriebsrätin. „*Diese und eine der gewählten Frauen haben die Wahl nicht angenommen, weil sie von Kollegen unter Druck gesetzt wurden*" („Plakat", 29.4.81).

Bei der **Kosmetikfirma Ellen Betrix** verschickte die Geschäftsleitung kurz vor der Wahl einen Brief an alle Belegschaftsmitglieder. In diesem Brief wird „*die Betriebsratsvorsitzende Ursula Schwippert beschuldigt, auf der letzten Betriebsversammlung die Geschäftsleitung 'in diffamierender Weise kritisiert und in einzelnen Punkten unter Tatsachenentstellung angegriffen' zu haben. In kaum verhüllter Weise wird gedroht: Wenn ihr die wählt, dann wackeln eure Arbeitsplätze...*" („UZ" 5.5.)

Bei der **Essener Metro** versuchte die Geschäftsleitung die Wahl eines mehrheitlich gewerkschaftsorientierten Betriebsrates mit Schikanen, Einschüchterungs- und Bestechungsversuchen zu verhindern. Es wurden sogar zwei Betriebsrätinnen fristlos entlassen (die inzwischen allerdings wieder eingestellt und in den Betriebsrat gewählt wurden).

Daß die Kollegen und vor allem Kolleginnen die Arbeit der aktiven Gewerkschafterinnen meist voll unterstützen, zeigt auch das Beispiel der Broschek-Druckerei in Hamburg, wo die wegen eines Artikels über Sexismus im Betrieb (in der Zeitschrift „Konkret") vorübergehend gekündigte Betriebsrätin F. die zweitmeisten Stimmen erhielt.

●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●

Jetzt auch im DGB-Apparat: Zwei Listen bei der Betriebsratswahl

Ende Mai wählten die 120 Angestellten des DGB-Nordmark ihren Betriebsrat. Diese Wahl war insofern ein Knüller, weil das erste Mal seit Jahren während der Betriebsratswahl ein richtiger Wahlkampf stattfand. Die Tatsache, daß zu dieser Wahl zwei Listen antraten (auf beiden kandidierten Gewerkschaftsmitglieder) ist ein weiterer aktueller Hinweis auf die politische Polarisierung im DGB-Apparat.

Bevor wir über den Ablauf der Betriebsratswahlen beim DGB-Nordmark berichten, wollen wir, zum besseren Verständnis, etwas zum Aufbau des „Landesbezirks Nordmark" sagen.

Von den 120 DGB-Angestellten im Landesbezirk Nordmark sind alleine 40 in Hamburg beschäftigt. Der Rest ist auf 17 Geschäftsstellen in Nordniedersachsen und Schleswig-Holstein verteilt.

Die DGB-Angestellten setzen sich aus Putzfrauen, Verwaltungsangestellt(inn)en, Kreisvorsitzenden u.a. zusammen. Organisiert sind die DGB-Angestellten in den unterschiedlichsten Gewerkschaften. Lohnpolitisch stehen sie nicht etwa an der Spitze der DGB-Gewerkschaften, sondern

stehen sie nicht etwa an der Spitze der DGB-Gewerkschaften, sondern

stehen im Vergleich mit den Einzelgewerkschaften erst an achter Stelle.

Da der Gesamtbetriebsrat beim DGB in den Tarifverhandlungen mit dem DGB-Bundesvorstand die Interessen der DGB-Angestellten vertreten soll, ist die Stellung der DGB-Betriebsräte nicht ganz vergleichbar mit den Betriebsräten anderer Branchen.

Zur Betriebsratswahl 1981 hatte sich der Wahlausschuß beim DGB-Nordmark zwei Ziele gesetzt. Zum einen wollte man/frau durch eine Erweiterung der Wählerliste von den bisher fünf auf sieben zu wählende Betriebsräte kommen, zum anderen sollten mehr Kolleg(inn)en aus den „unteren" Bereichen im Betriebsrat vertreten sein.

Bisher gehörten dem Betriebsrat zwei Kreisvorsitzende, zwei Verwaltungsangestellte und ein Vertreter aus dem technischen Bereich an.

Die Erweiterung der Wählerliste hatte u.a. zur Folge, daß auch ein Leitender Angestellter, der Geschäftsführende Landesbezirksvorsitzende, mit auf die Wählerliste kam. Das ist insofern nicht ganz unproblematisch, weil dieser „Kollege" bisher auch Gesprächspartner des Betriebsrates in Personalfragen war. D.h. der Geschäftsführende Landesbezirksvorsitzende hat für den DGB-Bundesvorstand entsprechende Vorarbeit geleistet, was z.B. Einstellungen und Kündigungen angeht. Spätestens seit der Entlassung der 'ran-Redaktion dürfte aber klar sein, daß auch beim DGB, was die Personalpolitik angeht, oft mit den Methoden der Kapitalisten vorgegangen wird.

Die Aufnahme des Geschäftsführenden Landesbezirksvorsitzenden in die Wählerliste (aktives und passives Wahlrecht) führte nun mit zu der

die Wählerliste (aktives und passives Wahlrecht) führte nun mit zu der

scharfen Polarisierung während der Betriebsratswahl.

„Solidarität" siegt gegen „2. Liste"

Fünf Minuten vor Listenschluß wurde nun beim Wahlvorstand eine zweite Liste eingereicht. Auf ihr kandidierten ausschließlich Kreisvorsitzende, also Leute mit Vorgesetztenfunktionen (einer davon ist sogar leitender Angestellter).

Auf der zuerst eingereichten Liste, die sich „Solidarität" nannte, kandidierten überwiegend Frauen (Verwaltungsangestellte und Abteilungsleiter). Diese Liste entsprach somit von ihrer Zusammensetzung wesentlich mehr der Belegschaft, zumal der Großteil der DGB-Angestellten Frauen sind.

Der Wahlkampf brachte dann einige Überraschungen. Die selbstgefertigten Plakate der „Solidarität"-Liste wurden von unbekannter Hand ständig von den Wänden des DGB-Hauses entfernt. Erst als die Kolleg(inn)en eine Rechtsmittelbelehrung („*Mit der Zahlung von 1000,-DM kann bestraft werden, wer.....*") neben ihre Plakate hängten, hatte der Spuk ein Ende.

Das heimliche Abreißen der Plakate tat der Stimmung bei der Liste „Solidarität" jedoch keinen Abbruch. Ganz im Gegenteil: mit sehr breiter Beteiligung wurden immer wieder neue Plakate angefertigt („*Wählt die Liste der Kollegen...*").

So ging die Liste „Solidarität" dann auch mit fünf gewählten Betriebsräten siegreich aus der Wahl hervor. Die „2.Liste" bekam zwei Betriebsräte durch. Damit konnte das Ziel der Kolleg(inn)en, mehr Leute aus den „unteren" Bereichen des DGB-Apparates in den Betriebsrat zu bekommen, nur teil-

chen des DGB-Apparates in den Betriebsrat zu bekommen, nur teil-

weise verwirklicht werden.

Nach der Konstituierung des Betriebsrates ist nun bei den Kolleg(inn)en der Liste „Solidarität" die Überlegung aufgekommen, zurückzutreten, da sich die Interessenkollision (zwischen den Verwaltungsangestellten auf der einen Seite und den Kreisvorsitzenden auf der anderen) im Betriebsrat sehr hinderlich auf eine konsequente Interessensvertreterarbeit auswirkt.

Komission Betrieb & Gewerkschaft

Beachtliche Erfolge für die „RGO"

Wie bereits 1978 konnte die „RGO" auch bei den diesjährigen BR-Wahlen wieder beachtliche Erfolge verbuchen. Bestätigt wurde hierdurch, daß die 1978 auf Anhieb erreichten überraschenden Stimmengewinne, damals kandidierten überwiegend ein bis drei „RGO"-Kandidaten auf eigenen Listen, keine Eintagsfliegen waren, sondern Ausdruck von Abneigung und Unzufriedenheit in vielen Betrieben mit der traditionellen sozialdemokratischen Betriebsratstätigkeit.

Im Vergleich zur Wahl 1978 fällt allerdings auf, daß sich die Wahlerfolge der „RGO" merklich verschoben haben. Verschiedene 1978 errungene einzelne Betriebsratssitze konnten nicht gehalten werden. Entweder dadurch, daß wie bei BASF Ludwigshafen oder Schmalbach-Lubeca, eine „RGO"-Liste nicht wieder angetreten ist, oder die Liste wie bei Opel Rüsselsheim und HHLA in Hamburg bei der Wahl durchfiel.

Diesen Verlusten steht gegenüber, daß die „RGO" in einigen Betrieben ihre Position stabilisieren bzw. sogar ausbauen konnte.

Den absoluten Supererfolg erreichte dabei die „RGO"-Liste bei Siemens-Bosch Hausgeräte in Westberlin. Hier kam die „RGO" auf 51,5 % und überflügelte damit sogar die offizielle IG-Metall-Liste, die es nur auf 48,4 % brachte.

Mit ausgezeichneten Ergebnissen schnitten die „RGO"-Listen bei Hoesch in Dortmund und bei HDW in Kiel ab.

Bei Hoesch in Dortmund erreichten die beiden „RGO"-Betriebsräte 31,7 Prozent, womit sieben BR-Sitze hätten besetzt werden können. Die beiden konnten dabei fast an ihren Überraschungserfolg von vor drei Jahren (34%) anknüpfen, der danach durch eine von der Betriebsratsmehrheit erzwungenen Neuwahlen auf 15,6 % geschmälert werden konnte.

Vor dem Hintergrund der bei Hoesch bestehenden Stillegungs- und Entlassungspläne bedeuten die Stimmengewinne der „RGO" abnehmendes Vertrauen in das von der Betriebsratsmehrheit und IG Metall-Führung betriebene sozialpartnerschaftliche Krisenmanagement.

Knapp ein Drittel der Belegschaft hat damit für kämpferische Gegenwehr und uneingeschränkte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit – wofür die „RGO"-Betriebsräte vorübergehend sogar entlassen wurden – gestimmt.

Bei HDW in Kiel steigerte die „RGO" ihren Stimmenanteil auf 29,4 %, wodurch fünf statt bisher drei BR-Sitze erreicht wurden.

Bemerkenswert an diesem Ergebnis ist, daß die „RGO"-Liste die Forderung der IGM-Betriebsräte nach verstärkten Rüstungsaufträgen (U-Boote für Chile) unter dem Vorwand, die Arbeitsplätze sichern zu wollen, konsequent abgelehnt hat.

Desweiteren hat sich die „RGO" bei der BR-Wahl 1981 erfolgreich um den Aufbau etlicher Bündnislisten bemüht.

Was die Ausschöpfung von Bündnismöglichkeiten angeht, hat die „RGO" durchaus Lernfähigkeit bewiesen. Während sie 1978 fast ausnahmslos Alleinkandidaturen startete, wurde auf dem II. „RGO"-Kongreß ein Taktikwechsel angekündigt, wonach die Zusammenarbeit mit anderen oppositionellen Gruppen in den Gewerkschaften verstärkt werden sollte.

Am erfolgreichsten wurden die vermehrten Bündnisanstrengungen bei Siemens in Witten praktisiert. Hier erreichte die „Belegschaftsliste" im Arbeiterbereich 50 % der Stimmen und neun Sitze, wovon allerdings aufgrund fehlender Kandidaten leider nur sieben besetzt werden können. Mit nur 25,8 % und vier Sitzen mußte die offizielle IGM-Liste eine schwere Schlappe einstecken.

Von der „RGO" unterstützte oder mitgetragene Oppositionslisten gab es u.a. bei Gillette in Westberlin, bei der KWU, BMW, AEG, Telefunken (alle Westberlin) und bei Freudenberg in Weinheim. Diese Listen konnten zwischen 20 und 30 % der Stimmen gewinnen, womit in den jeweiligen Betriebsräten eine gewichtige Opposition vorhanden ist. Auf der anderen Seite zeigt das Abschneiden dieser Listen wie übrigens auch

●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●

das anderer Oppositionslisten, daß das Wählerpotential hierfür beschränkt ist; es liegt bei durchschnittlich 30 Prozent.

Zusätzlich ergibt sich für die „RGO" das Problem, daß dort, wo linke sozialdemokratische oder alternative Listen antreten, eine Konkurrenzsituation entsteht, welche sich nachteilig auf das Abschneiden der „RGO" auswirkt. Hierfür sprechen die Wahlausgänge bei HHLA in Hamburg, Klöckner Bremen, Ford Köln und Opel Rüsselsheim.

Besonders krass ist dieses Problem auch bei HDW in Hamburg aufgetreten, wo die Existenz von drei „RGO"-Betriebsräten seit 1978 den Differenzierungsprozeß innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschafter vorangetrieben hat. Nicht zuletzt die Existenz der linksradikalen „RGO" war ein Antrieb für die IGM-Opposition, forciert die Frage nach einer flexibleren, näher an den Kollegen orientierten Betriebsratsarbeit aufzuwerfen – wozu in diesem Fall weder die alten Machthaber im BR noch die IGM bereit waren. Mit der Bildung einer zweiten, linkssozialdemokratischen Liste sanken allerdings die Chancen der „RGO" erheblich ab (und nicht etwa, weil sie schlechte Arbeit geleistet hatte) und sie konnte nur mit Mühe ein Mandat retten.

Aus diesem Dilemma und nach wie vor vorhandener Fehler in der „RGO"-Politik, solche Kandidaturen mehr oder weniger als Übel abzutun, wie es von Teilen der organisierten Linken gemacht wird, ist jedoch völlig fehl am Platze.

Von der GIM kommt beispielsweise der Vorwurf, daß „ein Teil der RGO Spalterpolitik betrieb", weil angeblich kein Kampf um Persönlichkeitswahl geführt wurde, sondern eieigene Listen angesteuert wurden.

Zum einen ist die Kritik sachlich falsch, es hat durchaus ernstzunehmende Bemühungen um Persönlichkeitswahl gegeben, die von rechten Betriebsräten sehr entschieden und prinzipiell abgelehnt wurden.

Zum anderen verkennen solche Vorwürfe die Auswirkung, die praktische Erfahrungen der Belegschaften mit einer basisdemokratischen Betriebsratsarbeit haben können.

Ausgezeichnete Ergebnisse für fortschrittliche Listen und Kandidaten

Unzufriedenheit mit der bisherigen BR-Arbeit und eine undemokratische Listenaufstellung führten bei HDW in Hamburg zur Spaltung innerhalb der IG-Metall-Kandidaten. Dabei gelang der oppositionellen kandidierenden Gruppe mit der Übernahme der Betriebsratsmehrheit ein sensationeller Erfolg.

Im Wahlkampf hatte die IGM-Opposition hauptsächlich konkrete Sauereien aus der Betriebsratstätigkeit enthüllt. Aufgrund einer langjährigen gemeinsamen Praxis konnte die Gruppe hierbei aus dem Vollen schöpfen.

Zusätzliche Bedeutung erhält die konkurrierende Kandidatur dadurch, daß dies eine Neuheit für die Hamburger IG Metall ist, und dann gleich in einer traditionellen Hochburg der offiziellen Gewerkschaftspolitik.

Eine ähnliche Entwicklung allerdings nicht mit vergleichbarem Erfolg hat es bei der IG Chemie in den Werken Hoechst Frankfurt und Kalle Wiesbaden gegeben. In Wiesbaden hatte die VK-Leitung die Zulassung mehrerer IG-Chemie-Listen gefordert, was von der Verwaltungsstelle abgelehnt wurde. Darauf hin trat die Mehrheit der VK-Leitung zurück und bereitete eine oppositionelle Liste vor.

In beiden Werken schafften die fortschrittlichen Listen beachtliche Anfangserfolge und werden im Betriebsrat als nennenswerte Opposition vertreten sein.

Einen erdrutschartigen Wahlerfolg konnte beim Bremer Vulkan die „Echolot"-Gruppe feiern, die im Arbeiterbereich bei Persönlichkeitswahl 14 von 21 Sitzen erreichte, was gleichzeitig die absolute Mehrheit der Sitze und eine vernichtende Schlappe für die bisherige BR-Mehrheit bedeutete.

Der Wahlerfolg dieser Gruppe basiert auf einer langfristigen und kontinuierlichen Enthüllungsarbeit betrieblicher Mißstände. Den Machenschaften der rechten BR-Mehrheit wurden konkrete Alternativen entgegengestellt.

Trotz ungünstiger Listenplätze hat die Gruppe ihr Wahlziel, die Mehrheitsverhältnisse zu ändern, überzeugend geschafft.

Die geschilderten Wahlausgänge sind, soweit uns bekannt, die herausragendsten Beispiele für Machtkämpfe und Spaltungsprozesse innerhalb der offiziellen Gewerkschaftslisten.

Eine Entwicklung, die auch schon 1978 zu beobachten war, und die sich behaupten konnte, auch wenn spektakuläre Wahlsiege wie bei HDW oder Vulkan die Ausnahme blieben.

Denn solche Abspaltungen hat es auch schon in der Vergangenheit gegeben, beispielsweise bei Opel Rüsselsheim oder Ford Köln. Zudem zeigt der Fall Bayer Leverkusen anschaulich, wie anfällig aus den offiziellen Gewerkschaftslisten hervorgegangene selbstständige Kandidaturen sein können.

Erfolgreich verlief die Wahl auch bei Klöckner in Bremen für die fortschrittliche BR-Mehrheit. Die Gruppe um den Vorsitzenden G. Ziemann konnte ihre bisherige knappe Mehrheit ausbauen. Es fand Persönlichkeitswahl mit über 150 Kandidaten statt, wobei die verschiedenen politischen Strömungen Wahlvorschläge machten.

Hervorzuheben ist auch das gute Abschneiden von fortschrittlichen Kandidaten bei Persönlichkeitswahl. Über diesen Weg zogen u.a. bei Daimler in Bremen, Greatz Bochum und Karmann Osnabrück jeweils vier oppositionelle Kollegen in den Betriebsrat ein.

Das bestätigt, daß kritische Kollegen auf sogenannten Einheitslisten aussichtsreiche Wahlchancen haben, insbesondere wenn sie wie in den genannten Fällen als fortschrittlicher Block mit eigenen Forderungen und Veröffentlichungen antreten.

Ergebnisse der Betriebsrätewahlen 1981

Betrieb	DGB-Liste Stimmen	in %	Sitze	Linke Liste Stimmen	in %	Sitze	Rechte Liste Stimmen	in %	Sitze	Sonstige
Westberlin Schering	Arbeiter: Persönlichkeitswahl IG Chemie		8	Kontra		1 (1)				
	Angestellte: Listenwahl IG Chemie		6	Kontra		1 (3)	DAG VAA „Gemeinsam"		3 (7) 2 (7) 6	
Daimler-Benz	Persönlichkeitswahl			Einige Kritiker der IGM-Politik und Ausgeschlossene wurden gewählt						
Bosch	IGM		15	„2. Liste"		4 (9)				
AEG Brunnenstraße	IGM: 1.064			„Arbeitereinheit" 621 (1978: 6,7 % RGO, 23 % opp. Liste)	36,8 %					
Telefunken				„Lichtblick"	18,3 %	2				
Siemens-Bosch-Hausgeräte	IGM-Arbeiterbereich	48,4 %	8	RGO (nur 7 Kandidaten sind angetreten)	51,5 %	8 (3)				
BMW	IGM-Arbeiter	38 %	5	Metaller für demokratische BR-Arbeit	23 %	3	Vorarbeiterliste	23 %	3	jugoslawische Liste 15 % 1 Sitz
Gilette	IGM-Arbeiter	55 %	9	Liste der Vertrauensleute	40 %	7				
KWU	IGM-Arbeiter	67,8 %	9	Liste linker Gewerkschafter	20,3 %	2	CMV-Liste der Vernunft		0	
	IGM-Angestellte		2				DAG		1	
Hamburg Daimler-Benz	IGM	64 % (67,2 %)		„Alternative"	28,2 % (23,6 %)		CMV	7,8 % (9,2 %)		
HDW	IGM		11 (23)	„Aktive Metaller" RGO		14 1 (3)	DAG		1 (2)	
Reynolds	Persönlichkeitswahl und gemeinsame Wahl Arbeiter / Angestellte			Mehrheit für fortschrittliche Kollegen 65 % der Stimmen für ausgeschlossenen BR-Vorsitzenden						
Texaco	IG Chemie		6	Betriebsgruppe		3 (2)	DAG		6 (6)	
Broschek	IG Druck Persönlichkeitswahl			Fortschrittliche Kollegen wurden mit großer Mehrheit wiedergewählt						
HHLA	ÖTV	56,6 % (61 %)		Alternative RGO	29,7 % (32 %)	 – (1 Sitz)				3 verschiedene Liste
Beiersdorf	IG Chemie		15 (17)	Alternative		3 (3)	DAG „Chemie"		2 (2) 7 (5)	
Bremen Bremer Vulkan Werft	Persönlichkeitwahl: Arbeiter Angestellte (bisher BR-Mehrheit)		7 6	Echolot-Gruppe		14				
Klöckner-Hütte	Persönlichkeitswahl Ziemann-Gruppe (fortschrittl. Sozialdemokraten)		22	Linke – teilweise SPD-Betriebsgruppe		3	teilw. SPD-Betriebsgruppe		4	
Daimler-Benz	Persönlichkeitswahl IGM		25	„IGM-Kollegen informieren"		4				
Frankfurt Hoechst	Arbeiter: IG Chemie Angestellte:	 59,6 % 18,6 %	 15 (18) 3 (5)	Liste für durchschaubare BR-Arbeit	16,8 % 14,5 %	4 3	VUA VUA DAG	7,9 % 9 % 57,8 %	2 (3) 1 (3) 12 (11)	ausländische Kollegen 15,3 % 3 Sitze (3)
Adler				Gewerkschafter für saubere und kämpferische Interessenvertretung		4 (6)				
Wiesbaden Kalle	IG Chemie		16 (21)	Opposition		8	DAG u. Unabhängige		5	
Ludwigshafen BASF	IG Chemie		47 (45)	RGO		0 (1)	DAG CGBCE		6 (8) 6 (5)	
Darmstadt Röhm	IG Chemie – Arbeiter 1.000			Interessenvertretung f.d. Belegschaft 499		4				
Königslutter Zigarettenfabrik Andre	NGG 197		7	„Frauen in den BR" 81		2				
Essen DRK Schwesternschaft	ÖTV	36 %		Freie Liste	64 %					
Leverkusen Bayer AG (insg. 14 Listen)	IG Chemie – Arbeiter Angestellte		16 13	Liste für durchschaubare BR-Arbeit		2 (13)	DAG WUTA Christen		6 1 1	Unorg. in d. IG Chemie 6 Ausländer 2 Sonstige 4
Kiel HDW				RGO	20,5 %	5 (3)				
Bochum Graetz	Persönlichkeitswahl: IGM		19	Oppositionelle		4				
Opel (8 Listen)	IGM – Arbeiter	61 % (46,3 %)		GOG Liste Werk 2	19 % (26,4 %) 7 %		CMV		1	islamische Türken [illegible]
Rüsselsheim Opel	Gemeinsame Wahl IGM	78,8 %	42 (40)	RGO		0 (1)	DAG CMV		2 (3) 4 (4)	Türkische Kollegen 1 Sitz
Hamborn Thyssen	Arbeiter: IGM Angestellte: IGM		25 7	Opposition	18 %	3	CMV DAG		5 (5) 4 (3)	
Dortmund Hoesch, Union	IGM	65 %	14	RGO die RGO ist nur mit 2 Kandidaten angetreten, 5 Sitze gegen daher an die IGM	31,7 % (15,6)	7				
Hoesch, Westfalen Hütte	IGM		30				DAG - CMV		3	
Köln Ford-Werke	IGM		20 (36)	„Automobilarbeiter" „Arbeitereinheit" (RGO)		6 1	CMV		1	2 türkische Listen 3 Sitze (1)
Untertürkheim Daimler-Benz	Arbeiter: IGM	58,4 % (52,3 %)		„Plakat"	30,6 % (39,2 %)		CMV	11 % (8,4 %)		
Sindelfingen Daimler-Benz	IGM		44				CGB		6	
Wolfsburg VW	IGM		51 (48)				CMV DAV Unabhängige DAG		9 1 1 3	
Duisburg-Huckingen Mannesmann	Arbeiter: IGM Angestellte: IGM		27 5				davon 2 CDA Leitende Angestellte		 1	
Rheinhausen Krupp	IGM		26 (23)				DAG CMV		1 (2) 6 (8)	
Stahlwerk Peine-Salzgitter				RGO die RGO ist nur mit 1 Kandidaten angetreten	15 %	5				
Fürth Grundig	Arbeiter: IGM Angestellte: IGM	88,5 % 57,7 %	14 8				CGB DAG CGB	11,5 % 22,9 % 18,4 %	1 3 3	
Nürnberg Grundig	Arbeiter: IGM Angestellte: IGM	87,7 % 76,4 %	21 5				CGB CGB	5,9 % 23,6 %	1 1	Unabh. Arbeitnehmer (türk. Liste) 6,4 %, 1 Sitz
Witten Siemens	Arbeiter IGM	25,8 %	4	Belegschaftsliste 574 diese Liste ist nur mit 7 Kandidaten angetreten		9				3 Listen mit je 1 Sitz
Weinheim Freudenberg				„Frischer Wind"	34,6 %	7				
Osnabrück Karmann	Persönlichkeitswahl			4 oppositionelle Kandidaten wurden gewählt						

Darmstadt Röhm IG Chemie – Arbeiter 1.000 Interessenvertretung f.d. Belegschaft 499 4
Königslutter Zigarettenfabrik Andre NGG 197 7 „Frauen in den BR" 81 2

Zahlen in Klammern: Betriebsratswahl 1978

Die traditionellen Oppositionslisten blieben überwiegend konstant

Die traditionellen Oppositionslisten blieben überwiegend konstant

Als stabil haben sich ein weiteres Mal die seit 1972 und verstärkt seit 1975 kandidierenden oppositionellen Listen erwiesen. Es gab geringfügige Stimmengewinne bzw. -verluste, bei einem fast gleichgebliebenen Anteil von etwa 30 Prozent.

Verglichen mit früheren Ergebnissen sah der Trend diesmal so aus, daß die Listen, die 1978 zulegen konnten, wie die „Alternative" bei der HHLA und die „Plakat"-Gruppe bei Daimler Untertürkheim, diesmal abgenommen haben. Wobei berücksichtigt werden muß, daß die „Plakat"-Gruppe durch die erfolgreiche Wahlanfechtung extrem günstige Bedingungen hatte. Dagegen konnte die „Alternative" bei Daimler in Hamburg diesmal wieder zulegen, nachdem vor drei Jahren Stimmenverluste hingenommen werden mußten.

In den Betriebsrat zurückgekehrt ist bei Ford Köln eine linke Alternative mit sechs Sitzen. Mit diesem Ergebnis sind die Oppositionellen zwar nicht so stark wie 1975 (damals 17 Oppositionelle) vertreten, trotzdem ist es eine erfolgreiche Rückkehr, nachdem 1978 aufgrund eines dreisten Wahlmanövers der IGM-Führung kein fortschrittlicher Kollege gewählt worden ist.

Aus diesem Trend fällt ganz deutlich die Opposition bei Opel Bochum, die „GOG", heraus. Der Stimmenanteil sank jetzt auf 19 Prozent, nachdem die Gruppe schon 1978 stark abgenommen hatte.

Verglichen mit dem überragenden Abschneiden von 1975 mit 36,3 % hat sich der Anteil damit fast halbiert.

Das erneute Absacken der GOG ist wohl hauptsächlich darin begründet, daß die Gruppe an einer eher schablonenhaften Oppositionsrolle, verbunden mit Forderungen gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz, festgehalten hat und sich unbeweglich gegenüber neuen Entwicklungen zeigte. Die GOG hat es bisher nicht verstanden, mit anderen Oppositionslisten Bündnisse einzugehen, wozu das Programm der GOG auch kaum eine geeignete Grundlage bietet.

Schwerwiegende Versäumnisse bei der Ausnutzung solcher Möglichkeiten sind wohl schon bei der Wahl '78 aufgetreten. Damals spaltete sich die offizielle IGM-Liste in vier Teile, wobei sich zwei Listen als links von der IGM-Liste gaben, ohne daß es zu einer Annäherung mit der GOG kam.

Auch diesmal kandidierten wieder linke Sozialdemokraten auf der Liste „Werk II" eigenständig.

So, wie die Dinge liegen, steht die GOG am Scheideweg. Entweder stur als radikale Opposition weitermachen, was voraussichtlich weitere Verluste zur Folge hätte, oder die Gruppe beginnt, sich bündnispolitisch insbesondere für linke Sozialdemokraten zu öffnen.

Starke Verluste mußte auch die Opposition bei Bayer Leverkusen hinnehmen. 1978 war die Liste „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat" ein zentrales Beispiel für eine Tendenz zunehmender Widersprüche in den offiziellen Gewerkschaftslisten. Jetzt, drei Jahre später, ist Bayer das klassische Beispiel dafür, wie wenig gefestigt und anfällig solche Spaltungen teilweise noch sind. Der Ausstieg des verhaßten BR-Vorsitzenden sowie ein aussichtsreicher Listenplatz reichten aus, um die Mehrheit der Liste kurz vor der Wahl zu reintegrieren. Die von der Minderheit gegründete neue Alternative mußte naturgemäß erhebliche Verluste hinnehmen.

Gewerkschaftsausschlüsse gegen Linke

– Bei der **Hoechst in Frankfurt** läuft seitens der Verwaltungsstelle ein Antrag auf Gewerkschaftsausschluß gegen die 20 Kandidaten der Liste „Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit"

– Bei der Firma **Kalle (Hoechst-Konzern)** in Wiesbaden läuft ebenfalls ein Ausschlußverfahren gegen die 27 Kandidaten der „Liste aktiver Gewerkschafter"

– Auf der **Hamburger Werft HDW** sind mittlerweile gegen 37 Vertrauensleute, die auf der Liste „Aktive Metaller" zum Betriebsrat kandidierten, von der Ortsverwaltung Ausschlußverfahren eingeleitet worden.

– In **Frankfurt** bei der Firma **Triumpf/Adler** leitete die dortige Ortsverwaltung gegen 14 zumeist ausländische Kollegen Ausschlußverfahren ein, weil sie zur Betriebsratswahl auf der Liste „Gewerkschafter für saubere und kämpferische Interessenvertretung" kandidiert hatten.

– In **Bremen** wurde gegen sechs Kollegen bei **Daimler Benz** ein Ausschlußverfahren eingeleitet, weil sie zur Persönlichkeitswahl mit einem eigenen Programm als Gruppe angetreten sind.

– Bei dem **Hamburger Hafenbetrieb HHLA** wurde von der ÖTV gegen drei RGO-Kandidaten ein Ausschlußverfahren eingeleitet.

– In einem **Duisburger Krankenhaus** wurde gegen die dortige VK-Vorsitzende ein Ausschlußverfahren wegen „Volksfront"-Mitgliedschaft eingeleitet.

– Wegen seiner Kandidatur für die „Volksfront" droht dem ÖTV-Tarifkomissionsmitglied Harald L. aus **Kassel** ein Ausschlußverfahren.

– Aus dem gleichen Grund wurde auch gegen die Betriebsratsvorsitzende der **DRK Schwesternschaft in Essen** ein Ausschlußverfahren eingeleitet.

Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen Rechte

– Vom gewerkschaftlichen Vertrauenskörper der **Westberliner Firma Schering** wurde ein Ordnungsverfahren mit dem Ziel eines Funktionsverbotes gegen die rechte Chemie Liste „Gemeinsam" beantragt.

– Gegen neun Vertrauensleute der **Hamburger Firma Lumoprint** läuft ein Auschlußverfahren, weil sie gegen eine gemeinsame IG Metall Liste aufgetreten sind und sich stattdessen am Aufbau von zwei rechten Listen beteiligt haben.

– Auch bei der **AEG Schiffbau in Hamburg** läuft ein Ausschlußverfahren gegen rechte Vertrauensleute, die gegen eine IG Metall-Liste waren.

Erfreulich!

Bei der Lederfabrik Freudenberg (Weinheim) soll es keine Ausschlüsse gegen die dortige oppositionelle Liste geben, die mit Kolleg(inn)en in den Betriebsrat einzog. Dies zumindest erklärte der zuständige Sekretär der IG Leder gegenüber der Frankfurter Rundschau. Stattdessen wolle man mit der Liste zusammenarbeiten.

Auch aus Essen gibt es erfreuliches zu berichen. So lehnte es die Essener IGM ab, gegen ein „Volksfront" Mitglied (gleichzeitig auch IG Metall Vertrauensmann) ein Ausschlußverfahren einzuleiten.

NPD-»Deutschlandtreffen« 1981 in Hamburg verhindert – in Dortmund durchgeführt

Zwischen 1.500 und 2.000 Antifaschist/inn/en verhinderten, daß am 17. Juni in Hamburg das angekündigte „Deutschlandtreffen" der NPD stattfinden konnte, indem sie den Platz am Bismarckdenkmal besetzten, der den Nazis trotz aller anderslautenden Kraftsprüche des SPD-Innensenators Pawelczyk am Abend des 16. Juni gerichtlich genehmigt worden war. Die Hamburger Aktion reiht sich in die Kette antifaschistischer Mobilisierungen ein, die es seit 1978 der NPD unmöglich gemacht haben, ihre zentralen Aufmärsche zum „Tag der deutschen Einheit" so durchzuführen, wie sie es geplant hatte. Das ist ein ermutigender Erfolg.

Andererseits konnte nicht verhindert werden, daß die NPD – offenbar in engster Absprache und Zusammenarbeit mit den zuständigen „Sicherheits"-behörden – ihre Anhänger und Mitglieder von vorher verabredeten Treffpunkten aus am Vormittag des 17. Juni nach Dortmund umdirigieren konnte, wo sich dann ca. 800 Nazis zu einer genehmigten Kundgebung versammelten. Ohne die offensichtliche Kungelei zwischen staatlichen Stellen und Nazis hätte das Treffen nicht stattfinden können. Diese Tatsache straft jedes „antifaschistische" Geschwätz solcher Leute wie Pawelczyk Lügen. Die Antifaschisten werden auch in Zukunft auf ihre e i g e n e n Kräfte bauen müssen.

Die Schande des Hamburger Senats

In Hamburg war Ende Mai eine von der NPD für den 17. Juni auf der Moorweide angemeldete Kundgebung und Demonstration nicht genehmigt worden mit der schwachen Begründung, es gebe wegen des Kirchentags in Hamburg keinen Platz mehr für weitere Demonstrationen oder Kundgebungen. Tatsächlich bestand für die Woche des Kirchentags in Hamburg ein faktisches Demonstrationsverbot für alle Veranstaltungen außerhalb des Kirchentags. Dies mußten auch Antifaschisten erfahren, die sich erfolglos um die Genehmigung einer Kundgebung am 16. Juni bemüht hatten.

Die NPD sah in dieser wenig überzeugenden Ablehung ihrer Kundgebung in Hamburg eine direkte Einladung, es trotzdem in Hamburg zu versuchen: So mobilisierte sie seit Anfang Juni öffentlich für ein „Deutschlandtreffen" in Hamburg.

bung in Hamburg eine direkte Einladung, es trotzdem in Hamburg zu versuchen: So mobilisierte sie seit Anfang Juni öffentlich für ein „Deutschlandtreffen" in Hamburg.

Daraufhin erklärte Innensenator Pawelczyk (SPD) in der Bürgerschaft, das „Deutschlandtreffen" der NPD werde angesichts „ernster Besorgnis in der Bevölkerung" über den zunehmenden Nazi-Terror auf keinen Fall stattfinden – und er werde ein Verbot erlassen!

Am 16. Juni jedoch erließ das Hamburger Verwaltungsgericht auf Antrag der NPD eine einstweilige Verfügung, derzufolge die NPD das Recht habe, am 17. Juni am Bismarck-Denkmal in Hamburg ihr „Deutschlandtreffen" abzuhalten. P r i n z i p i e l l – so das Gericht – sei die Argumentation des Senats („ernste Besorgnis...") zulässig, im k o n k r e t e n Fall aber reichten die vom Senat vorgelegten Argumente und Beweise nicht aus, um die einstweilige Verfügung zurückzuweisen.

Es ist dies das übliche Spiel mit verteilten Rollen, wenn es um die Nazis geht: Die Exekutive „verbietet" und stellt sich als „antifaschistisch" dar; die Justiz würde „gerne" verbieten, kann aber nicht, weil die Beweise und Argumente nicht genügen... Und so schiebt man sich den braunen Peter gegenseitig zu, bis am Ende die Nazis als Gewinner des Spiels feststehen.

Im Anschluß an die Entscheidung des Gerichts beeilte sich der Hamburger Senat, zu erklären, er wolle nun keine weiteren Schritte mehr unternehmen, sondern sich „kräftemäßig auf die neue Situation einstellen" – eine eindeutige Drohung mit dem Polizei-Knüppel an die Adresse der Hamburger Antifaschisten.

Die Hamburger Aktion

Sofort nach Bekanntwerden des Gerichtsbeschlusses begann eine zuvor in einer antifaschistischen Koordination verabredete Mobilisierung, durch die das gesamte relevante Spektrum der Linken in kurzer Zeit erreicht wurde.

So versammelten sich ab 9.30 Uhr am Bismarckdenkmal bis zu 2.000 Antifaschisten zu einer gemeinsamen Aktion, die von so unterschiedlichen Kräften wie DKP, VVN, einigen Jusos, KB, BWK (KBW-Abspaltung),

am Bismarckdenkmal bis zu 2.000 Antifaschisten zu einer gemeinsamen Aktion, die von so unterschiedlichen Kräften wie DKP, VVN, einigen Jusos, KB, BWK (KBW-Abspaltung),



SB, Bunte Liste, Grüne, Z, Schüler gegen Rechts, FAU, Spontis, Vertreter des links-kirchlichen Spektrums, sowie eine Reihe ausländischer, insbesondere türkischer Organisationen, Initiativen etc. getragen wurde. Aus anderen norddeutschen Städten (Kiel, Bremen, Hameln, Hannover) und aus Westberlin waren ca. 200 Antifaschisten zur Unterstützung nach Hamburg gekommen.

Als im Verlauf der Aktion klar wurde, daß die NPD angesichts der antifaschistischen Mobilisierung von sich aus auf ihre Kundgebung in Hamburg verzichten würde, löste sich die Aktion nach einer kurzen Demonstration zur Moorweide auf. Einige besonders militante Antifaschisten hatten vorgeschlagen, statt der Nazis sich nun deren Büros (NPD- und Graue Wölfe-Büro) „vorzunehmen". Dieser Vorschlag fand nicht die Zustimmung der Mehrheit der Versammelten, und seine praktische Unsinnigkeit wurde spätestens angesichts aufgefahrener Mannschaftswagen der Polizei vor den in Frage kommenden Büros wohl auch den Vertretern dieser Strömung klar.

Staatliche Schützenhilfe für die NPD

Die Hamburger Polizeiführung bemühte sich ganz offensichtlich, mit Blick auf die gerade anlaufenden Kirchentage sowie ihre kritische innerparteiliche Situation in der Öffentlichkeit das Bild eines liberalen Hamburg darzustellen und die sonst gewohnten Polizei-Krawalle zu vermeiden. Sie begleitete die gesamte Aktion von der Besetzung des Bismarck-Denkmals bis zur Abschlußkundgebung nur durch einen Streifenwagen an der Spitze – wie zu längst vergessenen Zeiten. Sie tolerierte sogar eine

tion von der Besetzung des Bismarck-Denkmals bis zur Abschlußkundgebung nur durch einen Streifenwagen an der Spitze – wie zu längst vergessenen Zeiten. Sie tolerierte sogar eine

Sitzkundgebung mitten auf der Hauptverkehrsader zwischen Dammtorbahnhof und Moorweide.

Aber hinter den Kulissen sorgten die verschiedenen Landesbehörden, allen voran vermutlich die Hamburger, in schönster Eintracht mit der NPD-Organisationsleitung dafür, daß diese ihre immerhin 800 Teilnehmer nach Dortmund umdirigieren konnte.

Daß die Nazis unter diesen Umständen nach Dortmund ausweichen mußten, ist trotzdem ein Erfolg der antifaschistischen Bewegung, die nach drei gescheiterten Versuchen der NPD (1978 und '79 in Frankfurt, 1980 in Philippsthal) zum viertenmal die Durchführung eines „Deutschlandtreffens" im Sinne der NPD verhinderte. Bereits im Vorfeld ihres diesjährigen Treffens mußte sich die NPD auf eine weitgehend interne Mobilisierung ihrer engsten Anhängerschaft beschränken und versuchen, sich der antifaschistischen Aufmerksamkeit durch ein Verwirrspiel mittels verschiedenster Anmeldungen usw. zu entziehen. Wie das Ausweichmanöver nach Dortmund zeigt, geschah dies ganz offensichtlich mit staatlicher Unterstützung. **Es muß klar gesagt werden: Wenn trotz aller Bemühungen antifaschistischer Gruppen in allen Teilen der BRD die NPD auf diese Weise ein Loch finden konnte, so a l l e i n deshalb, weil die staatlichen Organe ihr das ermöglicht haben.** Der Staat hält die NPD am Leben, weil er an der Existenz einer faschistischen Reserve Interesse hat. Dies verdeutlicht erneut, daß antifaschistischer Kampf nicht allein gegen die NPD, ja nicht einmal allein gegen die aus der NPD großenteils hervorgegangene neue militante Nazi-Terror-Szene geführt werden muß, sondern auch gegen die Funktion dieses Staates für die Existenz und das Anwachsen faschistischer Ideologie und faschistischen Terrors.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Staat finanziert NPD

Unter Einwilligung des spezialdemokratischen Bundesfinanzministers Matthöfer wurde in der letzten Verhandlungsrunde zwischen NPD und Bundestagsverwaltung eine Vereinbarung über die Schuldentilgung der NPD an den Bund getroffen, die es in sich hat:

Insgesamt hat die NPD in den letzten Jahren 1,9 Millionen DM z u v i e l an Wahlkampfkostenerstattung erhalten, die sie der Bundestagsverwaltung schuldet. Diese Wahlkampfkostenerstattungsgelder werden jeweils vor der Wahl aufgrund vorheriger Wahlergebnisse angezahlt und erst nach den Wahlen genau errechnet.

Von diesen 1,9 Millionen DM Schulden hat die NPD mittlerweile 1,15 Millionen zurückbezahlt.

Weitere 100.000 DM – das war Gegenstand der Verhandlungsrunde – sollen nun in 4 Jahresraten zu je 25.000 DM zurückbezahlt werden (also bis 1985). Die dann noch ausstehenden 669.000 DM, die die NPD dem Bund schuldet, werden der NPD bis nach den Bundestagswahlen 1984 „g e s t u n d e t" (FR, 9.6.81).

Im Geschäftsleben muß ein Kapitalist Konkurs anmelden, wenn er seine Schulden nicht bezahlen kann – es sei denn, er findet einen Geldgeber, der ihn über Wasser hält, weil er sich für die Zukunft etwas davon verspricht.

Frankfurt: 17. Juni-Feier statt Antifa-Kundgebung

Eine böse Überraschung erlebten Frankfurter Antifaschisten, als sie am Vormittag des 17. Juni auf den Römer gekommen waren, um an der Kundgebung „Demokratie verpflichtet" teilzunehmen. Diese Kundgebung, zu der der DGB, die Evangelische und Katholische Kirche, die Jüdische Gemeinde und der Stadtjugendring als Veranstalter aufgerufen hatten, hatte 1980 noch ausdrücklich dem Zweck gedient, ein „Deutschlandtreffen" der NPD in Frankfurt zu verhindern (die NPD ging dann nach Philippsthal, wo sie ihren Aufzug jedoch ebenfalls nicht abhalten konnte). Im Sinne dieser Tradition rief das Frankfurter Aktionsbündnis Rock gegen Rechts ebenfalls zu der Kundgebung auf, obwohl gegen die angekündigten Redner von Anfang an starke Bedenken bestanden.

Doch was dann geboten wurde, übertraf alle Befürchtungen bei weitem. Alle Redner wurden nicht müde, an den 17. Juni 1953 in der DDR zu erinnern und zu betonen, daß dies – ganz im Sinne des reaktionären „Tag der deutschen Einheit" – der Anlaß ihrer Veranstaltung sei. Allenfalls am Rande wurde der Kampf gegen die NPD-Aufmärsche in Frankfurt mal erwähnt. Doch nicht genug: Der ehemalige NRW-Ministerpräsident und Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Heinz Kühn, verstand es, die urdeutschen Ängste vor einer „Überfremdung" zu mobilisieren. Er ging sogar soweit, die ausländischen Bürger öffentlich aufzufordern, ihre „15-, 16- und 17-jährigen Kinder zuhause zu lassen, weil wir (?) sie nicht mehr aufnehmen können".

Danach bot Franz Alt („report") einige Akrobatenstücke christlicher Ethik. Man habe Kühn (der ausgepfiffen worden war) falsch verstanden, wenn man seine Forderung nach einem Aufnahmestop für Ausländer „dogmatisch" auslege. Die Vietnamflüchtlinge beispielsweise sollten unbedingt auch in Zukunft in der BRD Aufnahme finden können. Von anderen Flüchtlingen sprach er nicht...

Alt plädierte vehement gegen Waffenexporte in die Dritte Welt. Stattdessen solle man den Hunger bekämpfen. Waffenexporte in die Länder des „Bündnisses" (NATO) hingegen nahm er ausdrücklich davon aus. Diese sind moralisch einwandfrei – eine dämliche Logik, die sein Bekenntnis zur Bekämpfung des Hungers allzu schnell Lügen straft.

Das Aktionsbündnis Rock gegen Rechts hat in einer Presseerklärung geschrieben, daß die ursprünglich antifaschistischen Ziele dieser Kundgebungen „völlig entstellt" worden seien. Es dürfte klar sein, daß nicht nur Rock gegen Rechts, sondern wohl auch der Stadtjugendring nicht noch einmal zu einer solchen Kundgebung aufrufen werden. Dies war auch die Meinung des weit überwiegenden Teils der lediglich 1500 Leute, die auf den Römer gekommen waren. Daß es zudem auch noch regnete, kann dieses Mal durchaus als Glücksfall bezeichnet werden.

Eine kleine antifaschistische Veranstaltung mit Rock gegen Rechts fand am 18.6. mit ca. 200 Leuten in der Arbeiterselbsthilfe (ASH) Oberursel statt. Nach Diskussionen und dem Stück der Frauengruppe „Frauen zum Bund – Nein Danke!" führte die Rhein-Main-Rock-Mixtour den „Schinderhannes" auf, der von einem freiheitsliebenden Räuber (raublustigen Freiheitskämpfer?) aus der Zeit der napoleonischen Besatzung handelt. Da waren die Idee und die Inhalte von RGR wieder lebendig und der Abend ging in einer wilden Rock-Session zuende. Wer jemals die Gelegenheit hat, daß der „Schinderhannes" (der von Musikern verschiedener Rockgruppen aus der Region nur zwei bis dreimal jährlich gespielt wird) in seinem Ort aufgeführt wird, sollte das keinesfalls verpassen.

Pressemitteilung: Zum NPD-Aufmarsch in Dortmund

Pressemitteilung: Zum NPD-Aufmarsch in Dortmund

Dortmund, 17.6.1981

Am 17. Juni hielt die faschistische Partei NPD auf dem Dortmunder Nordmarkt ihr „Deutschlandtreffen" ab. Als Zeugen der Vorfälle, die sich im Verlauf dieses Treffens ereigneten, geben wir, antifaschistische Dortmunder Bürger, folgende Erklärung ab:

Wir halten es für einen politischen Skandal und untragbar für das Ansehen unserer Stadt, daß den Faschisten ein öffentlicher Platz zur Verbreitung ihrer Hetzpropaganda zur Verfügung gestellt wurde. Der bekannte Major Lindner, Vorsitzender der NPD in NRW, nutzte die Gelegenheit, die Kundgebungsteilnehmer und die Bewohner der umliegenden Häuser zu Völker- und Rassenhaß aufzuhetzen und unverhohlen zum Aufbau einer faschistischen Massenbewegung im Geiste der NSDAP aufzurufen. Der Polizeipräsident und die politischen Verantwortlichen der Stadt Dortmund haben sich der Förderung faschistischer Propaganda schuldig gemacht.

Das Verhalten der Polizei war geprägt von dem Bemühen, den Faschisten weitestgehenden Freiraum zu sichern, Antifaschisten aber zu verfolgen. Nicht einmal, als bei verschiedenen NPD-Leuten Waffen wie Schlagstöcke und Stahlschleudern gefunden wurden, sah sie einen Grund zur Auflösung der Versammlung.

Stattdessen wurden vier Antifaschisten vorübergehend festgenommen! Empört über den Faschistenaufmarsch diskutieren etwa fünfzehn Dortmunder Bürger auf dem Bürgersteig in der Nähe des Kundgebungsortes über das Geschehen. Einer hatte sich ein Umhängeschild mit der Aufschrift: „Verbot aller faschistischen Organisationen!" umgehängt. Als sie auf die plötzliche Aufforderung durch mehrere Polizisten, sich in Richtung Innenstadt zu entfernen, verblüfft und empört nach einer Begründung fragten, erfolgten die Festnahmen.

Vier türkische Mitbürger, die die Versammlung nur kurzzeitig beobachtet hatten und sich in einem Auto entfernten, wurden völlig willkürlich von der Polizei als „Störer" angehalten. Ihre Personalien wurden aufgeschrieben, das Auto durchsucht.

Türkische Faschisten aber, die den „Grauen Wölfen" zuzurechnen sind, konnten ungestört an der Nazi-Versammlung teilnehmen. Faschistenautos, auf deren Rücksitzen Schlagwerkzeuge zu sehen waren, blieben von der Polizei unbehelligt.

Im Anschluß an die Kundgebung demonstrierten die Faschisten Richtung Fredenbaumplatz. Eine Gruppe bewaffneter Schläger sonderte sich ab und überfiel gezielt eine kleinere Gruppe Antifaschisten, die sich mittlerweile in der Stollenstraße eingefunden hatte. Neben anderen Schlagwerkzeugen setzten sie einen vorher mutwillig zerschlagenen Bierkrug gegen die flüchtenden Menschen ein, die im nahegelegenen Büro der KPD Zuflucht fanden. Die Faschisten versuchten dann, gewaltsam in dieses Büro einzudringen, was ihnen aber nicht gelang. Sie zogen sich dann zurück, bereiteten aber, wie sich später zeigte, einen neuen Überfall vor. Das Ergebnis des Überfalls: drei Verletzte, die im Krankenhaus behandelt wurden – es wurden Schädelprellungen, Schock und Kreislaufschädigungen festgestellt – und viele, die unter den Auswirkungen des ebenfalls von den Faschisten eingesetzten Tränengases zu leiden hatten.

Obwohl Polizeibeamte nach eigenen Aussagen ständig die Umgebung beobachteten, griffen sie nicht ein. Zwei von ihnen erklärten uns gegenüber sogar, es habe gar kein Überfall stattgefunden! Zu diesem Zeitpunkt wußten sie noch nicht, daß es Verletzte gab und daß auch Reste des Bierkruges sichergestellt werden konnten. Aus offensichtlicher Sympathie für die Faschisten haben die betreffenden Beamten gelogen und versucht, die Verfolgung der Gewaltverbrecher zu verhindern.

Die verletzten Antifaschisten wurden von der Polizei auch noch verhöhnt. Als sie Strafanzeige gegen die noch unbekannten Nazis stellten und fragten, wie die polizeilichen Vordrucke auszufüllen seien, erhielt eine verletzte Frau zur Antwort: „Sind sie schon mal vergewaltigt worden? ... Man fragt ja nur mal. Das wäre dann zum Beispiel Körperverletzung".

Ein Polizeischutz für das bedrohte Büro der KPD wurde abgelehnt. Begründung: „Schützen Sie sich doch selber – wir würden uns auch selbst schützen, wenn jemand auf unser Grundstück eindringen wollte!"

Als sich eine große Gruppe Faschisten nach Abschluß ihres Umzuges wieder auf dem Nordmarkt sammelte und drohte, die diskutierenden Bürger und das Büro anzugreifen, wurde wieder die Polizei benachrichtigt. Nach einer Viertelstunde erschienen vier Mann, die sich weigerten, mit einem der Überfallenen zu den NPD-Leuten hinzugehen, um eine Identifizierung von an dem Überfall beteiligten Nazi-Schlägern vornehmen zu können! Mit dem Kommentar: „Hier ist doch gar nichts los", zogen sie wieder ab. Das war nicht nur die Verweigerung von

Fortsetzung nächste Seite

Die „Ligue des Droits de l'Homme" (Menschenrechtsliga), der „Mouvement contre le Racisme et pour l'Amitié entre les Peuples" (Bewegung gegen Rassismus und für Völkerfreundschaft, MRAP) und die „Association Henri Curiel" haben das folgende Dokument gemeinsam erstellt.

Die „Association Henri Curiel", die sich zum Ziel gesetzt hat, die Ermordung des Antiimperialisten Henri Curiel aufzuklären, hat uns auch im Namen der anderen beiden Organisationen gebeten, dieses Dokument, dessen Brisanz offensichtlich ist, zu veröffentlichen.

Wir weisen zum besseren Verständnis des übersetzten Textes auf entsprechende frühere Artikel im ARBEITERKAMPF hin.

Neue Rechte — »Liberale« Rechte — Ewige Rechte

Frankreichkommission

Die „Ligue des Droits de l'Homme", der „MRAP" sowie die „Association Henri Curiel" erachten es als notwendig, die Aufmerksamkeit eines breiten Publikums auf die Menschen und Gruppen, die die sogenannte „Neue Rechte" ausmachen, und auf deren Verbindungen zu den Kräften der sogenannten liberalen Rechten hinzulenken.

Der GRECE

Das Zentrum der Neuen Rechten bildet eine Gesellschaft, die 1969 gegründet wurde: der GRECE, (Forschungs- und Studiengruppe für die Europäische Zivilisation).

Wer führt den GRECE? Personen, die eine hohe Verantwortung in den rechtsextremistischen Grüppchen der 60er Jahre ausübten.

- Alain de Benoist, früher Mitglied von „Jeune Nation", Verantwortlicher der „Förderation nationalistischer Studenten" (FEN) und der „Nationalen Fortschrittsbewegung" (MNP).
- Dominique Venner, ex-Verantwortlicher von „Jeune Nation", Gründer von „Europe Action", vom MNP und von „Cité-Liberté".
- Jean-Claude Bardet, ex-Direktor von „Cité-Liberté".
- Jacques Bruyas, ex-Verantwortlicher von „Europe Action", von der FEN und von MNP (im Department der Alpes-Maritimes).
- Jean Marie Mabire, ex-Chefredakteur von „Europe Action".
- Jean-Claude Valla, ex-Regionalverantwortlicher von „Europe-Action", von der FEN und vom MNP (in Lyon).
- Roger Lemoine, ex-Sekretär von „Europe-Action", ex-Sekretär von MNP.

Hauptpublikation des GRECE:

„ Nouvelle Ecole" (Neue Schule)

Wen findet man im internationalen Beirat von „*Nouvelle Ecole*"? Unter anderem Verantwortliche von neonazistischen Bewegungen und Publikationen, die zu dem Kreis gehören, den man „Rassistische Internationale" nennen kann.

- Robert Pearson, 1958 Gründer der „nordischen Liga" (zusammen mit F.K.Günther, ein deutscher Nazi-Anthropologe), Präsident der „antikommunistischen Weltliga", die die rassistischen und antisemitischen Gruppen koordiniert.
- Alain de Benoist, Chefredakteur von „Nouvelle Ecole" ist ebenfalls Mitglied der „nordischen Liga",
- Maria Cappieri, R. Gayre of Gayre and Nigg, Bertil J. Lundmann, Robert E. Kuttner: Verantwortliche der englischen Revue „*The Mankind Quarterly*", die sich regelmäßig auf die „deutsche Rassenwissenschaft" bezieht, wie sie vom Hitler-Professor F.K.Günther propagiert wird.

Weshalb dem GRECE danken?

Der Dank von Valery Giscard d'Estaing an den GRECE gilt einer Organisation, die sich intensiv an seiner Wahlkampagne beteiligt hat.

Es gibt genügend gemeinsame Themen für die Neue Rechte und die sogenannte liberale Rechte. Valery Giscard d'Estaing bedankte sich beim GRECE für dessen Unterstützung anläßlich der Präsidentschaftswahlen 1974: *„Ich habe Ihren Brief vom 6. Mai erhalten und bedanke mich dafür bei Ihnen. Ich weiß Ihre Unterstützung während dieser Kampagne zu schätzen. Ihre Gesellschaft, die sich die Aktion gegen jegliches intellektuelles Sektierertum und gegen jegliche sozialisierende Einflußnahme auf das Kulturleben unseres Landes als Ziel setzt, konnte in mir den Kandidaten des Liberalismus und demzufolge der Freiheit sehen"* (*„Elements", Mai 1974, Zeitschrift des GRECE).*

demzufolge der Freiheit sehen" („Elements", Mai 1974, Zeitschrift des GRECE).

Traditionelle Verurteilung der „Politik"

Alain de Benoist: *„Ich glaube keine einzige Sekunde daran, daß das Schicksal eines Landes oder eines Volkes irgendwie durch Wahlmanöver oder von den Parteien verteidigt werden kann. Der Beweis hierfür ist die Tatsache, daß bei jedem bedeutenden Ereignis die Parteien sich auflösen"* („Nouvelles Litteraires",5.3.81 - keine Publikation der Neuen Rechten - Anm.AK). Valery Giscard d'Estaing: *„Die europäische Identität wird aus der Kultur geboren werden und nicht aus vagen Kombinationen von Wahlgesetzen"* („Le Figaro - Magazine",22.2.1981 - Wochenzeitschrift der Neuen Rechten; Anm.AK). *„Leider ist der Einfluß der Parteien während der 7 Jahre meiner Amtszeit gestiegen. Obwohl jedesmal, wenn Frankreich eine große nationale Prüfung erfährt, die Parteien verschwinden"* (ebd.).

Biologisch und kulturell ist der Unterschied die Ungleichheit

Alain de Benoist: *„Sobald er erlebt, im alltäglichen Leben erfahren und nicht nur sich vorgestellt wird, bedeutet der Unterschied Klassifizierungen, Hierarchien und Ungleichheiten ... Das Recht auf Unterschied zu verteidigen, bedeutet, den Kampf gegen das Prinzip der Einheitsschule, gegen die soziale Gleichschaltung, gegen den politischen und philosophischen Universalismus zu führen"* („Elements", Winter 1978/79).

Konrad Lorenz: *„Die Ungleichheit der Menschen ist eine der Säulen jeglicher Kultur ... Ausgehend von dieser Ungleichheit existiert der Unterschied der Fähigkeiten. Zwischen den verschiedenen rassischen Gruppen ist es genauso"* („Nouvelle Ecole", Winter 1974/75).

Valery Giscard d'Estaing: *„Ich war nie Anhänger einer gleichmacherischen Gesellschaft, die die Lebensbedingungen nivelliert. Das wäre absurd"* („Figaro-Magazine", 28.2. 1981).

Christian Beullac, Erziehungsminister (in der Giscard-Regierung; Anm. AK): *„Eine Ideologie des Laxismus, der Duldung, des unbedingten Egalitarismus* (Gleichmacherei; Anm. AK) *hat den Unterricht an unseren Schulen – wenn nicht gar unsere Familien – infiltriert, ein übles Gemisch aus Marxismus und Modeerscheinungen von jenseits des Atlantiks. Diese Geisteshaltung hat große Verwüstungen vollbracht"* (Rede an die jungen Giscardisten).

Das Wesentliche ist das „genetische Kapital" — das heißt die Bluterbschaft. Die „biologischen Gesetze" werden von den „universalistischen Theorien" gestört

„Die wahre Politik ist die Biologie" („Nouvelle Ecole", Nr. 9; 1969).

„Die aktuelle soziale Hierarchie entspricht nicht der biologischen Hierarchie" („Nouvelle Ecole", Nr. 14, 1971).

„Die Gesetze und Konstanten der Geschichte der Völker des europäischen Altertums, wovon wir genetisch abstammen, müssen auch für uns, ihre Nachkommen, gelten" (Yvon Blot, „Club de l'Horloge").

Valery Giscard d'Estaing: **„Das geistige Erbgut einer kollektiv erlebten Zivilisation entspricht dem genetischen Erbgut einer biologischen Nachkommenschaft"** (Rede auf dem Kolloquium „Biologie und Zukunft der Menschen", 24.9.1974). **„Mein Vertrauen in Frankreich entstammt aus dem Tiefsten meines Blutes und unseres Bodens"** (Neujahrsrede am 31.12.1980).

Über die Franzosen: **„Ich sah in ihrem Blick eine kollektive Verbundenheit zu einem Wertsystem, das aus der Tiefe der Zeiten kommt, das irgendwo in der Biologie dieses Volkes tief verankert ist, dieses besonderen Volkes, das für immer verschieden von den übrigen Völkern ist, und, falls es die letzten Gefahren überwindet, dazu bestimmt ist, eine Elite für die Welt zu werden"** („L'Etat de la France", Buch von Giscard d'Estaing, erschienen 1981; Anm. AK).

„Was wir heute brauchen, das sind einflußreiche Menschen, die ihren Platz in den heutigen Entscheidungsphären — und noch eher in denen von Morgen — haben" („Nouvelle Ecole", Nr. 9)

I. Publikationen und Verlage

Kulturabteilung des „FIGARO"
Louis Pauwels, J.-C. Valla, P. de Plunkett

Editions Copernic
A. de Benoist, J.-C. Valla, P. Vial, M. Marmin, Ph. Conrad, Y. Christen

„Histoire-Magazine"
Philippe Conrad

„Publications Groupes media PFF", „Strategie", „Journal de la Presse", „Jacinthe", „Enfants Magazine", „20 ans", „Biba"
A. und E. Lefebvre, A. de Benoist, J.-C. Valla, G. Pons, G. Gripari, M.-C. Pauwels

„FIGARO-MAGAZINE"
A. de Benoist, L. Pauwels, M. Marmin, P. de Plunkett, Y. Christen, J.-C. Valla, A. Lefebvre

„Etudes et Recherches"
A. de Benoist

„Sociere d'Edition, de Presse et de Publicite"
M. Marmin

„Nouvelle Ecole"
A. de Benoist, M. Marmin, L. Pauwels, J.-C. Valla, J. Mabire, P. de Plunkett, Y. Blot, P. Gripari, J.-Y. Le Gallou, A. Lefevbre, J. R. Marechal

„Contrepoint"
Y. Blot

GRECE
Alain de Benoist, Roger Lemoine, J.-C. Valla, Pierre Vial, Alain Lefebvre, Michel Marmin, Patrice de Plunkett, Yves Christen, Jean-Marie Mabire, Jean-Claude Chollet, Michel Leroy, Jean-Yves Le Gallou, Philippe Conrad, Yvon Blot („Michel Norey"), Arnaud de La Grange

„Compagnie francaise de journaux"
R. Bourgine, F. d'Orcival, M. Marmin, A. de Benoist
„Spectacles du Monde", „Valeurs actuelles"

„Heimdal" Normandie
J. R. Marechal, J. Mabire

„Elements"
A. de Benoist, („Robert de Herte"), M. Marmin, P. Vial, R. Lemoine

Das erste Interview seiner Wahlkampagne gab Valery Giscard d'Estaing am 28. Februar 1981 dem „FIGARO-MAGAZINE" von Alain de Benoist und Louis Pauwels.

II. Infiltrierungsorgane

„Associaton francaise pour la defense de la culture"
J.-C. Chollet

„Mouvement Normand"
Didier Patte, J.-C. Chollet

„CLOSOR" (Comite de liaison des officiers et sous-officiers de reserve)
A. de La Grange, Ph. Conrad
„Nation Armee"

„Club de l'Horloge"
Y. Blot, J.-Y. Le Gallou, M. Leroy, H. de Lesquen

„Cercles de L'Institut d'Etudes Politiques"
J.-Y. Le Gallou, Y. Blot (ex-„Cercle Pareto")

„GENE" („Groupe d'etudes pour une nouvelle education")
A. de Benoist („F. Valclerieux")
„Nouvelle Education"

Unter den Mitarbeitern des „Club de l'Horloge" der von Yvon Blot, Mit-

liga", „LICRA"/Liga gegen Rassismus und Antisemitismus, CGT,

Attentat in der rue COPERNIC, 4 Tote, 10 Verletzte;

Unter den Mitarbeitern des „Club de l'Horloge" der von Yvon Blot, Mitglied des Sekretariats der RPR (Beauftragter für die RPR-Propaganda anläßlich der Europaparlamentswahlen) geleitet wird, nennen wir nur einige Parlamentarier, die aus der rechtsextremen Szene stammen:

- Hubert Bassot, Abgeordneter im Orne-Department der UDF/PR (PR: Giscard-Partei; Anm. AK), ex-Redakteur der rechtsextremen Wochenzeitschrift „Esprit Public", Mitglied der Produktions- und Handelskommission der Nationalversammlung.
- Gerard Longuet, Abgeordneter der UDF/PR im Meuse-Department, ex-Mitglied der (faschistischen) Gruppe „Occident", Mitglied der Verfassungsgesetze-Kommission der Nationalversammlung, Mitglied des Politbüros der PR, Verwalter bei TF1 (1. Fernsehprogramm; Anm. AK).
- Alain Madelin, Abgeordneter der UDF/PR im Ile-et-Vilaine-Department, ex-Mitglied der FNE wie einige weitere Führer des GRECE, Studiendelegierter im Sekretariat der PR, Mitglied des Politbüros der PR, Präsident der parlamentarischen Gruppe über Informatik und Mitglied der Nationalen „Informatik und Freiheit"-Kommission.

Unbestrafte Attentate

Vom Juni 1977 bis zum April 1981: Zweihundertneunzig Attentate und schwere Gewalttaten, begangen von der faschistischen und rassistischen Rechten in Frankreich. DIE OPFER? Jüdische Personen oder Einrichtungen, ausländische Arbeiter, meistens Araber oder Schwarze, Studenten in den Universitäten, Demokraten oder demokratische Organisationen (MRAP, „Menschenrechtsliga", „LICRA"/Liga gegen Rassismus und Antisemitismus, CGT, CFDT, KPF, LCR/IV. Internationale, FNDIRP).

Einige Namen, einige Däten

2. Dezember 1977:
Ermordung von LAID SEBAI von der „Freundschaftsgesellschaft der Algerier in Europa";
4. Mai 1978:
Ermordung von HENRI CURIEL;
20. September 1979:
Ermordung von PIERRE GOLDMAN;
21. September 1980:
Brandstiftung in der Wohnung von HENRI NOGUERES, Präsident der „Menschenrechtsliga";
26. September 1980:
Schüsse auf eine jüdische Schule und eine jüdische Krippe, auf ein jüdisches Mahnmal und auf eine Synagoge;
3. Oktober 1980:
Attentat in der rue COPERNIC, 4 Tote, 10 Verletzte;

16. Oktober 1980:
Attentatversuch gegen JEAN-PIERRE PIERRE-BLOCH, Präsident der „LICRA";
15. Dezember 1980:
Mitglieder der Gruppen GUD und FEN überfallen die Universität von Nanterre;
12. Januar 1981:
Molotow-Cocktails gegen das Pariser Kino Saint-Sevrin, wo „Die Schlacht um Algier" vorgeführt wurde: zwei Verletzte;
In der Nacht vom 24. auf den 25. April 1981:
Schändung von 70 jüdischen Gräbern auf dem Friedhof von Bagneux.
Eine lange Liste ....

Muß man sich wundern, daß diese Attentate sich fortsetzen und unbestraft bleiben? Die hier zusammengetragenen Informationen legen die Antwort nahe: NEIN!

Anmerkungen

Betr. Skizze, Abschnitt I. („Publikationen und Verlage"):
- Der „Figaro" ist eine Tageszeitung, der „Figaro-Magazine" eine Wochenzeitschrift
- „Editions Copernic": der Hauptverlag der „Neuen Rechten"
- „Histoire Magazine": Geschichtsmagazin
- „Publications Groupes media PFF" (Pressevertriebs- und Verlagsgesellschaft), die in der Skizze folgenden Namen sind allesamt Zeitschriften, darunter die Frauenzeitschrift „Jacinthe" und das Jugendmagazin „20 ans"
- „Etudes et Recherches" (Studien und Forschungen), „Elements" und „Nouvelle Ecole" (Neue Schule) sind die sog. Theorie-Revuen der Neuen Rechten
- „Compagnie francaise de journaux" (französische Zeitungskompanie), „Spectacle du Monde" (Wunder der Welt) und „Valeurs actuelles" (aktuelle Werte) sind Wochenzeitschriften.

Betr. Abschnitt II. (Infiltrierungsorgane):
- „Association francaise pour la defense de la Culture": Französische Gesellschaft zur Verteidigung der Kultur
- „Mouvement normand": Normannische Bewegung
- „CLOSOR": Verbindungskomitee der Reserve-Offiziere und Unteroffiziere
- „Nation Armee" (Bewaffnete Nation), Zeitschrift
- „Club de l'Horloge": „Uhrenwerk-Club", ein exquisiter Club der „Neuen Rechten"
- „Cercles de l'Institut d'Etudes Politiques": Zirkel des Instituts für politische Studien
- „GENE": Studiengruppe für eine neue Erziehung
- „Nouvelle Education" (Neue Erziehung), Zeitschrift.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Hilfeleistung und die Vereitelung einer Strafverfolgung. Das war die offene Ermutigung für die Faschisten: schlagt ruhig zu – wir von der Polizei verziehen uns und haben nichts gesehen.

Neben der Strafanzeige gegen die NPD-Faschisten werden wir auch gegen verschiedene Polizeibeamte wegen ihres Verhaltens juristisch vorgehen.

Wir meinen: Diese Vorfälle dürfen nicht ohne Folgen bleiben! Sie müssen politische und personelle Konsequenzen haben.

Politische Konsequenzen: Indem endlich ein für allemal das Auftreten von Faschisten in unserer Stadt unterbunden wird – keine Nazi-Aktion darf mehr genehmigt werden!

Indem endlich wirksame Maßnahmen gegen die bekannten deutschen

darf mehr genehmigt werden!

Indem endlich wirksame Maßnahmen gegen die bekannten deutschen

und ausländischen Faschisten in Dortmund ergriffen werden!

Wir empfinden es als einen Hohn, wenn sich Vertreter der Stadt nach Naziaktionen, wie z.B. nach der empörenden Schändung des Bittermark-Denkmals in diesem Jahr, hinstellen und Überraschung und Empörung äußern – aber niemals etwas konkretes unternehmen! Wenn man auf der einen Seite Unternehmungen wie die Ausstellung „Verfolgung und Widerstand" in Dortmund stattfinden läßt und sie als antifaschistisches Aushängeschild benutzt – auf der anderen Seite aber denjenigen, die den Geist und die unmenschlichen Verbrechen der damaligen Zeit wieder heraufbeschwören, jeden erdenklichen Schutz gewährt! Dieser Zustand ist für alle Demokraten unerträglich.

Personelle Konsequenzen: Indem diejenigen bei Polizei und Stadt zur Verantwortung gezogen werden, die den Nazis ihr Auftreten ermöglicht und es der Öffentlichkeit verheimlicht haben; die statt der Faschisten die Antifaschisten festnehmen ließen; die die bewaffneten Ausschreitungen der Nazis dulden und einen Schutz der Bürger und die Einleitung der Strafverfolgung gegen die Gewalttäter behindern. Im besonderen fordern wir die **Absetzung des Polizeipräsidenten Manner:**

Es muß endgültig sichergestellt werden: In unserer Stadt ist kein Platz für faschistische Verbrecher!

... (Es folgen 12 Unterschriften)

Außerdem teilen wir mit, daß sich am Abend des 17. Juni eine Bürgerinitiative „Stoppt die Nazi-Umtriebe in Dortmund!" gegründet hat. Wir unterstützen diese Initiative und arbeiten in ihr mit. Die Bürgerinitiative ist zu erreichen im „Langen August", Braunschweiger Str.

Urteile im Majdanek-Prozeß Ende Juni

Nach dem Abschluß der Plädoyers steht der größte, über 5 Jahre dauernde, NS-Prozeß um die Ermordung von mindestens 250 000 Menschen im KZ Majdanek vor dem Abschluß. Nachdem alle 18 Verteidiger für die 9 Angeklagten Freispruch forderten, werden die Urteile Ende Juni erwartet. Im April 1979 endete bereits für 4 Angeklagte dieser Prozeß mit Freispruch.

Die folgende Erklärung stammt von der "Presse-Initiative Majdanek-Prozeß" in Düsseldorf; sie soll vor der Urteilsverkündung dem Gericht und der Presse übergeben werden.

Wir fordern unsere Leser(innen) auf, der Initiative mit ihrer Unterschrift mehr Gewicht zu verleihen; bitte senden an:

Presse-Initiative-Majdanek-Prozeß/
"Alarm"-Redaktion
Olaf Müller
Suitbertus Str. 6
4000 Düsseldorf 1

Presse-Initiative Majdanek-Prozeß

Es ist sehr still geworden um den Majdanek-Prozeß. Das befremdet um so mehr, als sich der Prozeß jetzt dem Ende zuneigt.

Majdanek steht für mindestens hunderttausendfachen Massenmord, begangen von den freiwilligen Mitgliedern der Lager-SS, die ihre wehrlosen Opfer erhängten, erschossen, ertränkten, erschlugen, vergasten, verhungern und erfrieren ließen.

Von den mehr als 1300 KZ-Schergen des Vernichtungslagers Lublin/Majdanek müssen sich heute – nach über 20 Jahren Ermittlungen und nunmehr fast 5½ Jahren Prozeßdauer – lediglich 9 (!) vor Gericht verantworten. Und schon zeichnen sich weitere Freisprüche ab, die die Opfer zu verhöhnen drohen.

Weil es verantwortungslos still geworden ist, wenden sich die Unterzeichner an die Öffentlichkeit und an das Gericht

- ungeachtet maßloser Prozeßverschleppung
- fordernd nicht Rache, sondern Gerechtigkeit
- in dem Wissen, daß keine Strafe auf der Welt die Verbrechen der Nazis zu sühnen vermag

und erklären:

Die Angeklagten müssen bestraft werden,
den Angeklagten zur Sühne, den Lebenden zur Mahnung
und den Ermordeten zum Gedächtnis.
Kein einziger KZ-Mörder darf freigesprochen werden!

Ihre Anschrift:

Name ______

Straße ______

Ort ______

Unterschrift ______

Presse-Initiative Majdanek-Prozeß / „Alarm“-Redaktion, Olaf Müller, Suitbertus Str. 6, 4000 Düsseldorf 1, Tel. [illegible]

Prozeß gegen Johannes Thimme und Sabine Schmitz in Stammheim: 1 Jahr und 6 Monate!

Am 1o.Juni begann der Prozeß gegen Johannes Thimme und Sabine Schmitz, beide angeklagt wegen eines Flugblattes mit der Überschrift „Hungerstreik“, das sie am 9.Februar 81 in der Universität Karlsruhe verteilt haben sollen. Die Anklage lautete auf 129 a, „Werbung für eine terroristische Vereinigung“. Nach vier Verhandlungstagen verkündete Richter Knospe das Urteil: 1 Jahr und 6 Monate für beide. Damit wurde sogar der Antrag des Staatsanwaltes überschritten, der 1 Jahr Haft ohne Bewährung gefordert hatte.

Die Verhaftung von Sabine und Johannes war zu Beginn des Hungerstreiks in der Presse groß aufgebaut worden. In der ‚Rheinpfalz‘ erschien ein Artikel mit dem Lebenslauf von Johannes und der Überschrift „Konfrontation aus der Zelle“, im ‚Spiegel‘ wurde Sabine sogar zur „RAF-Kurierin“ aufgebaut. Der RCDS verteilte an der Uni Flugblätter, wo er seine mißlungene Festnahme-Aktion schildert. Überhaupt hat der RCDS an der Karlsruher Uni offenbar Polizeifunktionen übernommen: Im Prozeß kam jetzt zutage, daß der RCDS schon vorher von der Karlsruher Kripo beauftragt war, „RAF-Flugblätter“ an der Uni einzusammeln und aufs Revier zu bringen.

Die Prozeßvorbereitung wurde beiden fast unmöglich gemacht: beide sitzen seit Februar in Iso-Haft. Sabine hatte mindestens einen Monat lang nicht mal Anwaltsbesuch, weil ihre Anwältin anfangs nicht zugelassen wurde mit der Begründung, sie hätte mal wegen einem anderen 129a- Angeklagten auf dem Polizeipräsidium angerufen. Johannes durfte – auf richterliche Anordnung hin – nicht einmal das Flugblatt, weswegen er angeklagt ist, in die Zelle bekommen weil dies ja schließlich „Werbung für eine terroristische Vereinigung“ sei.

Sabine war außerdem seit ihrer Verhaftung insgesamt nur 2 Stunden an der frischen Luft.

1. Verhandlungstag:

Nach Verlesen der Anklageschrift (bei der fast alle Zuschauer den Saal verließen), gaben Johannes und Sabine eine Erklärung ab.

J.: Er habe die Hungerstreik-Flugblätter verteilt, um Öffentlichkeit über die Haftbedingungen zu schaffen. Außerdem wehrt er sich gegen die Kriminalisierung des 5 -zackigen Sternes (welcher neuerdings von der Staatsanwaltschaft als „RAF-Symbol“ gedeutet wird.) der größte Teil des Beitrags bezieht sich auf die Politik der NATO.

S.: 2 Monate nach dem Hungerstreik sind die Haftbedingungen der Gefangenen noch immer unverändert. Folgt eine längere Erklärung über die Haftbedingungen.

RCDS-ler Axel Kliem wird als Zeuge vernommen. Er hat – nach einem vergeblichen Versuch, die Flugblattverteiler „festzunehmen“ – die Flugblätter aufs Polizeipräsidium gebracht. Dergleichen hat er öfters getan, an die zuständige Kripo-Beamtin schrieb er Briefe: „Liebe Frau Walter . . . “.

Es folgt die Verlesung der Forderungen aus dem Hungerstreikflugblatt. Direkt im Anschluß daran verliest der Richter die allgemein bekannten RAF-Aktionen.

2.Verhandlungstag:

Vernehmung des Zeugen Blattner vom RCDS. Die Vernehmung ergab, daß Blattner beauftragt war, weitere „RAF-Flugblätter“ an der Karlsruher Uni einzusammeln und der Polizei zur Kenntnis zu bringen. Frau Walter hatte am Vortag erklärt, sie könne dazu keine Angaben machen, da dies den Bereich innerer Angelegenheiten beträfe, über welche sie lt. ihrer Aussagegenehmigung nicht befugt ist Auskünfte zu erteilen.

Danach wird ein altes Urteil gegen Sabine aus dem Jahre 1978 verlesen. Außerdem wurde behauptet, Sabeine zeichne sich durch besondere Verschwiegenheit aus, und dies sei ein Aufnahmekriterium der RAF. Sie sei auch schon in ihrer Schulzeit durch ihr Sozialpolitisch linkes Engagement aufgefallen. J: habe in seiner Wohnung (ca.76) „Bücher über Pyrotechnik“ und „elektrotechnische Teile“ gehabt, ausserdem sei er verdächtig, Schießübungen im Wald veranstaltet zu haben.

3. Verhandlungstag:

Der Kriminalbeamte Schmid vom LKA Stgt. schildert auf Fragen von Sabine hin, den Vorgang der körperlichen Untersuchung von Sabine auf dem Polizeirevier. Bei der Untersuchung waren lt.Schmid „zwangsweise“ männliche Beamte anwesend, da Sabine erheblichen Widerstand leistete. Schmid hielt Sabine mit einem Kollegen am Oberkörper fest, während zwei andere Kollegen Sabine an den Beinen festhielten. Zusätzlich war Sabine noch mit den Händen an eine Bank gefesselt und ihre Beine waren mit einer Achterschließe zusammengebunden. Bei der Untersuchung lag Sabine auf dem Boden. Auf die Frage hin ob Schmid Sabine mit einem Halstuch gewürgt habe, antwortet er, er könne sich nur daran erinnern ihr den Mund zugehalten zu haben, nachdem sie angeblich einer Beamtin in den Arm gebissen haben soll.

Plädoyer des Staatsanwaltes: Die Flugblätter seien nur zu dem Zweck verteilt worden, den Staat unter Druck zu setzen und die Antiimperialistische Front zu stärken. Die Angeklagten hätten damit für eine Vereinigung geworben, die von ganz immenser Gefährlichkeit sei und die Gesellschaft verunsichere. Der Staatsanwalt beantragt je 1 Jahr Freiheitsentzug für die Angeklagten, mit der Begründung, eine Strafaussetzung würde das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtssprechung untergraben.

4. Verhandlungstag:

Am letzten Verhandlungstag hält die Verteidigung ihre Plädoyers. Es ist zusätzlich der Anwalt Vergês aus Paris anwesend, welcher ein sehr ausführliches Plädoyer hält, in dem er auch auf die schiere Unmöglichkeit einer fairen Verteidigung hinweist. Auf dieses Plädoyer beruft sich u.a. der Richter in seinem Urteil, ausserdem auf das Schlusswort der Angeklagten, indem sie erklärten, in welchem Zusammenhang sie die Kriminalisierung von Hungerstreiksolidarität sehen.

M.C., Karlsruhe

Asylbewerber: »... wie im Wartesaal«

soll sich der Kurde Ali Cataldegirmen fühlen. So der Leiter des Kölner Wohnungsamtes über den 20jährigen, der im August 1980 einen Asylantrag gestellt hat.

Ali weigerte sich, in das "City-Hotel" zu ziehen, da er infolge erlittener Folter in der Türkei nicht mit einem wildfremden Menschen und in einem so engen Zimmer leben konnte. Daher bat er das Sozialamt, das für ein Hotelbett zwischen 840 und 1.400 DM im Monat zahlt, die Miete für eine 1-Zi.-Altbauwohnung zu übernehmen, die er sich mithilfe von Freunden gesucht hat.

Das Sozialamt hätte dann lediglich 240 DM monatlich Miete zu tragen gehabt.

Doch war dieser Antrag "nicht gerechtfertigt", denn, so die Kölner Bezirksverwaltung: *„Mit einer Übernahme der Mietkosten würde die Anmietung der Wohnung gebilligt. Dies könnte gleichzeitig als Billigung einer endgültigen Niederlassung verstanden werden".*

Und um nicht falsch verstanden zu werden, sind in Köln sogar schon Asylbewerber aus bereits angemieteten Wohnungen wieder herausgeholt worden, denn „ die sind ja schließlich nur auf Widerruf hier"(Informationen nach "Stern" Nr. 20/81).

"Wie im Wartesaal..." soll sich nicht nur Ali, sondern alle Asylbewerber fühlen. Und dafür ist der Staat gern bereit, tiefer ins Portemonaie zu greifen. So bahnt sich auch eine neue Maßnahme bundesweit an: Aus dem Protokoll der Hamburger Sozialbehörde vom März 1981 geht hervor, daß *„(...) z.Zt. eine Änderung des § 19 AFG angestrebt (wird) mit dem Ziele, die Arbeitserlaubnis für die gesamte Dauer des Asylverfahrens, höchstens aber für die Dauer von 4 Jahren, zu verweigern".*

Zur Zeit besteht die Regelung, daß ein Asylbewerber nach einer generellen Jahresfrist (ohne Arbeitserlaubnis) erst dann eine Arbeitserlaubnis erhält, wenn das Arbeitsamt nach dreimonatigen vergeblichen Bemühungen keinen "vorrangigen" (z.B. deutschen) Arbeitnehmer auf diesen Arbeitsplatz vermitteln konnte.

Es gibt gegen diese Regelung ein (noch nicht rechtskräftiges) Urteil des Hamburger Sozialgerichts (AZ: 2 AR 438/80), nach dem das Hamburger Arbeitsamt einem türkischen Asylbewerber die Arbeitserlaubnis erteilen muß, obwohl der noch nicht ein Jahr in der BRD ist. Begründung: Bei der Erteilung müßten die "Verhältnisse des einzelnen Falles" berücksichtigt werden (FR 21.8.80).

Doch diese wohl einmalige Entscheidung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß den Asylbewerbern der Wartesaal 3. Klasse so unangenehm wie möglich gemacht werden soll. Natürlich nicht allen:

Wie "unsere Brüder und Schwestern aus dem Osten" behandelt werden, macht nochmal folgende grundsätzliche Aussage der Hamburger Sozialbehörde im erwähnten Protokoll deutlich: *„Asylbewerber aus Ostblockstaaten werden auch bei negativem Ausgang des Asylverfahrens nicht in die Heimatländer abgeschoben. Sie erhalten Aufenthaltserlaubnis für den Aufenthaltsort und werden nicht anderen Bundesländern zugeteilt. Soweit sie in der Vergangenheit in das Verteilungsverfahren einbezogen worden sind, handelt es sich um Fehlentscheidungen. Die Erteilung von § 5 Scheinen und die Gewährung von Sozialhilfeleistungen zur Einrichtung der Wohnung sind daher berechtigt".*

AG Ausländer

Oldenburg: Polizeiaktion gegen »Nordwind« und »Alhambra«

Am 10.6. hat die Polizei in Oldenburg eine Großrazzia gegen die alternative Stadtzeitung NORDWIND durchgeführt. Auf Anordnung des Oberlandesgerichts Celle wurden mit einem Aufgebot von insgesamt mehr als 200 Polizisten gegen 6 Uhr morgens gleichzeitig 4 Privatwohnungen und das Aktionszentrum ALHAMBRA durchsucht.

Die aus den Durchsuchungsbefehlen hervorgehenden Gründe für die Großaktion waren die Ausgabe des NORDWINDs über Hausbesetzungen in Oldenburg und die Sondernummer zu den Hungerstreiks der RAF, die u.a. die Erklärung der RAF selbst zum Hungerstreik sowie einige kommentierende Artikel enthält.

Drei angeblichen Mitgliedern des Redaktionskollektivs wird wegen dieser beiden Ausgaben Anstiftung zum Hausfriedensbruch und Aufforderung zu strafbaren Handlungen vorgeworfen.

Die Hausdurchsuchungen selbst waren ein in Oldenburg bisher einmaliges Beispiel polizeilicher Gewaltwillkür. Allein das ALHAMBRA wurde von 130 Beamten umstellt und durchsucht. Im ALHAMBRA befindet sich der Redaktionsraum des NORDWINDs. Die Durchsuchung beschränkte sich trotz des so lautenden Durchsuchungsbefehles jedoch keinesfalls auf diesen Raum. Vielmehr wurde bei der Gelegenheit gleich die Privatwohnung der Wohngemeinschaft im ALHAMBRA und alle übrigen Räume des Zentrums mit durchsucht. Dabei wurden Türen gewaltsam aufgebrochen, obwohl die dazugehörigen Schlüssel vorhanden waren. Durch Herausreißen der Telefonkabel wurde verhindert, daß die Leute im ALHAMBRA einen Rechtsanwalt anrufen konnten. Beschlagnahmt wurden nicht nur die betreffenden Ausgaben des NORDWINDs, sondern ebenso Arbeitsmaterialien, das Protokollbuch der ALHAMBRA-Vollversammlungen u.a. In den Wohnungen der angeblichen NORDWIND-Redakteure wurde ähnlich verfahren: Zimmer von gar nicht Betroffenen wurden durchsucht; eine Wohnung, in der die Angeschuldigte schon seit Monaten nicht mehr wohnt, wurde ebenso durchsucht wie eine andere Wohnung, in der sich eine Angeschuldigte zufällig gerade aufhielt, für die aber gar kein Durchsuchungsbefehl existierte.

B e t r o f f e n sind von der Anklage bis jetzt konkret drei Personen, deren Verbindung zu diesen beiden NORDWINDnummern zum Teil abenteuerliche Konstruktion der Staatsanwaltschaft ist. Susanne war presserechtlich Verantwortliche für die Nummer zum Schwerpunkt Hausbesetzung; daß sie etwas mit der anderen Nummer zu tun hatte, dafür gibt es keinerlei Beweise. Rainer und Ute hatten ihre Telefonnummern in dem NORDWIND über die Hausbesetzungen stehen; daß dies irgendetwas über ihre Position zu den beanstandeten Artikeln aussagt, wird von jedem vernünftigen Menschen verneint werden. Eine Beziehung zu der Nummer über den Hungerstreik konnte für die beiden bis jetzt ebensowenig wie bei Susanne nachgewiesen werden.

Versuche zur Kriminalisierung von „NORDWIND" und „ALHAMBRA" hatten sich schon länger abgezeichnet. So waren verschiedenlich von Seiten der Stadt Presseberichte über Drogenmißbrauch im „ALHAMBRA" lanciert worden. Nachdem die Stadt anfänglich auf das finanzielle Scheitern dieses Projektes hoffte und damit die Vitalität dieses Aktions- und Kommunikationszentrums völlig unterschätzt hatte, versucht sie jetzt, ein Klima der Kriminalisierung und Verunsicherung in der Bevölkerung zu erzeugen, das ihr weitere Schritte in Richtung einer Schließung des „ALHAMBRAS" ermöglicht.

(Nach einem Flugblatt der Oldenburger Studentenzeitung)

Marburger Prozesse: Klassenjustiz in Hochform!

Im Prozeß gegen fünf Marburger Studenten — ehemalige Mitarbeiter in Organen der Verfaßten Studentenschaft — (wir berichteten im AK 201 darüber) wegen Nötigung, Landfriedensbruch, Raub usw. hat der Anklagevertreter Oberstaatsanwalt Pletsch ein Musterbeispiel politischer Justiz geliefert. Die Entlastungszeugen wies er gleich zu Beginn darauf hin, daß bei Aussageverweigerung wegen Gefahr der Selbstbelastung sofort ein Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet würde.

Kurze Zeit später wurde er schon konkreter: Er leitete ein Ermittlungsverfahren gegen eine Zeugin wegen Landfriedensbruch ein, weil er ausgesagt hatte, daß sie zusammen mit einem der Angeklagten gegen ihren Willen von den nachdrängenden Studenten bei einem Go-in in das Uni-Verwaltungsgebäude gedrückt worden sei. Genau dies ist einer der Hauptanklagepunkte im laufenden Prozeß: Angeblich hätten die Studenten das Gebäude widerrechtlich gestürmt und damit Haus- sowie Landfriedensbruch begangen.

Bezeichnend ist auch, daß der Staatsanwalt die Belastungszeugen nach ihrer Organisationszugehörigkeit befragte, um so ihre „Glaubwürdigkeit" zu überprüfen. Der Hinweis der Verteidigung, dies seien Fragen, die allenfalls aus Berufsverbots-Prozessen bekannt seien, antwortete Pletsch: *„Berufsverbot ... das ist doch wieder diese kommunistische Terminologie, die sich hier breitmacht."* Wenn man bedenkt, daß einer der Verteidiger der Bundestagsabgeordnete M. Coppik ist, kann man ungefähr den politischen Standort von Pletsch erahnen.

Ein weiterer Hauptanklagepunkt — der Raub — ist in sich zusammengebrochen und wird vom Gericht nicht weiter aufrechterhalten. Dabei ging es darum, daß der persönliche Referent des Präsidenten der Uni protestierende Studenten fotografieren wollte und ihm dabei der Fotoapparat abhanden kam. Dieser wurde aber später wiedergefunden und aus den Umständen ergab sich, daß die Aneignungsabsicht der „Delinquenten" fehlte. Aber gerade wegen des Raub-Vorwurfs findet der Prozeß vor der großen Strafkammer des Landgerichts statt, was bedeutet, daß keine Berufungsmöglichkeit besteht, sondern nur Revision (wegen formaler Rechtsfehler) möglich ist.

Interessant ist noch die Aussage des Uni-Präsidenten Kröll zu seiner politischen Repression gegen den AStA. Ein allgemein-politisches Mandat stehe diesem nun einmal nicht zu, in Zweifelsfällen entscheide er aber für den AStA. Von der mindestens zweistelligen Zahl von verbotenen Veranstaltungen, Uni-Vollversammlungen, Plakaten etc. weiß er angeblich nichts. Desgleichen sei ihm nichts bekannt von Anhörungsverfahren zur Vorbereitung von Berufsverboten an der Uni während seiner Amtszeit. Selig sind die Armen im Geiste ...

KB/Gruppe Marburg

§ 129 und 129a: Peitsche des RECHTS-Staats

18 Monate Knast ohne Bewährung für Sabine Schmitz und Johannes Thimme, weil sie Flugblätter zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen verteilt hatten. Ein Jahr Knast ohne Bewährung für Inge P., die lt. Anklage einen schwarzen Stern, das Wort RAF und die Parole „Krieg den Palästen" an einen U-Bahn-Waggon gesprüht haben soll. 6 Monate ohne Bewährung für Hans-Gerd Sch. und Andreas B. und dazu noch eine Geldstrafe, weil sie Inge P. „abgeschirmt" haben sollen.
So lauten die ersten Urteile der lt. amnesty international ca. 200 129a-Verfahren wegen „Unterstützung" von oder „Werbung" für eine „terroristische Vereinigung". amnesty spricht von 50 in diesem Zusammenhang immer noch in Untersuchungshaft sprich Isolationshaft eingeknasteten Menschen.
„Unterstützung" und „Werbung" ist lt. Haftbefehlen und/oder Anklagen:
- **das Verteilen von Flugblättern zum Hungerstreik;**
- **das Sprühen der Forderungen der Gefangenen;**
- **das Sprühen oder Malen von roten oder schwarzen Sternen in Verbindung mit irgendeinem Hinweis auf den Hungerstreik;**
- **das Abdrucken der RAF-Hungerstreik-Erklärung.**

Angeklagt sind Freunde, Verwandte, Anwälte, linke Presse. Mit Knast muß heute jeder rechnen, der den Versuch unternimmt, die Forderungen der Gefangenen ohne ausdrückliche Distanzierung zu dokumentieren. Mit Knast müssen auch diejenigen rechnen, die aus rein menschlichen Beweggründen Haftverschonung für schwerkranke „Terroristen" fordern. Weil sie damit – so die juristische Konstruktion – billigend in Kauf nehmen, daß diese schwerkranken Menschen flugs die nächste „terroristische" Vereinigung gründen.
Um nicht die kleinste Täuschung aufkommen zu lassen: Per Gesetz ist dieses Vorgehen RECHT. Doch damit nicht genug: Die Gefangenen selber müssen seit neuestem ihren Hungerstreik gegen die sie in ihrer physischen und psychischen Existenz bedrohenden Knäste und Haftbedingungen mit noch mehr Jahren Knast bezahlen: Gegen Karl-Heinz Dellwo und Lutz Taufer ermittelt die Bundesanwaltschaft wegen Unterstützung einer „terroristischen" Vereinigung durch Hungerstreik.
Nicht „terroristisch" aber „kriminell" sind in diesem Staat Haus- oder Instandbesetzer. Im Zusammenhang mit Hausbesetzungen wird in Westberlin in über 300 Fällen nach § 129 ermittelt. Von hier aus dürfte es nicht weit sondern sehr naheliegend sein, morgen AKW-Gegner, Demonstranten gegen Krieg und Kriegsgefahr, kurz j e d e n demokratischen Protest über den § 129 oder 129a zu kriminalisieren (siehe dazu nebenstehende 'letzte Meldung').

Geschichte des § 129: 110jährige Tradition

Seit Beginn der 70er Jahre wurde das Staatsschutzrecht propagandistisch ganz auf „Anti-Terrorismus" abgestellt. Mit den Worten des Generalbundesanwalts: In den 50er Jahren ging es *„vor allem darum, dem sogenannten gewaltlosen Umsturz entgegenzuwirken, wie er damals von kommunistischer Seite angestrebt wurde... In der ersten Hälfte u n s e r e s Jahrzehnts erwuchs der Strafrechtspflege eine n e u e Aufgabe unter anderen Bedingungen ... Mit der Strafverfolgung terroristischer Gewalttäter leisten Staatsanwaltschaften und Gerichte heute i h r e n Beitrag zur Gewahrleistung des inneren Friedens und der inneren Sicherheit in unserem Staat"* (2). Ob „sogenannter gewaltloser Umsturz" oder „Terrorismus" — für Rebmann besteht da qualitativ kein Unterschied.

Die Staatsschutzfunktion des § 129
sturz" oder „Terrorismus" — für Rebmann besteht da qualitativ kein Unterschied.

Die Staatsschutzfunktion des § 129 hat eine lange Tradition bis ins letzte Jahrhundert hinein.

Was den politischen Staatsschutzcharakter des § 129 angeht, war der Gesetzgeber des StGB im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Dritten Reich ehrlicher; unter dem Titel *„Staatsfeindliche Verbindung"* hieß es dort seit 1871 gleichlautend: *„Die Teilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken oder Beschäftigungen gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften, ist an den Mitgliedern mit Gefängnis bis zu einem Jahre, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängnis von drei Monaten bis zu zwei Jahren zu bestrafen."*

Der § 129 wurde schon in der Weimarer Republik so extensiv ausgelegt, *„daß sämtliche Funktionäre der KPD allein wegen ihrer Tätigkeit im Sinne der revolutionären Zielsetzung ihrer Partei strafbar waren. Damit zog sich die Rechtsprechung den Vorwurf zu, nicht H a n d l u n g e n , sondern G e s i n n u n g e n zu bestrafen* (3).

Mit dem 1. Strafrechtsänderungsgesetz (4) wurde 1951 in den Tatbestand des § 129 — inzwischen unter dem Titel „kriminelle Vereinigung" — auch die „Unterstützung" aufgenommen. So wurde in den 50er Jahren mit Hilfe des § 129 das gesamte Umfeld der KPD kriminalisiert: *„Hauptzielrichtung des § 129 StGB war ursprünglich die Bekämpfung der in 'Gangstervereinen' organisierten gemeinen Kriminalität. Die Vorschrift diente jedoch immer auch zur Unterdrückung von politischen Organisationen... Für die Bestrafung nach § 129 StGB war es nicht nötig, daß die Angeklagten die der Vereinigung angelasteten strafbaren Handlungen selbst begangen hatten. Es genügte, wenn sie davon wußten... § 129 StGB (ermöglichte) die Bestrafung der von § 90a StGB* (damals Mitgliedschaft in einer „verfassungsverräterischen Vereinigung", Anm. AK) *nicht betroffene 'Mitläufer' und 'einfache Mitglieder', ja, sogar von außenstehenden Dritten, die die kommunistische Vereinigung nur 'unterstützt' hatten. Alle solche Fälle geringer Bedeutung zu bestrafen, war weder technisch möglich noch politisch sinnvoll. Die Strafverfolgungsbehörden hatten mit dem § 129 StGB allerdings ein Damoklesschwert in der Hand, das sie je nach politischer Zweckmäßigkeit oder in Fällen von Beweisnot anwenden konnten"* (5).

> **Letzte Meldung**
>
> **Staatsanwaltschaft ermittelt gegen "Weiße Rose" Itzehoe**
>
> Dienstagfrüh um 6 Uhr rollten etwa 50 uniformierte und zivile Beamte bei 7 Mitgliedern der BBU und der "Bewegung Weiße Rose" in Itzehoe zur Durchsuchung an. Der Ermittlungsrichter am schleswig-holsteinischen Oberlandesgericht Flensburg Doesig. hatte auf Antrag der Staatsanwaltschaft am Tage zuvor einen Durchsuchungsbeschluß "wegen Verdachts eines Vergehens nach § 129 und § 129a StGB (Bildung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung)" augestellt. Begründung: Es habe sich "der Verdacht ergeben, daß die Brandanschläge auf Betonfahrzeuge von Zulieferfirmen für die Baustelle der Kernkraftwerk Brokdorf von Mitgliedern der 'Bewegung Weiße Rose' bzw. der mit ihr verwobenen 'Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe' Itzehoe begangen worden sind".
>
> Bericht Seite 4
>
> **aus: „TAZ", 18.6.81**

In dieser Zeit galten als „kriminelle Vereinigung" auch sämtliche sog.

In dieser Zeit galten als „kriminelle Vereinigung" auch sämtliche sog. „Tarnorganisationen" der KPD; „kriminell" z.B. deshalb, weil ihnen Sachbeschädigung *„durch Abreißen gegnerischer Plakate und Schmier-und Klebeaktionen"* vorgeworfen wurde (6).

Erst n a c h dem Verbot der KPD entschied das Bundesverfassungsgericht, daß politische Parteien — solange sie nicht verboten sind — wegen des Parteienprivilegs keine „kriminelle Vereinigung" im Sinne des § 129 sein können (7).

Der Tatbestand des § 129 ist seither im wesentlichen gleichgeblieben. Zwar ist der § 129 nach Absatz II Nr. 2 nicht anzuwenden, wenn die der Vereinigung angelasteten Straftaten nur *„untergeordnete Bedeutung"* haben; das aber ist beliebig auslegbar. Für bedeutend genug hielt der Bundesgerichtshof (8) etwa die *„planmäßige" „Verunglimpfung von Verfassungsorganen"* oder die *„planmäßige" „Verleumdung von Personen des politischen Lebens"* (*§§ 90b, 187, 187a StGB*].

Und 1975 erklärte der BGH bekanntlich Hamburger Hausbesetzer (Ekhofstr.) zur kriminellen Vereinigung, weil sie sich auf die Räumung durch die Polizei auf *„Straftaten von erheblichem Gewicht"* v o r b e r e i t e t hätten (9). Die Angeklagten hätten die „kriminelle Vereinigung" der Hausbesetzer unterstützt, *„indem sie sich mehrfach im Hause aufgehalten und durch ihre Anwesenheit die zur Verteidigung der Hausbesetzung Entschlossenen in ihrem ... Verteidigungswillen mindestens bestärkt haben"* (10).

Unter Hinweis auf dieses BGH-Urteil ist Anfang dieses Jahres zunächst darüber „nachgedacht" worden, den § 129 gegen Instandbesetzer oder auch gegen Demonstranten anzuwenden. Dabei wurde die Anwendung oder Nichtanwendung des § 129 nicht rechtlich hinterfragt, sondern allein über politische O p p o r t u n i t ä t „gestritten" (vgl. Kontroverse zwischen Rebmann und Justizminister Schmude) (11). Die „harte Linie" hat sich inzwischen durchgesetzt: Allein in Westberlin laufen zur Zeit weit über 300 (dreihundert!) 129-Verfahren gegen Instandbesetzer (12). Sympathisantenverfolgung und Entsolidarisierung:

Sympathisantenverfolgung und Entsolidarisierung: § 129(a) immer dabei

Seine besondere Bedeutung hat der § 129 seit Anfang der 70er Jahre je-

doch in der Kriminalisierung derjenigen Linken, die sich trotz aller Entso-

doch in der Kriminalisierung derjenigen Linken, die sich trotz aller Entsolidarisierungskampagnen noch in irgendeiner Weise mit den RAF-, 2. Juni- oder RZ-Genoss/inn/en solidarisch zeigten.

Die „Austrocknung des Sympathisantensumpfes" läuft arbeitsteilig: Während insbesondere der „Spiegel" und Bundesinnenminister Baum versuchen, den „Dialog" mit „geläuterten Dissidenten" (Mahler, Klein, Book) als „geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Terrorismus" zu verkaufen, verfolgt Rebmann angebliche, mutmaßliche, vermeintliche oder tatsächliche „Sympathisanten", die „unbelehrbar" sind bzw. für „unbelehrbar" gehalten werden, mit 129(a)-Verfahren — wobei freilich auch hier das Opportunitätsprinzip gilt.

Strafbar nach § 129(a) ist nicht nur die Unterstützung von M i t g l i e d e r n „krimineller/terroristischer Vereinigungen"; da die „Unterstützung" durch das 1. Strafrechtsänderungsgesetz (1951) ausdrücklich mit in den Tatbestand aufgenommen worden ist, sei *„auch jede Unterstützung der Vereinigung a l s s o l c h e r ... mit Strafe bedroht"* (13).

Auch ist nach der Recht(s)sprechung ein konkreter Erfolg der „Unterstützung" zur Tatbestandsverwirklichung nicht erforderlich: Mit der Tatbestandserweiterung um das „Werben" für eine „kriminelle Vereinigung" (1964) sei auch der erfolglos gebliebene Versuch der „Unterstützung" unter Strafe gestellt (14).

Mit anderen Worten: A l l e s, was i r g e n d w a n n und i r g e n d w i e der „Vereinigung" mittelbar oder unmittelbar nutzen k ö n n t e , fällt unter den § 129(a). Wenn nicht wegen Unterstützung bzw. Werbung, dann wenigstens wegen „Beihilfe" zur Unterstützung oder Werbung: So bei den Agit-Druckern, die nach § 129a verurteilt worden sind, weil (und jetzt wird's kompliziert) sie durch das Drucken der „Info-BUGs" (ehemalige Spontizeitung in Westberlin u.a. mit Hungerstreikerklärungen) deren Herausgebern geholfen hätten, die ihrerseits den Hungerstreikenden dabei halfen, mit ihren Hungerstreikerklärungen für die RAF/Bewegung 2. Juni zu werben. Motto: *„Auch die Beihilfe zur Beihilfe ist Beihilfe zur Haupttat"* (Agit-Urteil S. 78).

„Mitglied" kann sogar sein, wer für die „Vereinigung" überhaupt noch nicht tätig geworden ist, sondern (angeblich) erst habe tätig werden wollen (15).

Nicht bestraft wird dagegen, wer sich *„freiwillig und ernsthaft bemüht, das Fortbestehen der Vereinigung zu verhindern"* (Absatz VI, Nr. 1).

Abgesehen von dieser (versteckten) Kronzeugen-Regelung und Denunzianten-Vergünstigung sowie von der Möglichkeit einer Nichtverfolgung bei Straftaten von *„untergeordneter Bedeutung"* gilt das Gesagte auch für den § 129a („terroristische Vereinigung"). Der im Rahmen der „Anti-Terrorismus-Gesetzgebung" am 20.9.76 in Kraft getretene § 129a betrifft alle Gruppen, denen Mord, Totschlag, Erpressung, schwere Brandstiftung oder Sprengstoffexplosionen vorgeworfen werden sowie deren „Unterstützer" und „Werber". Das Strafmaß reicht von sechs Monaten bis zu fünf Jahren, für „Rädelsführer" sogar bis zu zehn Jahren.

Als „Unterstützer" bzw. „Werber" einer „terroristischen Vereinigung" kann beispielsweise verfolgt werden,

- wer Parolen wie *„Es lebe die RAF"* (16) oder ganz allgemein *„Solidarität mit der RAF"* malt (17);
- wer sich an Vorbereitungen beteiligt, solche Parolen zu sprühen (siehe Düsseldorfer Parolenprozeß) (18);
- wer Erklärungen und Diskussionsbeiträge der RAF, des 2. Juni oder der RZ abdruckt (19);
- wer Hungerstreikerklärungen verteilt (20);
- wer Hungerstreikforderungen nach Hafterleichterung für „Terroristen" sonstwie unterstützt (21);
- wer mit einem Transparent die Zusammenlegung der RAF-Gefangenen fordert, auf das Transparent einen einfachen roten Stern malt und somit *„einseitig versucht, Mitleid zu wekken"* und die *„in Haft befindlichen Gewalttäter zu unterdrückten Opfern hochzustilisieren"* und dabei die *„schweren Straftaten"* der Betroffenen *„verschweigt"* (22);
- wer als Anwalt/Anwältin „Terroristen" verteidigt und es dabei z.B. wagt, Prozeßerklärungen der Mandanten an die Presse weiterzugeben (siehe Ströbele-Prozeß) (23) oder es wagt, bei der Koordination von Hungerstreiks mitzuwirken: Dies *„bringt ihn beinahe in die Nähe der Mitgliedschaft"*, hieß es dazu im Urteil gegen RA Groenewold (24).

mitzuwirken: Dies „bringt ihn beinahe in die Nähe der Mitgliedschaft", hieß es dazu im Urteil gegen RA Groenewold (24).

Bei wenig Phantasie ist die Liste der (unvollständigen) Beispiele beliebig fortzusetzen...

Generalbundesanwalt Rebmann freut sich: der § 129a *„hat sich bewährt... Bei der Anwendung von § 129a StGB haben sich in der Praxis keine besonderen Schwierigkeiten ergeben. Dies ist nicht zuletzt der Rechtsprechung des 3. Strafsenates* (= Staatsschutzsenat, Anm. AK) *des Bundesgerichtshofes zu verdanken, die dazu beigetragen hat, den Tatbestand griffig zu machen"* (25).

Mit der Schein-Liberalisierung durch die (bisher im Bundesrat gescheiterte) Abschaffung der §§ 88a, 130a StGB kommt dem § 129(a) noch eine weitere Bedeutung zu. Denn mit seiner Titulierung „kriminelle/terroristische Vereinigung" ist es schwieriger, ihn (auch) als Z e n s u r p a r a g r a p h e n zu erkennen; eine Solidaritätsarbeit gegen 129-Prozesse ist erheblich schwieriger als bei Verfahren nach § 88a (= „verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten"). SPD/FDP begründen denn auch die Abschaffung der §§ 88a, 130a mit der „Verunsicherung der Jugend" sowie mit der Ü b e r f l ü s s i g k e i t der Paragraphen! Es sind also ausschließlich propagandistische Motive. Wirklich angewendet wurde der § 88a in der Tat kaum. Im Agit-Prozeß beispielsweise stand er relativ bedeutungslos n e b e n dem § 129a.

Im Prozeß gegen die Alternativ-Druckerei „Fantasia" — zur Anklage standen verschiedene Flugblätter, Plakate und Broschüren zu Haftbedingungen, Hungerstreik usw. — ließ die Bundesanwaltschaft die §§ 88a und 90a („Verunglimpfung" der BRD) kurzerhand fallen, nachdem an diesem (Zensur-)Prozeß eine Solidaritätskampagne entwickelt werden konnte, die bis zu den Jungdemokraten reichte. Übrig blieb der § 129a; die Angeklagten wurden u.a. wegen des Druckens der *„Behauptung, Gefangene seien ermordet worden"* (26) bis zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Strafprozessuales Sonderrecht für § 129a-Beschuldigte

Neben seiner materiell-rechtlichen Bedeutung hat der § 129a aber auch eine Reihe von weiteren (vor allem verfahrensrechtlichen) Konsequenzen. — So hat der § 129a in „Terroristen-Prozessen" immer auch eine Lückenbüßerfunktion; sozusagen als Joker überbrückt er jegliche Beweis„schwierigkeiten": *„In Prozessen gegen vermeintliche oder wirkliche Terroristen wird einseitig belastend ermittelt, gilt statt der rechtsstaatlichen Unschuldsdie verbotene Schuldvermutung, wird Täterschaft mehr unterstellt als nachgewiesen... Die simple Methode mitgefangen, mitgehangen hat sich in politischen Strafverfahren zunehmend breitgemacht — wer einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung zuzurechnen ist, muß für die Taten aller Gruppenmitglieder einstehen"* (27).

So wäre Fritz Teufel mit dieser Konstruktion und ohne A- bzw. B-libi heute und die nächsten Jahre sicher noch im Knast.

Und so sind Christoph Wackernagel und Gert Schneider wegen versuchten Mordes bei der Schießerei während ihrer Festnahme verurteilt worden, denn — so hatte Richter Wagner schon im Prozeß gegen Angelika Speitel „festgestellt" — *„innerhalb der RAF habe es 'eine Grundsatzentscheidung gegeben, sich in keinem Fall festnehmen zu lassen'"* (28). Soll heißen: Wenn andere RAF-Mitglieder bei ihren Festnahmen ihre Verfolger erschossen haben, dann müssen es Wackernagel und Schneider wenigstens versucht haben.

Nach gleichem Strickmuster sollte auch Knut Folkerts u.a. die Teilnahme an der Erschießung Bubacks „nachgewiesen" werden: *„'die Willensbildung der Bande', beschreiben die Bundesanwälte die Gruppierung, 'erfolge nicht nur nach hierarchischen Gesichtspunkten, sondern auch im Wege der Diskussion untereinander...'. Knut Folkerts, so folgern die Ankläger, könne auch über kriminelle Aktivitäten und Mordpläne nie im Unklaren gewesen sein"* (29).

- Bei Verfahren nach § 129a ist grundsätzlich der Generalbundesanwalt für die Anklage zuständig. Erste Instanz ist gleich das Oberlandesgericht (§§ 120, 142a GVG, in Kraft seit 20.9.76). Damit werden alle Verfahren zentral in Karlsruhe gesteuert. Durch die Zuständigkeit des OLG gibt es keine Berufungsmöglichkeit, sondern nur die Möglichkeit der Revision durch Urteil des 3. Senats beim BGH, der bekanntlich so gut wie alles zu Lasten der Angeklagten absegnet. Und Rebmann liebäugelt sogar mit der Zuständigkeit des BGH in erster und letzter Instanz, was *„unsere Arbeit erleichtern würde"*, aber leider mit der Rechtsmittelgarantie unvereinbar sei (30).

fungsmöglichkeit, sondern nur die Möglichkeit der Revision durch Urteil des 3. Senats beim BGH, der bekannt-

- Seit der Novellierung des § 146 StPO („lex raf", in Kraft seit 1.1.75) darf ein Verteidiger nicht mehr mehrere Beschuldigte verteidigen, denen dieselbe Tat zur Last gelegt wird. Wegen der „Klammerwirkung" der §§ 129, 129a, durch die alle im Zusammenhang mit der „Vereinigung" stehenden (behaupteten) Straftaten umfaßt werden, kann ein Anwalt grundsätzlich immer nur einen 129-Beschuldigten verteidigen. Es ist deshalb inzwischen sehr schwierig geworden, noch linke Anwälte für 129-Verfahren zu finden.

So wurden in Westberlin fast alle Amerika-Haus-Besetzer ihre Anwälte los, nachdem der Haftbefehl gegen sie auf Intervention Rebmanns um den Vorwurf der Werbung für die RAF und den 2. Juni erweitert worden war; eine Haftprüfung konnte wegen fehlender Anwälte damals nicht stattfinden (31).

Weit angereiste Anwälte werden schon mal wegen der zu großen Entfernung (so jedenfalls die offizielle Begründung) nicht mehr vom Gericht verpflichtet, was im Prozeß gegen Knut Folkerts dazu führte, daß er a l l e i n von Zwangsanwälten „vertreten" wurde (32). Das lief dann so ab: *„Die Zeugen kommen. Sie sagen aus. Keine Frage mehr? Der nächste, bitte. Da wird niemand in die Zange genommen, da gibt es keinen Streit um Indizien mit den in Terroristen-Prozessen versierten Bundesanwälten. Es läuft alles im Kammerton, und es läuft wie geschmiert"* (33).

Der § 146 hat — so Rebmann — *„manches Ausschließungsverfahren erspart"* (34).

- Für einen Haftbefehl wegen § 129a ist weder Flucht- noch Verdunkelungsgefahr erforderlich, seit der § 112 III StPO 1976 neu gefaßt worden ist.
- Verteidiger von 129a-Beschuldigten können nach § 138a II StPO (in Kraft seit 19.4.78) schon dann ausgeschlossen werden, wenn der *e i n f a c h e* „Verdacht" (im Gegensatz zum „dringenden") besteht, er begünstige seinen Mandanten in irgendeiner „unzulässigen" Weise oder er sei eine „erhebliche Gefahr für die Sicherheit der Vollzugsanstalt". Wann ein „einfacher

Fortsetzung nächste Seite

Aufruf für eine Kampagne gegen die aktuellen Massenfestnahmen und -verhaftungen

Fast täglich lesen wir in der Presse oder erfahren es am eigenen Leib, daß wieder einmal in irgendeiner Stadt der BRD einige oder gleich ein Dutzend Demonstranten festgenommen und (vorübergehend) inhaftiert wurden. Die meisten werden wieder freigelassen. Einige aber gleich in Haft behalten. Gegen alle aber werden Ermittlungen bzw. schon Verfahren in Gang gesetzt wegen Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Verstoß gegen § 129 („kriminelle Vereinigung"). Die Massenverhaftungen von Nürnberg wurden von der demokratischen und linken Öffentlichkeit noch als Provokation empfunden und riefen Empörung hervor. Die jetzt folgenden skandalösen Nürnberger Urteile werden bereits weniger beachtet. Inzwischen läuft die Zahl der von derartigen Maßnahmen Betroffenen in der BRD über die Tausend-Marke (nicht mitgerechnet die Fälle, in denen bereits nach § 129a „terroristische Vereinigung" ermittelt wird) — ohne daß die Öffentlichkeit, auch die linke, das ausreichend zur Kenntnis nimmt. Allein in West-Berlin z.B. wird in mehr als dreihundert Fällen ermittelt.

Es besteht die Gefahr, daß mensch sich an Massenfestnahmen und -verhaftungen bei Demonstrationen/ Kundgebungen gewöhnt, wie mensch sich auch an mit MPs bewaffnete Polizisten gewöhnt hat.

Wir wollen uns aber nicht daran gewöhnen, daß demonstrieren gleichbedeutend sein soll mit Knast. Wir wollen, daß die Verfahren niedergeschlagen werden und die Demonstrationsfreiheit auf West-Deutschlands Straßen wiederhergestellt wird. Wir meinen, daß es notwendig ist, eine Kampagne für Anmestie aller „Demonstrationstäter" zu entwickeln.

Wir haben deshalb im Initiativkomitee Arbeiterhilfe/Hamburg eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich zunächst eine Übersicht verschaffen soll über die laufenden und anstehenden Verfahren, über die sich herausbildenden neuen Methoden der Justiz bei der Bewältigung der Massenverfahren, über die möglichen Forderungen einer solchen Kampagne.

Als erstes benötigen wir allerdings massenhaft Informationen und Unterlagen, um uns überhaupt erst mal einen annähernden Überblick über die bisher vorliegenden Fälle zu verschaffen, (den wir dann selbstverständlich veröffentlichen wollen), sei es von euren eigenen Verfahren, sei es, daß ihr auf interessante Artikel (aller Art — auch seitens der Staatsschützer!) gestoßen seid. Schickt uns alles zu! Riesig würden wir uns natürlich freuen, wenn sich noch einige Leute für die direkte Mitarbeit in unserer Arbeitsgruppe interessieren würden!

Schreibt an das:
IKAH c/o Verlag Arbeiterkampf
Demorecht AG
Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50

Spendenaufruf

Wie ihr schon in AK 2oo und AK 2o1 lesen kontet, wurden in der Nacht zum Karfreitag in Koblenz fünf Frauen verhaftet und es wird ihnen vorgeworfen, Parolen zum Hungerstreik und dem Tod von Sigurd Debus gesprüht zu haben, d.h. § 129a tritt für die Herrschenden in Kraft. Daß so ein Verfahren nicht nur Zeit und Nerven, sondern auch eine ganze Menge Geld kostet, ist allgemein bekannt. Die Frauen haben schon jetzt einige tausend DM für Anwälte, Flugblätter etc. ausgegeben, weit mehr als sie selber tragen können.

Deshalb spendet bitte:
Sparkasse Münster — Kontonr. 1o7 o337o6
BLZ 4oo 5o 15o — Stichwort „Solidarität"

Etwaige Überschüsse gehen natürlich an andere vom § 129a Betroffene.

Tauziehen um das Leben von Ilse Schwipper

Noch immer sitzt Ilse Schwipper im Knast, obwohl die 13. Große Strafkammer im Schmücker-Prozeß am 5.Juni endlich die Haftverschonung für Ilse beschlossen hatte. Der Vollzug der Haftverschonung ist durch die Beschwerde der Staatsanwaltschaft bis zur Kammergerichtsentscheidung (Beschwerde-Instanz) ausgesetzt, ungeachtet des lebensbedrohlichen Gesundheitszustandes von Ilse (siehe AK 2o3). Das Kammergericht wird voraussichtlich erst in der Woche nach dem 21.Juni entscheiden.

In dem Haftverschonungsbeschluß des Gerichts heißt es in Bezug auf die ärztlichen Gutachten u.a.: *„Danach leidet die Angeklagte unter einer schweren reaktiven Depression mit Suicidgefährdung und unter quälenden körperlichen Beschwerden. Insgesamt befinde sich die Angeklagte im Zustand eines schwerkranken Menschen, ohne verhandlungsunfähig zu sein. Von der Richtigkeit des dargestellten Krankheitsbildes ist die Kammer überzeugt. Schon die seit dem 26.August 1974 dauernde Haft mit den Besonderheiten ihres Vollzuges macht dies wahrscheinlich. Vor allen Dingen aber stützt sich das Gericht hierbei auf den Eindruck, den die Angeklagte in der Hauptverhandlung hinterlassen hat. . . Art und Schwere der Krankheit sind geeignet, die Fluchtgefahr erheblich zu verringern."*

Mit dieser Begründung hat nunmehr auch das Gericht anerkannt, daß Ilses katastrophaler Gesundheitszustand zurückzuführen ist auf die inzwischen 82 Monate andauernde Untersuchungshaft „mit den Besonderheiten ihres Vollzuges", das heißt: abgesehen von ungezählten Schikanen dreieinhalb Jahre Kleinstgruppen- und Totalisolation!

Daß für Ilse im Knast kaum noch eine Überlebenschance besteht, interessiert die Staatsanwaltschaft einen Dreck: *„Denn der getroffenen Vorhersage, bei dem Antragsteller könne eine entscheidende Besserung des Gesundheitszustandes unter den Bedingungen der Haft nicht mehr erreicht werden und bei Fortdauer des Strafvollzuges* (?? — Ilse sitzt in U-Haft !, Anm.AK) *werde die weitere Verschlechterung des Gesundheitszustandes sowohl subjektiv als auch objektiv unausweichliche Folge sein, kann das Vorliegen der Vollzugsuntauglichkeit nicht entnommen werden . . . Die Angeklagte ist verhandlungs- und auch fluchtfähig"* (aus der Beschwerde-Begründung). Und überhaupt: Wenn es Ilse unbestreitbar so dreckig ging, daß bisher sämtliche Verhandlungstage im Schmücker-Prozeß schon am frühen Vormittag abgebrochen werden mußten (wenn überhaupt verhandelt werden konnte), dann waren für die Staatsanwaltschaft d i e A n w ä l t e schuld; denn *„vielmehr führten gerade erst die längeren Ausführungen ihrer Verteidiger über ‚Haftprüfungsanträge' und ‚Haftbedingungen' während der Beweisaufnahme . . . zu einem Erregungszustand der Angeklagten"*. Die Ausführungen über „Haftprüfungsanträge" und „Haftbedingungen" – in Anführungsstrichen! – waren also, folgt man der „Logik" der Staatsanwaltschaft, nur ein Trick.

Und so erklärt sich auch die phantastische „Beobachtung" der Anklagevertreter, die vom Gericht *„gänzlich unbeachtet"* geblieben sei: Während der zahlreichen Verhandlungspausen nämlich *„änderte die Angeklagte schlagartig ihr Verhalten, zeigte sich gelöst, nahm Kontakt zu Zuhörern und Mitangeklagten auf, lachte und war zu Scherzen aufgelegt"*. Bei diesem Zynismus fehlen dem regelmäßigen Prozeßbesucher wirklich die angemessenen Worte. . .

Die Beschwerde der Staatsanwaltschaft und die Außervollzugsetzung der Haftverschonung ist an sich schon ein Skandal. Sollte das Kammergericht den Haftverschonungsbeschluß aufheben, käme dies einem Todesurteil gleich.

Antirepressionskommission des KB/ Westberlin

Für Ilses Haftverschonung müssen 2o.ooo DM Kaution gezahlt werden, die privat nur ganz kurzfristig geliehen werden können. Die Schmücker-Prozeß-Initiative ruft deshalb d r i n g e n d zu massenhaften Spenden auf:
c/o Anke v.Gierke
PSchkt.Nr. 1974 49-100,
PschA Berlin-West
Kennwort: Ilse Schwipper

Westberlin: Prozesse gegen die die Hausbesetzerbewegung

In Westberlin sind mittlerweile 37 Prozesse im Zusammenhang mit den „Straßenkrawallen" vom 12.Dezember '8o und den nachfolgenden Tagen gelaufen. Endeten die ersten Prozesse mit Gefängnisstrafen bis zu 2 1/2 Jahren und ohne Bewährung, so werden in letzter Zeit häufig Urteile bis zu einem Jahr Knast ausgesprochen und in der Regel auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Daneben gibt es inzwischen auch immerhin zehn Freisprüche. Unabhängig davon, wie diese „weiche Welle" politisch zu erklären und einzuordnen ist (was u.M. nach erst n a c h Abschluß der gesamten Prozeßlawine gegen die Hausbesetzerbewegung beurteilt werden kann, wozu auch gehört, daß die Revisionsurteile erfolgt sind), kann heute schon gesagt werden, daß die Chansen der Angeklagten umso besser sind, je weiter der Prozeßtermin vom „Tatzeitpunkt" entfernt liegt: Selbst bei den in aller Regel wohl vorbereiteten Polizeiaussagen leiden die

urteile erfolgt sind), kann heute schon gesagt werden, daß die Chansen der Angeklagten umso besser sind, je weiter der Prozeßtermin vom „Tatzeitpunkt" entfernt liegt: Selbst bei den in aller Regel wohl vorbereiteten Polizeiaussagen leiden die

polizeilichen Belastungszeugen auffallend häufig unter Gedächnisverlust und unter der Unfähigkeit, ihre allzu offensichtlich frei erfundenen Aussagen durch Absprachen untereinander einigermaßen schlüssig „vor den Schranken der Gerichte" zu präsentieren. Wie schön, wenn das einschüchternde Ritual der Klassenjustiz auch einmal für Gerechtigkeit sorgt.

Wie ein Prozeß so ablaufen kann

In einem am 1.Juni abgeschlossenen Prozeß, in dem es – wie üblich – darum ging, daß ein Angeklagter Steine in Richtung Polizei geworfen haben soll (dies aber bestritten hatte), traten im Laufe von vier Verhandlungstagen 16 Polizeizeugen, davon aber lediglich drei Belastungszeugen auf. Den Rest an Polizeizeugen kann man getrost als „Stimmungsmacher" bezeichnen; besonders bemerkenswert ist hier aber die Prozeßführung durch das Gericht:

Der Rechtsanwalt des Angeklagten stellt einen Antrag, die Staatsanwaltschaft gibt zu diesem Antrag eine ablehnende Stellungnahme ab.

Der Richter diktiert ins Protokoll: „ *‚Der Staatsanwalt lehnt den Antrag ab.' Der Staatsanwalt unterbricht den Richter: Herr Vorsitzender, der Staatsanwalt beantragt, den Antrag abzulehnen'."* („*TAZ*", 2.6.81) Dann wurde der Antrag vom Gericht eben abgelehnt.

Als der Anwalt des Angeklagten die Identität zweier Herren in unmittelbarer Nähe des Staatsanwaltes Möllenbrock geklärt haben wollte (offensichtlich Möllebrocks Leibgarde), „ *‚entstand ein heftiger Wortwechsel zwischen meinen Verteidigern und dem Richter, in dessen Verlauf dieser einen meiner Verteidiger als ‚Lügner' beschimpfte.*

Dieser Ausfall war nicht der einzige. Auch ich wurde schon Opfer eines richterlichen Wutausbruches. Wegen eines Lächelns, das ganz und gar nicht ihm galt, bekam ich zu hören: ‚Sie haben hier sowieso nichts zu lachen' " (Aus der Sicht des Angeklagten, zitiert nach TAZ vom 2.6.81).

Die Rechtsanwälte verzichteten in diesem Verfahren (Urteil: 1o Monate zur Bewährung) auf ein Plädoyer, sie sie wollen das Verfahren in der nächsten Instanz fortsetzen. Staatsanwalt Möllenbrock hatte gleich 21 Monate ohne Bewährung beantragt.

. . . . und ein anderer

In einem Verfahren vom 4.6, das mit Freispruch endete, war der Angeklagte am 15.12.8o von „Zivis" auf der ersten Demonstration zur Freilas-

. . . . und ein anderer

In einem Verfahren vom 4.6, das mit Freispruch endete, war der Angeklagte am 15.12.8o von „Zivis" auf der ersten Demonstration zur Freilas-

sung der Gefangenen vom 12.12. festgenommen worden. Er hatte bei seiner Festnahme Widerstand geleistet – und dies vor Gericht damit erklärt, „ *daß er die Polizeibeamten nicht sofort als solche erkannt habe"* (Volksblatt Berlin 5.6.81). Das Gericht gab dem Angeklagten Recht, *„zumal sich die Polizeibeamten vorher unter den Demonstranten selbst aufgehalten hätten"* (Volksblatt Berlin 5.6.81). Ein Urteil, das Schule machen sollte!¡ ! Dem gegenüber forderte der Staatsanwalt sechs Monate auf Bewährung und 3ooo DM Geldstrafe wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt".

. . . . und noch ein Freispruch

In einem Verfahren, das am 5.6.81 mit Freispruch endete, sprach der Vorsitzende Richter vom *„Erfolgszwang, dem die bei Demonstrationen eingesetzten Polizeibeamten ausgesetzt seien"* (TSP, 6.6.81). Der Angeklagte hatte den „Tatvorwurf", einen Stein aus einer Gruppe auf ein Polizeifahrzeug geworfen zu haben, bestritten.

Doch drei Polizeibeamte wollten eben jene erschröckliche Tat vom Angeklagten gesehen haben. Aber – welches Pech für die Polizeizeugen – schon bei der Fluchtrichtung der Gruppe, aus der heraus der Steinwurf gekommen sein sollte, widersprachen sich die Polizeizeugen aufs heftigste.

Die Staatsanwaltschaft forderte hier ein Jahr zur Bewährung und will in die nächste Instanz gehen.

In den nächsten Tagen wird in einem weiteren Berufungsprozeß das Urteil gesprochen werden. Mehr davon im nächsten AK.

Westberliner Antirepressions-Kommission des KB

Fortsetzung von vorheriger Seite

Verdacht" vorliegt, ist dem Gutdünken des Oberlandesgerichtes überlassen.

Der Verteidigerausschluß bei „dringendem Verdacht" (§ 138a II StPO alte Fassung) ist bereits seit dem 1.1.75 im Zusammenhang mit der RAF-Prozeß-Gesetzgebung ermöglicht worden. Die Novellierung 1978 macht den Ausschluß-Paragraphen nur noch *„effektiver"*, wie sich Rebmann freut (35).

• Von der Kontaktsperre (§§ 31ff EGGVG, in Kraft seit 2.10.77 — bekanntlich nach der praktischen Einführung) sind grundsätzlich und nahezu ausschließlich alle 129a-Gefangenen betroffen.

• Die Überwachung der Verteidiger-

• Von der Kontaktsperre (§§ 31ff EGGVG, in Kraft seit 2.10.77 — bekanntlich nach der praktischen Einführung) sind grundsätzlich und nahezu ausschließlich alle 129a-Gefangenen betroffen.

• Die Überwachung der Verteidigerpost (§ 148 II 1,2 StPO, seit 20.9.76 in Kraft) ist nur bei 129a-Beschuldigten („legal") möglich. Entsprechendes gilt für den nach § 129a rechtskräftig Verurteilten (§ 29 I StVollzG). Rebmann zur Verteidigerpost—Überwachung: *„äußerst hilfreich"* (36).

• Nach § 148 II 3 StPO (in Kraft seit 1.6.78) und § 29 I StVollzG ist auch die Trennscheibe gesetzlich nur für 129a-Beschuldigte/Verurteilte vorgesehen.

Rebmann will noch mehr

Generalbundesanwalt Rebmann erörtert in einem Aufsatz (37) weitere Pläne zu Gesetzesänderungen für 129a-Angeklagte:

• So ist seiner Meinung nach eine Strafaussetzung zur Bewährung bei 129a-Verurteilten nur deshalb nicht ausdrücklich zu verwehren, da ohnehin bei *„Überzeugungstätern"* in der Regel *„keine günstige Sozialprognose"* bestünde und deshalb eine Bewährung nicht in Betracht komme.

• Demgegenüber wünscht sich Rebmann eine etwas komplizierte, aber durchaus folgenreiche Änderung des Strafprozeßrechts: Wegen der *„oft schwierigen Beweislage"* möchte er gerne vorab schon mal *„einzelne leicht beweisbare Taten und nicht mehr das gesamte strafbare Verhalten eines Terroristen"* anklagen. Dabei macht ihm aber Kopfzerbrechen, daß er nach § 129a nur e i n m a l anklagen darf, denn nach dem Verfassungsgrundsatz „ne bis in idem" (nicht zweimal für dasselbe — AK) (Art 103 III GG) darf niemand wegen der gleichen Tat zweimal angeklagt und verurteilt werden. Die von § 129a abhängigen strafprozessualen S o n d e r r e c h t e sowie auch die Zuständigkeit Rebmanns wäre damit verloren. Deshalb will Rebmann eine Gesetzesänderung, die eine *„stufenweise Vorabanklage"* ermöglicht, ohne daß dadurch die Strafanklage nach § 129a „verbraucht" ist.

Dabei soll offensichtlich der Grundsatz „ne bis in idem" mehr oder weniger trickreich unterlaufen werden; dieser Grundsatz dürfe nämlich nicht so ausgelegt werden, *„daß wir zu unsinnigen, der materiellen Gerechtigkeit grob widersprechenden Ergebnissen kommen"*, meint Rebmann zu seinem Vorschlag von *„wesentlicher Bedeutung"*.

An diesem Vorschlag des Generalbundesanwalts wird überdeutlich, welche Bedeutung das strafprozessuale S o n d e r r e c h t für 129a-Beschuldigte hat.

tung".

An diesem Vorschlag des Generalbundesanwalts wird überdeutlich, welche Bedeutung das strafprozessuale S o n d e r r e c h t für 129a-Beschuldigte hat.

Widerstand ist dringend geboten

Protest gegen die extensive Anwendung des 129a ist dieser Tage durchaus Thema von bürgerlichen Medien (wie z.B. „Report" oder „Spiegel") oder z.B. auch von Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch. Auch amnesty international hat seine Besorgnis in einem Brief an Generalbundesanwalt Rebmann geäußert. Das alles ist erfreulich, jedoch lange nicht genug. Nicht genug zum einen, weil diese Kritik hauptsächlich an der „Unverhältnismäßigkeit" ansetzt. Kritisiert wird die unverhältnismäßig lange Untersuchungshaft und die Isolationshaft für die 50 im Zusammenhang mit dem Hungerstreik Inhaftierten. Nicht genug zum anderen, weil es sich eben nicht nur um „überzogene Reaktionen" (Hirsch) handelt und um „die Sprache des Völkischen Beobachters" (Hirsch zu einer Passage des richterlichen Beschlusses von Bundesanwalt Kuhn zu den zehn „Autobahnsprühern"). Nicht genug auch die Forderungen von ‚ai,' von einer Verfolgung nach 129a im Zusammenhang mit dem Hungerstreik abzusehen, weil keiner der inhaftierten oder beschuldigten Personen Gewalt angewendet habe. Die Äußerungen von M. Hirsch und die Forderungen von‚ ai' sind mutig und allemal eine Unterstützung. Sie sind aber nicht genug, wenn die Linke und Protestbewegungen in diesem Land es

ten oder beschuldigten Personen Gewalt angewendet habe. Die Äußerungen von M. Hirsch und die Forderungen von‚ ai' sind mutig und allemal eine Unterstützung. Sie sind aber nicht genug, wenn die Linke und Protestbewegungen in diesem Land es

dabei belassen, statt die Forderungen aufzunehmen, zu tragen und wesentlich zu erweitern: Angesagt ist ein massenhafter Protest gegen die Paragraphen 129 und 129a und das, was sie sind: Einschüchterungs-, Disziplinierungs- und Kriminalisierungsinstrument j e g l i c h e n Widerstands gegen den Atomstaat BRD, gegen den intimsten Verbündeten von Kriegstreiber Reagan, gegen diesen Staat der Hochsicherheitsknäste, des Todesschusses und und und.

Weg mit den § 129 und 129a!

Antirepressionskommission KB-Westberlin

Anmerkungen

(1) „Terrorismus und Rechtsordnung", Rebmann in: „Deutsche Richterzeitung" (DRiZ) 1979, S. 363 ff;
(2) H. und E. Hannover, „Politische Justiz 1918 - 1933", S. 228;
(3) Das 1. Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 „ist eine Waffe, die geschmiedet wurde, um den Kalten Krieg zu bestehen", sagte CDU-MdB Haasler 1957 im Bundestag; zit. nach Brünneck (s. Anm. 4), S. 74;
(4) A.v. Brünneck, „Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1968", S. 151f;
(5) Brünneck, a.a.O., S. 151; vgl. auch BGH NJW 1954, S. 1253;
(6) BVerfGE Bd. 12, S. 296;
(7) BGHSt Bd. 20, S. 87f;
(8) BGH NJW 1975, 986;
(9) zit. nach „SOS – Freiheit in Deutschland" („stern"-Buch), S. 257;
(10) „Spiegel", 9.2.81;
(11) vgl. AK 202, S. 10;
(12) vgl. Agit-Urteil des BGH: NJW 1981, 61 ff;
(13) ebenda;
(14) BGHSt 29, 114ff; dies ist ein Urteil gegen den Faschisten Michael Kühnen. Angesichts der Tatsache, daß gegen Nazis kaum 129-Verfahren laufen („Einzeltäter"!), ist auch dieses Urteil letztlich gegen Linke gerichtet, zumal das „Tätigwerden" Kühnens eigentlich gar nicht hätte bezweifelt werden können.
(15) BGHSt 28, 26;
(16) vgl. Urteilsauszug zum „Düsseldorfer Parolenprozeß", AK 191;
(17) ebenda;
(18) vgl. beispielhaft Agit- und Fantasia-Prozeß;
(19) mehrere Beispiele in AK 196, 197;
(20) vgl. etwa die SPD-Büro-Besetzung in Westberlin; AK 196;
(21) alle Zitate aus „stern", 5.3.81;
(22) s. AK 196;
(23) zit. nach „FAZ", 11.7.78;
(24) Rebmann, DRiZ 1979, S. 363;
(25) „taz", 24.3.80;
(26) „Spiegel", 2.6.80;
(27) zit nach „taz", 3.12.79; s. auch AK 184;
(28) „Spiegel", 19.5.80; s. auch AK 184;
(29) Rebmann a.a.O., S. 365;
(30) „Tagesspiegel", 6.6.80; AK 180;
(31) vgl. AK 184;
(32) „stern", 17.7.80;
(33) Rebmann a.a.O., S. 366;
(34) ebenda;
(35) ebenda;
(36) DRiZ 1979, S. 363 ff.

...für den mobilen Mann von heute

Frau möchte in der taz gerne die Entwicklung der Minderheit Männer auf einen Blick verfolgen können. Wir fordern deshalb eine Männerseite, die nicht die Überschrift Chauviland z.B. verdient,

Auch in der „taz" wird die Forderung nach einer Männerseite laut.

Die Männerseite darf nicht sterben!

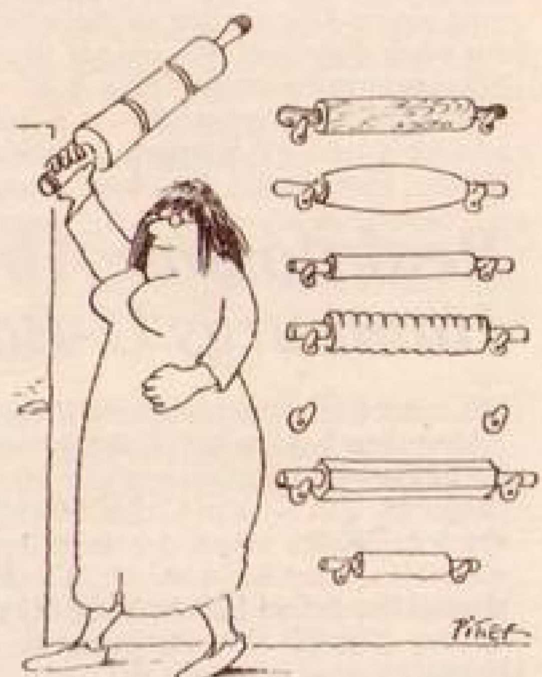
Die nichtendenwollenden Rufe der AK-Leser: „Männerseiten her – sonst geben wir keine Ruhe mehr!", „Schafft ein, zwei, ... viiiele Männerseiten!", „Männerseiten für alle – sonst gibt's Krawalle!" haben uns dazu bewogen, nun doch noch eine „Seite für den Mann" zu veröffentlichen. Ein weiterer Anstoß dafür war die schier unerschöpfliche Fülle an Material, das uns aus unseren Archiven entgegenquoll und das Zeugnis davon gibt, wie sehr gerade der sensible Mann in der heutigen Zeit zu leiden hat. Ist auch der traditionelle Gebrauch des Nudelholzes in den letzten Jahrzehnten prozentual etwas zurückgegangen, so ist doch gleichzeitig eine stetig steigende Verwendung von elektrischen Rührmaschinen, Saftpressen und Häckselgeräten zu verzeichnen, die diesen Rückgang bei weitem ausgleicht (auch hier Rationalisierung!). Und das ist nur ein Beispiel von vielen!

Nicht vergessen dürfen wir auch das stattliche Arsenal an seelischen Grausamkeiten, sogenanntem Psycho-Terror, das die perfide weibliche Phantasie sich geschaffen hat. Auf diesem Gebiet hat es in den letzten Jahren erhebliche Aufrüstungstendenzen gegeben: Mann denke nur an die um sich greifende Einrichtung von Frauenhäusern, in denen sich die Frauen nicht nur dem Zugriff ihres

von Frauenhäusern, in denen sich die Frauen nicht nur dem Zugriff ihres

Gatten, sondern gleichzeitig auch ihren gesetzlichen ehelichen Pflichten entziehen können; ferner an die wachsende Kriminalisierung von Vergewaltigungen – und das vor dem Hintergrund eines immer hemmungsloseren weiblichen Exhibitionismus und von schamlosen provokativen Akten.

Insgesamt hat sich die Stellung des Mannes in der heutigen Gesellschaft spürbar verschlechtert. Seine Bedrohungen auf dem Arbeitsmarkt



nehmen ständig zu. Nicht einmal die traditionellen Männerberufe, ursprünglich den Männern als Schutzraum zugestanden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Fähigkeiten frei vom Konkurrenzdruck der geschickteren Frauen zu entfalten, bleiben vom Andrang der arbeitswütigen Frauen verschont.

Auch in seinem Privatleben fühlt sich der Mann mehr und mehr bedroht: Der Trend zum Zweitmann hält weiter an; gleichzeitig gehen aber auch immer mehr Frauen dazu über, im Zuge des allgemeinen Energiesparens ihre Kontakte zu Männern drastisch einzuschränken. Die Rückzugsmöglichkeiten des erschöpften Mannes zu seinesgleichen werden ebenfalls immer knapper: Die Kneipen werden von allein oder in Gruppen saufenden Zecherinnen heimgesucht. (Für die Forderung der Männerbewegung nach „Männerkneipen" haben diese Frauen nur ein höhnisches Lachen übrig!) Auch kein Fußballplatz ist mehr sicher vor randalierenden Damenfußball„mann"schaften.

Was bleibt, ist die innere Einkehr, die Rückbesinnung des Mannes auf seine ureigensten Eigenschaften; dann hätte auch der westdeutsche Mann noch eine Chance, den internationalen Standart wieder zu erreichen.

nationalen Standart wieder zu erreichen.



Männerschicksale: Leiden, Leiden, Leiden ...

„BILD" enthüllt: Die wahren Betroffenen im Falle einer Schwangerschaft sind die Väter:

„Jeder zweite leidet besonders, wenn seine Frau das erste Kind erwartet. Das fanden internationale Wissen-

„Jeder zweite leidet besonders, wenn seine Frau das erste Kind erwartet. Das fanden internationale Wissen-

schaftler in zehnjährigen Studien heraus.

Die werdenden Väter hatten Appetitmangel, Zahnschmerzen, Bauchweh, Brechreiz, sagt der Londoner Arzt Dickens. (...) Der amerikanische Soziologe Lichtenberg: ‚Werdende Väter haben mehr Autounfälle, weil sie unaufmerksam sind oder sich leicht einen antrinken.' Andere verkriechen sich, meiden ängstlich jeden sexuellen Kontakt, schlafen oft sogar in einem anderen Zimmer. Ein Bankier war während der gesamten Schwangerschaft seiner Frau impotent. (...) Auf ein Kind warten, das ist für jeden Vater, der ja passiv ist, zuschauen muß, ein riesiger Streß. (...) Empfindsame Männer sind anfälliger dafür."

Auch die Ehe kann für Männer die Hölle sein; Siegfried D. (40) *„ hat seine blonde Frau Ursel (38) schließlich erwürgt. Vergeblich hatte er ‚gehofft, daß sie sich noch ändert' "*, schreibt „BILD". Er notierte in sein Tagebuch: *„Ich mußte mich um den gesamten Haushalt und die Kinder kümmern, Frühstück machen, dem Kleinen beim Anziehen helfen. Mittags kochte ich, saugte Staub. Abends waschen und die Kinder ins Bett bringen."*

„Seine Frau vertrieb sich die Zeit in 12 Kursen und Vereinen – gleichzeitig: Fecht-, Reit-, Schwimm-, Tennisklub und Turnverein. Sie belegte Kurse für Batik, Keramik, Töpferei, Englisch und Französisch, sie gehörte dem Mütterkreis der Kirche und dem Kindergartenrat an." Und wenn Siegfried D. sich wehrte? D.: *„Bei diesen Auseinandersetzungen bekam ich meist Ohrfeigen, oder – wenn's im Bett war – Tritte in die Rippen. Einmal schlug sie mir die Schreibtischlampe an den Kopf."*

Trotz allem: *„Meine Liebe zu ihr war Entsagung und Verzicht."*

Seltsamerweise sind auch im Falle einer Scheidung die Männer die

war Entsagung und Verzicht."
Seltsamerweise sind auch im Falle einer Scheidung die Männer die

Hauptleidtragenden. (Heute begehren zu 58 % die Frauen die Scheidung und nur noch zu 33 % die Männer – „Hamburger Abendblatt", 2.5.81). Männer leiden schwerer und vor allem länger an zerbrochenen Ehen. Die Leiterin der Vertrauensstelle für Eheleute und Verlobte in Hamburg bestätigt dies: *„Es ist sicher so, daß bei einer Frau mehr Reserven vorhanden sind, die sie in schwierigen Situationen mobilisieren kann."*

Leider führt das zu unschönen Nebenerscheinungen: *„Männer drehen da eher durch. Das beweisen leider die vielen Mordanschläge auf Frauen, die ‚Goodbye' sagen."*

Dazu kommt die gesellschaftliche Achtung geschiedener Männer. *„Arbeitskollegen, Verwandte, Bekannte wenden sich ab." „Aus meinem Freundeskreis sehe ich niemand mehr. Wenn ich meine Schwiegermutter auf der Straße sehe, geht sie auf die andere Seite"*, erzählt Dieter in der Hamburger „Morgenpost" (26.2.81). Und dann das Vorurteil, daß ein geschiedener Mann alleine nicht zurechtkommen kann. *„Da existiert dann das Bild von löcherigen Socken neben der ranzigen Butter, Berge von schmutzigem Geschirr und Staub unter dem Teppich"* („Mopo").

Da bleibt nur noch eins:

Heirat oder Motorradklub

Mädchen flüchten in die Ehe, Jungen in Motorradklubs. Das ergaben Gespräche eines Forscherteams der Universität Dortmund in Jugendheimen und Berufsschulen über die schlechte Arbeitssituation. (ap)

„Hamburger Abendblatt", 24.1.81

Das schwache Geschlecht

Männer sind in vielerlei Hinsicht gefährdeter als Frauen.

„Männer mit Herzbeschwerden sollten ‚Oben-ohne-Strände' meiden. Nach einer Meldung der Londoner ‚Daily Mail' hat ein Herzspezialist in Palma de Mallorca einen direkten Zusammenhang zwischen blanken Busen und einer Zunahme der Herzinfarkte um fünfzehn Prozent entdeckt" („Hamburger Abendblatt", 10.3.81).

„Rentner Vincenzo Agosta (74) aus dem sizilianischen Städtchen Modica wurde das Opfer eines Porno-Filmes: Bei den gewagtesten Szenen versagte sein Herz" („Morgenpost", 16.3.81).

„Filmstar James Stewart gestand einem Freund: ‚Ich war in dem Porno-Film ‚Tiefer Schlund' – und habe die ganze Zeit geweint'. Der Freund fragte: ‚Warum, das war doch sicher kein trauriger Film.' Stewart: ‚Mit 72 ist jeder Pornofilm ein trauriger Film' " („Bild", 5.3.81). Dabei hat er doch noch Glück gehabt!

Für ein Anti-Diskriminierungs gesetz

Es muß endlich Schluß sein mit der Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsmarkt! Ein erster Erfolg:

„Ein Spielkasino in London muß 1470 Mark Schadenersatz wegen Sex-Diskriminierung an den Croupier Kevin Mutch (30) zahlen. Seine Bewerbung war abgelehnt worden: ‚Schon besetzt'. Als sich seine Frau später um die gleiche Stelle bemühte, wurde sie aber sofort eingestellt" („Mopo", 12.3.81).

Der britische Eisenbahner Arthur Burton klagt sogar vor dem Europäischen Gerichtshof für Gleichberechtigung; vor einem britischen Arbeitsgericht hatt Burton, der sich mit 58 Jahren freiwillig in den vorzeitigen Ruhestand begeben will, sich vergeblich darauf berufen, daß weibliche Beschäftigte der British Railways schon mit 55 Jahren eine Pensionierung erhalten können, Männer aber erst vom 60. Lebensjahr an („FR", 25.2.81).



Entmannungen

Die Intoleranz einer weiblich dominierten Gesellschaft führt zu einem immer krasseren Anpassungsdruck an das weibliche Geschlecht: Arbeiter, die Anti-Baby-Pillen herstellen, entwickeln durch den Hormon-Staub Brüste („Mopo", 7.3.81).

Einen ähnlichen Effekt hat regelmäßiger übermäßiger Alkoholgenuß; er kann *„bei Männern nicht nur zu einer bleibenden Verkleinerung des Geschlechtsorgans führen, sondern auch zur Entwicklung weiblicher Körpermerkmale"*, behauptet der britische Gastroenterologe Anthony Morris laut „Welt" (10.4.81).

Eifersüchtige Frau schnitt Penis ab

Bei Ministern haben jetzt auch Stummel eine Chance

Heiße Favoriten: Würstchen

Männer, wehrt Euch!

Überangepaßt:

Mann mit zwei Frauenherzen

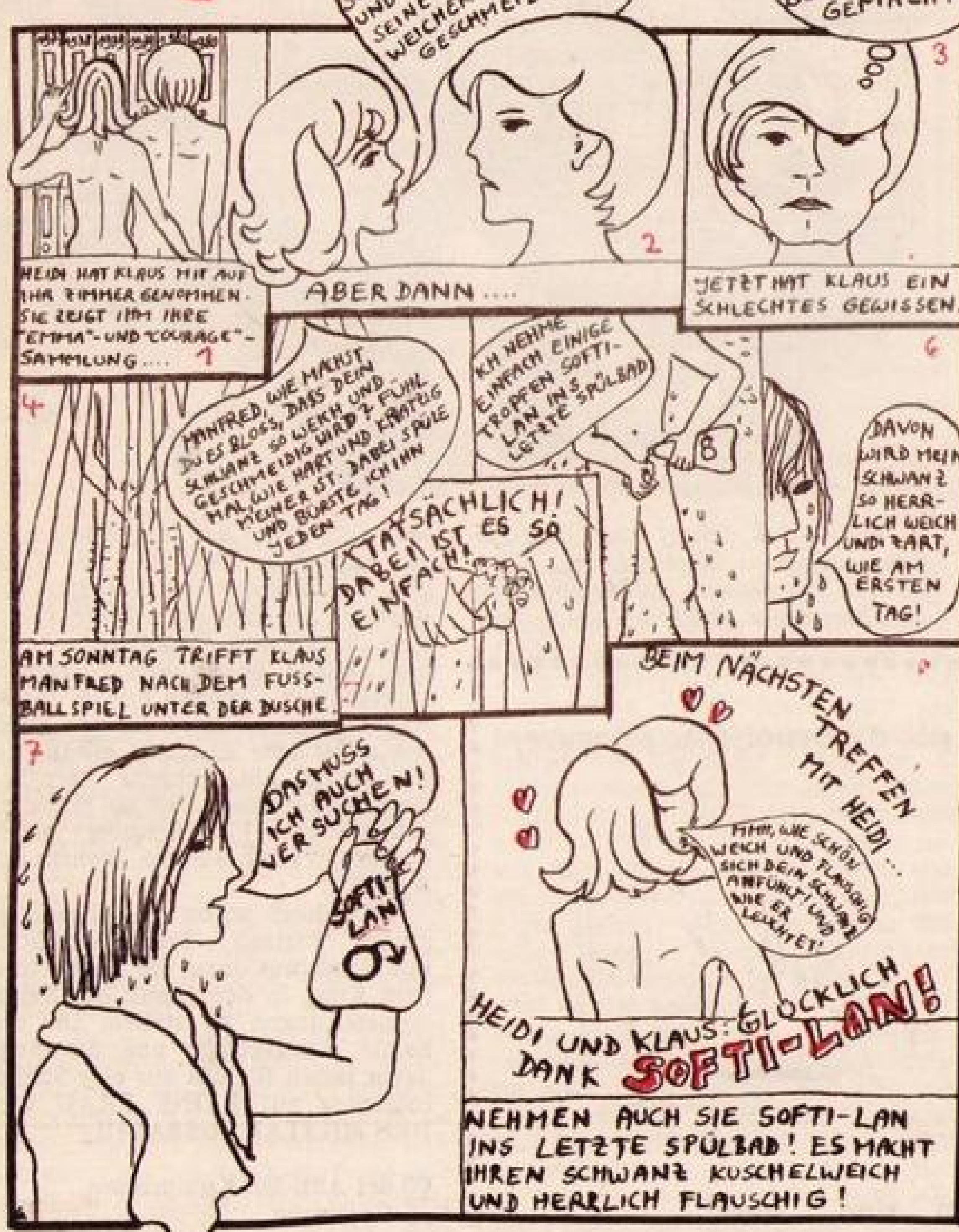
Kampf der weiblichen Überheblichkeit

Seit die Wissenschaft immer gesichertere Erkenntnisse über die genetisch bedingte körperliche und psychische Überlegenheit der Frau gegenüber dem Mann gewonnen hat, macht sich in zunehmendem Maße ein unerträglicher „female chauvinism" (weiblicher Chauvinismus) breit. Ein Beispiel: Unter der Überschrift „Wir Frauen sind zäher als Männer" zitiert das „Hamburger Abendblatt" (25.2.81) die Langstreckenläuferin Christa Vahlensieck: *„Es ist doch bekannt, daß wir Frauen zäher sind. Wir haben auch weniger Angst vor Spritzen und dem Zahnarzt."* Und sie brüstet sich rücksichtslos: *„Männer sind merkwürdige Geschöpfe. Wenn ich sie nach fünf Kilometern überholen will, protzen sie mit ihren Kräften und legen ein höheres Tempo vor. Nach zehn Kilometern trabe ich dann ganz munter an ihnen vorbei ..."*.

So nicht, Frau Vahlensieck! Unsere Männer haben als Vertreter des schwachen Geschlechts schon genug an ihrer Benachteiligung zu tragen, da sollten wir (als die Stärkeren) uns nicht auch noch über sie lustig machen!

Es wäre vielmehr unsere Aufgabe, ihr Selbstbewußtsein und die Entwicklung ihrer (zugegebenermaßen geringen) Fähigkeiten durch aufmunternden Zuspruch und Anerkennung auch kleiner Erfolge zu fördern!

Klaus findet sein Glück





Des Widerspenstigen Zähmung

Ein Drama hält die Welt in Atem, das sich seit Wochen in und um das englische Königshaus abspielt: Da kämpft ein Mann bis zur Selbstaufgabe um seine Unabhängigkeit, gegen die überkommenen Traditionen, die ihn in den bürgerlichen Eheknast zwingen wollen. Sein Name: Prinz Charles. 32 Jahre war es ihm gelungen, diesem Fluch, der auf seinem Geschlecht lastet, zu entgehen. Nun hat ihn Lady Diana aufs Korn genommen; nicht umsonst trägt sie den Namen der Göttin der Jagd. Anfang August soll die Hochzeit sein. Die Lage ist verzweifelt und der Prinz versucht sein Letztes (vielleicht auch unbewußt?), um ihr zu entrinnen, indem er sich tollkühn den Gefahren des Polosports und damit der Selbstverstümmelung aussetzt. Schon dreimal in sechs Wochen stürzte er vergeblich von seiner Stute. Aber noch gibt er nicht auf! Drei Tage vor der Hochzeit wird ihm die letzte Chance geboten, wieder ein Poloturnier. Er wird sie nicht ungenutzt verstreichen lassen , auch wenn Lady Di versucht, das Vorhaben mit aller Kraft zu vereiteln; auf dem Titel des „Sunday Mirror" bat sie den Prinzen: „Tu's nicht!"

Gib nicht auf, Charles!
Denk auch an Deine geliebte Stute „Nina", die Du nicht einsam zurücklassen kannst!

Der Kampf der Männer ist weltweit

„Auf Kosten der Männer"

PEKING, 8. Juni (AFP). Vor der Vorherrschaft der Frauen hat die chinesische Provinzzeitung „Heilong Jiang Ribao" gewarnt. „In manchen Familien herrscht inzwischen eine erneute Ungleichheit der Geschlechter, und zwar auf Kosten der Männer", schrieb die Zeitung. In dieser „schädlichen" Situation sieht die Zeitung nicht nur eine Gefahr für die „Gesundheit des ehelichen Zusammenlebens", sondern auch für die „revolutionäre Sache" an sich. „Kritik zuzulassen an der Ideologie der männlichen Machtausübung bedeutet nicht, daß wir den Frauen nun in allem die Entscheidung überlassen", meinte das Blatt, das es im übrigen „normal" fand, wenn die Männer einen größeren Anteil an den Hausarbeiten haben und sich den Frauen gegenüber „aufmerksamer" zeigen. Allerdings, so die „Heilong Jiang Ribao" abschließend, „darf man nicht zu weit gehen".

„FR", 9.6.81

Was auf dem Kirchentag auffiel ...

MÄNNERBRIEF



Macht das Private öffentlich!!

Keine Zeit Welt 28.3.81

Richter **Thomas R. Brett** aus Tulsa (US-Bundesstaat Oklahoma) war ein wenig erstaunt, als ihm ein Geschworener erklärte, er müsse jetzt gehen. „Meine Frau ist nämlich eben dabei, schwanger zu werden", sagte der Mann. „Sie meinen wohl, sie bekommt ein Kind?" fragte Brett. „Nein", entgegnete der Geschworene „sie soll schwanger werden." Der weise Richter meinte: „Mir ist nicht ganz klar, was Sie eigentlich meinen. Ich denke, je doch Sie sollten dabeisein."

Sex ohne Mandat

Jackson — Weil er eine Bibliotheks-Angestellte verführen wollte und erwischt wurde, legte ein US-Kongreß-Abgeordneter (38) sein Mandat nieder.

ABER DAS GEHT ZU WEIT !!!!

Gesundheitsamt prüft Eier

DER STAAT

HAT 'SE WOHL NICHT ALLE !

Sind wir auf dem Weg zum Matriarchat?

Jetzt ist es auch wissenschaftlich erwiesen: die „Machtergreifung deutscher Frauen" („BamS", 24.5.81) steht bevor! Eine Langzeitstudie des Meinungsforschungsinstitutes Allensbach hat herausgebracht, daß

- *„Frauen immer mehr aus dem Dunstkreis des Haushaltes herausstreben";*
- *„Frauen einen eigenen Standpunkt haben, nicht mehr den ihres Mannes oder Partners";*
- *„immer mehr Frauen berufstätig"*, sind (alles „BamS", 24.5.81).

Demgegenüber seien Männer *„immer weniger aktiv"*, *„für Frauen nicht so attraktiv wie Frauen für sie"*, und vieles andere mehr.
vieles andere mehr.

Das Institut hat nämlich herausgefunden, daß der Anteil der Frauen, die unter keinen Umständen arbeiten möchten, von 40 auf 31%geschrumpft sei. Bei den Männern aber sei der Prozentsatz umgekehrt von 10 auf 37% gestiegen. Bei den Frauen habe sich das Interesse nach beruflicher Fortbildung von 13 auf 18% erhöht, bei den Männern sei es dagegen von 39 auf 25% zurückgegangen (die Vergleichszahlen beziehen sich jeweils auf die Jahre 1953 und 1979 nach „FAZ", 21.5.81).

Bei soviel Wettbewerbsvorsprung muß ja wohl jemand Federn lassen — und das kann niemand anders sein als der Mann, auf dessen Kosten diese Emanzipation der Frauen läuft: *„Dabei* (gemeint ist der Kampf der Geschlechter, Anm.AK) *überflügelt die selbstbewußte berufstätige Frau, der der Beruf an sich Befriedigung bietet, die Männer immer mehr. Sie verwirklicht sich im Beruf, schafft es trotzdem, Kinder und Haushalt zu haben, will das auch. Auf wessen Kosten? Offenbar auf Kosten der Männer, die außer ihrem Beitrag zum Lebensunterhalt der Familie (meist Lebensunterhalt der Familie (meist noch der überwiegende Beitrag!) immer mehr auch für Kinderhaltung und Haushaltsführung in die Pflicht genommen werden"* („BamS", 24.5.81).

Eigentlich kann mann dem ganzen keinen rechten Glauben schenken. Denn wer hat das alles wohl herausgefunden, unter dem Mäntelchen der Wissenschaftlichkeit? Na? Genau: natürlich eine FRAU...
(Das Allensbacher Institut leitet Elisabeth Noelle-Neumann).

Die Rüden-Ecke



„taz", 8.5.81

... und auch unsere Bullen sollen nicht leer ausgehen

Schwächliche Bullen

Da sich alle bisherigen Oberstdorfer Bullen als zu schlapp für die dortigen Kühe erwiesen, kaufte man einen letzten, teuren Stier mit dem vielversprechenden Namen „Accu". Aber auch er konnte seinem Namen keine Ehre machen und wurde an den Metzger verkauft. Jetzt sieht die Ortsverwaltung die letzte Möglichkeit in der Einführung der künstlichen Besamung. (dpa)

„Hamburger Abendblatt", 31.1.81

Hamburg: Prostituierte machen Putz

„Wir haben klar erkannt, daß wir nicht geboren wurden, um sexuellen Krüppeln zu helfen und frustrierte Bürger fürs Ehebett zu motivieren, Zuhältern die Taschen zu füllen und den Staat durch Vergnügungssteuern fett zu machen. Hat sich der Staat schon einmal Gedanken über die Opfer der sogenannten Vergnügungsstätten gemacht, die doch einen ganz beträchtlichen Sack Steuern einbringen? Da sind die vielen Alkoholiker (Animierfrauen, Stripperrinnen), Konsumenten von Aufputschmitteln (Portiers, Kellner), die Opfer von Spielhöllen und eine Kolonne von Suchtkranken aller Art und psychisch Kaputten, die einmal in diesen Höllenreigen hineingeraten sind, der soviel Geld abwirft. Für dieses Geld ist der Staat eigentlich verpflichtet, ja verantwortlich, den Opfern zu helfen!"

In einem Protestbrief an die Hamburger Sozialbehörde klagen heutige und ehemalige Prostituierte von St. Pauli die soziale Diskriminierung ihres Berufs und die mangelnde Unterstützung für Aussteigerinnen vom Strich an. Hintergrund des Konflikts: Das einzige Frauenhaus in der BRD für ausgestiegene oder mißhandelte Prostituierte, die Hamburger „Arche", liegt mit der Sozialbehörde im Clinch um ihre weitere Finanzierung.

Bisher bezog die „Arche" Unterstützung nach dem sogenannten „Randgruppenparagraphen" 72 des Bundessozialhilfegesetzes, der seit längerem von Frauenhausinitiativen als Finanzierungsgrundlage bekämpft wird. Auch die Bewohnerinnen und Sozialarbeiterinnen der „Arche" wehren sich jetzt gegen die mit dem Randgruppenparagraphen verbundenen Diskriminierungen: Für jede Frau müssen im Einzelfall „Therapiebedürftigkeit" und „Soziale Defizite" nachgewiesen sowie periodische Entwicklungsberichte angefertigt werden.

Diese Einmischung und Bevormundung will die „Arche" nicht mehr länger mitmachen und fordert einen festen Etatposten für ein selbstverwaltetes Frauenhaus. Die Hamburger Sozialbehörde ist über dieses neue Selbstbewußtsein nicht sonderlich erfreut. Hatte es doch schon die „normalen" Frauenhäuser schwer genug, ihre Autonomie durchzusetzen — jetzt kommen auch noch die Prostituierten ...!

Hatte sich die Behörde vor einem Jahr noch *„mit dem Konzept eines Frauenhauses überfordert"* gefühlt, machte sie jetzt den Vorschlag, daß die Bewohnerinnen der „Arche" sich als Wohngemeinschaft selbstverwalten, die Sozialarbeiterinnen allerdings Angestellte des Diakonischen Werks sein sollen. Denn das Diakonische Werk unterhalte schon eine Beratungsstelle in St. Pauli und möchte auch Wohngruppen betreuen ...

Die Sozialarbeiterinnen der „Arche" wollen aber verständlicherweise im Frauenhaus nicht als der verlängerte Arm des Diakonischen Werks arbeiten und befürchten auch eine längerfristige Personaleinsparung auf diesem Weg.

Die Einzelfallprüfung nach § 72 stinkt den „Arche"-Frauen aber auch noch aus einem anderen Grund: Seit rund einem Jahr werden amtlicherseits nur noch diejenigen Frauen als unterstützungswürdig im Sinne des § 72 angesehen, die vorher als r e g i s t r i e r t e Prostituierte gearbeitet haben. Eine Frau, die ohne „Bockschein" angeschafft hat und in der „Arche" aufgenommen werden will, bekommt den Tagessatz nicht. Das gleiche gilt auch für die Kinder von Prostituierten. Auf diese Weise hat die „Arche" noch nachträgliche Forderungen an die Behörde von rund 40.000 Mark.

Macht die Freier öffentlich...?

Um ihrer Forderung, als viertes Hamburger Frauenhaus anerkannt zu werden, mehr Nachdruck zu verleihen, haben sich die Frauen eine pikante Drohung ausgedacht: *„Sollten weiterhin Berichte über uns angefertigt werden, so könnten wir uns gezwungen sehen, auch unsererseits Berichte anzufertigen. Wie wär's denn mit einer Kundenkartei?"*, heißt es im Offenen Brief an die Behörde.

Eine Hamburger Genossin

Reaktionäre Abtreibungsplakate in Hamburgs U-Bahnen

Mit blutroten Seitenscheiben-Klebern „Abtreiben heißt töten — Babys wollen leben" sind seit kurzem alle Hamburger U- und S-Bahn-Linien bestückt worden. Direkt neben der Schrift ist ein Fötus im Alter von 11 Wochen abgebildet. Selten haben es die Reaktionäre gewagt, ihre Propaganda in Hamburg so offen unter die Leute zu bringen; bemerkenswert auch deshalb, weil diese Art von „Werbung" einen Haufen Geld kostet.

Hamburger Frauengruppen haben hierzu einen Offenen Brief an die für die U-Bahnen zuständige Hamburger Hochbahn AG (HHA) geschrieben:

Hamburg, 12.6.81

„Abtreiben heißt töten. Babys wollen leben!" —

Mit Entsetzen haben wir die Werbeplakate des Sozialinstituts Krefeld — „Insel fürs Leben" — mit dieser Aufschrift in der Hamburger U-Bahn gesehen. Wir sind empört, daß sich die HHA zu so einseitiger Propaganda hergibt, die eine unglaubliche Diffamierung aller Frauen bedeutet, die ihr Recht wahrnehmen, selbst zu entscheiden, ob sie Kinder wollen oder nicht. Nach den Brandanschlägen auf Pro Familia und den Angriffen von Hamburger Gynäkologen gegen ein Familienplanungszentrum sehen wir darin



einen weiteren Schritt in der Hetzkampagne von Abtreibungsgegnern gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen. Wir wehren uns dagegen, daß Frauen, die abtreiben, öffentlich als Mörderinnen hingestellt werden. Wir fordern hiermit die HHA auf, die Plakate unverzüglich zu entfernen, und ihre Werbeflächen nicht für diese Art von Kreuzzug zur Verfügung zu stellen.

Beratungsgruppe im Hamburger Frauenzentrum
Prostaglandingruppe Hamburg
Frauengruppen im Gesundheitsladen Hamburg
Gruppe Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen
Organisationsgruppe der 1. Hamburger Frauenwoche

Moralische Dienst»verpflichtung«

Der wachsende Frauenprotest gegen einen Einsatz in der Bundeswehr bereitet den Verantwortlichen Kopfzerbrechen, ihre Kriegsvorbereitungen wirksam an die Frau zu bringen. Hier weiß die „Europäische Wehrkunde" Rat. Getreu der Vorstellung, Frauen könnten ihr Handeln eh nur gefühlsmäßig bestimmen, wird die Hoffnung in die „angeborene Hilfsbereitschaft" und die emotionale Verpflichtung der Frauen gesetzt: *„Es erscheint wert, einmal zu prüfen, inwieweit durch im Frieden abgeschlossene Verträge (Verpflichtungen) der Einsatz von Frauen zu Dienstleitungen im Kriege vorbereitet werden kann. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Einsatz von Frauen im Sanitätsdienst der Bundeswehr. Zwar läßt es Art. 12 Abs. 3 GG nicht zu, daß der Staat durch Gesetz bereits jetzt Frauen für den Mob-Fall als Krankenschwestern verpflichtet, doch sind gewiß viele Frauen freiwillig bereit, sich im Falle eines Krieges für den Dienst als Krankenschwester zur Verfügung zu stellen... Besonders bei den weiblichen Angehörigen von Soldaten und Beamten wird der Wunsch bestehen, im Falle eines Krieges ihre Arbeitskraft zur Versorgung der Verwundeten zur Verfügung zu stellen. Auch wenn ein gesetzlicher Zwang nach vorhergegangener freiwilliger Verpflichtung im Falle eines Einsatzes nicht ausgeübt werden könnte, wäre die Verpflichtung von seiten der Angehörigen von Soldaten so stark, daß darauf eine Mob-Planung aufgebaut werden kann... Gerade weil die Männer, Söhne und Brüder besonders gefährdet sind, wird bei diesen Frauen der Wunsch, verwundete und kranke Soldaten zu pflegen und zu betreuen, besonders groß sein... In dem Augenblick, in dem der Soldat seine Familie verlassen muß, fehlt den Angehörigen oft der männliche Schutz... Die Tatsache, daß Frauen von Soldaten und Beamten im Falle eines Krieges unter dem Schutz des Roten Kreuzes stehen, würde neben den vorstehend aufgeführten Gründen sowohl für die Angehörigen als auch für den Soldaten selbst eine so starke Bindung an die einmal eingegangene Verpflichtung hervorrufen, daß sie fast einer gesetzlichen Verpflichtung gleichkommt."* (Europäische Wehrkunde, April 81)



Es gehört schon eine besonders große Portion Frauenverachtung und Zynismus dazu, die Angst vor einem Krieg in den Dienst der Kriegsvorbereitungen zu stellen. Die drohende Kriegsgefahr und die Angst davor lassen für uns nur eine Schlußfolgerung zu: **KEINE FRAU FÜR DEN MILITÄRAUSBAU!!!**

♀♀ der Anti-Mil-Kommission Göttingen

Überall auf der Welt schließen sich die Betroffenen zusammen:

»Wir, die anderen Königinnen und ich, diskutieren oft über unsere Arbeit. Alle Königinnen haben ihre Erfahrungen, und jede lebt in einer speziellen Situation — es ist sehr interessant, das alles zu hören.«

Die schwedische Königin Silvia in der »Welt am Sonntag«



Königinnen gemeinsam sind stark!

„Linke" Gewalt gegen Frauen

Frauen hört ihr Frauen schrein, laßt die Frauen nicht allein!

Netzwerkfete in Münster. Ich tanze. Durchs Gewühl drängt sich meine Freundin, T., hält eine Hand vors Gesicht, sagt: „Harry hat mich geschlagen." Wie oft haben wir im Notruf unsere Reaktionsunfähigkeit beklagt: Ein Mann macht dich an, schlägt dich, vergewaltigt dich – und du bis ohnmächtig, hilflos vor Angst und Scham. Ich bin 29 Jahre alt, das fünfte Jahr in der Frauenbewegung, erst seit einem halben Jahr kann ich (zurück)schlagen. Lange hat's gedauert... (dieser Mut hängt übrigens auch mit meinemComing-out zusammen...). Ich schnapp mir also die nächste Frau, sag „Kümmer' dich um T." und stürme los. Ich brauch keine Erklärungen, er hat sie geschlagen, DAS REICHT! Wir werden immer mehr Frauen, wir finden ihn draußen, schon wieder auf dem RÜCKWEG zum Fest begriffen. Zwei bis drei Frauen stürzen auf ihn, können ein paar Ohrfeigen und Tritte landen. „Hau ab, was hast du hier noch zu suchen, kannst ja nur nicht haben, daß deine Freundin lesbisch wurde!"schreien wir. Etwa zehn Frauen stehen ängstlich und mit schlotternden Knien drum herum...Er hat 'ne Bierflasche in der Hand, ich schlag auf seinen Unterarm.

Er hat jahrelang Judo gemacht, und nun müssen wir Frauen die Erfahrung machen, daß ein schlagbereiter Mann stärker ist als drei Frauen. Er boxt und tritt um sich, ich krieg u.a. Fausthiebe ins Gesicht (witzigerweise genau aufs Lesbenzeichen) ab, wir Frauen können nichts mehr landen, stehen hilflos vor dem Kerl, als ob er fünf Arme und Beine hätte. Die Wucht und Treffsicherheit seiner Schläge ist nicht mit unserer zu vergleichen, erschreckt, schüchtert ein. Wir beschimpfen ihn. Er aber FÜHLT SICH IM RECHT und höhnt: „Haut ab, das geht euch nichts an", und: „Ihr habt da doch Schuld", und: „Seht sie euch an, da steht die Frauenbewegung von Münster"! Das bringt mich vollends zur Weißglut und ich schreie: „Paß auf, ich schneid dir gleich den Schwanz ab und mach Gulasch draus!" (Hach das ist was für die Szene...!), wer das glaubt, tut mir leid, ich würd das doch nicht mal meiner Katze anbieten ... WIR SCHAFFEN ES NICHT, IHN ZU VERTREIBEN! Da kommt ein Typ, den keine von uns kennt, baut sich vor Harry auf und fragt ihn: „Hast du eine Frau geschlagen?" Hinter mir schreien Frauen: „Typ, hau ab, wir machen das allein". Das macht mich sauer, und ich schrei ihnen zu: „Seid ruhig, ich bin doch froh über jede Hilfe!". (Später hatten wir dazu im Notruf 'ne lange Diskussion, ob Hilfe annehmen uns wieder die weibliche Rolle zuschreibt...). Was über zehn Frauen nicht geschafft haben, erreicht EINE Frage eines Mannes: Harry nimmt ihn sofort ernst, faßt ihn begütigend am Arm und sagt: „Du mußt die Hintergründe kennen!" Der Typ läßt sich nicht beeindrucken, fragt nochmal. Harry beantwortet vorsichtshalber die Frage erst gar nicht. Ich sag zum Typen: „Ja, er hat 'ne Frau geschlagen." Daraufhin schlägt der Typ Harry, und der haut endlich ab. Drinnen liegt T. auf der Erde, wir wollen sie nach Hause bringen. Vor der Tür treffen wir doch tatsächlich wieder auf Harry, gemütlich Bier trinkend mit 'nem Freund. Welch eine gnadenlose Provokation! Was für eine Schamlosigkeit! Sofort stürzen eine Frau und ich wieder auf ihn los und knallen ihm ein paar, schreien, er solle abhauen, was er gar nicht einsieht. (Achtung, jetzt kommt mein faux pas Nr. 2). Ich werd immer wütender und schreie: „Ich hol gleich das Auto und mach dir Beine." (Ist doch glaubhaft, oder...?) Als ich ca. eineinhalb Stunden später auf dem Fest Frauen suche, fragt mich ein Typ ganz entgeistert: „Ich hab' gehört, du wolltest einen Mann mit deinem Auto überfahren?" Schnelle Arbeit, nich...?

Für wen ist die „Vorgeschichte" wichtig? Fünf Jahre waren Harry und T. zusammen, sie trennten sich ohne Krach, aber sein kleinlicher Männlichkeitswahn wollte die Trennung nicht akzeptieren; Harry verstand nicht, daß seine Freundin lesbisch wurde. Er war gekränkt und beleidigt; sie entzog sich immer mehr, weil Diskussionen sinnlos waren. (Später heißt es in der Gerüchteküche: „Sie hat ihn provoziert, weil sie nicht mehr mit ihm geredet hat.")

Auf dem Fest sah er, wie sie ihre Freundin küßte (hach, das ist sie – die Provokation!), er zeigt ihr drohend die Faust. Sie geht zu ihm und fragt: „Was sollte die Drohung?" Da holt er wortlos aus und schlägt ihr die Faust ins Gesicht. Sie taumelt, fliegt an die Wand – keiner kümmert sich drum!

MÄNNERSOLIDARITÄT UND WEIBLICHE SPRACHROHRE DES PATRIARCHATS

Mit T. und mir war 'ne Woche vorher schon Trouble in Münster, als wir den § 129 a angehängt bekommen hatten. Aber jetzt ist der Skandal perfekt! Offensichtlich haben sich doch einige mit der eigentlich links verständlichen Solidarität schwer getan, denn jetzt heißt es plötzlich : „Der Staat hat B. und T. schikaniert, und wir sollen solidarisch sein; jetzt machen die beiden Harry fertig, machen Bullenarbeit, kann mann da noch mit denen solidarisch sein?"

„Humanismus ist nicht teilbar", schreien diese Idioten, d.h. mann kann nicht mit Frauen solidarisch sein, die 'nem Mann gegenüber „inhuman" sind. Da kann frau nur noch über die versumpfte Linke staunen. Das politische Bewußtsein scheint wirklich zu degenerieren.

LINKE ZENSUR

Der Notruf (in dem beide Frauen mitarbeiten) schreibt einen Artikel für die Alternativzeitung. Als eine Frau ihn abgeben will, muß sie sich folgendes anhören: „Das ist privat und gehört nicht in die Zeitung." Der „alternative Chef" will gar ein ärztliches Attest von T. und (frau höre und staune) auch von Harry, denn der soll ja auch einiges abbekommen haben. Außerdem sei der ja auch so fürchterlich bedroht worden, klar? (Wozu dann noch die Veröffentlichung, wir sind quasi quitt...)

Die Frau kommt fix und fertig zum Notruf. Daraufhin besetzen wir mit 20 Frauen die Redaktion und fordern unzensierten Abdruck unseres Artikels und den einer Redaktionsfrau, zusätzlich eine gründliche Gewaltdiskussion in der Zeitung. Die Typen finden sich nicht zu blöde, die o.g. „Argumente" zu wiederholen. Der „alternative Chef" bietet uns gar noch: „Wenn ich meine Freundin schlage und die mich, ist das privat." (Merke: Wenn eine Frau einen Mann schlägt ist das das Gleiche wie umgekehrt...) Bei der Forderung nach einer Gewaltdiskussion jammert uns ein Kerl vor, wir sollten dann 1000 DM dazu geben, denn wer wolle das schon lesen ... Vom Zensurvorwurf wollen sie natürlich gar nichts hören, weil sie den doch schon so oft gehört haben (wie gemein...) Eine Redakteurin meint: Zurückschlagen finde sie auch nicht richtig, und mit mir (meint meinen aggressiven Feminismus und KB??) hätte sie schon lange Schwierigkeiten (jawoll, das gehört ja jetzt auch hierhin...) Da nicht mal die Frauen auf unserer Seite stehen, haben wir keine Chance. So machen wir einen Termin mit den Frauen aus zwecks Artikelabsprache: dabei fliegen alle Gerüchte, die wir bis dato kannten, als unpolitisch raus. Bei der endgültigen Abgabe wird unser Artikel dann ein drittes Mal gekürzt(angeblich Platzmangel).

Als wir 14 Tage später die Zeitung vor uns liegen haben, fallen uns fast die Augen aus dem Kopf. Was da an Frauenfeindlichkeit geboten wurde, übertraf unsere schlimmsten Erwartungen:

Unter unserem dreimal geänderten Artikel hat mann geschickt kurzerhand die Unterschrift weggeschnitten, so daß die/der Leser/in nicht weiß, von wem der Artikel stammt. Dieses Vorgehen wird verständlicher, als wir (in der schlauerweise nicht unterschriebenen Redaktions(?)erklärung) lesen, die Uni-Frauengruppe (also nicht der Notruf), die als links-radikal und feministisch verschrien ist, hätte die Redaktion besetzt. (Die Leserin muß nun auch schließen, die UFG hätte den Artikel geschrieben!). Der Notruf selber wird schamhaft als „Telefonhilfe" tituliert. Hier versuchen die linken Herren in „durchgeknallte" Uni-FG und „Telefonhilfe" zu spalten. (Direkt trauen sie sich nicht, gegen den Notruf zu pissen...) Es wird gepöbelt, sie wären zu 'ner Stellungnahme gezwungen, weil unser Artikel so unpolitisch sei, und wir 'ne „frauenpolitische Sensation" zusammenbasteln würden. Außerdem verbreiten sie noch die Lüge, wir hätten einen „Schläger" engagiert, und mann rät uns, wir sollten uns um den „Schläger" kümmern, der den „ausgeflippten" Harry angriff. (Frau beachte die Wortwahl: Der Mann, der 'ne Frau schlug, ist „ausgeflippt", und der, der 'nen Mann schlug, ist ein „Schläger").

Noch deutlicher äußert sich ein anderer Redakteurchauvinist: *„Erst wenn eine Szene-Frau eine Ohrfeige bekommt, wird das als exemplarischer Fall gedeutet. Ist die Ursache dieser egoistischen Ignoranz der Szene Arroganz oder schlicht Unfähigkeit, über Selbstbetroffenheit hinauszudenken und -zuempfinden? Sicherlich kennen die Frauen der Telefonhilfe relevante Beispiele von Gewalt gegen Frauen."*

Und das sagt er den Notruffrauen! Damit nicht genug. Das war ja nur das Spielchen der Redakteure, jetzt kommen noch die Kronzeugen zu Wort, und zwar auf doppelt soviel Platz wie der Notruf!! Und die konnten all ihre Gerüchte im Artikel lassen – die uns („aus Platzgründen" usw.) gestrichen wurden!!

Ein Typ (Freund von Harry und im Fachhochschul-Asta) fantasiert,

gestrichen wurden!!

Ein Typ (Freund von Harry und im Fachhochschul-Asta) fantasiert,

er hätte Harry schützen müssen, weil die Frauen so gefährlich waren und mir jubelt er unter, ich hätt' zum Typen gesagt: „Los, mach ihn fertig," wobei das nicht mein Stil ist... Auch fällt ihm ein, eine Frau hätte versucht, Harry mit 'ner Bierflasche zu schlagen, wo's doch genau umgekehrt war. Aber noch ärger treibt es 'ne Freundin von Harry – als perfektes Sprachrohr: Sie, völlig unbekannt in der Frauenszene von Münster, besitzt die Frechheit, ihr frauenfeindliches Geschreibsel mit der Überschrift „Eindrücke einer Frau aus der Bewegung" zu garnieren. Und dann koffert sie, die Frauen seien „hysterisch" und „unkontrolliert" gewesen, hätten 'ne „peinliche Show" abgezogen, und im Grunde gehe es ihnen nur ums „Ablassen diffuser Aggressionen gegen Männer." Sie hat offensichtlich nicht Harrys Pöbeleien gehört, sondern, frau höre und staune, SIE hat eine Entschuldigung von ihm gehört... Sie bedauert inständig, daß wir kein „Verständnis für die Situation" aufgebracht und keine „Auseinandersetzung" auf einer „vernünftigen" Ebene gesucht hätten. (Wir finden zurückschlagen vernünftig!) Und auch sie weiß von einer „Einsatzorder für den Kleiderschranktypen" zu berichten.

Zusätzlich bietet uns das Blatt noch 'ne Abgeschmackheit an: Mit der (nicht zynisch gemeinten) Überschrift „Bilanz der Experten" gibt es einen Bericht zu 'ner Gewaltdiskussion in Münster. Die „Experten" waren: Kriminalpolizei, Sozialdienst katholischer Frauen, Frauenhaus (kotz) des diakonischen Werkes, die Ministerialreferentin für Frauenhäuser und eine Frau des autonomen Frauenhauses.

Weitere „linke" Sprüche:
„Harry hatte das nötig, um sich von T. zu lösen, er ist ja hinter ihr hergelaufen..." Und gute Ratschläge für mich: „Sei doch vernünftig und mach' so 'was in der nächsten Zeit nicht mehr, sonst unterstützt dich keiner mehr im 129 a-Prozeß..." Der Staat will, daß ich mich links selbstzensier', und linke Kerle wollen meine (unsere) Frauenaktivitäten einschüchtern. Da kann ich ja gleich freiwillig in den Knast gehen, was soll ich dann noch hier?

Bei der geschlagenen Frau stellte der Zahnarzt fest, daß durch den Schlag eine Zahnwurzel kaputtgegangen ist. Der Frau ging's psychisch und physisch nicht toll; 'ne Zeit traute sie sich nicht zur Fachhochschule, aus Angst, ihn zu treffen. Sie ging dann in Begleitung von anderen Frauen in die Vorlesung, und wir spielten zusätzlich ihre möglichen Reaktionen durch für den Fall, daß sie ihn trifft. Erst das 129 a-Theater und dann noch dieser Idiot, das kostet Kraft!

Unerträglich sind auch zwei widerliche „Kleinanzeigen" im Blatt:



Encountergruppe für zerrüttete Zweierbeziehungen!
Der Vorfall zwischen H. und T. auf der Netzwerkfete hat die Gemüter erregt. Tu auch Du etwas für Deine Aggressionen! In dieser Gruppe können zerrüttete Paare unter fachlicher

erregt. Tu auch Du etwas für Deine Aggressionen! In dieser Gruppe können zerrüttete Paare unter fachlicher

Anleitung lernen, ihre Aggressionen zu kultivieren und in konstruktiver Weise auszuagieren. In spielerischer Form werden wir mit Schaumstoffschlägern aufeinandereinschlagen. Wir tragen die schmutzigsten Schimpfwörter zusammen und trainieren unsere Stimme für herzhafte Schimpftiraden. Als Gasttrainerin wird eine bekannte militante Feministin eingeladen. Anmeldung an: Michael Schneider, Tel. 66 14 03 Gebühr 30 DM + 10 DM Unfallversicherung.

Wir haben es eingesehen: Streit nützt nichts und nur die allumfassende Liebe hilft uns weiter. Darum haben wir beschlossen: Wir heiraten und werden von nun an nur noch glücklich sein. H. + T.

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD – WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT!

Diskussion in der Ortsgruppe:
Auch hier waren Schwierigkeiten mit dem Zurückschlagen vorhanden: „Das ist zwar entschuldbar, aber nicht richtig, ist halt nur ein Ausdruck von Hilflosigkeit und Empörung." Das finde ich überhaupt nicht! Ich bin hilflos, wenn ich es mir gefallen lasse, aber nach patriarchalischem Denkschema bin ich wohl 'ne starke Frau, wenn ich den Blödmann noch entwickel'? ('a la Svende Merian : emanzipiert ist, wenn frau trotzdem entwickelt...!) Je stärker und effektiver ich mich gewehrt habe, desto besser geht es mir hinterher!

Allerdings – und das fand ich gut– sagte derselbe Genosse, daß wir gucken müssen, ob Harry nochmal schlagen könnte, und dann sollten wir ihm ruhig Prügel zwecks Einschüchterung androhen. Hieran schloß sich wiederum der Rückzieher, zwischen geplantem und ungeplantem Zurückschlagen zu unterscheiden. (Geplant ist nicht erlaubt oder wie??)

Ein liberaler Genosse meinte, zurückschlagen sei „taktisch unklug", und man solle deshalb die Diskussion darum vom Tisch kriegen. Auch kriegen da die Gewaltfreien Schwierigkeiten (das stimmt). Und man müsse sich überlegen, welche politische Strategie über Zurückschlagen hinausgeht, und ob die Parole „Frauen, schlagt zurück" breit propagiert werden soll/kann. (Wie seht ihr das, liebe Genossinnen?)

Frau stelle sich vor: Jeder Sexismus, jedes Schlagen, jedes Vergewaltigen würde handgreiflich von Frau/en geahndet, wäre das nicht 'ne weibliche Kulturrevolution? (Übrigens praktizierte das auch Mao auf seinem langen Marsch: er propagierte in allen Dörfern, daß 'ne geschlagene Frau zur Nachbarin rennen solle, mit ihr dann die anderen Frauen des Dorfes mobilisieren, um dem Kerl gemeinsam die Hucke voll zu hauen. Es soll gewirkt haben. Immerhin hat ja jetzt auch die chauvinistische Machtclique Angst vor 'ner Rollenumkehrung, laut letzten Meldungen). Oder meint gar jemand, dadurch würden die Kerle noch schlimmer werden?? Nicht

ten Meldungen). Oder meint gar jemand, dadurch würden die Kerle noch schlimmer werden?? Nicht

doch, werden Kapitalisten durch Linke noch schlimmer? (Nach dem Denkschema würden Linke gar den Faschismus provozieren.) Ein junger Genosse hielt einen flammenden Beitrag zur Verteidigung der Frauen: Das Gewaltmonopol dieser Männer müsse auch mit Gewalt gebrochen werden. Als Beispiel verwies er auf die Kämpfe in der 3. Welt. Solche Männer müssen eingeschüchtert und zum Abhauen gezwungen werden. In der Situation nützt es den Frauen nichts, wenn sie hinterher einen Artikel schreiben. Wenn wir uns gegen Nazis oder AKW's wehren, sagt auch keiner was, aber wenn frau sich gegen einen schlagenden Mann wehrt, heult gleich die aaa(gurgel) lternative Mackerszene. Mann fühlt sich bedroht und offensichtlich angesprochen.

Wenn wir Frauen lernen, uns kollektiv zu wehren, nicht Schuldgefühle, sondern Aggressionen gegen unsere Angreifer zu entwickeln, das „Private" öffentlich zu machen, die lebensfeindliche Geschlechter- und Familienideologie zu erkennen – ja, was hält uns eigentlich dann noch davon ab, auf die Barrikaden zu gehen? WIR HABEN NICHTS ZU VERLIEREN!!

„Unsereiner wundert sich schon mal. Aber wir werden uns noch viel mehr wundern. Und noch ganz anders, hoffe ich, denn es ist kein Ende abzusehen. Uns steht kein langweiliges Leben bevor, wenn die Frauen erst tun wollen, was sie tun wollen, nicht, was sie tun sollen. Was werden sie als Menschen sagen über Männer, nicht als Bilder, die sich die Männer von ihnen gemacht haben? Was wird geschehen, wenn sie äußern, was sie fühlen, nicht, was zu fühlen wir von ihnen erwarten."
(Irmtraud Morgener in „Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz")

Bx., KB Münster

ACHTUNG ! SOFTIES VON MÜNSTER !!

ACHTUNG ! SOFTIES VON MÜNSTER !!

Dynamisches, alternatives Sozialarbeiterteam gibt hiermit die Neueröffnung eines Männertherapiezentrums bekannt! Wir bieten z.Z. leider erst drei AG's, hoffen, das bald in Eigeninitiative neue entstehen:

1. AG: Wir bieten liebevolle Betreuung für alle Männer, denen mal bei 'ner Frau die Hand ausgerutscht ist. Kennwort: sensibler Chauvi

2. AG: Hast du auch Schwierigkeiten mit deiner frauenbewegten Freundin? Wir, drei Kerle (P.V., M.Sch., D.Sch.) suchen noch Männer zwecks Gründung einer MG (= Männergruppe) zwecks profil-aktischer Bewußtseinserweiterung. Kennwort: Freunde der Frauenbewegung

3. AG: Wir, fünf Mütter (55-65 Jahre jung) haben uns entschlossen, junge Männer mit gestörten Mutterbeziehungen, Männer, die Mutterliebe vermissen, zu betreuen. Wendet euch vertrauensvoll an unsere Kontaktmutti. Kennwort: Mutterbrust

Wer sich noch für keine AG entscheiden kann, aber schon mehr über uns wissen möchte, wende sich unter dem Kennwort: Männeremanzipation an uns.



Lesben pfingsttreffen 1981

Das Lesben-Pfingsttreffen hat eine neunjährige Tradition:
Pfingsten 1972 trafen sich zum ersten Mal 10 Lesben im Rahmen des Treffens homosexueller Männer, das von der HAW (Homosexuelle Aktion Westberlin) veranstaltet wurde.
Pfingsten 1973 kamen schon 50 Frauen.
Zum Pfingsttreffen 1974, das noch unter dem Namen HAW-Frauengruppe, aber bereits mit einer eigenen Einladung (unabhängig von den Männern) gemacht wurde, kamen 200 Frauen.
Pfingsten 1975: Inzwischen hatte sich die HAW-Frauengruppe organsatorisch von den Schwulen getrennt und ein eigenes Zentrum, das LAZ, gegründet, wo sich zu Pfingsten 300 Lesben trafen.
Die Pfingsttreffen von 1976, '77, '78 fanden in Westberlin statt; das von '79 in Münster, das von '80 in der Nähe von Karlsruhe.

Vom 5. bis 8. Juni '81 fand das Pfingsttreffen wieder in Westberlin statt. Es nahmen ca. 700 Lesben daran teil.

Die Anlaufstelle für den Kongreß und Ort der Plena war eine Frauenetage in Kreuzberg. Die zahlreichen Kulturveranstaltungen und Arbeitsgruppen fanden in den Räumen verschiedener Berliner Frauenprojekte und Frauencafes statt.

Es wurden Lesungen von Charlotte Wolff, Alexandra v. Grothe, Barbara Pohle und Marlotte Neumann angeboten; Lesbentheater, Lesbenfilme und Ton-Dia-Shows gezeigt. Am Samstag gab es ein großes Lesbenfest mit 500 Frauen, bei dem gerne noch mehr Frauen teilnehmen wollten, es aber nicht möglich gewesen war, einen noch größeren Raum zu bekommen.

Die Teilnehmerinnen des Treffens diskutierten in Arbeitsgruppen über folgende Themen:

Die Teilnehmerinnen des Treffens diskutierten in Arbeitsgruppen über folgende Themen:
- die Kriegsgefahr und wie wir damit umgehen
- Konflikte zwischen älteren und jüngeren Lesben
- Probleme lesbischer Mütter
- Lesben und Alkohol
- Geld und Macht
- Konkurrenz zwischen Lesben
- Lesben in Lesben- und Frauenprojekten
- Radikallesbianismus
- lesbische Lehrerinnen
- Magie
- und eine Gruppe, die über Möglichkeiten des Auswanderns diskutierte.

Auf dem Abschlußplenum am Montag wurde der Vorschlag gemacht, daß die Lesben aus den verschiedenen Lesbengruppen der BRD über ihre Situation und Aktivitäten berichten sollten, was aber leider nicht vollständig zustande kam, da die meisten schon abgereist waren.

Neben den Berichten aus einzelnen Arbeitsgruppen wurde die Problematik andiskutiert, daß viele Lesbenzentren und -gruppen sich auflösen, die Lesben in andere Projekte „abwandern", obwohl eigene Lesbenzentren enorm wichtig sowohl für die Identitätsfindung und -festigung als auch für lesbenpolitische Aktivitäten sind.

Außerdem planten einige Frauen eine Protestaktion gegen die „TAZ"-Redakteurin, die einige Tage vor dem Pfingsttreffen die Artikelvorschläge von Lesben für eine Seite in der „TAZ" mit der Begründung ablehnte, immer wieder die Diskriminierung der lesbischen Frau in der Gesellschaft darzustellen, sei langweilig und nichts Neues. Die Teilnehmerinnen des Pfingsttreffens unterstützten einen Leserbrief, der gegen diese Art von Zensur seitens einer Heterofrau protestierte und die Forderung nach einer Lesbenseite in der „TAZ", die regelmäßig alle 4 Wochen erscheint und von Lesben allein verantwortlich produziert wird, ohne daß sie von der Frauenredaktion zensiert wird.

Frauen in Südafrika:

»Ich glaube, es werden in diesem Land die Frauen sein, die den Sieg erkämpfen«

Nonzamo Winnie Mandela

Schwarze Frauen in Südafrika leben „in der schlechtesten aller denkbaren Welten" ist die Kernaussage einer im Mai 81 erschienenen Untersuchung der Internationalen Arbeitsorganisation. Wenn wir im folgenden diese Welt näher beschreiben wollen, die wohl am krassesten die Unmenschlichkeit des südafrikanischen Zwangssystems deutlich werden läßt, so ist dies auch ein Beitrag zur besonderen Lage der Frauen in der „Dritten Welt". Die rassistische nationale Unterdrückung der Schwarzen in Südafrika ist engstens verbunden mit der Funktionalisierung und Auslöschung der traditionellen Lebens- und Produktionsweisen im Dienste des südafrikanischen und internationalen Kapitals. Das berührt im besonderen Maße die Existenz der Frauen als ökonomische Träger des traditionellen Sektors der Subsistenzwirtschaft (Selbstversorgerwirtschaft).

Wie die reproduktiven Leistungen der Frauen im vorkapitalistischen Sektor den Kapitalismus „subventionieren", das ist Gegenstand zahlreicher jüngerer z.T. feministisch orientierter Diskussionen (1), und wir wollen im ersten Teil dieses Beitrags die konkreten Auswirkungen dieser Strukturen auf die südafrikanischen Frauen deutlich machen. Südafrika ist ein in jeder Hinsicht besonderes Beispiel. Es hat in diesem Jahrhundert wohl kaum eine herrschende Klasse gegeben, die so offen ihr strategisches Ziel, ein ganzes Volk in Arbeitsvieh zu verwandeln, diskutiert hat. Sie wurde in dieser Hinsicht allenfalls von den Nazis in den Schatten gestellt, deren KZ-System eine strukturelle Ähnlichkeit mit dem südafrikanischen hat.

Als schwarze Frau in Südafrika zu leben, das bedeutet, rassistische, sexistische und kapitalistische Unterdrückung und Erniedrigung Tag für Tag zu erleiden. Dagegen haben die schwarzen Frauen eine lange Tradition militanten Widerstands entwickelt, die am Schluß dieses Artikels skizziert wird.

„Das Reservat ist ein Sanatorium, wo sie sich wieder erholen können"

250 Jahre tobte in Südafrika der Kampf zwischen weißen Siedlern und Urbevölkerung. Dann, 1913, wurde der Sieg der Weißen gesetzlich festgeschrieben: Den Schwarzen, die damals vier Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachten, wurden 7,1 % des Landes als Reservat und „politische Heimat" zugewiesen. Vorausgegangen waren dem die millionenfache Vernichtung ganzer Volksgruppen, die systematische Zerstörung afrikanischer Produktionsweisen (gemeinschaftliches Eigentum der Sippe, Verteilung nach Einfluß und Verwandtschaftsgraden), um ein schwarzes Proletariat entstehen zu lassen.

Nonzamo Winnie Mandela mit ihrer Tochter
Foto: Peter Magubane

Nonzamo Winnie Mandela mit ihrer Tochter
Foto: Peter Magubane



Der für die nationale Unterdrükkung der Südafrikaner überaus bedeutsame „Native Lands Act" legte fest, daß in Zukunft kein Afrikaner Land außerhalb der Reservate kaufen oder besitzen durfte. Gleichzeitig verbot das Gesetz den Weißen, Land in den Reservaten zu erwerben oder zu besitzen. Damit wurde nicht nur ein beispielloser Raub besten Bodens sanktioniert, es wurde auch verhindert, daß die Afrikaner vollständig enteignet wurden und vollständig verproletarisierten. Denn der vorkapitalistissche Sektor in den Reservaten hatte nach dem Willen der Weißen eine wichtige Funktion zu erfüllen. Einerseits zwang er die männlichen Afrikaner zur Wanderarbeit: *„Natürlich können sich die Eingeborenen in diesen Gebieten nicht nur durch Landwirtschaft ernähren, sie wären gezwungen herauszukommen, um zu arbeiten (...), aber das würde den unschätzbaren Vorteil für sie selbst und den weißen Mann mit sich bringen, daß sie ihre Frauen und Familien zurücklassen müßten"* (aus einem Regierungspapier 1906, zit. in Orbon, Die Lage der Schwarzen in Südafrika/Azania, Oberbaum-Verlag, S. 18). Andererseits übernahm der vorkapitalistische Sektor wichtige Reproduktionsfunktionen, die „eigentlich" vom Kapitalisten als Lohn zu zahlen gewesen wären. Von liberaler Seite hieß es damals großzügig: *„Das Reservat ist ein Sanatorium, wo sie sich wieder erholen können, wenn sie arbeitsunfähig sind, dann bleiben sie dort"* (Orbon, S. 18).

Die südafrikanische Soziologin Ivy Matsepe bringt die Sache wie folgt auf den Punkt:

„Durch die Erhaltung des vorkapitalistischen Sektors, aus dem männliche Arbeit in zunehmendem Maß abgezogen wurde und in dem Frauen dominieren sollten, wurde die Aneignung von Arbeit zu unglaublich niedrigen Kosten möglich. Kosten, die in der Regel von dem Kapitalisten mitgetragen werden, wurden ausschließlich vom vorkapitalistischen Sektor aufgebracht. Im Klartext: Frauen sorgen für das, was anderswo Arbeitslosenversicherung, Pensionskasse, Erziehung und Heranbildung neuer Arbeitskräfte, Gesundheitsfürsorge und Krankengeld genannt wird" (Bericht der UNO: „Auswirkungen der Apartheid auf den Status von Frauen", S. 27).

Die Lage der Frauen in den Reservaten ist bestimmt durch die unerträglichen Lebensbedingungen. Konnten anfangs die Reservate noch Marktüberschüsse produzieren (damals war die afrikanische Landwirtschaft der europäischen ebenbürtig, wenn nicht überlegen), so kehrte sich das Bild um, als die Weißen mit ausgedehnten Zwangsumsiedlungen begannen, die Schwarzen auf die Reservate zu konzentrieren. Zwar wurde der Anteil der Reservate auf „üppige" 14 % der Gesamtfläche des Landes erhöht, aber der miese Boden konnte die unerträgliche Zusammenballung von Menschen nicht verkraften, Bodenerosion und systematische Überweidung bringen katastrophale Lebensbedingungen hervor (im Nqutu-Distrikt hat sich die Zahl von 13.000 Einwohnern auf 120.000 erhöht!). Der Niedergang der Reservate ist unumkehrbar. Heute stammen nur 4 bis 6 % des Gesamteinkommens der Schwarzen aus den Reservaten aus der Subsistenzwirtschaft, immerhin aber spart selbst dieser geringe Prozentanteil dem rassistischen Staat schätzungsweise 400 Millionen Rand im Jahr.

Die systematische Aushöhlung und der Niedergang des vorkapitalistischen Sektors resultiert aus einem „strategischen Dilemma" der südafrikanischen und multinationalen Kapitalisten: Einerseits sind sie daran interessiert, die Lohnkosten mittels der Reservate unter der Reproduktionsschwelle zu halten, andererseits ist der südafrikanische Staat nicht bereit, diesen Extraprofit wieder in die Reservate zu ihrem Erhalt zu investieren (abgesehen von ein wenig „Kosmetik": Grenzindustrien u.ä.).

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen von Apartheid und Rassismus auf Frauen in ländlichen Gebieten

Im folgenden stützen wir uns maßgeblich auf den bereits zitierten UNO-Bericht, der eindringlich und materialreich die Lage der Frauen in den Reservaten dokumentiert.

In der traditionellen afrikanischen Dorfgemeinschaft der Bantus hat die Frau eine gegenüber den Männern mindergestellte Position inne. Polygamie und an den Vater zu zahlender Brautpreis bestimmten die Stellung der Frau. *„Scheidung war für Frauen in diesem Kontext ganz ausgeschlossen, weil das ganze System zusammenbrechen würde, wenn es den Frauen freistünde, ihre Ehen aufzulösen. (...) Diese Regelungen ... schufen auch ein System der sozialen Sicherheit des Dorflebens, einen Rahmen für die gegen-*

stünde, ihre Ehen aufzulösen. (...) Diese Regelungen ... schufen auch ein System der sozialen Sicherheit des Dorflebens, einen Rahmen für die gegen-

seitige Verantwortung unter den Frauen. Frauen, die krank waren, wurden von anderen versorgt" (UNO-Bericht, S. 5).

Mit dem schnellen Verfall des Subsistenzsektors wurde auch die Rolle der Frau entscheidend geschwächt. Die Verringerung der Produktivität der Frauen in den Reservaten aufgrund der schlechten und zu kleinen Anbauflächen hat ihre Abhängigkeit von ihren Ehemännern, Vätern und Vormunden noch verstärkt. Die rassistische Gesetzgebung tut ein übriges, um den Frauen jeden Spielraum als eigenverantwortliche Menschen zu nehmen: So bestimmt z.B. der „Natal Code" (Gesetze der Provinz Natal), *„daß eine schwarze Frau in Natal ... vor dem Gesetz auf Dauer minderjährig ist, d.h. sie steht ihr ganzes Leben lang unter der Vormundschaft eines Mannes — entweder des Vaters, des Ehemannes oder irgendeines anderen männlichen Verwandten"* („Courage", Jan. 1981). Nur wenn eine Frau unverheiratet ist, kann sie bei einem Beamten einen Antrag auf „Emanzipation" stellen. Erfüllt die Frau die Kriterien der Beamten, bekommt sie ein Prüfsiegel und darf nunmehr eigene Verträge schließen, klagen und über Besitz verfügen.

Die verzweifelte Armut in den Reservaten wurde in einer 1977 veröffentlichten Studie über die Transkei nachgewiesen. 83 % der wirtschaftlich aktiven Männer waren als Wanderarbeiter außerhalb des Gebietes beschäftigt. *„Die Studie fand heraus, daß — obwohl 83 % der Bevölkerung Subsistenzbauern sind und weitere 8,4% für den Eigenbedarf und für den Markt produzieren — nur 23 % aller ländlichen Haushalte mit Subsistenzwirtschaft in der Lage sind, sich in einem guten Jahr selbst zu ernähren. Die restlichen 60 % sind niemals in der Lage, für sich selbst genügend Lebensmittel zu produzieren"* (UNO-Bericht). Das notwendige monatliche Einkommen in den Reservaten wird auf ca. 87

Rand (104 Dollar) geschätzt. Bei einer Stichprobe in Nqutu stellte sich heraus, daß das durchschnittliche Einkommen knapp 15 Rand betrug (10 Rand aus Wanderarbeit, 2,4 Rand aus Heimarbeit und Naturalleistungen, 2,6 Rand aus Rentenzahlungen). Hinzu kommt, daß in den Reservaten die Inflationsrate wesentlich höher liegt (bis zu 80 % höher) als in städtischen Gebieten. Weit über die Hälfte der notwendigen Lebensmittel müssen aus den „weißen" Gebieten importiert werden und verstärken die Abhängigkeit.

Als „Witwen" in den Reservaten werden die vier Millionen Frauen vielfach bezeichnet, die dort allein mit Kindern und Alten leben. In der Transkei z.B. beträgt der Anteil der Frauen in der Gruppe der 15 - 44jährigen — der produktivsten Altersgruppe — knapp 70 %! Im „Homeland" Venda stellen Frauen 84 % der 30 - 39jährigen und 75 % der 40 - 49jährigen. Die ländliche Produktion in diesem Gebiet wird jetzt im Grunde nur von Frauen geleistet, wobei dieser Arbeitsbereich im Gegensatz zur traditionellen Arbeitsteilung a l l e Arbeiten der Bestellung des Landes betrifft, den Hausbau und die früher für Frauen tabuisierte zeitaufwendige Viehhaltung.

Die Trennung der Familien führt fast zwangsläufig zu einer großen Anzahl unehelicher Kinder: *„Das uneheliche Kind wird zur schmutzigsten kleinen Fliege in dem sozialen Brei. ... Keiner beachtet sie oder lobt ihre Erfolge. Keiner hilft ihnen oder kümmert sich um sie"* (T. Thomas, Africa Publications Trust).

Das System der Wanderarbeit zwingt den Müttern und Familien die brutale Alternative auf, entweder die Kinder ohne Aufsicht zu lassen, um deren Lebensmittel durch Lohnarbeit zu verdienen oder sie im Schutz der Familie verhungern zu lassen. Die Unterernährung der Kinder ist besorgniserregend (80 %), die Kindersterblichkeit ist 25 mal so hoch wie bei weißen Kindern. Sieben Millionen Menschen haben weniger als 60 Ärzte in den Bantustans.

Die Witwen und Waisen erhalten in den Reservaten bisher keine staatliche Unterstützung, sie haben auch keinen Anspruch auf die Fortzahlung der Rente des Mannes bzw. des Vaters. Sie bleiben bei deren Tod dann mittellos.

Besonders starken emotionalen Belastungen sind die Frauen durch die
bleiben bei deren Tod dann mittellos.
Besonders starken emotionalen Belastungen sind die Frauen durch die
Trennung von ihren Männern ausgesetzt. Phyllis Ntantala hat dies so beschrieben:

„Es ist die tragische Geschichte von Tausenden junger Frauen, die Witwen sind, bevor sie 30 sind, von jungen verheirateten Frauen, die niemals Mutter geworden sind, von jungen Frauen, deren Leben aus einer langen Kette trauriger Ereignisse besteht — sie begraben ein Kind nach dem anderen und zum Schluß den Mann, jenen Liebhaber, den sie nie als Ehemann oder Vater kennengelernt haben. Für sie, Frauen und Männer, bedeutet das Erwachsenwerden das Ende des Lebens, es bedeutet Einsamkeit, Trauer, Tränen und Tod. Es bedeutet Leben ohne Zukunft, weil es keine Gegenwart gibt."

Eine Frau aus der Transkei hat sich sehr bitter über ihr Leben als verheiratete Frau geäußert: *„Heirat ist für uns schwarze Frauen nicht der Mühe wert. Sie lockt uns in eine Falle. Männer haben es gut in der Stadt mit ihren Freundinnen und ihrem Geld, während wir mit leeren Taschen und leeren Versprechungen zuhause bleiben müssen. Wir fühlen uns einsam an diesem trostlosen Ort. ... Ich höre von meinem Mann monatelang nichts. Es ist kein Geld gekommen, selbst wenn ich darum geweint habe, ist nichts gekommen. Meine Kinder haben Hunger. Kein Essen, kein Geld. Meine Nachbarn leihen mir Geld, damit ich nach Kapstadt fahren und nach meinem Mann suchen kann. ... Man zeigt mir den Ort, wo er lebt ... es ist ein Männerheim. Ich schlafe auf dem Boden, bis mein Mann kommt. Er ist nicht gerade erfreut, mich zu sehen. Er ist ärgerlich, verlegen, er schaut mich nicht an, erzählt mir aber schließlich von dieser anderen Frau. Ich lerne zu begreifen, daß es diese Frau ist, die das Geld fürs Essen ausgegeben hat, das mein Mann mir und unseren Kindern hätte schicken sollen. Sie ist nun dick und attraktiv. In den Augen meines Mannes bin ich verhungert und häßlich. Ich bin für meinen Mann zu einer Last geworden"* (UNO-Bericht, S. 9).

Rassismus in den Städten

In dieser oben beschriebenen Situation versuchen viele Frauen mit allen Mitteln, in die Städte zu gelangen, um dort entweder mit ihrem Mann zusammenzuleben oder um eine Arbeitsstelle zu finden. *„Die Erlaubnis, in einem 'zugewiesenen' charakterisierten städtischen Gebiet ('prescribed area') zu leben, muß einem Afrikaner erteilt werden; er hat kein Recht darauf. Ein Afrikaner muß sich zu einem ganz bestimmten Zweck dort aufhalten, d.h. Arbeit für den industriellen Sektor zur Verfügung stellen. Dieser Sachverhalt zeigt die Richtung vieler Apartheidgesetze, mit dem Ergebnis, daß drei Millionen sogenannte 'überflüssige' Afrikaner seit 1970 aus den städtischen Gebieten ausgewiesen worden sind. Die Mehrheit dieser Menschen sind Frauen, da man ihnen keine sinnvolle Aufgabe zubilligt"* (epd-Dokumentation 5/81, S. 14). Das bedeutet, daß viele Frauen illegal in die Städte reisen müssen, weil sie keine Arbeit nachweisen können und somit keinen entsprechenden Paßvermerk erhalten. In der Stadt können sie jederzeit von irgendwelchen Beamten ausgewiesen werden, auch wenn sie schon Jahre dort gelebt haben. Die erneute Trennung vom Mann ist jederzeit möglich, ebenso wie die ständige Gefahr, in das „Geburtsreservat" zurückgeschickt zu werden; manchmal haben die Frauen aber auch dort ihr Wohnrecht verwirkt, und sie erhalten nur eine begrenzte Aufenthaltsgenehmigung. Verstöße gegen die alles umfassenden Paßgesetze bedeuten oft auch Geld- oder Gefängnisstrafe, und ein geflügeltes Wort sagt, daß es nicht eine Frau gibt, die noch nicht einen Tag im Gefängnis gesessen hat. Die Vielzahl von Bestimmungen und Gesetzen, die den Aufenthalt der Schwarzen in den städtischen Gebieten regeln, machen es für eine Frau äußerst schwer, nicht als „nutzlos" oder „unqualifiziert" eingestuft zu werden und damit die Aufenthaltsgenehmigung zu verwirken (sollte sie einmal bestanden haben).

Afrikanerinnen, die z.B. illegal mit ihren Kindern zusammenwohnen, leben in der ständigen Furcht, entdeckt zu werden. Aus diesem Grunde haben sich viele schwarze Familien oder Frauen mit Kindern entschlossen, illegal nahe den Städten zu leben und zwar in den sogenannten Squatter-Siedungen, die hauptsächlich um Kapstadt herum entstanden. Hier bauten sich Familien einfache Hütten, doch auch dies war und ist dem Rassistenregime ein Dorn im Auge, entstand doch in diesen Siedlungen ein starker Ge-
gime ein Dorn im Auge, entstand doch in diesen Siedlungen ein starker Ge-
meinschaftsgeist. Regierungsbulldozer zerstampften die Lager, und die Bewohner wurden zwangsumgesiedelt. Nur „Crossroads", eine Siedlung mit Schulen und Kliniken, aufgebaut auch vor allem von aktiven Frauen, kann die Regierung bis heute nicht abreißen („Frankfurter Rundschau", 23.2.81). Hier werden einzelne Leute ausgesiedelt.

Kaum bekannt ist bei uns das Umsiedlungsprogramm der Rassisten, bei dem mehr als zwei Millionen Menschen gezwungen wurden, in abgelegene, kaum landwirtschaftlich zu bebauende Gebiete der Reservate zu ziehen. Mit diesem Programm will man die Zahl der Afrikaner in den städtischen Gebieten verringern und „nichtproduktive" Menschen vertreiben. Oft bleibt für die Vertriebenen zum Wohnen nur ein Umsiedlungslager, das von Afrikanern als „Konzentrationslager für Völkermord" bezeichnet wird! Heute wird geschätzt, daß bereits vier Millionen Menschen in diesen Lagern leben, hauptsächlich Frauen, weil diese grundsätzlich als „nicht-produktiv" angesehen werden. Die Kindersterblichkeit ist hier extrem hoch, aber auch die Erwachsenen sterben vor Hunger.

Frauenarbeit in Industrie, Landwirtschaft und Haushalt

Als konkurrenzlos billige Arbeitskräfte stellen heute die Frauen ein Drittel der Beschäftigten dar. Die Frauen arbeiten als un- oder angelernte Arbeiterinnen, meistens aber als Hausangestellte für Weiße oder als landwirtschaftliche Arbeiterinnen. Soziale Sicherungen gibt es nicht, und ebensowenig gelten die Bestimmungen über Mindestlöhne für Frauen. **Das führt dazu, daß die Frauen im Durchschnitt weniger als die Hälfte des Verdienstes des Mannes erhalten.** Am schlechtesten geht es den Landarbeiterinnen, die zum Teil noch nicht einmal den in diesem Wirtschaftszweig niedrigsten Lohn erhalten, sondern als „Entschädigung" auf dem Farmgebiet wohnen dürfen!

In der verarbeitenden Industrie, wo die schwarzen und farbigen Frauen hauptsächlich beschäftigt sind, erhalten die Frauen teilweise 20 % unter dem festgelegten Mindestlohn. Im Rahmen eines sogenannten Entwicklungsprogramms der Reservatsgebiete sind an deren Rande jetzt „Grenz"-Industrien geplant, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen, was aber mit den wenigen entstandenen Fabriken unmöglich ist. Eigentlich wollen die Fabrikbesitzer nur die Lohnbestimmungen umgehen. *„Z.B. beschäftigt der größte Einzelarbeitgeber in den Bantustans, Koll Look Wigs in Babelegi, ungefähr 600 Arbeiter, überwiegend Frauen, für einen Grundlohn von vier, einen Durchschnittslohn von sechs Rand in der Woche. ... Die Armutsgrenze in Babelegi liegt bei 18 Rand in der Woche..."* (epd-Dokumentation 5/81, S. 23).

Facharbeiterinnen oder gar Akademikerinnen können afrikanische Frauen nur selten werden (und auch hier



verdienen sie weniger als die Männer), weil die Ausbildungsmöglichkeiten für
verdienen sie weniger als die Männer), weil die Ausbildungsmöglichkeiten für
afrikanische Männer und Frauen extrem schlecht sind. Die Analphabetenrate ist sehr hoch. Das „Bantu"-Bildungssystem geht nicht von einer Schulpflicht aus; außerdem muß ein für die meisten Familien kaum aufzubringendes Schulgeld bezahlt werden. 1970 z.B. begannen ca. 543.000 Mädchen die Schule, aber nur 2.064 erreichten die Abschlußklasse, was einen winzigen Teil der weiblichen Bevölkerung dieser Altersgruppe darstellt.

Die in diesem Abschnitt genannten Bedingungen führen zu einer hohen Arbeitslosigkeit, von der die Frauen wiederum am stärksten betroffen sind. Das Arbeitslosenproblem wollen einige der weißen Rassisten folgendermaßen lösen: durch Geburtenkontrolle! *„Das wird durch viele Berichte von Südafrikanern bestätigt, die sich über empfängnisverhütende Arzneimittel beklagt haben, die einzig und allein für weibliche schwarze Teenager und junge Frauen verschrieben werden. Ein gutes Beispiel für ein solches Medikament ist die kontrazeptive Injektion DEPOVERA, die im Westen und anderen Ländern als krebserzeugend und gefährlich eingestuft worden ist, aber in Südafrika einen aufnahmebereiten Markt gefunden hat"* (epd-Dokumentation 5/81, S. 27).

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Lebensbedingungen der schwarzen Frauen unerträglich sind: Es gibt kaum eine soziale Sicherung wie Arbeitslosenunterstützung oder Altersrente, deren Auszahlung von vielen Bestimmungen abhängt und von den Beamten ohne weiteres umgangen werden kann. Auch die Gesundheitsversorgung ist mangelhaft oder gar nicht vorhanden, wobei das Hauptproblem die Unterernährung ist, die nach zahlreichen Studien e p i d e m i s c h e Ausmaße erreicht hat. Täglich sterben 75 afrikanische und farbige Kinder, wobei die Bedingungen auf dem Lande noch schlechter sind.

Frauen im Widerstand

Die südafrikanischen schwarzen und farbigen Frauen sind in dem Apartheidsystem am meisten unterdrückt. Es gibt eine Vielzahl von Gesetzen, die Organisationen der Schwarzen verbieten und Versammlungen nicht erlauben; es gibt Antikommunismus- und Anti-Terrorismusgesetze und unzählige Gesetze, die Festnahmen und Haft fast ohne Begründung ermöglichen. Trotzdem haben die Frauen allerdings immer an vorderster Front gegen das Rassistenregime gekämpft: Schon in den Anfangszeiten des ANC (African National Congress), der 1912 gegründet wurde, gab es eine Frau im nationalen Vorstand, Charlotte Maqoka Maqeka, die die Frauen zum Kampf gegen die Ausdehnung der Paßgesetze agitierte. 1946 dann, nach einer Zeit großer Aktivitäten der Frauen, wurde offiziell eine Frauen-Sektion des ANC anerkannt. In den fünfziger Jahren gab es einen derartigen Aufschwung der Kämpfe gegen die rassistischen Gesetze und besonders gegen die Ausweitung der Paßgesetze auf die Frauen, daß 1960 der ANC und damit auch seine Frauen-Liga verboten wurden.

„Ein Heim für alleinlebende Frauen ist auch in Soweto gebaut worden. Es liegt in der Mzimhlophe-Siedlung. Es besteht aus Häusern mit vier Räumen und einem gemeinsamen Badezimmer. Zwei Bewohnerinnen teilen sich ein Zimmer. Die 'alleinlebenden' Bewohnerinnen dieses Heims sind meist Hausangestellte, Fabrikarbeiterinnen und Büroangestellte. Sie kommen überwiegend aus den Homelands, einige sind vom Soweto-Wohnsystem vor die Tür gesetzt worden. Hierbei handelt es sich um Mädchen im arbeitsfähigen Alter, die nicht mehr berechtigt sind, bei ihren Eltern zu leben. Witwen und Geschiedene, Waisen und ledige Mütter gehören ebenfalls dazu. Mütter dürfen in dem Haim nicht mit ihren Kindern leben. Männer dürfen das Heimgelände ebenfalls nicht betreten. Die Heimanlagen sind (sic) mit Stacheldraht eingezäunt. Diese Heime sind Schuppen für Männer und Frauen, denen das Recht auf ein kreatives Leben verwehrt wird" (Joyce Sikakane, Women under Apartheid, 1976).

Mitte 1955 zum Beispiel demonstrierte die Föderation südafrikanischer Frauen gegen die Ausweitung der Paßgesetze auf Frauen in diversen Städten der RSA. Im Oktober '55 marschierten 20.000 afrikanische Frauen zum Sitz des Premiers in Pretoria. Sie verlangten die Abschaffung der Paßgesetze. Lilian Ngoyi, Präsidentin der Frauen-Liga des ANC sprach vor dem Unions-Gebäude in Pretoria: *„Strijdom, Deine Regierung propagiert und praktiziert grausame Diskriminierung; sie erläßt brutale und barbarische Gesetze; sie deportiert unsere Führer, zerstört unsere Heime und Familien, aber sie kann nicht den Marsch der Frauen Afrikas aufhalten. Vorwärts! Freiheit zu unseren Lebzeiten!"* (G. Wellmer, 42/43). 1956, ein weiteres Jahr vieler Frauendemonstrationen, ist auch das Jahr der Hochverratsprozesse gegen Lilian Ngoyi und Helen Joseph, eine bekannte weiße Kämpferin gegen Rassenunterdrükkung. In Johannesburg, wenig später, demonstrierten 3.000 Frauen, von denen 2.000 verhaftet und viele mit Geld- oder Haftstrafen belegt wurden, unter ihnen Winnie Mandela und Albertina Sisulu, zwei bekannte Frauen-Kämpferinnen.

Im Juni 1959 demonstrierten die Frauen von Cato Manor gegen die staatlichen Bierhallen. Mehrere hundert Polizisten, mit leichten MGs bewaffnet, bedrohten diese Aktion, worauf sich die Unruhen auf ganz Natal ausweiteten. Die Frauen der Reservate führten die Protestbewegung an. Abordnungen der Frauen forderten einen Mindestlohn für alle afrikanischen Arbeiter von einem Pfund pro Tag, die Abschaffung der Paßgesetze, Steuererleichterungen und Freizügigkeit. Bis zu dem Massaker von Sharpeville 1960 und dem Verbot des ANC hielten die Unruhen an.

Nach seinem Verbot 1960* begann der ANC mit dem bewaffneten Kampf im Untergrund. Florence Maposho (sie mußte emigrieren) von der Frauenliga des ANC und Mitglied des nationalen Vorstandes, sagte 1977, daß es eine große Anzahl Kämpferinnen gebe, die genau das gleiche leisteten wie die Männer. Sie erhielten die gleiche Ausbildung und seien genauso widerstandsfähig und entschlossen, trotz der Gefahr von Gefängnis und Folter („Frauen im Befreiungskampf", S. 29).

Die Konföderation Schwarzer Frauen

Ende der 60er Jahre entstand die Bewegung des Black Conciousness (Schwarzes Bewußtsein). Im Zusammenhang mit dieser Bewegung trafen sich 1975 über 200 schwarze Frauen aus 58 schwarzen Orten Südafrikas. Sie gründeten die Föderation Schwarzer Frauen (BWF). Als ihre erste Präsidentin wurde die Inderin Fatima Meer gewählt, die bereits 1976 „gebannt" wurde (ist eine Person „gebannt", darf sie sich nur in einem bestimmten Gebiet aufhalten, nicht an Versammlungen teilnehmen, nichts veröffentlichen und nicht zitiert werden!).

Es wurden eine Konstituion und einige Resolutionen verabschiedet, die die Ziele und Standpunkte bezüglich verschiedener gesellschaftlicher Probleme darlegten.

In ihrer „Verfassung" gehen die Frauen davon aus, daß ihnen in der schwarzen Gesellschaft eine besondere Rolle zukommt, weil sie für das Überleben und Erhalten der Familien verantwortlich sind und damit für die Übertragung des schwarzen kulturellen Erbes.

Als ein Ziel wurde benannt, Kontakte und Zusammenarbeit verschiedener Frauen und Frauenorganisationen
takte und Zusammenarbeit verschiedener Frauen und Frauenorganisationen
herzustellen und das politische Bewußtsein der Gemeinschaft zu erhöhen. Andere Punkte waren die Forderung, die Gleichheit der schwarzen Frauen mit den Frauen der ganzen Welt zu verwirklichen und gleichberechtigt in ihrem Land an allen politischen Entscheidungen teilzunehmen. Sie forderten das Wahlrecht für Schwarze und die „Rückerstattung Südafrikas an seine gesamte Bevölkerung".

Diese Organisation wurde im Oktober 1977 verboten. „Gebannt" bzw. verhaftet wurden auch ihre Führerinnen, Fatima Meer, die Präsidentin, und Nonzamo Winnie Mandela, nur wenige Monate, nachdem die Organisation ihre nationale Arbeit aufgenommen hatte. Viele andere Frauen wurden verhaftet. Die Polizei und die Sicherheitsorgane hatten von Anfang an versucht, die Arbeit der BWF zu be- und verhindern. Teilnehmerinnen an Veranstaltungen wurden eingeschüchtert, Räume entzogen und so weiter. F. Meer sagte in einem Interview, daß es nahezu unmöglich sei, in Südafrika eine legale Organisation aufzubauen, *„die sich nicht an die vorherrschenden Strukturen der Apartheid anpaßt"* ... (Ruth Weiss, Hg., Frauen gegen Apartheid, S. 130, Rowohlt aktuell 1980 — Weitere Informationen aus „Frauen im Befreiungskampf", edition südliches afrika, 1979). In vielen Berichten und Interviews ist bemerkenswert, welche Bedeutung der Familie für den schwarzen Widerstand zugemessen wird. Die Frauen gehen davon aus, daß sich aus den Familien heraus der Widerstand entwickelt, und die Familien werden von den Frauen erhalten. Viele Frauen betonen, daß ihr Hauptfeind das rassistische und kolonialistische System ist, auch wenn sie die besondere Unterdrückung der Frau scharf verurteilen.

Christa (und Afrika-Kommission)

Anmerkung

(1) Claude Meillassoux
„Die wilden Früchte der Frau" — Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft.
Jacobi/Nieß:
„Hausfrauen, Bauern, Marginalisierte: Überlebensproduktion in ‚Dritter' und ‚Erster' Welt".
Arbeitsgruppe Bielefelder Entwicklungssoziologen:
„Subsistenzproduktion und Akkumulation" — „Frauen als Produzierende"; edition suhrkamp Nr. 578, Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr. 3.

Zum Buch:

»Die feministische Herausforderung – 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland«

„Erst als ich mehr oder weniger durch Zufall in einem fünfzig Jahre alten Buch auf genau die Feminismus-Definition stieß, von der ich glaubte, wir hätten sie ganz neu entwickelt, wurde mir der Mangel an Geschichtsbewußtsein innerhalb der Frauenbewegung selbst in vollem Umfang klar. — Was bedeutet es für eine soziale Bewegung, wenn sie — obschon mehr als hundert Jahre alt — nicht an ihre eigene Vergangenheit anknüpft? Ist vielleicht mangelndes historisches Bewußtsein, Diskontinuität in der Ideenentwicklung ein besonderes Merkmal der Frauenbewegung, das sie z.B. von der Arbeiterbewegung unterscheidet?" In diesem Sinne versteht H. Schenk ihr Buch als Beitrag zu dieser historischen Auseinandersetzung. H. Schenk ist seit Jahren vor allem in Bonn in der Frauenbewegung aktiv. Sie leitete eine Seminarreihe auf der Hamburger Frauenwoche im März dieses Jahres über Feminismus-Theorie.

In ihrem Buch gibt sie einen Überblick über die erste Frauenbewegung bis zu ihrem Ende vor dem Zweiten Weltkrieg, und anschließend über die neue Frauenbewegung ab den 60er Jahren. Im zweiten Kapitel geht es um Kontinuität und Veränderung der Bewegung, ihrer Ideen und Ziele. Das Buch schließt mit ihren eigenen Ansätzen zu einer Theorie des Feminismus.

Die Fakten, die das Buch für eine Diskussion um die historische und heutige Frauenbewegung liefert, scheinen mir so wichtig, daß ich sie im Hauptteil des Artikels wiedergebe und eigene Schlüsse erst am Schluß ziehe.

Die erste Frauenbewegung

In der Hauptsache setzt sich H. Schenk hier mit der bürgerlichen Frauenbewegung einschließlich ihres radikalen Flügels auseinander. Die sozialistische Frauenbewegung wird in einem kleinen Kapitel abgehandelt, worauf in diesem Zusammenhang aber erst zum Schluß eingegangen werden soll. Für Kenntnisse über die sozialistische Frauenbewegung bietet sich eher Karin Bauer's Buch „Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung" an.

Erste Anzeichen einer Frauenbewegung in Deutschland regten sich im Zusammenhang mit der Revolution von 1848, eine kontinuierliche Entwicklung beginnt 1865 mit der Gründung des ADF (Allgemeiner Deutscher Frauenverein).

In den 90er Jahren gründet sich der BDF (Bund Deutscher Frauenvereine), Frauenverein).

In den 90er Jahren gründet sich der BDF (Bund Deutscher Frauenvereine), der als Dachorganisation den zunehmend unterschiedlichen Richtungen angehörenden Frauenvereinen einen formalen Rahmen gibt.

„Aber in den 90er Jahren bildet sich in der deutschen Frauenbewegung auch ein radikaler Flügel, der um die Jahrhundertwende tonangebend wird. Die radikalen Frauen bringen neue Probleme zur Sprache: die Situation der Prostituierten (‚Sittlichkeitsfrage'), die gesellschaftliche Stellung der ledigen Mütter und allgemeinere Fragen der Sexualmoral (‚Neue Ethik'). Durch die Radikalen wird die Kampagne für das Frauenstimmrecht gestartet, die die Zeit vor dem ersten Weltkrieg bestimmt. Während die Aktivitäten des radikalen Flügels das Bild der Frauenbewegung in der Öffentlichkeit prägen, befassen sich die zahlreichen ‚gemäßigten' Vereine mit weniger umstrittenen Themen und Tätigkeiten. Eine wichtige Rolle nimmt die Sozialarbeit im weitesten Sinne ein; führende Frauen des gemäßigten Flügels entwikkeln den Gedanken von der Frauenbewegung als einer ‚Bewegung organisierter Mütterlichkeit', die den Frauen in diesem Sinne eine Einflußshäre außerhalb der Familie verschaffen solle. Auch die Bemühungen um eine Verbesserung der Mädchenbildung sowie eine Veränderung der Rechtsstellung der verheirateten Frau gehen weiter. — Nach 1908 verlieren die radikalen Frauen wieder an Einfluß; die Gemäßigten setzen sich durch und bestimmen die Politik der Frauenorganisationen für die nächsten beiden Jahrzehnte".

Von Seiten der Kirchen wird mit dem Deutsch-Evangelischen Frauenbund (1899) und dem Katholischen Frauenbund (1904) Einfluß auf die Frauenbewegung ausgeübt. Die Positionen der radikalen Frauen sollen noch genauer erläutert werden, da die Diskussion darum die zwei kämpferischsten Jahrzehnte der Frauenbewegung bestimmten:

— Prostitution: Die Radikalen forderten Ablehnung des staatlich reglementierten Bordellbetriebs wie auch Straffreiheit der Prostitution. Anklage der doppelten Sexualmoral der Männer. Die Prostituierten seien Opfer der Armut und der sexuellen Ausbeutung durch die Männer. Anfang des Jahrhunderts setzen sich die Radikalen mit diesem Standpunkt im BDF durch.

— „Neue Ethik": Sie wendet sich gegen die Überzeugung, daß nur Männer sexuelle Bedürfnisse haben. Die wichtigste Vertreterin der „Neuen Ethik" ist Helene Stöcker (1896-1943); sie übernimmt 1905 die Leitung des „Bundes für Mutterschutz und Sexualreform", der die Plattform für Aufklärung und Propaganda im Sinne der „Neuen Ethik" wird. Anhänger der „Neuen Ethik" fordern: Erleichterung der Scheidung, Verbesserung der Stellung unverheirateter Mütter und unehelicher Kinder, die Schaffung der Voraussetzungen für eine bewußte und frei gewählte Mutterschaft, d.h. Aufklärung über und Verbreitung von Verhütungsmitteln sowie Abschaffung der Paragraphen 218 und 219.

Als 1908 der Generalversammlung des BDF ein Antrag zur Abschaffung des § 218 vorgelegt wird, wird dieser Antrag mit schwacher Mehrheit abgelehnt (u.a. durch die Stimmen der neuen konfessionellen Frauenvereine).

— Frauenstimmrecht: Das reaktionäre Vereinsgesetz von 1850 besagt: *„Politischen Vereinen ist die Aufnahme von Frauenpersonen, Schülern und Lehrlingen verboten. Auch dürfen solche Personen nicht an Versammlungen und Sitzungen teilnehmen, bei denen politische Gegenstände verhandelt werden"*. Die damalige SPD forderte bereits seit 1891 ein gleiches und allgemeines Wahlrecht, unabhängig vom Geschlecht. Ein internationaler Frauenstimmrechtskongreß in Washington 1902, bei dem die deutschen Frauen offiziell nicht vertreten waren, gab den Anstoß für die Gründung des „Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht", in dessen Folge sich unzählige Vereine dieser Art bilden.

1918 erhielten die Frauen durch die Weimarer Verfassung das Wahlrecht — nicht aufgrund der Aktivitäten der Frauenstimmrechtsvereine, sondern durch die SPD, von der sich die Frauenbewegung in der Folge immer mehr entfernte.

Das Ende der ersten Frauenbewegung

Die meisten Aktivitäten der Frauenbewegung während der Weimarer Republik entsprangen dem Selbstverständnis als „Bewegung organisierter Mütterlichkeit". Das bedeutete zum einen die Aufwertung der „hausmütterlichen" Tätigkeit in der Familie, deren

terlichkeit". Das bedeutete zum einen die Aufwertung der „hausmütterlichen" Tätigkeit in der Familie, deren

Gleichwertigkeit mit der beruflichen Leistung des Mannes nun sehr stark hervorgehoben wurde; es bedeutete ferner die Betonung der „seelischen Mütterlichkeit" der berufstätigen Frau, deretwegen vor allem soziale Berufe für Frauen gefordert wurden.

Vor Beginn des 1. Weltkrieges war auch der BDF immer nationalistischer geworden; er zog sich aus den internationalen Gremien der Frauenbewegung, die eine Friedenspolitik begünstigten, zurück. Stattdessen beteiligte sich der BDF an der Einrichtung eines „Nationalen Frauendienstes", der den freiwilligen Fraueneinsatz koordinierte. Lediglich der kleine zerbröckelnde Flügel der Radikalen (u.a. Augspurg, Auer, Heymann, Stöcker) blieb bei seiner pazifistischen Haltung. Als einige von ihnen 1915 an einer internationalen Versammlung pazifistischer Frauen in Amsterdam teilnahmen, wurden sie scharf von der BDF-Spitze kritisiert, die die Teilnahme als *„unvereinbar mit dem patriotischen Charakter und der nationalen Pflicht der deutschen Frauenbewegung"* untersagt hatte. Aus Protest traten zahlreiche radikale Frauen aus dem BDF aus.

Im neuen BDF-Programm von 1919, das vom ehemaligen radikalen Flügel geprägte von 1907 ersetzte, überwogen nationalistische und am konservativen Frauenbild orientierte Töne. Die Bedeutung der lebenslangen Einehe und der Familie als Grundlage nationaler und sozialer Gesundheit wurde betont, ebenso wie die „Pflicht" der Frauen gegenüber der Gesellschaft, zu heiraten und Kinder zu bekommen. Ferner sollten Frauen einen Beruf ausüben, der ihren Fähigkeiten und ihrem Wesen entspreche; sie sollten aber nicht mit den Männern nach deren Gesetzen konkurrieren. Anzustreben sei eine Arbeitsteilung, bei der Männer und Frauen jeweils ihrer „Natur" gemäße Aufgaben übernähmen.

Mit den Ideen des Nationalsozialismus setzte sich der BDF zwar auseinander, betonte im allgemeinen aber mehr die angeblichen Ähnlichkeiten zwischen den Vorstellungen der Frauenbewegung und dem Nationalsozialismus als die Unterschiede. 1933 nach der „Machtergreifung" wurde der BDF vor die Alternative gestellt, sich der NS-Frauenfront anzugliedern oder sich aufzulösen. Einen Tag vor Ablauf des Ultimatums beschloß der BDF-Vorstand die Selbstauflösung.

Für den Nationalsozialismus sah die „Lösung" der Frauenfrage ganz einfach aus: *„Wir wollen unser Frauenrecht, wir wollen Gattinnen und Mütter werden. Emanzipation von der Frauenemanzipation ist die erste Frauenaufgabe im Dritten Reich"*.

Die neue Frauenbewegung

Feministische Frauengruppen gibt es seit Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in allen westlichen Industrieländern. H. Schenk unterscheidet für die ca. 10jährige Entwicklung drei Phasen:

„Die erste, die Entstehungsphase (ca. 1971 - 1974/75) ist von der Kampagne gegen den § 218 bestimmt. In der Phase finden sich Frauen und Frauengruppen unterschiedlicher Herkunft zusammen, und das Bewußtsein der Gemeinsamkeit bildet sich heraus.

In der zweiten Phase, ab etwa 1975, treten spontane Aktionen allmählich in den Hintergrund; die Frauengruppen erleben in dieser Zeit einen großen Zustrom neuer Mitglieder. Die Organisationsstruktur ändert sich, und es kommt zur Wende ‚nach innen'; Selbsterfahrungsgruppen erhalten vorrangige Bedeutung.

Die dritte Phase ist von der zweiten nicht eindeutig abzugrenzen, zumal die Entwicklung in den verschiedenen Städten mit unterschiedlicher Geschwindigkeit erfolgt. Es ist die Phase feministischer Projekte, die sich seit 1977 zum Teil schon eher, aus den Selbterfahrungs- und Gesprächsgruppen heraus entwickeln. Die Frauenprojekte, alternative Unternehmungen vor allem im gesundheits- und sozialpolitischen, im wissenschaftlichen und im Kulturbereich, bilden den Ansatz zu einer feministischen Gegenkultur" (Frauenverlage, -Buchläden, -Zentren, -Cafes usw.).

Kontinuität und Diskontinuität in der Frauenbewegung

Für die gegenwärtige Frauenbewegung steht der Kampf gegen die Benachteiligungen der Frauen nicht im Vordergrund (Forderungen wie: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Ausbildungs- und Aufstiegschancen, Abschaffung der Diskriminierung bei Kündigung und Stellenvergabe, im

schaffung der Diskriminierung bei Kündigung und Stellenvergabe, im

Rentenrecht usw.). Andere Teilziele haben eine weit größere Bedeutung: z.B. die Kontrolle über den eigenen Körper, die Entwicklung von Alternativen zur Kleinfamilie und zur Heterosexualität, das Suchen nach neuen Methoden einer befreienden Kinderbetreuung, die ökonomische Unabhängigkeit, die Zerstörung der geschlechtsspezifischen Rollen in der Kindererziehung, den Medien und am Arbeitsplatz, die Abschaffung repressiver Gesetze und die Beendigung der männlichen Autorität und Besitzherrschaft über die Frau, die Beschaffung und Bereitstellung von Mitteln, die es der Frau ermöglichen, ihre eigenen Fähigkeiten zu entwickeln, die Überwindung von Gefühlsbeziehungen mit Unterdrückungscharakter.

Ein weiterer Unterschied der heutigen Frauenbewegung zur früheren ist ihre Organisationsform: Die alte Frauenbewegung organisierte sich in Form von Vereinen mit festen Strukturen; die heutige Frauenbewegung hat keine formale Organisation, da solche hierarchischen Strukturen abgelehnt werden.

Während die erste Frauenbewegung in ihrer gemäßigten Mehrheit die gesellschaftlich definierte Verkettung von Sexualität mit Schwangerschaft, Ehe und Mutterschaft und die „natürliche" Hausmutterrolle weitgehend akzeptierte, sind alle feministischen Strategien der Gegenwart darauf ausgerichtet, diese Verklammerung zu sprengen. Gefordert werden:

1. selbstbestimmte Sexualität, Schwangerschaft und Mutterschaft;
2. gesellschaftlich akzeptierte Alternativen zur Heterosexualität und zur Institution Familie;
3. die Abschaffung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Familie, d.h. in der Haushalts- und in der Kinderarbeit und im Beruf.

Das Autonomie-Prinzip der Frauenbewegung hat bis heute eine verschiedene Bedeutung gehabt, obwohl es bereits mit Gründung des ADF eingeführt wurde. 1896 betonte Clara Zetkin: *„Zum Zwecke ihrer Beteiligung am proletarischen Klassenkampf auf politischem Gebiet sind die Proletarierinnen einzubeziehen in die politischen Organisationen der Arbeiterklasse, wo die Vereinsgesetze dies gestatten. Dort, wo diese Gesetze die gemeinsame politische Organisation von Männern und Frauen unmöglich machen, ist kräftig für die nötige Reform der einschlägigen Bestimmungen einzutreten"* (Karin Bauer, Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung, S. 63).

Nach dem Fall des Vereinsgesetzes stand den Frauen der Weg zur Integration in die Sozialdemokratie offen. Auf dem Nürnberger Parteitag beschloß die damalige SPD: *„1. Jede Genossin ist verpflichtet, der sozialdemokratischen Parteiorganisation ihres Ortes beizutreten. Politische Sonderorganisationen der Frauen sind nicht gestattet . . ."* (ebenda, S. 67).

Im Gegensatz dazu trat die bürgerliche Frauenbewegung für die Autonomie der Frauen ein: *„Frauen sollten Frauen helfen, Lehrerinnen sollten die Mädchenbildung in die Hand nehmen, Polizeibeamtinnen weibliche Strafgefangene betreuen"* (H.Schenk, S. 115). Die damalige Autonomie der bürgerlichen Frauenbewegung war in bezug auf die notwendige politische Erkämpfung der Organisationsmöglichkeit der Frauen in den Gewerkschaften und politischen Vereinen ein eher rückschrittliches Prinzip, das die Kommunistinnen meiner Meinung nach mit Recht bekämpften. Auch in der Frage des Stimmrechts waren letztlich die Kommunistinnen mit der Strategie, die gesamte SPD in den Kampf einzubeziehen, gegenüber der bürgerlichen Frauenbewegung erfolgreicher.



Konzept einer Theorie des Feminismus

Konzept einer Theorie des Feminismus

Zum Schluß des Buches entwirft Herrad Schenk ihr Konzept für eine Feminismus-Theorie: Anzustreben sei eine Feminisierung des gesellschaftlichen Normen- und Wertesystems. *„Im Gegensatz zur ersten Frauenbewegung, im Gegensatz zu staatlichen Gleichberechtigungshilfen und sozialistischen Frauenförderungsprogrammen greift der Feminismus die Frauenunterdrückung vor allem da an, wo ihre eigentlichen Wurzeln liegen: nicht im Beruf, sondern in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, in der Familie, im Privatbereich"* (H. Schenk S. 191).

1. Abbau der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Familie bedeutet konkret:
   — Halbierung der Hausarbeit;
   — soziale Elternschaft;
   — gleiche Verantwortung in der Beziehungsarbeit.
2. Erziehung der Kinder in Richtung einer Persönlichkeit, die positiv bewertete „weibliche" und positiv bewertete „männliche" Züge vereint.
3. Feminisierung des gesamtgesellschaftlichen Werte- und Normensystems: in einer solchen Gesellschaft stünden soziale Belange im Vordergrund der Politik; die Institutionen wären stärker an den Bedürfnissen der Individuen orientiert, das Ausmaß der Entfremdung wäre verringert, zentralistischen Tendenzen würde durch Demokratisierung und soziale Partizipation in kleinen Gruppen entgegengewirkt (S. 205).

Um diese Ziele zu erreichen, wendet die Frauenbewegung laut H. Schenk drei Hauptstrategien an:

1. die Gleichberechtigungsstrategie oder die Strategie des „das wollen wir auch — das können wir auch";
2. die Strategie „Ausbau der Frauensubkultur" als alternativer Lebensform;
3. die „Strategie der individuellen Veränderung" der Umwelt mit der Frauenbewegung als Bezugsgruppe.

Anmerkungen zum Buch: Was können wir aus der Geschichte der Frauenbewegung lernen?

Heute gibt es keine sozialistische/proletarische Frauenbewegung, wie sie damals von Clara Zetkin und Genossinnen organisiert wurde.

Damals grenzte sich die sozialistische von der bürgerlichen Frauenbewegung stark ab; selbst zwischen radikalen Frauen und den Sozialistinnen war die Nähe nur punktuell und von kurzer Dauer. Die Mehrheit der bürgerlichen Frauen strebte die Verwirklichung der zentralen Forderungen innerhalb des bestehenden Gesellschaftssystems an.

Heute gibt es eine erheblich größere Nähe zwischen Feminismus und Marxismus in den wesentlichen Kampfzielen. *„Der Feminismus hat mit dem Marxismus den Glauben an die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Umwälzung gemein. Auch die Überzeugung, daß gerade das kapitalistische Wirtschaftssystem auf der besonderen Ausbeutung der Frauen aufbaut, die industrielle ‚Reservearmee' für die Konjunkturzyklen sein sollen, ist in der gegenwärtigen Frauenbewegung weit verbreitet"* (H. Schenk, S. 139).

Die inhaltliche Auseinandersetzung beginnt erst da, wo die U r s a c h e n der Frauenunterdrückung bestimmt werden; dementsprechend wird dem Klassenkampf bzw. dem Frauenkampf verschiedene Bedeutung beigemessen.

Da es heute sicher nicht darum gehen kann, neben der existierenden Frauenbewegung eine „eigene" sozialistische aufzubauen, stellt sich doch die Frage unserer Aufgaben als Kommunistinnen. Den auch im AK neu entbrannten Streit um Feminismus und Sozialismus kann ich mir zum Teil nur aus einer Orientierungslosigkeit darüber erklären, welche Standpunkte wir in der Frauenbewegung einbringen und verankern wollen. Sicher geht es einigen Frauen in diesem Streit mehr darum, Standpunkte des Feminismus im KB zu verankern (dies stellt allerdings weder für den KB noch für die Frauenbewegung eine ernste Gefahr dar). Wichtiger für uns und die Frauenbewegung scheint mir die Diskussion darüber, wie wir die Entwicklung der Frauenbewegung positiv vorantreiben können. Und diese Frage stellt sich meiner Meinung nach für Genossinnen u n d Genossen.

Die erste Frauenbewegung wurde von konservativen Strömungen vereinnahmt und schließlich als Emanzipationsströmung zerstört. Dieser Gefahr von Rechts muß auch heute von uns besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden. Auch H. Schenk beschreibt in ihrem Buch eine gefährliche Nähe von Forderungen in der Frauenbewegung

werden. Auch H. Schenk beschreibt in ihrem Buch eine gefährliche Nähe von Forderungen in der Frauenbewegung

und u.a. der Familienpolitik der CDU, so z.B. bei:

— Lohn für Hausarbeit;
— der schwärmerischen Aufwertung der physischen Mutterschaft;
— Körper- und Naturkult;
— Irrationalismus, Mystizismus;
— Ablehnung von „männlichen Denkstrukturen", d.h. von Rationalität und Wissenschaft.

Im Gegensatz zu den Forderungen der damaligen radikalen Frauen der bürgerlichen Frauenbewegung in bezug auf Prostitution (siehe vorne) werden h e u t e ernsthaft Thesen in der Frauenbewegung diskutiert, die die Prostitution als Befreiung der Sexualität propagieren. Ein solcher Rückfall sollte unsere Wachsamkeit erhöhen.

Ein anderer Punkt betrifft die Diskussion um die feministische Theorie und Praxis aus unserer Sicht. Die Strategie, die den Hebel für den Kampf gegen die Frauenunterdrükkung hauptsächlich in der Familie und im Privatbereich ansetzt (H. Schenk), halte ich aus marxistischer Sicht zwar für beschränkt im Sinne von nicht umfassend/allseitig, aber nicht für widersprüchlich zu unseren Haupt- und Teilzielen. Sicher wird der Feminismus der Notwendigkeit der Beteiligung der Frauen am Klassenkampf nicht gerecht. Dies ist erklärlich aus der Tatsache, daß die Berufstätigkeit den Frauen nicht nur die Möglichkeit zur Teilnahme am Klassenkampf einbrachte, sondern auch die doppelte Belastung, da sie weiterhin als Hausfrau und Mutter in die „Pflicht" genommen werden. Nur mit der Entwicklung von Wegen aus der Ehefrau-, Hausfrau- und Mutterrolle heraus kann die Frau ihre Kräfte im Klassenkampf entfalten. Für diese Entwicklung leisten Feministinnen eine wichtige Arbeit.

Auch für die Frauenbewegung steht mit ihrer Haltung zur Vorbereitung eines 3. Weltkrieges ihre Bewährungsprobe an. Ob es den Herrschenden gelingt, erneut Teile der Frauenbewegung unter dem Deckmantel der „Gleichberechtigung" für ihre Ziele zu vereinnahmen, hängt nicht unbedeutend von unserem Engagement ab, diese Katastrophe zu verhindern.

Ma./Antifa-Kommission Hamburg

Gewalt gegen Kinder

Helmut Ostermeyer

Wir haben Helmut Ostermeyer – der zusammen mit Ekkehard von Braunmühl und Heinrich Kupfer das Buch „Die Gleichberechtigung des Kindes" (Fischer TB. Nr. 6705) herausgegeben hat – um einen Beitrag zum Thema Kindesmißhandlung/Gewalt gegen Kinder gebeten, nachdem wir dazu schon einige andere Diskussionsbeiträge veröffentlicht haben. Helmut Ostermeyer dürfte den meisten Lesern wohl aus der Anti-AKW-Bewegung bekannt sein; wegen seinem Engagement gegen Atomkraftwerke und einem Artikel zur Rechtslage beim Bau von Atomkraftwerken wurde ihm sein Lehrauftrag an der Universität Bielefeld entzogen; außerdem wurde ein Disziplinar- und Strafverfahren gegen ihn eingeleitet. Helmut Ostermeyer ist Familienrichter am Bielefelder Amtsgericht, zudem ist er dort längere Zeit Jugendrichter gewesen. So mußte er sich auch mit der Gewalt gegen Kinder auseinandersetzen. Dieser Beitrag ist bereits vor zwei Jahren geschrieben worden („Neue Erziehung" 1/79). Aus Zeitgründen war es Ostermeyer nicht möglich, ihn noch zu überarbeiten, aber wir halten es dennoch für sinnvoll, weil er einmal die Problematik aus der Sicht eines Juristen darstellt.

Für die Genehmigung des Abdruckes danken wir Helmut Ostermeyer.

Zur Diskussion

Fußt eine Gesellschaft auf Gewalt, so trifft ihren schwächsten Teil das härteste Los. Die Möglichkeiten zur Aggressionsabfuhr nehmen in der Gesellschaftsschichtung von oben nach unten ab; die Wahrscheinlichkeit, Aggressionsopfer zu werden, nimmt in gleicher Weise zu. Wirtschaftliche Ausbeutung, politische Unterdrükkung und gesellschaftliche Prestige- und Leistungszwänge fordern allen Bürgern ihren Tribut ab, aber die Widerstandskraft ist verschieden stark. Am schwächsten ist sie am Boden der Gesellschaftspyramide. Dort schlägt die Gewalt am brutalsten zu.

Wir sind gewohnt, die Gesellschaft

den der Gesellschaftspyramide. Dort schlägt die Gewalt am brutalsten zu.

Wir sind gewohnt, die Gesellschaft

durch Ober-, Mittel- und Unterschicht aufgebaut zu denken. Die Oberschicht, das sind die Herrschenden, die Unterschicht, das sind die Unterdrückten. Die Mittelschicht rechnen wir je nach Gefallen oder Dogma entweder den Herrschenden oder den Unterdrückten oder beiden zu. Im Modell schnauzt der Chef den Meister an und dieser den Arbeiter.

Es ist mittlerweile nicht mehr unbekannt, daß dieses Schema der Unterdrückung nicht nur zu grob gezeichnet ist, sondern daß es sich auch nach unten hin fortsetzt. Der an den Arbeitsbedingungen leidende Arbeiter läßt seinen Frust und seine Wut an Schwächeren aus – an seiner Frau, diese wiederum gibt Gewalt und Unterdrückung an die Kinder weiter, die schwächsten, schutz- und wehrlosesten Menschen in der Gesellschaft. Die sattsam bekannten Mißhandlungen von Frauen und Kindern mit ihren schrecklichen Folgen zeigen unmißverständlich, daß Wut und Gewalt wörtlich zu nehmen und handgreiflich zu verstehen sind. (Nebenbei gesagt ist die Stufenleiter der Gewalt auch bei den Kindern nicht zuende. Sie lassen ihre Wut an Tieren oder Sachen aus. In gequälten Tieren, geknackten Automaten und verwüsteten Gärten verlängert sich die Spur der Gewalt, wobei sie neue Unterdrückungsmaßnahmen auslöst wie Stigmatisierung, Kriminalisierung und Sanktionierung.)

Die Gewalt gegen Kinder erschöpft sich nicht in der Gewaltsamkeit körperlicher Mißhandlungen. Die Brachialgewalt der Faust und des Stocks ist zwar ein besonders „schlagendes" Beispiel gesellschaftlicher Zustände (und nicht etwa, wie beispielsweise der „Kinderschutzbund" glaubt, eine Anhäufung pathologischer Einzelfälle), aber nicht das Hauptmittel zur Unterdrückung der Kinder, sondern nur deren letzte Konsequenz. Gewalt als Konsequenz entlarvt die schönen Worte von Elternpflicht und -verantwortung, vor allem aber von Erziehung als Schönrederei. In Sprüchen wie: ‚wer nicht hören will, muß fühlen', oder: ‚wer sein Kind liebt, der schlägt es', tritt die Verknüpfung von Erziehung und Gewalt unverhüllt und schamlos zutage. Ich erinnere daran, das die meisten gewaltsam getöteten Kinder von der Hand ihrer Eltern sterben, die ihr Erziehungsrecht ausüben, und nicht durch sogenannte Sittenstroiche.

Erziehung erfüllt eine doppelte Aufgabe. Einmal sorgt sie für die Anpassung und Unterwerfung der nachwachsenden Menschen unter die Zwänge des kapitalistischen Industriesystems, für die widerspruchslose Hinnahme der den meisten Kindern bevorstehenden Rolle des Unterdrückten und Ausgebeuteten, zum anderen liefert sie für die Vollstrecker – Eltern und andere Erzieher – die ideologische Rechtfertigung. „Kinder müssen beizeiten lernen, sich anzupassen, wenn sie es zu etwas bringen wollen." Wer auf solche Plattheiten hereinfällt, wird gegen das Interesse der Kinder handeln, indem er ihnen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit verwehrt, aber er wird glauben, in ihrem Interesse zu handeln, weil er meint, sie in der Lage zu versetzen, es zu etwas zu bringen. Als ob nicht allemal die ungebrochenen Persönlichkeiten es am weitesten bringen! Eltern, die diesen Widerspruch erahnen oder erkennen, trösten sich mit Sprüchen wie: ‚wir können ja doch nichts machen', oder: ‚die Verhältnisse, die sind nicht so.' Für die Kinder läuft es auf ein und dasselbe hinaus.

Getreu ihrer ideologischen Zielsetzung versucht die Erziehung ihren Gewaltcharakter zu verschleiern, nicht ohne Erfolg, muß man sagen. Die Dressurtechniken werden verfeinert und sensibilisiert, ein ausgetüfteltes System pädagogischer Fallstricke bremst und gängelt die Entwicklung des Kindes. Die Pädagogisierung des Bewußtseins durch die Popularwissenschaftlichkeit der Massenmedien markiert die Verlagerung der Gewalt von der Körperlichkeit in die Innerlichkeit. In der Mittel- und Oberschicht wird das Kind viel weniger durch Angst vor Schlägen als durch Gewissensanforderungen abgerichtet. Physische Gewalt wird durch psychische abgelöst. Die Sanktion ist nicht mehr die körperliche Mißhandlung, sondern Liebesentzug, ausgedrückt durch Verweigerung von Zärtlichkeit, Nichtanerkennung, Fernseh- und Taschengeldsperre. Jede dieser Maßnahmen führt dem Kind seine Machtlosigkeit und sein Ausgeliefertsein vor Augen. Tun die Schläge günstigenfalls nur weh, so schädigt der Liebesentzug das

Ausgeliefertsein vor Augen. Tun die Schläge günstigenfalls nur weh, so schädigt der Liebesentzug das

Selbstwertgefühl bis hin zur vollständigen Verunsicherung durch Unzulänglichkeits- und Schuldgefühle.

So herrscht in der Kinderstube ein Klima der Gewalt. Körperliche Züchtigung und seelische Erpressung sind die bestimmenden ersten Eindrücke, denen der Mensch ausgesetzt wird. Ihm werden Dinge aufgezwungen, gegen ihn werden Ansprüche durchgesetzt, die seiner Natur zuwider sind und deren Berechtigung er nicht einsehen kann. So wird er von Anfang an daran gewöhnt, an die Macht des Stärkeren zu glauben und sich ihr kritiklos zu unterwerfen, weil diese Macht ihn sonst durch Schläge oder Liebesentzug zerstören würde.

Die Fähigkeit zu vernünftigem Handeln, zu eigener rationaler Meinungs- und Willensbildung wird im Keim erstickt. Das Recht ist abwesend, die Gewalt regiert, durch nichts legitimiert als durch ihre eigene Skrupellosigkeit. Unter solchen Bedingungen bilden sich verzerrte Realitätsbegriffe, die vordergründig zutreffen, weil sie die mißhandelte Realität wiedergeben. Die wahre Realität, die existentielle Freiheit des Menschen gerät ihr gar nicht ins Blickfeld. Sie bleibt außerhalb der Erfahrung und wird deshalb geleugnet.

Dies vorausgeschickt: wen wundern die Verhältnisse in unserer politischen und sozialen Landschaft, die Durchsetzung industriell-kapitalistischer Ansprüche durch Polizeigewalt (Züchtigung) oder gezielte Angstmacherei und Einschüchterung der Massenmedien, für die der folgsame und kritiklose Bürger der gute Bürger ist, und die jeden gefährlichen Kritiker oder Reformer zum Chaoten oder Unterwanderer erklären (Liebesentzug)? Demokratie beginnt in der Kinderstube und in der Kleingruppe. Wird sie dort unterdrückt, hat sie keine Chance, sich im großen zu verwirklichen, weil die Voraussetzung ihres Funktionierens, die Fähigkeit zu Freiheit und Rationalität, zerstört worden ist.

Ich sage mit Absicht zerstören. Es ist nicht notwendig, den Menschen zu Freiheit und Rationalität zu erziehen. Sie sind seine angeborene Mitgift, sie entfalten sich naturhaft, wird ihre Entfaltung nicht behindert. Diese Erfahrung machen Kulturanthropologen und Gruppendynamiker unabhängig voneinander. Leitbegriffen wie Erziehung zur Mündigkeit (Adorno) oder Einübung des Ungehorsams (Ulrich Sonnemann) haftet, auch wenn sie von großen Aufklärern unseres Jahrhunderts stammen, eine gewisse Paradoxie an: Mündigkeit kann gerade nicht durch Erziehung, Ungehorsam nicht durch Einübung erreicht werden. Auch die gutgemeinte Erziehung, die „fördernde" Erziehung, hindert die Entwicklung des Menschen zu Freiheit und Rationalität, solange sie dem Menschen Ziele vorsetzt. Freiheit und Vernunft, Mündigkeit und Ungehorsam müssen gewollt werden und nicht gesollt sein, sonst sind sie nicht sie selbst, und noch, wo sie gewollt werden, weil sie gesollt sind, sind sie tote Kunstprodukte, aber keine gewachsene und lebende Schöpfung. Letzten Endes kann ich dem Menschen ebensowenig sagen: sei frei, sei mündig! wie ich sagen kann: sei spontan!

Unser öffentliches Bewußtsein ist von derlei Einsichten weit entfernt. Das notwendige Scheitern der Erziehung soll durch bessere Erziehung abgewendet werden. Dadurch wird die Sache nur schlimmer. Durch Ratgeber methodisierte Erziehung richtet nachhaltigere Schäden an als Erziehung nach Alltagsweisheiten. Der Elternführerschein ist dafür abschreckendes Beispiel: das Kind wird mit einer toten Maschine gleichgesetzt, die keinen eigenen Willen hat und die zu lenken und zu steuern ist.

Angesichts dessen ist es folgerichtig, wenn dem Kind Rechte nicht gewährt werden. Die staatsbürgerlichen Grundrechte werden dem Kind unter verfassungswidriger Berufung auf fehlende Grundrechtsmündigkeit vorenthalten. In der Familie wird es der elterlichen Gewalt unterstellt, die ein personenrechtliches Herrschaftsverhältnis ist. Sie ordnet das Kind den Eltern unter und unterwirft es ihrer Bestimmung. Sie nimmt ihm die Rechte auch im privaten Bereich, es muß sich also vorschreiben lassen, es muß sich erziehen und bevormunden lassen, es darf keine Verträge schließen und seinen Wohnsitz nicht frei wählen.

Recht läßt sich als Mittel zur Absicherung von Herrschaft oder als Schutz der Schwachen vor den Mächtigen begreifen. Im ersten Fall handelt es sich um Ordnungsrecht, im zweiten um Menschenrecht. Die Menschenrechte haben in Deutschland keine alte und keine gute Tradition. Das Recht ist den Deutschen nur als obrigkeitliche und als Klassenjustiz begegnet, befreiende Rechtssprüche haben deutsche Richter fast nie gefällt. Die Angelsachsen und Angloamerikaner haben da bessere Erfahrungen. Deshalb ist es schwer, einer deutschen Linken beizubringen, daß sie sich auf das Grundgesetz stützen kann, um ihre demokratischen Ziele zu verfolgen. Sie sieht nur die Realität des Rechtsmißbrauchs und nicht die Möglichkeiten zur Freiheit durch das Recht, genau wie die meisten Menschen vor der Realität der Macht die Chance zur Freiheit übersehen.

Es hat den Anschein, daß die gesetzgeberischen Reformen nur kosmetischen Charakter haben. Die elterliche Gewalt, die heute noch von Rechts wegen so heißt, soll in die elterliche Sorgepflicht umbenannt werden. Das ändert aber nichts, solange aus der Sorgepflicht die gleichen Herrschaftsbefugnisse über das Kind hergeleitet werden wie vorher aus der elterlichen Gewalt. Und da scheint sich kaum etwas zu ändern.

Bundesjustizminister Vogel hat sich sogar für die Beibehaltung des Züchtigungsrechts ausgesprochen, wohlgemerkt für die Beibehaltung. Es ist kein Zufall, daß dieser Eckstein der Kindererziehung, dieses letzte, äußerste und brutalste Mittel, Vorwand für millionenfache Kindesmißhandlung, von einem deutschen Justizminister mit Zähnen und Klauen verteidigt wird, mag auch die Regierung, der er angehört, sich sozial und liberal nennen. Züchtigung ist mit Sicherheit weder sozial noch liberal, sie ist der Vorposten einer Welt, in der die Faust des Stärkeren regiert, in der Kinderstube.

Im übrigen gibt es kein Züchtigungsrecht. Der Justizminister macht sich einer falschen Auslegung schuldig, wenn er etwas anderes behauptet. Nach dem Grundgesetz hat jeder (jeder!) das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Es gibt wohl niemanden, der behauptet, daß man mündig sein muß, um in den Genuß dieses Rechts zu kommen. Also haben auch Kinder dieses Grundrecht. In dieses Grundrecht darf nur aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden. Ein solches Gesetz gibt es nicht. Ein solches Gesetz hat es zwar einmal gegeben, nämlich eine alte Fassung des § 1631 BGB, die den Eltern die Anwendung von Zuchtmitteln erlaubte. Diese Fassung ist aber nicht mehr gültig, sie ist aufgehoben worden. Trotzdem behaupten die Juristen, die Züchtigung sei erlaubt, und zwar aufgrund eines Gewohnheitsrechts. Lassen wir es offen, ob dieses Gewohnheitsrecht nicht ein Gewohnheitsunrecht ist, auf alle Fälle ist es kein Gesetz, und nur ein Gesetz kann einen Eingriff in das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit rechtfertigen.

Solche Beispiele der Entrechtung des Kindes durch das, was man Rechtsordnung nennt, lassen sich noch viele anführen. Es bleibt zu hoffen, daß die Zahl der Kinderfreunde langsam zunimmt. Es wird Zeit, daß den Kindern zu ihrem Recht verholfen wird. Wir alle sind dazu aufgerufen.

Politische Änderungen müssen mit den Menschen und für die Menschen, denen sie zugute kommen sollen, vorbereitet werden.

Literatur:
1) Ekkehard von Braunmühl: Zeit für Kinder, Fischer Taschenbuch Nr.6705
2) von Braunmühl/Kuffe/Ostermeyer: Die Gleichberechtigung des Kindes, Fischer TB. Nr. 6338
3) Karl Rogers: Die Kraft des Guten, München 1978 (Kindler)
4) Helmut Ostermeyer: Die Revolution der Vernunft, Fischer Taschenbuch Nr. 6368

Nur zusehen und schweigen?

B. ist krank. Ihre Mutter geht mit ihr zum Arzt. B. setzt sich in der Arztpraxis neben ihre Mutter auf den Stuhl, ein hoher Erwachsenenstuhl. Nach einiger Zeit wird B. unruhig. Für sie passiert nichts, besonderes in der Praxis, die Erwachsenen lesen alle Zeitung, es wird langweilig. B. fragt ihre Mutter laut etwas. Die Mutter, die meint, die Ruhe sei gestört, gibt nur knapp Auskunft. Andere Patienten schauen auf. B. fragt wieder. Die Mutter: „Nimm dir doch eine Zeitung, da! und schau dir die Bilder an". Das Kind blättert in der Erwachsenenzeitung, versteht aber kaum etwas, stellt wieder Fragen, will vom Stuhl runter. „Bleib sitzen!". Bleibt sitzen. Zappelt. „Zappel nicht rum". Sitzt steif, schaut wieder fragend im Kreis der lesenden Erwachsenen umher, sucht Abwechslung. Die Mutter packt sie fest am Arm und drückt sie auf den Stuhl, schimpft leise. Die Situation wird immer brenzliger, bis die Mutter schließlich mit drohendem Unterton „bleib sitzen" zischt und sie nochmals fest am Arm auf den Sitz zurückdrückt. Der Druck am Arm hat ausgereicht, das Kind hat verstanden. Die Mutter fühlt sich den anderen Patienten wohl für die garantierte Ruhe verantwortlich, denn die Blicke waren kühl, verständnislos.

Im Krankenhaus: Die Familie sitzt dort, will einen Angehörigen besuchen. Die Bank ist hart, das Warten dauert lange. Der Angehörige ist noch in der Ambulanz. Ein Kind beginnt rumzulaufen, schaut neugierig um die Ecken; ein anderes Kind kommt dazu. Sie laufen über den Flur. Schauen neugierig in die halboffene Tür, werden rausgescheucht. Die Mutter greift ein, zerrt die Kinder auf den Platz zurück. Die laufen aber wieder los, spielen nun Nachlaufen. Entdecken einen Rollstuhl, setzen sich hinein. Eine Krankenschwester - selbst ziemlich gestreßt - schmeißt sie raus. Jetzt greift der Vater ein. Mit festem Griff auf die Bank gezerrt. Es setzt Kopfnüsse. Kurz und schnell, kaum wahrnehmbar. Die Kinder fangen an zu weinen ...

Im Supermarkt: Hektik. Die Mutter eilt durch die Regalreihen. Das Kind hinterher. Schaut sich die Sachen an, findet dies und jenes nett, die Mutter zerrt es zu sich. Das Kind nimmt einen Einkaufswagen, fährt durch die Regalgänge, kommt in Kollision mit Einkaufenden, hält den Verkehr auf. Die Situation wird drohender. Hilflos schaut die Mutter zum Kind. Kurz und scharf: „Laß das!". Ein Klaps auf den Hintern „beendet" vorläufig die Auseinandersetzung.

Tagtägliche Ereignisse. Kinderfeindliche Bedingungen, genervte Eltern, Erwachsene, Anordnungen, denen die Kinder nicht folgen, werden mit Einschüchterung, Sanktionen, Gewalt beantwortet: Drohende Ermahnungen, Klapse auf den Hintern, Haarezerren, Kopfnüsse, Schieben, Stossen, Schlagen.

Im Sozialamt. Die Gänge voll von Frauen, Männern, Mütter, die mit ihren Kindern lange warten müssen in düsteren Fluren, mit grauen Wänden. Das halten ja kaum Erwachsene aus. Kinder sind dort verloren. Sie müssen den Druck der Behörde, den diese auf die wartenden Erwachsenen ausübt, mittragen. Woanders können sie nicht hin. Behördenangestellte schnauzen die Erwachsenen und die Kinder an, weisen Mütter wie Kinder zurecht. Wird einmal eine Tür aus Neugierde geöffnet, gibt's Rabbatz. Anordnung und autoritätsgeladenes Türeschließen. Eltern, die zu Behörden müssen und nicht wissen, wo sie ihre Kinder in dieser Zeit unterbringen sollen, können ein Lied davon singen. Sozialhilfeempfängerinnen z.B. müssen das alle 14 Tage über sich ergehen lassen. Angst der Eltern, auf unfreundliche Beamte zu stoßen, Angst, möglicherweise den Antrag wieder abgelehnt zu bekommen, fällt mit der Unmenschlichkeit der Behörden zusammen. Da ist schnell ein Klaps für das nervende Kind fällig.

Fortsetzung nächste Seite



Wenns den Kindern langweilig wird, suchen sie was zum Spielen, aber dort ist alles funktionsgerecht „für den Einkauf" eingerichtet. Die Sperre, ein hübsches „Karussell" – nur nicht zum spielen gedacht. Anschnauzen, Geschiebe, oder auch mal ein Klaps, macht den Eingang wieder frei.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Kindertod auf unseren Straßen!

Was machen ?

Wird ein Kind auf der Straße, beim Sozialamt, im Supermarkt geschlagen oder zurechtgestutzt, was machen die anderen Patienten, Einkaufenden, Passanten? Selten habe ich beobachten können, daß jemand zugunsten des Kindes eingegriffen hätte. Zustimmung, daß der Balg endlich Ruhe gibt, mal zur Ordnung gerufen wird, meist aber keine Reaktion, „Neutralität". Die öffentliche Meinung fordert offensichtlich entweder Sanktionen gegen Störer, oder aber ein Nur-nicht-um-andere-Sachen-kümmern. „Das geht mich nichts an". Wird schon recht haben. I h r Kind ...

Elternrecht, nicht meine Angelegenheit? Kann man/frau nichts machen? Geschieht ihm recht? Wird für das Kind doch nur viel schlimmer, wenn ich eingreife? Unsicherheit, sich öffentlich einzumischen, bei so vielen, die herumstehen und zugucken? Unaufmerksamkeit oder auch ebenso unsensibel wie Herumstehende? Ändert ja doch nichts für das Kind, wenn ich jetzt eingreife. Oder: „Langfristig ist das völlig egal, ob ich jetzt eingreife oder nicht". Sich damit abfinden und schweigen? Klar, eine schwierige Situation, einen Erwachsenen anzusprechen, der gerade einem Kind einen Klaps gibt: Da kommt Zurechtweisung, oder Anmache vielleicht, wieso man sich in die Erziehungsangelegenheiten einmischt, oder abweisende Reaktion, weil erwachsener sich ertappt fühlt, beobachtet, seine Hilflosigkeit deutlich demonstriert bekommt, zudem noch von einem anderen, vielleicht gar jüngeren. Viele unterschiedliche Sachen können da zusammenkommen, die einen vielleicht eher dazu verleiten, sich keinen Ärger zu bereiten.

Oft genug habe ich dann später gehört: „Siehst du jetzt, was du mir eingebrockt hast" — so der Erwachsene zu dem Kind. Na warte! Aber ein böser Blick genügt nicht. Eigenartigerweise würden sich viele wohl eher einmischen, wenn ein Erwachsener verprügelt würde. Vielleicht ist es aber auch einfach das Problem, seine eigene Wut über die Grobheiten nun nicht an den Erwachsenen weiterzugeben, ihn einfach anzumachen, was verständlich wäre, aber sicherlich kaum hilft, weil dieser sich angegriffen fühlt. Klar, es fällt nicht leicht und ist für dieses Land auch absolut unüblich, vielleicht eine Mutter in Schwierigkeiten mit ihrem Kind im Supermarkt mal zu fragen, ob man sich vielleicht einen Augenblick um das Kind kümmern soll, miteinkaufen soll o.ä. Das Vorurteil vom „bösen Mann", Anschnacker u.ä. (ähnliche Kampagnen z.B. von Polizei u.ä. sind ja nicht unbekannt) oder dem Nachbarn, der sich in alles, besonders in die Schwierigkeiten einmischt. Klar,

u.ä. sind ja nicht unbekannt) oder dem Nachbarn, der sich in alles, besonders in die Schwierigkeiten einmischt. Klar,

ungewohnt, in einer Arztpraxis über die kinderfeindlichen Bedingungen zu sprechen anzufangen. Aber Eingreifen kann vielleicht was verändern.

Beispiel: Bei einem Unfallarzt erlebte ich, wie zwei Mütter — mit einem Baby und einem Kleinkind — endlos lange warten mußten. Die Kinder heulten, wurden unruhig, wurden „geschüttelt" bzw. fest gedrückt, damit sie nach mehreren beruhigenden Worten und anderen Versuchen Ruhe gaben. Auf Protest eines Patienten hin, wieso die Kinder nicht vor den Erwachsenen behandelt würden, kam die lapidare Antwort: Es ginge alles der Reihe nach, Kinder würden nicht gesondert behandelt. Erst massiver Protest beim Arzt schuf Abhilfe. Dieser war zumindest doch betroffen, versprach, in Zukunft Mütter mit Kindern bzw. Kinder bevorzugt zu behandeln. Das beträfe die Bedingungen, bzw. ein Versuch, diese konkret zu verändern. Und die gewaltanwendenden Erwachsenen? Wichtig scheint mir, diese überhaupt erstmal auf ihr Handeln hin anzusprechen, einzugreifen, die Kinder in Schutz zu nehmen. Vielleicht klarzumachen, daß sie ihren Streß oder sonstwas jetzt an den Kindern abreagieren, und vielleicht könnten sie dann zumindest dazu gebracht werden, einmal darüber nachzudenken, warum sie jetzt so reagiert haben. Das ist zwar in der Unvermitteltheit, wie so etwas z.B. in einem Supermarkt abläuft, in der Notwendigkeit, die eigene Wut im Zaum zu halten und die Leute nicht anzumachen, ungewohnt und schwierig.

Man kann darüber sicherlich reden. Aber vorbeigehen, dazu schweigen? Kinder haben kaum eine Möglichkeit, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Ich fände es gut, mal über diese Schwierigkeiten zu reden, Erfahrungen auszutauschen und zu überlegen, wie man vielleicht im eigenen Lebensfeld dafür einen Blick gewinnt und was verändert.

Ein Genosse der Kinderkommission KB/Gruppe Hamburg

Auf dem Wege zum Kindergarten wurde eine Mutter mit ihren beiden Kindern, als sie bei „grün" den Zebrastreifen betraten, von einem 15 Tonnen schweren LKW überfahren. Der fünfjährige Gregor wurde überrollt und getötet, sein kleiner Bruder lebensgefährlich verletzt, die Mutter erlitt Kopfverletzungen („Hamburger Morgenpost" – MoPo, 13.3.81).

Bei 837 Verkehrsunfällen auf Hamburger Straßen wurden in einer Woche 64 Kinder verletzt. („Hamburger Abendblatt", 19.5.). Von 1.000 neugeborenen Kindern, so schreibt der Kinderschutzbund, haben zwei bis drei eine „sichere Chance", während ihrer Kindheit bei einem Verkehrsunfall ums Leben zu kommen. Tatsache sei, daß über 1.500 Kinder jährlich auf unseren Straßen sterben und 70.000 verletzt werden. 40% der Kinder verunglükken im Straßenverkehr nachweislich aus Mangel an geeigneten Spielmöglichkeiten" (Anzeige Kinderschutzbund).

Mehr als 30.000 Kinder im Alter bis zu 15 Jahren sind von 1960 bis 1979 in der Bundesrepublik im Straßenverkehr ums Leben gekommen, mehr als 1 Million Kinder wurden verletzt. Das zeigt ein Bericht der Aktion „Das sichere Haus". Allein im Jahre 1979 kamen 13.489 Kinder zu Schaden, d.h. wurden verletzt oder getötet, was etwa 30% mehr als 1960 sein sollen. Etwa jedes d r i t t e dieser Kinder war Fußgänger (36%) oder Radfahrer (34%). Die anderen Kinder verunglückten als Mitfahrer in einem Kraftfahrzeug („FAZ", 8.1.81). Der „Deutsche Verkehrssicherheitsrat" meldete für 1979 1.050 getötete und 61.656 verletzte Kinder (20.523 schwer und 40.083 leicht verletzt, insgesamt 22.133 Kinder als Fußgänger; Zahlen beziehen sich auf 1979).

Von 100.000 Kindern starben im internationalen Vergleich in der BRD acht, in England 5, in Italien drei Kinder 1978 auf der Straße (MoPo, 18.2.80). In Hamburg sollen 1980 16 Kinder auf der Straße gestorben sein. In Hamburg ist ebenfalls ein dreimonatiger Modellversuch geplant: „Straßen sperren, damit die Kinder spielen können". Dieser Modellversuch findet in einem Wohngebiet statt – Hamburg Altona-Altstadt, wo von 7.000 Einwohnern 1.200 Kinder sind, also 17% (fast ein Viertel), davon wiederum 22% ausländische Kinder. Geplant ist die Aufhebung aller Einbahnstraßen, die „zum Schnellfahren verleiten", Teilsperrungen bzw. verengende Fahrbahnen, Mini-Plätze, Sitzecken teilweise in Privatgärten. Dies alles sind allerdings *„provisorische Maßnahmen und können nach der Probezeit bei negativen Erfahrungen sofort aufgehoben werden"*. („Hamburger Morgenpost", 12.6.).

In Dänemark berichtet der Verkehrssoziologe Leon Östergaard über einen starken R ü c k g a n g der im Verkehr getöteten Kinder und Jugendlichen. Die Ursachen sieht er in der *„intensiven Verkehrserziehung"*, die dänische Kinder schon mit drei Jahren in sogenannten „Verkehrsclubs" im Kindergarten und in Schulen in langjährigem Unterricht erhalten; zweitens im ständigen Ausbau „befriedeter Wohngebiete": *„Anfang der 70er Jahre begannen wir, den Fahrzeugverkehr von den schwächeren Verkehrsarten zu trennen, eine Entwicklung, die sich seither verstärkt hat"*. Weiterhin wird eine bessere Verkehrsplanung angeführt, nämlich *„die Umwandlung bestehender Wohngebiete in Räume mit Straßen und Wegen, die den Bedürfnissen der Fußgänger und Radfahrer entsprechen"*.

Uns scheinen die beiden letzten Punkte die eigentliche Ursache für den Rückgang verkehrsgeschädigter Kinder zu sein, zeigen doch alle Fakten, daß die Kinder *„nachmittags beim Spielen"* mangels kindgerechten Wohn- und Straßenbedingungen durch in der Mehrzahl rücksichtslose Autofahrer verunglücken. Verkehrserziehung der Kinder ist sicher nur e i n e Möglichkeit, dann aber in dem Sinne, die Kinder rechtzeitig auf das verrückte Verhalten vieler Autofahrer und die Gefahren des Straßenverkehrs aufmerksam zu machen, und nicht, sie auch noch auf die gegenwärtigen Straßenverkehrsbedingungen anpassend „zurechtzuerziehen"!

Kinderkommission



Im Hamburger Schanzenviertel machten Kinder mit Unterstützung div. Initiativen eine nachamenswerte Aktion. Sie protestierten mit „Pappampeln" und einem „Stoffkind" als Verkehrsopfer für eine Verkehrsampel zum Schutze der Kinder und Bewohner. Kurz davor war ein Kind auf diesem Überweg angefahren und schwer verletzt worden,

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen

B. Möller
Postfach 103141
2800 Bremen

Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Westberlin
Postlagerkarte Nr. 007429B
1000 Westberlin 62

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

Kinderfreunde



Der ROTE ELEFANT (ein Zusammenschluß von Bibliothekaren, Autoren und anderen Leuten, die im Kinder- und Jugendbuchbereich arbeiten, vertreten in Hamburg, Frankfurt, Westberlin, München, Bremen) hat eine Broschüre herausgegeben, ein „Lust-mach-Heft" auf Bücher. Die Autoren schreiben dazu: *„Empfehlungslisten und Buchtips über Kinderbücher richten sich meistens an Erwachsene ...*

Mit dieser Broschüre wollen wir mal die Kinder selber ansprechen. Dabei haben wir vor allem an d i e Kinder gedacht, die bislang vielleicht noch nicht so viel Lust zum Lesen haben. Wir haben dafür Bücher ausgesucht, die uns gefallen und von denen wir glauben, daß sie auch vielen Kindern gefallen. Die Bücher sollen:



Zwei (s.o.) der vielen lustigen Comics aus der Broschüre.

Spaß machen und zum Weiterlesen anregen, die eigenen Erfahrungen miteinbeziehen, Anstoß geben zum Nachdenken und Nachfragen, aber auch Fragen beantworten. Kurz: es sollen Bücher sein, die den Kopf weiter machen".

Zu beziehen ist das lustig und reichhaltig illustrierte Heftchen bei: Margret Steenfatt, Dillstraße 1, 2000 Hamburg 13, und kostet 0,50 (fünfzig!!) Pfennige!



Kinderfilmfestival

Vom 8. bis 18.September 1981 findet in Frankfurt das 7.Internationale Kinderfilmfestival statt. Die Veranstalter sind — wie in den vergangenen Jahren — das Kinder- und Jugendfilmzentrum in der Bundesrepublik Deutschland, das Kommunale Kino Frankfurt und der Hessische Rundfunk. Im Laufe des Festivals werden elf neue Kinderfilme aus verschiedenen Ländern vorgestellt. Parallel dazu läuft eine Retrospektive mit Abenteuerfilmen. Am Wochenende 11. bis 13.September wird ein ergänzendes Programm für interessierte Erwachsene angeboten. Dies besteht zum einen aus einer Sichtveranstaltung mit den Festivalfilmen, zum anderen aus einem Seminar für Mitarbeiter aus Spielstellen. Der Samstagabend dient dem Erfahrungsaustausch von Filmemachern, Produzenten, Verleihern und Vertretern von Kino und Spielstellen.

Nähere Auskünfte erteilt das Kinder- und Jugendfilmzentrum in der Bundesrepublik Deutschland, Küppelstein 34, 5630 Remscheid 1, Tel.: 02191-794233
(aus „sozialmagazin", 6/81)

Kinderfeinde

In Braunschweig wollte eine Kinderärztin eine Kinderpraxis eröffnen; sie hatte sich dazu ein Einfamilienhaus gekauft. Wie jeder weiß, sind in bundesdeutschen Städten Kinderpraxen Seltenheit.

Aber daraus wurde nichts. 70 Nachbarn legten beim Bauornungsamt Beschwerde ein, weil sie ihre Ruhe behalten wollten und ein Ansteigen des Auto- und Fußgängerverkehrs befürchteten. („Hamburger Morgenpost", 11.6.)

In Hamburg müssen auch die Kinder wieder darunter leiden, wenn die Behördenkassen angeblich leer sind. So soll das geplante Kinderzentrum auf dem Gelände des Barmbeker Krankenhauses nicht gebaut werden: Kein Geld, und angeblich stünden zu viele Betten leer, weil *„in den staatlichen Kliniken bei einer Liegezeit von acht Tagen je Kind nur noch zu 60 Prozent, in den gemeinnützigen Kliniken bei einer ungewöhnlich längeren Liegezeit bis zu 14 Tagen zu 81 Prozent ausgelastet sind"* („Hamburger Abendblatt", 12.6.). In Hamburg gibt es zur Zeit 1100 Kinderbetten. Diese Zahl soll bis 1985 auf 950 reduziert werden; „Experten" fordern gar nur 800 Betten. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat für Hamburg einen Bedarf von 500 Betten errechnet, in einer Stadt mit über 200 000 Kindern!

Daß hier auf Kosten der Gesundheit der Kinder mit fadenscheinigen Argumenten schlichtweg gespart wird, dürfte wohl den Tatsachen am nächsten kommen.

Studentenparlamentswahlen in Marburg:

Wahlsieg der Grün-Bunten!

Bei den Wahlen zum Studentenparlament an der Universität Marburg konnte die Grün-Bunt-Alternative Liste (GBAL), die im letzten Jahr erstmals kandidierte und auf Anhieb stärkste Fraktion wurde, diesen Vorsprung noch ein gutes Stück ausbauen, v.a. auf Kosten ihres AStA-Koalitionspartners, den Jusos. (Auf der GBAL-Liste haben aktive Fachschafter/innen, Hausbesetzer/innen, Mitglieder von Umweltschutzorganisationen und BIs, taz'ler, in der Knastsolidarität Aktive, Grüne, KBler und Unorganisierte kandidiert.) Ansonsten gab es nur relativ geringfügige Änderungen:

	Stimmen 1981	Stimmen 1980	Sitze 1981	Sitze 1980
GBAL	1786	1320	14	11
Juso-HSG	631	942	5	8
MSB	863	811	7	6
SHB	502	501	4	4
LHV	135	-	1	-
ADU/ SLH	430	503	3	4
RCDS	824	933	6	7
Einzelkandidat	75	-	0	-

(letztes Jahr auf ADU-Liste)

RCDS und ADU haben damit seit 1978, wo sie ihre höchste Stimmenzahl erzielt hatten, kontinuierlich an Stimmen verloren. MSB und SHB haben ihren seit 1978 anhaltenden Abstieg stoppen können und sich bei leichten Stimmengewinnen erstmal stabilisiert. Der – seit 1979 bestehende – Niedergang der Jusos kam diesmal einem kleinen Erdrutsch gleich.

Der Grund dafür dürfte zum einen darin liegen, daß sie – bis 1980 waren sie noch mit MSB und SHB im AStA – sich diesmal nicht als die „undogmatisch-linke" Kraft im AStA profilieren konnten und zudem praktisch sämtliche Impulse für die AStA-Arbeit nicht von ihnen, sondern von der GBAL ausgingen. Zum anderen schlug die weitverbreitete Ablehnung der Politik ihrer „Mutterpartei" ihnen voll entgegen. Ein Juso dazu: *„Natürlich ist diese Niederlage nicht nur eine hochschulpolitische Angelegenheit. Die Politik von Börner und Schmidt hat uns sehr geschadet."*

Die GBAL dagegen hat ihre großen Stimmengewinne sicherlich zum einen dem bundesweiten Aufwind für grüne und alternative Listen (Westberlin, hessische Kommunalwahlen) zu verdanken, zum anderen der alles in allem recht guten Arbeit im AStA.

Die Arbeit des AStA (und das heißt faktisch: der GBAL) war geprägt von einer intensiven Zusammenarbeit mit studentischen und außeruniversitären Initiativen. Inhaltliche Schwerpunkte waren (und sind): der Kampf gegen AKWs (Brokdorf), die nordhessische WAA (Wethen) und die Startbahn West, Antirepressionsarbeit (v.a. im Zusammenhang mit dem Hungerstreik der RAF), internationale Solidarität (mit Schwerpunkt auf Mittelamerika, aber auch zu Irland, Iran, Polen...) und lokale Aktionen zur BaFöG-Misere (Nacktdemo, „Aktionsdemo").

Ob die bisherige AStA-Koalition (GBAL/Juso) bestehen bleibt, ist noch unklar: zum einen überlegen sich die Jusos, ob sie nicht aus dem AStA ausscheiden sollten, um sich in der „Opposition" zu „regenerieren", zum anderen verfügen GBAL und Jusos zusammen weiterhin nur über 19 von mindestens 21 zur AStA-Wahl erforderlichen Stimmen.

Die ADU (Schmidt/Genscher-Kurs), die letztes Jahr den AStA gewählt hat, stellt diesmal „Bedingungen" für die Wahl eines AStA: „eindeutige Absage an Gewalt", sie selber will auf alle Fälle im Stupa-Präsidium, evtl. sogar im AStA, vertreten sein.

Der RCDS, der letztes Jahr ebenfalls den AStA gewählt hat (!), um die ihm besonders verhaßten MSB und SHB aus dem AStA zu entfernen, wird einen GBAL/Juso-AStA sicher nicht noch ein zweites Mal wählen. Immerhin schrieb der RCDS im Wahlkampf: *„Der jetzige AStA... praktiziert im Prinzip nichts anderes als der alte AStA..."*. Die Hoffnungen des RCDS, der jetzige AStA würde „gemäßigter" als der alte auftreten, haben sich nicht erfüllt, teilweise war sogar das Gegenteil der Fall.

Der SHB favorisiert einen 5er AStA (GBAL/Juso/MSB/SHB/LHV) – mit dem sich zumindest GBAL und Jusos nicht anfreunden können – um einen „starken AStA" für ... den „Sozialkampf" zu haben.

Der MSB warf der GBAL im Wahlkampf einerseits Sympathisantentum mit der RAF vor (und kritisierte die ADU, solche Gewaltapostel in den AStA gewählt zu haben, d.h. er griff in dem Punkt die ADU von rechts an), andererseits bezichtigte er die GBAL, nach „rechts offen" zu sein (womit er die Wahl durch ADU und RCDS meinte, diesen Vorwurf aber nicht an der konkreten Politik der GBAL festmachen konnte). Für seinen inhaltsleeren und auf Unterstellungen beruhenden Wahlkampf war der MSB sogar öffentlich vom SHB kritisiert worden. Der MSB befürwortet offenbar ebenfalls einen 5er-AStA mit den Schwerpunkten: Sozialkampf, Frieden, WAA und Startbahn West. Die wohl strittigsten Bereiche Internationalismus und Anti-Repression erwähnt er wohlweislich erst gar nicht. Zudem ist es ein Witz, daß gerade der MSB die Bereiche WAA und Startbahn West erwähnt, war doch von ihm in beiden Bereichen noch so gut wie nichts zu sehen. Die GBAL schließlich hat noch nicht abschließend bezüglich AStA-Bildung beraten. Wir werden über die künftige Entwicklung weiter informieren.

KB/Marburg

Kunstfehler bestätigt – Kunstfehler vertuscht?

OBERLANDESGERICHT HAMM
IM NAMEN DES VOLKES

URTEIL

3 U 3o7/8o OLG Hamm — Verkündet am 27. April 1981
3 O 353/79 LG Dortmund

In Sachen

1) der Stadt Dortmund, vertreten durch den Oberstadtdirektor, Südwall 2, 46oo Dortmund 1,

2) des Arztes Dr. med. Lorenz Fleitmann, Städt. Krankenanstalten, - Dudenstift -, Frauenklinik, Beurhausstraße 4o, 46oo Dortmund 1,

Beklagten und Berufungskläger,

-Prozeßbevollmächtigte zu 1): Rechtsanwälte Dr. Eick, Wältken, Dr. Bergmann und Schumacher in Hamm-

-Prozeßbevollmächtigte zu 2): Rechtsanwälte Dr. Wolter, Köttgen, Lohmeyer, Scharfenberg und Schäfer in Hamm-

g e g e n

die minderjährige Sabine Boeck, geboren am 23. August 1978,

Klägerin und Berufungsbeklagte,

-Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Heimann, Hegemann, Adams, Dr. Herrmann, Dr. Saerbeck, Dr. Hormuth und Dr. Oexmann in Hamm-

AUS DEN ENTSCHEIDUNGSGRÜNDEN
(Zusätze in Klammern sind von uns)

Über Aufklärungspflichtverletzung nicht entschieden

In der Frage der Aufklärungspflichtverletzung hat das OLG das erstinstanzliche Urteil leider nicht bekräftigt, aber den Dortmunder Richtern auch nicht widersprochen:

"Es kann dahinstehen, ob die Haftung der Beklagten oder eines von ihnen (Assistenzarzt Dr. F. und die Stadt Dortmund als Träger der Frauenklinik) auch aus dem Gesichtspunkt der Verletzung der ärztlichen Aufklärungspflicht bei der Einleitung der Geburt hergeleitet werden kann. Da nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme ein ärztlicher Behandlungsfehler als Ursache der eingetretenen Gesundheitsschäden feststeht, bedarf es nicht der Entscheidung dieser Frage durch den Senat."

Entscheidender Arztfehler 3 Stunden vor Sabines Geburt

Dennoch ist das jetzige Urteil aber für den beklagten Arzt und die Stadt erheblich negativer, weil nach dem Gutachten des Essener Gynäkologen Prof. Fischer schwere ärztliche Versäumnisse nachgewiesen werden konnten.

"Der Sachverständige hat ausgeführt, daß etwa ab 17.00 Uhr bis ca. 18.00 Uhr aufgrund des veränderten Herzfrequenzmusters auf dem Kardiotokogramm (= kindliche Herzfrequenz- und Wehenkurve) ein akuter Sauerstoffmangel erkennbar war, der durch sofortige ärztliche Maßnahmen hätte bekämpft werden müssen. Um die Situation der Klägerin (= Sabine) zu verbessern, war es nach seinen Ausführungen unabdingbar, die Oxytocin(=wehenfördernden Hormon)-Injektion abzustellen und wehenhemmende Mittel zu geben. Nach Auffassung des Sachverständigen war es in dieser Situation geboten, eine Schnittentbindung vorzunehmen. Dagegen war nach seinem Gutachten nach 18.00 Uhr eine Abwendung der durch den lange anhaltenden Sauerstoffmangel bereits eingetretenen schweren Hirnschädigung der Klägerin nicht mehr möglich. Daher kommt der weiteren Entwicklung nach diesem Zeitpunkt für die eingetretenen Gesundheitsschäden der Klägerin keine Bedeutung mehr zu. (Sabine wurde erst um 20.00 Uhr nach drei vergeblichen Entbindungsversuchen des Assistenzarztes Dr. F. mit Saugglocke und Zange vom herbeigeeilten Oberarzt mit Saugglocke ans Licht der Welt gezogen.) ...

Der Beklagte zu 2) (= Dr.F.) hat somit pflichtwidrig gehandelt. Er hat es unterlassen, in der kritischen Zeit zwischen etwa 17.00 und 18.00 Uhr, in der das Herzfrequenzmuster auf dem Kardiotokogramm eine bedrohliche Sauerstoffmangelsituation der Klägerin erkennbar machte, die zur Abwendung der dadurch drohenden Schädigung des Gehirns erforderlichen ärztlichen Maßnahmen zu treffen; die Oxytocin-Infusion abzustellen, wehenhemmende Mittel zu geben und notfalls eine Schnittentbindung zu veranlassen. Er hat auch fahrlässig gehandelt und die gemäß § 276 BGB gebotene ärztliche Sorgfalt außer acht gelassen. Ihn entlastet nicht, daß er sich noch in der Facharztausbildung befand und möglicherweise noch nicht über das erforderliche fachärztliche Wissen und Können verfügte, das Kardiotokogramm richtig zu interpretieren und die gebotenen Maßnahmen selbst vorzunehmen. Er hätte in jedem Fall sofort nach Auftreten der auffälligen Herzfrequenzverlangsamungen auf dem Kardiotokogramm den zuständigen Oberarzt informieren müssen, damit dieser die geeigneten Maßnahmen einleiten konnte. Wenn er nicht in der Lage war, das Kardiotokogramm richtig zu deuten und die aufgetretenen Herzfrequenzveränderungen als bedrohlich zu erkennen, hätte er die alleinige ärztliche Betreuung der Geburt nicht übernehmen dürfen. Die Aufzeichnung der fetalen Herzfrequenz auf dem Kardiotokogramm diente gerade dem Zweck, Gefahrensituationen rechtzeitig erkennen und durch geeignete Maßnahmen bekämpfen zu können.

Die schuldhafte Pflichtwidrigkeit des Beklagten zu 2) ist für die schwere Hirnschädigung der Klägerin ursächlich geworden. ... Der Sachverständige Dr. Fischer hat bei seiner Vernehmung erklärt, daß der Schaden durch ein sofortiges ärztliches Einschreiten mit hoher Wahrscheinlichkeit verhindert worden wäre. ... Der Senat ist daher im Rahmen des § 287 Abs. 1 ZPO davon überzeugt, daß es beim sofortigen Einsatz dieser (o.g.) Mittel zu Beginn der bedrohlichen Situation nicht zum Eintritt des Schadens gekommen wäre."

Auch in der zweiten Instanz wurde es als erwiesen angesehen, daß Sabine B. keine geistigen und körperlichen Geburtsschäden hätte, wäre sie nicht durch eine programmierte Geburt zur

als erwiesen angesehen, daß Sabine B. keine geistigen und körperlichen Geburtsschäden hätte, wäre sie nicht durch eine programmierte Geburt zur
Welt gekommen und wären dabei keine ärztlichen Behandlungsfehler vorgekommen.

Wie schon in der ersten Instanz bekamen Ulla und Pejo B., die Eltern von Sabine B., am 27.4.81 vor dem OLG Hamm Recht! Ihnen steht gegenüber der Stadt Dortmund als Träger der Frauenklinik und dem verklagten Assistenzarzt ein Schadenersatzanspruch zu.

„Damit stellte zum ersten Mal ein bundesdeutsches Gericht fest, daß ein medizinischer Eingriff im Rahmen der Geburtshilfe nicht anders zu bewerten ist, wie jede andere Operation auch. Entsprechend hätte die Mutter über die verschiedenen möglichen Formen der Geburtshilfe ausreichend ausgeklärt und auf die jeweiligen Komplikationen hingewiesen werden müssen" („Tagesschau", 20 Uhr, 27.4.81).

Genau dies geschieht in der Dortmunder Frauenklinik (die mit der höchsten Geburtenzahl in NRW) in der Regel nicht. Jede zweite ist dort eine ‚programmierte' Geburt, d.h. die Wehentätigkeit wird zum vermuteten Entbindungstermin künstlich eingeleitet.

Der Frauenfeindlichkeit dieser Methode hält Prof. Wulf (Würzburger Frauenarzt, Präsident d. dt. Gesellschaft f. Gynäkologie u. Geburtshilfe) entgegen: hier lägen *„unbestrittene Vorteile im organisatorischen Bereich"* („WZ", 9.5.81).

Mit diesem Argument kann nicht vom Tisch gefegt werden, daß sich bei einer künstlich und damit verfrüht eingeleiteten Geburt das Risiko ungleich erhöht, da viel häufiger zu Zange, Saugglocke oder Kaiserschnitt gegriffen werden muß.

Der Beschwerdeausschuß der Stadt Dortmund will sich allerdings erst mit der Beschwerde von Ulla und Pejo B. befassen, wenn ein endgültiges Urteil vorliegt. Er verzögert damit notwendige Maßnahmen und gefährdet weitere Menschen, denn die Gefahr, daß Kinder bei Geburten geschädigt werden, ist anscheinend gerade in Dortmund sehr groß.

So stellte das Ehepaar Bonde Strafanzeige gegen die Stadt Dortmund. Anlaß ist der Tod ihrer einjährigen Tochter. Sie glauben, *„daß das Leben ihres Kindes durch die schweren Schädigungen beendet wurde, die Jessica durch Fehler bei der Geburtshilfe in der städtischen Frauenklinik zugefügt wurden"* („WR", 28.3.81).

Als sich bei der Geburt Komplikationen ergaben, forderte der Ehemann den behandelnden Arzt auf, einen Kaiserschnitt vorzunehmen. Er reagierte nicht auf diese Hinweise. Die Geburt wurde erst drei Stunden später von einem anderen Arzt mit der Saugglocke beendet. Das Baby hatte schwere Schädigungen, vermutlich verursacht durch Sauerstoffmangel während des Geburtsvorgangs.

Als die Kripo jedoch nach der Anzeige in der Klinik erschien, stellte sich Merkwürdiges heraus: Das gesamte Geburtsprotokoll, der Wehenschreiber-Bericht und die dicke Akte der Mutter waren spurlos verschwunden!

Dazu der städtische Krankenhaus-Dezernent Schiffmann: *„Das Verschwinden von Unterlagen ist in den letzten Jahren in der Frauenklinik wiederholt vorgekommen"* („RN", 31.3.81). Für Außenstehende ist es jedoch so gut wie unmöglich, aus dem ärztlichen Archiv gezielt etwas zu entwenden. Klinik-Chef Prof. Dr. Koester lehnt zu diesem Vorfall jeden Kommentar ab.

Dahinter steckt doch wohl die Angst einiger Verantwortlicher. Denn ohne ausreichende Unterlagen sind die Chancen, ärztliche Fehler nachzuweisen, gering.

Die zuständige Staatsanwältin: *„Ich muß mir die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Verdachts der Urkundenunterdrückung vorbehalten"* (a.a.O.).

Behindertenkommission KB/Gruppe Dortmund

BVG bestätigt Schwerbehindertengesetz

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat am 26.5.1981 entschieden, daß die Vorschriften des Schwerbehinder-

-maßnahmen aufgewendet habe. Dieser Betrag entspricht etwa den finanziellen Aufwendungen, welche die

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat am 26.5.1981 entschieden, daß die Vorschriften des Schwerbehinder-
tengesetzes (SchwbG) über die Ausgestaltung und Verwendung der Ausgleichsabgaben mit dem Grundgesetz vereinbar seien. Danach müssen auch weiterhin öffentliche Verwaltungen und Betriebe 6 % der Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten besetzen. Anderenfalls müssen sie monatlich 100 DM für jeden nichtbesetzten Pflichtplatz in die Staatskasse zahlen. Dieser Richterspruch sichert minimale Rechte, kann aber Schattenseiten des Gesetzes und die Krüppelarbeitslosigkeit nicht verdecken.

Die Entscheidung des BVG betraf drei Klagen, die 1978 von Kapitalisten beim Verwaltungsgericht Aachen eingereicht wurden. *„In zwei Fällen konnten Arbeitsplätze trotz aller Bemühungen um die Einstellung von Behinderten nicht besetzt werden. Im dritten Fall war an einen Unternehmer, mit 23 bis 29 Lohnabhängigen, davon jedoch zehn Auszubildende, ein Ausgleichsbescheid ergangen"* („TAZ", 27.5.81).

Das Aachener Verwaltungsgericht wies die Klage zwar als unbegründet zurück, hielt die Vorschriften des SchwbG aber für verfassungswidrig. Die Begründung: Nach dem Gleichheitssatz sei es unzulässig, eine Personengruppe – hier die Kapitalisten – mit einer finanziellen Belastung stehen zu lassen, die eigentlich die „ganze Gesellschaft" (sprich: die Staatskasse) übernehmen müßte. Die Ausgleichsabgabe sei daher eine verfassungsrechtlich unzulässige Steuer. Außerdem bestünde ein Mißverhältnis zwischen vermittelbaren Krüppeln und zu besetzenden Pflichtplätzen.

Das BVG hielt sämtliche verfassungsrechtliche Bedenken im Ergebnis für unbegründet. So entspricht die Zahl der zu besetzenden Pflichtplätze (die 6 %) seit 1979 dem tatsächlichen Bedarf. Darüberhinaus gelte die Ausgleichsabgabe als Ersatz für eine Naturalleistungspflicht der Kapitalisten, die damit ebenso ihren sozialstaatlichen Verpflichtungen nachkommen sollen.

D. h., daß zukünftig die Ausgleichsabgaben bezahlt werden müssen. Trotzdem kein Grund zum Jubeln, denn gerade Krüppel ziehen in den wenigsten Fällen Vorteile aus dieser Regelung.

Denn die 100 DM im Monat kosten den Kapitalisten ein müdes Lächeln; auch wenn die ganze Klasse im letzten Jahr ca. 300 Millionen DM zahlte, spart sie erheblich, wenn sie Krüppel nicht einstellt. So stöhnt Dr. Siegers von der Bundesvereinigung der Arbeitgeber: *„In ihrem Aktionsprogramm für die 80er Jahre verkündet die Bundesregierung stolz, daß sie seit 1970 rd. 630 Mio. DM für Rehabilitationseinrichtungen und -maßnahmen aufgewendet habe. Dieser Betrag entspricht etwa den finanziellen Aufwendungen, welche die Arbeitgeber in jedem Jahr für den Sonderurlaub der rd. 1 Mio. beschäftigten Schwerbehinderten tragen müssen, von den sonstigen Aufwendungen für technische Hilfen, medizinische Leistungen, größeren Personalaufwand usw. ganz abgesehen"* („Der Arbeitgeber", Nr. 2/33-1981). Hier wird einerseits verschwiegen, daß Betriebe bei Beschäftigung von Krüppeln zwischen 6.000 und 18.000 DM Lohnzuschuß aus Staatsmitteln erhalten, andererseits wird bemängelt, *„die Beschäftigungsquote von 6 % ... ist immer noch zu hoch"* („Der Arbeitgeber", Nr. 2/33-1981).

Um diesem Ziel näherzukommen, werden Forderungen gestellt: *„Notwendig ist eine flexible Handhabung der Beschäftigungsquote"* (s.o.). Konkret: öffentliche Stellen sollen mehr Krüppel einstellen als private Betriebe, diese wiederum nach Branchen differenziert. Kleinbetriebe sollen völlig aus der Regelung herausfallen. Sie sollen Krüppel vielmehr auf freiwilliger Basis einstellen.

Und weiter: *„Auch die Ausgleichsabgabe müßte in ihrer Anwendung flexibel gehalten werden"* (s.o.). Das soll bedeuten, *„daß die Ausgleichsabgabepflicht entfällt, wenn aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen Schwerbehinderte nicht beschäftigt werden können"* (s.o.).

Zu guter Letzt wird sogar gefordert, die sozialen Leistungen für Krüppel nicht gegenüber anderen anzuheben. Denn dies würde sie gegenüber den anderen Arbeitern oder Angestellten in eine weitere Sonderstellung drängen, der Gedanke der Integration wäre umgekehrt.

Diese unmenschliche Argumentationskette verdreht, wer hier wen ausschließt. Sonderzuwendungen an Schwerbehinderte sind doch gerade deshalb notwendig, damit sie überhaupt am normalen öffentlichen Leben teilnehmen können. Aber selbst die Ausgleichsabgaben werden heute keineswegs im Interesse der Behinderten sondern im Interesse der Kapitalisten ausgegeben.

Das Geld, mit dem die Kapitalisten sich von ihrer Beschäftigungspflicht freikaufen, dient hauptsächlich dem Ausbau von Werkstätten und den mit ihnen in Verbindung stehenden Wohnheimen. Nicht genug, daß die Industriellen durch Auftragsvergabe an die Krüppel in den Werkstätten enorme Lohneinsparungen machen (die Aufträge können zudem gegen die 6 %-Klausel gerechnet werden), sondern die Aussonderung der Krüppel wird durch Finanzierung dieser Institutionen weiter betrieben.

Behindertenkommission KB/Gruppe Hamburg



Fürchtet euch nicht vor der Homosexualität!

Unter diesem Motto lief die Schwulendemo, die in diesem Jahr zentral für die BRD am 20.6. in Hamburg durchgeführt wurde. Sie war um eine Woche vorgezogen worden, um die Mobilisierung bzw. Öffentlichkeit des gleichzeitig stattfindenden Kirchentages zu nutzen.

Getragen wurde die gesamte Planung von Kundgebung und Demonstration vom Hamburger Lesben- und Schwulenverband (HLSV). der die Sache vom ersten Moment an fest in Händen hielt. Unterstützung fand er dabei in der Gruppe RAUSS, die das Konzept voll teilte. Im HLSV haben sich rund ein Dutzend Gruppen (Schwusos, Schwudos, DESI, AGSL, UHA, MSC u.a.) zusammengetan, um gemeinsam in Hamburg aktiv zu werden. So organisierten sie u.a. die Demo im Vorjahr sowie zwei Podiumsdiskussionen zu den ROSA LISTEN. Durch die Mitwirkung der parteilich gebundenen Gruppen (Schwusos und Schwudos) hat die Arbeit des HLSV eine starke Ausrichtung auf den Parlamentarismus erhalten. – Zu den Kräften, die diesen Kurs nicht teilen und von daher außerhalb des HLSV arbeiten, gehören die HAH (Homosexuelle Aktion Hamburg) sowie Teile des Hamburger Tuntenchores und der schwulen Kulturszene.

Bis zu einer Vorbereitungsdiskussion unter Beteiligung beider Seiten und anderer nationaler Gruppen war ausschließlich ein Programm des HLSV (Kundgebung, Reden, Demo) vorgesehen. Erst in allerletzter Minute gelang es, durch den Druck der zahlreichen angereisten westdeutschen Schwulengruppen, den festgefügten Rahmen des HLSV-Programms zu sprengen und eine breitere Beteiligung an der Durchführung zu erreichen. So einigten sich die Organisatoren mit den anderen Vertretern darauf, daß neben einem Vertreter der süddeutschen Schwulengruppen vom ROSA FROSCH auch ein Mitglied der DSAP zur Pädofrage auf der Anfangs- bzw. Schlußkundgebung mit angemessenen Beiträgen vertreten sein sollten. Außerdem konnte der Hamburger Tuntenchor zur Gestaltung eines Kulturprogramms vor der Demo eingebracht werden.

Durch diese, fünf Minuten vor zwölf erreichte Verbindung der unterschiedlichen Ansichten über die Durchführung, war der Erfolg der anschließenden Demo vorgezeichnet.

Rund 3.000 Menschen waren dem bundesweiten Aufruf gefolgt. Das Kulturprogramm sorgte gleich zu Anfang für die erforderliche Stimmung, die durch die zündende Rede des bezaubernden FROSCH-Vertreters nur noch gefördert werden konnte.

Nach dem Abschluß der Kundgebung zogen die Teilnehmer geschlossen zur Friedensdemo, wo sie sich dem schon in Bewegung befindlichen Zug eingliederten und so über eine weite Strecke hinweg mit ihren zahlreichen Transparenten und phantasievollen Kostümen das Bild prägten. Durch das hautnahe Nebeneinander von anderen Teilnehmern der Friedensdemo mit den Schwulen gelang es vorbildlich, unser besonderes Anliegen einzubringen.

Bis zu einer Vorbereitungsdiskussion unter Beteiligung beider Seiten und anderer nationaler Gruppen war ausschließlich ein Programm des HLSV (Kundgebung, Reden, Demo) vorgesehen. Erst in allerletzter Minute gelang es, durch den Druck der zahlreichen Transparenten und phantasievollen Kostümen das Bild prägten. Durch das hautnahe Nebeneinander von anderen Teilnehmern der Friedensdemo mit den Schwulen gelang es vorbildlich, unser besonderes Anliegen einzubringen.



»Arschficker, Wichser oder einfach Mensch ...«

Alternativ zu den vom HLSV (Hamburger Lesben- und Schwulenverband) veranstalteten Schwulen- und Lesbenwochen vom 16.6. - 27.6.81 in Hamburg fanden im Haus der Jugend Stintfang Theater- und Aktionsworkshops statt. Im Rahmen dieser Veranstaltungen traten auch „Familie Schmidt" (Gunther Schmidt und Corny Littmann) auf, aus deren Repertoire die Überschrift zitiert ist.

Begonnen wurden diese Workshops mit einer großen Eröffnungsfete am Sonntag (14.6.), wo auch der Hamburger Tuntenchor wieder zu hören und sehen war. Von da an gings dann richtig los.

Jeden Morgen trafen sich Schwule aus der ganzen BRD zu einem gemeinsamen Frühstück. Ein Konzept für die Theater- und Aktionsworkshops war nicht vorgesehen. So konnte jeder, der irgendwelche Ideen und Fertigkeiten hatte, einen Workshop durchziehen und versuchen, dies den anderen Schwulen näher zu bringen.



Meist haben wir damit begonnen, unter der Leitung von Frau Schmidt (Gunther, Hamburger Tuntenchor) erstmal etwas zu trällern, was unheimlich Spaß machte. Manche haben auch erst etwas Morgengymnastik betrieben. Danach oder auch

Meist haben wir damit begonnen, unter der Leitung von Frau Schmidt (Gunther, Hamburger Tuntenchor) erstmal etwas zu trällern, was unheimlich Spaß machte. Manche haben auch erst etwas Morgengymnastik betrieben. Danach oder auch schon vorher konnte dann jeder entscheiden, bei welchem Workshop er nun mitmachen wollte. Angekündigt waren die Workshops, wie auch alle anderen Veranstaltungen, auf einer großen Wandzeitung, an der sich jeder informieren konnte. Es war ein derart buntes Angebot, daß es unmöglich war, einen jeden dieser Workshops zu besuchen.

Zur Auswahl standen:

- ein Malworkshop (Akt, Portrait, Tunten ...);
- eine Playbackgruppe;
- eine Gruppe, die die Produktion von Casetten für Radio Querfunk (freies Radio) bzw. für unsere Sendung „Radio Interschwul" übernahm;
- ein Schminkworkshop, der auch praktischen „Unterricht" bot, in dem wir – 15 - 20 kreischende Tunten – z. B. die Kosmetikabteilung von Karstadt besetzten;
- ein Workshop, der uns mit Massage, Bioenergetik und nonverbalen Übungen vertrauter machen sollte;
- eine Gruppe, die versuchte einen „DEMOTANZSCHRITT" einzustudieren, wobei es allerdings beim Versuchen blieb;
- eine Gruppe, die das Malen von Transparenten und Schildern für die Demonstration übernahm. Das ging vom Einkaufen, über Ausdenken der Parolen bis hin zum Tragen der fertigen „Kunstwerke";
- dann hatte die Redaktion des ROSA FLIEDERS (die im Moment einzige, nichtkommerzielle, bundesweite Schwulenzeitung) eine Sprechstunde eingerichtet, wo ganz einfach Kontakt aufgenommen werden konnte, damit auch eine kontinuierlichere Berichterstattung aus anderen Städten gewährleistet werden kann;
- die wohl öffentlichkeitswirksamste Arbeit leistete der Straßentheaterworkshop. Die Schwulen, die sich daran beteiligten, überlegten vorher kurz, was sie für Themen anspielen, und wo sie das machen könnten, fuhren an-

schließend in die Innenstadt, wo sie versuchten auf sich aufmerksam zu machen, was auch immer sehr schnell klappte, und holten sich dann Personen aus dem Publikum, die bestimmt zum ersten

schließend in die Innenstadt, wo sie versuchten auf sich aufmerksam zu machen, was auch immer sehr schnell klappte, und holten sich dann Personen aus dem Publikum, die bestimmt zum ersten Mal in ihrem Leben auf diese Art und Weise mit dem Thema Schwulsein konfrontiert wurden. Eine absolut zum Nachahmen empfolene Sache!

Die ganzen Aktivitäten hatten ihren Höhepunkt am Sonnabend 20.6., am Tag der Schwulen/Lesben- und Friedensdemonstration. Hier konnten nun endlich alle in den letzten Tagen angeeigneten Fertigkeiten an die Frau und an den Mann gebracht werden. Ihr sensationelles Ende fanden die Interschwultage in einer großen Abschlußfeier. Genauso wie die Tage vorher herrschte auch in dieser Nacht ein Klima von Gemeinsamkeit, das schier unbeschreiblich scheint.

Im Laufe der Interschwultage lernten sich Schwule aus der ganzen BRD kennen, die in etwa auch die gleichen Ziele in ihren Köpfen haben. Das äußerte sich vor allem am Samstagnachmittag auf dem nationalen Treffen der Schwulengruppen. Hier wurde ein gemeinsames Motto gefunden, das für alle Schwulengruppen gelten sollte: „Wir sägen am Sexualstrafrecht – Weg mit dem § 175 !"

Dieser Gedanke setzte sich während des ganzen Abends auf der Fete fort, wo eine ganz wahnsinnige Stimmung herrschte. In einem rappelvollen, über den letzten Stehplatz hinaus überfüllten Saal, trat zuerst die Theatergruppe Fliederlich aus Nürnberg auf. Sie hatte dort ihre Premiere des Theaterstücks: „Homosexualität, ist eine Heilung möglich?" Waß bei den schwulen Massen allerdings noch besser ankam, war ihr Showteil, ihre Travestie. So heizten sie die Stimmung im Saal derart an, daß es für den Hamburger Tuntenchor eine Leichtigkeit war, das Publikum noch weiter zu begeistern. Eine Einlage der „Alsterelsen" (Schwules Balett) war somit quasi die Sahne auf der ganzen Torte. Den Abschluß bildeten „Familie Schmidt" und „Muttis Muff", die in einzigartiger Köstlichkeit und politischer Pfiffigkeit die Besucher weitere zwei Stunden in den großen Saal des Haus die Sahne auf der ganzen Torte. Den Abschluß bildeten „Familie Schmidt" und „Muttis Muff", die in einzigartiger Köstlichkeit und politischer Pfiffigkeit die Besucher weitere zwei Stunden in den großen Saal des Haus der Jugend Stintfang fesselten.

Die größte Anerkennung gilt hierbei den Hamburger Organisatoren der Interschwultage. Das war ein voller Erfolg.

Im Rahmen der Workshops war es auch möglich, unter den bereits bestehenden Theatergruppen eine Kontaktaufnahme herzustellen, einen Erfahrungsaustausch voranzutreiben und vielleicht die Voraussetzungen für ein schwules Theatergruppentreffen zu schaffen. Es hat ungeheuer Spaß gemacht!

Stonewall '81
Hamburger Lesben- und Schwulenwochen

Nach der Halbzeit der Hamburger Lesben- und Schwulenwochen lassen sich bereits einige Schlüsse ziehen. Das Programm des Hamburger Lesben- und Schwulenverbandes (HLSV) unter dem Titel „Stonewall '81" wandte sich vorrangig an den „gewöhnlichen Homosexuellen" der aus seiner apolitischen Haltung und aus den Kellern des Sub herausgeholt werden sollte. Allein die Wahl des Themas Stonewall bezieht sich eher auf ein abgehobenes Ereignis, das überwiegend historische Bedeutung hat. Als Generalthema wäre ein konkreter Bezug auf unsere heutige Situation angebrachter gewesen, wie z. B. die Kampagne gegen den § 175. Wenn hierbei allerdings der Schwulenkampf schwerpunktmäßig mit den bürgerlichen Parteien laufen soll, kann daraus nicht mehr als trüber Lobbyismus werden.

Ein derartiger Kampf kann nur eingebunden in eine entsprechende Mobilisierung der Schwulen selbst erfolgreich sein.

Das Programm der Wochen umfaßte neben Kultur(Konsum)teilen wie Filmen und Lesungen auch zentrale politische Teile wie die Eröffnungsveranstaltung im Audimax am Dienstag, 16.6., wo zu einer Podiumsdiskussion Vertreter der drei Bundestagsparteien sowie aus Justiz und Forschung Rede und Antwort stehen sollten. Entgegen dem Konzept der Veranstalter, die auf den Dialog mit den bürgerlichen Parteien orientieren, um eine Streichung des § 175 zu erreichen, führte die Diskussion zu einer totalen Absage an deren Vertreter.

Es kam wie es kommen mußte: Der Vertreter der SPD war gar nicht erst erschienen, die Vertreterin der FDP verteilte liberale Bonschen, ohne konkrete Zusagen machen zu können und der CDU-Vertreter provozierte die Anwesenden mit dummdreisten Ausflüchten.

Positive Akzente setzten Helmut Kentler von der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung und Gisela Bleibtreu-Ehrenberg auf dem Podium, die es verstanden, unter Einbeziehung ihrer persönlichen Situation die von ihnen erarbeiteten Erkenntnisse zur Schwulenfrage lebhaft und verständlich zu vermitteln. Besonders Kentler bestimmte über weite Strecken den Verlauf der Diskussion und hatte am inhaltlichen Gelingen des Abends größten Anteil.

Luc Jochimsen gelang es als Diskussionsleiterin, die oft chaotische Stimmung immer wieder auf eine positive Ebene zu führen. So z. B. beim Versuch einiger Mitglieder der Nürnberger Indianerkommune, ihre Probleme einzubringen. (Vor zehn Wochen wurde aus ihrer Mitte Ulli unter einem Vorwand verhaftet und sitzt seit dem in U-Haft – s. AK 200). Dank Luc Jochimsens beherztem Engagement für die Indianer wurde aus der befürchteten Zerstörung der Veranstaltung ein verständliches Darstellen der Indianer und ihres Anliegens, und dies führte zu weiteren konkreten Unterstützungen für sie.


Mitglieder des Hamburger Tuntenchors

Aufruf zur Schwulen- und Lesben-Demo zum „Christopher Street Day 81" am 27.6. in Westberlin

Die jahrelangen Bemühungen der Schwulen- und Lesbenbewegung beginnen Früchte zu tragen: Selbst in den Koalitionsfraktionen des Bundestages wird über die Beseitigung des § 175 beraten.

Gerade jetzt ist es also wichtig, unser Selbstbewußtsein und unsere Geschlossenheit zu demonstrieren. Wir müssen aber auch zeigen, daß wir uns mit der teilweisen Entschärfung der rechtlichen Unterdrückung nicht zufrieden geben. So bleibt z.B. die Diskriminierung am Arbeitsplatz, im bürgerlichen Recht und bei der Wohnungssuche.

Sorgen wir also dafür, daß unsere Demo zum 12. Christopher-Street-Day wie in den letzten Jahren „zum Publikum herüberkommt" („Spandauer Volksblatt" vom 28.6.79).

Wir nennen uns schwul, lesbisch, homosexuell, gay und „andersrum". Gemeinsam ist uns die Liebe zum gleichen Geschlecht, aber vor allem die Diskriminierung unserer Art zu l[i]eben. Zeigen wir uns also in unserer Geschlossenheit und in unserer widersprüchlichen Vielfalt.

Wir rufen alle Lesben, Schwulen, Pädophilen, Pädosexuellen, alle Lederkerle, Tunten und Homotropen, Sittenstrolche und Jungschen und natürlich auch die Heteros auf, die für die sexuelle Befreiung sind, mit uns am Sonnabend, den 27.6.81,
um 12 Uhr vom Savigny-Platz
eine militunte, fröhliche Demo über die Kantstr., Leibnitzstr., den Kudamm und den Wittenbergplatz zum Großen Stern zu machen. Dort gibt es dann ein großes Picknick mit Ringelpietz und Anfassen.

Anm.:
1. Der Paragraph 175 StGB existiert 36 Jahre nach Ende des Naziregimes als diskriminierendes Sondergesetz immer noch. (Bis 1969 galt sogar die NS-Fassung!) Uns ist bewußt, daß die Abschaffung nur ein erster Schritt zur Reform des Sexualstrafrechts wäre, das auch weiterhin bestimmte Formen einvernehmlicher Sexualität mit Gefängnis bedroht.
2. Am 27.6.1969 wehrten sich die New Yorker Schwulen in der Christopher Street gegen Polizeiwillkür und Unterdrükkung. Diese Auseinandersetzungen waren der Anfang einer neuen, emanzipatorischen Schwulenbewegung.

Es rufen auf:
Allgemeine Homosexuelle Arbeitsgemeinschaft (AHA) e.V.
Alternative Liste
AStA der FU
Schwulenzentrum (SchwuZ)
Lesbisch-schwule Schülergruppe
Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie (DSAP) e.V. Reg. Gruppe Westberlin
Homosexuelle Selbsthilfe e.V.
Kommunistischer Bund (KB)
Kommunikations- und Beratungszentrum homosexueller Männer und Frauen e.V.
Cafe Lila
Cafe „18" (Graefe)
Schwulenreferat des FU-AStAs
Aktionsgemeinschaft Demokraten und Sozialisten (ADSen)
AK Homosexualität in der F.D.P. Berlin
Die Falken, LV Berlin
Arbeitsgemeinschaft homosexueller Lehrer in der GEW-Berlin
Jungsozialisten Berlin



Kein Platz für Schwule bei der sozialistischen Jugendinternationale

Am 3. - 5. Juni fand in Wien der 14. Kongreß der ‚Sozialistischen Jugendinternationale' (IUSY) statt. Rechtzeitig vorher hatte die ‚Homosexuelle Initiative Wien' (HOSI) über die ‚Sozialistische Jugend Österreichs' eine Resolution eingebracht, die von zahlreichen weiteren Gruppen unterstützt wurde. In ihr wurden die Kongreßteilnehmer aufgefordert, in ihren jeweiligen Organisationen und Parteien *„in der größtmöglichen Eindringlichkeit für die Aufnahme* (der schwulen Rechte) *als Bestandteil sozialistischer Politik einzutreten — und zwar für die Reform von Gesetzen, welche homosexuelle Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminieren. Diese diskriminierenden Gesetze stehen im Gegensatz zu den sozialistischen Idealen und dem Geist der UN-Menschenrechtserklärung".*

Eine gleiche Erklärung übernahmen die ‚Jonge Socialisten der Niederlande' vom Schwulenverband COC und brachten sie ebenfalls ein. Ein Brief des schwedischen Schwulenverbandes RFSL an die ‚Svensk Socialist Ungdom' blieb demgegenüber unbeachtet.

Bei der Kongreßeröffnung zeigte sich jedoch, daß keine der Resolutionen auf der Tagesordnung auftauchte. Als HOSI-Mitglieder Flugblätter zur Unterdrückung der Schulen und Lesben in Österreich verteilen wollten, wurden sie von IUSY-Generalsekretär Jukka Oas aus Finnland vom Gelände verjagt.

Hierüber empörte Genossen erreichten, daß zwei HOSI-Mitglieder am Empfang der IUSY-Delegationen im Wiener Rathaus teilnehmen konnten. Dort konnte dann in einem Gespräch mit dem IUSY-Vorsitzenden, Hillary Barnard aus Schottland, und niederländischen Genossen die Aufnahme der niederländischen Resolution auf die Tagesordnung durchgesetzt werden. Jedoch wurde am folgenden letzten Kongreßtag zwar noch der Antrag eingebracht, aber aus Zeitmangel und aus Mangel an gutem Willen seitens der Tagungsleitung (Juso Jürgen Zimmer) nicht mehr zur Abstimmung zugelassen, sondern ans Büro „weitergeleitet".

Diese Ereignisse zeigen schlaglichtartig, wie weit Schwule und (sozialdemokratische) Linke noch voneinander entfernt sind. Obwohl gerade die Aktivisten der Schwulenbewegung meist aus der Linken kommen oder ihr nahestehen, ist die Kiaison umgekehrt nicht annähernd so verbindlich. Ein Fort-Schritt über die Schwulen hinweg darf nicht sein!

Hei., Hamburg
Schwulengruppe des KB



Wir sägen am Sexualstrafrecht — Weg mit dem § 175

Diese Parole soll als Überschrift für eine nationale Kampagne der Schwulengruppen gegen das Sexualstrafrecht stehen. Nach wie vor ist der § 175 der gesetzlich zementierte Ausdruck des Verbots aller Schwulensexualität. Die Aufgabe der Schwulengruppen sollte aber auch darin liegen, gerade die Diskussion um die §§ 174 und 176 aufzunehmen und an die Öffentlichkeit zu tragen.

Dies wurde auf einem nationalen Treffen am 20.6. von Schwulen/Schwulengruppen aus insgesamt 25 Orten der BRD vorgeschlagen. Das Treffen fand auf Vorschlag der Fränkisch-Oberpfälzischen Schwulengruppen Rosa Frosch statt. Die Schwulen aus Bayern bzw. Franken hatten vor einigen Wochen in einem Brief an alle Schwulengruppen der BRD aufgerufen, über die Koordination einer Kampagne gegen den § 175 zu diskutieren (wie wir berichteten). Durch die Schwulenwochen und die nationale Demo in Hamburg hat sich hierzu auch genau die Gelegenheit ergeben. Die Schwulen aus Hamburg, die eine Workshop-Theaterwoche veranstaltet hatten, griffen den Vorschlag auf und organisierten dies nationale Treffen. Die Teilnahme von über 90 Schwulen ist deshalb auch ein toller Erfolg, weil erstens keiner mit einer so großen Teilnehmerzahl gerechnet hat und zweitens dies das erste Treffen dieser Art seit 1978 war. Mit dem Ende des III. Russell-Tribunals über die Verletzung der Menschenrechte in der BRD und der daran beteiligten NARGS (nationale Arbeitsgruppe — Repression gegen Schwule) hörten auch überregionale Diskussionen der Schwulengruppen untereinander auf.

Viele Schwule und auch Heteros machen sich zur Zeit Gedanken über die Abschaffung des § 175. Wissenschaftliche Institute und Arbeitskreise (wie z.B. die RAUSS) legen großen Wert auf die Sammlung von Unterschriften bei sog. Persönlichkeiten des „öffentlichen Lebens" (sprich VIP), um dadurch eine Lobby im Bundestag gegen den § 175 aufzubauen. Die Mehrzahl der anwesenden Schwulen bei dem Treffen meinte dagegen, schwul sollte nicht auf die bürgerlichen Parteien vertrauen, sondern die Arbeit der Schwulengruppen vor Ort entwickeln (sprich auf die eigenen Kräfte bauen!).

Daß über die beiden anderen §§ 174/176 sehr unterschiedliche Vorstellungen und Meinungen existieren, auch in bezug auf die Einbeziehung in die Kampagne, ist nicht erst auf dem Treffen deutlich geworden. Trotzdem ist eines klar gesagt worden: Beide Paragraphen sind Bestandteil eines Sexualstrafrechts, was schwul ablehnen muß. Auf der anderen Seite gibt es andere Tatbestände in den Paragraphen, die mit Gewaltanwendungen gegen den Willen Abhängiger auf sexuellem Gebiet zu tun haben. Hierzu bestand die einhellige Meinung, nur für gewaltfreie Sexualität einzutreten, was sowohl Pädophilie als Sadomasochismus einschließen kann.

Konkret wurde diskutiert und mit einheitlicher Mehrheit allen Schwulengruppen vorgeschlagen:

- Nationaler Aktionstag unter der Parole „Wir sägen am Sexualstrafrecht — Weg mit dem § 175" in möglichst allen möglichen Orten der BRD am 3. Oktober. Die Möglichkeiten und Arten der Aktionen sind natürlich sehr unterschiedlich und müssen jeweils örtlich festgelegt werden. Es soll nur der gemeinsame nationale Charakter gerade für die Presse deutlich gemacht werden.
- Dazu wurde die „Rosa-Flieder"-Redaktion in Nürnberg als Kontaktstelle vorgeschlagen. Bei der „Rosa-Flieder"-Redaktion sollen die Aktionen angemeldet werden, um vorher eine Presseerklärung an alle großen Presseagenturen herausgeben zu können. Des weiteren soll ein „Rosa Flieder" in der Woche nach dem Aktionstag herauskommen, in dem schwerpunktmäßig hierüber berichtet werden soll. Dazu ist es notwendig, innerhalb von zwei Tagen nach den Aktionen,am 3. Oktober, Berichte und Bilder an die Redaktion zu schicken.
- Ein ausführliches Protokoll über das Treffen soll über den Stuttgarter Schwulen-Info-Dienst verschickt werden.
- Ein neues nationales Schwulentreffen wird vorgeschlagen für das Wochenende 17./18. Oktober, wahrscheinlich im Schwulen Tagungshaus in Göttingen. Dort soll über die Auswertung des Aktionstages und über weitere gemeinsame Aktivitäten gesprochen werden.

Weitere Informationen über die „Rosa Flieder"-Redaktion in Nürnberg.
c/o Wolfgang Kaaden
Lobsingerstr. 14
85 Nürnberg 90

Auf Dauer — schwule(r) Power!!

Schwulengruppe des KB



Buchbesprechung:

Arbeiterparteien und Schwulenfrage

Der Verlag „Rosa Winkel" hat ein Buch herausgegeben, das sich mit dem Verhalten der Arbeiterparteien der Weimarer Zeit zur Schwulenfrage beschäftigt. „Arbeiterparteien und Homosexuellenfrage, zur Sexualpolitik von SPD und KPD in der Weimarer Republik". Autor ist W.U. Eissler; er hat damit das erste Buch seiner Art in der BRD veröffentlicht. Das Buch ist sehr materialreich und als Quellenwerk für jeden nutzlich, der sich mit der Geschichte der Schwulenbewegung beschäftigt.

Es stellt neben dem Kernpunkt verschiedene Fragen dar, die mit dem Thema zusammenhängen; so die Geschichte antischwuler Vorurteile seit dem Mittelalter, die Arbeit der SPD im Kaiserreich zur Schwulenfrage, sexualwissenschaftliche Theorien in der Weimarer Zeit, Arbeit und Geschichte der Homosexuellenbewegung in Deutschland, und schließlich enthält das Buch Thesen zur Frage, warum Schwule unterdrückt werden. Eissler stellt fest, daß er nur von den öffentlichen Äußerungen der Parteien ausgehen kann; die antischwulen Vorurteile, die die Masse der Parteimitglieder seiner Annahme nach in den Köpfen hatte, kann er natürlich nicht rekonstruieren.

Der Autor weist nach, daß es eine offensive Diskussion zur Schwulenfrage in SPD und KPD nicht gegeben hat und sich so die Einstellung zur Homosexualität von 1919 bis 1932 auch nicht geändert hat. Die Parteien duldeten in ihren Veröffentlichungen ganz verschiedene Positionen, ohne eine Vereinheitlichung anzustreben; zumindest bei der SPD lag dies Eissler zufolge daran, daß sie die Schwulenfrage schlicht und einfach zu nebensächlich fand.

Im Reichstag vertrat die KPD konsequent die Meinung des Sexualwissenschaftlers Magnus Hirschfeld, Schwulsein sei weder krank noch kriminell; auf allen anderen Ebenen der Partei galt jedoch, daß Schwule krank sind.

Der Standpunkt der Arbeiterparteien bezog sich im wesentlichen auf die Theorien der Sexualwissenschaft der Weimarer Zeit, die die vorgegebenen Geschlechterrollen keineswegs infrage stellten und sich nur mit der Frag der Entstehung des Schwulseins beschäftigten; Arbeiten zur Ursache der Verfolgung der Schwulen gab es nicht.

Die KPD war laut Eissler im Kampf

Verfolgung der Schwulen gab es nicht.

Die KPD war laut Eissler im Kampf für die Rechte der Schwulen um einiges konsequenter als die SPD. So trat die KPD z.B. entschieden und einheitlich gegen die Kriminalisierung auf und forderte die Streichung der Schwulenparagrafen, wohingegen die SPD in dieser Frage Kompromisse mit den Rechtsparteien einging. Die SPD berichtete zwar wohlwollend über die Aktivitäten der damaligen Schwulenbewegung, sie arbeitete aber nicht mit ihr zusammen.

Die KPD jedoch entwickelte eine Zusammenarbeit mit dem „Wissenschaftlich Humanitären Komitee" Hirschfelds und arbeitete dort auf höchster Ebene mit.

Daß das Engagement von SPD und KPD für die Schwulen trotz alledem nicht sehr tiefgreifend war, wird daran deutlich, daß sie sich kein bißchen genierten, an antischwulen Vorurteilen anzuknüpfen, um sie politisch auszuschlachten. Bei dem Skandal um den Spitzel und schwulen Massenmörder Haarmann und bei der Affäre um den schwulen SA-Führer Röhm zogen KPD und SPD ordentlich vom Leder.

Die KPD schrieb zu Röhm: *„Die Hitlerkamarilla ist auf dem Boden homosexueller Veranlagung und Heuchelei gewachsen* (nach Eissler, S. 113).

Wieweit dieser Rückfall in reaktionäre antischwule Hetze bei der KPD in Zusammenhang mit der reaktionären Rückentwicklung der Sexualtheorie in der Sowjetunion stand, untersucht Eissler leider nicht.

Pe., Hamburg,
Schwulengruppe des KB

● ● ● ● ● ● ● ● ● ● ●

W.U.Eissler: *„Arbeiterparteien und Homosexuellenfrage. Zur Sexualpolitik von SPD und KPD in der Weimarer Republik", Sexualwissenschaftliche Studien zur Homosexualität, Band 1, herausgegeben von Rüdiger Lautmann, Verlag Rosa Winkel, Westberlin 1980, 142 Seiten, 18 DM*

Wahlen in den Niederlanden

Die „Partei zur Liquidierung der Niederlande" schaffte bei den Wahlen zur Zweiten Kammer („Bundestag") mit 943 Stimmen zwar gerade die 0,01-Prozent-Hürde, lag damit aber immer noch gut 50 Stimmen vor der Wählergemeinschaft „Gott mit uns".

So sehr viel besser erging es jedoch den (nach zumindest eigener Darstellung) revolutionären Parteien auch nicht. Der Internationale Kommunistenbond (IV. Internationale) bekam gerade gut 2.000 Stimmen (0,02%), die Socialistiese Partij brachte 30.000 Stimmen zusammen (0,35%). Sowenig der tatsächliche (Wahl-)Erfolg revolutionärer Organisationen weder kurzfristig noch allzu engherzig an erreichten Prozenten gemessen werden darf, wäre doch diese (absehbare) Zurschaustellung eigener Schwäche – auf dem parlamentarischen Felde – besser ausgeblieben.

Allerdings hat die Wahlbeteiligung der kleinen Parteien nicht nur skurrile oder bedauerliche Aspekte: Von den insgesamt 25 kandidierenden Parteien und Wählergemeinschaften propagierten sechs ein *„atomwaffenfreies Niederlande"* – außer dem Internationalen Kommunistenbond und der Socialistiese Partij die Pazifisten-Socialisten (PSP), die revisionistische KP (CPN), die Radikaldemokraten (PPR) und die Evangelische Volkspartei (EVP). In großformatigen Anzeigen der Initiative „Volk für Frieden" wurde zur Wahl dieser Parteien (und der zehn sozialdemokratischen Kandidaten, die sich unzweideutig gegen Atomwaffen ausgesprochen hatten) aufgerufen.

Nicht minder erfreulich, wennauch in anderer Weise, ist das Abschneiden der rechtsradikal/rassistisch orientierten Parteien, der Nederlandse Volksunie (NVU) und der Centrum Partij (CP). Die NVU war in einer Reihe von Städten nicht zur Wahl zugelassen worden, in fast allen Städten war versucht worden, die Kandidatur beider Parteien zu unterbinden. Die Unterschriften, die NVU und CP mit Tricks und Lügen unter ihren Zulassungslisten zur Wahl zusammengemogelt hatten, wurden zum großen Teil wieder zurückgezogen. Aus formaljuristischen Erwägungen bekamen beide Parteien zwar letztlich die ihnen nach dem Parteiengesetz zustehende Sendezeit im Fernsehen, aber auch dies wurde im wesentlichen eine Aktion gegen die Rassisten: eine größere Anzahl von Technikern in den Studios weigerte sich, die Sendung aufzunehmen; die Techniker, die schließlich doch mitarbeiteten, taten dies mit dem ausdrücklichen Hinweis, sich damit weder gegen ihre Kollegen noch auf die Seite von NVU und CP stellen zu wollen. – Beide Parteien zusammen bekamen gut 20.000 Stimmen (jeweils 0,1%).

Die rechte Boerenpartij (Bauernpartei), die 1977 mit 0,8% noch einen Sitz bekam, hatte sich vor dieser Wahl in „Rechte Volkspartei" umbenannt und erhielt die entsprechende Quittung: Von ihren vor vier Jahren fast 70.000 Wählern verlor sie gut 50.000 und kann ihren rechten Mist jetzt noch bestenfalls bei einigen Einsiedlergehöften, nicht aber mehr im Parlament abladen. – Ebenfalls das Parlament verlassen mußte der letzte den „Demokratischen Sozialisten '70" (einer Rechtsabspaltung von den Sozialdemokraten) verbliebene Abgeordnete. – Zwei religiös-rechte Parteien haben ihre insgesamt vier Gottesmänner im Parlament halten können und sind um zwei weitere von der Reformiert-Politischen Föderation (einem Newcomer) verstärkt worden.

Parlamentarismus gerettet

Die Krise habe zwar manches ins Wanken gebracht, leitartikelt die „Volkskrant" zum Wahlergebnis, *„aber sichtlich nicht die parlamentarische Demokratie": „Extremisierung, Protestwahlen oder Antiparlamentarismus"* seien ausgeblieben. Was – summa summarum – leider ziemlich richtig ist.

Zwar hat es „am Rand" eine kleine, erfreuliche Stärkung der parlamentarischen Linken – der Pazifisten und der KP – gegeben, ansonsten ist es aber die gleiche Soße, mit nur geringfügig verändertem Farbton, geblieben.

Die bisherige Regierungskoalition aus Christdemokraten (CDA) und Rechtsliberalen (VVD) verlor ihre – ohnehin nur in zwei Sitzen bestehende und aufgrund innerer Widersprüche latent gefährdete – Mehrheit. 1977 hatten CDA und Sozialdemokraten (PvdA), die bis dahin Teil einer „Mitte-links"-Koalition ausmachten, zusammen die komfortable Mehrheit von 102 (von insgesamt 150) Sitzen erhalten – nach rund neun Monate währenden Schiebungen, „Formation" genannt, zogen die Christen es seinerzeit dann doch vor, es künftig mit den Rechtsliberalen zu treiben.

Der große Verlierer der Wahl ist die PvdA, die im Vergleich zur letzten Wahl 400.000 Stimmen eingebüßt hat und, nachdem sie 1977 mit 53 Sitzen die größte Partei in der Zweiten Kammer geworden war, nunmehr nur noch über 44 Sitze verfügt. Vor der Wahl hatte es oft geheißen, die PvdA könne entweder zehn Sitze dazugewinnen oder auch zehn Sitze verlieren. Gemeint war damit, welches Ergebnis die in der PvdA mit großer Heftigkeit geführte Debatte über die „Nachrüstungsbeschlüsse" haben würde. Der Parteikongreß ist letztlich vor der Drohung Joop den Uyls, er würde sich nicht mehr als Spitzenkandidat zur Verfügung stellen, wenn der Kongreß die sofortige Entfernung aller Atomwaffen aus den Niederlanden fordere, zurückgewichen. (Seine Kollegen Schmidt und Genscher haben dann diese Nummer mit nationalbedingten Variationen in der BRD nachgespielt). Mit „Joop Atoom" (Namensschöpfung der PvdA-Linken) wurde dann kompromisselt, daß in der Regierungsperiode 1981-85 noch „ein bis zwei" der heutigen sechs nuklearen Aufgaben der Niederlande im NATO-Bündnis behalten werden sollen und er dafür bei diesen Wahlen wieder den Spitzen-Larry macht. Diese zweideutige Haltung gegenüber den Atomwaffen sowie die breite Enttäuschung über die PvdA in der „Opposition", die sie in den letzten Jahren darstellte, bescherten ihr die eindeutige Niederlage.

„Großer Sieger" der Wahl sind die Demokraten '66 (D'66), eine vor 15 Jahren aus der allgemeinen Aufbruchs- und Veränderungsstimmung entstandene, damals linksliberale Partei. D'66, die schon 1977 einen überraschend hohen Zuwachs verbuchen konnte, erhielt mit 950.000 Stimmen (11%) 17 Sitze (1977: 450.000 Stimmen = 5,4% = 8 Sitze) und ist damit ein entscheidender Faktor für die Zusammensetzung der künftigen Regierungskoalition. Tatsächliche Leistungen oder zumindest klare Standpunkte hatte die *„vernünftige Alternative"*, *„progressiv, aber ohne Dogmen"* (Eigendarstellung) 1977 ebensowenig aufzuweisen wie heute. Sie ist, wie der Leitartikler der „Volkskrant" bemerkt, ein *„hübsch aussehender Dunst, eine wenig riskante Alternative, die man noch mit seinen Träumen bevölkern kann"*; sie ist, wie es die weiland Heidelberger KBW-Soziologen formuliert hätten, die Partei der „neuen Mittelschichten". Etwa die Hälfte des Stimmverlustes der PvdA konnte die D'66 für sich gutschreiben.



Links „Oppositions"führer und Sozialdemokrat Joop den Uyl, rechts der bisherige und künftige Ministerpräsident Andries Maria van Agt: „Das Kabinett, das bin ICH" (Karrikatur von J. v. Vugt, aus „de Volkskrant", 22.4.81)

Die andere Hälfte der Stimmen, die der PvdA verloren gingen, konnte die parlamentarische Linke hinzugewinnen. Die Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP) hat sich von ihrem Einbruch 1977 wieder aufgerappelt und verfügt nun statt über einen über drei Sitze (von 77.000 auf 180.000 Stimmen = 2,1% – bei rund 10.000 Parteimitgliedern). Herzlichen Glückwunsch an ihren Spitzenkandidaten Fred van der Spek, den konsequentesten Antimilitaristen im niederländischen Parlament. – Die Radikalpolitische Partei (PPR) gewann zwar 30.000 Stimmen hinzu, bleibt aber bei ihren drei Sitzen. – Die Communistische Partij van Nederland (CPN), die 1977 von sieben auf zwei Sitze bös abgeschmiert war (sie hat seither in Sachen Häuserkampf, Frauenfrage und Bündnispolitik erheblich dazugelernt) hat einen Sitz dazugewonnen.

Die künftige Regierung

Die „Mitte-rechts"-Koalition hat zwar ihre (Zwei-Stimmen-) Mehrheit verloren, aber auch die mit ebensoviel Worten wie (von PvdA und D'66) wenig ernsthaft angestrebte „linke Mehrheitsregierung" ist nicht zustandegekommen. Weitgehend unabhängig vom Willen der Mehrheit der Wähler sind jetzt zwei Möglichkeiten offen.

Am ehesten zu erwarten ist eine Koalition von Sozialdemokraten, Liberalen (D'66) und Christdemokraten, die zusammen über 109 der 150 Sitze verfügen würden. Gänzlich sicher ist jedoch nicht, daß – nach Wochen oder eher Monaten – die „Formation" mit diesem Ergebnis endet. Zum einen gibt es zwischen diesen drei Parteien eine Reihe von Unverträglichkeiten, teilweise sogar prinzipiellen Widersprüchen (die traditionsgemäß nur nach rechts aufzulösen sind); zum anderen ist die Christdemokratie, die wie bisher den Ministerpräsidenten (Van Agt) stellen wird, allemal für böse Überraschungen gut. Nicht auszuschließen ist, daß die Christen es lieber weiter mit den Rechtsliberalen treiben wollen und – da ihnen an der Regierungsmehrheit dann ein paar Stimmen fehlen würden – dafür die drei rechtsreligiösen Parteien (zusammen sechs Sitze) mit in die Koalition einbeziehen würden. Denn daß die Christdemokraten auf den „Wählerwillen" scheißen, das haben sie schon 1977 bewiesen, als das Votum eindeutig für eine christdemokratisch-sozialdemokratische Regierung ausfiel, sie aber mit der offenen Unternehmerpartei, den Rechtsliberalen, das Geschäft übernahmen.

(Wahlergebnisse nach „de Volkskrant", 28.5.81).

Niederlande-Kommission

Drei Jahre später:

Verdächtigungen gegen Henri Curiel waren »null und nichtig«

Im ARBEITERKAMPF Nr. 203 berichteten wir ausführlich über die Curiel-Affäre („Henri Curiel — Ein Opfer der ‚Gemeinschaft der westlichen Geheimdienste'").

Nach einer gemeinsam von französischen, südafrikanischen und westdeutschen Zeitungen („Der Spiegel") getragenen Rufmordkampagne war Henri Curiel am 4. Mai 1978 von einem sogenannten „Kommando Delta" vor seiner Haustür ermordet worden. Bislang gibt es (offiziell) „keine Spur" von den Mördern.

Kurz vor seiner Ermordung bekam Curiel von den französischen Behörden einen Ausweisungsbescheid. Zunächst wurde er von seinem Pariser Wohnsitz ins südfranzösische Digne „deportiert". Die Ausweisung wurde später wieder annulliert, Curiel bekam eine reguläre Aufenthaltsgenehmigung und Reisedokumente (nach 27 Jahren Aufenthalt in Frankreich!). Bevor es zu diesem erstaunlichen Wandel kam, hatte Curiel Einspruch bei der „Beistandskommission für Flüchtlinge und Staatenlose" eingereicht.

Obwohl Rosette Curiel, die Witwe von H. Curiel, seit der Ermordung ihres Mannes wiederholt das Innenministerium aufgefordert hat, ihr den Bescheid dieser Kommission mitzuteilen, wurde diese Auskunft von Ex-Innenminister Bonnet stets abgelehnt. Erst jetzt wurde ihr der Beschluß der Kommission im Fall Curiel bekannt gemacht. In dem Schreiben, das Rosette Curiel erhielt, werden zunächst die Begründungen des Innenministers für den Ausweisungsbeschluß genannt: „ ... *Der Betroffene stellt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dar. Der Betroffene ist zwei Jahre lang während des Algerienkrieges aufgrund subversiver Tätigkeiten inhaftiert worden; seitdem hat sich der Betroffene an einem Netz beteiligt, das für verschiedene Terrorakte verantwortlich ist; schließlich wurde der Betroffene am 22. April 1977 wegen versuchter Bestechung eines Beamten vorbestraft*". (Dazu bemerkt „Le Monde": „*Curiel hat 1973 einem Polizeiinspektor 30 Francs geschenkt, als Dank dafür, daß er ihm die Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung nach Hause gebracht hatte*", „Le Monde" — „LM", 17.5. 1981). —

Soweit die damaligen Anschuldigungen von Christian Bonnet. Nun der Beschluß der Kommission: „ ... *Die Aktivitäten von Herrn Curiel während des Algerienkrieges liegen 15 Jahre zurück. Ohne daß sie sich legitimieren lassen, gehören sie der Vergangenheit an ... Diese Aktivitäten wurden im übrigen nicht gerichtlich sanktioniert ... Wenngleich die Verwaltung die Rolle von Herrn Curiel an der Spitze einer Untergrundorganisation nennt, die insbesondere bei proarabischen Terrorakten und in der Herstellung von gefälschten Papieren engagiert ist, so werden diese besonders schwerwiegenden Anschuldigungen von keinem einzigen Beweis, noch gar nicht mal von einem Ansatz dazu begleitet; ... keine einzige Ermittlungsunterlage bestätigt die Existenz von persönlichen Bindungen zwischen dem Antragsteller und dieser genannten Organisation, und noch weniger die Rolle, die der genannte Curiel dort gespielt haben soll ... Die Aussagen einer gewissen Zahl von israelischen Persönlichkeiten, die zur Wahrheitsfindung geladen wurden, lassen im übrigen die Hypothese einer Komplizenschaft mit proarabischen Terroristen ziemlich unwahrscheinlich erscheinen ... Aus verschiedenen und übereinstimmenden Aussagen ... kommt heraus, daß der genannte Curiel sein ganzes Leben lang seine Ablehnung terroristischer Aktionen bezeugt hat ...*

Die Kommission konnte in der Akte demzufolge nicht die Bestätigung finden, daß der Betroffene eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt, und noch weniger die Notwendigkeit der eingeleiteten Schnellprozedur entnehmen. Die Kommission kann die Aufrechterhaltung der beschlossenen Erlasse nicht gutheißen" („LM", 2.6. 1981).

Dieser Beschluß wurde bereits am 15. Dezember 1977 gefaßt.

Am 4. Mai 1978 wurde Curiel ermordet.

Dieser Beschluß wurde ihm nie mitgeteilt. Warum nicht?

In der Henri-Curiel-Affäre wimmelt es geradezu von Hinweisen und Fakten über Zusammenarbeit zwischen Polizeidiensten, Killern und Politikern. Dies hier ist ein Beweis mehr für das Interesse höchster Funktionsinhaber in der ehemaligen Giscard-Regierung an der Ermordung von Henri Curiel.

Frankreich-Kommission

El Salvador:

Duarte gegen Verhandlungen — neue schwere Kämpfe

Junta-Präsident Duarte hat sich erneut gegen Verhandlungen und gegen jede Art von internationaler Vermittlung ausgesprochen. Der kanadische Vizepräsident der Sozialistischen Internationale (SI), Edward Broadbent, hatte auf Beschluß der SI ein Verhandlungsangebot unterbreitet. Duarte erklärte dazu, daß er dem Abgesandten gedankt aber unmißverständlich klargemacht habe, daß für ihn die Annahme einer Vermittlung gleichbedeutend mit der Hinnahme einer Intervention sei („Frankfurter Rundschau" — „FR", 30.5.81). Broadbent hatte sich vor seinem Besuch in San Salvador zu Absprachen in Washington und Mexiko aufgehalten und reiste anschließend nach Costa Rica und Havanna weiter. Neue Vorschläge für eine politische Lösung sind aber — nach der Ablehnung Duartes — noch nicht bekanntgeworden.

Duarte vertritt die abwegige Position, die Situation durch Wahlen zu seinen Gunsten lösen zu können. Diese Wahlen sollen nach seinen Vorstellun-



El Salvador

gen im März 1982 stattfinden und eine Junta El Salvadors bereits mehrfach

gen im März 1982 stattfinden und eine Verfassungsgebende Versammlung konstituieren, die dann den Modus für Präsidenten- und Parlamentswahlen festlegen soll. Dieser Plan wird offenbar bisher hauptsächlich von den USA unterstützt.

Selbst einflußreiche, mit der Oligarchie verbundene Strömungen in El Salvador versprechen sich von diesen Wahlen keine Lösung. So hat die Vereinigung salvadorensischer Juristen erklärt, daß sie an der Vorbereitung des neuen Wahlgesetzes nicht teilnehmen werde. *„Das Klima von Gewalt und Krieg ..."* könne *„nicht einfach ignoriert werden"*, außerdem sei die Regierung auf die christdemokratische Partei begrenzt und auch die Wahlkommission werde von dieser Partei dominiert. Die Weigerung der Juristenvereinigung, sich an der Vorbereitung von Wahlen zu beteiligen, wird zum einen darauf zurückgeführt, daß die Abhaltung von Wahlen in der augenblicklichen Situation des Landes einfach *„unmöglich"* sei (so eine Bemerkung des salvadorensischen Botschafters in Washington). Hinzu kommen Widersprüche zwischen Christdemokraten und Teilen der Oligarchie und die Tatsache, daß die rechtsextremen Kräfte Wahlen nicht befürworten.

Sprecher der FMLN (Befreiungskräfte Farbundo Marti) haben die Wahlen als Teil einer Strategie zur Beseitigung der Opposition bezeichnet. Die Junta gehe davon aus, daß sie einen militärischen Sieg über die Guerilla im Laufe der nächsten Monate erreichen könne. Auf dieser Basis sollen dann die sogenannten freien Wahlen stattfinden („Ides", 29.5.81 und „Noticias de El Salvador", San Jose, 27.5. - 3.6.81). Ein anderer Sprecher der FDR-FMLN erklärte, daß es Anzeichen gebe, die Christdemokraten aus der Junta herauszudrängen. Dies deute sich nicht nur mit der Strategie der Wahlen an, sondern auch durch die Reise des Vizepräsidenten der Junta, General-Oberst Gutierrez, nach Chile und in andere lateinamerikanische Länder. Es ist zu vermuten, daß in Chile Absprachen über Waffenhilfen getroffen wurden, die Pinochet der Junta El Salvadors bereits mehrfach angeboten hatte („Noticias ...")

Militärische Erfolge

Alles spricht in der augenblicklichen Situation dafür, daß es der Junta und den USA nicht gelingen wird, die Guerilla militärisch zu besiegen. Seit etwa Mitte Mai laufen wieder schwere Gefechte und ein Großangriff der bewaffneten Opposition. Die Angriffe und Überfälle hatten seit der Januaroffensive nie aufgehört. Täglich explodieren Bomben in den Städten, vor allem in der Nähe von Einrichtungen der Junta-Streitkräfte. Fernmeldeämter und Elektrizitätswerke werden zerstört, Güterzüge angegriffen oder Baumwollager gehen in Flammen auf. In den von der FMLN besetzten Gebieten an der Nordgrenze und im Südosten können die Regierungstruppen nur in starken Verbänden und nur für kurze Zeit eindringen. In diesen Zonen übt die Guerilla teilweise die politische Herrschaft aus und versucht, erste Ansätze neuer Strukturen zu entwickeln.

Im Südosten wurden erste Schritte einer Landreform durchgeführt, je nach Situation in Form völliger Kollektivierung oder in Parzellenbetrieben mit gemeinsamer Bewirtschaftung. Es werden — praktisch ohne alle Mittel — Alphabetisierungskurse durchgeführt und ein erster Gesundheitsdienst (zum Teil von übergelaufenen Militärärzten) aufgebaut.

Die augenblicklichen Kämpfe finden überwiegend im Norden und Osten statt. *„Die Armee hat die Gegend des Guazapa, den nördlichen und östlichen Teil des Departements Chalatenango, das Gebirge bei San Vicente, den Norden von Morazan sowie Usulutan nicht unter Kontrolle bringen können"*, sagte FMLN-Kommandant *Roberto Roca kürzlich auf einer geheimen Pressekonferenz. „Da El Salvador (4,5 Millionen Einwohner) außerordentlich dicht besiedelt ist, können wir keine ‚Befreite Zonen' im herkömmlichen Sinn schaffen. Unsere Herrschaft beruht auf der politischen Kontrolle des Gebiets. Die militärische Kontrolle kommt in der Fähigkeit der revolutionären Kräfte zum Ausdruck, sich der Offensive des Feindes zu entziehen und das Gebiet wieder in Besitz zu nehmen, sobald jene abflaut. An gewissen Orten haben wir auf solchen Rückzügen über 4.000 Zivilpersonen mitgenommen und danach an ihre angestammten Wohnplätze zurückgeführt"* („FR", 23.5.81, siehe auch „TAZ", 29.4.81).

Probleme der USA

Nach der außenpolitischen Kommission des Repräsentantenhauses hat jetzt auch die entsprechende Kommission des Senats weitere Militärhilfe der USA für El Salvador an Bedingungen geknüpft. Der Präsident soll in halbjährlichen Abständen bestätigen, daß die Junta die Beendigung von Menschenrechtsverletzungen, Kontrolle der Sicherheitskräfte und freie Wahlen anstrebt und Anstrengungen für eine politische Lösung unternimmt. In praktischer Hinsicht sagt dies nichts, da in jedem Fall die Militärhilfe gezahlt wird. Es zeigt sich darin jedoch gleichzeitig ein Eingehen auf die anwachsen-
wird. Es zeigt sich darin jedoch gleichzeitig ein Eingehen auf die anwachsen-
de Protestbewegung in den USA. Die Kommissionen setzten sich mit ihrem Beschluß über eine Empfehlung von Außenminister Haig hinweg, der davor warnte, die *„außenpolitische Beweglichkeit der Administration"* einzuschränken. Durch diesen Beschluß würden *„aufrührerische Elemente am linken Flügel sowie andere Extremisten in El Salvador angestachelt"* („Neue Zürcher Zeitung" — „NZZ", 14.5. 1981). Daß es tatsächlich nicht mehr als eine Geste zur Verschleierung ist, zeigten die Parlamentarier im nächsten Zug: Gleichzeitig mit dem El Salvador-Beschluß wurde der Antrag der Regierung gebilligt, die Waffenlieferungen nach Argentinien ohne Vorbedingungen wieder aufzunehmen („Süddeutsche Zeitung" — „SZ", 21.5.81).

2.500 nordamerikanische Professoren haben die Einstellung jeder Waffenhilfe für die Junta in El Salvador gefordert.

Auch Sozialdemokraten und FDP'ler der BRD haben inzwischen 7.000 Unterschriften für einen Aufruf an die USA und die BRD-Regierung gesammelt, sich für Verhandlungen und freie Wahlen in El Salvador einzusetzen. Der Aufruf wurde nicht nur von traditionellen Linksabweichlern der SPD, sondern auch von Leuten wie Ehmke, Annemarie Renger u. ä. unterzeichnet. Duarte hat inzwischen in einem Interview die Bundesregierung scharf kritisiert. Die Abberufung des Botschafters und die Streichung der Wirtschaftshilfe zeigten eine *„feindselige Haltung gegenüber der Regierung von El Salvador"* und bedeuteten eine Unterstützung für die *„kommunistische Guerilla"* („SZ", 30/31.5.81).

Die Sozialistische Internationale hat nochmal bekräftigt, daß sie sich einmütig für die Verhandlungsvorschläge der FDR einsetze, und sie beschuldigte die US-Regierung, die Verantwortung für *„die Verlängerung der bewaffneten Auseinandersetzungen zu tragen"* („Neue", 29.5.81).

Breiter geworden ist auch die Kritik an dem sogenannten Weißbuch der USA, mit dem die Waffenlieferungen von Cuba, Nicaragua und den Ostblockländern nach El Salvador bewiesen werden sollten. Nachdem selbst der CIA in einem geheimen Schreiben diese Beweise angezweifelt hatte („Spiegel", 6.4.81), zeichnet sich inzwischen ab, daß auch das Weiße Haus selber zumindest einen Teil der „Beweise" zurücknehmen muß. Zwar ist damit der Hauptzweck der Kampagne, einen stärkeren Distanzierungsdruck von Cuba und allen revolutionären Kräften zu schaffen, nicht verfehlt. Alles kann aber dazu beitragen, die bisher eher lahme Kritik und geringe bürgerliche Opposition gegen die US-Politik zu stärken.

Lateinamerika-Kommission



Proteste in den USA: Nieder mit Ronald Reagan, Apostel von Faschismus und Krieg!

El Salvador-Solidarität

Lübeck: Am Samstag den 3o.5. organisierte die „3.Welt"-Gruppe einen Schweigemarsch durch die Innenstadt. Der Marsch stand unter dem Motto „El Salvador – täglich Folter und Mord". Die Demo endete auf dem Hof des Jugendheim Burgtor, wo auch die Abschlußkundgebung stattfand. Auf dem Hof hatten mehrere Initiativen ihre Stände aufgebaut, hier wurde über den Kaffeeboykott und hauptsächlich über die Lage in El Salvador informiert, auch gab es was zu Essen und Kaffee (aus Nicaragua – versteht sich). Zu der Demo, an der sich 3 - 4oo Menschen beteiligten, riefen gemeinsam unter einem Flugblatt mehrere Basisinitiativen, Jusos, SdAJ, und KPD (ehm. ML) auf.

KB/Gruppe Lübeck

mehrere Initiativen ihre Stände aufgebaut, hier wurde über den Kaffee-

KB/Gruppe Lübeck



Solidaritätsaktion in der Lübecker Innenstadt. Truppen der „Guardia Nacional" (leider wurde der Name verwechselt) überfallen eine Demo. Damit sollten den Menschen die alltäglichen Verhältnisse in El Salvador demonstriert werden.

Gespräch mit einer Genossin des MIR

Wir hatten die Gelegenheit, mit einer Genossin des MIR (Moviemento de Izquierda Revolucinaria) ein längeres Gespräch über den Widerstand und über die Situation der Frau in Chile zu führen.

Viele Genossen/innen sind seit einiger Zeit wieder nach Chile zurückgekehrt und nehmen nun aktiv an der Widerstandsbewegung teil. Gerade in letzter Zeit bekräftigte die Junta, in einem von ihr veröffentlichten Regierungskommunique, die Rückkehr der Genossen/innen zu verhindern. In Chile selbst reagiert sie heute wieder mit verstärkter Repression. So wurden vor kurzem zwei Mitglieder der Sozialistischen Partei, Ana Christian Musa und Carlos Reyes Vilches, bei einer Bombenlegung in Valparaiso verletzt und verhaftet. Weiter wurden Mitglieder der MAPU beim Flugblattverteilen und Genossen/innen einer Zelle der Kommunistischen Partei (PC) verhaftet. Der Schauspieler Juan Manuel Sanchez und sein Manager, Manuel Segundo Escobar, sind wegen Verbreitung von Gedichten verhaftet worden, da sie für *„Regierung und Streitkräfte beleidigend"* seien („TAZ", 20.5.81).

Welche Situation herrscht gegenwärtig für die Linke und wie wirkt sich im Besonderen das System für die Frauen aus?

Die erste Auswirkung für die Frauen ist die ständige und alltägliche Repression. Die Frauen haben die ersten Formen der Repression schon in den ersten drei Monaten nach dem Putsch erlebt: die Bombardierung der Elendsviertel, die Unterdrückung im Betrieb, die Ermordung ihrer Männer, Brüder, Söhne ... und den gezielten Kampf der Geheimpolizei gegen die Linke, die Revolutionäre, die Widerstandskomitees und gegen den MIR.

Heute fängt die Repression wieder an, massiver und selektiver zu sein. Unter massiver verstehen wir vor allem, daß ein Klima verursacht wird, bei dem alle Menschen ständig glauben, kontrolliert und verhaftet zu werden, sobald sie in der Opposition arbeiten. Die Junta verhaftet zwar nicht jede/n, der/die in der Opposition arbeitet, aber versucht, sie einzuschüchtern. So kommt z. B. die DINA (Geheimpolizei) in die Wohnungen und bedroht die Menschen, indem sie sagt: „Pass' auf, wir können etwas gegen deine Kinder tun ...". Eine andere Form massiver Repression ist die Infiltration der Basisorganisationen. Es wird der Versuch unternommen, teilweise durch Bedrohung, aber auch durch Bezahlung, arme Leute als Kollaborateure zu gewinnen.

Außerdem versucht die Junta permanent, die aktivsten Teile des Volkes zu unterdrücken. So wurden z. B. erst vor kurzem (April 1981) viele Studenten von der Polizei ohne Grund zusammengeschlagen, quasi als Warnmaßnahme. Genauso war es beim 1. Mai in Valparaiso, in Santiago und in Concepcion, auch hier wurde versucht, einfach in die Menge zu knüppeln. Allerdings wurde darauf mit Steinen geantwortet.

Die selektive Repression trifft vor allem die Widerstandskämpfer/innen, die bei Aktionen der bewaffneten Propaganda entdeckt worden sind. Sie werden gefoltert, viele sterben dabei, und falls sie es überleben, werden sie ins Gefängnis geworfen. Die Junta benutzt gerade in letzter Zeit wieder verstärkt die Politik der Liquidation. Es heißt dann als offizielle Begründung: „Sie sind in bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften gestorben". Hier möchte ich nur einige Beispiele nennen: Juan Olivares, Ruben Horta, Sepulveda Malkran, Leandor Arratia, Iris Vega. Diese Genossin wurde von der DINA ermordet. Offiziell hieß es: „Sie starb, als sie eine Bombe in einem Radiosender explodieren lassen wollte".

Die Frauen, die im Widerstand kämpfen und gekämpft haben, wissen, wie die Junta sie behandelt hat. Vor allem Frauen wurden mit bestialischer sexueller Folter fertiggemacht. Für diese Menschen ist es nicht faßbar, wie Frauen im Widerstand arbeiten können. Für diese Militärs ist es vielleicht akzeptabel, daß Männer im Widerstand sind, aber daß Frauen Kinder und Küche „verlassen" und die Zeit mit Politik verbringen, ist für sie eine unnatürliche Sache. Deswegen kriegen auch die Frauen den ganzen Haß der Militärs ab. Sie verstehen nicht, daß Frauen eigene Interessen am Widerstand haben, deshalb argumentieren sie immer, daß Frauen nur deswegen in den Widerstand gehen, weil sie dort einen Mann lieben. Auch im Gefängnis versuchten die Militärs erst durch kleine Angebote, wie Extra-Besuche, die Frauen zu gewinnen. Allerdings gelang es ihnen nicht. Die Frauen im Gefängnis haben den Widerstand weiterentwickelt, eigene Organisationsformen gegründet, z. B. einen „gemeinsamen Topf", eine Werkstatt und viele andere kulturelle Initiativen. Auch das konnten diese Männer nicht begreifen. Als sie merkten, daß die Frauen auf keinerlei Bestechungsversuche reinfielen, fingen sie mit der direkten Repression an.

Viele dieser Frauen gelten heute als Verschwundene oder sind im Gefängnis zu Tode gefoltert worden. Diese Genossinnen waren und sind immer noch ein wichtiger Teil der Avantgarde der Frauen. Sie haben mit ihrem Beispiel den Weg für die Fortsetzung des Widerstandes eröffnet.

Das war die erste Folge der Repression. Das Exil war eine andere. Viele Frauen wurden ins Gefängnis geworfen, gefoltert und anschließend ausgewiesen.

Die zweite Folge der Pinochet-Diktatur ist die absolute Existenzbedrohung für Frauen. Ein wichtiger Punkt dabei ist die Arbeitslosigkeit. Mit der Privatisierung des gesellschaftlichen Lebens und der Exportorientiertheit der Wirtschaft wurde die nationale Bourgeoisie ruiniert, so vor allem die Textilindustrie und die Manufakturen. In diesen Industriezweigen arbeiteten mehrheitlich Frauen. Auch im öffentlichen Dienst, im Gesundheitswesen, in den Ausbildungsstätten wurden vor allem Frauen entlassen. Sie müssen sich

Fortsetzung nächste Seite

Die Rückkehr ist keine spontane Sache

Gespräch mit chilenischen Genossinnen

Etwa vor zwei Jahren begann der MIR mit einer Rückkehrpolitik der eigenen Genossen/innen nach Chile. Nachdem dieses Projekt schon fast abgeschlossen worden ist, bereiten sie nun eine Kampagne vor, die einerseits diese Politik in der europäischen Linken verbreitern soll, andererseits aber auch die finanzielle Absicherung jedes Genossen/in, der demnächst zurückkehren wird, garantieren soll. Da vor allem auch sehr viele Frauen zurückgekehrt sind bzw. noch zurückkehren, halten wir es für sinnvoll, einige Auszüge aus einem Gespräch mit Frauen des MIR kurz zu dokumentieren, die demnächst nach Chile zurückkehren um im Widerstand zu arbeiten. Aus wohl einsichtigen Gründen können wir nicht alles veröffentlichen, trotzdem halten wir es für sinnvoll, die Moral des Widerstandes dieser 'neuen Generation' darzustellen.

Könnt ihr uns kurz beschreiben, mit welchem Ziel ihr die Kampagne für die zurückgekehrten oder noch zurückkehrenden Genossinnen in die Frauenbewegung reintragt?

Der erste Grund ist für uns eine ganz praktische Angelegenheit, d.h. wir wollen eine internationale Solidarität mit dem Kampf der Frauen in Chile erreichen. Wir haben vor, jetzt diese Kampagne auf europäischer Ebene zu verbreitern. Bisher haben wir schon Kontakt zu einigen Frauenorganisationen und in der BRD vor allem zu Frauen des KB und einigen anderen Frauengruppen. Zu der konkreten Unterstützung können wir eigentlich nur sagen, daß wir fühlen, daß es ein großes Interesse der europäischen Frauenbewegung gibt, den Kampf der Frauen in Chile zu unterstützen.

An welchen konkreten Punkten könnt ihr euch vorstellen, daß die Frauenbewegung den Widerstand unterstützen kann?

Nachdem gerade in der letzten Zeit der Kampf in Chile immer mehr zunimmt, ist es für uns unbedingt notwendig, die internationale Solidarität zu organisieren, um den Kampf auch durch Spenden, Patenschaften, für die zurückgekehrten Genossinnen abzusichern. Ein weiterer ganz wichtiger Aspekt der Solidarität ist die moralische Unterstützung für die Menschen, die im Widerstand leben, um sie zu ermutigen und zu zeigen, daß es eine internationale Solidarität mit dem Kampf gegen die Diktatur gibt. Natürlich brauchen wir auch ganz dringend die militante Unterstützung der Frauenbewegung hier. Für uns z.B. wären Aktionen von Frauen, die aktiv auf die PinochetDiktatur und auf die alltägliche Unterdrückung aufmerksam machen, ungeheuer wichtig. Es gäbe zum Beispiel die Möglichkeit, für die Freilassung der Widerstandskämpferinnen auf die Straße zu gehen oder für die Abschaffung der Todesstrafe einzutreten, von der derzeit vor allem verhaftete Genossinnen betroffen sind, um endlich dieses Schweigen der internationalen Presse zur Situation in Chile zu durchbrechen.

Wieso habt ihr euch entschlossen, nach Chile zurückzukehren?

Ich habe mich vor allem deshalb entschlossen nach Chile zurückzukehren, weil ich nicht mein Leben lang passiv in einem fremden Land verbringen möchte, um nur zuzugucken, wie sich der Kampf in Chile entwickelt.

Ich gehe nach Chile zurück, weil ich es für mich als Frau wichtig finde, an diesem Kampf aktiv teilzunehmen und um auch wieder zu lernen für sich und andere zu kämpfen...

Ja, für mich ist dies genauso wichtig. Wenn ich zurückkehre, möchte ich mich vor allem an den Widerstandsaktionenen der Frauen beteiligen. Für mich ist es z.B. von großer Bedeutung, daß wir Frauen uns ein eigenes spezielles Programm entwickeln, als Frauen innerhalb des Volkes und innerhalb des eigenen Programms (Anmerk.: gemeint ist das Programm des MIR) für die Befreiung der Frau und für den Kampf um eine neue Gesellschaft. Ich glaube, wir müssen uns diesen Weg erkämpfen und für uns entwickeln, um gegen diese Ideologie, mit der sie uns Frauen seit Jahrhunderten kolonialisieren und uns minderwertiger behandeln, zu kämpfen...

Habt ihr Angst wenn ihr zurückkehrt?

Ja, ich habe Angst. Aber das ist nicht ganz so einfach. Diese Sache hat zwei Aspekte. Man kann leben, lebenslang leben um sicher zu sein, nicht zu sterben, und dadurch sich auch nicht aktiv beteiligen. Ich verstehe mein Leben mehr als Kampfwerkzeug und dadurch wird die Angst auch kleiner. Diese Gewalt tötet einen täglich, deswegen bleibt oft nichts mehr anderes übrig als sich zu wehren, man muß einfach rebellieren gegen dieses System.

Ich habe auch Angst. Aber für mich ist es ganz logisch, daß man Angst haben muß zurückzukehren. Nach Chile zurückzukehren bedeutet für mich genau das zu machen, wovon ich absolut überzeugt bin. Konkret für mein Leben heißt das, daß ich mich aktiv am Widerstand gegen den alltäglichen Terror der Diktatur beteilige, um für die Ziele, die ich habe, eine Gesellschaft aufzubauen, in der ich gerne mal leben würde...

Ihr seid nun schon seit etwa 6 Jahren im Exil. Wie habt ihr das Leben im Exil empfunden und was bedeutet nun für euch dieser neue Lebensabschnitt, nach Chile zurückzukehren?

Für mich war das Exil eine neue Erfahrung. Ich habe viel über Chile erfahren und gelernt. Gerade in der Zeit, als ich ins Exil ging, das war kurz nach dem Putsch, war vieles unmöglich, ich konnte z.B. nicht mal lesen, da die Repression zu stark war. Das Exil hat mich reifer gemacht und mit vielen neuen Erfahrungen konfrontiert. Ich habe auch das Gefühl, man lernt viel schneller, weil man sich ständig verpflichtet fühlt, diese Situation des Exils zu überwinden. Für mich ist es fast so, als ob sich mein Horizont vergrößert hat.

Diese Sache mit der Rückkehr, mit derTrennung.

Ich glaube, man muß sich vorbereiten. Wenn man z.B. in eine Organisation kommt, lernt man, in die Zukunft zu sehen, d.h. zum Beispiel auch, daß diese ganze Bindung an die eigene Familie, wie es uns traditionell gelehrt wird, eine andere Sache für mich geworden ist. Für mich ist z.B. meine Familie nicht nur meine traditionelle Familie, sondern es sind auch meine Genossen, wie viele andere eben auch. Ich bereite mich vor, für Millionen Verabschiedungen und Millionen Wiedersehen im Kampf...

Was erwartet ihr euch von der Frauenbewegung?

Wir wollen euch sagen, daß ihr in keinem Augenblick vergeßt, was für uns der Kampf in Chile bedeutet. Wir hoffen auch, daß ihr uns konkret unterstützt und nie diese wichtige Aufgabe, die Öffentlichkeit von der Wahrheit zu informieren, vergeßt...

Genossinnen aus Nürnberg

Spendenkonto:
Postscheckkonto Nr. 138904-469 bei Postscheckamt Dortmund. Gisela Richter.

Kontaktadresse für die Patenschaften, a 300,– DM monatlich für eine/n Genossen/in, Dauer möglichst ein Jahr:

CAMUR CHILE,
c/o Bücherstube
Große Heinstraße 62
4600 Dortmund 1

Fortsetzung von vorheriger Seite

alle irgendeine Existenz suchen, wie Kaugummi auf der Straße verkaufen, Wäsche waschen ... Obwohl wir keine genauen Zahlen haben, ist die steigende Arbeitslosigkeit der Frauen eine unübersehbare Tendenz. Aufgrund dieser Situation steigt natürlich auch die Prostitu tion immer mehr.

Auch auf dem Gebiet der Geburtenregelung ist die Situation der Frauen miserabel. 1980 hat Pinochet das Verbot der Abtreibung offiziell ausdrücklich erklärt. Der Grund dafür waren keine moralischen, sondern allein bevölkerungspolitische Gesichtspunkte. Da Chile nur 10 Millionen Einwohner hat und der Bevölkerungszuwachs sich gerade in den letzten Jahren verlangsamt hatte, wird seit einem Jahr eine Politik betrieben, die die Frauen zwingt, Kinder zu kriegen. Mehr Kinder heißt heute in Chile mehr Elend, Hunger und Armut. Trotzdem ist in den Krankenhäusern die Entfernung des Kupfer-T's, ohne das Einverständnis der Frau, zur gängigen Praxis geworden. Man erhofft sich hiermit, die Geburtenzahl für die nächsten Jahre massiv zu steigern. Wird eine Frau aufgrund dieser Praxis nun schwanger, ist eine Abtreibung entsprechend teuer, so daß sich im besten Fall Frauen der Mittelschicht diesen „Luxus" leisten können. Die Abtreibung findet in privaten Kliniken und illegal statt. Da aufgrund dieser Situation viele Frauen selber abtreiben, ist auch die Todesrate bei verpfuschten Abtreibungen sehr hoch. Falls Frauen z. B. danach einen Arzt brauchen, ist auch der unbezahlbar.

Welche Politik verfolgt der MIR zur Zeit in Chile?

Um diese Frage beantworten zu können, muß man zunächst mal sagen, daß der Militärputsch von 1973 einen Niederschlag für die gesamte Massenbewegung bedeutete. Im Grunde genommen war es das Totschlagen einer reformistischen Linie, die von einer Revolution in Etappen ausgegangen ist und eine Bündnispolitik mit der Bourgeoisie praktiziert hatte, und dies nicht aus taktischen Gründen, sondern aus ideologischen Überlegungen. Zusätzlich hat die Allende-Regierung zuwenig auf die Entwicklung der Kraft der Massenbewegung gesetzt und blieb auch mit allen Aktivitäten immer in einer bürgerlichen Legalität.

Wir möchten hier nicht sagen, daß wir keine Verantwortung für diese Entwicklung tragen. Allerdings hat es in Chile schon immer zwei Hauptlinien innerhalb der Linken für die Entwicklung des chilenischen Klassenkampfes gegeben. Die eine ist die reformistische und die andere die revolutionäre Linie. Der MIR hat schon einen Monat nach dem Putsch dazu aufgerufen, aktiv Widerstand auf allen Ebenen zu leisten. Wir wollten damit alle Widerstandskräfte in einer politischen Front gegen die Diktatur organisieren. Wichtige Programmpunkte sind die Verteidigung des Lebensstandards der Massen, der Kampf für die demokratischen Rechte, die Stürzung der Diktatur. Alle Kräfte der chilenischen Linken und die Basis der Christdemokratie waren aufgerufen worden, diese Minimalplattform zu unterstützen. Gleichzeitig begannen wir, andere Kampfformen zu entwickeln, d. h. legale, halblegale, illegale. Unser heutiges Ziel ist es, den demokratischen Kampf der Massen mit dem Kampf für den Sozialismus zu verbinden.

Wir glauben, daß diese Taktik für den Widerstand in Chile einen neuen Weg eröffnet hat. Wir können auch sagen, daß es sich in den letzten sieben Jahren Diktatur bewiesen hat, daß es möglich ist, gegen die Macht der Diktatur zu kämpfen. Wir meinen nicht, daß der MIR die einzige Partei für eine Widerstandspolitik ist, die Bewegung



des Volkswiderstandes beinhaltet auch viele Christen, unabhängige Menschen und vor allem die Basis der anderen linken Parteien. Trotzdem gibt es nach wie vor zwei Linien im Kampf gegen die Diktatur. Die eine ist die reformistische, die von Teilen der U.P. (Unidad Popular) und der PS (Sozialistische Partei) vertreten wird und die wieder das Bündnis mit der bürgerlichen Opposition sucht. Die andere Linie ist der unabhängige Kampf gegen die Diktatur, die vor allem vom MIR vertreten wird.

Ich möchte hier trotz dieser unterschiedlichen Einschätzung nicht sagen, daß diese Parteien nicht kämpfen, sie sind genauso in einem antidiktatorialen Kampf, sie leisten Widerstand und versuchen auch, die Diktatur zu stürzen. Aber es ist eben nicht nur ein Problem der Entscheidung und Bereitschaft zum Kampf, es ist vielmehr ein Problem der politischen Linie. Genau auf dieser Ebene wollen wir auch mit den anderen Parteien diskutieren, um zur Einigung auch in diesen Punkten zu kommen.

Welche Politik betreibt der MIR gegenüber der Christdemokratie?

Die Christdemokratie ist eine Partei, in der mehrere Klassen vertreten sind. In der DC gibt es wichtige Sektoren des Volkes, der Mittelklasse, des Kleinbürgertums sowie Führer, die deren Interessen vertreten, und das sind fortschrittliche Menschen und Gegner der Diktatur. Der MIR strebt ein Bündnis mit diesen Sektoren, mit der Volksbewegung und den anderen Parteien der Linken an. Aber in der DC (Christdemokratie) gibt es auch einen starken bürgerlichen Sektor, der die Leitung dieser Parteien kontrolliert und hinter der Politik Freis steht. Dieser Sektor will die bürgerliche Opposition lenken und seine Pläne sind folgende:

a) Spaltung der Massenbewegung durch die Gründung einer Art sozialdemokratischen Front (Teile der Sozialistischen Partei, der Linken Christen, die Radikale Partei, Teile der MAPU, OC etc.), die sie unterstützt.
b) Unterstützung bei einem Teil des reaktionären Offizierskorps suchen.
c) Eine alternative bürgerliche Regierung aufbauen, die die jetzige Militärjunta ablöst und die hinter einer demokratischen Fassade ein ebenso repressives Regime errichten würde.

Wir wissen sehr wohl, daß diese christdemokratische, bürgerliche Opposition im Widerspruch zur Militärjunta steht und die Volksbewegung dafür sorgen muß, diese Widersprüche zu fördern und zuzuspitzen.

Wir glauben auch, daß es möglich und von Vorteil ist, mit der bürgerlichen Opposition zu bestimmten taktischen und konjunkturellen Übereinkommen im gemeinsamen Kampf gegen die Diktatur zu kommen. Aber wir sind dagegen, mit diesen bürgerlichen Kräften eine gemeinsame politische und organisatorische Front zu bilden.

Welche Ansätze zur Einigung innerhalb der Linken gibt es?

Ansätze zur Einigung der Linken gibt es genug. Wir sind der Ansicht, daß es derzeit im Bereich des demokratischen Kampfes am besten möglich ist, sich zu einigen. Zwischen dem MIR, der KP und der PS wurden in letzter Zeit in dieser Richtung einige Abkommen getroffen, um vor allem in den Widerstandskomitees an bestimmten Punkten zusammenzuarbeiten. Dieser Prozeß ist allerdings ganz neu.

Wichtig ist, daß alle diese Diskussionen, die sich innerhalb der chilenischen Linken entwickeln, eine entscheidende Achse in den Kampfformen und den Strategien des Widerstandes haben. Hier möchten wir mit Bescheidenheit sagen, daß der MIR mit den „Aktionen der bewaffneten Propaganda" einen entscheidenden Weg eröffnet und konsequent durchgeführt hat, in einer Zeit, in der sich andere linke Kräfte noch um ein Bündnis mit der bürgerlichen Opposition bemühten.

Gerade auch in den Kampfformen gibt es jetzt zusehends Einbrüche innerhalb der Linken. So diskutieren auch die KP, die PS, die MAPU und die christliche Linke über die „bewaffnete Propaganda", was sie am Anfang abgelehnt oder gar als falsch denunziert haben. Wir wissen sogar, daß sich bei bewaffneten Aktionen auch Teile der KP und der PS beteiligt haben, vor allem eben die Jugend. Sie merken sicherlich immer deutlicher, daß ihre Strategie nicht richtig ist, aber sie haben noch keine neue entwickelt. Für uns ist dieser Prozeß ein sehr wichtiger Schritt in einem einheitlichen praktischen Kampf. Obwohl es wichtig ist, auch die Verschiedenheiten der linken Partei-Programme zu diskutieren, halten wir die Einigung an diesem Punkt derzeit nicht für das Entscheidende. Viel wichtiger ist, die Sache, die uns verbindet, in der Praxis voranzutreiben, um dadurch auch eine Einheit zu verstärken. Reden können wir no ch später, denn vor allem die Geschichte wird es beweisen, wer die richtige Linie hatte.

Wir sehen heute in Chile mehr den Augenblick der gemeinsamen Aktionen und des offensiven Kampfes gegen die Diktatur.

Kannst du uns einige Beispiele geben für legale, halblegale und illegale Kampfformen?

Die legalen Kampfformen sind die erlaubten Kommunikationsmittel mit der Diktatur, z. B. Briefe an Juntavertreter oder der Dialog zwischen Vertretern der Gewerkschaft und dem Arbeitsminister oder Nachbarschaftszentren und Gewerkschaften. Diese legalen Kampfformen haben einen absolut von der Diktatur kontrollierten Spielraum, von daher finden wir es falsch, alle Kräfte darauf zu konzentrieren. Dennoch versuchen wir, auch hier zu arbeiten.

Halblegale Organisationen sind eine Eroberung. Diese Spielräume wurden erkämpft, sie sind nicht erlaubt, aber die Diktatur kann dagegen auch wenig machen, weil sie eben massenhaft verbreitet sind. So z. B. die Arbeitslosenbörse. Das sind Gruppen von Arbeitslosen, die sich in den Elendsvierteln organisiert haben und Produkte zum Verkauf herstellen. Sie haben weiterhin Beziehungen zu ihren alten Gewerkschaften, diskutieren über die Arbeitslosigkeit, machen Flugblätter usw.

Andere Organisationen, die halblegal sind, arbeiten im Bereich der Menschenrechte. So waren z. B. die Angehörigen der verschwundenen politischen Gefangenen die ersten, die mit dieser halblegalen Arbeit begonnen haben. Sie spielten gleichzeitig eine sehr wichtige Rolle in der Wiederbelebung der Massenbewegung, da sie auf nationaler Ebene in Verbindung mit anderen Sektoren gearbeitet haben. Diese Organisationen wurden meist von Frauen gegründet. Sie traten bei ihren Aktionen immer sehr entschlossen auf, um etwas über das Schicksal ihrer verschwundenen Angehörigen zu erfahren. Unter der Parole: „Wir werden sie finden, für das Leben, den Frieden und die Freiheit" demonstrierten sie auf der Straße und organisierten mehrere Hungerstreiks. Sie erhielten dabei viel Unterstützung von den Gewerkschaften, den Lehrern und anderen fortschrittlichen Menschen.

Eine andere Organisation ist der Zusammenschluß der Angehörigen der politischen Gefangenen. Auch hier arbeiten hauptsächlich Frauen mit. Sie versuchen, die politische Arbeit der Gefangenen mit der Arbeit draußen zu verknüpfen. Wenn z. B. Lieder oder Gedichte von den Gefangenen geschrieben werden, versuchen sie, diese herauszuschmuggeln, um sie zu veröffentlichen.

Weiterhin gibt es den Zusammenschluß der Angehörigen der Erschossenen. Diese Organisation wurde vor zwei Jahren gegründet und ist genauso wie die anderen von Frauen aufgebaut worden.

Eine reine Frauenorganisation im halblegalen Bereich ist das „Komitee zur Verteidigung der Rechte der Frauen in Chile" (CODEM). Diese Organisation beschäftigt sich vor allem mit dem Problem der Gesundheit des Wohnens, der Erziehung ... Die CODEM arbeitete eine Minimalplattform aus, mit der sie sich auf nationaler Ebene organisieren will. So fordert

Bangladesh: Zum Hintergrund des Putsches gegen Zia

Am 30.5.1981 verlor der Präsident Bangladeshs, der selbst durch einen Militärcoup 1975 an die Macht gekommen war, durch ein Attentat sein Leben.

Mansur Ahmed, Stadtkommandant Chittagongs und legendärer Held des mit sozialistischen Hoffnungen verbundenen Befreiungskampfes von 1971, hatte mit einem Drittel der Armee versucht zu putschen.

Die Hafenstadt Chittagong, zweitgrößte Stadt nach Dacca, befand sich zwei Tage in der Hand der Rebellen. Erst nachdem die Marine am Montag morgen (1.6.) eine Loyalitätserklärung zugunsten der Interimsregierung in Dacca herausgegeben hatte, brach die Revolte in sich zusammen. Chittagong konnte ohne Widerstand von regierungstreuen Truppen besetzt werden; die Anführer des Coups, mehrere Offiziere und andere Angehörige der Armee wurden verhaftet, Mansur sofort hingerichtet.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung in Bangladesh stellen sich für die westeuropäische Linke viele Fragen, die bis jetzt nicht eingehend behandelt worden sind. Die kipplige Situation der jüngsten Vergangenheit hat aber, meine ich, gezeigt, daß es auch hier notwendig ist, eine Solidaritätsarbeit zu leisten. Nur knapp sind die bengalischen Genossen diesmal an einer massiven Repression nach dem gescheiterten Militärcoup vorbeigekommen. Und das in einer Diktatur, die häufig brutal zugeschlagen hat. So 1977, nachdem es im Oktober zu einer Rebellion einfacher Soldaten gegen die Offiziere gekommen war. Nahezu 10 000 Menschen wurden anschließend hingerichtet.

Aber fangen wir zum Verständnis der Vorgeschichte bei der Entstehung des Staates Bangladesh an.

Die Vorgeschichte

Der sprachliche und kulturelle Raum Bengalen erstreckt sich auf weite Gebiete des heutigen Indiens. Die durch den immensen Wohlstand dieser Bevölkerung angelockten Engländer zerstörten die historisch gewachsenen wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und teilten die Nation. Sie schanzten die im ostbengalischen Raum lebenden Bengalen dem 1947 genauso artifiziell gebildeten Pakistan zu.

Den der pakistanischen Nation zugehörigen Menschen gelang es innerhalb kurzer Zeit, die wesentlichen Positionen in Staat und Gesellschaft innerhalb des heutigen Bangladeshs zu stellen, so den überwiegenden Teil der bengalischen Industrieunternehmer. Viele Betriebe wurden gerade in der „pakistanischen Periode" aufgebaut. Es gibt vor allem Jute- und Textilwerke mit einem hochkonzentrierten Proletariat.

Außerdem wurden pakistanische Staatsbeamte nach Bangladesh beordert, und auch in der in Bangladesh stationierten Armee hatten meist nur Nichtbengalen eine reale Aufstiegschance. Unmut in der Bevölkerung entstand. Der Anlaß seines Ausbruchs war die versuchte zwangsweise Einführung einer der pakistanischen Sprachen, Urdu, als Amtssprache. Gerade die Bengalen verfügen über eine reiche ausdrucksstarke Sprache und können auf eine lange Tradition kulturellen Schaffens zurücksehen.

Schüler und Studenten veranstalteten erste Demonstrationen. Ihre Aktionskomitees wurden Zentrum und Ausgangspunkt des Widerstandes in der Mitte der fünfziger Jahre.

1969 wurde dann Calkutta erschüttert vom Aufstand der Naxalbrie. Ausgehend von den Problemen der Landbevölkerung und in vermeintlicher Anlehnung an die „Große Proletarische Kulturrevolution" in China gaben sie die Parole aus: Macht kaputt, was Euch kaputt macht.

Die Gewalt war aber von der indischen Zentralregierung ausgegangen, der es darauf ankam, die Naxalbrie zu zerschlagen und die dann auch schließlich die Bewegung, die gerade auch im Raum zwischen Calkutta und Dacca anzutreffen war, niederschlug.

Zur gleichen Zeit entwickelte sich eine linke Strömung innerhalb der Awami League mit anderen programmatischen Vorstellungen. Unter Sirajul Alam Khan, dem bengalischen Rudi Dutschke, entstand dort ein linker Flügel, der so etwas wie Dominanz durch intellektuelle Fähigkeiten gewann und die anderen vorhandenen Kräfte in der Awami League eine Zeit lang an die Wand spielen konnte.

Die Vorstellungen des linken Flügels in der Awami League

Von den Gedanken Lenins beeinflußt, wollte man die noch nicht gelösten Aufgaben der bürgerlichen Revolution im Rahmen einer zum Sozialismus führenden Bewegung aufnehmen. Sirajul Alam Khan und seine Anhänger gingen davon aus, daß eine Bewegung zur nationalen Unabhängigkeit eine entscheidende Stoßkraft in Richtung Sozialismus gewinnen würde. Schon 1969 ging dieser aus der vergangenen Studentenbewegung hervorgegangene Flügel daran, Gewerkschaften der Industriearbeiter aufzubauen. Nach der militanten und rätedemokratisch orientierten Bewegung der Arbeiterklasse in diesem Raum in den zwanziger Jahren kam es 1969 zum ersten Mal wieder zu massiven Streiks als Resultat der Organisierung der Arbeiter in der Gewerkschaft der Awami League. 1971 rief der AStA-Vorsitzende der Uni Daccas, Abdur Rab, die Unabhängigkeit seines Landes auf dem Campus aus und hißte eine selbstentworfene Flagge (mit einem roten Kreis auf grünem Untergrund).

Ein Staat entsteht

Mujibur Rahman, Vorsitzender der Awami League, sah sich gezwungen, mitzumachen. Er selbst wollte die Unabhängigkeit nicht.

Die pakistanische Zentralmacht reagierte mit aller Härte. Die Armee



fiel ein und tötete die Zivilbevölkerung zu Millionen. Mit Hilfe bengalischer Angehöriger der pakistanischen Armee gelang es den Linken, Mädchen und Jungen des Landes zu Freedom Fighters zu organisieren. Die außerhalb der Staatsgrenzen lebenden Angehörigen bengalischer Nationalität leisteten entscheidende Unterstützung bei dem neun Monate dauernden Befreiungskrieg, in den auch die indische Armee auf der Seite der Bengalen in den letzten zwölf Tagen eingriff.

Die Herrschaftsperiode Mujibur Rahmans

Der Krieg schlug entscheidende Wunden in das Land. Die Befreiungskämpfer hatten, um den Vormarsch der Pakistanis zu unterbinden, viele Brükken im Lande gesprengt. Auch sonst war das Land reichlich zerstört. Hunger herrschte und ein desolater Zustand. Diesen objektiven Schwierigkeiten ist es wohl auch zuzuschreiben, daß der massendemokratische Prozeß steckenblieb. Die Menschen waren erschöpft. Jede Familie hatte Opfer zu beklagen.

Zwar wurden die Fabriken, Banken und Versicherungen verstaatlicht, doch die unter Einwirkung der linken Awami League-Leute gebildeten Arbeiterräte, die, nachdem die pakistanischen Unternehmer geflohen waren, die Fabriken in ihre Hände genommen hatten, wurden von Mujibur Rahman entmachtet und ihm hörige Manager wurden an deren Stelle gesetzt. Auch die angekündigte Landreform Mujibs fiel nur recht mau aus. Durch einfache formale Tricks konnten sich die Großgrundbesitzer einer Aufteilung des Landes entziehen. Die in der Hand des Volkes sich befindenden Waffen mußten an die Zentralregierung abgegeben werden, allerdings wurde den männlichen Freedom Fighters freigestellt, den regulären Streitkräften beizutreten (so auch erklärt sich das breite, linkspatriotische Spektrum in der Armee).

Es kam zum entscheidenden Knall mit den Linken. Diese bildeten nach ihrer Abspaltung von der Awami League eine eigene Partei, die Sozialistische Partei Bangladeshs, JSD, oder im Volksmund JaSchaD genannt. Sofort setzte die Repression gegen sie ein.

Mujib gelang es in der Folgezeit nicht, die entscheidenden Probleme seines Landes anzugehen. Die von ihm eingesetzten Manager und Bürokraten erwiesen sich als außerstande, auch im Rahmen technokratischer Lösungskonzepte, die Wirtschaft des Landes ein Stückchen weiterzuentwickeln. Sie hatten wenig Wissen und wiesen sich nur aufgrund ihrer Kritiklosigkeit gegenüber Mujib als geeignet für ihre Posten aus. Korruption und Mißmanagment erstickten das Leben. Als es noch dazu 1974 zu einer Naturkatastrophe kam, endeten Hunderttausende von Bengalen an den Folgeerscheinungen des Hungers. Mujib suchte sein Regime mit linker Phraseologie zu retten und mit dem Verbot aller anderen Parteien. Mithilfe der moskauorientierten CPB und anderer kleiner linker Parteien bildete die Awami League die Einheitspartei BAKSAL, die nun den Fortschritt bringen sollte — und natürlich die Liquidierung der revolutionären Kräfte. JaSchaD-Leute wurden, wo man sie traf, ermordet. Vor Dacca gelegen befinden sich Ferienbungalows. Dorthin wurden Angehörige der JSD verschleppt, geköpft und in Säcken in den Fluß geworfen, wo sie dann in Dacca wieder angespült wurden, den Lebenden zur Abschreckung. Die Strukturen der JSD wurden entschieden geschwächt.

1975 putschte das Militär gegen die BAKSAL-Herrschaft. Möglicherweise war der erste Putsch im August 1975 auf Geheiß der CIA zustandegekommen. JaSchaD wollte Mujib 1974 durch eine Massenbewegung zu Fall bringen, die den Abtritt des Diktators und demokratische Wahlen im Rahmen einer verfassungsgebenden Versammlung forderte. So sollten die Bedingungen eines Kampfes für den

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

sie z. B. von der Regierung: „ ... staatliche Unterstützung für die Kinderküchen, Frühstück und Mittagessen für alle Kinder in den Schulen, ein halber Liter Milch für jedes Kind täglich bis zum zehnten Lebensjahr, Preisbeschränkungen für Grundnahrungsmittel ...".

Zusätzlich gibt es noch Frauenkomitees, die seit etwa 1979 in den Elendsvierteln arbeiten und sich vor allem auf regionaler Ebene organisieren und koordinieren.

Dies sind etwa die halblegalen Bereiche. Die illegalen Bereiche sind die Widerstandskomitees, die Parteien, die im Untergrund sind. Man darf nicht glauben, daß die Widerstandskomitees oder die Parteien in der Dunkelheit arbeiten, alle arbeiten auch in den oben genannten zwei anderen Bereichen des Widerstandes.

Zu den illegalen Kampfformen gehören vor allem die bewaffneten Aktionen, die Landbesetzungen und andere direkte Aktionen, Flugblattverteilen und tausend andere kleine Sachen.

Im Bereich der illegalen Arbeit haben die Frauen, nach Angaben der Genossinnen in Chile, eine sehr hohe Beteiligung. Das ist kein Zufall. Die chilenischen Frauen, die immer im Bereich der ökonomischen Forderungen gekämpft haben, müssen heute, um die kleinsten elementarsten Forderungen durchzusetzen, einfach direkt gegen die Diktatur kämpfen, wenn sie überhaupt etwas erreichen wollen. Wenn man z. B. obdachlos ist und eine Wohnung sucht, dann schreibt man/frau vielleicht einen Brief an den Wohnungsminister. Man/frau kann warten und warten, aber es passiert nichts. Durch diese Tatsache radikalisieren sich die Menschen ständig, da die legalen Formen des Protestes keinerlei Erfolg bringen. Deswegen gehen auch immer mehr Menschen zur direkten Aktion über, vor allem auch Frauen. Selbstverständlich gibt es bewußte Teile des Volkes, die die Empörung der Massen und die Bereitschaft, Widerstand zu leisten, aktiv unterstützen und vorantreiben. Das sind die Parteien, die revolutionären Organisationen, die Widerstandskomitees und die Avantgarde der Massen.

Obwohl die Frauen ihr Leben lang an Kinder, Küche, Herd gefesselt werden sollten, gehen gerade sie immer mehr in den aktiven militanten Widerstand. Ich glaube, wenn eine Frau bewußt wird, wenn sie diesen schwierigen Bewußtwerdungsprozeß geschafft hat, ist sie viel radikaler in der Entscheidung und viel konsequenter im Kampf. Man merkt es z. B. in Chile immer deutlicher, daß die Frauen ein immer wichtigerer Sektor des aktiven Widerstandes werden. Wenn man/frau sich heute z. B. die Liste der Verfolgten, der gesuchten Genossen/innen ansieht, sind mindestens ein Drittel davon Frauen, in manchen Fällen auch die Hälfte.

Kannst du uns etwas über die Rolle der Kirche im Widerstand sagen?

Man muß hier einen Unterschied zwischen der Führung und der Basis der Kirche machen. Die Führung der Kirche, der Kardinal und ein großer Teil des Episkopates der Bischöfe zählen zur militanten politischen Strömung der bürgerlichen Opposition. Sie verstehen sich als Opposition zur Diktatur. So haben sie kurz nach dem Putsch vor allem im Bereich der Menschenrechte gearbeitet. Allerdings hatte dies auch sehr konkrete Grenzen, und zwar da, wo die Verteidigung der Menschenrechte eine höhere Konfrontation bzw. eine andere Kampfform gegenüber der Diktatur erforderlich gemacht hätte. Man kann das sehr gut an den Aktivitäten der Angehörigen der Verschwundenen nachvollziehen. Die Kirche hat ihnen damals zwar die Räume für ihren Hungerstreik bereitgestellt, versuchte aber gleichzeitig, die Angehörigen ständig unter moralischen Druck zu setzen, den Hungerstreik zu beenden, als sie merkten, daß dieser Hungerstreik eine ungeahnte nationale und internationale Solidarät hervorrief.

Heute reagiert die Führung der Kirche mit einer Politik des Schweigens. Ein gutes Beispiel hierfür ist, daß sie keinen Rechtsanwalt zur Verteidigung der politischen Gefangenen, die in bewaffneten Aktionen gefangengenommen worden sind, zur Verfügung stellen. Weiter feierte der Kardinal zusammen mit Pinochet am Tag der sogenannten „Unabhängigkeit" einen Gottesdienst in der Hauptkirche von Santiago.

Durch diese Politik der Kirche geben sie, ob sie wollen oder nicht, der Diktatur eine Legitimierung.

Die Basis der Kirche organisiert sich vielmehr im Widerstand. Viele Arbeiterpriester und Christen sind in einen konsequenten Kampf gegen die Diktatur eingetreten und arbeiten aktiv, vor allem in den halblegalen Organisationen. Sie praktizieren auch innerhalb der Gewerkschaft eine Zusammenarbeit mit den Linken und innerhalb der Elendsviertel mit den Studenten. Allerdings gibt es auch viele Christen, die illegal am Widerstand teilnehmen. Sie erleben genauso wie alle anderen Widerstandskämpfer die Repression. Es gibt zwei Zeitungen der Christen im Untergrund, die eine heißt: „Wir können nicht schweigen" und die andere „Christen im Widerstand — Juan Alsina". Juan Alsina war ein Priester, der von der Diktatur ermordet wurde.

Vor kurzem wurde das „Vicariat der Solidarität" von der Kirche selbst geschlossen. So wurde ein wichtiger Spielraum innerhalb der Kirche zu den halblegalen Organisationen, die durch dieses Vicariat sehr viel Unterstützung bekamen, beschnitten.

Kannst du uns kurz beschreiben, welche Bedeutung für euch die Rückkehr der Genossen/innen nach Chile hat und wie ihr die Rolle der Frauen dabei seht?

Um dies zu erklären, muß ich vorher noch was erklären. In den 60iger Jahren hat die Regierung der USA eine sogenannte „Counterinsurgency-Politik" für ganz Lateinamerika entwikkelt. Diese Politik geht davon aus, daß die revolutionäre Gefahr vom Volk selber ausgeht. Aufgrund dieser Erkenntnis hat die USA die Armeen sehr stark unterstützt und eine ideologische Manipulation der Soldaten betrieben. Weiter wurde eine stärkere Hierarchisierung innerhalb der Armee durchgeführt. Das Ziel dieser Taktik war, es unmöglich zu machen, daß die Armee des jeweiligen Landes sich von Volkskräften unterwandern läßt bzw. bei einer Volkserhebung überläuft. Diese systematische ideologische Ausrichtung der Armeen konnte man in ganz Lateinamerika beobachten. Auch z. B. in Nicaragua, obwohl hier ein ganzes Volk im Aufstand war, konnte die Armee nicht gespalten werden. Das gleiche gilt für El Salvador.

Wir meinen deswegen, daß diese Rolle der Streitkräfte die Revolutionäre verpflichtet, eine eigene politische und militärische Macht des Proletariats aufzubauen. Denn wir sind überzeugt, daß die herrschende Klasse ihre Privilegien bis zum letzten Blutstropfen verteidigen wird. Unsere Strategie gründet sich darauf, den Aufbau der politischen und militärischen Macht voranzutreiben, in der Anwendung der revolutionären Gewalt gegen die reaktionäre Gewalt der Diktatur. Wir bereiten die Entwicklung eines revolutionären Volkskrieges vor, der sich auf die Bewaffnung des ganzen Volkes stützt, um die Diktatur zu stürzen. Wenn wir heute von der Entwicklung eines revolutionären Volkskrieges sprechen, dann meinen wir, die größtmögliche Menge an sozialen, politischen und militärischen Kräften auf der Grundlage des Minimalprogrammes des Widerstandes zu sammeln, um in Chile eine nationale Krisensituation zu schaffen, die die Voraussetzung zum Sturz der Diktatur bietet.

Für uns heißt die Bewaffnung des ganzen Volkes nicht, daß das ganze Volk in eine revolutionäre Armee eintreten muß. Unser konkreter Vorschlag, wie jetzt schon militärische Kräfte organisiert werden können, ist folgender. Wir schlagen drei Arten von militärischen Kräften vor: die Volksmilizen — die Guerillaarmee — die reguläre Armee des Proletariats.

Dieser Volkskrieg kann unserer Meinung nach nicht durchgeführt werden ohne die Beteiligung der Frauen. Die Beteiligung der Frauen an diesem revolutionären Prozeß ist besonders wichtig, weil die Frauen im Kampf gegen die Diktatur, im Aufbau der sozialrevolutionären Kräfte und im Aufbau vom Sozialismus eigene Interessen haben. Die Realisierung dieser Interessen werden für die Art des Sozialismus entscheidend sein.

Die Rückkehrpolitik von uns, des MIR, hängt sehr stark mit dieser Einschätzung zusammen. Wir versuchen die Gesamtheit des Kampfes, unter Einbeziehung aller Kräfte, zu entwikkeln. Dies ist für uns weniger ein praktisches Problem, sondern mehr ein Problem der Zukunft. Vor allem Frauen, die Jahrhunderte ideologisch von der Bourgeoisie bearbeitet wurden, brauchen mehr Unterstützung und Kraft, um sich zu befreien. Sie müssen, wenn sie sich z. B. in einer linken Organisation beteiligen wollen, mehr Barrieren überwinden als Männer. Gerade die Kirche und das Bürgertum hat die Beteiligung der Frauen am gerechten Krieg immer zutiefst verurteilt. Die tägliche Gewalt, die sie teilweise selber produzieren, ist für diese „Heiligen" keine Gewalt. Alle diese Ideologien sind sehr tief im Bewußtsein der Frauen verankert und es ist schwierig, dagegen zu kämpfen. Deswegen bedeutet dies für uns, innerhalb der eigenen Reihen die Diskussion wieder aufzunehmen und zu stärken, aber auch mit den Frauen, die bereit sind zu kämpfen, verstärkt eine politische und ideologische Auseinandersetzung voranzutreiben, um einen konsequenten Kampf zu entwickeln.

Diese Genossinnen, die nach Chile zurückkehren, und wir alle, die zurückkehren möchten, haben sehr konkrete Interessen an dieser Rückkehr. Wir haben gesagt, Widerstand zu leisten ist ein Recht, und wir müssen uns dieses Recht erobern. Wir wollen endlich unsere Ketten sprengen, wir möchten uns im Kampf mit unseren Genossinnen wiedertreffen, die verschwunden sind, mit all' diesen Frauen, die uns ein konsequentes Beispiel gegeben haben, die auch diesen Weg der Rückkehr eröffnet haben.

Wir sind sicher, daß wir in diesem ganzen Prozeß eine Gesellschaft aufbauen werden, in der z. B. die Mutterschaft und die Souveränität des Körpers eine Selbstverständlichkeit sind. Wir sind auch sicher, daß wir diese echte und wahre Freiheit aufbauen werden.

Vielen Dank für das Interview.

Eine Genossin aus Nürnberg

China droht mit zweitem Überfall auf Vietnam

Wenn auch in den letzten zwei Jahren seit der ersten „Straflektion" (Februar/März 1979) kein Monat ohne chinesische Grenzüberfälle vergangen ist, so hat sich doch das Ausmaß und insbesondere die begleitende Propaganda in den letzten Wochen deutlich verschärft. Auf den beiden Seiten der Grenze stehen sich angeblich *„etwa vierhunderttausend"* chinesische und *„zweihundertfünfzig- bis dreihunderttausend"* vietnamesische Soldaten gegenüber. *„Das ist die derzeit stärkste Truppenkonzentration in einem internationalen Krisengebiet"* („FAZ", 11.5.81). Gleichzeitig kam es zu ersten Zwischenfällen an der Grenze zwischen China und Laos, wo angeblich *„vietnamesische Soldaten – in laotischen Uniformen – auf chinesisches Gebiet vorgedrungen sein"* sollen („SZ", 22.5.81).

Die chinesische Seite hat bereits damit begonnen – wie 1979 – Dörfer entlang der Grenze zu Vietnam zu evakuieren. Gleichzeitig wird seit Wochen von angeblichen vietnamesischen Überfällen auf chinesisches Territorium berichtet. *„Das Netz der chinesischen Argumente ist auffallend dicht geknüpft, und die Drohung, daß Vietnam alle Konsequenzen für die vorgeworfenen immer dreister werdenden Überfälle zu tragen habe, so deutlich danebengesetzt, daß der Kommentar den Eindruck einer ausgefeilten Rechtfertigung für eine zweite 'Straflektion' erweckt"* („FAZ", 23.5.81).

Zu den Begleitumständen des Überfalls von 1979 gibt es einige interessante Parallelen. Damals war der chinesische Vizepremier Deng zu einem Besuch bei Carter in den USA gewesen, wobei es unter anderem auch um Waffenlieferungen an China ging. Trotz aller US-Dementis ist anzunehmen, daß er sich hier auch Rückendeckung für den Einmarsch in Vietnam holte. Letzte Woche reiste der Außenminister der Reagan-Regierung, Haig, zu einem dreitägigen Besuch nach Peking, wobei ebenfalls Waffenlieferungen auf dem Programm standen.

Ermutigung für ein offensiveres Vorgehen gegen Vietnam dürfte auch das jüngst bekanntgewordene Söldner-Unternehmen der US-Imperialisten auslösen. So verlautete aus Regierungskreisen in Washington, *„vor sechs und nochmals vor zwei Wochen hätten asiatische Söldner im Dschungel von Laos ein bewaffnetes Spähtruppunternehmen begonnen, das von den Vereinigten Staaten finanziert worden sei. Daran seien möglicherweise auch amerikanische Staatsbürger beteiligt gewesen"* („FAZ", 25.5.81).

Nach wie vor ist es den chinesischen Führern nicht gelungen, die Situation in Kampuchea zu ihren Gunsten zu wenden. Im Gegenteil. Die Lage dort stabilisiert sich immer mehr. In diesem Frühjahr konnten die ersten Parlamentswahlen nach dem Sturz des Pol-Pot-Regimes durchgeführt werden – unbehindert von den zahlreichen „Widerstandsgruppen", die angeblich in Kampuchea gegen die „vietnamesische Besatzer" kämpfen.

Für Mitte Juli ist eine „internationale Kampuchea-Konferenz" geplant. Dieses Vorhaben geht auf einen Beschluß der UN-Vollversammlung vom letzten Herbst zurück, wo das Pol-Pot-Regime nach wie vor als Vertreter Kampucheas sitzt. Insbesondere die ASEAN-Staaten (Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und die Philippinen) machen sich für diese Konferenz stark, die von den Ländern Indochinas als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kampucheas strikt abgelehnt wird. Für die chinesische Indochinapolitik wäre es natürlich sehr nützlich, wenn zu dieser Konferenz Erfolge der „Widerstandsgruppen" vorzuweisen wären. Deshalb laufen auf der einen Seite Gespräche zwischen Sihanouk, den antikommunistischen Truppen von Son Sann und den „Roten Khmer" Pol Pots, die aber seit einigen Monaten nicht vom Fleck kommen. Andererseits wäre eine Schwächung der vietnamesische Kräfte durch einen neuen chinesischen Überfall eine wichtige Voraussetzung für eventuelle Erfolge der „Widerstandsgruppen".

Die „Straflektion" 1979 – ein Desaster

Am frühen Morgen des 17. Februar 1979 überschritten chinesische Truppen in großer Zahl an vielen Stellen die Grenze Vietnams. Der Überfall wurde von der Pekinger Führung als „Gegenangriff" gegen angebliche vietnamesische Grenzverletzungen gerechtfertigt. Gleichzeitig sollte mit dem Einmarsch die Situation in Kampuchea revidiert werden, wo kurz zuvor mit vietnamesischer Hilfe das von China unterstützte Pol-Pot-Regime gestürzt worden war. Der chinesische Vizeministerpräsident Deng Xiaoping erklärte damals, Ziel Chinas sei es, *„den Mythos zu zerstören, der in Vietnams Anspruch besteht, die drittstärkste Militärmacht der Erde zu sein". „Auch können wir nicht zulassen, daß das Kuba des Ostens in Laos, Kambodscha und sogar an der Grenze zu China den starken Mann spielt"* („FR", 28.2.79).

Die chinesischen Invasoren konnten ihre Ziele allerdings nicht verwirklichen. Obwohl die Sowjetunion, die mit Vietnam 1978 einen militärischen Beistandsvertrag abgeschlossen hatte, außer verbalen Attacken und begrenzten Waffenlieferungen nichts tat, um die Vietnamesen wirkungsvoll zu unterstützen, mußte die chinesische Führung ihre Truppen Anfang März zurückziehen. Nach eigenen Angaben hatte sie die militärisch gescheiterte Aktion 20.000 Tote und Verwundete gekostet (nach vietnamesischen Schätzungen sogar 62.500).

Besonders barbarisch hatten die chinesischen Truppen unter der vietnamesischen Zivilbevölkerung gewütet.

Am 18. April 1979 begannen dann in Hanoi Verhandlungen über die Beilegung des Konflikts. Die vietnamesische Seite machte dazu folgende Vorschläge (in Auszügen): *„Die Streitkräfte beider Seiten und aller Waffengattungen ziehen sich am gesamten Grenzverlauf aufs eigene Territorium zurück, und zwar auf einen Abstand von drei bis fünf Kilometer von der wirklichen Kontrolllinie entfernt, die vor dem 17. Februar 1979 gültig war. (...) Gebiete entlang der oben erwähnten Kontrollinie, in denen keine Truppen beider Seiten mehr anwesend sind, werden entmilitarisiert. Beide Seiten vereinbaren den Status entmilitarisierter Gebiete. (...) Ein gemischtes Komitee aus Vertretern beider Seiten wird gegründet, um die Verwirklichung der oben erwähnten Maßnahmen zu kontrollieren und zu überwachen. (...) Die Grenzprobleme zwischen beiden Ländern werden auf der Grundlage der Respektierung des von der Geschichte zurückgelassenen bestehenden Grenzverlaufes, der von der französischen Regierung und der Tsching-Dynastie durch Abkommen von 1887 und 1895 festgelegt und markiert wurde, geregelt."* (Aus einer Veröffentlichung der vietnamesischen Botschaft in Bonn)

Diese Vorschläge wurden von der chinesischen Führung abgelehnt, die stattdessen einen Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea forderte.

Begleitet von weiteren Grenzzwischenfällen zogen sich die Verhandlungen ergebnislos bis Ende 1979 hin. Dann erklärten die chinesischen Führer, man solle eine „Denkpause" einlegen, bis sie endlich im Juli 1980 eine Wiederaufnahme der Verhandlungen endgültig ablehnten.

Asien/Australien-Kommission

Fortsetzung von vorheriger Seite

Sozialismus begünstigt werden. Nachdem die Partei ab der BAKSAL-Periode völlig verfolgt wurde, ging sie 1975 in den Untergrund und kämpfte bewaffnet gegen das Regime. Ein Kampf, der in dieser Form auch nach dem Coup gegen Mujib erstmal beibehalten wurde.

Zia kommt an die Macht

Im November putschten linkspatriotische frühere Befreiungskämpfer. Gegen sie putschten wieder andere, der schlechten internen Information wegen. Zia kam dann durch den zweiten November-Putsch, der von linken Kräften initiiert worden war, an die Macht. Er hatte vorher zwar versprochen, die seit 1974 illegalisierte und inhaftierte Linke zu befreien, aber er hielt es für seine eigene Machtstabilisierung für sicherer, sie in Gewahrsam zu halten. So blieb alles beim alten, oder die Verschlimmerung der wirtschaftlichen Situation durch die neuentstandene Abhängigkeit von den westlichen Mächten schritt weiter voran. Rund eine Milliarde US-Dollar fließen jährlich als „Entwicklungshilfe" in das Land. Dieses Jahr werden es 1.2 Milliarden sein, die Bundesrepublik beteiligt sich mit 170 Millionen durch bilaterale und rund 270 Millionen durch multilaterale Übereinkünfte an dem Ausverkauf einer Wirtschaft durch barmherzige Hilfe.

Inflation entsteht immer dort, wo einem gestiegenen Geldvolumen keine entsprechende Steigerung der Produktion gegenübersteht. In Bangladesh stiegen die Preise der Grundnahrungsmittel und anderer landwirtschaftlichen Produkte um das Zehnfache innerhalb der acht Jahre der Unabhängigkeit. Der Durchschnittsbengale ißt nur einmal am Tag seinen Reis, mit ein wenig Linsensuppe (Dal). Die Bevölkerung ist so unterernährt, daß 85% daran erkrankt sind und mindestens eine Million daran ihr Augenlicht verloren haben.

Milch, Eier, Fleisch und der früher so reichlich vorhandene Fisch, all das ist für den einfachen Menschen unerschwinglich geworden.

Milch z.B. wird aus den Dörfern sofort an die großen Molkereien verkauft, wo sie zu Milchpulver verarbeitet und dann an die reichen Städter verkauft wird. Der Fisch, die Jute und viele andere Produkte gehen zu einem guten Teil in den Export und sichern so den Reichen ein gutes Auskommen. Selbst ein Hochschullehrer kann sich mit seinen 3.000 Taka Monatseinkommen (das sind 300 DM) kein Ei am Morgen leisten. Denn er kann ja nicht, wie die übrigen Angehörigen des Öffentlichen Dienstes, mit horrenden Korruptionsgeldern sein Salär aufbessern. So geht die Gesellschaft allmählich den Bach runter. Und ein Staat verliert nach und nach jede politische Eigenständigkeit.

Zu mehr als 60% wird nach offiziellen Zahlen das Staatsbudget Bangladeshs schon jetzt von westlichen Geldern finanziert. Über das ganze Land erstrecken sich internationale Organisationen. In den Verwaltungen bestimmen ausländische Berater, häufig Amerikaner, Entscheidungen wesentlich mit.

Diese internationalen Hilfen versacken zu etwa 25% in den Taschen der korrupten Staatsbeamten und erhöhen so mit selbigem Prozentsatz die jährliche Inflation. Vieles der übrigen Gelder wird zum Kauf von Maschinen (Pumpen etc.) wieder zurück in die Metropole gepumpt. Die Regierung



unter Zia zeichnete sich außerdem durch gigantische Ausgaben für pompöse Schauobjekte aus. So ist der Childrenpark in Dacca einer der kostspieligsten in ganz Asien, und man führte in diesem Land 1980 das Farbfernsehen ein ...

Zia's Verankerung in der Bevölkerung

Die demokratisch oder irgendwie sich dem Lande verpflichtet fühlenden Menschen aus der Mittel- und Oberschicht hatten sich schon im Sommer 1980, als ich da war, von Zia abgewandt. Ich habe von keinem Bengalen gehört, daß Zia etwas Gutes für das Land gebracht hätte. Man war verbittert. Zia gilt zwar hier als „milder Diktator" und ein Mensch, der zu einer Entwicklung des Landes beitragen wollte. In Bangladesh selbst hielt er sich mit Hilfe der Repression, wenn es sein mußte. So wurden die Wahlen im Februar 1979 (die ersten Wahlen überhaupt nach seinem Machtantritt) unter Kriegsrecht abgehalten. Die bekannten Mitglieder der JSD waren zu der Zeit (meistens ohne Gerichtsverfahren) im Gefängnis. Einen Tag nach der Wahl liefen im ganzen Land Massenverhaftungen gegen diejenigen, die gewagt hatten, die von Armeeinheiten beaufsichtigte Wahl gegen Zia beeinflussen zu wollen.

Zia lebte während seiner Präsidentschaft in der Kaserne. Er wagte nicht, sich ohne Leibwächter unter das Volk zu mischen.

Und das Volk erlaubte ihm schon nicht mehr, das Land an allen Plätzen zu betreten. Da, wo die sozialistische Opposition stark ist, und JaSchaD ist mit ihren 1/2 Millionen Mitgliedern in allen Poren der Gesellschaft mit Ortsgruppen zumindest vertreten, fand sich häufig für den Präsidenten leider kein Bett in irgendeinem Gästehaus. In Chittagong Hill Tracks, dem hügeligen Hinterland Chittagongs, kämpfen 13 Stämme für ihre nationalen Autonomierechte seit langem bewaffnet gegen die Zentralregierung. Das Land ist häufig befreit worden. Sie haben gute Beziehungen zur JSD. Der dort gewählte Abgeordnete ist Mitglied JaSchaDs. Man kann in dem 18-Punkte-Programm der JSD ihre sehr offene und demokratische Einstellung zu diesem Problem nachlesen.

Man meinte, der Präsident würde sich in Japan, den USA oder in Westeuropa, wo er sich eh die meiste Zeit im Jahr aufhielt, sicher wohler fühlen, und er solle auch dort bleiben.

Politische Massenstreiks gegen Zia

Es kam zu politischen Generalstreiks 1980, die sich direkt gegen Zia richteten. JSD, Awami League und die schwache, moskauorientierte CPB hatten sich mit sechs kleineren Organisationen der Linken zu einer Aktionseinheit zusammengeschlossen, nachdem es im Gefängnis von Rajshajh im Januar 1980 zu willkürlichen Erschiessungen von etwa 40 Gefangenen gekommen war.

Im Februar kam es zu einem politischen Generalstreik aus Protest gegen diese Massenmorde, der auch Schulen, Büros und den gesamten Stadtverkehr umfaßte.

Man verlangte Freilassung der politischen Gefangenen (die wesentlichen Führungskader der JSD waren immer noch, seit 1974, unrechtmäßig im Gefängnis) und die Wiedereinführung demokratischer Spielregeln.

Und man hatte ersten Erfolg. Zia ließ die meisten Mitglieder JaSchaDs frei. JSD nutzte diesen Sommer, um die Strukturen ihrer Organisation verbessert aufbauen zu können. JaSchaD versteht sich dabei mehr als in eine Organisationsstruktur zusammengefaßte Bewegung. So hat die Partei selbst nur die Stellung einer „Front", gleichberechtigt neben der Gewerkschaft, der Bauern- und Studenten-Organisation und neben der für alle Linken offenen Tageszeitung Gonagontha (des Volkes Stimme).

Diese Organisationen sind weitgehend autonom. Sie alle wirkten maßgeblich bei der Fassung des 18-Punkte-Programms mit, das im Sommer wegen der veränderten objektiven Situation geringfügig modifiziert wurde. In allen Untergruppen wurde der erste Vorschlag für ein neues Programm diskutiert, kritisiert und nach oben zur Verbesserung gegeben. Ein massendemokratischer Entscheidungsprozeß innerhalb der Organisation JaSchaD fand statt. Die Spitze dieser Organisation bildet ein 8-köpfiger Koordinationsausschuß, in den jeweils zwei Vertreter der vier Organisationen hineingewählt wurden.

Im Herbst wurden die Gefangenen Kulnas, nachdem sie das Gefängnis für zwei Wochen in ihre Hand gebracht und damit gegen die unmögliche Lebenssituation dort protestiert hatten, von Feuerwehreinheiten mit Wasser vom Dach des Gefängnisses gespritzt. Als sie runterkletterten, wurden sie von bewaffneten Polizeieinheiten abgeknallt. Über 800 Insassen wurden schwer verletzt, 150 — 200 Menschen starben.

Die staatlich-gelenkte Presse verschwieg diesen Vorfall. Die 9er-Allianz reagierte mit einem politischen Generalstreik, der das Leben des Landes am 28.10. 1980 lahmlegte.

Zwischen Februar und April 1981 streikten die Lehrer für berufsbezogene Forderungen. Sie wurden unterstützt von der 9er-Parteien-Allianz, und ihre Forderungen mußten weitgehend vom Staat erfüllt werden.

Solidarität ist notwendig

In der jüngsten Vergangenheit ging die regierende Partei, BNP, dazu über, Mitglieder der Opposition auf der Straße zu erschießen. Die Opposition plante schon für den 17. Juni den nächsten Generalstreik aus Protest gegen den Terror. Dazu wird es wohl im Moment nicht kommen. Klar scheint mir, daß sich die Bevölkerung den jetzigen Präsidenten nur kurze Zeit gefallen lassen wird. Sattar kann auf keinerlei demokratische Absicherung verweisen. Er ist durch niemanden gewählt — in der BNP setzte Zia seine Leute ein und warf sie wieder raus, wenn sie ihm nicht mehr paßten. Immer noch sind rechtsbeugende Gesetztesveränderungen verankert, die jede diktatorische Maßnahme erlauben. Ich nehme an, daß die 9er-Allianz nun wieder und verstärkt demokratische Wahlen fordern wird, und daß es im Herbst dieses Jahres zu entscheidenden Massenbewegungen kommen wird, durch die Sattar vielleicht noch in diesem Jahr seinen Hut wird nehmen müssen.

Die Frage ist dabei, wieviel Blut es noch kosten wird. Und die Frage ist, inwieweit wir den fortschrittlichen Prozeß unterstützen können, den unsere Regierung sicher zu unterbinden suchen muß.

Genossen, die sich für Einzelheiten interessieren, die im Rahmen dieses Artikels nicht behandelt werden konnten, und Genossen, die mithelfen wollen, so etwas wie ein Solidaritätskomitee für Bangladesh aufzubauen, bitte ich, sich mit mir in Verbindung zu setzen.

Ilona Hepp
Weserstr.207
1000 West-Berlin 44
Tel.: 030/6 23 26 01
und 030/7 92 60 22

15 Jahre chinesische Kulturrevolution

»Die Massen sich selbst befreien lassen!«

Die beiden ersten Teile dieser Artikelfolge behandelten die Vorgeschichte der chinesischen Kulturrevolution seit Ende der 50er Jahre. Sie sind abgedruckt in AK 201 und 202.

Von den akademischen Kunstdebatten bis zum Vorabend des Januarsturms 1967

Der Kulturrevolution als Massenbewegung gingen recht akademische und abgehobene Debatten im Bereich von Kunst und Literatur voraus. Die Parteirechte hatte ihre beherrschende Stellung im Kultur- und Propagandawesen genutzt, um eine Reihe literarisch verbrämter Kritiken an der Politik Maos in Massenmedien, Film und Theater vorzutragen.

Ein Beispiel für die rechten Vorstöße war das Stück ,,Hai Rui wird entlassen" des Pekinger Vizebürgermeisters Wu Han. Es war eine historisch verkleidete Aufforderung zur Rehabilitierung des 1959 degradierten Verteidigungsministers Peng Dehuai, einem Parteigänger Liu Shaoqi's; Mao wurde darin als despotischer Machthaber gezeichnet.

Gegenpositionen zu der offiziellen rechten Kulturpolitik wurden in den zentralen Medien zunächst nicht zugelassen. Eine von Mao unterstützte Kritik an Wu Han's Stück durch Yao Wenyuan (,,Viererbande") mußte daher zuerst am 10. November 1965 in der Shanghaier ,,Wenhui Bao" veröffentlicht werden. Bereits am Tag darauf beschwerte sich der Bürgermeister von Peking, Peng Zhen (nach Deng Xiaoping 2. Sekretär des ZK und auch im Ausland bekannter Funktionär), über den Angriff auf seinen Stellvertreter. Erst nach mehrwöchigem Tauziehen wurde Yao Wenyuan's Artikel auch in der Pekinger Presse und in einigen der Regionalzeitungen übernommen; zum Teil nicht ohne redaktionelle Kommentare, die die Auseinandersetzung auf eine rein akademische Kontroverse um die Richtigkeit in der historischen Darstellung eingrenzen sollten. Das offizielle Organ der KPCh, die Pekinger ,,Volkszeitung", druckte den Artikel erst am 30. November und lediglich als Diskussionsbeitrag ab.

In den nächsten Wochen und Monaten entwickelte sich eine Literaturkampagne, die vor allem gegen Schriftsteller in der näheren Umgebung des Pekinger Stadtkomitees gerichtet war und die an den Schulen und Universitäten einige Diskussionen hervorrief.

Nachdem das Pekinger Stadtkomitee zunächst die Angriffe der Rechten auf Mao voll und ganz gedeckt hatte, sah es sich im Frühjahr 1966 gezwungen, sich demagogisch an die Spitze der Kritik-Kampagne zu stellen. Der von Liu Shaoqi (Staatspräsident und

sah es sich im Frühjahr 1966 gezwungen, sich demagogisch an die Spitze der Kritik-Kampagne zu stellen. Der

von Liu Shaoqi (Staatspräsident und Hauptvertreter der Rechten) beherrschte Ständige Ausschuß des Politbüros setzte am 5.2.66 eine ,,Gruppe Kulturrevolution beim ZK" unter Leitung Peng Zhens (!) ein. Zwei Tage nach ihrer Gründung veröffentliche diese Gruppe ihren Bericht, worin jede politische Relevanz der Literaturkritik abgestritten wurde. Diese sogenannten ,,Februarthesen", die von Peng Zhen in eigener Regie erstellt worden waren, wurden als Dokument des ZK verteilt.

Parallel dazu fand am 2. - 10. Februar in Shanghai ein Forum über Literatur und Kunst in der Volksbefreiungsarmee statt, das von Jiang Qing (,,Viererbande") geleitet wurde. Dort wurden die Widersprüche im Kulturbereich als antagonistisch und als scharfer Klassenkampf gekennzeichnet.

Während des ganzen März und April hielten die Auseinandersetzungen und fraktionellen Treffen in der Parteiführung an. Erst Mitte Mai konnte die Parteilinke auf einer 14 Tage dauernden erweiterten Konferenz des Politbüros die Verabschiedung des wichtigen ,,Rundschreibens des ZK der KPCh vom 16. Mai 1966" durchsetzen, in dem die Peng-Zhen-Thesen zurückgewiesen wurden und die Auflösung des Fünferausschusses bekanntgegeben wurde. In dem Dokument (das parteiintern bis auf die Ebene der Kreisparteikomitees verteilt werden sollte) wurde angekündigt: ,,*Unser Land steht jetzt vor einem Aufschwung in der Großen Proletarischen Kulturrevolution*".

Die Parteikomitees auf allen Ebenen müßten darangehen, eine Massenbewegung zu entwickeln, deren Ziel ,,*in einer Kritik an Wu Han und einer beträchtlichen Anzahl von anderen parteifeindlichen Elementen und antisozialistischen Vertretern der Bourgeoisie und in ihrer Verurteilung besteht*" Über den Februar-Bericht heißt es dort: Die Thesen ,,*nehmen die bürgerlichen Rechten in Schutz und bereiten dadurch die öffentliche Meinung auf die bürgerliche Restauration vor ... Der Kampf gegen die revisionistische Linie ist keineswegs eine unbedeutende Sache, sondern eine Sache von erstrangiger Bedeutung, die das Schicksal, die Perspektiven und das künftige Antlitz unserer Partei und unseres Staates sowie auch die Weltrevolution betrifft*". Und weiter: ,,*Die Vertreter der Bourgeoisie, die sich in die Partei, in die Regierung, in die Armee und in die verschiedenen Bereiche der Kultur eingeschlichen haben, sind ein Häuflein von konterrevolutionären Revisionisten; sie werden, wenn die Zeit dafür reif ist, die politische Macht an sich reißen und die Diktatur des Proletariats in die Diktatur der Bourgeoisie umwandeln. Wir haben bereits einige dieser Leute durchschaut; es gibt aber noch welche, die wir nicht durchschaut haben, manche erfreuen sich immer noch unseres Vertrauens und werden zu unseren Nachfolgern ausgebildet, z.B. Leute vom Schlage Chruschtschows, die sich jetzt in unserer nächsten Nähe eingenistet haben*" (1).

Von der Schärfe der erhobenen Vorwürfe, vom ganzen dramatischen Tonfall her war das Rundschreiben eine offene Kampfansage an die Parteirechten. Doch blieben die Ursachen des Konflikts zunächst weitgehend im Dunkeln. Statt (Ansätzen) einer konkreten Analyse der vorhandenen politischen — und Klassenwidersprüche wurde eher der Eindruck erweckt, als gelte es, eine finstere Verschwörung zu zerschlagen. (,,Häuflein konterrevolutionärer Revisionisten ... haben sich eingeschlichen ... werden, wenn die Zeit dafür reif ist, die Macht an sich reißen..."). Auch absurde Behauptungen wie: die Rechten würden ,,keine Bücher und Zeitungen lesen", konnten bloß desorientierend wirken.

W e r denn nun konkret gemeint war, w a s eigentlich konterrevolutionär war, blieb offen. Taktisch mag dahinter — abgesehen von den Mehrheitsverhältnissen im ZK — die Überlegung gestanden haben, die Rechten zu verunsichern, untereinander zu spalten und einzeln nacheinander anzugreifen (was ja im folgenden erstmal auch ganz gut geklappt hat). Aber als politische Orientierung blieb es doch überaus mager, und davon, daß es ,,*zum großartigen Programm für die ganze Bewegung*" (2) geworden wäre, kann nun wirklich keine Rede sein.

Das praktische Ergebnis der Konferenz war die Bildung einer neuen Gruppe für Kulturrevolution beim ZK unter Leitung von Chen Boda (3).



Wandzeitung — Propaganda- und Kommunikationsmittel der Kulturrevolution. Seit 1980 in China verboten.

Wandzeitung — Propaganda- und Kommunikationsmittel der Kulturrevolution. Seit 1980 in China verboten.

Die ersten Roten Garden

In der folgenden Zeit breitete sich die zunächst spontan in Peking entstandene Schüler- und Studentenbewegung rasch über das ganze Land aus. Die ersten Roten Garden formierten sich.

Als Beispiel für die Entwicklung dieser Bewegung kann die Pekinger Elite-Universität Beida dienen (4). Dort eskalierten die Auseinandersetzungen, als am 25. Mai Nie Yuanzi und andere eine große Wandzeitung aufhängten, in der sie die Ablenkungs- und Repressionsmaßnahmen von drei führenden Bürokraten in der Universitätsverwaltung scharf angegriffen: ,,*Die Abhaltung von Massenversammlungen, das Ankleben von Wandzeitungen mit großen Schriftzeichen sind die beste Form des Massenkampfes. Ihr 'führt' die Massen nicht dazu, große Versammlungen abzuhalten, Wandzeitungen mit großen Schriftzeichen anzukleben, und schafft verschiedene Tabus. Bedeutet das nicht, daß ihr die Revolution der Massen unterdrückt, ihnen verbietet, die Revolution zu machen und ihre Revolution bekämpft? Wir werden euch nie erlauben, das zu tun! Ihr schreit danach, 'die Führung zu verstärken' und 'fest auf dem Posten zu stehen'. ... Bis heute versucht ihr noch, verzweifelt und hartnäckig Widerstand zu leisten. Ihr wollt noch immer 'fest' auf eurem 'Posten stehen' und die Kulturrevolution sabotieren.*" Die Wandzeitung schloß mit dem Aufruf an ,,alle revolutionären Intellektuellen": ,,*Wir müssen alle finsteren Elemente und konterrevolutionären Revisionisten chruschtschowschen Typs entschlossen, gründlich, restlos und vollständig vernichten und die sozialistische Revolution zu Ende führen*" (5).

Die Masse der Studenten reagierte zunächst verblüfft und ängstlich; bald aber waren die Wände mit zusätzlichen Wandzeitungen bedeckt. Lu Ping eilte an die Uni und ließ die Verfasser der Wandzeitung durch Mitglieder der Kommunistischen Jugendliga als ,,Renegaten", ,,parteifeindliche Elemente", ,,Strebertypen" etc. anpöbeln, und die Parteibürokratie verteidigen. ,,Um sechs Uhr abends", erzählte Nie später, ,,waren unsere Wandzeitungen von vielen Wandzeitungen überklebt, die uns beschimpften. Um sieben Uhr waren wir besiegt (das heißt, in kleinen Gruppen eingekreist, ausgeschrieen) und physisch geschlagen" (6). In einer Massenversammlung am Abend wurden die Linken niedergebrüllt, einzelne Redner verprügelt. Die ganze Nacht wurde auf dem Campus gekämpft.

Die Auseinandersetzungen wurden in den nächsten Tagen weitergeführt. Auf eine persönliche Intervention Maos hin wurde die Wandzeitung am 1. Juni im Radio gesendet, zunächst in Peking und dann im ganzen Land. (Mao nannte sie später eine ,,Deklaration der Pekinger Volkskommune im 20. Jahrhundert". Ihre Bedeutung übertreffe ,,bei weitem die der Pariser Kommune" (7). Damit hatten die rebellierenden Studenten plötzlich die Autorität der offiziellen Medien hinter sich. Dies führte auf breiter Ebene zu einem Stimmungsumschwung. Am folgenden Tag fanden Massendemonstrationen statt, von ,,Universitätsstudenten und Oberschülern, ebenso von Kadern, Arbeitern und sogar einigen Bauern, die Wandzeitungen mitbrachten und Reden hielten, um so die Revolutionäre an der Beida zu unterstützen" (8). Noch in der Nacht wurde der Sturz des Pekinger Stadtkomitees und die Absetzung von Lu Ping und seiner Stellvertreterin bekanntgegeben.

Durch die Absetzung Peng Zhens, der eines der bekanntesten Mitglieder der obersten Parteiführung gewesen war, wurde in der breiten Öffentlichkeit zum ersten Mal klar, daß es in der Parteispitze scharfe Widersprüche geben mußte (wenn auch die Hintergründe wohl für kaum jemanden zu durchschauen waren; bisher hatte sich die Parteiführung nämlich nach außen hin völlig einheitlich gegeben).

Die Entscheidung löste wahre Begeisterungsstürme aus; überall wurden Lieder gesungen und revolutionäre Parolen gerufen, die Studenten diskutierten in kleinen Gruppen miteinander oder hielten Ansprachen. Mehr und mehr Arbeiter und Bauern kamen auf den Campus. Über 100.000 Blätter Wandzeitungen wurden in der ersten Juni-Woche aufgehängt — mit Anklagen gegen führende Uni-Bonzen ebenso wie gegen die gesamten Lebensbedingungen der Studenten. Rechte Parteifunktionäre und reaktionäre Professoren mußten sich vor Massenversammlungen verantworten und wurden verschiedentlich dazu verdonnert, in den Gärten Unkraut zu jäten.

„Arbeitsgruppen" sollen die Bewegung unter Kontrolle bringen

Aufgeschreckt durch diese Vorgänge beschloß auf Liu Shaoqi's Initiative hin eine Zentrale Arbeitskonferenz der KPCh Anfang Juni, ,,Arbeitsgruppen" an alle Oberschulen und Unis in Peking zu entsenden. Sie sollten die Studenten- und Schülerbewegung wieder unter Kontrolle bringen.

Ab etwa dem 7. Juni übernahm eine Arbeitsgruppe ,,die Führung der Kulturrevolution an der Pekinger Universität". Spätestens am 12. Juni hörten die Massendemonstrationen auf, und die Arbeitsgruppe schloß die Pforten der Beida. Nun kam nur noch hinein oder hinaus, wer sich ausweisen konnte. Massenversammlungen mit Anklagen gegen führende Funktionäre wurden verboten. Als die Linke am 18. Juni dennoch eine ,,Kampfversammlung" gegen Lu Ping und andere abzuhalten wagte, war die Antwort eine ganze Reihe von Ausschlüssen aus Partei und Jugendliga und sonstige Repressionen gegen die Beteiligten.

Dazu bedienten sich die Arbeitsgruppen (an der Beida ebenso wie an anderen Hochschulen) auch rechter Studenten. In festen Gruppen wurden sie eingesetzt ,,*als Saalschutz bei Großveranstaltungen, als Claqueure, als 'Fahndungsgruppen' beim Aufspüren verdächtiger Aktivisten, als Prätorianergarde zum Schutz von Angehörigen des Lehrkörpers, deren Veranstaltungen von Störungen durch maoistische Elemente betroffen oder bedroht sind. Dieser harte Kern von 'Reaktionären' war überall anzutreffen, wo es galt, linke Vorstöße abzufangen und einzudämmen*" (9). Auf ,,Kampfversammlungen" der Arbeitsgruppe wurde gegen führende Vertreter der Linken gehetzt und diese wurden gezwungen, ,,Selbstkritik zu leisten". ,,Rädelsführer" wurden von der Schule gewiesen. Wer Widerstand leistete, mußte mit Arreststrafen bis zu mehreren Monaten Dauer rechnen. In manchen Fällen wurde auch die Sicherheitspolizei eingeschaltet. ,,Die fünfzig Tage des weißen Terrors" — so wurde diese Periode später bezeichnet.

Nachdem die Arbeitsgruppe an der Beida die radikale Linke zunächst hatte unterdrücken und von der breiten

Beida die radikale Linke zunächst hatte unterdrücken und von der breiten

Masse der Studenten isolieren können, gelang es dieser Anfang Juli, ihre Basis zu konsolidieren und wieder zu verbreitern, so daß die Arbeitsgruppe massiven Angriffen ausgesetzt war.

Als Mao am 18. Juli von Shanghai nach Peking zurückkehrte, leitete er eine Untersuchung des Vorgehens der Arbeitsgruppen ein. Am 24. Juli wurde auf einer erweiterten Sitzung der Zentralen Gruppe für Kulturrevolution beschlossen, die Arbeitsgruppen endgültig zurückzuziehen.

In der Beida wurde nach der Auflösung der Arbeitsgruppe damit begonnen, die Wahl eines kulturrevolutionären Komitees vorzubereiten, der ein Delegiertensystem nach den Prinzipien der Pariser Kommune zugrundeliegen sollte.

Das 11. ZK-Plenum

Wenige Tage später, vom 1. bis 12. August 1966, fand das 11. Plenum des 8. ZK der KPCh statt. Während des Plenums kam es in Peking zu Massendemonstrationen der Roten Garden. Mao selbst schlug eine Wandzeitung an mit der Überschrift ,,*Das Hauptquartier bombardieren!*" Darin griff er ,,*gewisse leitende Genossen — von der zentralen bis hinunter zur lokalen Ebene*" — an, sie hätten ,,*eine Diktatur der Bourgeoisie ausgeübt ..., die Revolutionäre eingekreist und unterdrückt, ... und einen weißen Terror errichtet*" (10).

Vorausgegangen war der Plenumssitzung ein monatelanges Tauziehen der verschiedenen Fraktionen in der KPCh-Führung, wobei Rechte und Linke ihren Einflußbereich in der Partei zu konsolidieren und auszudehnen suchten. Trotz der Erfolge der maoistischen Fraktion — Umbesetzungen in der Armeeführung, Sturz des Pekinger Stadtkomitees, Übernahme des ganzen Kultur- und Propagandaapparats aus den Händen von Lu Dingyi, Zhou Yang und Konsorten — hatten die Rechten auf dem 11. ZK-Plenum noch einen recht starken Einfluß.

Eher peinlich ...

Bei der Seefahrt verläßt man sich auf den Steuermann

,,Bei der Seefahrt verläßt man sich auf den Steuermann.
Jedes Wachstum hängt von der Sonne ab.
Von Regen und Tau bewässert, sprießende Saaten erstarken.
Die Revolution benötigt die Lehre Mao Tse-tungs.

Den Fischen unentbehrlich das Wasser,
Den Melonen unentbehrlich die Ranken,
Den revolutionären Massen unentbehrlich die
Kommunistische Partei,
Mao Tse-tungs Lehre ist die nie untergehende Sonne".

(Peking Rundschau", 7.1.68)

Das war eines der Lieder, die von den Roten Garden besonders gerne und oft gesungen wurden.

Aber auch in den offiziellen Medien war diese peinliche Art blinder Verherrlichung Trumpf: So war etwa jeder Ausgabe der ,,Peking Rundschau" ein Mao-Bild mit der Unterschrift: ,,Unser großer Lehrer, großer Führer, großer Oberkommandierender und großer Steuermann" vorangestellt.

Sicher hat der Personenkult um Mao viel zur Mobilisierung und Begeisterung der meist noch sehr jungen Rotgardisten beigetragen. Später, als sich 1967 und 1968 die Auseinandersetzungen zuspitzten, behinderte die unangreifbare Autorität, die jeder (angeblichen oder tatsächlichen) Mao-Äußerung zukam, jedoch die Herausbildung einer politisch-ideologisch eigenständigen linken Strömung unter den Rebellen.

Daran konnte auch die Tatsache nichts ändern, daß zu den Beratungen Vertreter der linken Massenorganisationen hinzugezogen wurden, während eine ganze Reihe von Rechten schon von vornherein fehlte. Mao bemerkte später, daß von seiten der Teilnehmer ,,viele bittere Worte'' zu hören gewesen seien. Und ein gut informierter Beobachter sagte im Oktober 1966 über dieses Plenum: ,,Im ZK ist der Vorsitzende nur von einer Minderheit unterstützt worden. Wenn er nicht gut aufpaßt, wird er wieder in die Berge gehen müssen, um den Partisanen zu spielen'' (11).

Der vom 11. Plenum beschlossene ,,16-Punkte-Beschluß'', der eine Art Grundsatzdokument für die Kulturrevolution darstellte, spiegelt in seiner inneren Widersprüchlichkeit die Schwäche der radikalen Linken in der Führung der KPCh wider, die nur einen Kompromiß zuließ (12).

— Einerseits der Aufruf ,,*Laßt die Massen sich in dieser Bewegung selbst erziehen*'' — ,,*Die Methode, in allem für sie zu handeln, darf nicht angewendet werden. Vertraut den Massen, stützt euch auf sie und achtet ihre Initiative. Befreit euch von der Furcht. Habt keine Angst vor Unordnung.*'' Ausdrucksmittel der Bewegung sollten ,,große Debatten'' und ,,Wandzeitungen mit großen Schriftzeichen'' sein (Punkt 4).

,,Machtorgane der Kulturrevolution'' sollten die spontan breit entstehenden Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongresse sein. Da der Kampf gegen die ideologischen Überbleibsel der alten Gesellschaft notwendigerweise sehr lang dauern werde, sollten diese Machtorgane ,,*keine zeitweiligen Organisationen, sondern permanente, ständige Massenorganisationen sein. Sie sind nicht nur für Universitäten, Schulen und Ämter geeignet, sondern im wesentlichen auch für Fabriken, Bergwerke, andere Unternehmen, städtische Distrikte und Dörfer*''. Für diese Machtorgane sollte ,,*ein allgemeines Wahlsystem ähnlich dem der Pariser Kommune*'' eingeführt werden. Die Delegierten sollten von den Massen jederzeit kritisiert und bei Unfähigkeit abgewählt oder ersetzt werden können (Punkt 9).

— Andererseits wurden in dem Beschluß Einschränkungen getroffen, die den ,,Machthabern auf dem kapitalistischen Weg'' einen sehr weitreichenden Interpretationsspielraum in ihrem Sinne einräumten: In den Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongressen sollten sich ,,*die Massen unter der Führung der Kommunistischen Partei selbst erziehen*'' (Punkt 9). Der Ausgang der Kulturrevolution werde ,,*davon bestimmt sein, ob die Parteiführung es wagt oder nicht, kühn die Massen zu mobilisieren*'' (Punkt 3). Beim gegebenen Zustand der Partei eine ziemlich traurige Perspektive...

Zudem wurde festgelegt: ,,*Die Kultur- und Erziehungseinrichtungen und die leitenden Organe der Partei und Regierung in den Groß- und Mittelstädten sind Schwerpunkte der gegenwärtigen proletarischen Kulturrevolution.*'' In den Fabriken und auf dem Land sollte im wesentlichen die ,,Sozialistische Erziehungsbewegung'' fortgeführt und sollte die Kulturrevolution nur dann entfaltet werden, ,,*wenn es die örtlichen Parteikomitees für zweckmäßig halten*'' (Punkt 13). In den Streitkräften sollte die Kulturrevolution ,,*den Weisungen der Militärkommission des Zentralkomitees der KP Chinas und der Allgemeinen Politischen Abteilung der Volksbefreiungsarmee entsprechend durchgeführt werden*'' (Punkt 15).

Mit diesen Bestimmungen war in vielen Fällen der Bock zum Gärtner ernannt worden, was besonders schwerwiegend war, weil die Produktionseinheiten und die Armee entscheidend für die Machtfrage werden sollten.

Auch das Ziel der Kulturrevolution wurde nur sehr schwammig formuliert: Alle Kräfte müßten gegen ,,*die Handvoll ultrareaktionärer bürgerlicher Rechtselemente und konterrevolutionärer Revisionisten*'' konzentriert werden, die ,,Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg'' seien (Punkt 5). Darauf, daß sich eine neue herrschende Klasse herausgebildet hatte, als deren Repräsentanten diese ,,Handvoll'' lediglich anzusehen war, wurde in keiner Weise eingegangen. Überhaupt fehlt in dem Text jede Analyse der Klassenverhältnisse in China.

Mit besonderer Begeisterung wurde schließlich später der folgende Punkt von den Rechten aufgegriffen: ,,*Das Ziel bei der großen proletarischen Kulturrevolution ist die Revolutionierung der Ideologie der Menschen, damit die Arbeit auf allen Gebieten mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher geleistet wird ... Jede Ansicht, die große Kulturrevolution der Entwicklung der Produktion entgegenzusetzen, ist falsch*'' (Punkt 14). Diese Sätze lieferten oftmals eine willkommene Handhabe zur Unterdrückung linker Aktivitäten in den Produktionseinheiten, die als ,,produktionsschädigend'' diffamiert wurden.



,,Kritikversammlung'' einer ländlichen Produktionsbrigade

Die Bewegung breitet sich aus

Die Bewegung breitet sich aus

Mit dem 11. Plenum und seinen Ergebnissen nahm die Rotgardistenbewegung einen enormen Aufschwung. Allenthalben schossen neue Organisationen aus dem Boden (13). Rotgardisten beherrschten das Bild der Straßen und Plätze. Von August bis November fanden acht Massenkundgebungen in Peking statt, auf denen — in Anwesenheit Maos — Lin Biao, Zhou Enlai, Chen Boda und Jiang Qing sprachen. Insgesamt nahmen daran 13 Millionen Rotgardisten teil. An jeder verfügbaren Wand Pekings prangten Mao-Sprüche und Mao-Bilder, Wandzeitungen und Karikaturen in jeder Größe. Flugblätter und selbstgemachte Zeitungen überschwemmten die Stadt. Führende Parteifunktionäre und Mitglieder der früheren ,,Arbeitsgruppen'' wurden auf Wandzeitungen angegriffen, oft auch vor Massenversammlungen zitiert und mit spitzen weißen Papiermützen, auf denen ihre ,,Sünden'' vermerkt waren, durch die Stadt gefahren. Gelegentlich mußten sie auch Prügel einstecken.

Durch den 16-Punkte-Beschluß waren die staatlichen Organe verpflichtet, die Roten Garden zu unterstützen. Diese erhielten kostenlose Verpflegung und Unterkünfte, konnten die Verkehrsmittel umsonst benutzen und wurden z.T. auch durch technische Ausrüstungen und Uniformen aus Armee- oder Milizbeständen unterstützt. Gruppen von Rotgardisten fuhren von Peking aus ,,zum Austausch von revolutionären Erfahrungen'' und zum Vorantreiben der dortigen Bewegung in die Provinzen. Andere Gruppen machten sich aus allen Landesteilen auf den Weg in die Hauptstadt, um dort ,,revolutionäre Erfahrungen auszutauschen''. So quollen im Herbst 1966 alle Eisenbahnzüge über von Jugendlichen mit Rucksäcken, Fahnen, Transparenten etc.

Das waren die Bilder, die sich ausländischen Presseberichterstattern bürgerlicher und revisionistischer Couleur boten, und die sie mit gelinden Panikgefühlen in ihre jeweiligen Heimatländer kabelten. Diesen Berichten folgend konnte es scheinen, als beherrschten die Rotgardisten vollständig die politische Szene in China. Doch hinter den Kulissen tobten scharfe Auseinandersetzungen, bei denen die Roten Garden längst kein so gutes Bild machten.

Die Gegenwehr der Parteibürokraten

Vor allem in den Provinzen kam die Bewegung nur sehr schwerfällig in Gang. Manche Provinzparteichefs hatten es verstanden, die von ihnen geleiteten Landesteile zu ,,Unabhängigen Königreichen'' auszubauen. Sie kontrollierten die Wirtschaft in ihren Gebieten, und der gesamte Polizei- und Zwangsapparat stand fast ohne Ausnahme hinter ihnen. Zudem verkörperten sie — und zunächst n u r sie! — in den Augen der Massen die Autorität der Partei. Die vielerorts sehr schwachen Kräfte der Linken wurden — ZK-Beschluß hin, ZK-Beschluß her — in die Defensive gedrängt. Parallel dazu wurden Anordnungen und Informationen aus Peking ignoriert oder z.T. einfach nicht mehr weitergeleitet (14).

Die Reisen zum ,,Erfahrungsaustausch'' und die Errichtung von übers

fach nicht mehr weitergeleitet (14).

Die Reisen zum ,,Erfahrungsaustausch'' und die Errichtung von übers

ganze Land verteilten ,,Verbindungsbüros'' der Roten Garden zu den Zentren der Bewegung war somit eine Überlebensfrage für die von Isolierung bedrohte Linke.

Doch auch in den Hochburgen sahen sich die Roten Garden massiven Widerständen gegenüber. Die alteingesessenen Bürokraten hatten eine Reihe von Abwehrmaßnahmen entwickelt, um sich linke Angriffe vom Leibe zu halten (15).

Wo es ihnen möglich war, setzten sie sich selbst (oder ihre Beauftragten) an die Spitze der Bewegung. Kader der zweiten oder dritten Garnitur wurden dann als ,,Kapitalistenfreunde'' ,,scharf kritisiert'' und notfalls zum Abschuß freigegeben. Ihre Chefs waren damit aus der Schußlinie und konnten unter der Hand dafür sorgen, daß die armen Opfer der Kampagne nach ,,öffentlicher Selbstkritik'' wieder eine angemessene Stellung erhielten. Die Linke, die eine prinzipiellere Diskussion forderte, wurde dabei ins Abseits gedrängt.

Dort, wo sich die Rechten stark genug fühlten, gingen sie einen Schritt weiter und kehrten den Spieß um: Konsequente Linke wurden als ,,verkappte Konterrevolutionäre'' diffamiert; aus ihren Kader-Akten, über die ihre Vorgesetzten verfügten, wurden alle möglichen belastenden ,,Beweise'' (bis tief ins Privatleben hinein) konstruiert; schließlich wurden diese Linken öffentlich verurteilt und z.T. aus ihren Stellungen vertrieben. Eine Rotgardisten-Zeitung kommentierte: ,,*Wenn sich jemand durch irgendwelche politischen Aktivitäten auszeichnete, wurde er von seinen Vorgesetzten von der Seite her angesehen. Die kleinsten Taten und Äußerungen eines solchen Menschen wurden vermerkt. Alle Phantasie wurde aufgeboten, Übertreibungen und Anschwärzungen nicht verschmäht. Das Ganze war eine scharfe Waffe, die von den vorgesetzten Stellen nach Belieben eingesetzt werden konnte. Ein solches Vorgehen mußte die Leute zu kleinlichen, vorsichtigen Wesen machen, die keinerlei Widerstand wagten*'' (16).

In der Verwaltung, wo sich mit dem Aufschwung der Schüler- und Studentenbewegung auch Widerstand bei den Jungkadern regte, verlief der Prozeß ähnlich: Ein ,,Kampagnenbüro'' wurde eingerichtet bzw. das vorher schon bestehende in ,,kulturrevolutionäres Büro'' umgetauft. Besetzt wurde es von der Parteifraktion. Bei der Kritikkampagne, die nun ,,schonungslos'' geführt werden sollte, wußten die Angestellten schon, was angesagt war: Im Handelsministerium z.B. wurden zwar 21.000 Blätter Wandzeitungen angeklebt, aber nur drei davon wagten es, das eigentliche Machtzentrum, die Parteifraktion, anzugreifen (17).

Schwächen und Widersprüche in der Rotgardistenbewegung

Schließlich verstanden es die Parteifürsten vorzüglich, die Widersprüche innerhalb der Rotgardisten-Bewegung zu nutzen. Denn diese war keineswegs einheitlich: Die meisten Roten Garden wollten zwar eine Reform des Erziehungswesens und den Sturz von einzelnen reaktionären Figuren (vor allem

wollten zwar eine Reform des Erziehungswesens und den Sturz von einzelnen reaktionären Figuren (vor allem

aus ihrem näheren Umkreis). Sie waren jedoch nicht bereit, das existierende gesellschaftliche System und den revisionistisch versumpften Parteiapparat als Ganzes in Frage zu stellen: ,,*Die Radikalen sind falsche Vertreter der Maotsetungideen; sie kläffen wie Hunde gegen die ganze Partei. Aber was bleibt denn vom kommunistischen China, wenn die Partei untergeht?*'' (18).

Die jeweiligen Autoritäten versuchten, diese Kräfte einzubinden, indem sie ihnen ,,Kontrollaufgaben'' übertrugen und sie in diverse Gremien aufnahmen. Dazu kam, daß sich die Aktivitäten in vielen Rotgardisten-Verbänden immer mehr auf einen kleinen Führungskreis konzentrierten, während die Basis auf die politischen Entscheidungen zunehmend weniger Einfluß hatte. Diesen Führungskreis suchten nicht selten die örtlichen Parteichefs durch Geschenke von ,Luxusgütern' (Motorrädern, Fotoapparaten etc.) zu bestechen. Zum Jahresende 1966 sah es so aus, daß Neale Hunter (der in Shanghai Fremdsprachen unterrichtete) feststellte: ,,*Von den Studentenorganisationen waren so viele unter Parteikontrolle geraten, daß der Begriff 'Rotgardist' kaum einen revolutionären Inhalt mehr hatte. Von den Millionen Rotgardisten in China war nur eine Minderheit radikal*'' (19).

In einer ganzen Reihe von Fällen wurden ,,Rotgardisten''-Verbände sogar zu aktiven Kampfverbänden gegen den harten Kern der Linken hochgerüstet: Sie erhielten Büros, Druckmöglichkeiten, Autos, Uniformen und finanzielle Zuwendungen (20).

Diese Gruppen waren je nach Lage der Dinge aktive Schutztruppen der angegriffenen Parteichefs und Institutionen, oder aber sie nahmen die Aufgabe wahr, die rotgardistischen Verbände von innen heraus zu zersetzen und wieder unter Kontrolle der Parteiführungen zu bringen. Dabei traten sie mit allen revolutionären Attributen auf, versuchten die Linken im Dreschen von revolutionären Phrasen und Mao-Sprüchen zu übertreffen, und bezeichneten ihre Gegner stets als ,,reaktionär'' und ,,konterrevolutionär''.

Die radikale Linke hatte diesen ,,staatstreuen'' Strömungen gegenüber einen recht schwachen Stand. Eine Rotgardistengruppe stellte zum zahlenmäßigen Kräfteverhältnis an den Pekinger Oberschulen fest: ,,*Nach den Untersuchungen, die wir angestellt haben, war die Zahl derer, die sich als Aktivisten an der Bewegung der Oberschüler beteiligten, so klein, daß es*

Auszug aus:
Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die Große Proletarische Kulturrevolution

Aus dem ,,Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die Große Proletarische Kulturrevolution'' vom 8. August 1966:

...

4. Laßt die Massen sich in dieser Bewegung selbst erziehen

In der großen proletarischen Kulturrevolution können die Massen nur selbst sich befreien, und die Methode, in allem für sie zu handeln, darf nicht angewendet werden.

Vertraut den Massen, stützt euch auf sie und achtet ihre Initiative. Befreit euch von der Furcht. Habt keine Angst vor Unordnung. Vorsitzender Mao hat uns oft gesagt, daß Revolution nicht derart verfeinert, sanft, gemäßigt, gütig, höflich, zurückhaltend und großmütig sein kann. Laßt die Massen sich in dieser großen revolutionären Bewegung selbst erziehen und es lernen, zwischen richtig und falsch und zwischen korrekter und unkorrekter Handlungsweise zu unterscheiden Macht den größtmöglichen Gebrauch von den Wandzeitungen mit großen Schriftzeichen und von großen Debatten, um die Dinge auszudiskutieren, so daß die Massen die korrekten Ansichten erklären, die irrigen kritisieren und alle finsteren Elemente entlarven können. So werden die Massen imstande sein, im Verlauf des Kampfes ihr politisches Bewußtsein zu erhöhen, ihre Fähigkeiten und Talente zu fördern, zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden und zwischen dem Feind und uns eine deutliche Linie zu ziehen.

...

9. Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongresse

Im Verlauf der großen proletarischen Kulturrevolution begannen viele neue Dinge aufzutreten. Die von den Massen an vielen Schulen und Einheiten geschaffenen Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und andere Organisationsformen sind etwas Neues und von großer historischer Bedeutung.

Diese Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongresse sind ausgezeichnete neue Organisationsformen, mit denen sich die Massen unter der Führung der Kommunistischen Partei selbst erziehen. Sie sind eine ausgezeichnete Brücke, über die unsere Partei mit den Massen engen Kontakt hält. Sie sind Machtorgane der proletarischen Kulturrevolution.

Der Kampf des Proletariats gegen die von allen Ausbeuterklassen in den vergangenen Jahrtausenden hinterlassenen alten Ideen, Sitten und Gewohnheiten und ihre alte Kultur wird notwendigerweise sehr, sehr lange Zeit dauern. Daher sollen die Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongresse keine zeitweiligen Organisationen, sondern ständige Massenorganisationen für längere Dauer sein. Sie sind nicht nur für Universitäten, Schulen und Ämter geeignet, sondern im wesentlichen auch für Fabriken, Bergwerke, andere Unternehmen, städtische Distrikte und Dörfer.

Es ist notwendig, ein allgemeines Wahlsystem ähnlich dem in der Pariser Kommune einzuführen, nach dem die Mitglieder der Kulturrevolutionsgruppen und -komitees und die Delegierten zu den Kulturrevolutionskongressen gewählt werden. Die Kandidatenlisten sollen nach gründlicher Erörterung von den revolutionären Massen aufgestellt und die Wahl soll vorgenommen werden, nachdem die Listen von den Massen wieder und wieder erörtert worden sind.

Die Massen sind berechtigt, die Mitglieder der Kulturrevolutionsgruppen und -komitees und die Delegierten zu den Kulturrevolutionskongressen jederzeit zu kritisieren. Wenn sich die Mitglieder oder Delegierten als unfähig erweisen, können sie nach Erörterung von den Massen durch Wahl ersetzt oder abberufen werden.

Die Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongresse an den Universitäten und Schulen sollen in der Hauptsache aus Vertretern der revolutionären Schüler und Studenten bestehen. Zugleich soll ihnen eine bestimmte Anzahl Vertreter der revolutionären Lehrer, Angestellten und Arbeiter angehören.

eine Schande ist. An jeder Schule waren es im Durchschnitt nur ein Fünftel bis ein Viertel der Schüler, ein geradezu unerträgliches Phänomen" (23).

So gelang es angegriffenen Partei- und Verwaltungschefs öfters, eine weit überlegene Zahl von Studenten zu ihrer Verteidigung gegen linke Attakken zu mobilisieren. Bei einer Massenversammlung an der Shanghaier Fremdsprachenhochschule z.B. brach die übergroße Mehrheit in Rufe aus wie: „Es lebe der Parteisekretär!" und: „Wir werden das Parteikomitee verteidigen!" Die Linken, die einen Frontalangriff gegen die Parteileitung vorbereitet hatten, wurden völlig isoliert (24).

Dazu kam, daß viele linke Organisationen in ihrer Gründerzeit alle Kennzeichen des Sektierertums an den Tag legten.

Da wurde intensiv über eine „Theorie der Abkunft" diskutiert, wonach nur d e r ein „wirklicher" Revolutionär sein könne, der von Arbeitern, Bauern oder revolutionären Basiskadern abstamme. Dieser Theorie folgend wurde in verschiedenen rotgardistischen Organisationen strengstens über die „proletarische Reinheit" gewacht. Große Energien wurden darauf verschwendet, durch Hausdurchsuchungen „bürgerliche Elemente" zu entlarven, gehortete Kunstschätze aufzuspüren.

Eine wichtige Aufgabe sah man im Kampf gegen die Attribute bürgerlicher Kultur („westliche" Mode, Frisuren etc.). Gelegentlich wurden Jugendliche, die einen „bürgerlichen Lebensstil" verfolgt haben sollten, auf der Straße verprügelt, oder es wurden ihnen die Zöpfe abgeschnitten.

Solche sektiererischen Eskapaden dürften sich für eine Verbreiterung der Bewegung nicht eben positiv ausgewirkt haben.

Insgesamt war die rotgardistische Bewegung stark zersplittert, es gab eine Unzahl von verschiedensten Gruppen. Die Auseinandersetzung zwischen den Organisationen wurde fast überhaupt nicht anhand von konkreten Fakten geführt, um die wirklichen Differenzen und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, sondern mit pauschalen Bekenntnissen zu Mao und zur Revolution einerseits und mit Revisionismus-, Verrats-, etc. Vorwürfen an Adresse der anderen andererseits. Aktionsbündnisse zur Durchsetzung von einzelnen Forderungen scheint es nur selten gegeben zu haben, geschweige denn einen kontinuierlichen Prozeß der Auseinandersetzung und Zusammenarbeit zwischen den Organisationen.

Alles in allem war die rotgardistische Bewegung im Spätherbst 1966 in Stagnation und Niedergang begriffen.



Bürokraten „auf dem kapitalistischen Weg" werden mit „Schandhüten" herumgefahren

Die Eindämmungspolitik der Parteispitze

Die Parteilinke, die sich um die Gruppe für Kulturrevolution beim ZK sammelte, war nicht in der Lage, diesem Prozeß entgegenzuwirken. Im Gegenteil: Sie trug Aufrufe und Maßnahmen von ZK, Staatsrat und zentralen Medien zur Eindämmung der Kulturrevolution mit oder nahm doch zumindest nicht dagegen Stellung (25).

— Bereits am 31. August 1966 forderte Lin Biao die Roten Garden auf, keine Gewalt anzuwenden.

— Ein Erlaß des ZK und des Staatsrats (vom 6.9.66) verbot es den Rotgardisten, Archive zu beschlagnahmen und „Staatsgeheimnisse" zu veröffentlichen. Dieser Schutz wurde von der Partei- und Verwaltungsbürokratie für die Geheimakten in Anspruch genommen, die über linke Aktivisten angelegt worden waren. Das „schwarze Material" wurde trotzdem in großem Umfang von Roten Garden aufgespürt und vernichtet.

— Im November 1966 wurden die Rotgardisten aufgefordert, in ihre Heimatorte zurückzukehren und den „revolutionären Erfahrungsaustausch" vorläufig einzustellen. Obwohl diese Aufforderung mehrmals und mit großem Nachdruck wiederholt wurde, wurde sie zunächst kaum befolgt.

Schwerwiegender war das energische Bemühen von Partei- und Staatsspitze, die Kulturrevolution von den zentralen gesellschaftlichen Bereichen der Produktion fernzuhalten:

— In den Dörfern sollte es während der Herbsternte keine kulturrevolutionären Maßnahmen geben, damit die Produktion nicht beeinträchtigt würde; kritisierte Kader sollten keinesfalls von den Massen selbst, sondern nur von den übergeordneten Parteiorganen entlassen werden (Verordnung des ZK vom 14.9.66).

— In Betrieben und Verwaltungen sollten die Arbeiter und Angestellten für revolutionäre Aktivitäten „*nur die freie Zeit verwenden und die Arbeitszeit unberührt lassen. Niemand darf seinen Produktionsposten verlassen. Die Disziplin der Arbeit muß bewußt eingehalten werden*". (26). Bei dem sogenannten „Anting-Zwischenfall" hatten sich Tausende von Arbeitern aus Shanghaier Großbetrieben aufgemacht, ins Zentrum der kulturrevolutionären Bewegung nach Peking zu fahren. Zhang Chunqiao („Viererbande") bewegte sie in langwierigen Verhandlungen zur Umkehr, und Chen Boda kabelte in einem Telegramm: „*Ich kann eure Begeisterung verstehen, nach Peking zu kommen. Aber ihr müßt auch den Anordnungen des Vorsitzenden Mao und des ZK Folge leisten. In dieser Angelegenheit sind zwei Prinzipien im Spiel, und das Sekundäre muß sich dem Primären unterordnen. Als Arbeiter ist eure Hauptaufgabe, zu arbeiten. Die Teilnahme an der Revolution ist lediglich zweitrangig. Deshalb müßt ihr an den Arbeitsplatz zurückkehren*" (27).

— Schon im September 1966 ging an die Roten Garden die dringende Warnung: „*Weder Schülern noch Studenten ist es gestattet, als Rotgardisten in die Fabriken und die Dörfer zu gehen, um die Revolution anzufachen und die dortigen Organe in die Hand zu nehmen*" (28).

— Überhaupt sollten „*die breiten Massen der Arbeiter und Bauern den revolutionären Eifer, den sie aus*

den revolutionären Eifer, den sie aus *der kulturrevolutionären Bewegung und der Sozialistischen Erziehungsbewegung gewonnen haben, dazu verwenden, die Produktionsarbeit voranzutreiben*" (29).

Bis zum Winter 66 war also die gesamte Führung der KPCh geschlossen darum bemüht, die kulturrevolutionäre Bewegung auf den Schul- und Hochschulbereich zu begrenzen (30). In den Fabriken und auf dem Land sollte die Kulturrevolution lediglich die verstärkte politische Schulung (durch das Studium der Werke Maos — außerhalb der Arbeitszeit) und die Steigerung des Produktionsausstoßes bedeuten. Die Zeitungen waren voll von Berichten, die betonten, wie der Kampf gegen die Kapitalistenfreunde in der Partei zur Übererfüllung des Solls geführt habe.

Der „Januar-Sturm"

Die künstlich aufrechterhaltene Trennung der Schüler- und Studentenbewegung von der werktätigen Bevölkerung trug ein Übriges zum Abflauen dieser Bewegung bei. Die Attacke gegen einzelne „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg" in den Erziehungsapparaten und in der Partei- und Staatsführung hatte die Klassenmacht der neuen Bourgeoisie nicht in Frage stellen können. Diese hatte sich lediglich etwas zurückgezogen und wartete in sicheren Stellungen ab oder ging sogar zur Gegenoffensive über. Die Masse der Roten Garden (wo sie überhaupt noch aktiv waren) wandte sich mehr und mehr der Umgestaltung des eigenen „kleinbürgerlichen" Denkens zu und richtete sich mit den gegebenen Machtverhältnissen ein.

Das Organ der Linkskräfte an der Pekinger Luftfahrtakademie zog Bilanz: „*Was ist aus unserer Bewegung geworden? Wir sehen viele Organisationen, die nach einer anfänglichen Kritik an ein paar kapitalistenfreundlichen Autoritäten den revolutionären Schwung eingebüßt haben und nur ihren ‚guten Namen' erhalten wollen. Ihr unerschrockener Kampfesmut ist so ziemlich erloschen, alle Autoritäten gehören plötzlich zum revolutionären Hauptquartier, sie müssen geschont werden. Die alte Losung der radikalen Verneinung ist abhanden gekommen. Die Bewegung nimmt eine Wendung ins konservative Fahrwasser*" (31).

Die rotgardistische Phase der Kulturrevolution war gescheitert; das mußte auch die Parteilinke erkennen. Um die Machtverhältnisse grundsätzlicher in Frage zu stellen, mußten die großen Massen der Arbeiter und Bauern gegen die Bastionen der neuen Bourgeoisie in Partei- und Verwaltungsapparat mobilisiert werden. Nach mehrwöchigem unentschlossenem Taktieren der Gruppe für Kulturrevolution beim ZK erschien schließlich in der „Volkszeitung" vom 26.12.66 der Aufruf, in den Fabriken und Bergwerken eine „Hochflut der Kulturrevolution" einzuleiten. Der (möglicherweise unter Maos Anleitung verfaßte) „Appell an alle Einwohner Shanghais" vom 4.1.67 stand am Beginn des „Januar-Sturms", der mit der Errichtung der Shanghaier Kommune seinen Höhepunkt erreichen sollte.

Ein Freiburger Genosse

Anmerkungen

1
Zit. nach: Mao Tse-tung, Der große strategische Plan. Dokumente zur Kulturrevolution. Hg. v. Joachim Schickel, Berlin 1969, S. 127-137

2
Lin Biao: Bericht auf dem 9. Parteitag der KPCh (sozusagen die ‚offizielle' Auswertung der Kulturrevolution); in: Wichtige Dokumente der Großen Proletarischen Kulturrevolution, Peking 1970, S. 35

3
Daneben gehörten der Gruppe für Kulturrevolution Jiang Qing, Kang Sheng und Tao Zhu (später als Rechter „entlarvt") an. Neben Jiang Qing gab es drei weitere stellvertretende Leiter: Wang Renzhong, den Vertrauten von Tao Zhu; Liu Zhizhien, stellvertretender Chef der Allgemeinen Politischen Abteilung der Armee; Zhang Chunqiao, Sekretär der Shanghaier Parteiorganisation. Zudem müssen Wang Li, Guan Feng und Chi Benyu hinzugerechnet werden, alle drei Mitherausgeber des theoretischen Organs des ZK, „Rote Fahne". Nach Rainer Hoffmann: Kampf zweier Linien, Zur politischen Geschichte der chinesischen Volksrepublik 1949-1977, Stuttgart 1978, S. 73 f.

4
Die Auseinandersetzungen an der Qinghua (technische Uni Peking) und einer Reihe von anderen Pekinger Hochschulen verliefen ziemlich ähnlich.

5
Zit. nach Schickel, S. 140 f. Zu den Auseinandersetzungen an der Pekinger Universität und zur Rolle der Arbeitsgruppen vgl. R. Hoffmann: Entmaoisierung in China, Zur Vorgeschichte der Kulturrevolution, München 1973, S. 52-55 und S. 75-86 sowie Victor Nee, Don Layman: Das Problem der Trennung von Hand- und Kopfarbeit in der chinesischen Kulturrevolution, Frankfurt 1971, S. 39-60

6
Im Gespräch mit Anna-Luise Strong, zit. nach Lee, Laymann, S. 44

7 Peking Rundschau, 7.2.67

8 Nee, Laymann, S. 46 f

9 Hoffmann, Entmaoisierung, S. 79

10 Zit. nach Schickel, S. 145

11
Zit. nach Rainer Hoffmann: Maos Rebellen. Sozialgeschichte der chinesischen Kulturrevolution, Hamburg 1977, S. 31 + 167

12 Zit. nach Schickel, S. 155-166

13
Eine von Jürgen Domes zusammengestellte, keineswegs vollständige Liste umfaßt für Peking, Shanghai, Guangdong, Guanxi, Hunan und Hubei allein 1417 verschiedene rotgardistische Organisationen. (Jürgen Domes: Die Ära Mao Tse-tung. Innenpolitik in der Volksrepublik China, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971, S. 247, Anm.11) Nach Schätzungen revisionistischer China-Forscher gab es 1966/67 20 Millionen Rote Garden.

14
Vgl. Hoffmann: Kampf zweier Linien, S. 74 ff

15 Vgl. Hoffmann: Rebellen, S.36-39

16
Pekinger Tageblatt, 4.2.67; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 38 f

17 Vg. Hoffmann: Entmaoisierung, S.84 f

18
Kuei-yang hung-wei-ping, 20.10.66; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 39

19
Neale Hunter: Shanghai Journal. An Eyewitness Account of the Cultural Revolution, Boston 1971, S. 133

20 Vgl. Hoffmann: Rebellen, S. 40 f

21 und 22 entfallen

23
Chung-hsüeh wen-ko-pao, 21.2.67; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 42

24 Vgl. Hunter, S. 75

25
Die folgende Zusammenstellung stützt sich auf Domes: Ära, S. 153 ff; und Hoffmann: Rebellen, S. 20-27

26
Leitartikel der Pekinger Volkszeitung, 10.11.66; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 24

27
Von einer Shanghaier Wandzeitung am 13.11.66, in der Sammlung der Library of Congress; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S.24. Sehr ähnlich bei Hunter, S. 140

28
Leitartikel der Pekinger Volkszeitung, 14.9.66; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 23

29 ebenda

30
Die innere Widersprüchlichkeit des 16-Punkte-Beschlusses scheint also nicht nur auf einen unausweichlichen Kompromiß mit den Rechten in der Führung der KPCh zurückzugehen, sondern auch auf die begrenzte Bereitschaft der Parteilinken, alle Schleusen der Kritik zu öffnen und die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt in Frage stellen zu lassen.

31
Die „Rote Fahne" (Pekinger Luftfahrtakademie), 26.12.66; zit. nach Hoffmann: Rebellen, S. 45

Maos »Weisung vom 7. Mai 1966«

In einem Brief an Lin Biao legte Mao seine gesellschaftliche Konzeption dar. Ausgangspunkt war die Frage der landwirtschaftlichen Produktionsarbeit in der Armee. Einen entsprechenden Vorschlag Lin Biaos begrüßte Mao und schlug vor, ihn überall in der Armee diskutieren zu lassen. Weiter schrieb er:

„*Über ihren Kampfauftrag hinaus kann die Armee alle möglichen anderen Arbeiten leisten ... Die Armee, diese große Schule, sollte eine politische, militärische und kulturelle Ausbildung vermitteln, aber auch in der Lage sein, eine landwirtschaftliche Nebenproduktion sowie mittlere und kleinere Industrien zu betreiben und Produkte zu erzeugen, die teils den Eigenbedarf der Armee decken, teils mit dem Staat gegen Produkte gleichen Werts auszutauschen sind. Diese große Schule ist ferner in der Lage, Massenarbeit zu leisten und sich an der sozialistischen Erziehungsbewegung in Betrieben und Dörfern zu beteiligen. Auch nach Beendigung der sozialistischen Erziehungsbewegung besteht jederzeit die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Massenarbeit, die Armee und Volk dauerhaft zusammenschweißt. Darüber hinaus sollte die Armee jederzeit teilhaben an dem Kampfauftrag der Kulturrevolution, die Bourgeoisie zu kritisieren. Auf diese Weise verbinden sich die rein militärischen Aktivitäten mit all diesen anderen Tätigkeiten, nämlich dem Studium, der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion und mit der Arbeit im Dienste der Volksmassen*".

In gleicher Weise sollten auch Industriearbeiter und Kommunebauern neben ihren jeweiligen Haupttätigkeiten in der Produktion sich politisch, kulturell und militärisch weiterbilden, sollten jederzeit bürgerliche Tendenzen bekämpfen und, wo es die Bedingungen erlaubten, landwirtschaftliche bzw. industrielle Nebenproduktion betreiben (wie etwa auf den Ölfeldern von Daqing).

Für Studenten und in den Handelsorganen tätige Personen sollte Entsprechendes gelten; eine langwierige, nur-theoretische Ausbildung an den Schulen und Universitäten unter der Vorherrschaft bürgerlicher Intellektueller griff Mao scharf an. (zitiert nach Bettelheim, Macciochi u.a.: China 1972, Ökonomie, Betrieb und Erziehung seit der Kulturrevolution, Westberlin 1972, S.95ff)

Um was es bei den Vorschlägen Maos ging, war der Abbau der auch im Sozialismus zunächst noch weiterexistierenden kapitalistischen Arbeitsteilung mit den daraus resultierenden Widersprüchen zwischen Hand- und Kopfarbeit, zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiten und zwischen führenden und ausführenden Tätigkeiten sowie der Trennung der Armee als staatlichem Gewaltinstrument vom Volk.

Während der Kulturrevolution spielte die „Weisung vom 7. Mai" als programmatischer Bezugspunkt der linken Rotgardistengruppen und revolutionären Rebellen eine wichtige Rolle. Sie forderten die Verwirklichung von Maos Vorschlägen und „erwarte(te)n ihre Befreiung nur in einer neuen Gesellschaft, wie sie in der Direktive vom 7. Mai skizziert wird und die sich von der bestehenden Gesellschaft unterscheidet" (Proletarische Allianz Hunan).

Anzeige

»Einer der dramatischsten Momente in der tausendjährigen Geschichte Polens« (S. Kania)

Forts. von Seite 1

„Die Zeit drängt, die Partei kann und muß in sich selbst die Kraft finden, um den Gang der Ereignisse zu unterbrechen und sie noch bis zum 9. PVAP-Parteitag in die erforderlichen Bahnen zu lenken".

Wie dieses Kunststück in den paar Wochen bis zum Parteitag noch möglich sein könnte, läßt der KPdSU-Brief offen. Diese Lücke füllten Vertreter der Moskau-Fraktion im ZK der PVAP mit markigen Sprüchen: *„Die PVAP brauche klare, präzise formulierte Beschlüsse, die mit eiserner Hand durchzusetzen seien. Die Verwirklichung der Beschlüsse müsse in die Hand entschiedener Leute gegeben werden, Leute, die in der Lage sind, mannhafte Entscheidungen ... zu fällen"* (Albin Sivak, zit. nach „UZ", 15.6.81.

Und Henry Szablak mahnte im ZK:

„Wenn die Partei nicht konsolidiert zum Parteitag geht, dann sind die Chancen gering, daß sie daraus konsolidiert hervorgehen wird" (ebenda).

Wie aber soll man eine Partei in kaum einem Monat „konsolidieren", d.h. im Sinne der KPdSU und der Moskau-Fraktion ausrichten?! Das ist selbstverständlich ganz unmöglich. Und das Hauptproblem: Nach dem bisherigen Verlauf der Deligiertenwahlen ist kein Zweifel möglich, daß es auf dem Parteitag eine große Mehrheit für die „Reformer" geben wird und daß bei der Neuwahl der Parteiorgane die Moskau-Fraktion weiteren Boden verlieren wird.

Ein Ausweg hätte die Verschiebung des Parteitages sein können. Hierfür hat sich aber anscheinend weder die KPdSU noch ihre Fraktion im ZK der PVAP ausgesprochen. Ein anderes Stichwort ist jedoch gefallen: Ryszard Labus forderte im ZK der PVAP: **„Die Mandate aller Deligierten, die nicht entsprechend den Grundsätzen des Statuts gewählt wurden, müßten für ungültig erklärt werden".** Zugleich machte er deutlich, daß er damit die „Mehrzahl" aller Deligierten meint (zit. nach „UZ", 15.6.). Die massive Hetze der Moskau-Fraktion gegen die gewählten Deligierten des 9. Parteitages könnte auch den Boden dafür bereiten, den Parteitag später (mit militärischer Unterstützung der Sowjetunion) für „ungültig" zu erklären.

Die Forderung nach einer „Entscheidungsschlacht" noch vor dem 9. Parteitag ist aus der Sicht der SU die letzte Möglichkeit, vielleicht aus der Affäre herauszukommen,

9. Parteitag ist aus der Sicht der SU die letzte Möglichkeit, vielleicht aus der Affäre herauszukommen,

ohne sich selber die Finger schmutzig zu machen. Das sowjetische Drängen auf eine solche „Lösung" der polnischen Situation entspringt dem Dilemma, in dem die SU gefangen steckt: Eine Intervention in Polen würde erstens das Ende aller Hoffnungen, die „Entspannung" in Europa zu retten, bedeuten, und zweitens nach sich ziehen, daß die SU auf lange Sicht ein zumindest passiv Widerstand leistendes Polen hinnehmen müßte, was neben dem immensen politischen Preis auch ökonomisch ausgesprochen teuer würde. Läßt die SU andererseits eine weitere Entwicklung der „Erneuerung" in Polen zu, so riskiert sie, daß die „gesunden Elemente" völlig von der Macht verdrängt werden und Polen noch mehr der sowjetischen Kontrolle entgleitet. Beide Wege stellen für die SU Gefahren dar. Die billigste Lösung für die SU wäre es daher, wenn die polnischen „Marxisten-Leninisten" selbst versuchen, die Lage zu bereinigen. Scheitern diese damit, könnte die Regierung Polens immer noch die SU zu Hilfe rufen, um das dann ausgebrochene Chaos zu beseitigen, und die SU könnte damit rechnen, daß in einem solchen Fall tatsächlich die die „Normalisierung" mittragenden Kräfte breiter sein würden als jetzt.

Die PVAP-Führung sucht Zeitgewinn

Die Moskau-Fraktion benutzte die auf den KPdSU-Brief hin einberufene Sondersitzung des ZK für eine große Offensive. Dabei wurde deutlich, daß das amtierende ZK keineswegs mehrheitlich und eindeutig für die „Erneuerung" ist. Ein sehr starker Flügel im ZK, darunter der polnische Botschafter in Moskau, Olszewski, und der Generalstabschef Siwicki, griff das Politbüro auf der Linie des sowjetischen Briefes und des „Katowicer Forums" scharf an; sie forderten den Rücktritt von Kania und Jaruszelski bzw. des ganzen Politbüros.

Die „reformwillige" Fraktion um Kania und Rakowski reagierte zurückweichend. Zwar mahnte Rakowski: *„Wir sollten nicht vergessen, daß unsere Partei für das Blutvergießen von 1956 in Posen und von 1970 an der Küste verantwortlich ist. Wenn es zum dritten Mal dazu kommen sollte, dann würde das unsere Partei nicht mehr überstehen. Ganz zu schweigen davon, daß wir damit eine Verantwortung auf uns nehmen würden, von der uns nicht einmal die künftigen Generationen freisprechen werden"* (nach: „Spiegel").

Andererseits wurde den sowjetischen Drohungen deutlich nachgegeben. **„Die Sorge und Beunruhigung der Bruderparteien über die Richtung der Entwicklung in Polen sind völlig begründet", sagte PVAP-Vorsitzender Kania** („UZ", 11.6.). In einer Resolution des ZK der PVAP wurde die *„schleichende Konterrevolution"* beschworen. *„Diese Kräfte haben sich zum Ziel gestellt, die Macht zu übernehmen und den Sozialismus zu stürzen. Das ZK erachtet es für erforderlich, alle notwendigen Mittel einzusetzen, um diesen feindlichen Handlungen ein Ende zu bereiten"* („UZ", 16.6.).

Indem die polnische Führung die sowjetischen Drohungen als „völlig begründet" akzeptiert hat, hat sie praktisch der SU einen Freibrief für eine Intervention erteilt. Denn die SU und „die anderen Bruderparteien" werden zukünftig ständig darauf hinweisen, daß man ihre Warnungen ja ausdrücklich als berechtigt anerkannt, jedoch leider daraus keine Konsequenzen gezogen habe. Genau derselbe Vorgang hatte sich 1968 mit der CSSR abgespielt.

Die polnische Führung mag bei ihrem gefährlichen Zurückweichen vor den sowjetischen Drohungen und Unverschämtheiten das Ziel vor Augen gehabt haben, erst einmal den 9. Parteitag unbeschadet zu erreichen, von dem ja eine deutliche Stärkung der „Reformkräfte" zu erwarten ist. Gefährlich bleibt diese Kalkulation aber trotzdem. Schon fordert die Parteizeitung der CSSR, „Rude Pravo", „Den Worten müssen Taten folgen" (laut „UZ", 16.6.). Und die DKP-Zeitung „UZ" schreibt: *„Im Kontrast zu den Aussagen gegen antisozialistische Kräfte auf der ZK-Tagung stehen weitere Zugeständnisse an eben diese Kräfte auch in der jüngsten Zeit ... Angesichts der erneuten Zugeständnisse fragen sich Beobachter in Warschau, ob mit der jetzigen ZK-Tagung und ihren Äußerungen gegen die antisozialistischen Kräfte tatsäch-*

nisse fragen sich Beobachter in Warschau, ob mit der jetzigen ZK-Tagung und ihren Äußerungen gegen die antisozialistischen Kräfte tatsäch-

lich eine Wende eingeleitet wird" („UZ", 11.6.).

Diese Frage wird sich die polnische Führung ganz hart stellen lassen müssen, wenn Ende Juni eine Tagung der Ministerpräsidenten der RgW-Länder stattfindet – sinnigerweise ausgerechnet in Prag. Es ist zu erwarten, daß die SU, nachdem sie nun offiziell der PVAP-Führung vorgeworfen hat, sie führe keinen Kampf gegen die „Konterrevolution", nicht bei verbalen Angriffen stehenbleiben wird, sondern konkrete Ultimaten stellen wird.

Die Solidarnosc rechnet selbstverständlich mit der Möglichkeit einer Intervention und bemüht sich momentan sichtbar um eine Beruhigung der innerpolnischen Situation. So wurden bis Anfang Juli alle Streikaktionen ausgesetzt (offizielle Begründung dafür ist die 30-tägige Trauer um Kardinal Wyschinski). Walesa hat noch einmal erklärt, daß die Solidarnosc nicht anstrebe, politische Partei zu werden oder gar die Regierung zu übernehmen.

Die Solidarnosc ist sich anscheinend der paradoxen Situation bewußt, daß sowohl sie ein Interesse an einer (zumindest als Fassade) funktionsfähigen Partei haben muß, als auch umgekehrt die Partei-Führung eine handlungsfähige Solidarnosc braucht, denn diese allein kann momentan garantieren, daß es nicht zu spontanen Aktionen kommt, die zur Eskalation der Lage innerhalb Polens und damit zur Intervention führen könnten. Bei aller Zurückhaltung erklärt Solidarnosc jedoch zugleich: **„Vergessen Sie bitte nicht, daß unsere Geschichte uns zu hervorragenden Experten des Widerstandes gemacht hat"** (Walesa).

J. (RgW-Kommission) und AK-Redaktion

Auszüge aus dem Brief des ZK der KPdSU an das ZK der PVAP

Der sowjetische Brief, der außer in Rumänien in allen Warschauer Pakt-Staaten veröffentlicht wurde, ist deutlich agitatorischen Charakters, d.h. für eine öffentliche Kampagne bestimmt. Ebenso wie in den Aufforderungen an die KP-Führung der CSSR 1968 bringt dieser Brief die großmachtchauvinistische Haltung der SU-Führung zur Geltung, mit der die SU die Entscheidung über die inneren Angelegenheiten Polens für sich beansprucht und Gehorsam von der PVAP-Führung verlangt. Die KPdSU-Führung stellt mit diesem Brief der PVAP-Spitze in der Tat ein Ultimatum: Wenn sie eine „nationale Katastrophe" – sprich: eine Intervention der SU – verhindern will, dann muß sie vor dem Parteitag im Juli eine entscheidende Konfrontation in Polen herbeiführen. Diese Frist könnte die PVAP-Führung nur durch eine Verschiebung des Parteitags verlängern, was sie bislang noch ablehnt. (Auszüge zitiert nach der ungekürzten Dokumentation der FAZ vom 11. Juni 81.)

„Liebe Genossen,

in diesem Brief wendet sich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion an Euch in tiefer Besorgnis um das Schicksal des Sozialismus in Polen und um Polen als freies und unabhängiges Land. (...)

Wir sagen es offen heraus: Einige Tendenzen in der Entwicklung der Volksrepublik Polen, insbesondere bei der Ideologie und der Wirtschaftspolitik der vorangehenden Führung, hatten schon seit mehreren Jahren unsere Besorgnis erregt. (...)

Von den ersten Tagen der Krise an hielten wir es für wichtig, daß sich die Partei entschieden den Versuchen der Feinde des Sozialismus widersetzt, ihren Versuchen, von den entstandenen Schwierigkeiten für ihre langfristigen Ziele zu profitieren. Aber dies ist nicht getan worden. Die ständigen Konzessionen gegenüber den antisozialistischen Kräften und ihren Forderungen haben dazu geführt, daß die PVAP Schritt für Schritt dem Druck der inneren Konterrevolution weicht, die ihre Unterstützung aus ausländischen, imperialistischen

Druck der inneren Konterrevolution weicht, die ihre Unterstützung aus ausländischen, imperialistischen

Zentren erhält.

Im Augenblick ist die Lage nicht nur gefährlich, sondern sie bringt das Land auch in eine kritische Lage. Eine andere Einschätzung ist nicht möglich. Die Feinde des sozialistischen Polen verstecken sich nicht und verhehlen auch nicht ihre Absichten. Sie führen einen Kampf um die Macht und erobern diese auch schon. Sie kontrollieren eine Stellung nach der anderen. Die Konterrevolution bedient sich des extremistischen Flügels von Solidarität als Speerspitze. Indem sie sie täuscht, hat sie die einer beruflichen Gewerkschaft beigetretenen Arbeiter in ein verbrecherisches Komplott gegen die Volksmacht hineingezogen. Es entwickelt sich eine Welle des Anti-Kommunismus und des Anti-Sowjetismus. Die imperialistischen Kräfte unternehmen immer kühnere Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen.

Die ernste Gefahr, welcher der Sozialismus in Polen ausgesetzt ist, bedroht die Existenz selbst eines unabhängigen polnischen Staates. Wenn das Schlimmste geschähe und die Feinde des Sozialismus an die Macht kämen, wenn Polen nicht mehr von den sozialistischen Staaten verteidigt würde, dann würden sich sofort die gier igen Hände des Imperialismus nach ihm ausstrekken. Wer könnte danach die Unabhängigkeit, die Souveränität und die Grenzen Polens als Staat garantieren? Niemand. (...)

Es wurde darauf hingewiesen, daß die Schlacht nicht zugunsten der Partei gewonnen sei, solange die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen nicht für die PVAP, sondern für ihre Feinde arbeiteten.

Mit Nachdruck hatten wir von der Notwendigkeit gesprochen, im Lande die Autorität der Träger der öffentlichen Ordnung und der Armee zu verstärken und diese gegen die Ambitionen der konterrevolutionären Kräfte zu verteidigen. Läßt man zu, daß die Versuche, die Sicherheitsorgane, die Miliz und dann auch die Armee zu diffamieren und zu zersetzen, zum Erfolg führen, so bedeutet dies praktisch, daß man den sozialistischen Staat entwaffnet und ihn dem Klassenfeind ausliefert.

Wir möchten betonen, daß bei der Erörterung aller dieser Fragen S. Kania, W. Jaruzelski und die anderen polnischen Genossen unseren Standpunkt geteilt haben. Tatsächlich jedoch ist alles beim alten geblieben, und es erfolgte keinerlei Korrektur der Politik der Konzessionen und Kompromisse. Eine Stellung nach der anderen wird geräumt, ohne daß man den Dokumenten der letzten ZK-Plenarsitzung Rechnung trägt, die von einer konterrevolutionären Bedrohung sprechen. Bislang wurde keine praktische Maßnahme getroffen, um dieser Bedrohung entgegenzutreten, und die Organisatoren der Konterrevolution wurden nicht beim Namen genannt.

In der letzten Zeit ist selbst die Lage innerhalb der PVAP Gegenstand besonderer Besorgnis geworden. Bis zum Parteitag bleibt nicht viel mehr als ein Monat. Trotzdem sind es in zunehmendem Maß die dem Sozialismus feindlich gesinnten Kräfte, die bei der Kampagne für die Wahl der Delegierten den Ton angeben.

Es darf nicht ausgeschlossen werden, daß es während des Parteitags selbst zu einem Versuch kommt, den marxistisch-leninistischen Kräften der Partei den entscheidenden Schlag zu versetzen, um die Partei zu liquidieren.

Insbesondere wollen wir sagen, daß in den letzten Monaten die Kräfte der Konterrevolution aktiv Antisowjetismus jeder Art verbreiten, um alle Ergebnisse der Tätigkeit unserer beiden Parteien auszulöschen und um in verschiedenen Schichten der polnischen Gesellschaft nationalistische und antisowjetische Gefühle wieder hervorzurufen. (...)

schaft nationalistische und antisowjetische Gefühle wieder hervorzurufen. (...)

Verehrte Genossen, indem wir uns durch diesen Brief an Euch wenden, haben wir nicht nur unsere Sorge um die Lage des brüderlichen Polen oder um die Bedingungen und Aussichten der sowjetisch-polnischen Zusammenarbeit im Sinn. In nicht weniger großem Maße sind wir und die Bruderparteien angesichts der Tatsache besorgt, daß die Offensive der feindlichen antisozialistischen Kräfte in der PVAP die Interessen unserer Gemeinschaft bedroht, ihren Zusammenhalt, ihre Integrität und die Sicherheit ihrer Grenzen. Ja, unsere gemeinsame Sicherheit.

Die imperialistische Reaktion unterstützt und ermuntert die polnische Konterrevolution, sie verhehlt ihre Hoffnungen nicht, auf diesem Weg ein in Europa und in der Welt gegebenes Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern. Der Imperialismus nutzt die polnische Krise aktiv aus, mit dem Ziel, das Wirtschaftssystem, die Ideale und die Prinzipien des Sozialismus zu verleumden. Man nutzt sie für neue Angriffe gegen die internationale kommunistische Bewegung aus.

So lastet für das Schicksal des Landes, seine Unabhängigkeit und seinen Fortschritt, für die Sache des Sozialismus in Polen nicht nur auf der PVAP eine historische Verantwortung. Eine enorme Verantwortlichkeit für die gemeinsamen Interessen der sozialistischen Gemeinschaft lastet auch auf Euch, Genossen.

Wir sind der Auffassung, daß es noch die Möglichkeit gibt, es nicht zum Schlimmsten kommen zu lassen und eine nationale Katastrophe zu verhindern. In der PVAP gibt es genug ehrliche und entschlossene Kommunisten, die bereit sind, mit ihren Handlungen für die Ideale des Marxismus-Leninismus, für das unabhängige Polen zu kämpfen. In Polen gibt es viele Menschen, die der Sache des Sozialismus ergeben sind. Die Arbeiterklasse, die Werktätigen – selbst jene unter ihnen, die auf betrügerische Art in die Machenschaften der Feinde verwickelt wurden – werden letztlich wohl der Partei folgen.

Jetzt geht es darum, alle gesunden Kräfte der Gesellschaft zu mobilisieren, um sich dem Klassenfeind entgegenzustellen und die Konterrevolution zu bekämpfen. Dies erfordert in erster Linie revolutionären Willen in der Partei, bei ihren Anhängern und ihrer Führung. Die Zeit wartet nicht. Die Partei kann und sollte in sich selbst die Kraft finden, die Entwicklung der Ereignisse umzukehren und sie noch vor dem Parteitag auf den richtigen Weg zu lenken.

Wir würden gerne zur Überzeugung gelangen, daß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei des brüderlichen Polen seinen historischen Aufgaben gerecht zu werden vermag. Wir möchten Euch, liebe Genossen, versichern, daß in diesen schwierigen Tagen wie immer in der Vergangenheit das ZK der KPdSU, alle sowjetischen Kommunisten und die gesamte sowjetische Nation mit Eurem Kampf solidarisch sind. Unser Standpunkt ist in der Erklärung vom Genossen Breschnew vor dem 26. Parteitag der KPdSU klar zum Ausdruck gekommen: ‚Wir werden das sozialistische Polen nicht antasten lassen und ein Bruderland nicht im Unglück verlassen.' "

Hoppla! Wie ist denn das gemeint ?!?......

Eine besonders orakelhafte Passage im Brief der KPdSU an das ZK der PVAP lautet: **„Die überaus ernste Gefahr, die über dem Sozialismus in Polen schwebt, bedroht auch die Existenz des unabhängigen polnischen Staates. Wenn das Schlimmste geschähe und die Feinde des Sozialismus an die Macht kämen, wenn Polen des Schutzes der sozialistischen Gemeinschaft beraubt wäre, würden sich die gierigen Hände des Imperialismus sofort nach ihm ausstrecken. Und wer könnte dann die Unabhängigkeit, die Souveränität und die Grenzen Polens als Staat garantieren? Niemand."**

Am meisten verblüfft in dieser apokalyptischen Vision der Hinweis auf die Grenzen des polnischen Staates, die nicht mehr zu „garantieren" wären, falls „das Schlimmste geschähe". Hat Polen etwa aggressive Nachbarn, die in einem solchen Fall zulangen würden, um sich ein Stück aus dem Kuchen herauszuschneiden? Ein Blick auf eine handelsübliche Landkarte zeigt: Polen hat nur mit drei Staaten gemeinsame Grenzen, nämlich mit der Sowjetunion, der DDR und der CSSR. Gegen welches von diesen drei Nachbarländern müssen Polens Grenzen „garantiert" werden? Welches von diesen Nachbarländern könnte sich zu einer Verletzung der pol-

lens Grenzen „garantiert" werden? Welches von diesen Nachbarländern könnte sich zu einer Verletzung der pol-

nischen Staatsgrenzen veranlaßt sehen, falls „das Schlimmste geschähe"? Oder ist es etwa so gemeint, daß „die gierigen Hände des Imperialismus" über das Territorium der DDR hinweg nach Polens Grenzen greifen könnten?...

Polen 1981 / CSSR 1968

Der Warschauer Pakt und das Selbstbestimmungsrecht — Ein Vergleich

Seit den Zeiten von Marx und Engels, die der Ansicht waren, daß „ein Volk, das andere unterdrückt, selbst nicht frei sein" kann, kämpfen alle wirklichen Kommunisten nicht nur für die Abschaffung der Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Menschen durch die Kapitalisten, sondern auch gegen die nationale Unterdrückung von Völkern durch fremde Staaten.

Die Führer der „realsozialistischen" Staaten des Warschauer Vertrages mit der UdSSR an der Spitze halten von dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung nicht sonderlich viel, was sie auf sehr drastische Weise mit ihrem Einmarsch in die CSSR am 21.August 1968 demonstrierten. Aus gegebenem Anlaß scheint es uns sinnvoll, einen Blick auf die Rechtfertigungsargumente der UdSSR und ihrer Verbündeten für den CSSR-Einmarsch zu werfen und das „Sündenregister" der damaligen CSSR dem des heutigen Polen gegenüberzustellen.

Prag 1968 — Warschau 1981

Während des „Prager Frühlings" 1968 gab es in der CSSR politische Clubs „konterrevolutionären" Charakters mit mehreren zehntausend Mitgliedern (größtenteils Intellektuelle) (1). In Polen gibt es eine unabhängige und regimekritische Gewerkschaft mit 8 bis 10 Millionen Mitgliedern sowie eine Studentengewerkschaft mit rund 90 000 Mitgliedern (siehe AK 202). In der CSSR riefen die *„antisozialistischen"* Kräfte *„zu Demonstrationen, Streiks und Unruhen, also Vorformen des verdeckten Krieges (!!) ‚auf'"*(2). In Polen gab es seit August letzten Jahres weit mehr Streiks als 1968 in der CSSR.

In der CSSR *„richtete die Konterrevolution ihre Angriffe in dieser Phase auf die führende Rolle der KP Tsch (echeslovakei) und die sozialistische Staatsmacht"*(3). In Polen haben die Aktionen der ‚Solidarnosc' eine *„Stoßrichtung gegen die sozialistischen Errungenschaften, gegen die sozialistische Staatsmacht und die führende Rolle der PVAP"* (Regierungspartei – Anm.AK) (nach:"Neues Deutschland", 21.5.81). In der CSSR bildete sich 1968 im Zusammenhang mit dem *„Auftreten rechter Kräfte"* in der KP der CSSR (4) *„ein politischer Block der rechtsrevisionistischen und antisozialistischen Kräfte"*(5). In Polen sieht die sowjetische Nachrichtenagentur TASS *„revisionistische Kräfte' am Werk, die mit der unabhängigen Gewerkschaft 'Solidarnosc' und regimekritischen Kreisen Hand in Hand arbeiten, um in der kommunistischen*

Werk, die mit der unabhängigen Gewerkschaft 'Solidarnosc' und regimekritischen Kreisen Hand in Hand arbeiten, um in der kommunistischen

Partei strukturelle Veränderungen herbeizuführen und die Partei auf einen sozialdemokratischen ‚oder sonstigen' Kurs zu bringen" (nach FR,23.5.81).

Im Sommer 1968 *„verstärkten die konterrevolutionären Kräfte ihre Vorstöße gegen die bewaffneten Organe der CSSR"*(6). In Polen machen nunmehr die „Solidarnosc-Führer offen gegen die Sicherheitsorgane der Volksmacht mobil"(„Neues Deutschland", 21.5.81). In der CSSR wollten 1968 Sozialdemokraten eine legale Partei aufbauen (7). In Polen *„wollen sich jetzt auch ‚sozialdemokratische' Gruppierungen offen als 'legale Opposition' formieren"* („Neues Deutschland", 3.6.81). In der CSSR sollte 1968 auf einem ausserordentlichen Parteitag *„der eingeleitete Führungswechsel in Partei und Staat durch eine konterrevolutionäre Gruppierung abgeschlossen werden"* (8). Der Parteitag mußte sich vor den einrückenden Truppen des Warschauer Pakts verstecken, seine Ergebnisse wurden nach der „Normalisierung" anulliert. In Polen soll am 14.Juli dieses Jahres ein außerordentlicher Parteitag stattfinden. Es ist abzusehen, daß dieser Parteitag, falls er stattfinden kann, den reformerischen Kräften einen großen Erfolg und den SU-treuen „realsozialistischen" Dogmatikern eine schwere Niederlage bringen wird. Im Unterschied zur CSSR geht in Polen zwar die Initiative der Reformbewegung nicht von der Parteiführung aus. Kania ist kein Dubcek. Dieser Unterschied verliert für die ungeduldigen „Freunde" Polens im Warschauer Pakt allerdings in dem Maße an Bedeutung, wie die Partei- und Staatsführung der Opposition um die „Solidarnosc" durch Zugeständnisse entgegenkommt und die Parteibasis sich den Auffassungen von Oppositionskräften nähert.

Im Oktober 1980 hatte die sowjetische Führung nach einem Treffen Kania- Breschnew der polnischen Staatspartei noch „das Vertrauen ausgesprochen", in der Hoffnung, sie werde die neue Gewerkschaft Solidarnosc zurückdrängen. Seit Anfang März dieses Jahres, als die Führer der KPdSU nach ihrem 26.Parteitag die polnische Partei aufforderten, *„den Gang der Ereignisse umzukehren"*, wird die polnische Parteiführung in den Medien der UdSSR, der CSSR und der DDR in zunehmendem Maße als unfähig dargestellt, die „Konterrevolution" zurückzudrängen. Dieser Vorwurf wurde anfang Juni vom ZK der KPdSU in einem Drohbrief an die PVAP noch verschärft. Am 15.Juli 68, fünf Wochen vor dem Einmarsch in die CSSR, richteten die Führer der Staaten des Warschauer Pakts (WP) einen Brief an das ZK der KP der CSSR, indem sie ihr Verständnis vom Selbstbestimmungsrecht der Völker präsentierten (Die „Breschnew-Doktrin"). Die anderen Staaten des Warschauer Pakts könnten *„nicht damit einverstanden sein, daß feindliche Kräfte Ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschecheslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören. Das sind nicht mehr nur Ihre Angelegenheiten. Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten aller kommunistischen und Arbeiterparteien und aller duch das Bündnis, durch Zusammenarbeit und Freundschaft vereinten Staaten. Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten unserer Staaten, die sich im Warschauer Pakt vereinigt haben..."*(9). Daß die Führer der SU auch heute noch dieser Ansicht sind, machte Breschnew im Februar auf dem 26.Parteitag der KPdSU deutlich, als er, auf die Lage in Polen eingehend, erklärte: *„Niemand sollte an unserer gemeinsamen Entschlossenheit zweifeln, unsere Interessen zu sichern und die sozialistischen Errungenschaften der Völker zu verteidigen"* („Neues Deutschland",24.2.1981). Noch deutlicher wurde im April der durch den Einmarsch 1968 ans Ruder gebrachte Chef der KP der CSSR, Husak, als er anläßlich eines Treffens mit Breschnew erklärte, **die Verteidigung der sozialistischen Gesellschaftsordnung sei nicht nur Aufgabe jedes einzelnen sozialistischen Landes, sondern „auch gemeinsame Angelegenheit der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft"** (nach FR,7.4.81). Lenin hatte das noch ganz anders gesehen: *„Ein Proletariat, das sich auch nur mit dem kleinsten Gewaltakt 'seiner' Nation gegen andere Nationen abfindet. kann nicht soziali-*

gesehen: *„Ein Proletariat, das sich auch nur mit dem kleinsten Gewaltakt 'seiner' Nation gegen andere Nationen abfindet, kann nicht soziali-*

stisch sein."(10). Die revolutionäre Sowjetregierung mit Lenin an der Spitze sorgte 1918 dafür, daß das bis dahin von Rußland unterdrückte Volk Finnlands sein Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen konnte, o b w o h l klar war, daß Finnland keinen sozialistischen Weg gehen würde.

Wer entscheidet über Polens Weg ?

Wir wollen nicht bestreiten, daß die Entwicklung in Polen von den imperialistischen Ländern der NATO ausgenutzt wird, um sich dort einzumischen, sei es durch die CIA-Sender Radio Free Europe, durch Agenten oder finanzielle Unterstützung von Regimegegnern. Es wäre naiv, zu leugnen, daß Lech Walesa die Sympathien führender imperialistischer Politiker genießt oder daß eine starke sozialdemokratische Partei in Polen den imperialistischen Bestrebungen zur Zersetzung der RGW-Länder nützen könnte. Es wäre blauäugig, von den sich in Polen vollziehenden Veränderungen in allernächster Zeit die Entstehung wirklich sozialistischer Verhältnisse zu erwarten oder der Solidarnosc gar einen sozialistischen Charakter anzudichten. Es geht aber um die Frage, w e r das Recht haben soll, über die Angelegenheiten Polens zu entscheiden: das polnische Volk oder die Regierung der UDSSR und ihrer Verbündeten. **Kurz nach der Besetzung der CSSR am 21.August 1968 erklärte das „Neue Deutschland", der Einmarsch in die CSSR entspreche „auch den ureigensten Anliegen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der CSSR – darunter jener,die das jetzt nicht begreifen, weil sie noch unter dem Einfluß der antisozialistischen Kräfte stehen".** Deutlicher und zynischer kann man wohl kaum zum Ausdruck bringen, daß sich die Sowjetunion nach der „Breschnew- Doktrin" vorbehält, j e d e m Land des Warschauer Pakts, auch gegen den Willen der großen Mehrheit des Volkes, ihre Vorstellungen, ihre Vorherrschaft mit Hilfe ihres Militärapparates aufzuzwingen.

Daß die überwältigende Mehrheit des polnischen Volkes von einer „Krisenlösung" im sowjetischen Sinne nichts hält, geben die „Realsozialisten" selbst zu. Das „Neue Deutschland" der SED und die "UZ" der DKP zitierten aus einem Papier des dogmatischen UdSSR-treuen „Kattowicer Parteiforums", daß „ *die Gegner des Sozialismus ... weitreichenden politisch- ideologischen Einfluß auf die Werktätigen und die Parteimitglieder"* erlangt hätten („Neues Deutschland", 3,6.81; "UZ" 5.6.81). Die Tatsache, daß über 95% der Bevölkerung eines Landes eine Intervention ablehnen (was man in Polen voraussetzen kann), ist für die sowjetischen Großmachtpolitiker a n s i c h kein Hinderungsgrund für einen Einmarsch. Allerdings gibt es in Polen eine von der Partei unabhängige Arbeiterorganisation mit Millionen von Mitgliedern in Gestalt der Solidarnosc, die auf Widerstand gegen eine Intervention vorbereitet ist.

> **»UZ« contra UdSSR?**
>
> In einem Kommentar zur jüngsten Entwicklung in Polen schrieb die DKP-Zeitung „UZ" am 12. Juni: *„Wer die konkreten Friedensvorschläge aus Moskau nicht zur Kenntnis nehmen will, braucht ‚Drohbriefe' aus dem Kreml"*.
>
> Daß der Imperialismus derartige Drohbriefe braucht, daß sie ihm nützen, stimmt haargenau. Nur, wer s c h r e i b t denn derartige Briefe, droht kaum verhüllt mit einer Intervention in Polen, versucht die polnische Regierung zu einer schärferen Gangart gegenüber der Gewerkschaft Solidarnosc zu drängen und liefert dadurch der NATO Munition für ihre Propaganda?
>
> Hier hat ein „UZ"-Redakteur (sicher unbeabsichtigt) einmal deutlich gemacht, w e m die sowjetische Politik gegenüber Polen im Weltmaßstab betrachtet nützt.
>
> **RGW-Kommision**

(In der CSSR standen die weit schwächeren Reformkräfte größten-

(In der CSSR standen die weit schwächeren Reformkräfte größten-

teils in den Parteistrukturen und waren von daher relativ leicht kaltzustellen). Das polnische Volk hat zudem eine lange Tradition des Kampfes, auch des bewaffneten Kampfes gegen Besatzungsmächte. So führten die Polen während der 150jährigen zaristischen Besetzung eine Reihe bewaffneter Aufstände durch , und während des Zweiten Weltkrieges gab es eine starke Partisanenbewegung. Es scheint sehr fraglich, ob die polnische Armee, die sich in dieser Tradition des polnischen Unabhängigkeitskampfes sieht, einen sowjetischen Einmarsch unterstützen oder auch nur hinnehmen würde. Diese Faktoren sowie mögliche Auswirkungen einer Intervention auf die „kommunistische Weltbewegung", auf die „Entspannungspolitik" usw. dürften den sowjetischen Führern bewußt sein. **Erfahrungsgemäß nehmen diese die schädlichen Auswirkungen ihrer Politik in Kauf, wenn es um die Erhaltung und Stabilisierung ihres Machtbereichs geht.** Daß die UdSSR schon durch Afghanistan erheblich belastet ist, dürfte letztlich auch kein Hinderungsgrund für ein Vorgehen gegen Polen sein. Im Gegenteil: Gerade w e i l die Sowjetunion in Polen bereits Schwierigkeiten hat, ihre Einflußzonen zu stabilisieren, wird sie einer „Aufweichung" bzw. einem „Abdriften" kaum tatenlos zusehen wollen. Die Folgen einer sowjetischen Militärintervention in Polen wären, nicht zuletzt für die gesamte westeuropäische Linke, verhängnisvoll und mit Sicherheit noch schwerwiegender als die des Eingreifens in Afghanistan. Die gewaltsame Unterdrückung einer gewerkschaftlich organisierten A r b e i t e r b e w e g u n g könnte den Resten des Mythos vom „realen Sozialismus" innerhalb der mit der KPdSU befreundeten „kommunistischen Weltbewegung" den Todesstoß versetzen. Der Einfluß der KPdSU auf die größeren Bruderparteien des Westens dürfte gegen Null sinken. (bereits 1968 distanzierten sich u.a. die KP's von Frankreich, Spanien, Italien, Jugoslawien, Rumänien und Japan vom Einmarsch in die CSSR). Die US- und EG–Imperialisten hätten einen idealen Vorwand für eine weitere Verschärfung ihrer Kriegspolitik. Aggressionskriege gegen die Völker El Salvadors, Cubas, Irans u.a. wären gegenüber großen Teilen der Bevölkerung in den imperialistischen Ländern leichter zu legimieren als derzeit.

Die DKP–Führung würde, was ihre bisherigen Stellungnahmen nahelegen, einen Gewaltakt des Warschauer Pakts gegen Polen nicht nur rechtfertigen, sondern geradezu beklatschen. Ob sich in einem solchen Fall relevante Kräfte in der DKP finden würden, denen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die solidarische Zusammenarbeit mit anderen Linken mehr wert ist als die bedingungslose Rechtfertigung jeglicher sowjetischer Politik, müßte sich zeigen. Linke, die durch die „Öffnung" der DKP zu einer Zusammenarbeit mit dieser Partei gekommen sind, tun gut daran, schon frühzeitig deutlich zu machen, daß sie nicht bereit sind, eine Rechtfertigung der Verletzung des Rechts des polnischen Volkes auf Selbstbestimmung durch die DKP aus bündnispolitischen Gründen hinzunehmen.

U., RGW-Kommission

Anmerkungen:

1 Albrecht Charisius, Julius Mader: Nicht länger geheim, Berlin (DDR) 1978
2 ebenda, S.574
3 ebd., S.566
4 ebd.,S.564
5 ebd., S.573
6 ebd., S.577
7 ebd., S.576
8 ebd., S.569
9 zitiert in: Rüdiger Thomas, Marxismus und Sowjetkommunismus – Kontinuität und Wandlung, Teil II, Sowjetkommunismus, Stuttgart 1976, S.112
10 W.I.Lenin: Werke, Bd.XXI,S.381

Demokratie? — Nein danke!

Keine politische Kraft unseres Landes wird von der DKP so herzhaft umworben wie die SPD und ihre Anhängerschaft. Ihr „reicht" die DKP „die Hand zur Aktionseinheit", mit ihr „sucht" sie den Dialog u.s.w. u.s.f. Solange es so ist, daß die DKP bei Wahlen noch nicht einmal auf ein Hundertstel der SPD-Stimmen kommt, wird es gewiß bei diesen herzhaften Werbungen bleiben.

Ganz anders stellt sich die Sache jedoch dar, sobald es um den „realen Sozialismus" geht. Da empört sich z.B. die DKP-Zeitung „UZ" am 5.6.81: **„Neben den seit bereits geraumer Zeit bekannten und in aller Öffentlichkeit agierenden konterrevolutionären Organisationen wollen sich im Lande jetzt auch sozialdemokratische Gruppierungen offen als ‚legale Opposition' formieren".** Diese Gruppen seien dabei, **„Kontakte ins westliche Ausland, vor allem mit sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa"**, anzuknüpfen.

Die Rede ist von Polen. Und das Ganze steht in der „UZ" unter der Schlagzeile **„Die Konterrevolution geht immer aggressiver vor"** und unter der Zwischenüberschrift **„Spionage und Diversion nehmen zu".** Die „sozialdemokratischen Gruppierungen" stehen in dem „UZ"-Artikel direkt neben **„ausländischen Geheimdiensten", „westlichen Spionagezentralen", „Geheimdienstarbeit"** und **„Militärspionage".**

Wenn man die jovialen Töne der DKP an die Adresse der SPD kennt, drängt sich die Frage auf: Was soll eigentlich so s c h l i m m daran sein, daß in Polen sozialdemokratische Gruppen entstehen? Hat denn die DKP nicht immer wieder ausdrücklich verkündet, daß ihrer Vorstellung nach der Übergang zum Sozialismus

Gruppen entstehen? Hat denn die DKP nicht immer wieder ausdrücklich verkündet, daß ihrer Vorstellung nach der Übergang zum Sozialismus

und selbst dessen Aufbau von einem B ü n d n i s m e h r e r e r P a r t e i e n, vor allem einem Bündnis zwischen SPD und DKP, getragen werden müßte? DKP-Chefideologe Willi Gerns z.B. formulierte das so: „... *Wir gehen davon aus, daß auch der Sozialismus von einem solchen Bündnis getragen sein wird ... die DKP strebt ein Bündnis der verschiedenen Parteien an, um den Übergang zum Sozialismus und seinen Aufbau gemeinsam mit ihnen zu vollziehen. Bündnispolitik ist für uns darum ebenso wie Aktionseinheitspolitik keine Frage der Taktik, keine Frage des Tages. Sie ist für uns eine Frage des Prinzips und gilt für alle Etappen unseres Kampfes"*. („UZ", 12.12.77). Und an anderer Stelle führte Gerns aus: *„In einer sozialistischen Bundesrepublik ist es nicht nur denkbar, daß mehrere Parteien beim Aufbau des Sozialismus ein Regierungsbündnis eingehen, sondern es wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch eine parlamentarische Minderheit geben, wenn diese sich an die Verfassung der sozialistischen Bundesrepublik hält"*. („UZ", 23.3.77). Im letzten Halbsatz steckt natürlich der Pferdefuß.

Im Gegensatz zur DKP spricht die sowjetische Bruderpartei unmißverständlichen Klartext: **„Kann in einer solchen Gesellschaft von Gleichgesinnten, die durch Wollen und Ziele vereint sind** (gemeint ist der Sozialismus – Anm. AK) **zum Beispiel die Frage aufkommen, mehrere politische Parteien zu gründen, was die Bourgeoisie natürlich als das A und O der Demokratie hinstellt? Natürlich nicht".** (W.D. Jeshow, Mitglied des ZK der KPdSU, auf einer DKP-Konferenz – zitiert nach „UZ", 2.11.77). Von diesen deutlichen Worten grenzte sich die „UZ" nicht etwa ab, sondern gab dem Ganzen auch noch die sinnige Überschrift *„Erst der Sozialismus gibt der Demokratie ihren Sinn"*.

An der W i r k l i c h k e i t des „realen Sozialismus" ist Herr Jeshow jedenfalls viel dichter dran als die DKP mit ihren scheinheiligen Phrasen vom Bündnis mehrerer Parteien. Zwar leisten sich die meisten „realsozialistischen" Länder noch Zusatz-Parteien neben der regierenden KP, aber das dient allenfalls der Arbeitsteilung und keinesfalls dem Austragen politischer Widersprüche. Was speziell die SPD angeht, so gibt es diese in der DDR nicht einmal dem Anschein nach, während beispielsweise eine CDU und sogar eine „Nationaldemokratische" Partei als Attrappen immer noch im Angebot sind. Die SPD der DDR hat sich in die SED „aufgelöst", und seither scheint es in der DDR keinen einzigen Sozialdemokraten mehr zu geben, der sich lieber autonom statt in der SED organisieren möchte. Die letzten Gruppen, die das nicht einsehen wollten, wurden Anfang der 50er Jahre zerschlagen und eingeknastet.

Die DKP macht im Übrigen trotz ihres Werbens um die SPD kein Geheimnis daraus, daß es in einem von ihr dominierten Staat *„keinen Raum"* geben werde *„für diejenigen, die die Errungenschaften des Volkes und seine verfassungsmäßige Ordnung beseitigen wollen"* (Aus dem Programm der DKP). Und was d a s konkret heißt, bestimmt immer d e r, der die Macht hat. Wenn schon ein Linker wie Biermann unter dem rauschenden Applaus der DKP aus der DDR ausgebürgert wurde, kann man sich ungefähr vorstellen, wie breit das geduldete politische Spektrum in einem „Sozialismus" nach DKP-Vorstellungen sein dürfte.

Denjenigen, die angesichts der Praxis des „realen Sozialismus" nach den demokratischen Rechten des

Denjenigen, die angesichts der Praxis des „realen Sozialismus" nach

Volkes, beispielsweise dem allgemeinen Wahlrecht, fragen, antwortet Chefideologe Gerns phantasievoll: „... *daß es kein einziges kapitalistisches Land gibt, in dem die arbeitenden Menschen so viele Möglichkeiten hätten, durch Wahl und, wo notwendig, auch Abwahl auf das politische und gesellschaftliche Leben Einfluß zu nehmen, wie in den Ländern des Sozialismus"* („UZ", 14.4.78).

Dann könnte also eine Partei wie die SED oder, sagen wir mal, die polnische PVAP ganz einfach von der Macht a b g e w ä h l t werden, falls sie keine Mehrheit im Volk hat?! Warum dann das ganze Geschrei über Polen, über die Entwicklung von Oppositionsgruppen, deren Entstehen doch nur beweist, daß es dafür eine r e a l e B a s i s im polnischen Volk gibt? Dazu sagt Gerns: *„Wenn die Frage der Abwählbarkeit allerdings im Sinne einer Rückkehr zum Kapitalismus gestellt wird, so sind wir davon überzeugt, daß das arbeitende Volk, wo es sich einmal von kapitalistischer Ausbeutung befreit hat, in seiner überwältigenden Mehrheit keinen Wunsch mehr verspüren wird, sich wieder in das Joch der Ausbeutung spannen zu lassen"*. („UZ", 14.4.78).

Gerns antwortet auf die Frage also weder mit ‚Ja' noch mit ‚Nein', sondern teilt uns mit, daß der Fall ganz einfach im theoretischen Weltbild der DKP nicht vorgesehen ist. Was sich in der CSSR 1968 ereignete und was sich heute in Polen abzeichnet, liegt außerhalb des theoretisch Denkbaren. Wenn ein Volk sich an dieses Weltbild nicht hält, sondern trotzdem versucht, sich seine „realsozialistische" Staatspartei vom Halse zu schaffen, muß dem theoretischen Weltbild eben mit militärischer Gewalt zu seinem Rechte verholfen werden.

Diskussion über den Artikel »Es gibt viel zu tun ...« (AK 202/203)

Liebe Genossen,

die ihr den Esso-WerbeSpot zum revolutionären Schlachtruf umdichten wollt.

1. Ich habe mich durch eure 3 1/4 Seiten hindurchgekämpft. Es macht Mühe, in kurzer Form zu antworten.
2. Ihr haltet Mauerschau, betrachtet von euren Zinnen aus die ganze Welt, dieses Land, die Massen, die Linke und die Reste von euch selbst als steckengebliebener revolutionärer Organisation. Nicht das, w a s ihr euch anguckt, paßt mir nicht, sondern w i e ihr euch es anguckt.
3. Was kriegt ihr raus: Der ML muß aktualisiert, eine Programmatik und Strategie neu orientiert und die Politik rationalisiert und effektiviert werden. Dann muß ein „Plan" her, um so die Mehrheit zu erreichen.
4. Merkt ihr nicht, daß mit dieser Lösung sämtliche gegenwärtig diskutierten Probleme durch die Hintertür wieder einziehen? – Aber der Reihe nach.
5. Ihr schreibt von der Kriegsgefahr, genauer von der Provokation eines unvermeidlichen Schlagabtausches durch die Supermächte. Schluck! Das ist wohl wahr. Aber wie es euch aus der Feder fließt! Es geht immerhin um die Auslöschung meines, eures, unseres Lebens, das wir nur einmal haben. D.h. die Supermächte stoßen m i c h auf das Ganze, was i c h war/bin/werde. Darüber schreibt ihr NICHTS, aber es steht doch am Anfang!
6. Ihr seht eine neue Massenbewegung, sprecht von 20-40%, die verbunden ist mit einer zunehmenden Integrationskrise des gegenwärtigen Herrschaftssystems. Z.T. richtig, denn da ist heute auch die Angst, die Frage nach dem „Sinn", die täglich spürbare Ohnmacht, die schleichenden Verdrängungen. Tut nicht so, als hättet ihr das schon abgehakt.
7. Ihr redet von der gesellschaftlichen Veränderung und dem Zusammenschluß der 20-30% Bevölkerung. Wichtiges Ziel! Aber wie umgehen mit der in der kapitalistischen Produktion sich immer fortsetzenden Zerstörung alter Klassen/Schichten, der sozialen Zerrissenheit. W i r kriegen doch kaum noch eine „Nachbarschaft" zustande!
8. Ihr sprecht von der Gefahr der ideologischen Verbürgerlichung der neuen Massenbewegung (SPD, Christen, Pazifismus ...) und daß es Aufgabe der Revolutionäre sei, irreführende und schädliche Vorstellungen zu bekämpfen, die Bewegung zu orientieren und zu organisieren. Dies ist nur noch kaltschnäuziges, instrumentelles Kalküldenken: Alles für das Volk, nichts durch das Volk. Jedenfalls ist der heute doch so wichtige wechselseitige Lernprozeß zwischen allen sich „frei Assoziierenden" hier überhaupt nicht mehr sichtbar.
9. Ihr konstruiert euch zwei Arten Spontaneismus zusammen. Aber welche Menschen meint ihr konkret mit den „Anti-dogmatischen", welche Schriften meint ihr? Sicher könnt ihr jetzt einige nennen. Aber der Sinn eurer Textpassage ist ein in Bausch und Bogen Verdammen. Fragt euch a u c h mal, was ihr damit, auch für euch selbst, alles kaputt haut.
10. Ihr regt euch entsprechend über eine „Dazu-steh-ich-Haltung" u.ä. auf, weil sich so auf spontane Weise immer nur die herrschende Kacke durchsetzt. Dies ist eine mögliche Folge. Aber der wirkliche Kern dieser „Haltung" liegt in der (Wieder-)Entdeckung der eigenen, komplexen Geschichte und der Einsicht in deren tatsächlich nur bedingte Umkehrbarkeit. Es kann also nur darum gehen, dieses sich selbst bewußt zu machen.
11. Ihr werft vielen vor, den wissenschaftlichen Sozialismus und die revolutionäre Organisation g r u n d s ä t z l i c h abzulehnen. Das ist erstmal Fakt. Aber nehmt doch endlich hin, daß der wissenschaftlicheSozialismus als (abgeschlossenes) System und auch die klassischen Organisationsmodelle historisch geronnene Formen sind, von der Wirklichkeit längst überholt. Es kann doch nur noch sinnvoll sein, auf u n s e r e Fragen, die die Wirklichkeit und nicht irgendwelche (historischen) Bücher stellt, über die von Marx, Engels, Lenin entwickelte materialistische Methodik noch irgendwelche brauchbaren Antworten zu gewinnen. Hierzu taugt's allemal noch, aber das hieße sich von gegebenen Antworten entfernen, und in diese Mühe begebt ihr euch nicht.
12. Diesen Kritikern haltet ihr vor, zu ihrer (ML) Vergangenheit nur einen Pendelschlag hin zu ihrer e i g e n e n Geschichte zu vollziehen. Richtig, genau richtig, denn jede Politik, die nicht in jedem Moment ihrer Bewegung von den Trägern eben dieser Politik sich immer wieder selbst vergewissert wird, muß scheitern. Dies setzt aber eine andere Form der Organisierung als die „demokratisch-zentralistische" voraus, denn in dieser ist schon in der Struktur die Fremdbestimmung und Erfahrungsreduktion für den Einzelnen vorgegeben. Denn ihr wißt, daß jeder Ansatz des sich selbst Vergewisserns mit Austritt geendet hat, enden mußte.
13. Ihr schreibt: *„Die Krise der Linken ist inzwischen zum guten Teil eine Krise in den Köpfen, nicht in der Realität".* Mit den Köpfen, das stimmt. Aber meiner und eurer gehört auch dazu.

Oder seid ihr die „Realität"? Laßt also der Esso ihren Spott und packt es so nicht an!

Günter (ehemalig SSB)

*

Der Artikel der zwei Hamburger Genossen ist mit Abstand das Beste, was ich seit langem im AK gelesen habe. Ich stimme in allen wesentlichen Punkten mit den beiden Autoren überein; besonders mit der Charakterisierung der heute wesentlichen Strömungen der Linken und mit der Bestimmung der a l l g e m e i n e n Aufgaben, die die Linken heute anpacken müssen. Ich hoffe sehr, daß sich kein AK-Leser durch die Länge des Artikels von der Lektüre abhalten ließ, und ich hoffe noch viel mehr, daß die Positionen, die in dem Artikel vertreten werden, zu Mehrheitspositionen des KB werden, daß die beiden Artikel ein Ausgangspunkt für eine Diskussion auch über die k o n k r e t e n Aufgaben der Linken sind.

Die beiden Artikel haben nur den Nachteil, daß sie zwar nicht mit

Setzt die Sowjetunion auf Eskalation?

In der Stoßrichtung finde ich den Artikel ausgezeichnet. Problematisch scheint mir aber die Aussage der Genossen, *„daß auf der skizzierten Grundlage b e i d e Seiten (NATO und SU) zu der Schlußfolgerung kommen könnten, daß für sie durch Zuwarten nichts zu gewinnen ist, ihr Heil vielmehr in einer relativ r a s c h e n Konfrontation liegt"* (Hervorh. i. O.). Begründet wird diese These durch die Tatsache, daß einerseits der militärische Vorsprung des Westens wachse, andererseits auch das militärische Potential der UdSSR zunehme, weswegen „Teile des Imperialismus" möglichst bald den nuclearen Krieg provozieren wollten.

Die forcierte Kriegspolitik des Imperialismus ist eine unbestreitbare Tatsache. Die Argumentation in Bezug auf die SU erscheint mir dagegen fragwürdig. Die Autoren des Artikels vertreten die These: *„Umgekehrt wird von den sowjetischen Machthabern diese Tendenz selbstverständlich wahrgenommen. Für Sie m u ß* (Hervorh. von mir) *sich daraus die Schlußfolgerung ergeben, daß in einem u n v e r m e i d l i c h werdenden atomaren Schlagabtausch ihr relativer Vorteil bzw. das kleinere Übel immer noch im ‚Erstschlag' liegt, also in einem ‚vorbeugenden' Schlag gegen die Atomwaffen des Feindes".*

Fragwürdig erscheint mir die Überlegung, daß unter den gegebenen Umständen ein präventiver Schlag für die Herrschenden in der SU das „kleinere Übel" wäre. Seine Umsetzung würde doch voraussetzen, daß die SU militärisch in der Lage wäre, durch einen Präventivschlag tatsächlich einen entscheidenden Teil der atomaren Waffensysteme der imperialistischen Staaten zu vernichten und obendrein nach diesem „Erstschlag" noch genug Kapazität zu besitzen, um einen „verminderten" Gegenangriff zu beantworten; d.h. sie müßte es erreichen, daß der Imperialismus durch ihren Präventivschlag soweit geschwächt würde, daß er dem verbleibenden Potential des Warschauer Pakts erheblich unterlegen wäre. Ohne diese Voraussetzung würde sich für die SU durch einen Präventivschlag wenig ändern: Spätestens nach einer Realisierung der vom Imperialismus mit dem „Nachrüstungs"programm angestrebten quantitativen und qualitativen Überlegenheit im atomaren Bereich könnte ein sowjetischer Präventivschlag zwar die Verluste des Westens möglicherweise erheblich steigern, jedoch die Vernichtung der SU nicht verhindern.

Es stellen sich zwei Fragen im Zusammenhang mit der These, daß „ b e i d e Seiten" auf rasche Konfrontation setzen: erstens die Frage nach dem ökonomischen und militärischen Potential der SU und zweitens die Frage, ob es Anzeichen für eine derartige Strategie der Kreml-Strategen gibt.

1. Angesichts des technologischen Rückstandes des RGW gegenüber den imperialistischen Staaten ist kaum davon auszugehen, daß es der SU gelingen könnte, qualitativ mit der imperialistischen Rüstung Schritt zu halten. Im Gegenteil – die SU gerät mit jeder Rüstungsrunde weiter ins Hintertreffen, wie auch der Artikel „Es gibt ..." feststellt. Die SU geht von einem noch existierenden und zu erhaltenden Gleichgewicht der Militärblöcke aus: *„Ob es sich um strategische Kernwaffen oder um Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa handelt, in beiden Fällen besteht eine annähernde Parität. Bei anderen Waffenarten ist der Westen in einem gewissen Vorteil, bei anderen sind wir es"* (Breschnew). Durch das „Nachrüstungs"-Programm der NATO würde dieses Gleichgewicht beseitigt, denn die *„neuen Raketen besitzen die Fähigkeit zum ersten Schlag, der einen Gegenschlag ausschließt"* (Sagladin im „Spiegel" Nr. 24/1981). Aus dieser Einschätzung der SU folgt, und i n s o w e i t haut die These vom sowjetischen „Erstschlag" hin, daß die SU i m K r i e g s f a l l (bzw. u n m i t t e l b a r davor) diese Raketen ausschalten müßte. Daraus folgt aber nicht, daß die SU ihr Heil in der „raschen Konfrontation" suchen müßte oder daß eine solche Politik der SU auch nur wahrscheinlich wäre.

Schließlich scheint mir unter dem rein militärischen Aspekt, daß sich anderenfalls die These vom „Erstschlag" zuspitzen würde: da es erheblich sicherer ist, die Produkte gegnerischer Waffen zu verhindern, als nach ihrer Aufstellung zu versuchen, diese zu zerstören, wäre es doch bei einer Orientierung auf rasche Konfrontation von Vorteil, j e t z t zuzuschlagen, solange noch ein Gleichgewicht und keine Unterlegenheit herrscht.

2. Es spricht meines Wissens allerdings nichts dafür, daß die SU eine strategische Umorientierung auf „rasche Konfrontation" mit dem Imperialismus vornehmen würde.

Sowjetische Einschätzung der Lage

Die Sowjetunion geht (noch?) nicht von der Unvermeidlichkeit eines nuklearen Krieges aus, sondern setzt weiterhin auf die *„realistisch denkenden Kreise im Westen"* (dieses und die folgenden Zitate stammen aus dem „Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXVI. Parteitag" vom 23. Febraur 1981). In der Einleitung des wie üblich von Breschnew gehaltenen Berichtes heißt es: *„Die imperialistische Herrschaftssphäre in der Welt wurde eingeengt* (in den 70er Jahren – j.). *Die inneren Widersprüche in den Ländern des Kapitals und die Rivalität zwischen ihnen spitzten sich weiter zu. Die Aggressivität der Politik des Imperialismus, in erster Linie des US-Imperialismus, nahm beträchtlich zu."* Mit der Rivalität meint er konkret:

„Auch die Widersprüche zwischen den Imperialisten verschärfen sich, der Kampf um die Märkte, um die Rohstoff- und Energiequellen verstärkt sich. Die japanischen und die westeuropäischen Monopole konkurrieren immer erfolgreicher mit dem amerikanischen Kapital ..." Bei alledem hält die SU an ihrer Behauptung fest, daß die *„Verbündeten der USA in der NATO den Forderungen Washingtons nachgegeben"* hätten (bei den Aufrüstungsprogrammen). Von einem eigenen Interesse der europäischen Imperialismen an der Konfrontationspolitik gegenüber der SU geht die KPdSU nicht aus. Sie setzt vielmehr gerade auf die Eigeninteressen der EG, die der Konfrontationspolitik der USA widersprächen: *„Ein nach amerikanischen Begriffen ‚begrenzter' Kernwaffenkrieg etwa in Europa würde ja schon gleich zu Anfang den sicheren Untergang der europäischen Zivilisation bedeuten. Aber auch die Vereinigten Staaten selbst würden natürlich von den Flammen des Krieges nicht verschont bleiben."* Wenn die SU erklärt, sie werde *„nicht gestatten, daß die andere Seite Überlegenheit über uns erreicht"*, so heißt das zunächst nur, daß sie bereit ist (ihr bleibt ja auch nichts anderes übrig), bei der Aufrüstung mitzuziehen.

Die SU spricht zwar von „ernsten Gefahren" für den Frieden in Europa und erklärt, eine *„Stationierung von gegen die UdSSR und ihre Verbündeten gerichteten neuen amerikanischen Raketen in der BRD, in Italien, Großbritannien, den Niederlanden oder Belgien kann nicht ohne Auswirkungen auf unsere Beziehungen zu diesen Ländern bleiben"* Es ist aber unverkennbar, daß die SU nach wie vor – mag das nun Wunschdenken sein oder nicht – davon ausgeht, daß sich die „Vernunft" im Westen durchsetzen werde, wobei sie ihren Beziehungen zu Japan und den führenden EG-Staaten BRD und Frankreich besonderes Gewicht beimißt. *„Auf dem europäischen Kontinent entwickelt sich die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Ländern beider Systeme ungeachtet der Anstrengungen der Entspannungsgegner im großen und ganzen nicht schlecht".* Die SU-Führung geht nicht davon aus, daß der Zug für sie bereits abgefahren sei.

Konsequenzen

Die Sowjetunion steckt in einem unlösbaren Dilemma: Sie kann bei der Aufrüstung qualitativ nicht mithalten, die ökonomische Belastung durch das ihr aufgezwungene Wettrüsten ist für die SU erheblich größer als für die imperialistischen Konkurrenten, und ein präventiver Angriff beim jetzigen Stand der Rüstung hieße keineswegs, daß ein Atomkrieg für die SU siegreich enden könnte, da beim momentanen Stand weder die SU noch die USA durch einen atomaren Erstschlag die Fähigkeit des Gegners zum Zweitschlag beseitigen könnten. Ein präventiver Angriff beziehungsweise das rasche Herbeiführen der Eskalation ist deshalb für die Sowjetunion keine Alternative zum weiteren Wettrüsten. Die bisherige Politik der Sowjetunion spricht meines Erachtens eher dafür, daß die SU weiterhin auf Zeitgewinn arbeiten wird, daß sie versuchen wird, soweit wie irgend möglich Rudimente der „Entspannungspolitik" zu erhalten. Die SU wird bzw. tut das natürlich schon, die „realistisch denkenden Kreise" des Imperialismus gegenüber den aggressiven Teilen zu stärken versuchen, d.h. unter den gegebenen Verhältnissen die Sozialdemokratie. Die SU fährt dabei mehrgleisig. Sie baut erstens auf die Friedensbewegung, von der sie sich erhofft, daß diese *„die Regierungen Westeuropas dazu veranlassen (wird), von ihren überseeischen Partnern die Bereitschaft zu fordern, der Stimme der Vernunft Gehör zu schenken"* (so zitierte die „Sowjetunion heute" Nr.5/1981 zustimmend einen Teilnehmer des Pariser Treffens 1980). Sie baut zweitens auf die „Vernunft" der europäischen Staaten, auf deren Einsicht, daß eine nukleare Auseinandersetzung ihr Herrschaftsgebiet in eine Wüste verwandeln würde. (Dieser Einsicht hilft die SU etwas nach mit Formulierungen, wie der zitierten Breschnews, „schon gleich zu Anfang" würde Europa untergehen).

Das heißt, daß die SU selbstverständlich die Kriegspolitik der NATO registriert, aber diese nicht als endgültig ansieht, sondern davon ausgeht, daß sich mit Hilfe der Friedensbewegungen in Europa die „Realisten" durchsetzen und diese aus wohl verstandenem Eigeninteresse die USA von ihrem Kurs abbringen werden. Daraus folgt meines Erachtens, daß die SU den Eindruck vermeiden m u ß, sie strebe eine „rasche Konfrontation" an, sondern umgekehrt der Friedensbewegung und den „realistisch denkenden Kreisen" den Spielraum erhalten muß, d.h. sich betont verhandlungs- und kompromißbereit geben muß. Meiner Ansicht nach wird die SU, soweit das aus ihrer bisherigen Politik ersichtlich ist, nicht auf Konfrontation setzen. Eine solche Politik der durch einen Erstschlag herbeigeführten direkten Konfrontation käme für sie bestenfalls u n m i t t e l b a r vor einem imperialistischen Angriff in Frage.

Die Politik der SU scheint mir aktuell viel eher darauf hinauszulaufen, daß sie - mit der Hoffnung auf Zeitgewinn - zurückweichen wird und insbesondere Konflikte mit den EG-Staaten vermeiden wird; d.h. in der Konsequenz dazu beitragen wird, die „Entstehung von Brandherden" zu vermeiden, indem sie beispielsweise Befreiungsbewegungen nicht unterstützt, wenn dies zu Konflikten mit dem Imperialismus führt. Es ist durchaus klar, daß Zugeständnisse der SU die Aggressivität des Imperialismus nicht beseitigen und sein Endziel,die Zerstörung des „realsozialistischen Blocks", nicht aufheben können. Zusammen mit der ökonomischen und militärischen Unterlegenheit der SU ergibt sich daraus, daß die SU zunächst darauf setzen muß, daß der Imperialismus entweder durch innere Kämpfe in den imperialistischen Staaten beziehungsweise Kriege in der „Dritten Welt" („Vietnam-Schock") geschwächt wird oder aber daß erneut innerimperialistische Widersprüche den Gegensatz zur SU überdecken (wie in der Anti-Hitler- Koalition). Die SU wird daher besonders auf die „Stabilität in Europa" achtgeben, was nicht nur erweiterte „ vertrauensbildende Maßnahmen", Good-Will-Demonstrationen wie den Truppenabzug aus der DDR einschließt, sondern mindestens ebenso ein „kooperatives" Verhältnis zu den EG-Mächten. Das größte Problem für die SU in Hinsicht auf ein Arrangement mit dem europäischen und vor allem dem BRD-Imperialismus dürfte in den kleineren RGW-Staaten liegen; erstens weil ganz aktuell Polen zu einem gefährlichen Konfrontationspunkt zu werden droht; zweitens, weil der BRD-Imperialismus politisch und ökonomisch die Rückeroberung der „Ostgebiete" betreibt.

Ich bin zwar mehr als skeptisch, ob die Rechnung der SU aufgeht, denn bislang sieht es eher so aus, daß der BRD-Imperialismus auf Gedeih und Verderb bereit ist, die Kriegspolitik der USA zu unterstützen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß es bislang keinerlei Anzeichen für eine Konfrontationspolitik der SU gibt. Eine Spekulation, ob die SU-Führung vielleicht sich zu einer solchen entschließt, wenn sich ihre strategischen Überlegungen als falsch erweisen, will ich nicht anstellen. Solche Spekulationen lenken eher ab davon, daß der Imperialismus erklärtermaßen auf Krieg setzt und daß die strategischen Ziele des Imperialismus (Zerschlagung des „realen Sozialismus" und der Befreiungsbewegungen) unabhängig von der Politik der SU sind.

J.,RGW-Kommission

Selbstkritik an der Politik des KB zurückhalten, daß aber eine konkrete Auseinandersetzung mit der KB-Politik und vor allem die Nennung von konkreten Alternativen dazu fehlt. Die beiden Genossen beschränken sich auf einen, allerdings sehr überzeugenden Appell, daß alles anders werden müsse, daß die KBler besser geschult werden müssen, daß sie Lenin's „Was tun" lesen sollten, daß es höchste Zeit für eine revolutionäre Strategie sei, daß es die dringend notwendige Aufgabe sei, mit sozialistischen Zielen den neuen Massenbewegungen gegenüberzutreten, daß man/frau seinen/ihren Kopf benutzen muß und nicht nur auf seinen/ihren Bauch hören darf, usw. Die Tatsache, daß die gleichen Appelle schon vor über einem Jahr anläßlich des 1. KB-Kongresses formuliert wurden (die beiden Genossen zitieren lange Passagen aus den Kongressmaterialien) und daß sich seitdem nichts qualitativ an der KB-Politik geändert hat, zeigt, daß mit solchen Appellen allein nichts zu verändern ist. Was fehlt, sind eben konkrete Vorschläge und der innerorganisatorische K a m p f für diese Vorschläge und Alternativen! Um die Diskussion in diese Richtung weiterzuführen, ein paar Bemerkungen dazu: *„Die Bedingungen für die Entwicklung einer linken, auch einer revolutionären Politik waren in der Geschichte der BRD kaum jemals so günstig. Es kommt jetzt wesentlich darauf an, p l a n v o l l e revolutionäre Politik zu machen – d.h. in die sich entwickelnden Bewegungen mit theoretischen und ideologischen Positionen hineinzu wirken. Die revolutionäre Linke muß ihre eigene Erschlaffung und die Krise in ihren Köpfen überwinden".* So in schöner Klarheit die beiden Genossen. Das heißt doch aber, daß es angesichts einer Situation, wo es immer offensichtlicher wird, daß der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die menschlichen Grundbedürfnisse nach genügend Arbeitsplätzen, nach sozialer Sicherheit, Frieden und gesunden und erträglichen Lebensbedingungen zu erfüllen, wo gewaltige Protestbewegungen entstehen und wo trotzdem ein großer Teil der Linken demoralisiert und resigniert Abschied vom Proletariat nimmt, von der Krise des Marxismus redet und sich in einem oberflächlichen Subjektivismus gefällt, daß es angesichts einer solchen Situation höchste Zeit ist, daß die wenigen übriggebliebenen revolutionären Sozialisten mit aller Kraft in die Offensive gehen, die sozialistischen Positionen verteidigen und auf allen Ebenen ihre sozialistischen Ziele propagieren. Es ist doch höchste Zeit, daß der authentische,
schen Positionen verteidigen und auf allen Ebenen ihre sozialistischen Ziele propagieren. Es ist doch höchste Zeit, daß der authentische,
der revolutionäre Sozialismus wieder glaubhaft, attraktiv und w ä h l b a r wird. Aber wie soll das geschehen, wie soll eine sozialistische Massenbewegung entstehen, wenn selbst Organisationen wie der KB, die immer noch ein kommunistisches Selbstverständnis haben, darauf verzichten, ihre sozialistischen Positionen öffentlich zu verteidigen und zu propagieren; wenn der KB wegen k u r z f r i s t i g e r Erfolge in den neuen Protestbewegungen auf eine planvolle, revolutionäre Politik verzichtet? Wenn die beiden Genossen mit ihrer Analyse recht haben, und meiner Ansicht nach haben sie hundertprozentig recht, dann ist doch die gegenwärtige Politik des KB in der Wahlbewegung nahezu ein politisches Verbrechen! Es ist eine Preisgabe jeglicher sozialistischer Strategie und Zielsetzung, wenn man/frau darauf verzichtet, Arbeiter und Angestellte für klar formulierte sozialistische Ziele zu gewinnen, und sich stattdessen mit diffusen Protestwählern zufrieden gibt; wenn an die Stelle eines sozialistischen Programms ein Sammelsurium von Forderungen, eine w i l l k ü r l i c h e Zusammenstellung von „persönlichen Betroffenheiten" zur Wahl gestellt wird. Angesichts der immer eindeutiger werdenden Alternative, Sozialismus oder tödliche Barbarei, ist eine solche Politik ein Verbrechen an den Interessen der Arbeiter und der ganzen Menschheit. Wie schreiben die beiden Genossen ganz richtig: *„Es gibt heute nicht weniger Grund als vor zehn Jahren, anzunehmen, daß die Mobilisierung der Massen gegen Krieg und Faschismus und für die Abschaffung des Kapitalismus ohne eine revolutionäre Strategie und eine sie tragende revolutionäre Organisation zu erreichen wäre. Im Gegenteil: Die vor uns liegende Bedrohung verlangt ungleich mehr bewußte Konzentration der theoretischen und politischen Kräfte und ein Höchstmaß organisatorischer Effektivität, wenn auch nur die geringste Hoffnung bestehen soll, den imperialistischen Kriegstreibern in den Arm fallen zu können".* Mit seiner bisherigen Wahlpolitik kehrt der KB eine alte revolutionäre Lehre in ihr Gegenteil um; die Lehre nämlich, die Karl Liebknecht einst zusammengefaßt hat in die Worte: Erst Klarheit, dann Einheit! Um der Einheit mit diversen Bunten, Grünen und Alternativen willen verzichtet der KB auf die sozialistische Klarheit. In der vagen Hoffnung, dadurch die 5%-Hürde leichter zu überspringen, d.h. mehr Wählerstimmen zu bekommen, verzichtet der KB auf programmatische, sozialistische Aussagen. Was unterscheidet ein solches Manöver von den zahlreichen Wahlmanövern der bürgerlichen Parteien? Und das Ganze nur wegen der Hoffnung, daß bunte oder alternative Kandidaten ins Parlament gewählt werden und daß dadurch so viel an Veränderung passiert, daß sich die Entwicklung des politischen Bewußtseins der breiten Massen beschleunigt. Ich halte diese Hoffnung für naiv und falsch. Was nützen denn alternative Abgeordnete, die den Glauben an die revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse verloren haben, die keine klaren Vorstellungen über die kapitalistische Klassengesellschaft und keine Strategie zur Erkämpfung einer gesellschaftlichen Alternative haben? Wo ist die Garantie, daß diese Abgeordneten nicht genausoviel Mist machen, wie die anderen auch? Warum soll ich einen Otto Schilly oder Gerald Klöpper oder den anderen alternativen oder grünen Abgeordneten mehr trauen als einen Coppik oder Hansen? Die ganze geschichtliche Erfahrung der Arbeiterbewegung und selbst die wenigen Erfahrungen mit alternativen Parlamentariern in der jüngsten Zeit belegen doch, daß solche Abgeordnete lediglich eine kurze Zeit den parlamentarischen Betrieb stören und dann auch in den parlamentarischen Sumpf der faulen Kompromisse fallen. Schauen wir uns doch die Erfahrungen hier in Eimsbüttel an: Den beiden Abgeordneten der „Bunten Liste" wurde von Beginn ihrer Parlamentsarbeit an der Vorwurf von der SPD, der CDU gemacht, daß sie ja gar nicht ernsthaft mitarbeiten wollen, daß sie nur Spektakel machen wollen, usw. Beide sind prompt in diese Falle reingelaufen und haben sich zu 150% Parlamentariern entwickelt, um diesen Vorwürfen zu entgehen. Sie bemühen sich in jedem Ausschuß, Unterausschuß mitzuarbeiten, stöhnen unter der Last der wenig ergiebigen Papierarbeit, jammern über die zu geringe Unterstützung durch die „Basis" und müssen doch immer wieder feststellen, daß die einzelnen Abgeordneten nur machtlose Rädchen im kapitalistischen Macht- und Entscheidungsmechanismus sind. Das Ergebnis ist ein, ich glaub, 40köpfiger parlamentarischer Apparat, mit einem (oder zwei?) Hauptamtlichen. Und das bei zwei Bezirksabgeordneten! Die parlamentarische Arbeit hat sich ver-
scher Apparat, mit einem (oder zwei?) Hauptamtlichen. Und das bei zwei Bezirksabgeordneten! Die parlamentarische Arbeit hat sich ver-
selbständigt, ist zum Selbstzweck geworden. Das lag und liegt nicht an den beiden Frauen der „Bunten Liste" oder an den anderen daran beteiligten Individuen. Das liegt an der Logik des Systems: Wenn man/frau sich an die parlamentarischen Spielregeln hält, dann wird man/frau vom paralamentarischen System gefressen. Und den parlamentarischen Spielregeln läßt sich nur ausweichen – d.h. daß man/frau sowohl ultralinke als auch opportunistische Fehler vermeidet und trotz Parlamentszugehörigkeit Revolutionär/in bleibt – wenn man/frau gemeinsam die kapitalistische Wirtschaftsordnung bekämpft; wenn die Parlamentsarbeit nur ein, vorwiegend propagandistisches, Mittel ist. Nur bei größtmöglicher Klarheit in der revolutionären Strategie ist man/frau in der Lage, sich taktisch richtig zu verhalten, besonders im Parlament. Und die gleichen Erfahrungen und Entwicklungen wie in Eimsbüttel machen a l l e bunten, alternativen und grünen Listen durch, bzw. werden sie durchmachen.

Die beiden Genossen sprechen völlig zu Recht von der Notwendigkeit, die Massen zu gewinnen, langfristig und strategisch zu arbeiten und von der Notwendigkeit, auf die SPD und die Gewerkschaften einzuwirken, und stellen die Fragen: *„Wie kann der e n g e r e* (Herv. v. mir) *Zusammenschluß jenes Teils der Bevölkerung vorangetrieben werden, der heute schon an lebenswichtigen Fragen in Opposition zur herrschenden Politik steht? Was kann zur Einbeziehung weiterer Teile der Bevölkerung ... getan werden? Was kann gegen die Gefahr eines politischen und ideologischen Roll Back getan werden, die von einer wieder in der Oppositionsrolle befindlichen SPD ausgehen würde?"*

Die Antwort kann nicht in einem möglichst breiten Bündnis auf einer unklaren und unverbindlichen Grundlage liegen, sondern nur im Kampf für eine klare, programmatische Grundlage, die klar und eindeutig die Ursachen der kapitalistischen Krise und die Verantwortlichen für Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung benennt, die das ändern und bekämpfen kann und auf diese orientiert; und die klar die gesellschaftliche, sozialistische Alternative zeigt. Die beiden Genossen stellen richtig fest, daß keine sozialistische Organisation alleine in der Lage ist, für eine solche sozialistische Plattform eine breite Unterstützung zu finden. Es ist daher dringend notwendig, daß sich die sozialistischen Organisationen zusammensetzen, die die Notwendigkeit des Kampfes der Arbeiterklasse anerkennen, die von der Notwendigkeit und Möglichkeit des Sozialismus ausgehen, und die nicht blind und unkritisch einem „sozialistischen Vaterland" hinterherrennen, und daß diese Organisationen eine solche sozialistische Plattform ausarbeiten und bei Wahlen präsentieren. Ein solches Vorgehen ist die p o l i t i s c h n o t w e n d i g e und einzig sinnvolle E r g ä n z u n g zu den breiten Aktionseinheiten zu einzelnen, konkreten Problemen, wie Kampf gegen AKWs, gegen Aufrüstung, gegen Rassismus, gegen Frauenunterdrückung, usw.

Ich hoffe, daß auch der KB diese Einschätzung (demnächst) teilt und daß die Diskussion weiter geht.
Schöne Grüße
Ein Genosse der GIM

*

Einigermaßen merkwürdig nimmt sich im Artikel der beiden Hamburger Genossen die vollständige Ausblendung der wieder erwachenden spontanen Arbeiterbewegung in der BRD aus; ich denke dabei an die Warnstreiks und Demonstrationen von 1,5 Mio Metallarbeitern in der diesjährigen Tarifrunde, die Kämpfe der Stahlarbeiter um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und an so symptomatische und in vielerlei Hinsicht in die Zukunft weisende Ereignisse wie Verlauf und Ergebnis der Betriebsratswahlen bei HDW Hamburg. (1)

Die beiden Genossen benennen richtig die Anti-Kriegs- und Anti-Atom-Bewegungen sowie die neue Jugendbewegung, die sich aktuell am stärksten im Kampf gegen Wohnraumnot und Polizeistaatstendenzen äußert, als die wichtigsten und stärksten politischen Bewegungen seit der APO, die sich aller Voraussicht nach auch noch erheblich weiterentwickeln werden. Nur darf m.E. dabei nicht übersehen werden, daß der hauptsächliche soziale Träger dieses Protestes – wie bei der APO – nach links tendierende kleinbürgerliche Schichten sind. Genau hier ist die auch von den Genossen konstatierte Anfälligkeit eines großen Teils der Bewegung für sozialdemokratische Manöver einer sich wieder in der
auch von den Genossen konstatierte Anfälligkeit eines großen Teils der Bewegung für sozialdemokratische Manöver einer sich wieder in der
Opposition befindenden SPD begründet, sowie die entsprechende Tendenz des anderen Teils zur unpolitischen Verselbständigung militanter Aktionen. Das Verhalten der Arbeiterklasse zu den oben genannten Protestbewegungen reicht von Beteiligung von Teilen der Arbeiterjugend, Sympathie einer Minderheit, Indifferenz des wahrscheinlich größten Blocks bis zu aktiver Unterstützung der Regierungspolitik oder sogar der CDU/CSU durch eine nicht unbeträchtliche Minderheit. Die Z u s a m m e n f ü h r u n g von politischen Protestbewegungen und spontaner Arbeiterbewegung, ihre Verschmelzung zu einer einheitlichen Bewegung würde nicht nur zu einer allgemeinen Verstärkung und Verstetigung dieser Kämpfe führen, sonder insbesondere den Herrschenden ihr Spiel erschweren, die eine gegen die andere Bewegung auszuspielen, sich Zugeständnisse gegenüber der einen Bewegung mit einer Unterstützung für die Unterdrückung der anderen bezahlen zu lassen.

Die Machbarkeit einer solchen Zusammenführung ist wiederum, was die subjektive Seite der Sache angeht, von hauptsächlich zwei Faktoren abhängig: 1. von der Politik derjenigen, die in den aktuellen Protestbewegungen mehr oder weniger zufällig an die Spitze gelangen, d.h. ob von hier eine politische Orientierung gegeben wird, die jenseits von opportunistischer Anpassung an die SPD einerseits und sich verselbständigender Militanz andererseits liegt. (2)

2., und dieser Punkt fällt im Papier der zwei Hamburger Genossen leider so total unter den Tisch: die Rißbildung, die sich in der sozialdemokratischen Beherrschung der Arbeiterbewegung abzeichnet, verdient die allergrößte Aufmerksamkeit und tätige Förderung seitens der revolutionären Linken in der BRD. Diese Rißbildung wird sich im Zuge der Weiterentwicklung der ökonomischen Krise, die nach Aussagen bürgerlicher Wirtschaftsfachleute diesmal durchaus vier bis fünf Jahre anhalten könnte, spontan vertiefen und vergrößern. Revolutionäre mit einem kommunistischen Selbstverständnis müßten eigentlich wie zu Beginn der 70er Jahre hier eine ihrer wichtigsten politischen Aufgaben erblicken.

Die Bedingungen für eine solche Arbeit sind m.E. heute weit günstiger als damals. Einerseits war ‚Betriebsarbeit' im und am Betrieb damals zum Teil in Mode bei einer politisch völlig unerfahrenen, in Marxismus-Leninismus machenden Schüler- und Studentenbewegung. Hinzu kam, daß die dort zunehmende Begeisterung für Betriebsarbeit im umgekehrten Verhältnis stand zu einer bereits wieder abflauenden spontanen Arbeiterbewegung – das Resultat war Sektenwesen.

Heute ist die Ausgangssituation anders:

O b j e k t i v: 1. Weitere Zuspitzung und vermutlich chronisch werdende Wirtschaftskrise mit einer Zunahme spontaner ökonomischer Kämpfe, die auch die bislang praktizierten, von der Gewerkschaftsführung vollständig kontrollierten Tarifrundenrituale sprengen könnten und ganz allgemein zu vermehrten Konflikten der Arbeiter mit „ihrer" Partei, der SPD, führen müßten. 2. Starke politische Protestbewegungen mit einer für die Arbeiter nicht unerheblichen Austrahlungskraft und einer damit einhergehenden zunehmenden politischen Diskreditierung der SPD, soweit sie dann noch Regierungsverantwortung trägt.

S u b j e k t i v: 1. Eine vergleichsweise größere Zahl von im Laufe einiger Jahre allgemeinpolitisch sowie betriebs- und gewerkschaftspolitisch gewitzter Genossen (ich habe hierbei wie im folgenden selbstverständlich nicht nur den KB im Auge).

2. Eine wachsende Zahl von Genossen, die die primär Nabel beschauende, sich im ewigen Kreise drehende Krisendebatte ohne Perspektive allmählich satt hat und die auf der Basis einer wirklich durchdachten und begründeten Strategie und Taktik auch bereit ist, wieder mehr persönlichen Einsatz zu zeigen.

3. und dies ist wohl am wichtigsten, wird auch auf diesem Arbeitsfeld auf die gewachsene Bereitschaft der Linken zur Diskussion, zum Erfahrungsaustausch und zur Koordination gemeinsamer Projekte zu bauen sein. Es liegt doch geradezu auf der Hand, die auf den Sektoren der Anti-Kriegs- und Anti-Atom-Bewegung so erfolgreich praktizierten Methoden der fallweisen Zusammenarbeit und der permanenten Diskussion der verschiedenen Ansätze, Erfahrungen und Perspektiven über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg anzuwenden für eine Reaktivierung der westdeutschen Arbeiterlinken.

Hierin und in einer damit verbundenen Erarbeitung von Orientierungen hinsichtlich wachsender Arbeiterkämpfe sowie der Schaffung loser Strukturen zum Zwecke der Information und Koordination müßte der Schwerpunkt neuer betriebs- und gewerkschaftspolitischer Anstrengungen sein. Dies in deutlicher Abgrenzung zu lediglich Sektenlogik folgenden „Hinein in den Betrieb"-Kraftakten mit Schülern und Studenten oder Genossen mit völlig anderen beruflichen und politischen Interessen wie in der ersten Hälfte der 70er Jahre.

Damals wurden z.B. Bedürfnisse nach beruflicher Qualifikation und Weiterbildung generell als „Wunsch in die Arbeiteraristokratie aufzusteigen" und „Verrat" abgekanzelt.

Aber auch die politische Bildung (Schulung u.a.) der Betriebsgenossen war im Grunde nicht gefragt, weil nicht zweckdienlich einer Politik, die primär die möglichst zahlreiche (!) „Verankerung in der Arbeiterklasse" in Gestalt der nackerten Anwesenheit ihrer Sektenangehörigen im Betrieb wollte, verbunden mit der Vorstellung, daß zahlreiche Präsenz die Arbeiter umso rascher zu Anhängern der Sekte machen und zur Verwirklichung ihrer Konzepte treiben würde. Dies, und nicht die Entwicklung der wirklichen Bewegung, war der Hauptinhalt der damaligen „Betriebspolitik" umso mehr, als diese Bewegung teilweise zum vollständigen Stillstand gekommen war.

Diese in jeder Beziehung gescheiterte Politik haftet sicher noch in der Erinnerung vieler Genossen mit „Betriebserfahrung" und dürfte mit einer der größten Steine auf dem Weg zu einer Neubelebung der Diskussion zum Zwecke neuer betriebs- und gewerkschaftspolitischer Anstrengungen sein.

Anmerkungen:

(1) Hier soll die die Belegschaftsmehrheit repräsentierende, gegen die offizielle IGM-Liste neugewählte BR-Mehrheit aus der IGM ausgeschlossen und so ohne irgendwelchen gewerkschaftlichen Schutz den HDW-Kapitalisten zum Abschuß freigegeben werden.

(2) Hieraus wird deutlich, daß es nicht um eine Reduzierung des Engagements in diesem Bereich zugunsten von Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit gehen kann.

Mit freundschaftlichem Gruß
Ein AK-Leser aus Hamburg

Leserbrief zur AK-Konzeption

Der neuerliche Rückgang der AK-Auflage auf 7.000 Exemplare wirft mal wieder verstärkt die Fragen nach dem Zustand der Organisation und der Finanzsituation für den AK auf. Gerade Letztere müßte ziemlich schlecht aussehen, denn die Preiserhöhung wird kaum die erforderlichen Gelder zur Deckung der Unkosten reingebracht haben (bei uns z.B. nur ca. 30 % Mehreinnahme) und das Abrechnungsverhalten hat sich im Zuge der Krise nicht verbessert. Um hierüber jedoch weniger spekulieren zu müssen und Grundlagen zu haben für eine Diskussion um die Absicherung des AK-Erscheinens, halte ich es für sinnvoll, die gesamte Organisation über den Finanzzustand und die Entwicklung des r e a l e n Verkaufs zu informieren.

Sollte die finanzielle Lage gemäß meiner Annahme tatsächlich sehr schlecht sein, dürfte es zwei Möglichkeiten zur Rettung des AK - und damit des zentralen Zusammenhalts der Organisation – geben: entweder den AK in Umfang und Preis zu senken (24 Seiten/ 2 DM) oder das noch vorhandene Potential der Organisation für den Erhalt des AK zu mobilisieren. Die Verwirklichung der ersten Möglichkeit bedeutet einen tiefen Schnitt und würde innerhalb der AK-Leserschaft sicher u.a. zu der Reaktion führen, den AK nicht weiter zu kaufen. Ich vermute aber in Einschätzung der Bremer Situation (50 % und mehr Kontaktverkauf), daß das ein verkraftbares Echo wäre. Unsicherer bin ich mir da schon über die Art und Weise, wie uns die Umstellung auf diese Konzeption gelänge, aber bei der Reduzierung des Umfangs von 64 auf 48 Seiten hat es schließlich auch geklappt, als die Sachzwänge es nicht mehr anders zuließen. Selbst bei diesem Konzept wäre der AK weiterhin erheblich aktueller als die „Z" oder die „hefte für demokratie und sozialismus" und hätte weit mehr Raum zur Verarbeitung von Informationen. Und letztlich bleibt noch die ökonomische Keule: besser einen anderen AK als keinen!

Die Verkaufszahlen des AK in seiner jetzigen Form zu steigern, wird wegen des inneren Zustandes des KB nicht leicht sein, denn obgleich sich die objektiven Bedingungen für den Verkauf verbessert haben (Aufschwung der spontanen Bewegung, Antikriegskampf), ließ die innere Krise eine Steigerung des Verkaufs nicht zu. Der Apell an die Finanzkraft der Genoss/inn/en reicht nicht aus; notwendig ist die breite, alle Ortsgruppen erfassende Diskussion um Aufgabe und Notwendigkeit einer kommunistischen Zeitung. Die vier von D. in AK 201 genannten Punkte stellen den groben Rahmen her:

- „Umfassende Information über die Kämpfe der Arbeiterklasse, der demokratischen und sozialen Bewegungen.
- Information und Analysen über die Politik der Bourgeoisie und der Reaktion zu liefern.
- Darstellung der Positionen und der Politik des KB; Auseinandersetzung mit der Politik und den Positionen anderer Organisationen und Strömungen.
- Als ‚Kollektiver Organisator' zu wirken. D.h., Menschen für die Politik des KB zu gewinnen; sei es als Mitglieder oder Sympathisant/inn/en ..."

Gerade aus solcher Betrachtungsweise muß ich kritisieren, daß D. im Abschnitt „Verkauf" einseitig Kioskverkauf, Werbung etc. in den Vordergrund rückt. M.E. sollte das Ziel dieser p o l i t i s c h e n AK-Kampagne sein, die Einsicht in die besondere Notwendigkeit der kommunistischen Zeitung zu vertiefen, ihre Bedeutung für die Entwicklung politischer Kämpfe zu erkennen, und aus diesen Gründen heraus dem AK-Verkauf für die eigene politische Arbeit zentralen Platz einzuräumen. Sinn in diesem Vorgehen sehe ich nur, wenn es auf nationaler Ebene in Gang gesetzt wird. Vereinzelter Beginn von Ortsgruppen mit dieser Auseinandersetzung wird die gegebenen Probleme nicht lösen können.

Gen. aus Bremen



Arbeiterbuch:

Offener Brief an unsere Freunde und Kunden

Wir möchten Euch – unsere Freunde und Kunden – über die gegenwärtige Lage und Entwicklung des Ladens informieren. Viele haben uns in den vergangenen Wochen gefragt, wie es nun angesichts der Schwierigkeiten mit dem Mietvertrag weitergeht. Bekanntlicherweise wurde unsere Miete von 1900 DM auf ca. 4000 DM erhöht. Bei unserer wirtschaftlich sowieso nicht so rosigen Lage hätte diese Miete eigentlich das „Aus" bedeutet. Doch wir haben uns entschlossen weiterzumachen, weil das arbeiterbuch u.E. für die Hamburger Linke und demokratische Bewegung eine nicht unerhebliche Bedeutung hat.
Natürlich hat auch die Linke eine erhebliche Bedeutung für das a.b. (arbeiterbuch). Wir glauben, daß es gemeinsam mit Euch möglich ist, die anstehenden Probleme zu lösen und damit die Existenz einer wichtigen Vertriebsstelle für fortschrittliche Literatur zu sichern.

Entwicklung des ab und heutige Lage

Unser Weg als älteste linke Hamburger Buchhandlung vom Raubdruckladen zur großen Buchhandlung mit einem Sortiment von 25 000 bis 30 000 Büchern – heute haben wir aus verschiedenen Gründen Existenzprobleme

Das ab gibt es nun schon über 10 Jahre. Damals stand der linke Buchhandel am Anfang seiner Entwicklung. Linke Texte in bürgerlichen Verlagen gab es kaum, linke Verlage auch noch wenige. Viele Texte konnte man nur als Raubdruck herstellen und vertreiben.

Als Teil der Hamburger Linken haben wir eine wechselvolle Geschichte durchgemacht: mit Durchsuchungen und Prozessen, mit zahlreichen politischen Debatten und Kontroversen, als wichtige Anlaufstelle für Informationen, aktuelle Flugblätter und Wandzeitungen und — last not least — als ein Zentrum für kritische und emanzipatorische Literatur.

Wirtschaftlich war die Situation in den 10 Jahren in etwa ausgewogen. Verlustjahre konnten im Großen und Ganzen durch Jahre mit Gewinnen ausgeglichen werden. Allerdings wurde für eine Renovierung nie etwas zurückgelegt. In den letzten Jahren hat sich die Situation allerdings verschlechtert.

Die gallopierenden Kosten können nur durch sehr erhebliche Umsatzsteigerungen aufgefangen werden, allein die jüngste Mieterhöhung erfordert 75.000 DM Mehrumsatz.

Nachdem wir 1980 vergeblich billigere Räume in ähnlich günstiger Lage gesucht hatten, entwickelten wir eine Konzeption, nach einer Übergangsfrist und neuen Anstrengungen einen kostendeckenden Umsatz von 920.000 DM (jetzt knapp 700.000) zu erreichen. 1984 versuchen wir soweit zu sein. Es wäre u.E. sowohl für das linke und radikaldemokratische Publikum als auch für die Uni mit immerhin 35.000 Studenten bedauerlich, wenn gerade in der heutigen politischen Situation der linke Buchhandel sich verkleinerte und weniger pluralistisch strukturiert wäre. (Für Interessenten gibt es noch ein detaillierteres Papier zur finanziellen Situation und Planung.)

Unser Selbstverständnis heute

Früher hauptsächlich ein KB-orientierter Laden – heute eigenständige linke Buchhandlung, die auch anderen Gruppierungen die Möglichkeit zum Vertrieb ihrer Publikationen bietet – bei weitgehender Autonomie des Kollektivs.

In der Anfangsphase hatte das ab zwar immer ein breites, pluralistisches Sortiment ohne Ausgrenzung anderer Richtungen, verstand sich vor allem aber als Laden des KB, was in Kundenberatung und Präsentation zum Ausdruck kam.

Heute ist das Arbeiterbuch ein unabhängiger Buchladen. Das Kollektiv entscheidet in allen wichtigen Fragen selbst und besteht nicht mehr nur aus KB-Mitgliedern. Die Selbständigkeit des Kollektivs hat mittlerweile auch eine finanzielle Grundlage.

Unsere Autonomie verstehen wir aber nicht nur so, daß wir alles allein entscheiden, sondern daß wir wichtige Fragen mit Euch insgesamt diskutieren und klären. Das setzt natürlich eine Transparenz nach außen voraus, was in der Vergangenheit bei uns zu wenig der Fall war. Wir halten jedenfalls eine Art Informationspflicht für selbstverständlich. Z.B. denken wir, daß bei etwa auftretenden Gewinnen deren Verwendung im Rahmen der Hamburger Linken diskutiert werden sollte.

Unsere Tätigkeit begreifen wir vor allem als eine politische. Es geht uns darum, linke Literatur und damit vor allem fortschrittliche und alternative Ideen weiter zu verbreiten und für die Hamburger Linke auf diesem Sektor ein zentraler Ansprechpartner zu sein.

Übrigens — Gehalt beziehen wir auch. Es beträgt 1250 DM netto, bei Differenzierung nach sozialer Lage (Kind).

Zum Sortiment

Unser Sortiment hat sich gemäß der Entwicklung der Linken in den letzten Jahren vor allem im Bereich Frauen, Ökologie- und Alternativbewegung ausgedehnt. Das Antimilitarismus und Friedenssortiment wird immer mehr erweitert. Die Bereiche Arbeiterbewegung und Internationalismus werden nach wie vor „gepflegt". Neu dazu gekommen ist in den letzten Jahren vor allem ein großes Angebot an fortschrittlicher Unterhaltungsliteratur.

Zensur — Nein Danke

Als politische Buchhändler üben wir keine Zensur nach links aus. Damit nehmen wir einige Risiken auf uns. So werden öfters bei uns Bücher beschlagnahmt. Im Herbst das Anti-Strauß-Buch der HfBK, das Buch „Wege zu Wissen und Wohlstand" (Krankfeierbroschüre) sowie die Broschüre „Die Praktiken des Staats- und Verfassungsschutzes in HH" (VS-Broschüre). Wegen dieser VS-Broschüre hat Rudi gerade ein Verfahren wegen Aufrufes zu strafbaren Handlungen (Verletzung des Fernmeldegeheimnisses). Zusätzlich wird ihm wegen einer Karikatur Aufruf zum Mord vorgeworfen. Die Krankfeierbroschüre ist wieder aufgelegt, mittlerweile als Ausgabe des VLB (Verbandes des Linken Buchhandels), in dem wir aktiv mitarbeiten. Im Rahmen des Hamburger ses). Zusätzlich wird ihm wegen einer Karikatur Aufruf zum Mord vorgeworfen. Die Krankfeierbroschüre ist wieder aufgelegt, mittlerweile als Ausgabe des VLB (Verbandes des Linken Buchhandels), in dem wir aktiv mitarbeiten. Im Rahmen des Hamburger VLB geben wir mit einigen anderen Buchläden demnächst eine Literaturliste zum Antimilitarismus raus.

Was wir vorhaben, um den ab-Umsatz auf 920 000 DM zu erhöhen und damit die Existenz des ab zu sichern

Eine Neugestaltung des ab: Veränderung bzw. Verbesserung des Sortiments und seiner Präsentation, Verbesserung der Kundenberatung, Einrichtung eines Kaffeeausschankes. Dies alles im Rahmen eines größeren Umbaus mit Totalrenovierung.

Wenn das ab seine Bedeutung für den einzelnen Kunden wie auch für Initiativen und Gruppen als wesentliche Anlaufstelle für emanzipatorische Literatur beibehalten und ausbauen will, muß einiges verbessert werden. Der Laden ist nach mehr als 10jährigem „Gebrauch" total renovierungsbedürftig. Vor allem wird zu recht beklagt, daß man/frau sich schlecht zurechtfindet, die Sortimentskennzeichnung ist dürftig und der Laden insgesamt ist zu verwinkelt und unübersichtlich und hat zu viele (bisweilen staubige) Ecken. Noch nicht optimal gelöst ist die Möglichkeit für Initiativen und Organisationen, ihre Publikationen übersichtlich zu präsentieren und auf Veranstaltungen etc. hinzuweisen. Immerhin besuchen täglich mehrere hundert Menschen den Laden und wir messen dieser Seite eine erhebliche Bedeutung bei.

Diesen Problemen wollen wir mit einem Umbau im September d.J. (siehe unten) zu Leibe rücken und damit eine kritische Überprüfung unserer Arbeitsorganisation verbinden.

Was das Sortiment selbst betrifft, möchten wir in weit stärkerem Maß mit Initiativen, politischen Gruppierungen und „Experten" zusammenarbeiten. Wir glauben, daß die „Profis" in den jeweiligen Bereichen (z.B. im etwas im argen liegenden sozialwissenschaftlichen Sektor) vielfach über größeres Detailwissen verfügen als wir. Und den politischen Initiativen macht es sicher mehr Spaß, einen Büchertisch aus einem gut geführten Sortimentsbereich zusammenzustellen, den sie selbst mitgestaltet haben. Durch die von uns angestrebte intensivere Kommunikation möchten auch wir selbst gern profitieren und sind unsererseits gern bereit, den uns Unterstützenden soweit gewünscht buchhändlerisches „Know-how" zu vermitteln. Besonders mit „Uni-Leuten" würden wir gern mehr Kontakt haben, um unser Sortiment und unseren Service auch auf diesem Gebiet attraktiver zu machen.

Wir denken an die Einrichtung eines Unterstützerkreises, dessen Mitglieder über die angesprochenen Dinge hinaus Lust haben, hier und dort etwas mit anzupacken (vor allem bei Dingen, die wir verstärkt betreiben wollen: Werbung, Lesungen, a.b.-Infos, Büchertische u.a.). Dafür wollen wir verschiedene Arbeitsgruppen gründen. Da wir durch Routinearbeit (bei knapper Personallage) stark beansprucht sind, lassen sich unsere Pläne für ein qualitativ erheblich verbessertes a.b. nur mit Freund(inn)en und an der Sache Interessierten g e m e i n s a m in Angriff nehmen, wobei wir den Nutzen durchaus beidseitig sehen.

Um auch personell wieder besser „präsent" zu sein (auch da gab es Klagen), suchen wir eine Kollegin, deren Qualifikation vor allem auf sozialwissenschaftlichem Gebiet (Politologie, Soziologie, Psychologie) liegen sollte. Interessierte bitte melden!

Zum Umbau

Der Umbau und die Totalrenovierung sollen den Laden übersichtlich und freundlicher machen. Aus den vier kleinen Einzelräumen sollen zwei große Ladenräume werden (Büro und Lager kommen in neu angemietete Kellerräume). Wir haben dann mehr Überblick und können auch bessere Kundenberatung garantieren. Alle Ecken und Winkel sollen nach Möglichkeit verschwinden. Eine „besondere Attraktion" soll in einem Teilraum der Kaffeeausschank werden, wo man sich gemütlich niederlassen kann. Die großen Räume lassen sich dann auch besser für Lesungen benutzen. Für den Umbau suchen wir noch massenhaft Helfer/innen . . .

Das ‚Dicke Ende' kommt jetzt oder Unser Finanzierungsplan

Das ‚Dicke Ende' kommt jetzt oder Unser Finanzierungsplan

Der Umbau und die Anlaufphase bis zum erreichten Umsatzziel kosten noch eine Menge Geld. Wir suchen Kapital in jeder Form: Spenden, Beteiligungen am arbeiterbuch, aber auch Darlehen. Bei Beteiligungen am ab (stille Gesellschafter, aber auch Kommanditisten) kann man außerdem Steuern sparen, denn man erhält zwischen 25% und 40% seiner Einlage vom Finanzamt zurück.

Aufgrund unserer prekären Kostenstruktur sind gegenwärtig unsere Finanzmittel arg strapaziert und uns bleibt nur übrig, Euch um Unterstützung zu bitten. Doch zunächst der Einblick in die Zahlen, dann zum Katalog von Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung:

In unserer Finanzrechnung haben wir eine Planung für die nächsten 3 Jahre gemacht. Als erstes ist der Betrag für den Umbau zu nennen. Zweitens rechnen wir damit, daß wir erst im Jahr 84 unser Planziel 920 000 DM Umsatz erreicht haben und auch erst in diesem Jahr aus der Verlustzone sind. Bis dahin fallen also Verluste an. Der dritte Betrag ist Eigenkapitalausstattung, damit wir etwas sicherer dastehen und nicht bei jeder kleinen Flaute Existenzprobleme kriegen. Z.B. damit wir kreditfähig werden. Der vierte Betrag - Entschuldung - dient zum Ausgleich von Forderungen, die uns gegenüber bestehen.

Finanzbedarf		DM
Umbaukosten		80 000
Verluste 81	20 000	
82	13 000	
83	7 000	
		40 000
Eigenkapital		30 000
Entschuldung		30 000
Finanzbedarf		180 000

von diesen 180 000 DM haben wir knapp die Hälfte aufgetrieben: 80 000 DM aus einer Erbschaft. Es bleibt ein Restbetrag von 100 000DM. (Übrigens: Unser Finanzplan ist auf Anforderung auch erhältlich.)

Wir haben an einen vielseitigen Katalog von Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung gedacht.

1. Spenden

Jeder Betrag — unabhängig von der Größe — ist uns willkommen. Spenden können auf oben angegebenes Konto einbezahlt werden oder an der Kasse in eine Spendendose geworfen oder bezahlt werden.

2. Einlagen

Wir bieten euch an, euch am arbeiterbuch zu beteiligen. Dabei haben wir an Bausteine von jeweils 500 DM gedacht. Ein Nebenaspekt dieser Unterstützungsform liegt in den Steuerersparnissen, die Gesellschafter bei uns erhalten können. Wegen der eingeplanten Verluste und vor allem wegen der Abschreibung der Umbaukosten erhalten Gesellschafter die Möglichkeit, ihre Einlage teilweise vom Finanzamt zurückzuerhalten.

Die Steuerersparnis beträgt je nach Einkommen maximal 20% bis 40% der Einlage. Vielleicht ist es ja doch für einige interessant, sich an unserer Abschreibungsfirma zu beteiligen. Die Steuervorteile kann man nur am konkreten Einzelfall genau ausrechnen. Dazu steht unser Steuerberater gern zur Verfügung.

Es gibt zwei Beteiligungsformen bei uns: Zum einen könnt ihr ‚Stille Gesellschafter' werden. Das ist die unbürokratischste Form. Ihr erscheint in der Bilanz, aber ohne Namen, es sind keine Anmeldung zum Handelsregister, keine Notariatskosten fällig. Von daher würden wir diese Beteiligungsform bevorzugen.

Zum anderen könnt ihr bei uns Kommanditisten werden. Das ist dann schön offiziell. Der neue Teilhaber ist dann auch im Handelsregister eingetragen und ist juristisch optimal abgesichert. Wir denken, daß diese Form erst bei größeren Einlagen sinnvoll ist, weil der organisatorische und kostenmäßige Aufwand doch etwas größer ist. Entscheiden soll das allerdings der potentielle Interessent.

3. Darlehen

Hier denken wir an Kredite, die uns helfen sollen, über die schwierige Zeit nach der Mieterhöhung und dem Umbau hinwegzuhelfen. Aus unserer Finanzplanung ist ersichtlich, daß wir erst 1984 mit der Rückzahlung beginnen können, obwohl wir nur schwer-

Hier denken wir an Kredite, die uns helfen sollen, über die schwierige Zeit nach der Mieterhöhung und dem Umbau hinwegzuhelfen. Aus unserer Finanzplanung ist ersichtlich, daß wir erst 1984 mit der Rückzahlung beginnen können, obwohl wir nur schwer-**lich heute eine volle Zusage über die Rückzahlung machen können. Wir würden uns auf alle Fälle bemühen.**

Selbstverständlich ist die einfachste und beste Unterstützung für uns der verstärkte Kauf. Er kostet niemand etwas mehr und verringert unserern aufzubringenden Finanzbedarf.

100 000 DM sind eine ganze Menge. Wir haben uns daher auch eine Sicherung für die Geldgeber ausgedacht, falls etwa aus dem Umbau nichts wird, weil insgesamt zu wenig Geld zusammen kommt. Wir wollen diese Gelder nämlich auf einem Sperrkonto unseres Steuerberaters Herrmann Buchholz deponieren. Wir können über das Geld dann nur in Absprache mit ihm verfügen. Das soll garantieren, daß ihr im Falle eines Scheiterns Euer Geld zurück erhaltet.

Unser Konto ist:
Arbeiterbuch GmbH & Co. KG
Postscheckamt Hamburg
Kto. 347900 - 206
BLZ 200 100 20

Mit diesen Zeilen haben wir Euch einen Einblick in unsere derzeitige Situation und auch ein wenig in unsere Planungen gegeben. Wir sind davon überzeugt, daß wir es schaffen können.

Um die Diskussion mit Euch anzuheizen, haben wir einen Fragebogen entworfen. Wir wollen wissen, was Ihr von uns haltet und wo die stärksten Mängel Eurer Meinung nach auftauchen.

Eure Kritik und Unterstützung erleichtern unsere Veränderung.

ab-Kollektiv